

STADT BIELEFELD

DOPPEL- HAUSHALTSPLAN

für die Haushaltsjahre 2020/2021

Band I

INHALTSVERZEICHNIS

B A N D I

HAUSHALTSSATZUNG,

ANLAGEN ZUM HAUSHALTSPLAN, HAUSHALTSSICHERUNGSKONZEPT

Inhaltsverzeichnis

Haushaltssatzung

Anlagen zum Haushaltsplan

1. Allgemeine Vorbemerkungen
2. Bewirtschaftungsregeln
3. Vorbericht zum Haushaltsplan
4. Bilanz, Ergebnisrechnung und Finanzrechnung des Vorvorjahres

5. Stellenplan, Stellenübersichten und Stellen in eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen
6. Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen
7. Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Haushaltsjahres
8. Übersicht über die Entwicklung des Eigenkapitals
9. Übersicht über die Managementproduktpauschale
10. Haushaltsquerschnitt
11. Übersicht über die Wirtschaftslage und die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen und Einrichtungen sowie Wirtschaftspläne und Jahresabschlüsse der Sondervermögen, für die Sonderrechnungen geführt werden

Haushaltssicherungskonzept

B A N D II

HAUSHALTSPLAN MIT ERGEBNISPLAN, FINANZPLAN UND TEILPLÄNEN, BEZIRKSBEZOGENE HAUSHALTSANGABEN

Inhaltsverzeichnis (= Übersicht über die Produktbereiche und Produktgruppen)

Tabellenteil Haushaltsplan

- Ergebnisplan
- Finanzplan
- Produktbereichspläne je Produktbereich
 - Teilergebnisplan (Produktbereichsplan)
 - Teilfinanzplan Teil A. Zahlungsübersicht
- Produktgruppenpläne je Produktgruppe
 - Inhalte der Produktgruppe
 - Kennzahlen und Indikatoren der Zielerreichung und Leistungsmengen
 - Produktgruppenübersicht
 - Teilergebnisplan (Produktgruppenplan)
 - Teilfinanzplan Teil A. Zahlungsübersicht
 - Teilfinanzplan Teil B. Planung einzelner Investitionsmaßnahmen
 - Spezielle Bewirtschaftungsregeln
 - Erläuterungen zu den Haushaltspositionen
 - Sonstige Daten über örtliche Verhältnisse

Tabellenteil Bezirkshaushalte (= bezirksbezogene Haushaltsangaben) je Stadtbezirk

- Übersicht über die zu Teilhaushalten zusammengefassten Produkte (bzw. Teilprodukte und Unterprodukte) mit Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung
- Übersicht über die zu Teilhaushalten zusammengefassten Finanzstellen (= einzelne Investitionsmaßnahmen) mit Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung
- Übersicht über die zu Teilhaushalten zusammengefassten Produkte (bzw. Teilprodukte und Unterprodukte) mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung
- Übersicht über die zu Teilhaushalten zusammengefassten Finanzstellen (= einzelne Investitionsmaßnahmen) mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung
- Teilergebnisplan mit Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung
- Teilfinanzplan Teil A. Zahlungsübersicht mit Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung
- Teilergebnisplan mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung
- Teilfinanzplan Teil A. Zahlungsübersicht mit Mitwirkungsbefugnis der Bezirksvertretung

Haushaltssatzung

der Stadt Bielefeld für das Haushaltsjahr 2020 / 2021

Gemäß der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 11. April 2019 (GV. NRW S. 202) hat der Rat der Stadt Bielefeld mit Beschluss vom 12.12.2019 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan enthält die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen.

Für die beiden Haushaltsjahre werden folgende Beträge festgesetzt:

	Haushaltsjahr 2020	Haushaltsjahr 2021
<u>Ergebnisplan</u>		
Gesamtbetrag der Erträge	1.402.820.039 €	1.440.475.776 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen	1.398.421.487 €	1.435.393.967 €
<u>Finanzplan</u>		
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.351.468.013 €	1.384.260.918 €
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.314.729.334 €	1.348.585.975 €
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	68.860.259 €	63.364.502 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	153.990.849 €	117.857.171 €
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	326.296.425 €	268.023.942 €
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	277.954.514 €	249.256.215 €

§ 2 a

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird wie folgt festgesetzt:

Haushaltsjahr 2020	Haushaltsjahr 2021
33.690.862 €	29.239.380 €

§ 2 b

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen im Rahmen der Konzernfinanzierung erforderlich ist, wird wie folgt festgesetzt:

Haushaltsjahr 2020	Haushaltsjahr 2021
53.225.000 €	28.010.000 €

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird wie folgt festgesetzt:

Haushaltsjahr 2020	Haushaltsjahr 2021
14.714.114 €	12.315.114 €

§ 4

Die Verringerung der Ausgleichsrücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird wie folgt festgesetzt:

Haushaltsjahr 2020	Haushaltsjahr 2021
0 €	0 €

Die Verringerung der Allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird wie folgt festgesetzt:

Haushaltsjahr 2020	Haushaltsjahr 2021
0 €	0 €

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, der zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden darf, wird wie folgt festgesetzt:

Haushaltsjahr 2020	Haushaltsjahr 2021
450.000.000 €	400.000.000 €

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
 - 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf 300 v.H.
 - 1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf 660 v.H.
2. Gewerbesteuer auf 480 v. H.

§ 7

Nach dem Haushaltssicherungskonzept ist der Haushaltsausgleich im Jahre 2020 hergestellt. Die dafür im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplans umzusetzen.

§ 8

In den Vorschriften zum kommunalen Haushaltsrecht finden sich an verschiedenen Stellen unbestimmte Rechtsbegriffe zu Wertgrenzen, die im Einzelfall oder auch generell von einer Kommune definiert werden müssen.

Folgende generelle Regelungen werden getroffen:

1. § 81 GO NRW Nachtragsatzung

- a. Als erheblich im Sinne von § 81 Abs. 2 Nr. 1 GO NRW gilt ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 3 % des Gesamtbetrages der Aufwendungen.
- b. Als erhebliche Mehraufwendungen bzw. Mehrauszahlungen im Sinne von § 81 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW gelten bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche Aufwendungen oder Auszahlungen, wenn sie im Einzelfall die Höhe von 1 % der Gesamtaufwendungen bzw. der Gesamtauszahlungen übersteigen.
- c. Als geringfügig im Sinne von § 81 Abs. 3 GO NRW gelten Auszahlungen für Investitionen, die als Einzelmaßnahmen einen Betrag von 2,5 % der Gesamtauszahlungen aus Investitionstätigkeit nicht übersteigen. Für den Fall, dass für die ungeplanten Investitionen oder Instandsetzungen an Bauten gesicherte anteilige investive Einzahlungen vorhanden sind, ist die Regelung gemäß Satz 1 nicht auf die investiven Auszahlungen, sondern auf den Saldo aus Auszahlungen und Einzahlungen anzuwenden.

2. § 83 GO NRW Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

- a. Erhebliche über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Sinne des § 83 Abs. 2 GO NRW, die der vorherigen Zustimmung des Rates bedürfen, liegen vor, wenn ein Produktgruppenbudget um mehr als 100.000 € überschritten wird. Beruht der Aufwand bzw. die Auszahlung auf einer rechtlichen Verpflichtung, ist die vorherige Zustimmung des Rates erst erforderlich, wenn ein Produktgruppenbudget um mehr als 200.000 € überschritten wird.
- b. Stets unerheblich sind Aufwendungen und Auszahlungen, die sich beziehen auf
 - i. Interne Leistungsverrechnungen
 - ii. Kalkulatorische Kosten
 - iii. Durchlaufende Zahlungen und/oder
 - iv. Abschlussbuchungen
- c. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, zu deren Leistung der Stadtkämmerer seine Zustimmung gegeben hat, sind dem Rat mindestens vierteljährlich, möglichst jedoch in der nächsten Sitzung über den Finanz- und Personalausschuss zur Kenntnis zu bringen.
- d. Wird eine Bagatellgrenze von 1.000 € nicht überschritten, müssen über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen nicht dem Rat zur Kenntnis gebracht werden.

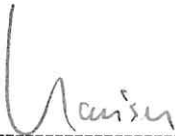
3. Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen

- a. Erheblich im Sinne des § 85 Abs. 1 Satz 3 GO NRW in Verbindung mit § 83 Abs. 1 Satz 3 GO NRW sind Verpflichtungsermächtigungen, wenn sie im Einzelfall 250.000 € überschreiten. Über diese über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen entscheidet der Stadtkämmerer nach vorheriger Zustimmung des Rates.
- b. Über nicht erhebliche über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen entscheidet der Stadtkämmerer. Diese Entscheidungen sind dem Rat mindestens vierteljährlich, möglichst jedoch in der nächsten Sitzung über den Finanz- und Personalausschuss zur Kenntnis zu bringen.

§ 9

Die im Stellenplan enthaltenen Vermerke "künftig umzuwandeln (ku)" und "künftig wegfallend (kw)" werden beim Ausscheiden des Stelleninhabers aus dieser Planstelle bzw. beim Eintritt der in bestimmten Einzelfällen maßgebenden Voraussetzung wirksam.

Bielefeld, 12.12.2019



Oberbürgermeister



Schriftführer/in

Allgemeine Vorbemerkungen

1. Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements

Durch die landesgesetzlichen Regelungen zur Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) im NKF Einführungsgesetz (NKFEF NRW), der Gemeindeordnung (GO NRW), der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO NRW) sowie den dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften erfolgte eine grundlegende Umstellung der kommunalen Haushaltswirtschaft. War es den Kommunen seit Inkrafttreten dieser Regelungen zunächst freigestellt, ihre Haushaltswirtschaft auf das NKF umzustellen oder noch nach den vor Inkrafttreten der NKF-Bestimmungen geltenden Regelungen zu verfahren, so sind die NKF-Bestimmungen ab 01.01.2009 zwingend anzuwenden. Die Stadt Bielefeld stellt ihren Haushalt seit dem Haushaltsjahr 2009 nach den Vorschriften des NKF auf.

Folgendes sind die Kernpunkte dieser Reform:

- Erstellung einer Eröffnungsbilanz zum Stichtag 01.01.2009 mit Erfassung und Bewertung aller Vermögensgegenstände,
- Aufstellung eines doppischen, produktorientierten Haushaltsplanes mit Ergebnisplan und Finanzplan,
- Doppisches Rechnungswesen (Ergebnisrechnung und Finanzrechnung) mit doppelter Buchführung,
- Erstellung einer Bilanz erstmals zum 31.12.2009.
- Erstellung eines Gesamtabchlusses erstmalig zum 31.12.2010, in den die verselbständigten Aufgabenbereiche von nicht nur untergeordneter Bedeutung einzubeziehen sind

2. Inhalt des Bielefelder NKF-Haushaltsplans

Der doppische, produktorientierte NKF-Haushaltsplan besteht aus

- der Haushaltssatzung,
- dem Ergebnisplan,

- dem Finanzplan,
- den Teilplänen,
- den Anlagen.

Dabei erfasst

- der Ergebnisplan die vom Rat bewilligten Aufwendungen und die voraussichtlichen Erträge und stellt damit den Ressourcenverbrauch und das Ressourcenaufkommen dar,
- der Finanzplan die Ein- und Auszahlungen und weist die Veränderungen des Zahlungsmittelbestandes aus.

Erträge und Aufwendungen, Ein- und Auszahlungen sind nur in Höhe der voraussichtlich eingehenden oder zu leistenden Beträge zu veranschlagen. Soweit sie nicht errechenbar sind, sind sie sorgfältig zu schätzen.

(Gesamt-) Ergebnisplan und (Gesamt-) Finanzplan sind untergliedert in

- Teilergebnispläne und
- Teilfinanzpläne,
die Teilfinanzpläne sind weiter untergliedert in
 - Teilfinanzpläne Teil A - Zahlungsübersicht - und
 - Teilfinanzpläne Teil B - Planung einzelner Investitionsmaßnahmen -.

Dabei werden in den Teilfinanzplänen

- im Teil A - Zahlungsübersicht - die Ein- und Auszahlungen für Investitionen sowie die Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre dargestellt,
- im Teil B - Planung einzelner Investitionsmaßnahmen - die Investitionen ab einer Wertgrenze von 100.000 EUR maßnahmebezogen als Einzelmaßnahme sowie zusammengefasst die anderen Maßnahmen unterhalb der Wertgrenze ausgewiesen.

Die in den Teilfinanzplänen Teil A abgebildeten Ein- und Auszahlungen entsprechen dabei der Summe der in den Teilfinanzplänen Teil B dargestellten Maßnahmen.

Zentrale Abbildungs- und Steuerungsebene des produktorientierten Bielefelder NKF-Haushalts sind die Produktgruppen. Die Teilpläne des Bielefelder Haushalts sind deshalb unterhalb der Ebene der Produktbereiche auf der Ebene der Produktgruppen aufgestellt, wobei Produktgruppen stets eindeutig einer Organisationseinheit zugeordnet sind.

Die Produktgruppenpläne sind entsprechend der gesetzlichen Vorschriften in insgesamt 16 Produktbereichsplänen zusammengefasst. Das Inhaltsverzeichnis zu Band II des Haushaltsplanes stellt die Produktbereiche und Produktgruppen dar.

3. Systematik von Ergebnisplan und Finanzplan

Ergebnisplan und Finanzplan sind staffelförmig aufgebaut. Im Doppel-Haushaltsplan 2020 / 2021 werden die Werte für die Haushaltsjahre

- 2018 („Ist“ = Rechnungsergebnis Vorvorjahr),
- 2019 („Ansatz“ = Planansätze Vorjahr),
- 2020 und 2021 („Ansatz“ = Planansätze Haushaltsjahr) und
- 2022 bis 2024 („Planung“ = Planansätze für die auf die Planjahre 2020 und 2021 folgenden 3 Jahre)

dargestellt.

Die Haushaltsplanung erfolgt im NKF-Haushalt mittels

- Kostenarten,
- Kostenstellen und
- Kostenträgern.

Die Haushaltsbewirtschaftung folgt der Planung.

Die Kostenart beantwortet die Frage, um welche Kosten es sich handelt. Die für die Bielefelder Haushaltswirtschaft im Bielefelder Kontenplan mit 8-stelligen Ziffern festgelegten Kostenarten oder (Sach-) Konten werden, wie noch darzulegen sein wird, im Haushaltsplan abgebildet.

Dabei wird unterschieden zwischen primären und sekundären Kostenarten. Die primären Kostenarten entsprechen den Erfolgskonten des Ergebnisplans. Die Erfolgskonten bilden die Erträge einschließlich der Bestandsveränderungen (Kontenklasse 4 des Kontenplanes) sowie die Aufwendungen (Kontenklasse 5) ab. Die Finanzrechnungskonten des Finanzplans werden aus den Erfolgskonten abgeleitet und sind als Finanzpositionen angelegt; sie dienen zur Abbildung der Einzahlungen (Kontenklasse 6) und Auszahlungen (Kontenklasse 7). Die sekundären Kostenarten dienen Verrechnungszwecken sowie der Buchung der kalkulatorischen Abschreibungen und Zinsen (Kontenklasse 9).

Die Kostenstelle beantwortet die Frage, wo die Kosten entstehen. Dabei folgt die Gliederung der Bielefelder Kostenstellen, unterteilt in Vorkostenstellen und Endkostenstellen, der Aufbauorganisation der Stadtverwaltung. Kostenstellen werden in Planung und Bewirtschaftung vollständig auf Kostenträger verrechnet und nicht im Haushaltsplan abgebildet.

Der Kostenträger beantwortet die Frage, wofür die Kosten entstehen. Kostenträger der Bielefelder Haushaltswirtschaft sind die Produkte (bzw. deren Untergliederungen), wobei die Darstellung der Produkte als Kostenträger über sogenannte Projektstrukturplan (PSP)-Elemente erfolgt. Sie werden im Haushalt zu Produktgruppen zusammengefasst.

Dabei ist der Begriff des Produktes zu verstehen als eine Leistung oder eine Gruppe von Leistungen, die für Stellen außerhalb der jeweiligen Organisationseinheit innerhalb oder außerhalb der Bielefelder Stadtverwaltung erstellt werden und deren Erstellen zu Ressourcenverbrauch führt. Da die Produkte noch teilweise in Teilprodukte und diese teilweise weiter in Unterprodukte untergliedert sind, ist die Numerik in den Produktbereichs- und Produktgruppenplänen des Bielefelder Haushalts folgende:

z. B. Produkt 11.06.01.01

11	Haushalt der Stadt Bielefeld
06	Produktbereich Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
01	Produktgruppe Förderung von Kindern / Prävention
01	Produkt Förderung von Kindern

bzw. bei weiterer Untergliederung z. B. Unterprodukt 11.06.01.01.0002.01

0002	Teilprodukt KiTa Am Lichteback
01	Unterprodukt KiTa Am Lichteback / bezirkliche Mittel

Welche Produktbereiche und Produktgruppen für den Haushalt der Stadt Bielefeld eingerichtet wurden, ergibt sich aus dem Inhaltsverzeichnis zu Band II dieses Haushaltsplanes.

In den Zeilen („Ifd. Nr.“) des Ergebnisplans werden die Erträge mittels der Kontengruppen zusammengefasst nach Ertragsarten, und zwar

- Ordentliche Erträge einschließlich Bestandsveränderungen in den Zeilen 1 bis 9,
- Finanzerträge in Zeile 19 und
- Außerordentliche Erträge in Zeile 23.

Die Aufwendungen werden nach Aufwandsarten zusammengefasst, und zwar

- Ordentliche Aufwendungen in den Zeilen 11 bis 16,
- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen in Zeile 20 und
- Außerordentliche Aufwendungen in Zeile 24.

Entsprechend werden in den Zeilen des Finanzplans Einzahlungen nach Einzahlungsarten in Kontengruppen zusammengefasst ausgewiesen, und zwar

- Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in den Zeilen 1 bis 8,
- Einzahlungen aus Investitionstätigkeit in den Zeilen 18 bis 22 und
- Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen in Zeile 33.

Die Auszahlungen werden nach Auszahlungsarten zusammengefasst, und zwar

- Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in den Zeilen 10 bis 15,
- Auszahlungen aus Investitionstätigkeit in den Zeilen 24 bis 29 und
- Tilgung und Gewährung von Darlehen in Zeile 34.

Dabei werden nur die zahlungswirksamen Erträge und Aufwendungen als Ein- und Auszahlungen in den Finanzplan übernommen.

Der Ergebnisplan schließt ab mit dem (Plan-) Jahresergebnis, der Finanzplan mit dem (Plan-) Bestand an liquiden Mitteln.

4. Systematik der Teilpläne des Haushalts

Die Systematik der Teilpläne des Haushalts folgt der oben dargestellten Numerik der Produktbereiche und Produktgruppen.

Aus DV-technischen Gründen werden dabei die Produktbereichspläne nur mit zwei Ziffern gekennzeichnet,

z. B. „06“ für den Produktbereich Kinder-, Jugend- und Familienhilfe,

ohne Angabe der vorangestellten Ziffer 11 für den Haushalt der Stadt Bielefeld.

Demgegenüber sind die Produktgruppenpläne ebenfalls aus DV-technischen Gründen mit den Ziffern für Produktbereich und Produktgruppe sowie einer vorangestellten Ziffer 1 (statt der Ziffer 11 für den Haushalt) gekennzeichnet,

z. B. „10601“ für den Produktgruppenplan Förderung von Kindern / Prävention.

Ebenfalls DV-technisch bedingt und unbeachtlich ist die Kennzeichnung der Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne in den Produktbereichs- und Produktgruppenplänen mit „C0“ bzw. „F0“.

In den Produktgruppenplänen werden zunächst die Inhalte der jeweiligen Produktgruppe erläutert, und es werden Kennzahlen und Indikatoren der Zielerreichung und Leistungsmengen dargestellt.

In der Regel werden bei den Produktgruppen produktgruppenspezifische Kennzahlen und Indikatoren sowie jeweils 3 allgemeine Finanzkennzahlen abgebildet (Aufwand der Produktgruppe in EUR je 1.000 Einwohner, Aufwand der Produktgruppe prozentual zum Gesamtaufwand des Haushalts, Ertrag der Produktgruppe prozentual zum Aufwand). Ergibt sich für eine der Finanzkennzahlen in jedem der 5 betrachteten Haushaltsjahre ein Wert von 0,00 (ggfs. gerundet), so wird die betreffende Finanzkennzahl nicht dargestellt.

Nach der Darstellung der Kennzahlen werden in einer Produktgruppenübersicht die in der Produktgruppe zusammengefassten Produkte beschrieben, unabhängig davon, ob sich eine Produktgruppe aus mehreren Produkten zusammensetzt oder nur aus einem Produkt besteht.

Daran schließen sich der Teilergebnisplan sowie der Teilfinanzplan Teil A - Zahlungsübersicht - und Teil B - Planung einzelner Investitionsmaßnahmen - an.

In den Teilfinanzplänen Teil A und B sind zusätzlich zu den Spalten des Finanzplanes nach der Spalte für das Haushaltsjahr noch Spalten für die im Haushaltsjahr vorgesehenen notwendigen Verpflichtungsermächtigungen und deren Verteilung auf die auf das Haushaltsjahr folgenden 3 Jahre eingefügt. In den Teilfinanzplänen Teil B wird darüber hinaus dargestellt, welches Budget für die einzelne Investitionsmaßnahme bisher, das heißt in den dem Haus-

haltsjahr vorangehenden Haushaltsjahren, bereitgestellt wurde, sowie die geplanten Gesamteinzahlungen und -auszahlungen der Maßnahme (wobei die Gesamtauszahlungen als Gesamtkosten bezeichnet werden).

Die Zeilenstruktur der Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne Teil A entspricht grundsätzlich der von Ergebnisplan bzw. Finanzplan.

Zusätzlich zu den Ausweisungen des Ergebnisplans werden in den Teilergebnisplänen die Erträge (Zeile 27) und Aufwendungen (Zeile 28) aus internen Leistungsbeziehungen zwischen den Produktgruppen dargestellt, so z. B. die Leistungen des Druckservice des Amtes für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen. Diese Erträge und Aufwendungen werden bei dem entsprechenden Produkt des Amtes für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen als Ertrag aus internen Leistungsbeziehungen und bei der empfangenden Organisationseinheit bei dem entsprechenden Produkt als Aufwand aus internen Leistungsbeziehungen abgebildet.

Dieser Aufwand aus internen Leistungsbeziehungen wird bei der empfangenden Organisationseinheit im ersten Schritt immer nur einer Kostenstelle (in Einzelfällen auch direkt einem Produkt) zugeordnet.

Ist der Aufwand aus internen Leistungsbeziehungen bei der empfangenden Organisationseinheit nicht nur einem Produkt, sondern mehreren Produkten zuzuordnen, erfolgt (in der Haushaltsplanung wie in der -bewirtschaftung) in einem zweiten Schritt durch Verrechnung eine Aufteilung dieses Aufwandes auf mehrere Produkte der empfangenden Organisationseinheit.

Erfolgt diese Verrechnung nur zwischen Produkten derselben Produktgruppe, so heben sich diese Buchungen (Aufwandsbuchung und Ertragsbuchung bzw. -buchungen, wenn der Aufwand auf mehrere Produkte verrechnet wird) auf und werden nicht im Teilergebnisplan dargestellt.

Erfolgen dagegen die Verrechnungen zwischen Produkten verschiedener Produktgruppen der empfangenden Organisationseinheit, so erfolgt jeweils eine Ausweisung von Aufwand aus interner Leistungsbeziehung auf einem Produkt und der entsprechenden Produktgruppe und von Ertrag aus interner Leistungsbeziehung auf Produkten anderer Produktgruppen.

Demnach werden in den Zeilen 27 und 28 der Teilergebnispläne nicht nur Erträge und Aufwendungen aus interner Leistungsverrechnung mit anderen Organisationseinheiten dargestellt, sondern - wenn bei einer Organisationseinheit Aufwendungen zwischen Produkten verschiedener Produktgruppen verrechnet werden - auch solche Erträge und Aufwendungen aus interner Leistungsverrechnung dargestellt, die sich durch Verrechnungen zwischen den verschiedenen Produktgruppen dieser Organisationseinheit ergeben.

In der Gesamtschau über den Haushalt heben sich die Verrechnungen aus interner Leistungsbeziehung insgesamt auf, im (Gesamt-) Ergebnisplan sind sie deshalb nicht darzustellen.

Abgesehen davon, dass wie bereits oben dargelegt in den Teilfinanzplänen Teil A auch die Verpflichtungsermächtigungen und deren Verteilung auf die auf das Haushaltsjahr folgenden 3 Jahre abgebildet werden, werden – entsprechend der rechtlichen Möglichkeiten - in den Teilfinanzplänen Teil A abweichend vom Finanzplan nur die investiven Ein- und Auszahlungen abgebildet; die Zeilen 1 bis 14 der Teilfinanzpläne Teil A entsprechen den Zeilen 17 bis 31 des Finanzplans.

Die Teilfinanzpläne Teil B - Planung einzelner Investitionsmaßnahmen - werden nur in den Produktgruppenteilplänen dargestellt. Hier werden bezogen auf die jeweilige Produktgruppe die Einzelmaßnahmen ab der Wertgrenze von 100.000 EUR sortiert nach deren Finanzstellen-Numerik in der Anlagenbuchhaltung sowie zusammengefasst die anderen Maßnahmen unterhalb der Wertgrenze dargestellt.

Weisen Teilergebnisplan sowie Teilfinanzplan Teil A und B in keinem der 5 betrachteten Haushaltsjahre Werte aus, werden sie in den Produktgruppenplänen nicht dargestellt.

Soweit erforderlich, sind in den Produktgruppenplänen letztlich spezielle, produktgruppenspezifische Bewirtschaftungsregeln ausgewiesen, welche die dem Haushaltsplan beigefügten (allgemeinen) Bewirtschaftungsregeln ergänzen. Des Weiteren werden ggf. einzelne Haushaltspositionen erläutert und sonstige Daten über örtliche Verhältnisse dargestellt.

5. Bezirksbezogene Haushaltsangaben

5.1 Gesetzliche Regelung

Die Stadt Bielefeld ist unterteilt in 10 Stadtbezirke. Die Aufgaben der Bezirksvertretungen (BV) dieser Stadtbezirke sind in § 37 GO NRW wie folgt geregelt:

Soweit nicht der Rat nach § 41 Abs. 1 GO NRW ausschließlich zuständig ist, entscheiden die BV unter Beachtung der Belange der gesamten Stadt und im Rahmen der vom Rat erlassenen allgemeinen Richtlinien in allen Angelegenheiten, deren Bedeutung nicht wesentlich über den Stadtbezirk hinausgeht. Der Gesetzgeber nennt beispielhaft verschiedene Angelegenheiten dieser Art mit dem Hinweis, dass nähere Einzelheiten in der Hauptsatzung zu regeln sind. In § 7 der Hauptsatzung der Stadt Bielefeld sind entsprechende Regelungen getroffen.

Dabei gelten die Geschäfte der laufenden Verwaltung nach §§ 37 Abs. 1, 41 Abs. 3 GO NRW als auf den Oberbürgermeister übertragen, so dass auch insoweit die Bezirksvertretungen nicht zuständig sind.

Die BV erfüllen die ihnen zugewiesenen Aufgaben im Rahmen der vom Rat bereitgestellten Haushaltsmittel; dabei sollen sie über den Verwendungszweck eines Teils dieser Haushaltsmittel allein entscheiden können (§ 37 Abs. 3 GO NRW).

Nach § 37 Abs. 4 GO NRW wirken die BV an den Beratungen über die Haushaltssatzung mit. Sie beraten über alle Haushaltspositionen, die sich auf ihren Bezirk und ihre Aufgaben auswirken. Über diese Haushaltspositionen sowie über die Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO NRW sind den BV geeignete Übersichten als Auszüge aus dem Haushaltsplan vorzulegen, welche dem Haushaltsplan als Anlage beizufügen sind.

5.2 Verfahren

Bei der Einrichtung der Produkte, Teilprodukte und Unterprodukte wurde deshalb stets geprüft, ob die mit dem Produkt, Teilprodukt oder Unterprodukt dargestellte Leistung bzw. Gruppe von Leistungen Aufgaben betrifft,

- die den BV zugewiesen sind, so dass die BV entscheidungsbefugt sind, bzw.
- die sich auf den Bezirk und die Aufgaben der BV auswirken, so dass die BV mitwirkungsbefugt ist.

Umfasst ein Produkt, Teilprodukt oder Unterprodukt danach Aufgaben, die der BV zugewiesen wurden, oder Aufgaben, die der BV zwar nicht als eigene Aufgaben zugewiesen wurden, aber die sich auf den Bezirk und die Aufgaben der BV auswirken, wurde es als entscheidungsbefugt bzw. mitwirkungsbefugt durch die betreffende BV gekennzeichnet.

In den dem Haushaltsplan als Anlage beigefügten Übersichten („Teilhaushalten“) je Stadtbezirk wird deshalb unterschieden nach Entscheidungsbefugnis bzw. Mitwirkungsbefugnis der betreffenden BV.

Zunächst werden die Produkte, Teilprodukte und Unterprodukte, für welche die BV entscheidungs- bzw. mitwirkungsbefugt ist, sowie aus den Teilfinanzplänen Teil B die diesen Produkten, Teilprodukten und Unterprodukten zugeordneten einzelnen Investitionsmaßnahmen ab der Wertgrenze von 100.000 EUR nach ihrer Projektnummer (Finanzstellennummer) dargestellt.

Anschließend werden Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne Teil A dargestellt, in welchen die Mittel der zuvor aufgeführten Produkte, Teilprodukte und Unterprodukte bzw. einzelnen Investitionsmaßnahmen ab der Wertgrenze von 100.000 EUR zusammengefasst sind.

5.3 Bewirtschaftung der Mittel mit Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung

Das Ausweisen von Haushaltsmitteln in den Bezirkshaushalten hat dabei keine Auswirkung auf die Mittelbewirtschaftung. Diese obliegt den Organisationseinheiten, denen die Produktgruppen im Haushaltsplan zugeordnet sind, in welchen die Produkte, Teilprodukte und Unterprodukte mit Bezirksbezug im Haushaltsplan zusammengefasst wurden.

Da die BV über den Verwendungszweck eines Teils der Haushaltsmittel entscheiden, wird jedoch in den dem Haushaltsplan als Anlage beigefügten Bewirtschaftungsregeln festgelegt, dass die in den Bezirkshaushalten ausgewiesenen konsumtiven Mittel mit Entscheidungsbefugnis der BV nicht in die Produktgruppenbudgets der betreffenden Produktgruppe einfließen.

Weiterhin sind im Haushaltsplan in den Produktgruppen Stadtbezirksmanagement der einzelnen Stadtbezirke bezirkliche Sondermittel zur freien Verfügung der BV für noch durch die BV im Rahmen der Haushaltsplanausführung zu konkretisierende bezirkliche Angelegenheiten veranschlagt.

Bewirtschaftungsregeln

1. Gesetzliche Grundlagen zur Bildung von Budgets

Nach § 21 Abs. 1 KomHVO NRW können zur flexiblen Haushaltsbewirtschaftung Erträge und Aufwendungen zu Budgets verbunden werden. In den Budgets sind die Summen der Erträge und die Summen der Aufwendungen für die Haushaltsführung verbindlich. Die Sätze 1 und 2 gelten auch für Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionen.

Die zur Verfügung stehenden Ressourcen stellen in Verbindung mit den kommunalen Leistungen und den Vereinbarungen mit dem Rat den Handlungsrahmen der Verwaltung dar. Dieser Handlungsrahmen wird im Haushaltsplan in Teilplänen untergliedert dargestellt. Im Bielefelder Haushaltsplan wird die Haushaltsstruktur auf der Ebene der Produktgruppen abgebildet, wobei eine Produktgruppe immer einem konkreten Amt zugeordnet ist.

Aus der Handreichung für Kommunen des Innenministeriums des Landes NRW - 7. Auflage vom Oktober 2016 - (Handreichung IM) lässt sich den Erläuterungen zu § 21 GemHVO (ab 01.01.2019: § 21 KomHVO NRW) entnehmen, dass den Gemeinden für die Budgetierung zwei Möglichkeiten zur Verfügung stehen:

a) Budgetierung von Teilplänen

Es werden Budgets für Produktgruppen gebildet, unabhängig davon, welche Organisationseinheiten die Leistungen erbringen.

b) Budgetierung von Organisationseinheiten

Der in Teilplänen für Produktgruppen abgebildete Handlungsrahmen wird auf die einzelnen Organisationseinheiten übertragen.

Grundsätzlich ist auch eine teilplanübergreifende Budgetbildung zulässig.

2. Allgemeine Budgetregeln - Bildung von Budgets

In Bielefeld wird der Haushaltsplan auf Produktgruppenebene abgebildet. Die Erträge und Aufwendungen sowie die Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionstätigkeiten werden daher zu jeweils separaten Budgets grundsätzlich auf der Ebene der Produktgruppen zusammengefasst.

Ausgenommen von den Produktgruppenbudgets sind:

- a) Die Personal- und Versorgungsaufwendungen werden ohne die Personalaufwendungen für sonstige Beschäftigte (ohne Konto 50190000, 50290000, 50390000) zu einem eigenen Budget zusammengefasst und von dem Amt für Personal zentral bewirtschaftet.

b) Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen (Konten 94.....)

c) Voll refinanzierte bzw. umlagenfinanzierte Bereiche und Gebührenhaushalte (siehe auch tabellarische Übersicht)

Für jeden nachstehend aufgeführten voll refinanzierten bzw. umlagenfinanzierten Bereich bzw. Gebührenhaushalt werden sowohl für Erträge und Aufwendungen als auch für Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionen separate und eindeutig bestimmten Organisationseinheiten zugeordnete Budgets gebildet:

zuständige Organisationseinheit	Bezeichnung Produktgruppe/ Produkt	Nr. Produktgruppe/ Produkt
Bürgeramt - 150 -	ZAB - Zentrale Ausländerbehörde	11.02.29
Ordnungsamt - 320 -	Wochenmärkte	11.02.28
Umweltamt - 360 -	Abfallüberwachung	11.11.02
Umweltamt - 360 -	Vorflutsicherung, Abwasserkontrolle	11.11.03
Umweltamt - 360 -	Entsorg. Grundstücksentwässerungsanlagen	11.11.04
Umweltamt - 360 -	Bodenschutz/Schutz vor altlastenbedingten Gefahren	11.14.05.02.0001
Stab Dez. 3	Stadtentwässerung	11.11.05
Stab Dez. 3	Abfallbeseitigung	11.11.01
Stab Dez. 3	Straßenreinigung	11.12.05
Stab Dez. 3	Friedhofs- und Bestattungswesen	11.13.05.01
Feuerwehramt - 370 -	Rettungsdienst	11.02.17
Feuerwehramt - 370 -	Luftrettung	11.02.18
Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt - 530 -	Schlachtier- und Fleischuntersuchung	11.02.05.01

In diese Budgets fließen auch die Personal- und Versorgungsaufwendungen ein. Eventuelle Sollüberschüsse in den Gebührenhaushalten können ohne Nachbewilligung der jeweiligen Gebührenaussgleichsrücklage zugeführt werden.

d) Verfügungsmittel (Konto 54910000, Buchung muss auf Kostenträger erfolgen)

e) Die im Ergebnisplan ausgewiesenen konsumtiven bezirklichen Mittel mit Entscheidungsbefugnis (Kostenträger 160 E bis 169 E)

f) Bezirkliche Sondermittel (Konto 54990001)

Verwendung nach Entscheidung der jeweiligen Bezirksvertretung. Die Mittel können für alle anderen Aufwendungen innerhalb der Produktgruppe Stadtbezirksmanagement des jeweiligen Stadtbezirks (PG 11.01.8x) verwendet werden. Dabei erfolgt nur die Planung auf dem Konto 54990001, im Rahmen der Haushaltsausführung ist das sachliche richtige Konto zu buchen.

g) Festwerte und GWG Beschaffungen

Erträge und Aufwendungen für Festwerte werden zwar als Ertrag oder Aufwand in der Ergebnisrechnung, aber auch als investive Ein- bzw. Auszahlung in der Finanzrechnung verbucht. Die Festwerte sind Teil des investiven Produktgruppenbudgets. Es gelten die allgemeinen Budgetregeln zu Produktgruppenbudgets. Aufgrund des investiven Charakters der Ein- und Auszahlungen von Festwert - Beschaffungen gilt in diesem Fall die gegenseitige Deckungsfähigkeit allerdings nur im investiven Bereich. **Zur Deckung von Mehraufwendungen in der Ergebnisrechnung dürfen Festwert - Ansätze nicht herangezogen werden.**

Die Verbuchung der Beschaffung von Geringwertigen Wirtschaftsgütern (GWG) erfolgt mit Inkrafttreten der KomHVO NRW zum 01.01.2019 nicht mehr - wie bisher - unmittelbar als Aufwand mit investiver Auszahlung. Vielmehr werden GWG Beschaffungen seit dem Haushaltsjahr 2019 über die Anlagenbuchhaltung (aktive Bestandskonten) mit investiver Auszahlung abgewickelt und im Monat der Inbetriebnahme vollständig abgeschrieben. Die GWG Beschaffungen sind ebenfalls ausschließlich Teil des investiven Produktgruppenbudgets.

Innerhalb der so gebildeten Produktgruppenbudgets dienen die Erträge insgesamt zur Deckung der Aufwendungen bzw. die Einzahlungen zur Deckung der Auszahlungen. Verpflichtungsermächtigungen sind innerhalb einer Produktgruppe ebenfalls gegenseitig deckungsfähig.

Mehrerträge in den einzelnen Budgets berechtigen zu Mehraufwendungen in diesen Budgets. Das Gleiche gilt bei Mehreinzahlungen zugunsten der Auszahlungsermächtigungen. Mindererträge bzw. Mindereinzahlungen vermindern die Ermächtigungen für Aufwendungen bzw. Auszahlungen.

Abweichende Regelungen können in den speziellen Bewirtschaftungsregeln (s. Nr. 3) in den Produktgruppenplänen vorgesehen werden.

Die oben genannten Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen gelten nicht als überplanmäßige Aufwendungen oder Auszahlungen im Sinne von § 83 der GO NRW.

Diese Mehraufwendungen dürfen nicht dazu führen, dass im Finanzplan der Saldo aus den Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit gemindert wird. Das bedeutet, dass Einsparungen von Aufwendungen oder Mehrerträge, die nicht zahlungswirksam sind (z.B. Abschreibungen oder Auflösung von Sonderposten), nicht zu einer Ermächtigung für zusätzliche zahlungswirksame Aufwendungen führen dürfen. Zu Auswertungszwecken werden diese Kostenarten in einem eigenen Bericht gesondert ausgewiesen.

Als Ausnahme von dieser Regel ist die zweckentsprechende Verwendung von Mitteln aus den ehemaligen Sonderrücklagen in der Ergebnisrechnung ohne Nachbewilligung möglich.

3. Spezielle Budgetregeln - Bildung von Budgets

In den jeweiligen Produktgruppenplänen können - soweit erforderlich und geboten - in den Erläuterungen zu den Haushaltspositionen spezielle Bewirtschaftungsregeln differenziert für Teilergebnispläne, Teilfinanzpläne und für Sonstiges aufgenommen werden, durch die Abweichungen und Ergänzungen gegenüber den Allgemeinen Budgetregeln zu Nr. 2 festgelegt werden.

Insbesondere kann bestimmt werden, dass

- Mehrerträge (nur) bestimmte Ermächtigungen für Aufwendungen erhöhen,
- Mindererträge (nur) bestimmte Ermächtigungen für Aufwendungen vermindern,
- bestimmte Erträge bzw. Einzahlungen ausschließlich für bestimmte Aufwendungen und Auszahlungen verwendet werden dürfen (Zweckbindung)

Die Einhaltung dieser speziellen Budgetregeln ist durch die jeweilige Organisationseinheit sicherzustellen.

4. Im Rahmen der Nachbewilligung bereitgestellte Mittel

Eine Verwendung dieser Mittel darf nur entsprechend dem in der Nachbewilligung aufgeführten Zweck erfolgen. Nicht benötigte Mittel stehen dem Budget nicht automatisch zur Verfügung.

5. Einbeziehung in die Umlage der Managementproduktpauschale

Nach Ziffer 4 Abs. 3 der Dienstanweisung zur Ermittlung und Verteilung zu verrechnender Steuerungsleistungen als Managementproduktpauschale (DA Managementproduktpauschale) erfolgt die Festlegung der erstattungsberechtigten und der in die Aufteilung der Steuerungsleistungen als dem Grunde nach erstattungspflichtigen Organisationseinheiten durch das Amt für Finanzen und Beteiligungen.

Für welche der dem Grunde nach erstattungspflichtigen Organisationseinheiten tatsächlich eine Verrechnung der Leistungen zugunsten der erstattungsberechtigten Organisationseinheiten zum Ausweis des durch die Steuerungsleistungen eingetretenen Ressourcenverbrauchs in Form einer als Interne Leistungsverrechnung zu buchenden Managementproduktpauschale erfolgt, ist nach Ziffer 4 Abs. 4 der DA im Haushaltsplan festzulegen. Es wird deshalb folgende Festlegung der in die Verrechnung der Steuerungsleistungen einzubeziehenden Organisationseinheiten, der betroffenen Sachgebiete sowie der entsprechenden Produktgruppen oder Produkte bzw. der sich ganz oder anteilig auf die maßgeblichen Produkte der betroffenen Sachgebiete verrechnenden

Kostenstellen getroffen:

Organisationseinheit	Sachgebiet (Bezeichnung Produktgruppe / Produkt / Kostenstelle)	Nr. Produkt- gruppe / Produkt / Kostenstelle
Bürgeramt - 150 -	ZAB - Zentrale Ausländerbehörde	11.02.29
Ordnungsamt - 320 -	Wochenmärkte	11.02.28
Umweltamt - 360 -	Abfallüberwachung	11.11.02
Umweltamt - 360 -	Vorflutsicherung	11.11.03.01
Umweltamt - 360 -	Abwasserkontrolle	11.11.03.02
Umweltamt - 360 -	Entsorgung Grundstücksentwässerungsanlagen	11.11.04
Umweltamt - 360 -	Nachsorge der städtischen Deponien	11.14.05.02.0001
Feuerwehramt - 370 -	Notfallrettung	11.02.17.01
Feuerwehramt - 370 -	Krankentransport	11.02.17.02
Feuerwehramt - 370 -	Luftrettung	11.02.18
Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt - 530 -	Apotheken- und Arzneimittelwesen	11.07.04.03
Jugendamt	Betreutes Wohnen, Nachgehende Hilfen	510420
Jugendamt	Kinderheim Wintersheide	11.06.02.03.0004.02
Jugendamt	Jugendwohnheim Linie 4	11.06.02.03.0004.03
Jugendamt	Mädchenwohnheim Halhof	11.06.02.03.0004.04
Jugendamt	Rolf-Wagner-Haus	11.06.02.03.0004.05
EBE Umweltbetrieb	Stadtentwässerung, Abfallbeseitigung, Straßenreinigung sowie Friedhofs- und Bestattungswesen	100110 bis 100270, 100280 bis 100520, 110100 bis 110102, 110800 bis 110811, 112000 bis 130200, 130800 bis 131314

Vorbericht

zum

Doppel-Haushaltsplan

der Stadt Bielefeld

für die Haushaltsjahre 2020/2021

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Vorbemerkungen	3
2. Neues Kommunales Finanzmanagement (NKF)	3
2.1 Konzeption des NKF	3
2.2 Elemente des NKF	3
2.3 Gliederung des Haushaltsplans	5
3. Eröffnungsbilanz	8
4. Doppel-Haushaltsplan 2020/2021	
4.1 Verlauf der Haushaltswirtschaft in den Haushaltsjahren 2018 und 2019 / Rahmenbedingungen für den Doppel-Haushaltsplan 2020/2021	9
4.2 Eckdaten des Doppel-Haushalts 2020/2021 und der Planungsjahre 2022 – 2024	12
5. Gesamtergebnisplan 2020/2021	14
5.1 Stand	14
5.2 Gesamtergebnisplan – Einzeldarstellung –	14
5.2.1 Erträge	14
5.2.1.1 Steuern und ähnliche Abgaben	14
5.2.1.2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	18
5.2.1.3 Sonstige Transfererträge	20
5.2.1.4 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	20
5.2.1.5 Privatrechtliche Leistungsentgelte	21
5.2.1.6 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	21
5.2.1.7 Sonstige ordentliche Erträge	22
5.2.2 Aufwendungen	23
5.2.2.1 Personal- und Versorgungsaufwendungen / Stellenplan	24
5.2.2.2 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	29
5.2.2.3 Bilanzielle Abschreibungen	32
5.2.2.4 Transferaufwendungen	33
5.2.2.5 Sonstige ordentliche Aufwendungen	35
5.2.3 Finanzergebnis	36

6. Gesamtfinanzplan 2020/2021	36
6.1 Gesamtfinanzplan konsumtiv	37
6.2 Gesamtfinanzplan investiv	39
6.2.1 Gesamtübersicht	39
6.2.2 Bedeutende Investitionsmaßnahmen	42
6.2.3 Kreditaufnahmen für Investitionen / Verpflichtungsermächtigungen	49
6.3 Gesamtfinanzplan – Finanzierungstätigkeit	50
7. Gesamtsituation	51
7.1 Kommunalinvestitionsförderungsgesetz	51
7.2 Ertragsentwicklung	51
7.3 Kredite und Zinsen	52
7.4 Personal- und Versorgungsaufwendungen	53
7.5 Stadtentwicklung	53
7.6 Entschuldungsstrategie	54

1. Vorbemerkungen

Der Vorbericht gemäß § 7 Kommunalhaushaltsverordnung NRW (KomHVO NRW) soll einen Überblick über die Eckpunkte des Haushaltsplans geben. Die Entwicklung und die aktuelle Lage der Stadt sind anhand der im Haushaltsplan enthaltenen Informationen und der Ergebnis- und Finanzdaten darzustellen. Die wesentlichen Zielsetzungen der Planung für das aktuelle Haushaltsjahr und die folgenden drei Jahre sowie die Rahmenbedingungen der Planung sind zu erläutern. Da aktuell ein Haushaltsplan für 2 Jahre erstellt wird, umfasst der Zeitraum insgesamt 5 Jahre.

2. Neues Kommunales Finanzmanagement (NKF)

2.1 Konzeption des NKF

Am 01.01.2005 ist das Gesetz über ein Neues Kommunales Finanzmanagement für Gemeinden im Land Nordrhein-Westfalen (NKF-Einführungsgesetz NRW – NKFEFG NRW) in Kraft getreten. Es verpflichtete die Kommunen, spätestens mit Beginn des Haushaltsjahres 2009 ihr Rechnungswesen auf das System der doppelten Buchführung umzustellen und zu diesem Stichtag eine Eröffnungsbilanz aufzustellen. Die NKF-Regelungen orientieren sich in Teilen an den früheren Vorschriften für die Haushaltsplanung und den Haushaltsvollzug unter kameralen Bedingungen sowie an den kaufmännischen Standards des Handelsgesetzbuchs unter Beachtung ordnungsgemäßer Buchführung, soweit nicht kommunale Besonderheiten Abweichungen erforderlich gemacht haben. Darüber hinaus werden zentrale Anliegen des NKF, nämlich die Steigerung von Effektivität und Effizienz innerhalb der Verwaltung durch Produktorientierung und ergebnisorientierte Steuerung auf den Weg gebracht.

So ist den Kommunen erstmals die Erfassung und Darstellung des vollständigen Ressourcenverbrauchs möglich. Durch die kommunale Bilanz erhalten sie einen Überblick über das Gesamtvermögen, seine Bestandteile und seine Finanzierung durch Fremd- und Eigenmittel sowie die ausstehenden Forderungen und Verbindlichkeiten.

Mit der flächendeckenden Einführung des kaufmännischen Rechnungsstils soll das bisherige Nebeneinander unterschiedlicher Rechnungssysteme in der Kernverwaltung (Kameralistik) und in den kommunalen Eigenbetrieben und Beteiligungen (Doppik) beseitigt und ein einheitlicher Blick auf den „Gesamtkonzern Kommune“ ermöglicht werden. Nach den gesetzlichen Vorgaben (§ 2 NKFEFG NRW) werden seit dem 31.12.2010 jährlich kommunale Gesamtabschlüsse aufgestellt. Durch das am 01.01.2019 in Kraft getretene 2. NKFVG NRW werden in § 116a Abs. 1 GO NRW größenabhängige Befreiungen von der Verpflichtung zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses eingeführt. Für die Stadt Bielefeld liegen die Voraussetzungen nicht vor, so dass weiterhin Gesamtabschlüsse aufzustellen sind.

2.2 Elemente des NKF

Die drei wesentlichen Komponenten des Neuen Kommunalen Finanzmanagements sind:

- Ergebnisplan und Ergebnisrechnung
- Finanzplan und Finanzrechnung
- Bilanz

Die **Ergebnisrechnung** entspricht im Wesentlichen der kaufmännischen Gewinn- und Verlustrechnung und enthält die Erträge und Aufwendungen unabhängig von ihrer Zahlungswirksamkeit. Das in der Ergebnisrechnung ausgewiesene Jahresergebnis (Überschuss oder Fehlbetrag) geht in die Bilanz ein und verändert unmittelbar das Eigenkapital der Kommune. Das Jahresergebnis umfasst periodengerecht alle Erträge und Aufwendungen und bildet den Ressourcenverbrauch umfassend ab. Umfassend bedeutet, einschließlich der über die Nutzungsdauer von Vermögensgegenständen anzusetzenden Abschreibungen sowie der erst später zahlungswirksam werdenden Belastungen (z.B. Zuführungen zu Pensionsrückstellungen oder Rückstellungen für unterlassene Straßeninstandhaltungen). Durch die periodengerechte Zuordnung der Erträge und Aufwendungen liefert das NKF einen erheblichen Beitrag zur Generationengerechtigkeit. **Als Planungsinstrument ist der Ergebnisplan wichtigster Bestandteil des Haushalts.**

Die **Finanzrechnung** enthält alle Einzahlungen und Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit sowie der Investitions- und Finanzierungstätigkeit (Kreditaufnahmen, Tilgung von Krediten). Es werden auch Zahlungen erfasst, die keinen Aufwand bzw. Ertrag darstellen. Dies ist u.a. bei Zahlungen im Zusammenhang mit Investitionen von Bedeutung, da im Ergebnisplan nur die jährlichen Abschreibungen für die Investitionsobjekte, nicht aber die zu leistenden gesamten Investitionsbeträge enthalten sind. **Dementsprechend dient hierbei der Finanzplan als maßgebliches Planungsinstrument.** Der Liquiditätssaldo aus der Finanzrechnung bildet die Veränderung des Bestands an liquiden Mitteln in der Bilanz ab. Ein negativer Liquiditätssaldo führt zu einer Erhöhung der Kredite zur Liquiditätssicherung.

Die **Bilanz** ist Teil des neuen Jahresabschlusses und weist das Vermögen und dessen Finanzierung durch Eigen- und Fremdkapital nach. Grundlage für die Bilanz ist die Erfassung und Bewertung des kommunalen Vermögens. Auf der Aktivseite der Bilanz befinden sich das Anlage- und das Umlaufvermögen der Kommune. Auf der Passivseite werden das Eigen- und Fremdkapital sowie Rückstellungen und Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Elemente des NKF- Haushalts

Finanzrechnung		Bilanz			Ergebnisrechnung
Einzahlungen		<u>Aktiva</u>	<u>Passiva</u>		Erträge
./. Auszahlungen	→	Vermögen	Eigenkapital	←	./. Aufwendungen
= Liquiditätssaldo		Liquide Mittel	Fremdkapital		= Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag

Der **Haushaltsausgleich** im NKF ist hergestellt, wenn der Ergebnisplan ausgeglichen ist, indem die Erträge die Aufwendungen decken. Übersteigen die Aufwendungen die Erträge, verringert sich das Eigenkapital. Ein verbindlich festgelegter Teil des in der Eröffnungsbilanz aus-

gewiesenen Eigenkapitals wird als Ausgleichsrücklage bestimmt, die zum Ausgleich von Fehlbeträgen in Anspruch genommen werden darf. In diesem Fall gilt der Haushalt ebenfalls als ausgeglichen. Nach § 75 GO NRW ist in der Bilanz eine Ausgleichsrücklage zusätzlich zur allgemeinen Rücklage als gesonderter Posten des Eigenkapitals anzusetzen. Die Ausgleichsrücklage kann aus Überschüssen kommender Jahre aufgefüllt werden, soweit ihr Bestand nicht den Höchstbetrag von einem Drittel des Eigenkapitals erreicht.

2.3 Gliederung des Haushaltsplans

Die KomHVO NRW, die seit dem 01.01.2019 die GemHVO NRW ersetzt, enthält detaillierte Regelungen über die Bestandteile des NKF-Haushaltsplans.

Vorgeschrieben sind

- der Ergebnisplan (Ertrag und Aufwand),
- der Finanzplan (Ein- und Auszahlungen) und
- die Teilpläne (Teilergebnis- und Teilfinanzpläne, letztere nur mit ihren Investitionen),
- ein Haushaltssicherungskonzept (HSK), wenn ein solches erstellt werden muss.

Für den als Anlage neu beizufügenden Haushaltsquerschnitt nach der KomHVO sowie weitere Änderungen sind vom Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung Muster vorgegeben, die die bisherigen Anlagen ersetzen bzw. ergänzen.

Gesamtergebnisplan

Im Ergebnisplan sind die Konten zu folgenden wesentlichen Ertrags- und Aufwandsarten zusammengefasst:

Zeile	Bezeichnung	Wesentliche Positionen
01	Steuern und ähnliche Abgaben	Grundsteuer A und B, Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer, Kompensationszahlungen (Familienleistungsausgleich)
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	Schlüsselzuweisungen, Zuweisungen vom Land u. a., Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen
03	Sonstige Transfererträge	Kostenersatz von sozialen Leistungen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen, wie z. B. Kostenbeiträge und Aufwendersersatz, übergeleitete Unterhaltsansprüche gegen Unterhaltsverpflichtete, Leistungen von Sozialleistungsträgern, Rückzahlung gewährter Hilfen
04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	Verwaltungs- und Benutzungsgebühren, Baugenehmigungs- und -abnahmegebühren, Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Erschließungsbeiträge und Beiträge nach dem KAG

Zeile	Bezeichnung	Wesentliche Positionen
05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	Mieten und Pachten, Teilnehmer- und Prüfungsentgelte, sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte
06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	Erstattung der Kosten der Unterkunft von Arbeitssuchenden, Personal- und Sachkostenerstattungen, Erstattungen vom Land, von Gemeinden und Gemeindeverbänden, vom Landschaftsverband, von verbundenen Unternehmen und von Sondervermögen
07	Sonstige ordentliche Erträge	Konzessionsabgaben, Verwarnungs- und Bußgelder, Mahngebühren
11	Personalaufwendungen	Gehälter und Bezüge, Sozialversicherungsbeiträge, Beihilfen, Rückstellungen
12	Versorgungsaufwendungen	Versorgungsaufwendungen, Beihilfen, Rückstellungen
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	Aufwendungen für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen, des Infrastrukturvermögens, des beweglichen Vermögens; Erstattungen, Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen
14	Bilanzielle Abschreibungen	Abschreibungen für das Infrastrukturvermögen und für das unbewegliche und bewegliche Anlagevermögen (soweit nicht in EBE bilanziert)
15	Transferaufwendungen	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, Sozialtransferaufwendungen (Jugend- und Sozialhilfe, Grundsicherung im Alter, Hilfen für Asylbewerber)
16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	Mieten, Pachten, Leasingkosten, Geschäftsaufwendungen, Versicherungen, Leistungen für Schadensfälle, Beiträge, Fraktionszuwendungen, Aufwendungen im Rahmen von Festwertbeschaffungen
19	Finanzerträge	Gewinnanteile aus Beteiligungen, Zinserträge
20	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	Zinsen für Liquiditäts- und Investitionskredite, Kreditbeschaffungskosten

Gesamtfinanzplan

Die Bestandteile des Finanzplans sind:

- die konsumtiven Ein- und Auszahlungen (Zeilen 01 bis 17)

Dieser Block umfasst alle zahlungsrelevanten Geschäftsvorfälle aus dem Gesamtergebnisplan einschließlich des Finanzergebnisses. Zusätzlich sind hier alle konsumtiven Ein- und Auszahlungen abgebildet, die nicht Ertrag oder Aufwand darstellen. Hierzu gehören auch Umsatzsteuerein- und Vorsteuerauszahlungen bei Betrieben gewerblicher Art.

- die Darstellung der städtischen Investitionstätigkeit (Zeilen 18 bis 31)

Hier werden die Summen der Ein- und Auszahlungen für alle in den Teilfinanzplänen aufgeführten Investitionsmaßnahmen abgebildet.

- die Darstellung der Finanzierungstätigkeit (Kreditaufnahmen, Tilgung von Investitions- und Liquiditätskrediten (Zeilen 33 bis 36)

Teilpläne nach Produktbereichen

Die Teilpläne sind zunächst nach Produktbereichen aufzustellen. Eine Mindestgliederung in 17 Produktbereiche ist verbindlich vorgeschrieben. Der Bielefelder Haushaltsplan weist folgende Produktbereiche aus:

- 01 Innere Verwaltung
- 02 Sicherheit und Ordnung
- 03 Schulträgeraufgaben
- 04 Kultur und Wissenschaft
- 05 Soziale Leistungen
- 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
- 07 Gesundheitsdienste
- 08 Sportförderung
- 09 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen
- 10 Bauen und Wohnen
- 11 Ver- und Entsorgung
- 12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
- 13 Natur- und Landschaftspflege
- 14 Umweltschutz
- 15 Wirtschaft und Tourismus
- 16 Allgemeine Finanzwirtschaft

Der Produktbereich 17 „Stiftungen“ ist in Bielefeld nicht belegt.

Die **Teilergebnispläne** sind aufgebaut wie der Gesamtergebnisplan. Hinzu kommen allerdings die Erträge und Aufwendungen aus verwaltungsinternen Leistungsverrechnungen. Die **Teilfinanzpläne** enthalten gem. § 4 Abs. 4 KomHVO NRW die Ein- und Auszahlungen für Investitionen.

Weitere Untergliederung

Unterhalb der Produktbereichsebene ist den Kommunen die Aufteilung nach Produktgruppen oder nach Verantwortungsbereichen unter Beachtung des vom Innenministerium bekannt gegebenen Produktrahmens freigestellt. In den Teilplänen sind die gebildeten Produkte zu beschreiben, sowie die Ziele und Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung darzustellen.

Für die Stadt Bielefeld wurde festgelegt, dass für die Struktur des Haushaltsplanes die Ebene der Produktgruppen vorzusehen und dabei der NKF-Produktrahmen des Innenministeriums mit ca. 100 empfohlenen Produktgruppen zugrunde zu legen ist. Aufgrund individueller örtlicher Gegebenheiten (z. B. Darstellung der bezirklichen Mittel) werden im Bielefelder Haushaltsplan jedoch deutlich mehr Produktgruppen abgebildet.

Ziele, Finanz- und Leistungsdaten werden ebenfalls grundsätzlich auf der Produktgruppenebene dargestellt. Folgerichtig findet auch die Budgetierung auf Ebene der Produktgruppen statt.

Einzelheiten zur Haushaltsstruktur finden sich in den Allgemeinen Vorbemerkungen und den Bewirtschaftungsregeln (Band I) zum Doppel-Haushaltsplan 2020/2021.

3. Eröffnungsbilanz

Die Eröffnungsbilanz gemäß § 92 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) in Verbindung mit dem seinerzeit gültigen § 53 Gemeindeordnung NRW der Stadt Bielefeld wurde am 15.12.2011 vom Rat festgestellt und die Entlastung des Oberbürgermeisters beschlossen.

Das Gesamtvolumen betrug rd. 2,524 Mrd. €. Darin enthalten waren auf der Aktivseite die Werte des Straßennetzes mit Wegen und Plätzen mit rd. 439,5 Mio. €, der Brücken- und Tunnelbauwerke mit rd. 122,8 Mio. € sowie Werte des Grund und Bodens des Infrastrukturvermögens mit rd. 220 Mio. €. Weitere wesentliche Aktivpositionen entfielen auf die Sondervermögen mit rd. 701 Mio. € sowie die verbundenen Unternehmen mit rd. 636,6 Mio. €.

Die Passivseite wurde geprägt von den Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen mit etwa 535 Mio. € sowie von den erhaltenen Zuschüssen in Form von Sonderposten mit rd. 447 Mio. €. Verbindlichkeiten waren mit etwa 380 Mio. € enthalten, so dass neben der Ausgleichsrücklage, die rd. 207 Mio. € betrug, sich eine allgemeine Rücklage von etwa 840,8 Mio. € ergab.

Die Bezirksregierung Detmold hat das Anzeigeverfahren zur Eröffnungsbilanz mit Verfügung vom 14.08.2013 abgeschlossen.

4. Doppel-Haushaltsplan 2020/2021

4.1 Verlauf der Haushaltswirtschaft in den Haushaltsjahren 2017, 2018 und 2019 / Rahmenbedingungen für den Doppel-Haushalt 2020/2021

Bei der Erstellung der Jahresabschlüsse ergeben sich nach wie vor Verzögerungen. Der Jahresabschluss 2014 wurde den politischen Gremien im Dezember 2015 vorgelegt. Damit war es erstmalig gelungen, einen Jahresabschluss bereits im Folgejahr vorzulegen. Die Feststellung des Jahresabschlusses sowie die Entlastung des Oberbürgermeisters erfolgten in der Ratssitzung am 17.11.2016. Der Entwurf des Jahresabschlusses 2015 wurde in die Ratssitzung am 23.03.2017 eingebracht. Aus innerbetrieblichen Gründen war es nicht gelungen, auch diesen Jahresabschluss bereits im Folgejahr vorzulegen. Die Feststellung des Jahresabschlusses 2015 sowie die Entlastung des Oberbürgermeisters erfolgten in der Ratssitzung am 08.11.2017. Der Jahresabschluss 2016 wurde dem Rat im Dezember 2017 vorgelegt; Feststellung des Jahresabschlusses und Entlastung des Oberbürgermeisters erfolgten in der Ratssitzung am 08.11.2018. Der Entwurf des Jahresabschlusses 2017 hat die politischen Gremien der Stadt bereits im November 2018 erreicht.

Der Haushaltsplan 2017 wurde am 09.02.2017 vom Rat beschlossen. Die Ergebnisplanung 2017 weist bei Erträgen in Höhe von 1.248,4 Mio. € und Aufwendungen in Höhe von 1.300,0 Mio. € einen Fehlbetrag in Höhe von rd. 51,6 Mio. € aus. Die Defizite der Folgejahre belaufen sich auf 40,0 Mio. € (2018), 32,5 Mio. € (2019) und 12,3 Mio. € (2020). Vor allem aufgrund höherer Steuererträge und Einsparungen bei den Transferaufwendungen konnte im Jahresabschluss 2017 mit einem Überschuss in Höhe von 28,4 Mio. € ein deutlich positiveres Ergebnis als geplant erzielt werden. Einzelheiten zum Jahresabschluss 2017 ergeben sich aus der entsprechenden Beschlussvorlage für die Ratssitzung am 08.11.2018 (Drucksachen-Nr. 7310/2014-2020).

Die vom Rat am 08.11.2017 beschlossene Ergebnisplanung 2018 weist bei Erträgen in Höhe von 1.301,9 Mio. € und Aufwendungen in Höhe von 1.344,0 Mio. € einen Fehlbetrag in Höhe von rd. 42,1 Mio. € aus. Die Defizite der Folgejahre belaufen sich auf 31,4 Mio. € (2019), 10,0 Mio. € (2020) und 1,6 Mio. € (2021). Haushaltsrechtlich können diese Fehlbeträge nur durch Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage gedeckt werden. In den Jahren 2018 und 2019 liegt die Inanspruchnahme deutlich über der Bagatellgrenze von 5%. Da mit der fortgeschriebenen Kalkulation 2022 dargestellt werden kann, dass nach wie vor im Jahre 2022 der Haushaltsausgleich wieder erreicht wird, hat die Bezirksregierung Detmold das Haushaltssicherungskonzept mit Verfügung vom 26.01.2018 genehmigt.

Nach den Jahren 2016 und 2017 schließt auch das Haushaltsjahr 2018 mit einem positiven Ergebnis ab. Ausgelöst durch deutliche Mehrerträge im Bereich der allgemeinen Finanzwirtschaft (insb. Gewerbesteuer, Schlüsselzuweisungen, Abrechnung der einheitsbedingten Lasten und Verteilung der Landesersparnis bei den Wohngeldausgaben) sowie positiven Veränderungen im Bereich der sozialen Leistungen tritt gegenüber dem negativen geplanten Jahresergebnis in Höhe von 42,1 Mio. € eine Verbesserung in Höhe von rd. 96,9 Mio. € und somit ein Jahresüberschuss in Höhe von rd. 54,8 Mio. € ein. Der Entwurf des Jahresabschlusses 2018 wurde am 07.11.2019 dem Rat vorgelegt. Einzelheiten ergeben sich aus der entsprechenden Beschlussvorlage (Drucksachen-Nr. 9381/2014-2020).

Durch eine erfolgreich verkürzte Haushaltsplanaufstellung 2018 konnte auch mit den Planungsschritten des üblichen Aufstellungsverfahrens eine Verabschiedung des Haushaltsplanes 2019 noch vor Beginn des Haushaltsjahres in der Ratssitzung am 06.12.2018 erfolgen. Die Ergebnisplanung 2019 weist bei Erträgen in Höhe von 1.339,6 Mio. € und Aufwendungen in Höhe von 1.362,8 Mio. € einen Fehlbetrag in Höhe von rd. 23,2 Mio. € aus. Ab 2020 ergeben sich in der Ergebnisplanung Überschüsse. Diese belaufen sich auf 0,3 Mio. € (2020), 13,7 Mio. € (2021) und 20,2 Mio. € (2022). Der Fehlbetrag 2019 kann durch Inanspruchnahme der

Ausgleichsrücklage (rd. 1,7 Mio. €) und der Allgemeinen Rücklage (rd. 21,5 Mio. €) gedeckt werden. Die Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage liegt 2019 noch über der Bagatellgrenze von 5 %. Wie bereits im Haushaltsplanentwurf erwartet, werden auch im endgültigen Haushalt bereits ab 2020 planerische Überschüsse dargestellt.

In der Finanzplanung 2019 ergeben sich Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 1.292,0 Mio. € und Auszahlungen in Höhe von 1.281,5 Mio. €. Der Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit beläuft sich auf 87,0 Mio. €. Dem stehen Auszahlungen in Höhe von 91,6 Mio. € gegenüber, so dass sich bei den liquiden Mitteln im Ergebnis ein Überschuss in Höhe von rd. 5,9 Mio. € ergibt.

Die Bezirksregierung Detmold hat das Haushaltssicherungskonzept 2019 mit Verfügung vom 28.02.2019 genehmigt.

Auch im Jahr 2019 wird – nunmehr im 4. Jahr in Folge – ein positives Jahresergebnis erwartet. Gegenüber dem Fehlbetrag von 23,2 Mio. € wird nach dem 2. Quartal 2019 eine Verbesserung von 54,4 Mio. € prognostiziert, die sich nach aktuellen Erkenntnissen ohne Berücksichtigung der im Jahresabschluss noch notwendigen Buchungen weiter erhöhen wird. Der erwartete Überschuss wird sich in einer ähnlichen Größenordnung wie im Jahresergebnis 2018 bewegen.

Mit dem nunmehr beschlossenen Doppelhaushalt kann ein originärer Haushaltsausgleich sowohl in den Jahren 2020 und 2021 als auch in allen Planungsjahren dargestellt werden. Nach der aktuellen Erlasslage ergibt sich trotz des früheren Haushaltsausgleichs nach wie vor die Verpflichtung, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen.

Das Verfahren zur Aufstellung des Doppel-Haushaltsplanes 2020/2021 wurde mit dem Haushaltsrundschreiben Nr. 10 im November 2018 angestoßen. Die investiven Mittelanmeldungen erfolgten entsprechend der Zeitplanung bis Ende Dezember 2018.

Im Haushaltsrundschreiben Nr. 2 aus Januar 2019 wurden dann konkrete Vorgaben für die konsumtive Planung gemacht. Danach sollten die im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2019 geplanten Ansätze für den Finanzplanungszeitraum bis 2022 grundsätzlich Bestand haben. Die Werte des Jahres 2022 sollten – soweit möglich – auch für die Jahre 2023 und 2024 fortgeschrieben werden. Ertragsminderungen und Aufwandssteigerungen im Vergleich zu den Finanzplanungswerten ohne Ausgleich an anderer Stelle sollten nur in besonders begründeten Ausnahmefällen zugelassen werden. Aufwandssteigerungen bei den freiwilligen Leistungen waren grundsätzlich ausgeschlossen oder aber im Bereich der freiwilligen Leistungen zu kompensieren.

Die Personalaufwendungen wurden zentral vom Amt für Personal geplant. Für die tariflich Beschäftigten erfolgt ab 2020 eine lineare Steigerung der Ansätze um jährlich 2 %. Für die Beamten wurde im Jahr 2020 die Besoldungserhöhung in Höhe von 3,2 % übernommen sowie für die Folgejahre linear ebenfalls eine Steigerung von jährlich 2 % eingeplant.

Auf dieser Grundlage wurde der Entwurf des Doppel-Haushaltsplanes 2020/2021 am 17.05.2019 vom Stadtkämmerer aufgestellt und am gleichen Tag vom Oberbürgermeister bestätigt. Die Einbringung in den Rat erfolgt am 06.06.2019.

Der Entwurf der Ergebnisplanung 2020 weist bei Erträgen in Höhe von 1.395,4 Mio. € und Aufwendungen in Höhe von 1.390,0 Mio. € einen Überschuss von rd. 5,4 Mio. € aus. Dieser Überschuss erhöht sich im Jahr 2021 auf rd. 7,1 Mio. € bei Erträgen in Höhe von 1.424,9 Mio. €

und Aufwendungen von 1.417,8 Mio. €. Auch in der mittelfristigen Ergebnisplanung 2022 bis 2024 werden durchgehend Überschüsse erzielt.

Im Entwurf der Finanzplanung 2020 (2021) ergeben sich Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 1.346,0 Mio. € (1.369,4 Mio. €) und Auszahlungen in Höhe von 1.310,9 Mio. € (1.337,2 Mio. €). Der Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit beläuft sich auf 468,9 Mio. € (374,0 Mio. €). Dem stehen Auszahlungen in Höhe von 504,0 Mio. € (406,2 Mio. €) gegenüber. Bedingt durch die nach der Kommunalhaushaltsverordnung NRW nunmehr darzustellenden Aufnahmen und Tilgungen von Liquiditätskrediten ergeben sich in der Finanzplanung in allen Jahren als Ergebnis 0 €. In der Darstellung sind in den Jahren 2020 bis 2024 insgesamt Rückführungen der Liquiditätskredite im Volumen von rd. 173,8 Mio. € enthalten. Im Einzelnen werden die Liquiditätskredite wie folgt getilgt (Angaben in Mio. €):

2020	2021	2022	2023	2024	Summe
29,7	25,9	30,8	39,2	48,2	173,8

Die Beratungen in den Bezirksvertretungen und Fachausschüssen sind in dem Zeitraum vom 12.06. bis 27.09.2019 erfolgt. Der Finanz- und Personalausschuss hat die daraus resultierenden Veränderungslisten am 11. und 12.11.2019 abschließend beraten.

Aufgrund der dort herrschenden politischen Mehrheitsverhältnisse wurden die Beschlussempfehlungen zum Haushalts- und Stellenplan 2020/2021 mit Stimmgleichheit abgelehnt. Zur Ratssitzung am 12.12.2019 lag somit erneut kein abschließendes Votum des Finanz- und Personalausschusses zum Haushalt vor.

Um gleichwohl in der Dezembersitzung des Rates die Verabschiedung des Doppelhaushaltes zu erreichen, wurden dem Gremium mit der Beschlussvorlage 9852/2014-2020 Veränderungslisten zur Beschlussfassung vorgelegt, die den Stand nach den Fachausschussberatungen unter Berücksichtigung der im Rat mehrheitsfähigen Positionen enthielten. Mit Beschluss dieser Positionen folgte der Rat im Wesentlichen den Vorgaben des Haushaltsplanentwurfes bzw. den Änderungsvorschlägen der Verwaltung.

Die auf dieser Basis vom Rat am 12.12.2019 beschlossene Ergebnisplanung 2020 (2021) weist bei Erträgen in Höhe von 1.402,8 Mio. € (1.440,5 Mio. €) und Aufwendungen in Höhe von 1.398,4 Mio. € (1.435,4 Mio. €) einen Überschuss in Höhe von rd. 4,4 Mio. € (5,1 Mio. €) aus. Die Überschüsse in den Folgejahren belaufen sich auf 3,0 Mio. € (2022), 3,6 Mio. € (2023) und 11,7 Mio. € (2024). Nach der aktuellen Erlasslage ergibt sich trotz des früheren Haushaltsausgleichs nach wie vor die Verpflichtung, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. Dessen Genehmigung ist aufgrund der dargestellten Haushaltsentwicklung auf jeden Fall zu erwarten.

4.2 Eckdaten des Doppel-Haushalts 2020/2021 und der Planungsjahre 2022 – 2024

Die wesentlichen Eckdaten stellen sich wie folgt dar:

Gesamtergebnisplan (in Mio. €)	Ist 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Ordentliche Erträge	1.312,9	1.312,9	1.371,1	1.414,4	1.433,3	1.458,5	1.478,6
Ordentliche Aufwendungen	1.276,5	1.346,9	1.388,0	1.425,1	1.444,2	1.468,9	1.480,7
Ordentliches Ergebnis	36,4	- 34,0	-16,9	-10,7	-10,9	-10,4	-2,1
Finanzergebnis	18,4	10,8	21,3	15,8	13,9	14,0	13,8
Jahresergebnis	54,8	- 23,2	4,4	5,1	3,0	3,6	11,7

Gesamtfinanzplan (in Mio. €)	Ist 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.297,1	1.292,0	1.351,5	1.384,3	1.396,6	1.425,8	1.453,8
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.184,2	1.281,5	1.314,7	1.348,6	1.362,9	1.386,3	1.395,6
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	112,9	10,5	36,8	35,7	33,7	39,5	58,2
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	33,9	53,8	68,9	63,4	47,4	58,4	35,0
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	42,0	80,9	154,0	117,9	91,4	86,3	42,2
Saldo aus Investitionstätigkeit	-8,1	-27,1	-85,1	-54,5	-44,0	-27,9	-7,2
Finanzmittelüberschuss / -fehlbetrag	104,8	- 16,7	-48,3	-18,8	-10,3	11,5	50,9
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-102,7	22,6	48,3	18,8	10,3	-11,5	-50,9
Änderung Bestand eigene Finanzmittel	2,1	5,9	0	0	0	0	0
Anfangsbestand an Finanzmitteln	16,7	0	0	0	0	0	0
Änderung Bestand fremde Finanzmittel	-0,1	0	0	0	0	0	0
Liquide Mittel	18,7	5,9	0	0	0	0	0
Verpflichtungsermächtigungen	o. A.	19,7	14,7	12,3			

Die Entwicklung der im Doppel-Haushaltsplan und in der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung bis 2024 ausgewiesenen Jahresüberschüsse hat auf das Eigenkapital und die Rücklagen die nachstehend aufgeführten Auswirkungen (in Mio. €):

	Ende 2009	Ende 2010	Ende 2011	Ende 2012	Ende 2013	Ende 2014	Ende 2015	Ende 2016
Jahresdefizit/ Überschuss (-)	154,0	117,6	81,4	64,6	88,7	62,5	29,2	-1,7
Voraussichtlicher Anfangsbestand der Ausgleichsrücklage	206,8	52,8	0	0	0	0	0	0
Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage	154,0	52,8	0	0	0	0	0	0
Voraussichtlicher Endbestand der Ausgleichsrücklage EB = 206,8 Mio. €	52,8	0	0	0	0	0	0	1,7
Verbleibendes Jahresdefizit	0	64,8	81,4	64,6	88,7	62,5	29,2	0
Verbleibender Überschuss	0	0	0	0	0	0	0	0
Voraussichtlicher Anfangsbestand der Allg. Rücklage	840,8	863,8	806,0	679,7	627,6	546,5	421,2	391,1
Veränderung Allg. Rücklage durch JA	+23,0	+ 7,0	-44,9	+12,5	+ 7,6	-62,8	-0,9	-0,1
Inanspruchnahme der Allg. Rücklage	0	64,8	81,4	64,6	88,7	62,5	29,2	0
Voraussichtlicher Endbestand der Allg. Rücklage EB = 840,8 Mio. €	863,8	806,0	679,7	627,6	546,5	421,2	391,1	391,0
Verbleibendes Jahresdefizit	0	0	0	0	0	0	0	0

	Ende 2017	Ende 2018	Ende 2019	Ende 2020	Ende 2021	Ende 2022	Ende 2023	Ende 2024
Jahresdefizit/ Überschuss (-)	-28,4	-54,8	0,0	- 4,4	-5,1	-3,0	-3,7	-11,7
Voraussichtlicher Anfangsbestand der Ausgleichsrücklage	1,7	30,1	84,9	84,9	89,3	94,4	97,4	101,1
Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage	0	0	0	0	0	0	0	0
Voraussichtlicher Endbestand der Ausgleichsrücklage EB = 206,8 Mio. €	30,1	84,9	84,9	89,3	94,4	97,4	101,1	112,8
Verbleibendes Jahresdefizit	0	0	0	0	0	0	0	0
Verbleibender Überschuss	0	0	0	0	0	0	0	0
Voraussichtlicher Anfangsbestand der Allg. Rücklage	391,0	455,9	455,9	455,9	455,9	455,9	455,9	455,9
Veränderung Allg. Rücklage durch JA	64,9	0	0	0	0	0	0	0
Inanspruchnahme der Allg. Rücklage	0	0	0	0	0	0	0	0
Voraussichtlicher Endbestand der Allg. Rücklage EB = 840,8 Mio. €	455,9	455,9	455,9	455,9	455,9	455,9	455,9	455,9
Verbleibendes Jahresdefizit	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

5. Gesamtergebnisplan 2020/2021

5.1 Stand

Wie oben bereits dargestellt weist der Gesamtergebnisplan unter Berücksichtigung des Ergebnisses der laufenden Verwaltungstätigkeit und des Finanzergebnisses für 2020 erstmalig wieder einen Überschuss in Höhe von 4,4 Mio. € aus, der sich für 2021 auf 5,1 Mio. € erhöht.

5.2 Gesamtergebnisplan – Einzeldarstellung –

5.2.1 Erträge

Im Ergebnisplan werden die Erträge der Kommune vollständig abgebildet. Dabei wird zwischen ordentlichen Erträgen, Finanzerträgen und außerordentlichen Erträgen unterschieden. Die ordentlichen Erträge ergeben sich dabei aus der Summe der nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 9 KomHVO NRW verpflichtend auszuweisenden Ertragsarten.

In der nachfolgenden Übersicht sind die geplanten Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit dargestellt:

Gesamtergebnisplan (in Mio. €)	Ist 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Steuern und ähnliche Abgaben	535,8	524,9	558,1	576,1	583,0	601,7	620,0
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	344,1	374,0	398,5	420,9	423,8	429,0	427,0
Sonstige Transfererträge	14,0	27,7	22,1	21,7	21,9	22,1	22,2
Öffentlich - rechtliche Leistungsentgelte	170,6	171,3	181,5	183,7	184,8	185,9	186,2
Privatrechtliche Leistungsentgelte	6,0	5,8	5,8	5,8	5,8	5,9	5,8
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	158,9	147,4	144,5	146,0	154,1	154,5	157,3
Sonstige ordentliche Erträge	82,8	60,8	59,3	58,7	58,6	58,5	59,0
Aktivierte Eigenleistungen	0,7	1,0	1,3	1,5	1,3	1,0	1,0
Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0	0
Ordentliche Erträge	1.312,9	1.312,9	1.371,1	1.414,4	1.433,3	1.458,5	1.478,6

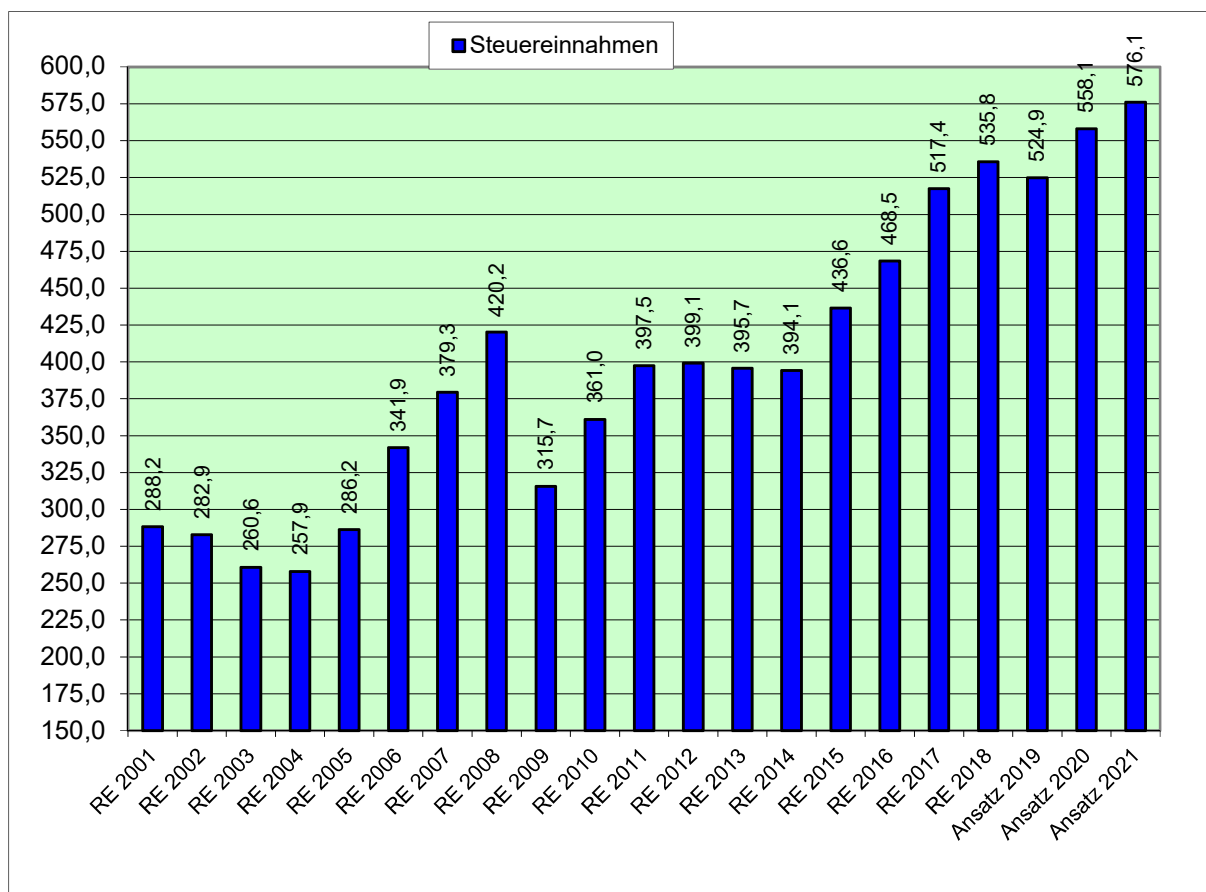
5.2.1.1 Steuern und ähnliche Abgaben

in Mio. €	Ist 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Steuern und ähnliche Abgaben	535,8	524,9	558,1	576,1	583,0	601,7	620,0

Seit 2015 sind insbesondere bei der Gewerbesteuer aber auch bei anderen Steuerarten positive Entwicklungen festzustellen, die in der Ansatzbildung berücksichtigt werden.

Abzüglich der Gewerbesteuerumlage beträgt das erwartete Netto-Steueraufkommen der Stadt Bielefeld im Jahr 2020 (2021) rd. 540,5 Mio. € (557,9 Mio. €) und erreicht damit prozentual jeweils rd. 39 % der ordentlichen Erträge. Zukünftig werden weiter steigende Steuereinnahmen erwartet.

Vergleicht man die im Haushaltsplan 2020/2021 veranschlagten Steuereinnahmen mit den Rechnungsergebnissen ab 2001 ist folgende Entwicklung festzustellen (in Mio. €):



Seit 2001 wurden die Hebesätze wie folgt verändert:

Jahr	Gewerbesteuer	Grundsteuer B
2002		380 v. H. auf 440 v. H.
2010		440 v. H. auf 490 v. H.
2012	435 v. H. auf 463 v. H.	
2013	463 v. H. auf 480 v. H.	490 v. H. auf 539 v. H.
2015		539 v. H. auf 580 v. H.
2016		580 v. H. auf 620 v. H.
2017		620 v. H. auf 660 v. H.

Grundsteuer B

in Mio. €	Ist 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Grundsteuer B	78,9	78,5	79,9	81,1	82,3	83,5	84,8

An Erträgen aus der Grundsteuer B ist für das Jahr 2020 (2021) ein Ansatz in Höhe von 79,9 Mio. € (81,1 Mio. €) eingeplant. Das Rechnungsergebnis 2018 überschreitet den geplanten Ansatz von 77,7 Mio. € um 1,2 Mio. €. Die Ansätze für die Planungsjahre 2022 bis 2024 wurden auf Basis des Ansatzes 2021 mit einer jeweils 1,5%-igen Steigerung kalkuliert. Diese Steigerungsrate beinhaltet u. a. die erwarteten Auswirkungen der Baulandstrategie.

Gewerbsteuer

in Mio. €	Ist 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Gewerbesteuer	236,2	231,6	241,6	249,4	256,1	262,8	269,3

Die Gewerbsteuer nach Ertrag gehört zu den besonders konjunkturrempfindlichen Steuern. Eine Prognose ist daher immer mit gewissen Risiken verbunden.

Während in den Jahren stetigen Wirtschaftswachstums und stabiler Konjunktur die Prognosen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ und die darauf beruhenden, für das Land Nordrhein-Westfalen regionalisierten Orientierungsdaten zumeist übertroffen wurden, zeigt sich in Jahren der Rezession die umgekehrte Entwicklung.

Da für die Gewerbsteuer zunächst Vorauszahlungen erhoben werden, die in der Regel auf den letzten Abschlüssen basieren und die endgültigen Veranlagungen erst nach Abschluss der betreffenden Jahre vorgenommen werden, treten diese Wirkungen häufig erst mit zeitlichem Verzug ein.

Dies führt dann bei günstigeren Abschlüssen und auch nach Betriebsprüfungen zu Steuerhinterziehungen oder bei überhöhten Vorauszahlungen zu Steuererstattungen, die im Voraus bei der Bildung der Haushaltsansätze nicht kalkuliert werden können.

Der Ansatz 2020 basiert auf dem um Einmaleffekte bereinigten voraussichtlichen Rechnungsergebnis 2019. Für den Planungszeitraum bis 2024 wurden die Ansätze entsprechend der Steigerungsraten des Arbeitskreises Steuerschätzung aus Oktober 2019 fortgeschrieben.

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

in Mio. €	Ist 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	147,3	151,9	158,1	166,1	175,0	184,4	193,8

Der Ansatz 2020 basiert auf dem voraussichtlichen Rechnungsergebnis 2019. Für den Planungszeitraum bis 2024 wurden die Ansätze entsprechend der Steigerungsraten des Arbeitskreises Steuerschätzung aus Oktober 2019 fortgeschrieben.

Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer

in Mio. €	Ist 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	38,9	37,9	45,9	48,4	40,6	41,4	42,2

Die Ansatzbildung für den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer erfolgte entsprechend der für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. In den Jahren 2020 und 2021 wurde zudem eine Teilverlagerung der Erstattungszahlungen „Kosten der Unterkunft“ im Rahmen der Flüchtlingsfinanzierung zum Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer berücksichtigt.

Kompensation Familienleistungsausgleich

in Mio. €	Ist 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Kompensation Familienleistungsausgleich	14,0	14,5	14,8	15,4	15,9	16,4	16,7

Der Ansatz für 2020 in Höhe von 14,8 Mio. € wurde auf Basis der Arbeitskreisberechnung zum GFG 2020 gebildet. Die Werte für die Jahre 2021 bis 2023 wurden auf Basis der Steigerungsraten der Orientierungsdaten vom 02.08.2019 fortgeschrieben. Der Wert für das Jahr 2024 wurde in Anwendung des geometrischen Mittels errechnet. Die Ansätze wurden zudem um die Kompensationsleistungen nach dem Steuervereinfachungsgesetz von jährlich 0,3 Mio. € verstärkt.

Leistungen für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende und Einheitslastenabrechnung

in Mio. €	Ist 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Wohngeldersparnis, Einheitslastenabrechnung	10,7	1,9	8,5	6,5	4,0	4,0	4,0

Im Rahmen der Einführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) wurde das Wohngeld zum 01.01.2005 weitgehend kommunalisiert. Das Land leitet seitdem seine ersparten Wohngeldmittel als Zuweisung an die Kreise und kreisfreien Städte weiter. Die Mittel werden vorab um den Teil vermindert, den das Land NRW in den Entlastungsausgleich für die ostdeutschen Kommunen zahlen muss. Seit 2014 verzeichnet die Stadt hier regelmäßige Erträge, die – orientiert am Durchschnitt der letzten Jahre – gleichmäßig fortgeschrieben werden.

Auf diesem Konto wird zusätzlich die Abrechnung des Landes über die kommunale Beteiligung an den Einheitslasten abgerechnet. Auch hier waren in den letzten Jahren Erstattungen durch das Land zu verzeichnen.

Das vorläufige Rechnungsergebnis 2019 liegt bei 9,0 Mio. €. Der Ansatz 2020 wurde auf Basis der Modellrechnung zur Abrechnung der Einheitslasten 2018, die in 2020 erfolgen wird, gebildet. Der Ansatz 2021 wurde in Höhe der durchschnittlichen Erträge der letzten Jahre gebildet. Ab 2022 erfolgt keine Steigerung, da die Beteiligung der Kommunen an den Einheitslasten im Jahr 2021 (Abrechnung für 2019) endet.

5.2.1.2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen

in Mio. €	Ist 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Zuwendungen und allg. Umlagen	344,1	374,0	398,5	420,9	423,8	429,0	427,0

Die zugehörigen Einzelpositionen werden nachfolgend erläutert.

Schlüsselzuweisungen und Bedarfszuweisungen

in Mio. €	Ist 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Schlüsselzuweisungen	216,0	223,0	226,7	242,3	250,8	261,0	268,7
Aufwands- und Unterhaltungspauschale	0	1,6	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7

Der bei weitem größte Einzelposten der Zuwendungen und allgemeinen Umlagen sind die Schlüsselzuweisungen. Sie werden im jährlich vom Landtag beschlossenen Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) geregelt.

Der Ansatz 2020 wurde entsprechend der GFG-Modellrechnung vom 06.11.2019 gebildet. Die Ansätze 2021 bis 2023 wurden unter Zugrundelegung der Orientierungsdaten vom 02.08.2019 gesteigert. Der Ansatz für 2024 wurde nur mit zwei Dritteln des geometrischen Mittels der Jahre 2009 bis 2018 gesteigert; es wurde somit ein Sicherheitsabschlag vorgenommen.

Mit dem GFG 2019 wurde erstmalig eine neue Aufwands- und Unterhaltungspauschale im Finanzausgleichssystem eingeführt. Der Ansatz für 2020 wurde entsprechend der Modellrechnung zum GFG gebildet und für die Folgejahre unverändert fortgeschrieben.

Die Mittel sollen nicht nur dem Kernhaushalt zur Verfügung stehen, sondern in Relation zu den vorhandenen Vermögensgegenständen auch den eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen der Stadt Bielefeld. Daher wird die Pauschale teilweise an den ISB (0,6 Mio. €) und den UWB (0,5 Mio. €) weitergeleitet.

Zuweisungen vom Land

in Mio. €	Ist 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Zuweisungen vom Land	97,4	123,1	140,8	139,1	127,6	123,4	122,8

Ein großer Teil der Zuweisungen vom Land entfällt auf den Schulhaushalt für die Bildungspauschale und für die Kinderbetreuung außerhalb des Unterrichts (OGS, Übermittagsbetreuung).

Für die Bildungspauschale ist für 2020 und 2021 – der Arbeitskreisberechnung des Landes entsprechend - ein Betrag in Höhe von rd. 13,3 Mio. € jährlich vorgesehen. Anteile davon sind in Höhe von jährlich 2 bis 3 Mio. € konkret im Finanzplan bei investiven Maßnahmen eingeplant.

Darüber hinaus werden Landeszuweisungen in Höhe von rd. 11,1 Mio. € für 2020 und rd. 11,4 Mio. € für Betreuungs- und Ganztagsangebote im Schulbereich erwartet (Steigerung 2020 um 1,2 Mio. € gegenüber 2019 und Steigerung 2021 gegenüber 2020 um rd. 0,3 Mio. €).

Für die Kindertageseinrichtungen steigen die Zuweisungen von rd. 60,5 Mio. € auf 72,9 Mio. € in 2020 und 74,3 Mio. € in 2021 aufgrund der KiBiz-Reform. Die Landeszuweisungen nach dem FlüAG sinken aufgrund der weiter abnehmenden Flüchtlingszahlen um 0,7 Mio. € auf 8,0 Mio. € in 2020 bzw. 8,2 Mio. € in 2021.

Nach dem Gesetz zur Förderung kommunaler Aufwendungen für schulische Inklusion erhält die Stadt Bielefeld 2020 für schulische Inklusion für nicht lehrendes Personal rd. 0,8 Mio. € und als Belastungsausgleich für Sachmittel 0,4 Mio. €, die im Rahmen der Bewirtschaftung im Budget des Amtes 400 bereitgestellt werden.

Des Weiteren sind Zuweisungen für die Städtebauförderung und für den ÖPNV eingeplant. Für die Stadterneuerungsmaßnahmen sollen 2020 rd. 7,2 Mio. € (2021 6,4 Mio. €) den städtischen Haushalt erreichen, diese sind beim Bauamt, beim Umweltamt und beim Amt für Schule für Schulbaumaßnahmen veranschlagt. Ein großer Teil dieser Mittel wird an den ISB weitergeleitet. In 2020 und 2021 werden außerdem ÖPNV-Fördermittel in Höhe von rd. 7,7 Mio. € erwartet. Diesen Erträgen steht entsprechender Aufwand gegenüber, der überwiegend bei den Zuschüssen an verbundene Unternehmen oder an private Unternehmen eingeplant ist.

Darüber hinaus sind Zuwendungen aus den Kommunalinvestitionsförderungsprogrammen in Höhe von rd. 14,6 Mio. € in 2020 und 12,1 Mio. € in 2021 veranschlagt, die in voller Höhe an den ISB weitergeleitet werden. Davon rd. 9,4 Mio. € in 2020 und rd. 8,7 Mio. € in 2021 für Schulbaumaßnahmen.

Die Sportpauschale in Höhe von gleichbleibend rd. 0,9 Mio. € wird 2021 und 2023 als investive Einzahlung veranschlagt; in den Jahren 2020, 2022 und 2024 werden konsumtive Ansätze gebildet. Entsprechend kommt sie im Wechsel den Sportanlagen der Vereine und den städtischen Sporteinrichtungen zu Gute.

Erträge aus der Auflösung von Sonderposten

in Mio. €	Ist 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	15,0	14,7	17,2	19,4	20,6	21,4	19,9

Im Wesentlichen handelt es sich bei den veranschlagten Beträgen um Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen vom Land. Im Jahre 2020 entfällt darauf ein Betrag in Höhe von rd. 16,7 Mio. € und im Jahr 2021 von rd. 18,8 Mio. €. Die Ansatzgestaltung in den Planungsjahren 2022 bis 2024 orientiert sich an den erwarteten Zuweisungsbeträgen.

5.2.1.3 Sonstige Transfererträge

in Mio. €	Ist 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Sonstige Transfererträge	14,0	27,7	22,1	21,7	21,9	22,1	22,2

Hierbei handelt es sich um den Ersatz von Sozial- und Jugendhilfeleistungen in und außerhalb von Einrichtungen durch übergeleitete Unterhaltsansprüche, Kostenbeiträge, Rückzahlungen sowie Leistungen von Sozialleistungsträgern oder Pflegeversicherungsträgern. Außerdem finden sich hier die Erträge aus Kostenerstattungen von anderen Gemeinden, für die die Stadt Bielefeld im Rahmen der Erstaufnahmestelle für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge Sozialhilfeleistungen erbringt, wieder. Den Erträgen stehen entsprechende Transferaufwendungen gegenüber. Das auffallend niedrige Rechnungsergebnis 2018 beruht auf einer von der Planung abweichenden Bewirtschaftung. Die Erstattungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Höhe von rd. 10,4 Mio. € wurden unter der Ertragsart „Kostenerstattungen und Kostenumlagen“ gebucht. Die Reduzierungen ab 2020 und 2021 beruhen im Wesentlichen auf geringeren Erstattungen für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, da von sinkenden Fallzahlen auszugehen ist.

5.2.1.4 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

in Mio. €	Ist 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	170,6	171,3	181,5	183,7	184,8	185,9	186,2

Verwaltungsgebühren

Der Ansatz 2018 für Verwaltungsgebühren betrug 12,8 Mio. €. Dem steht ein Rechnungsergebnis in Höhe von rd. 15,6 Mio. € gegenüber. Für 2019 werden Erträge in Höhe von 13,0 Mio. € erwartet; für 2020 und 2021 belaufen sich die Ansätze auf jeweils 13,9 Mio. €, die in dieser Höhe auch fortgeschrieben werden. In den Verwaltungsgebühren enthalten sind unter anderem die Gebührenerträge der Kfz-Zulassungsstelle sowie die Gebührenerträge des Bauamtes.

Benutzungsgebühren

Den mit Abstand größten Posten bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten machen die Benutzungsgebühren aus. In den Haushaltsjahren 2018 und 2019 waren Benutzungsgebühren in Höhe von 146,3 Mio. € bzw. 149,5 Mio. € veranschlagt; im Haushaltsjahr 2020 sind es rd. 156,3 Mio. € und im Jahr 2021 162,1 Mio. €. Das Rechnungsergebnis 2018 beträgt rd. 150,5 Mio. €. In den Planungsjahren 2022 bis 2024 steigen die Ansätze bis auf 168,5 Mio. €. Grundlage der Ansätze sind insbesondere die Gebührenkalkulationen. Die Benutzungsgebühren für Flüchtlingsunterkünfte sinken um 0,5 Mio. € und die Elternbeiträge für die Kinderbetreuung steigen um 0,5 Mio. €. Die Steigerung im Planungszeitraum ab 2022 resultiert vor

allem aus höheren Gebühren beim Rettungsdienst (+3,3 Mio. €) und im Bereich Stadtentwässerung (+2 Mio. €).

Erträge aus der Auflösung von Sonderposten

Aus der Auflösung von Sonderposten für den Gebührenaussgleich in den Bereichen Abfallbeseitigung, Straßenreinigung, Stadtentwässerung und Friedhöfe werden in 2020 Erträge in Höhe von rd. 7,1 Mio. € bzw. 3,7 Mio. € in 2021 in die Ergebnisplanung eingestellt. Das Rechnungsergebnis 2018 weist einen Wert von 4,1 Mio. € auf. Ab 2023 sind keine entsprechenden Erträge vorgesehen. Des Weiteren ergeben sich aus der Auflösung von Sonderposten aus KAG/BauGB-Beiträgen in den Jahren 2020 und 2021 Erträge in Höhe von rd. 4,1 Mio. € bzw. 3,8 Mio. €. Im weiteren Planungszeitraum bis 2024 werden leichte Reduzierungen in der Ertragserwartung ausgewiesen.

5.2.1.5 Privatrechtliche Leistungsentgelte

in Mio. €	Ist 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Privatrechtliche Leistungsentgelte	6,0	5,8	5,8	5,8	5,8	5,9	5,8

Die wesentlichen privatrechtlichen Leistungsentgelte finden sich bei den Erträgen aus Mieten und Pachten (2020 und 2021 = 0,3 Mio. €) sowie bei den sonstigen privatrechtlichen Leistungsentgelten mit rd. 3,9 Mio. € in 2020 bzw. 4,0 Mio. € in 2021. In den Folgejahren werden sie auf vergleichbarem Niveau fortgeschrieben. Die sonstigen privatrechtlichen Leistungsentgelte setzen sich hauptsächlich aus den Teilnehmerentgelten der VHS und den Schulgeldeinnahmen der Musik- und Kunstschule zusammen. Mit gleichbleibend 1,5 Mio. € jährlich fließen zudem noch die Leistungsentgelte für Verpflegung in diese Ertragsposition ein.

5.2.1.6 Kostenerstattungen und Kostenumlagen

in Mio. €	Ist 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	158,9	147,4	144,5	146,0	154,1	154,5	157,3

Den im Planungszeitraum bei dieser Ertragsart veranschlagten Ansätzen stehen in der Regel entsprechende Aufwendungen gegenüber.

Inhaltlich sind unter dieser Ertragsart zunächst die Erstattungen im Rahmen der Kosten der Unterkunft (KdU) gem. SGB II mit einem Ansatz von rd. 40,2 Mio. € in 2020 und 39,9 Mio. € in 2021 zu nennen. Der Ansatz 2019 betrug 52,8 Mio. €. Die Veränderung ergibt sich insbeson-

dere aufgrund der Verlagerung der Bundesbeteiligung zum Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer und geringerer Flüchtlingszahlen als bislang angenommen sowie geringerer KdU im Einzelfall.

Weiterhin werden in den Jahren 2020 bis 2024 jährlich vom Jobcenter Personal- und Sachkosten in Höhe von rd. 10,4 Mio. € erstattet.

Die Erstattungen für Unterhaltsvorschüsse mit rd. 7,1 Mio. € in 2020 bzw. 7,3 Mio. € in 2021 (Reduzierung um 1,0 Mio. € gegenüber 2019 aufgrund der reduzierten Fallzahlen) sowie für die Grundsicherung im Alter mit 42,7 Mio. € in 2020 (2021: 44,3 Mio. €) sind weitere wichtige Erstattungsleistungen (Steigerung um 7,0 Mio. € durch Fallzahlsteigerungen und den Übergang der existenzsichernden Leistungen für Menschen mit Behinderungen in besonderen Wohnformen von LWL zur Stadt).

Die Erstattungsleistungen vom Land für die ZAB steigen von rd. 11,5 Mio. € in 2019 auf rd. 12,5 Mio. € in 2020 und sinken in 2021 auf 11,7 Mio. €.

Außerdem werden unter dieser Position die Erstattungen der Sozialhilfezahlungen, die im Auftrag des überörtlichen Trägers erbracht werden, abgebildet. Der Ansatz für 2020 beträgt 6,4 Mio. € und sinkt gegenüber 2019 um rd. 1,8 Mio. € aufgrund der Verlagerung von Eingliederungshilfen zum LWL und in 2021 nochmal um 1,2 Mio. € auf 5,2 Mio. €.

Ab 2022 steigen die Kostenerstattungen i.d.R. entsprechend den Aufwendungen um rd. 2 % jährlich.

5.2.1.7 Sonstige ordentliche Erträge

in Mio. €	Ist 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Sonstige ordentliche Erträge	82,8	60,8	59,3	58,7	58,6	58,5	59,0

Das Jahresergebnis 2018 enthält Erträge aus der Auflösung von Pensions-, Altersteilzeit- und Beihilferückstellungen in Höhe von 20 Mio. € und die Sonderpositionen Erstattung von Steuern sowie Zinserträge aus Steuern in Höhe von 16 Mio. €, die auf einen Einzelfall nach Abschluss eines Streitverfahrens zurückzuführen sind. In den Jahren ab 2020 bleiben die Erträge konstant.

Erträge aus Konzessionen

Für die Versorgungsarten Strom, Wasser, Gas entrichten die Stadtwerke Bielefeld GmbH eine Konzessionsabgabe. Der erwartete Ertrag hieraus beläuft sich in 2020 auf rd. 21,9 Mio. € und in 2021 auf rd. 21,8 Mio. €. Im weiteren Planungszeitraum werden 21,7 Mio. € (2022) bzw. 21,6 Mio. € (2023 und 2024) erwartet. Im Jahr 2018 haben die Stadtwerke Bielefeld GmbH rd. 23,3 Mio. € abgeführt.

Verwarnungs- und Bußgelder

Hauptsächlich entstehen die Verwarnungs- und Bußgelder in den Bereichen des ruhenden Verkehrs und der kommunalen und polizeilichen Geschwindigkeitsüberwachung. Aufgrund der damals neu errichteten stationären Geschwindigkeitsüberwachungsanlage auf der A 2 werden ab dem Haushaltsjahr 2009 für den zuletzt genannten Bereich erhebliche Mehrerträge veranschlagt. Allerdings stellen sich die Autofahrer zunehmend auf die Geschwindigkeitsmessung am Bielefelder Berg ein. Im Jahr 2018 wurden im Stadtgebiet zwei sog. Semistationen zur

mobilen Geschwindigkeitsüberwachung erfolgreich getestet. Nach der inzwischen beschlossenen und im ersten Quartal 2019 getätigten Anschaffung der ersten von zwei Stationen werden ab 2019 ca. 20.000 zusätzliche Blitzvorgänge erwartet. Daraus sollen zusätzliche Erträge in Höhe von rd. 1,0 Mio. € jährlich resultieren, die ab 2019 zu insgesamt gleichbleibenden Erträgen in Höhe von 15,5 Mio. € pro Jahr führen.

Säumniszuschläge

Aus Säumniszuschlägen werden in den Jahren 2020 – 2024 konstant jährlich ca. 2,3 Mio. € erwartet. Dieser Ansatz entspricht in etwa den Rechnungsergebnissen der Vorjahre.

5.2.2 Aufwendungen

Im Ergebnisplan und der Ergebnisrechnung werden die Aufwendungen der Kommune vollständig abgebildet. Dabei wird zwischen ordentlichen Aufwendungen, Finanzaufwendungen und sonstigen Aufwendungen unterschieden. Die ordentlichen Aufwendungen ergeben sich dabei aus der Summe der nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 – 15 KomHVO NRW verpflichtend auszuweisenden Aufwandsarten.

In der nachfolgenden Übersicht sind die geplanten Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit dargestellt:

in Mio. €	Ist 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Personalaufwendungen	232,8	248,2	265,7	274,9	278,2	284,7	290,8
Versorgungsaufwendungen	48,7	41,8	43,8	44,7	45,6	46,5	47,4
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	211,5	221,6	236,9	244,3	246,0	246,5	234,8
Bilanzielle Abschreibungen	32,0	31,4	35,7	39,0	41,2	42,8	42,1
Transferaufwendungen	603,8	663,7	665,3	681,3	691,3	706,0	719,2
Sonstige ordentliche Aufwendungen	147,7	140,3	140,6	140,9	141,9	142,5	146,3
Ordentliche Aufwendungen	1.276,5	1.346,9	1.388,0	1.425,1	1.444,2	1.468,9	1.480,7

5.2.2.1 Personal- und Versorgungsaufwendungen / Stellenplan

in Mio. €	Ist 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Personalaufwendungen	232,8	248,2	265,7	274,9	278,2	284,7	290,8
Versorgungsaufwendungen	48,7	41,8	43,8	44,7	45,6	46,5	47,4
Gesamt	281,5	290,0	309,5	319,6	323,8	331,2	338,2

Personalaufwendungen	2020	2021
Im Ergebnisplan sind für 2020/2021 Personalaufwendungen in Höhe von veranschlagt. Darin sind neben den Zuführungen zu Pensions- und Beihilferückstellungen (rd. 30,6 Mio. €) auch die gesondert bewirtschafteten Beschäftigungsentgelte (rd. 2,3 Mio. €) enthalten. Hinweis: Die Entnahmen aus den Rückstellungen werden als Erträge im Ergebnisplan dargestellt.	265.739.421 €	274.931.568 €
Die zahlungswirksamen Personalaufwendungen sind für 2020/2021 in Höhe von wie folgt kalkuliert:	232.714.316 €	241.978.072 €
a) Beamtinnen und Beamte	86.567.316 €	89.496.627 €
b) Tariflich Beschäftigte	140.749.855 €	146.814.442 €
c) Beihilfen an aktive Beamtinnen und Beamte	5.397.145 €	5.667.002 €
Gesamtbetrag	232.714.316 €	241.978.072 €
Für Stelleneinsparungen aufgrund der Haushaltsoptimierung und aufgrund des Haushaltsbegleitbeschlusses ist ein Minderaufwand von berücksichtigt.	1.057.000 €	0 €

<u>Versorgungsaufwendungen</u>	2020	2021
Im Ergebnisplan sind für 2020/2021 Versorgungsaufwendungen in Höhe von veranschlagt. Darin sind auch die Zuführungen zu Pensions- und Beihilferückstellungen (rd. 8,7 Mio. €) enthalten. Hinweis: Die Entnahmen aus den Rückstellungen werden als Erträge im Ergebnisplan dargestellt.	43.787.994 €	44.659.076 €
Die zahlungswirksamen Versorgungsaufwendungen sind für 2020/2021 in Höhe von wie folgt kalkuliert:	35.039.556 €	35.910.638 €
a) Versorgungsauszahlungen	26.029.866 €	26.550.463 €
b) Versorgungslastenteilung	2.000.000 €	2.000.000 €
c) Beihilfeauszahlungen an Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	7.009.690 €	7.360.175 €
Gesamtbetrag	35.039.556 €	35.910.638 €

Stellenplan 2020/2021

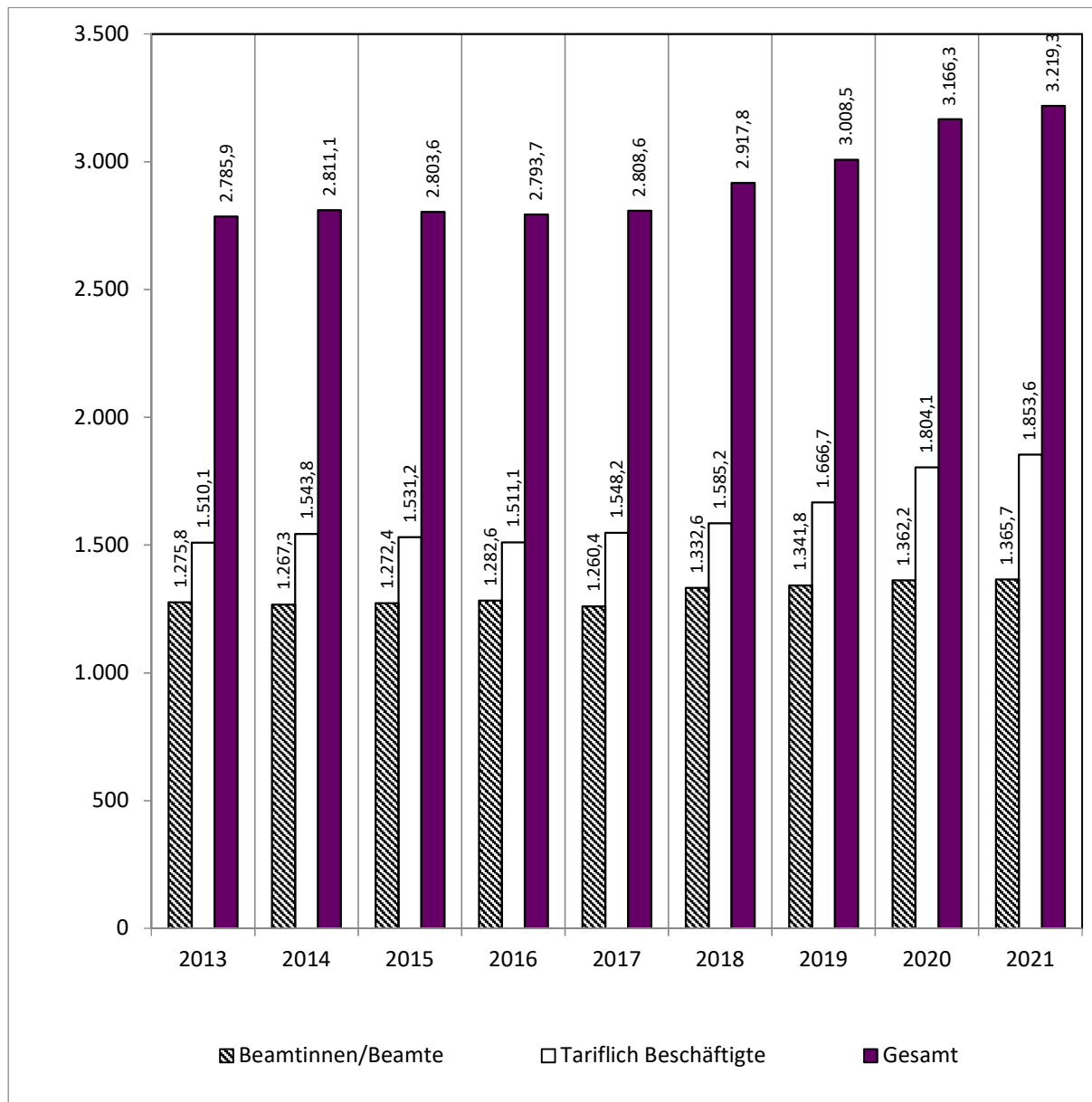
Der Stellenplan sieht in der Kernverwaltung (Teil 1) für das Jahr 2020 insgesamt 17,0 Stellen zur Einsparung (insbesondere im Rahmen der Haushaltskonsolidierung 2016 – 2020) vor. Demgegenüber weist der Stellenplan 174,8 Mehrstellen aus. Die Kernverwaltung weist damit insgesamt 3.166,3 Stellen aus.

Für das Jahr 2021 sind in der Kernverwaltung (Teil 1) insgesamt 8,3 Stellen zur Einsparung vorgesehen. Der Stellenplan weist insgesamt 61,3 Mehrstellen aus. Die Kernverwaltung weist danach insgesamt 3.219,3 Stellen aus.

Aufgrund der einschlägigen Konsolidierungsmaßnahmen besteht für die Folgejahre noch eine Einsparvorgabe von 1,5 Stellen.

Das folgende Schaubild verdeutlicht die Entwicklung der Stellenpläne 2013 – 2021:

Stadt Bielefeld
Stellenplan 2020/ 2021 (Kernverwaltung)
Entwicklung 2013 – 2021



Hierbei sind (in den Vorjahren) insbesondere folgende Veränderungen eingeflossen:

2013	Verbesserung der U3-Betreuung und der KiBiz-Revision, weitere Aufgabenbereiche im Dez. 5, Mehrstellen im Bürgeramt, Feuerwehr, Personalrat und für den Stadtumbau
2014	Verbesserung der U3-Betreuung und weitere Maßnahmen im Dez. 5, Mehrstellen bei der Feuerwehr und im Ordnungsamt (Verkehrsüberwachungsdienst und Kfz-Zulassung)
2015	Förderung in sog. plusKiTas, alltagsintegrierte Sprachförderung, Stärkung der Schulsozialarbeit (Inklusion), Feuerwehr (Ausbildung von Notfallsanitätern)
2016	Abgabenprüfdienst, Mehrstellen im Dez. 5 zur Umsetzung von HSK-Maßnahmen, Bußgeldsachbearbeitung für Enforcement-Richtlinie, Feuerwehr (Ausbildung von Notfallsanitätern)
2017	Ordnungsamt (Bekämpfung Schwarzarbeit, Bußgeld, Verkehrsüberwachung, Zulassung, Großveranstaltungen), Feuerwehr (insb. Katastrophenschutz, Einsatzvorbereitung/-leitung,

	Arbeitssicherheit, vorbeugender Brandschutz, Ausbildung), Amt für Verkehr (Breitbandkoordination, Verkehrslenkung, BYPAD)
2018	Feuerwehr (Leitstelle und Atemschutz), Umsetzung Prostituiertenschutzgesetz (Kooperation mit den Kreisen auf OWL-Ebene), Ausweitung Unterhaltsvorschussgewährung, eine weitere Erziehungseinrichtung, Betreuung von Flüchtlingen
2019	Feuerwehr (u. a. Rettungsdienstbedarfsplan, Bevölkerungsschutz/Kampfmittelbeseitigung), Amt für Schule (u.a. Schulsozialarbeit, BMBF-Projekt, Schulpsychologen, Schulbüro), Amt für Verkehr (u.a. Bauleitung Straßeninspektion, Straßenrecht, Verkehrsplanung), Jugendamt (u. a. Übernahme der Hauswirtschaftskräfte der GAB, zusätzliche Gruppen Städt. Kitas, Kindertagebetreuung)
2020	Beschäftigungsverhältnisse nach Teilhabechancengesetz, Bürgeramt (u. a. Allgemeine Ausländerangelegenheiten, Bürgerberatung), Ordnungsamt (u. a. Sicherheitskonzept, Verkehrsüberwachung), Feuerwehr (Rettungsdienstbedarfsplan), Amt für Schule (Schulsekretariate), Bauamt (u. a. Bauordnungsrecht, Verbindliche Bauleitplanung), Amt für Verkehr (Verkehrsplanung, Verkehrslenkung), Jugendamt (u. a. Hauswirtschaftskräfte, Heilpädagogische Integrationsfachkräfte, Unterhaltsvorschuss, Erziehungs- u. Sozialdienst Jugendhilfeeinrichtungen)
2021	Beschäftigungsverhältnisse nach Teilhabechancengesetz, Feuerwehr (Rettungsdienstbedarfsplan), Amt für Schule (Schulsekretariate)

Im Stellenplan 2020 werden für die Kernverwaltung 174,8 Mehrstellen ausgewiesen; davon ist bei 72,1 Stellen der Personalaufwand nur unterhalb von 70 Prozent bzw. nicht durch Mehreinnahmen oder Minderausgaben gedeckt. Für das Jahr 2021 werden 61,3 Mehrstellen im Stellenplan ausgewiesen, wovon bei 1,8 Stellen der Personalaufwand nur unterhalb von 70 Prozent bzw. nicht durch Mehreinnahmen oder Minderausgaben gedeckt ist.

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020f	2021f	insgesamt
Kernverwaltung										
Mehrstellen mit Deckung bzw. ohne Ausweitung des Personalkostenansatzes	46,4	54,6	28,6	23,7	5,9	60,3	80,5	102,7	59,5	462,2
Mehrstellen ohne Deckung	12,0	-----	-----	-----	19,6	20,0	32,9	72,1	1,8	158,4
insgesamt	58,4	54,6	28,6	23,7	25,5	80,3	113,4	174,8	61,3	620,6
Mehrstellen in %	2,1%	2,0%	1,0%	0,8%	0,9%	2,9%	3,9%	5,8%	1,9%	

Der Stellenbestand der Gesamtverwaltung (Teile 1 – 3) steigt in 2020 im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt 186,8 Stellen auf 5.256,3 Stellen. In 2021 kommen weitere 53,0 Stellen hinzu, so dass sich für 2021 eine Gesamtstellenzahl von 5.309,3 ergibt. (Dabei sind für 2020 50,0 Stellen und für 2021 weitere 51,0 Stellen aufgrund des Teilhabechancengesetzes berücksichtigt).

5.2.2.2 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

in Mio. €	Ist 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	211,5	221,6	236,9	244,3	246,0	246,5	234,8

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind in den Jahren 2020 mit 236,9 Mio. € und 2021 mit 244,3 Mio. € mit steigender Tendenz veranschlagt. Für 2024 ist mit einem Gesamtbetrag in Höhe von 234,8 Mio. € wieder ein geringerer Betrag vorgesehen. Ursächlich für die Ansatzentwicklung sind insbesondere die Erstattungen an Sondervermögen (s. u.) aufgrund der im Vergleich zu 2018 gestiegenen Bewirtschaftungskosten der Grundstücke und baulichen Anlagen. Die Ansätze auf den dargestellten Konten setzen sich teilweise aus einer Vielzahl geringer Beträge zusammen.

Im Folgenden sollen einige für die Stadt Bielefeld maßgebliche Positionen näher betrachtet werden:

in Mio. €	Ist 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	13,0	13,4	13,3	13,3	13,3	13,3	13,3
Unterhaltung/Bewirtschaftung Infrastrukturvermögen	9,8	10,0	10,1	10,3	10,3	10,4	10,4
Erstattungen an sonstigen öffentlichen Bereich	5,2	5,0	5,0	5,1	5,1	5,1	5,2
Erstattungen an verbundene Unternehmen	14,7	15,7	17,0	17,4	17,2	17,3	17,4
Erstattungen an Beteiligungen	5,8	5,9	6,0	6,2	6,3	6,4	6,5
Erstattungen an Sondervermögen	114,8	119,7	128,0	135,9	138,8	139,0	127,0
Erstattungen an übrige Bereiche	8,9	6,2	9,1	9,1	9,1	9,2	9,2
Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	2,0	2,9	4,0	2,5	2,1	2,1	2,1
Haltung von Fahrzeugen	1,3	1,3	1,4	1,7	1,8	1,6	1,7

in Mio. €	Ist 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens	1,1	1,5	1,6	1,7	1,7	1,6	1,6
Lernmittel	1,1	1,7	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4
Aufwendungen für sonstige Sachleistun- gen	3,2	5,7	6,3	6,6	6,6	6,4	6,5
Aufwendungen für sonstige Dienstleistun- gen	14,9	18,2	19,3	18,5	17,6	17,5	17,5
Aufwendungen für Verkehrs- leistungen	6,6	7,4	7,4	7,5	7,7	7,7	7,7
Betrieb, War- tung Hard- ware/Software	2,9	3,5	3,7	3,7	3,9	3,9	3,9

Unterhaltung/Bewirtschaftung des sonstigen unbeweglichen Vermögens

In dieser Position sind insbesondere die Mittel für die bezirkliche und überbezirkliche Unterhaltung der Grünanlagen enthalten. Es wird ein gleichbleibender Aufwand veranschlagt.

Unterhaltung/Bewirtschaftung des Infrastrukturvermögens

Für die Unterhaltung der kommunalen Straßen, Wege und Plätze sind unter dieser Position im Jahr 2020 rd. 10 Mio. € veranschlagt. Für 2021 und 2022 steigt der Ansatz auf rd. 10,2 Mio. € und für 2023 und 2024 auf rd. 10,4 Mio. €. Davon entfallen rd. 5,5 Mio. € (2020) bzw. 5,7 Mio. € (2021) auf den Bereich Erhaltung und Bewirtschaftung öffentlicher Verkehrsflächen, zu denen unter anderem die Unterhaltung von Straßen und Verkehrsbauwerken, die Sinkkastenreinigung und die Beseitigung von Winterschäden gehören. Außerdem sind in diesen Beträgen jährlich 0,3 Mio. € für die Radverkehrsförderung enthalten (vgl. Drucksachen-Nr. 3368/2014-2020). Zudem wird an dieser Position die konsumtive Verwendung der LKW-Maut veranschlagt (rd. 0,1 Mio. € für 2020 und rd. 0,3 Mio. € ab 2021).

Auf die Erhaltung und Bewirtschaftung von Verkehrsanlagen entfallen in den Jahren 2020 - 2024 rd. 4,5 Mio. €, der überwiegende Teil davon auf die Unterhaltung/Instandsetzung der Straßenbeleuchtung (rd. 1,9 Mio. €) sowie auf die Energiekosten für die Beleuchtung (rd. 1,6 Mio. €). Der Rest betrifft die Instandhaltung und Betriebskosten der Lichtsignalanlagen (insgesamt rd. 0,8 Mio. €) sowie Unterhaltungs- und Betriebskosten des OWD-Tunnels.

Erstattungen an verbundene Unternehmen

Für Erstattungen an verbundene Unternehmen sind Mittel in Höhe von 17,0 Mio. € (2020) bzw. in Höhe von 17,4 Mio. € (2021) veranschlagt. Im Wesentlichen werden bei dieser Position die Erstattungen an die Stadtwerke Bielefeld für bezogene IT-Leistungen ausgewiesen (10,0 Mio. € in 2020, 10,1 Mio. € in 2021). Weitere Teilbeträge in Höhe von 3,3 Mio. € (2020) bzw. 3,6 Mio. € in 2021 erhält die REGE als Ausgleich für die Aufgaben im Rahmen der Jugendberufshilfe und für Sozialhilfeleistungen. Die BGW erhält je rd. 2,8 Mio. € für die Flüchtlings- und Obdachlosenunterkünfte. Darüber hinaus erhalten die Stadtwerke Bielefeld rd. 0,8 Mio. € als Gebühr für die Erhebung und Einziehung der Entwässerungsgebühren.

Erstattungen an Beteiligungen

Hier sind im Jahre 2020 (2021) rd. 6,0 Mio. € (6,2 Mio. €) veranschlagt. Es handelt sich um die Erstattung des kommunalen Finanzierungsanteils an das Jobcenter.

Erstattungen an Sondervermögen

Für Erstattungen an Sondervermögen sind im Jahr 2020 insgesamt 128,0 Mio. € und im Jahr 2021 135,9 Mio. € vorgesehen. In 2022 beträgt der geplante Aufwand rd. 138,8 Mio. €. Für 2023 sind dann 139,0 Mio. € und für 2024 noch 127,0 Mio. € veranschlagt.

2020 sind für die Weiterleitung der Gebühren für Abfallbeseitigung, Stadtentwässerung, Straßenreinigung und Friedhöfe an den Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld (UWB) rd. 105,2 Mio. € vorgesehen. Davon entfallen auf den Bereich Abfallbeseitigung rd. 23,2 Mio. €, auf die Stadtentwässerung rd. 73,0 Mio. €, auf die Straßenreinigung rd. 5,1 Mio. € und auf den Bereich Friedhöfe rd. 3,9 Mio. € (ab 2021 rd. 4,2 Mio. €). Insgesamt ist die Höhe der Ansätze für 2020 gegenüber dem Vorjahr (100,1 Mio. €) um 4,1 Mio. € gestiegen.

Das Amt für Verkehr erstattet dem UWB an Gebühren für Straßenunterhaltung und Straßenreinigung sowie Regenwasserbeseitigung für das städtische Straßennetz rd. 15,8 Mio. € jährlich für 2020 und 2021.

Der ISB erhält im Planungszeitraum Erstattungen aus dem Bereich Schulen (2020 rd. 3,8 Mio. €, 2021 rd. 12,5 Mio. €, 2022 rd. 15,9 Mio. €, 2023 rd. 16,1 Mio. € und für 2024 rd. 4,1 Mio. €) und für Kindertagesstätten (2020 rd. 2,1 Mio. €, 2021 rd. 1,3 Mio. €).

Erstattungen an übrige Bereiche

Überwiegend sind in diesem Ansatz die Erstattungsleistungen an Dritte des Feuerwehramtes für den Rettungsdienst enthalten.

Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen

Bei der Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen ergeben sich Schwankungen vor allem bei der Zentralen Ausländerbehörde, wo der Ansatz von 0,3 Mio. € für 2019 auf 1,3 Mio. € für 2020 steigt und dann auf 0,5 Mio. € in 2021 und 0,2 Mio. € ab 2022 wieder sinkt. Hervorgerufen sind diese Schwankungen durch die Instandsetzung der Tiefgarage. Darüber hinaus entfallen rund 0,5 Mio. € auf die Feuerwehr und 1,2 Mio. € auf die Bauunterhaltung der städtischen Kitas. Hinzu kommen rd. 0,1 Mio. € für Wochenmärkte.

Lernmittel

Für die Beschaffung von Lernmitteln an Bielefelder Schulen sind jährlich rd. 1,4 Mio. € vorgesehen.

Aufwendungen für sonstige Sachleistungen

In den Aufwendungen sind jährlich rd. 2,2 Mio. € schulische Sachausgaben enthalten, die den Schulen im Rahmen ihrer Budgets bereitgestellt werden. Im Bereich der Einwohnerangelegenheiten sind jährlich rd. 1,2 Mio. € Aufwand für das Erstellen von Personalausweisen usw.

durch die Bundesdruckerei veranschlagt. Weitere 0,4 Mio. € sind jährlich im Bereich der Ausländerangelegenheiten für Sachmittel vorgesehen. Im Bereich der ZAB sind weiterhin 0,8 Mio. € und im Rettungsdienst 0,6 Mio. € eingeplant.

Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen

Die Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen in 2020 und 2021 werden in fast allen Bereichen veranschlagt. Für den Bereich IT sind 4,4 Mio. € enthalten, für das Digitalisierungsbüro 0,7 bzw. 0,5 Mio. €. Für Schulsozialarbeit belaufen sich die Kosten auf rd. 1,5 Mio. € in 2020 und rd. 1,1 Mio. € in 2021. Weitere wesentliche Aufwendungen entstehen jährlich bei der Feuerwehr im Rahmen des Rettungsdienstes für die Gestellung der Rettungsärzte (rd. 2,2 Mio. €) sowie im Bereich der Luftrettung (1,5 Mio. €), im Bereich der ZAB 1,0 Mio. € und bei der Bauplanung 1,8 Mio. €. Im Bereich „Soziale Leistungen“ sind insbesondere für den Betrieb von Unterkünften rd. 2,5 Mio. € eingeplant und für die integrierte Sozialplanung 0,4 Mio. €.

Aufwendungen für Verkehrsleistungen

Auf dieser Kostenart werden die Schülerbeförderungskosten geplant. In den Ansätzen von 7,4 Mio. € bzw. 7,5 Mio. € sind zu erwartende Tariferhöhungen im Personennahverkehr ebenso wie die erwartete Entwicklung der Schülerzahlen berücksichtigt.

Betrieb, Wartung Hardware/Software

Nach der Integration des IBB in die Kernverwaltung sind seit 2018 Aufwendungen für Lizenzen und Wartungen in Höhe von 3,7 Mio. € im Haushalt zu veranschlagen.

5.2.2.3 Bilanzielle Abschreibungen

in Mio. €	Ist 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Bilanzielle Abschreibungen	32,0	31,4	35,7	39,0	41,2	42,8	42,1

Soweit Vermögensgegenstände, die dem Anlagevermögen zugeordnet sind, einer regelmäßigen Abnutzung unterliegen, wird dieser Werteverzehr ergebniswirksam gem. § 36 KomHVO NRW als bilanzielle Abschreibung erfasst.

Mit der Gründung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen Immobilienservicebetrieb und Umweltbetrieb wurden auch erhebliche Vermögenswerte in diese Betriebe verlagert. Die ausgewiesenen Abschreibungen beziehen sich daher nur noch auf Vermögensgegenstände, die in der Kernverwaltung zu bilanzieren sind. Dieses sind in erster Linie Infrastruktureinrichtungen (Straßen, Wege, Plätze), Maschinen, technische Anlagen und Fahrzeuge, die Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie die geringwertigen und immateriellen Wirtschaftsgüter.

Allein auf das Infrastrukturvermögen entfallen im Jahre 2020 (2021) Abschreibungen in Höhe von 21,5 Mio. € (21,1 Mio. €). Im Übrigen sind noch die Abschreibungsbeträge für Maschinen, technische Anlagen und Fahrzeuge in Höhe von 2,5 Mio. € bzw. 2,6 Mio. € sowie auf Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von 9,2 Mio. € bzw. 12,3 Mio. € in 2020 bzw. 2021 nennenswert. Die Veränderungen in den Planungsjahren finden ihre Ursache in den Neuinvestitionen und den auslaufenden Abschreibungen.

5.2.2.4 Transferaufwendungen

in Mio. €	Ist 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Transferaufwendungen	603,8	663,7	665,3	681,3	691,3	706,0	719,2

Unter dieser Position sind Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, Sozialtransferaufwendungen, Aufwendungen wegen Steuerbeteiligungen sowie allgemeine Umlagen veranschlagt.

Aufwendungen für laufende Zwecke

Die wesentlichen Aufwendungen entfallen 2020/2021 auf Zuweisungen und Zuschüsse an die Sondervermögen (54,6 Mio. € / 50,9 Mio. €), an die privaten Unternehmen (6,5 Mio. € / 6,6 Mio. €), an übrige Bereiche (155,0 Mio. € / 161,3 Mio. €) und an die verbundenen Unternehmen (22,3 Mio. € / 21,7 Mio. €).

Bei den Zuweisungen und Zuschüssen an die **Sondervermögen** ist insbesondere die Zuweisung an die Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld zu nennen, die für den Planungszeitraum wie folgt veranschlagt wurde: 2020 = 22,3 Mio. €, 2021 = 22,7 Mio. €, 2022 = 23,1 Mio. €, 2023 = 23,5 Mio. €, 2024 = 24,0 Mio. €. In diesen Beträgen enthalten sind auch die Zuweisungen und Zuschüsse für die Rudolf-Oetker-Halle.

An den Immobilienservicebetrieb (ISB) werden auch in den Jahren 2020 und 2021 Mittel für Städtebauförderungsmaßnahmen, für Schulbausanierungsmaßnahmen sowie für Maßnahmen nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG I und II) weitergeleitet (vgl. Zuwendungen vom Land, Ziffer 5.2.1.2) Der UWB erhält im Planungszeitraum Zuschüsse für den öffentlichen Anteil an der Straßenreinigung (rd. 1,6 Mio. €) und für den öffentlichen Grünanteil auf Friedhöfen (rd. 2,3 Mio. €).

Weitere rd. 0,4 Mio. € werden im Planungszeitraum als Transferleistung im Bereich Abfallbeseitigung an den UWB geleistet, außerdem sind im HJ 2020 rd. 0,3 Mio. € für die Weiterleitung von Parkgebühren des Tierparks vorgesehen, die ab 2021 wieder direkt im UWB geplant und vereinnahmt werden.

In den Zuschüssen an **private Unternehmen** ist in den Jahren 2020 und 2021 u. a. die ÖPNV-Pauschale mit rd. 3,1 Mio. € enthalten. Weiter sind rd. 2,5 Mio. € (2020) bzw. 2,6 Mio. € (2021) Zuschüsse an private Pflegedienste für die Pflege im häuslichen Bereich vorgesehen. Außerdem gehen im Bereich Schulen in 2020 und 2021 rd. 0,9 Mio. € an private Förderschulen und Berufskollegs Dritter.

In den Zuschüssen für **übrige Bereiche**, die sich im Planungszeitraum weiter erhöhen, sind die gesetzlichen und vertraglichen Zuschüsse an die freien Träger für Kindertageseinrichtungen enthalten (2020 = 112,5 Mio. €, 2021 = 118,2 Mio. €). Des Weiteren sind im Bereich „Prävention“ (für Kinder- und Jugendarbeit sowie Jugendsozialarbeit) Zuschüsse von rd. 8,8 Mio. € (2020) bzw. 9,0 Mio. € (2021) und im Bereich „besondere soziale Leistungen“ Zuschüsse von rd. 7,2 Mio. € eingeplant. Weitere Zuschüsse von rd. 17,3 Mio. € (2020) bzw. 17,6 Mio. € (2021) erhalten freie Träger für die OGS.

Die Zuschüsse an **verbundene Unternehmen** gehen in 2020 und 2021 u. a. an die Kunstthalen GmbH (je 2,4 Mio. €), an die WEGE (je 1,0 Mio. €), an die REGE (je 2,1 Mio. €) sowie an die BBVG (12,1 Mio. € in 2020 und 11,5 Mio. € in 2021). In der letzten Position ist auch die

Erstattung des Bäderverlustausgleichs in Höhe von rd. 7 Mio. € enthalten. Unter anderem aufgrund der sich abzeichnenden Entwicklung BBVG / Stadtwerke bei der ÖPNV-Verlustübernahme steigt die Zuweisung an die BBVG ab 2022 um 5,2 Mio. € und ab 2023 um weitere 10,3 Mio. €. Darüber hinaus erhalten die Stadtwerke (moBiel) rd. 4,2 Mio. € aus der ÖPNV-Pauschale.

Sozialtransferaufwendungen

Von den Sozialtransferaufwendungen entfallen 2020 rd. 62,9 Mio. € auf die Wirtschaftliche Jugendhilfe (ohne die Unterstützung minderjähriger Flüchtlinge in Höhe von jährlich 9,2 Mio. €, Reduzierung gegenüber 2019 um 5,1 Mio. €). Diese erhöhen sich somit im Vergleich zu 2019 um rd. 1,1 Mio. €. In 2021 steigen diese auf 65,5 Mio. €.

Für die Grundsicherung im Alter bzw. bei Erwerbsminderung werden im Jahre 2020 rd. 43,7 Mio. € vorgesehen (+ 7,1 Mio. € im Vergleich zu 2019) und 45,3 Mio. € in 2021. Den mit Abstand größten Posten innerhalb der Sozialtransferaufwendungen machen mit 101,9 Mio. € im Jahre 2020 und 104,4 Mio. € in 2021 die Leistungen nach dem SGB II (Ifd. Kosten der Unterkunft und einmalige Leistungen) aus. Diese sinken gegenüber 2019 um 5,4 Mio. € aufgrund geringerer Flüchtlingszahlen als bislang angenommen und geringerer KdU im Einzelfall. Den Aufwendungen für die laufenden Kosten der Unterkunft stehen die Erträge aus der Bundesbeteiligung gegenüber (vgl. 5.2.1.6).

Die Leistungen für Asylbewerber steigen gering um 0,4 Mio. € auf 8,8 Mio. € in 2020 und auf 9,0 Mio. € in 2021. Für die Hilfe zur Pflege werden in 2020 19,7 Mio. € (- 1,7 Mio.€ aufgrund der Veränderung bei der Bearbeitung von Aufgaben für den LWL) und in 2021 20,3 Mio. € kalkuliert, für die Eingliederungshilfe 7,6 Mio. € bzw. 6,7 Mio. € (- 4,2 Mio. € im Vergleich zu 2019 aufgrund der Zuständigkeitsverlagerungen zwischen Stadt und LWL) und die Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII 8,9 Mio. € (+ 1,0 Mio. €) bzw. 9,3 Mio. € in 2021. Die Unterhaltsvorschussleistungen sinken um 1,6 Mio. € auf 12,0 Mio. € in 2020 (12,3 Mio. € in 2021).

Die Steigerungen ab 2022 bewegen sich in Höhe der Orientierungsdaten mit einer Steigerungsrate von 2 %.

Aufwendungen wegen Steuerbeteiligungen

in Mio. €	Ist 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Gewerbesteuerumlage	17,0	16,9	17,6	18,2	18,7	19,2	19,6
Finanzierungs-beteiligung am Fonds Deutsche Einheit	16,2	16,1	0	0	0	0	0
Gesamt	33,2	33,0	17,6	18,2	18,7	19,2	19,6

Gewerbesteuerumlage

Grundsätzlich folgt die Gewerbesteuerumlage der Höhe der Gewerbesteuereinnahmen. Der Gesetzgeber nutzt die Umlage als Ausgleichsinstrument, um die mit der Steuergesetzgebung verbundenen Mehr- oder Mindererträge der Kommunen abzumildern bzw. auszugleichen. Folgende Entwicklung des Vervielfältigers lässt sich für die Jahre 2009 bis 2024 darstellen:

für 2009 = 32 v.H.

für 2010 bis 2024 = 35 v.H.

Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit

Die Kommunen in NRW werden bis 2019 nach ihrer Gewerbesteuerkraft über die erhöhte Gewerbesteuerumlage am Solidarpaket II beteiligt. Nach geltendem Bundesrecht enden die Erhöhungen gem. § 6 Abs. 3 und 5 GemFinRefG zum 31.12.2019. Der Faktor zur Berechnung der Umlage betrug/beträgt

für 2018 und 2019 = 33,3 v.H.

ab 2020 = 0 v.H.

Allgemeine Umlagen

Hierunter fällt für die Stadt Bielefeld ausschließlich die an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) zu zahlende Landschaftsumlage:

in Mio. €	Ist 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Land-schaftsumlage	99,2	99,7	103,2	109,2	112,9	116,3	120,9

Die Ansätze der Landschaftsumlage wurden unter grundsätzlicher Berücksichtigung der Eckdaten des LWL vom 10.09.2019 gebildet. Für das Jahr 2020 konnte der Ansatz entsprechend der Modellrechnung des Landes zum GFG 2020 vom 06.11.2019 mit dem gegenüber 2019 unveränderten Hebesatz von 15,15 %-Punkten errechnet werden. Für den Ansatz 2021 wurde der Einschätzung des LWL zur Entwicklung der Umlagegrundlagen gefolgt, danach eine jährliche Steigerungsrate von 3 % unterstellt. Die Entwicklung der Hebesätze wurde jeweils mit 0,2 %-Punkten unterhalb der Annahme des LWL prognostiziert.

5.2.2.5 Sonstige ordentliche Aufwendungen

in Mio. €	Ist 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Sonstige ordentliche Aufwendungen	147,7	140,3	140,6	140,9	141,9	142,5	146,3

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen sind in den Jahren 2020 bis 2024 mit leichten Schwankungen verhältnismäßig konstant geplant.

Im Jahre 2020 (2021) entfallen allein auf die Miet- und Betriebskostenzahlungen an den ISB für Verwaltungsgebäude und städtische Einrichtungen rd. 106,3 Mio. € (107,2 Mio. €).

Des Weiteren werden unter dieser Aufwandsart insbesondere noch die Geschäftsaufwendungen dargestellt. Hierunter fallen die Aufwendungen für Büromaterial (rd. 0,9 Mio. € für 2020 und 2021), für Drucksachen, Zeitungen, Fachliteratur, Porto, Telekommunikationsleistungen, öffentliche Bekanntmachungen (insgesamt rd. 5,2 Mio. € in 2020 und 5,0 Mio. € in 2021) sowie sonstige Geschäftsaufwendungen (1,2 Mio. € in 2020 und 2021). In den Planungsjahren bis 2024 ergeben sich bei diesen Aufwandsarten keine nennenswerten Veränderungen.

Außerdem sind unter dieser Position noch die Fraktionszuwendungen (1,2 Mio. € in 2020 und 1,3 Mio. € in 2021), die Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit (je 1,7 Mio. €), die beson-

deren Aufwendungen für Beschäftigte (2,9 Mio. € in 2020 und 3,0 Mio. € in 2021), Versicherungsbeiträge (3,7 Mio. € jährlich) sowie Leistungen für allgemeine und Kfz-Schadensfälle (0,9 Mio. € jährlich) veranschlagt.

Der Versatz im Jahr 2024 gegenüber der linearen Entwicklung der Jahre 2020-2023 entsteht durch den planerisch noch nicht verwandten Anteil der Bildungspauschale (rd. +3,5 Mo. €).

5.2.3 Finanzergebnis

in Mio. €	Ist 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Finanzerträge	28,3	26,7	31,7	26,1	25,3	24,6	24,1
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	9,9	15,9	10,4	10,3	11,4	10,6	10,3
Finanzergebnis	18,4	10,8	21,3	15,8	13,9	14,0	13,8

Die Finanzerträge resultieren im Wesentlichen aus Zinsen (3,0 Mio. € in 2020 und 2021) sowie aus Gewinnanteilen (28,8 Mio. € in 2020, 23,1 Mio. € in 2021) von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen.

Geplant werden die Gewinnabführungen der rechtlich selbständigen Gesellschaften seit 2012 als Bruttobetrag, d. h. inklusive Kapitalertragssteuer und Solidaritätszuschlag, die allerdings direkt von den Gesellschaften an das Finanzamt abgeführt werden.

Die Sparkasse Bielefeld soll im Jahr 2020 4,8 Mio. € (brutto) und ab 2021 durchgängig einen Betrag in Höhe von jeweils rd. 2,4 Mio. € (brutto) an die Stadt abführen. Die BGW führt jährlich Gewinnanteile in Höhe von rd. 0,7 Mio. € ab. Die BBVG trägt im Jahr 2020 einmalig 2,4 Mio. € (brutto) zur Konsolidierung des Kernhaushaltes bei.

Die Gewinnanteile der Sondervermögen werden mit 15,9 Mio. € in 2020, 15,3 Mio. € in 2021, und ab 2022 leicht sinkend von 13,8 auf 12,7 Mio. € in 2024 prognostiziert. Von den Gewinnanteilen der Sondervermögen entfallen 2020 rd. 9,5 Mio. € auf den UWB und rd. 6,4 Mio. € auf den ISB. Im Jahre 2021 entfallen rd. 8,9 Mio. € auf den UWB und rd. 6,4 Mio. € auf den ISB.

In der Aufwandsposition sind neben sonstigen Finanzaufwendungen die Zinsaufwendungen für Kredite veranschlagt. Aufgrund der positiven Haushaltsentwicklung in den Jahren 2016 bis 2019 und der planerischen Überschüsse ab 2020 sind ausgehend vom aktuellen Niveau weitere Reduzierungen bei den Krediten zur Liquiditätssicherung zu erwarten. Perspektivisch wird allerdings mit leicht steigenden Zinsen gerechnet. Darüber hinaus wird auch der Zinsaufwand für die Konzernfinanzierung berücksichtigt.

6. Gesamtfinanzplan

Im Finanzplan (Finanzrechnung) werden alle Ein- und Auszahlungen der Stadt vollständig abgebildet. Hier werden auch Zahlungen erfasst, die keinen Aufwand oder Ertrag darstellen und damit nicht dem Ergebnisplan (der Ergebnisrechnung) zuzuordnen sind (z.B. Auszahlungen für Investitionen, bei denen der Aufwand über die Abschreibungen entsteht). Darüber hinaus werden für Umsatzsteuerein- und Vorsteuerauszahlungen bei Betrieben gewerblicher Art Ein- und Auszahlungen geleistet, die weder Aufwand noch Ertrag darstellen.

6.1.1 Gesamtfinanzplan konsumtiv

In der nachfolgenden Übersicht sind die geplanten Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit dargestellt:

Gesamtfinanzplan (in Mio. €)	Ist 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Steuern und ähnliche Abgaben	525,4	524,9	558,1	576,1	583,0	601,6	620,0
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	321,3	355,6	378,0	391,6	388,3	394,2	401,2
Sonstige Transfereinzahlungen	12,9	27,7	22,1	21,7	21,9	22,1	22,2
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	167,0	162,6	170,3	176,1	177,2	182,0	182,4
Privatrechtliche Leistungsentgelte	6,3	5,8	5,8	5,8	5,8	5,9	5,8
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	155,3	147,4	144,5	145,9	154,1	154,5	157,3
Sonstige Einzahlungen	80,8	41,3	41,1	40,9	40,8	40,8	40,8
Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	28,2	26,7	31,7	26,1	25,3	24,7	24,1
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.297,1	1.292,0	1.351,5	1.384,3	1.396,6	1.425,8	1.453,8

Es bestehen folgende Abweichungen zum Gesamtergebnisplan:

Zeile 02 - Zuwendungen und allgemeine Umlagen:

Im Gesamtergebnisplan sind an dieser Stelle auch Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen enthalten.

Zeile 04 – Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte:

Im Gesamtergebnisplan sind an dieser Stelle zusätzlich Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Beiträge enthalten.

Zeile 07 – Sonstige Einzahlungen:

Im Gesamtergebnisplan sind an dieser Stelle darüber hinaus Erträge aus der Auflösung von sonstigen Sonderposten und aus der Vereinnahmung der Investitionsförderung für Festwerte enthalten.

Zeile 08 – Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen

Diese Zeile ist im Gesamtergebnisplan nicht im Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit enthalten, sondern Bestandteil des Finanzergebnisses.

Die vorstehend aufgeführten Erträge (mit Ausnahme der Zinsen und sonstigen Finanzeinzahlungen) sowie die Erträge aus aktivierbaren Eigenleistungen sind nicht zahlungswirksam, so dass der Wert des Gesamtfinanzplans in den genannten Zeilen niedriger ist, als im Gesamtergebnisplan.

Die geplanten Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit stellen sich wie folgt dar:

Gesamtfinanzplan (in Mio. €)	Ist 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Personalauszahlungen	193,9	219,0	235,1	244,3	247,6	254,0	260,2
Versorgungsauszahlungen	34,9	33,9	35,0	35,9	36,8	37,7	38,7
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	207,9	224,0	238,3	245,6	247,4	247,7	236,1
Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	10,5	15,9	10,4	10,3	11,5	10,6	10,3
Transferauszahlungen	602,7	659,3	661,2	677,1	683,3	699,1	712,6
Sonstige Auszahlungen	134,3	129,5	134,8	135,4	136,4	137,0	137,8
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.184,2	1.281,6	1.314,7	1.348,6	1.362,9	1.386,3	1.395,6

Es bestehen folgende Abweichungen zum Gesamtergebnisplan:

Zeile 10 – Personalauszahlungen:

Im Gesamtergebnisplan sind in dieser Zeile zusätzlich die nicht zahlungswirksamen Zuführungen zu den Rückstellungen enthalten.

Zeile 12 - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen:

Der Gesamtfinanzplan weist in den Jahren 2020 bis 2024 einen um jeweils rd. 1,3 Mio. € höheren Ansatz aus als der Gesamtergebnisplan. Dies resultiert im Wesentlichen aus der (ausschließlich) zahlungswirksamen Auflösung von Rückstellungen für Deponienachsorge.

Zeile 14 – Transferauszahlungen:

Im Vergleich zu den Aufwendungen des Gesamtergebnisplanes werden im Gesamtfinanzplan in der Regel etwas geringere Auszahlungen vorgesehen (2020 = - 4,1 Mio. €, 2021 = - 4,2 Mio. €).

Darüber hinaus werden im Gesamtergebnisplan in Zeile 14 die bilanziellen Abschreibungen ausgewiesen, die nicht zahlungswirksam sind und daher nicht im Gesamtfinanzplan erscheinen.

Das saldierte Ergebnis der konsumtiven Finanzplanung fließt in die Bilanz ein und verändert dort das Umlaufvermögen (liquide Mittel). Das positive Ergebnis von rd. 36,7 Mio. € in 2020 und 35,7 Mio. € in 2021 führt zu einer Entlastung bei den Krediten zur Liquiditätssicherung.

6.2 Gesamtfinanzplan investiv

6.2.1 Gesamtübersicht

<u>Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (in Mio. €)</u>	Ist 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	22,7	41,0	58,2	52,0	34,9	29,4	24,5
Einnahmen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,4	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Einnahmen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	0,8	2,1	3,2	2,7	2,9	1,9	3,4
Sonstige Investitionseinzahlungen	10,0	10,6	7,4	8,6	9,5	27,0	7,0
Gesamteinzahlungen	33,9	53,8	68,9	63,4	47,4	58,4	35,0

<u>Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (in Mio. €)</u>	Ist 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,3	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1
Auszahlungen für Baumaßnahmen	10,4	22,9	31,7	32,7	29,3	24,2	24,9
Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	8,9	20,6	30,0	24,8	22,6	20,3	13,6
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	14,8	11,2	18,3	15,5	5,7	20,9	2,1
Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	4,2	14,4	19,3	15,4	1,2	1,0	0,1
Sonstige Investitionsauszahlungen	3,4	11,7	54,6	29,4	32,5	19,7	1,4
Gesamtauszahlungen	42,0	80,9	154,0	117,9	91,4	86,3	42,2
Saldo aus Investitionstätigkeit	-8,1	-27,1	-85,1	-54,5	-44,0	-27,9	-7,2

Nachfolgend werden die in den einzelnen Zeilen zusammengefassten wesentlichen Ein- und Auszahlungen des investiven Gesamtfinanzplanes erläutert:

Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen

Dargestellt wird die Gesamtsumme aller erwarteten Zuweisungen und Zuschüsse, die von dritter Stelle zur Mitfinanzierung der städtischen Investitionen gewährt werden.

In erster Linie sind dies zweckgebundene Zuwendungen des Landes (52,8 Mio. € in 2020, 47,1 Mio. € in 2021, 34,7 Mio. € in 2022, 29,3 Mio. € in 2023 und 24,4 Mio. € in 2024) für die in den einzelnen Produktgruppen und deren Teilfinanzplänen veranschlagten Investitionsmaßnahmen. In den Zuwendungen des Landes ist die nach Maßgabe des Gemeindefinanzierungsgesetzes in 2020 zu erwartende allgemeine Investitionspauschale (14,1 Mio. €) enthalten. In den Jahren 2021 bis 2024 sind vergleichbare Beträge eingeplant.

Für den Breitbandausbau sind Landeszuschüsse von rd. 4,8 Mio. € für 2020 und 4,5 Mio. € für 2021 vorgesehen. Dazu kommen Landeszuschüsse aus den GRW-Programmen zur Ausstattung von Berufskollegs von rd. 1,5 Mio. € für 2020. Beim Bauamt sind außerdem für weitere Stadtumbauprojekte Zuwendungen in Höhe von rd. 10,1 Mio. € für 2020 und rd. 5,8 Mio. € für 2021 eingeplant, davon entfallen 3,2 Mio. € in 2020 und 0,4 Mio. € in 2021 auf die „WissensWerkStadt“.

Vom Bund erwartet die Stadt für 2020 rd. 4,8 Mio. € und für 2021 rd. 4,5 Mio. €. Diese Beträge entfallen fast komplett auf einen Zuschuss für den Breitbandausbau.

Die großen Abweichungen der Gesamtansätze 2020 und 2021 gegenüber den Folgejahren ergeben sich aufgrund der hohen Ansätze für den Breitbandausbau (jeweils rd. 9 Mio. € in 2020 und 2021) und für die Stadtumbaumaßnahmen (einschließlich WissensWerkStadt). Ab 2022 sinken die Ansätze des Bauamtes auf nur noch 1,2 Mio. €.

Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten

Hier finden sich in der Summe die erwarteten Einzahlungen aus der Erhebung von Erschließungsbeiträgen und sonstigen Entgelten wieder, die von Beitragspflichtigen nach Maßgabe der Vorschriften des Baugesetzbuches und des Kommunalabgabengesetzes erhoben werden können.

Sonstige Investitionseinzahlungen

Unter dieser Position war bis einschließlich 2018 u. a. der Rückfluss des Konzessionsabgabendarlehens an die Stadtwerke (2018 = 3,6 Mio. €) veranschlagt. Ein Betrag in Höhe von 5,2 Mio. € bzw. 6,4 Mio. € sind in den Jahren 2020 und 2021 als Rückfluss von Ausleihungen im Rahmen der Konzernfinanzierung eingeplant. Im Jahr 2023 ist ausnahmsweise eine Rückzahlung im Volumen von 25,2 Mio. € vorgesehen. Grund hierfür ist die Endfälligkeit des entsprechenden Darlehens. Hinzu kommen Rückflüsse aus der Ausleihung im Rahmen des Neubaus des Technischen Rathauses in Höhe von 1,4 Mio. €.

Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden

Seit der Gründung des ISB werden An- bzw. Verkäufe von Grundstücken und Gebäuden grundsätzlich über den Wirtschaftsplan des ISB abgewickelt. Über den Kernhaushalt werden nur in Ausnahmefällen Ankäufe finanziert.

Auszahlungen für Baumaßnahmen

Durch die seit 1998 auf den ISB (Hochbau) und den UWB (Kanäle) ausgelagerten Aufgabengebiete sind hier überwiegend nur noch die investiven Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen

aller Art (insbesondere Straßenbau und Wasserbaumaßnahmen) erfasst. Die Auszahlungen für Baumaßnahmen liegen 2020 mit rd. 31,7 Mio. € und 2021 mit 32,7 Mio. € höher als in 2019 (22,9 Mio. €). Einige größere Baumaßnahmen in 2020 sind z. B. verschiedene Gewässerbaumaßnahmen (6,5 Mio. €), die Straßenbaumaßnahmen Gotenstraße (1,3 Mio. €), Schloßhofstraße (2,6 Mio. €), Senner Hellweg (1,5 Mio. €) und Jahnplatz (3,0 Mio. €), die Offenlegung der Lutter (INSEK-Maßnahme, 2,0 Mio. €) sowie die Sammeltöpfe für Beleuchtungsanlagen (1,7 Mio. €) und Lichtsignalanlagen (0,5 Mio. €). In 2021 setzen sich der Jahnplatz mit 7 Mio. € und der Senner Hellweg mit 2,1 Mio. € fort. Für die Heeper Straße sind 1,8 Mio. € veranschlagt, für die Hauptstraße mit Gleisbau 1,6 Mio. € und für den Radweg Sender Straße 1,2 Mio. €. Für Beleuchtungsanlagen sind 1,5 Mio. € eingeplant, für Lichtsignalanlagen 0,7 Mio. €.

Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen

In der Gesamtsumme sind die unterschiedlichen Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen der Fachbereiche erfasst, die im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung notwendig sind. Größere Beschaffungen fallen z. B. für Feuerwehr und Rettungsdienst (für Löschfahrzeuge, Rettungswagen, Bevölkerungswarnsysteme, Geräte usw.) an, hierfür sind für 2020 rd. 7,2 Mio. € und für 2021 rd. 5,8 Mio. € eingeplant. Im Schulbereich sind Beschaffungen i. H. v. rd. 11,4 Mio. € für 2020 und rd. 7,5 Mio. € für 2021 vorgesehen.

Veranschlagt wurde nach den für das NKF geltenden Abgrenzungskriterien. Danach sind Beschaffungen dem investiven Finanzplan zuzuordnen, wenn diese

- im Einzelfall über 800 € (netto) kosten oder
- als sog. „geringwertige Wirtschaftsgüter“ einen Anschaffungspreis zwischen 60 und 800 € haben.

Ferner sind in dem Gesamtbetrag die Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen (z.B. Software) enthalten. Beschaffungen, die diesen Kriterien nicht entsprechen, sind im Ergebnisplan als konsumtiver Aufwand veranschlagt.

Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen

Unter dieser Position wird der Zuschuss an den UWB für die Sanierung der Weser-Lutter ausgewiesen, die im Jahre 2021 ausfinanziert sein wird. Für 2019 sind Mittel in Höhe von 0,2 Mio. € und für 2020 und 2021 2,2 Mio. € bzw. 2,9 Mio. € vorgesehen. Die Mittel aus dem Landesprogramm „Gute Schule“ werden letztmalig 2020 in Höhe von rd. 10,4 Mio. € veranschlagt. Der auf 2017 entfallende Betrag wurde für den Neubau der Almsporthalle und für Digitalisierungsmaßnahmen an Schulen in 2018 verwendet. Die Tranchen 2018 und 2019 sind, bzw. werden für den Ersatz-Neubau der Martin-Niemöller-Gesamtschule im Wege der Ermächtigungsübertragung bereitgestellt.

Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen

Investitionsmaßnahmen an fremde Dritte können im NKF nur dann als investive (und damit bilanziell aktivierbare) Auszahlung geplant und veranschlagt werden, wenn die Stadt an dem Anlagegut entweder direkt wirtschaftliches Eigentum oder ein eigentumsähnliches Recht erwirbt. Folgende größere Investitionsmaßnahmen sind im Ansatz 2020 enthalten: Breitbandausbau (9,6 Mio. €), die INSEK-Maßnahmen „WissensWerkStadt“ (4 Mio. €) und „Stadtteilzentrum Oberlohmannshof (1,1 Mio. €), die Stadtumbaumaßnahme Baumheide „Grünes Klassenzimmer“ (1,7 Mio. €) und Digitale Infrastruktur „Digitalpakt“ (4,5 Mio. €).

Für 2021 sind folgende größere Investitionskostenzuschüsse vorgesehen: Breitbandausbau (9 Mio. €), INSEK-Maßnahme „WissensWerkStadt“ (0,8 Mio. €), Investitionskostenzuschuss Sekundarschule Bethel (1,14 Mio. €), Stadtumbaumaßnahme Baumheide „Grünes Klassen-

zimmer“ (0,8 Mio. €), Mittel für Digitale Infrastruktur aus dem „Digitalpakt“ (4,5 Mio.€), die Weiterleitung der Sportpauschale an die Vereine (1,0 Mio. €) sowie investiv angesetzte Anteile der Bildungspauschale für Medien und Einrichtungsgegenstände in Schulen (2020 rd. 3,5 Mio. € und 2021 rd. 2,5 Mio. €). Die verbleibenden rd. 3,0 Mio. € für 2020 und rd. 2,7 Mio. € für 2021 entfallen auf verschiedene kleinere Maßnahmen.

Die Ansatzreduzierungen in den Jahren 2022 bis 2024 beruhen darauf, dass insbesondere die INSEK-Mittel und die Zuschüsse zum Stadtumbau rückläufig bzw. noch nicht planbar sind. Außerdem entfallen ab 2022 die Ansätze für den Breitbandausbau.

Sonstige Investitionsauszahlungen

Auf Grundlage der aktualisierten Planungen wird der Klinikum Bielefeld gem. GmbH und der Stadtwerke Bielefeld GmbH auch im Doppel-Haushaltsplan 2020/2021 die Möglichkeit einer Konzernfinanzierung angeboten. Für das Jahr 2020 ist hierfür eine Kreditermächtigung in Höhe von 53,2 Mio. € und für das Jahr 2021 von 28,0 Mio. € in der Haushaltssatzung vorgesehen. Die korrespondierenden Einzahlungen sind im Gesamtfinanzplan unter „Finanzierungstätigkeit“ veranschlagt (vgl. 6.3). Auch für das Jahr 2022 ist eine Konzernfinanzierung nach derzeitiger Planung in Höhe von 31,1 Mio. € vorgesehen.

Für die Klinikum Bielefeld gem. GmbH sind für die Jahre 2020 und 2021 Konzernfinanzierungen von 2,2 Mio. € bzw. 8,0 Mio. € eingeplant. Im Jahr 2019 hat die Klinikum Bielefeld gem. GmbH aus der Kreditermächtigung von 10,4 Mio. € keine Mittel in Anspruch genommen. Für den Erwerb von Stadtbahnen sowie für Folgeinvestitionen sind für die Stadtwerke Bielefeld GmbH Konzernfinanzierungen im Jahr 2020 in Höhe von 51 Mio. € und im Jahr 2022 von 20 Mio. € vorgesehen. Darüber hinaus sind jährlich 1,4 Mio. € als Tilgung für das Technische Rathaus veranschlagt, die jedoch in voller Höhe erstattet werden (s. Sonstige Investitionseinzahlungen).

6.2.2 Bedeutende Investitionsmaßnahmen

Durch die Ausgliederung großer Aufgabenfelder (Immobilien, Entsorgung, Theater) in eigenständige Organisationseinheiten (ISB, UWB, Bühnen und Orchester) hat sich die Investitionsplanung des städtischen Kernhaushalts seit 1998 stark verändert und erheblich reduziert.

Mit den nunmehr rechtlich vorgeschriebenen Zuordnungsregeln zwischen konsumtiven Erträgen / Aufwand und investiven Ein- und Auszahlungen, haben sich die Schwerpunkte der investiven Planung im Wesentlichen auf die aktivierbaren Beschaffungen für die städtischen Einrichtungen und den Herstellungsaufwand im Bereich der Infrastruktur (Straßen- und Wasserbau) verlagert.

Die nachfolgende Übersicht stellt – bezogen auf das Jahr 2020 – die wichtigsten Investitionsschwerpunkte dar:

Aufgabenbereich/Maßnahme	Auszahlungsansatz 2020 (in Mio. €)
Bielefelder Verwaltungsportal / e Government	0,33
Beschaffungen für Hard- und Software (ohne GWG´s und Medienentwicklungsplan)	4,63
GWG-Ersatzbeschaffungen Hardware, Software und Telefone	1,48

Medienentwicklungsplan Hardwarebeschaffungen (einschl. GWG)	1,72
Windows 10	0,4
Sanierung Weser-Lutter	2,2
Investitionskostenzuschuss Flughafen PB - 2020	0,18
Kombibad Jöllenbeck, Einzahlung in die Kapitalrücklage	0,25
Beteiligung Kunsthalle Bielefeld für Erwerb von Kunstgegenständen	0,15
Beteiligung BBVG mbH, Einzahlung in die Kapitalrücklage (Baulandstrategie)	5,0
Verbleibende Geringwertige Vermögensgegenstände insgesamt (ohne Medienentwicklungsplan, Hard- und Software und Telefone)	2,0
Festwerte Betriebs- und Geschäftsausstattung insgesamt	1,5
Ersatzbeschaffungen ZAB (Fahrzeuge, ADV, bewegl. Anlagevermögen)	0,3
Maßnahmen zur Inklusion an Schulen	0,5
Kreditweiterleitung an ISB für Investitionen „Gute Schule“	10,4
Ausstattung Berufskollegs aus dem GRW-Programm („Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“)	3,9
Digitalpakt NRW	4,94
Einrichtung + Umbau Stadtteilbibliotheken	0,16
Ersatzbeschaffung mobile Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen (Caddys)	0,16
Umwelt; Johannisbach (drei Maßnahmen)	0,47
Umwelt; Weser-Lutter / Leithenhof	1,24
Umwelt; BWK Winter-/Sommerbach	1,4
Umwelt; Oldentruper Bach - Koppmann	0,16
Umwelt; Gewässerbaumaßnahmen WRRL	0,35
Umwelt; Offenlegung der Lutter	2,16
Umwelt; mehrere kleinere Gewässerbaumaßnahmen	0,69
Feuerwehr; 1 Rettungswagen	0,19
Feuerwehr; 6 Löschfahrzeuge	2,78
Feuerwehr; 6 Gerätewagen	0,61
Feuerwehr; 3 Abrollbehälter	0,48
Feuerwehr; Wechselladerfahrzeug	0,3
Feuerwehr; 5 Mannschaftstransportwagen	0,35
Feuerwehr; Bevölkerungswarnsysteme	0,5
Feuerwehr; Maschinen, Mess- und Prüfgeräte, technische Anlagen, Notfallrucksäcke, Erneuerung Wachenalarmsystem, Atemschutzgeräte, Hard- und Software, E-Bikes, Digitalfunk u. a.	0,98
Feuerwehr; Inventar FGH, Feuerwachen, Leitstelle und Krisenstab	0,34
Projekte der "Digitalen Modellregion OWL" und des Digitalisierungsbüros	0,23

Städtebauförderung; Stadtumbau West / Nördl. Innenstadtrand: Entwicklung Bahnhofsumfeld	0,4
Städtebauförderung; Stadtumbau "Sieker Mitte": GAB-Gelände (Investkostenzuschuss)	0,15
Städtebauförderung; Stadtumbau West /Sennestadt: Sennestadtpavillon Investitionskostenzuschuss an Sennestadt GmbH	0,25
Städtebauförderung; Stadtumbau West /Sennestadt: Vernetzung Grünräume	0,3
Städtebauförderung; Stadtumbau West / Sennestadt: Stärkung dezentrale Quartierszentren	0,25
Städtebauförderung; Stadtumbau West / Sennestadt: Integrativer Bewegungspark	0,9
Städtebauförderung; Stadtumbau West / Sennestadt: Wohnumfeldverbesserungen (Investkostenzuschuss)	0,2
Städtebauförderung; Sonderprogramm "Quartiere mit besonderem Entwicklungsbedarf" (KiTa Sieker)	0,4
Städtebauförderung; Sonderprogramm "Investitionspakt Soziale Integration im Quartier NRW 2018" Oberlohmannshof	1,1
Städtebauförderung; Soziale Stadt Baumheide: Baumheide - Neue Mitte	1,1
Städtebauförderung; Haus der Wissenschaft - WissensWerkStadt"	4,0
Städtebauförderung; Stadtumbau Soziale Stadt Baumheide: Westliche Grünspace "Grüne Kammerratsheide"	0,2
Städtebauförderung; Stadtumbau Soziale Stadt Baumheide: Baumaßnahme 'Grünes Klassenzimmer' (Halhof) (Investkostenzuschuss)	1,65
Städtebauförderung; mehrere kleine Maßnahmen, z. B. Fassadenprogramm, Anbindung Krackser Bahnhof, Quartierswege, Alter Großmarkt, interkulturelle Gärten	1,32
Straßenbau; Grunderwerb und Bauvorbereitungskosten	0,2
Straßenbau; Querungsstellen	0,1
Straßenbau; Radweggebau (Sammeltopf)	0,3
Straßenbau; Senner Hellweg	1,5
Straßenbau; Wiederherstellung nach Kanalbau	0,4
Straßenbau; Erneuerung Durchlässe	0,2
Straßenbau; Verwendung der ÖPNV-Pauschale	0,5
Straßenbau; Brücke Vogteistraße /Weser-Lutter	0,5
Straßenbau; Dürerstraße	0,9
Straßenbau; Grafenheider Str. 3. BA	0,9
Straßenbau; Hochbahnsteig Marktstr.	0,7
Straßenbau; Hochbahnsteig Krankenhaus	0,2
Straßenbau; Jöllenbecker Straße zw. Drögestr. und Splittenbreite, i. Z. m. Stadtbahnausbau	0,1
Straßenbau; Bahnübergang Fechterweg	0,14
Straßenbau; Beleuchtungsanlagen (Sammeltopf)	1,7

Straßenbau; Lichtsignalanlagen (Sammeltopf)	0,54
Straßenbau; IVKZ Bürgerradweg Schröttinghauser Straße	0,4
Straßenbau; Gotenstraße	1,3
Straßenbau; Schloßhofstraße	2,6
Straßenbau; Offenlegung Lutter (INSEK)	2,01
Straßenbau; Sender Straße Radweg (einschl. Beleuchtung)	0,34
Straßenbau; Barrierefreier Ausbau von Bushaltestellen	0,2
Straßenbau; Hauptstraße mit Gleisbau moBiel	0,4
Straßenbau; Abwasserbehandlungsanlage Engersche Str.	0,12
Straßenbau; Heeper Straße zw. Viktoriastraße und Am Venn	0,5
Straßenbau; OWD-Tunnel: Austausch von Leiteinrichtungen, Messstellen u. a.	0,2
Straßenbau; Heeper Straße zw. Bleichstraße und Viktoriastraße	0,22
Straßenbau; Verler Straße	0,4
Straßenbau; Hüttenstraße	0,25
Straßenbau; Jahnplatz	3,0
Straßenbau; Jahnplatz / Sonstige Maßnahmen Förderprogramm "Emissionsfreie Innenstadt"	0,5
Straßenbau; Rabenhof (INSEK)	0,1
Straßenbau; Radweg entlang Linie 3 (INSEK)	0,5
Straßenbau; Karl-Schnitger-Weg	0,12
Straßenbau; Sanierungsprogramm Straßen- und Winterschäden	0,6
Straßenbau; Erneuerung Straßenentwässerungskanäle (Sammeltopf)	0,1
Breitbandausbau in Bielefeld	9,58
Investive Beschaffungen Kitas	0,166
Summe Investitionsauszahlungen	98,13

Für das Jahr 2021 sind folgende größere Investitionsmaßnahmen vorgesehen:

Aufgabenbereich/Maßnahme	Auszahlungsansatz 2021 (in Mio. €)
Bielefelder Verwaltungsportal / e Government	0,2
Beschaffungen für Hard- und Software (ohne GWG´s und Medienentwicklungsplan)	4,8
GWG-Ersatzbeschaffungen Hardware, Software und Telefone	1,66
Medienentwicklungsplan Hardwarebeschaffungen (einschl. GWG)	1,5
Windows 10	0,4
Sanierung Weser-Lutter	2,9

Kombibad Jöllenbeck, Einzahlung in die Kapitalrücklage	2,0
Beteiligung Kunsthalle Bielefeld für Erwerb von Kunstgegenständen	0,15
Beteiligung BBVG mbH, Einzahlung in die Kapitalrücklage (Baulandstrategie)	10,0
Verbleibende Geringwertige Vermögensgegenstände insgesamt (ohne Medienentwicklungsplan, Hard- und Software und Telefone)	2,07
Festwerte Betriebs- und Geschäftsausstattung insgesamt	1,1
Ersatzbeschaffungen ZAB (Fahrzeuge, ADV, bewegl. Anlagevermögen)	0,27
Maßnahmen zur Inklusion an Schulen	0,5
Investitionskostenzuschuss Sekundarschule Bethel	1,14
Ausstattung Berufskollegs aus dem GRW-Programm („Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“)	0,18
Digitalpakt NRW	4,94
Einrichtung + Umbau Stadtteilbibliotheken	0,39
Zuschüsse Sportvereine aus Sportpauschale	0,97
Umwelt; Verlegung Meyerbach (Deponie 17 - Stieghorst)	0,44
Umwelt; BWK Jölle	0,25
Umwelt; BWK Baderbach Parkanlage	0,3
Umwelt; Kerksiekbach	0,25
Umwelt; Gewässerbaumaßnahmen WRRL	1,0
Umwelt; Reiherbachaue	0,4
Umwelt; mehrere kleinere Gewässerbaumaßnahmen	0,57
Feuerwehr; 3 Rettungswagen	0,57
Feuerwehr; 4 Löschfahrzeuge	1,42
Feuerwehr; 2 Drehleitern	0,3
Feuerwehr; Wechselladerfahrzeug Kran	0,4
Feuerwehr; 10 Dienstfahrzeuge, Notarzteinsetzfahrzeuge und Mannschaftstransportwagen	0,64
Feuerwehr; Bevölkerungswarnsysteme	0,5
Feuerwehr; Maschinen, Mess- und Prüfgeräte, technische Anlagen, Notfallrucksäcke, Erneuerung Wachenalarmsystem, Atemschutzgeräte, Hard- und Software, E-Bikes, Digitalfunk u. a.	1,21
Feuerwehr; Inventar FGH, Feuerwachen, Leitstelle und Krisenstab	0,15
Projekte der "Digitalen Modellregion OWL" und des Digitalisierungsbüros	0,3
Städtebauförderung; Stadtumbau West / Nördl. Innenstadttrand: Wohnumfeldverbesserung im Bereich Teichs- heide und Steubenstraße	0,2
Städtebauförderung; Stadtumbau West / Nördl. Innenstadttrand: Wohnumfeldverbesserung im Bereich Wi- chernstraße und Bernhard-Mosberg-Str.	0,2

Städtebauförderung; Stadtumbau West / Nördl. Innenstadtrand: Neugestaltung Josefstraße/ Aufwertung der öffentlichen Räume / Bildungscampus Ostmann-turmviertel	0,48
Städtebauförderung; Stadtumbau "Sieker Mitte": Wohnumfeldverbesserung Meisenstraße und Sperberstraße (Investkostenzuschuss)	0,3
Städtebauförderung; Stadtumbau "Sieker Mitte": GAB-Gelände (Investkostenzuschuss)	0,2
Städtebauförderung; Stadtumbau "Sieker Mitte": Wohnumfeldverbesserung Hochhäuser	0,25
Städtebauförderung; Stadtumbau "Sieker Mitte": Quartiersgarage (Investkostenzuschuss)	0,18
Städtebauförderung; Stadtumbau West / Sennestadt: Stärkung dezentrale Quartierszentren	0,75
Städtebauförderung; Stadtumbau West / Sennestadt: Integrativer Bewegungspark	0,63
Städtebauförderung; Stadtumbau West / Sennestadt: Wohnumfeldverbesserungen (Investkostenzuschuss)	0,4
Städtebauförderung; Sonderprogramm "Quartiere mit besonderem Entwicklungsbedarf" (KiTa Sieker)	0,2
Städtebauförderung; Sonderprogramm "Investitionspakt Soziale Integration im Quartier NRW 2018" Oberlohmannshof	0,2
Städtebauförderung; Soziale Stadt Baumheide: Baumheide - Neue Mitte	0,7
Städtebauförderung; Haus der Wissenschaft - WissensWerkStadt"	0,76
Städtebauförderung; Stadtumbau Soziale Stadt Baumheide: Westliche Grünspange "Grüne Kammerratsheide"	0,2
Städtebauförderung; Stadtumbau Soziale Stadt Baumheide: Wohnumfeldverbesserung (Investkostenzuschuss)	0,17
Städtebauförderung; Stadtumbau Soziale Stadt Baumheide: Baumaßnahme 'Grünes Klassenzimmer' (Halhof) (Investkostenzuschuss)	0,8
Städtebauförderung; mehrere kleine Maßnahmen, z. B. Fassadenprogramm, Anbindung Krackser Bahnhof, Quartierswege, Alter Großmarkt, interkulturelle Gärten	0,7
Straßenbau; Grunderwerb und Bauvorbereitungskosten	0,2
Straßenbau; Querungsstellen	0,2
Straßenbau; Radwegebau (Sammeltopf)	0,3
Straßenbau; Senner Hellweg	2,13
Straßenbau; Wiederherstellung nach Kanalbau	0,4
Straßenbau; Erneuerung Durchlässe	0,25
Straßenbau; Verwendung der ÖPNV-Pauschale	0,5
Straßenbau; Dürerstraße	0,8
Straßenbau; Grafenheider Str. 3. BA	0,9

Straßenbau; Brücke Heeper Straße /Weser-Lutter	0,55
Straßenbau; Hochbahnsteig Voltmannstraße	0,5
Straßenbau; Hochbahnsteig Teutoburger Str.	0,5
Straßenbau; Jöllenbecker Straße zw. Drögestr. und Splittenbreite, i. Z. m. Stadtbahnausbau	0,2
Straßenbau; Beleuchtungsanlagen (Sammeltopf)	1,5
Straßenbau; Lichtsignalanlagen (Sammeltopf)	0,7
Straßenbau; Barrierefreier Ausbau von Bushaltestellen	0,2
Straßenbau; Kreuzstr. (Ausbau Linie 1)	0,2
Straßenbau; OWD-Tunnel: Austausch von Leiteinrichtungen, Messstellen u. a.	0,2
Straßenbau; Schloßhofstraße	0,5
Straßenbau; Jahnplatz	7,0
Straßenbau; Jahnplatz / Sonstige Maßnahmen Förderprogramm "Emissionsfreie Innenstadt"	1,5
Straßenbau; Sender Straße Radweg (einschl. Beleuchtg.)	1,2
Straßenbau; Oerlinghauser Straße Radweg	0,95
Straßenbau; Rabenhof (INSEK)	0,6
Straßenbau; Bahnunterführung Am Lehmstich (INSEK)	0,11
Straßenbau; Hauptstraße mit Gleisbau Mobiel	1,6
Straßenbau; Eisenbahnstraße (Fernbusbahnhof Brackwede)	0,75
Straßenbau; Heeper Straße zw. Viktoriastraße und Am Venn	1,8
Straßenbau; Sanierungsprogramm Straßen- und Winterschäden	0,45
Straßenbau; Erneuerung Straßenentwässerungskanäle (Sammeltopf)	0,1
Breitbandausbau in Bielefeld	9,02
Investive Beschaffungen Kitas	0,17
Summe Investitionsauszahlungen	87,17

Für die Darstellung der Investitionsmaßnahmen in den Teilfinanzplänen der einzelnen Produktbereiche/Produktgruppen hat der Gesetzgeber im Rahmen des NKF Vorgaben für die Veranschlagungsstrukturen gemacht.

Nach § 4 Abs. 4 KomHVO NRW sind demnach Einzelmaßnahmen auszuweisen, wenn diese oberhalb einer vom Vertretungsorgan festgelegten Wertgrenze liegen. Der Rat der Stadt Bielefeld hat mit Beschluss vom 24.04.2008 festgelegt, dass Investitionsmaßnahmen ab einer Wertgrenze von 100.000 € als Einzelmaßnahmen im Teilfinanzplan B ausgewiesen werden sollen. Die Darstellung im Haushaltsplan erfolgt jeweils im Anschluss an die jeweiligen Teilfinanzpläne der einzelnen Produktgruppe. Einzelheiten zur Struktur des NKF-Haushalts werden in den Allgemeinen Vorbemerkungen beschrieben.

6.2.3 Kreditaufnahmen für Investitionen / Verpflichtungsermächtigungen

Durch Wegfall der Rückflüsse aus dem Gesellschafterdarlehen der BBVG aufgrund vollständiger Tilgung des Darlehens ergeben sich bereits seit 2010 wieder Kreditbedarfe im Kernhaushalt.

Der Rahmen für Kreditaufnahmen im nicht rentierlichen Bereich lag im Jahre 2018 unter Vermeidung einer Nettoneuverschuldung bei rd. 23,7 Mio. €. Geplant wurde eine Kreditaufnahme in Höhe von rd. 22,8 Mio. €, so dass eine Nettoneuverschuldung im nicht rentierlichen Bereich vermieden werden konnte. Hinzu kommt im Kernhaushalt ab 2017 eine Kreditermächtigung in Höhe von rd. 10,4 Mio. € im Rahmen des Landesprogrammes „Gute Schule“. Aus diesem Programm kann die Stadt Bielefeld bis 2020 jährlich ein Kreditvolumen in Höhe von 10,4 Mio. € in Anspruch nehmen. Nach dem Schuldendiensthilfe-Gesetz NRW übernimmt das Land den kompletten Schuldendienst für diese Kredite, so dass die Bereitstellung dieser Mittel zuschussähnlichen Charakter hat. Weiter nimmt die Stadt Bielefeld im Rahmen der Konzernfinanzierung Kredite für ihre Unternehmen auf, die an diese weitergeleitet werden. Der Schuldendienst für die Konzernkredite wird letztlich von den Unternehmen getragen. Bei der Betrachtung des zulässigen Kreditrahmens spielen Konzernkredite und Kredite aus dem Programm „Gute Schule“ wegen der Refinanzierung keine Rolle.

Die Kreditermächtigungen 2018 verteilen sich mit rd. 13,0 Mio. € auf den ISB und mit 11,0 Mio. € (davon 1,3 Mio. € rentierlich) auf den Kernhaushalt. Im Kernhaushalt 2018 wurden Konzernkredite in Höhe von 1,9 Mio. € aufgenommen und weitergeleitet. Weiter wurde die von 2017 nach 2018 übertragene Kreditermächtigung „Gute Schule“ (10,4 Mio. €) realisiert. Die Kreditermächtigung 2018 für die „Gute Schule 2020“ wird in das Haushaltsjahr 2019 übertragen. Die allgemeine Kreditermächtigung i. H. v. 11 Mio. € musste nicht in Anspruch genommen werden.

Im Haushaltsjahr 2019 liegt der Kreditrahmen bei rd. 20,6 Mio. €. Vorgesehen sind Kreditaufnahmen in Höhe von rd. 18,9 Mio. € für nicht rentierliche Bereiche. Damit wird der Kreditrahmen um rd. 1,7 Mio. € unterschritten. Die Kreditermächtigungen verteilen sich mit rd. 8,9 Mio. € auf den ISB, mit 1,0 Mio. € auf den UWB und mit 12,5 Mio. € (davon 3,5 Mio. € rentierlich) auf den Kernhaushalt. Hinzu kommt im Kernhaushalt der Kreditbetrag für das Landesprogramm „Gute Schule“ in Höhe von rd. 10,4 Mio. €.

2019 wurden für den Kernhaushalt („Gute Schule“) 10,4 Mio. € und für den UWB 24,5 Mio. € (davon 23,5 Mio. € rentierlich) aufgenommen. Der ISB hat keine Kredite aufgenommen.

Im Haushaltsjahr 2020 liegt der Kreditrahmen im nicht rentierlichen Bereich bei rd. 17,8 Mio. €. Vorgesehen sind Kreditaufnahmen in Höhe von rd. 31,6 Mio. € für nicht rentierliche Bereiche. In den Kreditaufnahmen ist ein Teilbetrag in Höhe von 2,2 Mio. € für die Sanierung der Lutter enthalten. Dieser wurde bislang in Abstimmung mit der Bezirksregierung Detmold bei der Berechnung der möglichen Nettoneuverschuldung nicht berücksichtigt, so dass der Kreditrahmen 2020 um rd. 11,6 Mio. € überschritten wird. Die nicht rentierlichen Kreditermächtigungen verteilen sich mit rd. 9,5 Mio. € auf den ISB, mit 1,0 Mio. € auf den UWB und mit 21,1 Mio. € auf den Kernhaushalt. Hinzu kommt im Kernhaushalt - wie in den Vorjahren - der Kreditbetrag für das Landesprogramm „Gute Schule“ in Höhe von 10,4 Mio. € sowie Kreditaufnahmen im Rahmen der Konzernfinanzierung in Höhe von 53,2 Mio. €.

Im Haushaltsjahr 2021 liegt der Kreditrahmen im nicht rentierlichen Bereich bei rd. 18,3 Mio. €. Vorgesehen sind Kreditaufnahmen in Höhe von rd. 41,0 Mio. €. In den Kreditaufnahmen ist ein Teilbetrag in Höhe von 2,9 Mio. € für die Sanierung der Lutter enthalten. Dieser wurde bislang in Abstimmung mit der Bezirksregierung Detmold bei der Berechnung der möglichen Nettoneuverschuldung nicht berücksichtigt, so dass der Kreditrahmen 2021 um rd. 19,8 Mio. € überschritten wird. Die nicht rentierlichen Kreditermächtigungen verteilen sich mit rd. 13,0 Mio. € auf den ISB, mit 1,0 Mio. € auf den UWB und mit 27,0 Mio. € auf den Kernhaushalt.

Hinzu kommt im Kernhaushalt - wie in den Vorjahren - die Kreditaufnahmen im Rahmen der Konzernfinanzierung in Höhe von 28,0 Mio. €.

Die Überschreitung der Kreditrahmen 2020 und 2021 ist - nach jahrelanger zurückhaltender Investitionstätigkeit während des HSK Zeitraumes - zum Abbau des bestehenden Investitionsstaus erforderlich. Im Kernhaushalt wurden im HSK-Zeitraum keine entsprechenden Kredite mehr aufgenommen. Auf das dringende Erfordernis, insbesondere in die Straßensanierung zu investieren, hat auch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW in zwei Prüfberichten hingewiesen. Gleiches gilt auch für den ISB für die Investitions- und Sanierungsmaßnahmen bei städtischen Immobilien. Ziel ist, die Investitionen auf die nächsten Jahre so zu verteilen, dass die Maßnahmen personell leistbar sind und die Folgekosten vom städtischen Haushalt getragen werden können.

Zusätzlich zu den Kreditermächtigungen können **Verpflichtungsermächtigungen** eingeplant werden. Hierdurch können neben dem kalkulierten Bedarf für kassenwirksame Auszahlungen auch maßnahmenbezogene Ansätze für Auftragserteilungen berücksichtigt werden. Gerade bei großen Investitionsmaßnahmen, deren Realisierung sich über mehrere Jahre erstreckt, besteht damit hinsichtlich der haushaltsmäßigen Abwicklung mehr Flexibilität.

Für den Doppel-Haushaltplan 2020/2021 sind für die einzelnen Investitionsmaßnahmen im investiven Finanzplan Verpflichtungsermächtigungen von insgesamt 14,7 Mio. € für 2020 und 12,3 Mio. € für 2021 veranschlagt. Diese Gesamtbeträge sind Bestandteil der Festsetzungen in der Haushaltssatzung. Sie dürfen somit bei Inanspruchnahme nicht überschritten werden. Ein Ausgleich zwischen einzelnen Maßnahmen im Rahmen der Bewirtschaftung des Haushalts ist jedoch möglich.

6.3 Gesamtfinanzplan - Finanzierungstätigkeit

in Mio. €	Ist 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
<u>Einzahlungen aus Finanzie- rungstätigkeit</u>	949,7	33,3	326,3	268,1	232,1	201,6	109,1
Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	29,6	33,3	86,9	57,2	48,2	50,9	10,1
Aufn. von Krediten zur Liquiditätssicherung	920,1		239,4	210,9	183,9	150,8	99,0
<u>Auszahlungen aus Finanzie- rungstätigkeit</u>	1.052,4	10,7	278,0	249,3	221,8	213,2	160,0
Tilgung und Gewährung von Darlehen	38,0	10,7	8,0	9,9	10,9	29,3	9,2
Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	1.014,4		270,0	239,4	210,9	183,9	150,8
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-102,7	22,6	48,3	18,8	10,3	-11,5	-50,9

In diesem Teil des Finanzplans werden summiert Zahlungsvorgänge aus der Kreditaufnahme für Investitionen und deren planmäßige Tilgung erfasst. Zum 01.01.2019 wurde die Gemein-

dehaushaltsverordnung durch die Kommunalhaushaltsverordnung ersetzt. Seit diesem Zeitpunkt sind im Finanzplan zusätzlich auch die Aufnahme und Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung darzustellen.

Wie oben (Ziffer 6.1) bereits erwähnt, sind auch für den Doppel-Haushaltsplan 2020/2021 sowie für das Jahr 2022 Konzernfinanzierungen vorgesehen. Unter der Position „Finanzierungstätigkeit“ sind diese Darlehensaufnahmen sowie die für den Kernhaushalt zur Finanzierung von investiven Maßnahmen (inkl. „Gute Schule-Mittel“, letztmalig in 2020) eingeplant.

Aufgrund der positiven Verläufe der Haushaltsjahre 2015 bis 2019 sind die Kredite zur Liquiditätssicherung inzwischen deutlich rückläufig. Für das Haushaltsjahr 2020 wurde der Höchstbetrag nach 2018 und 2019 bereits im Haushaltsentwurf um 100 Mio. € reduziert und aufgrund der sich abzeichnenden positiven Entwicklungen im Jahr 2019 im endgültigen Haushalt um weitere 50 Mio. € gesenkt und auf 450 Mio. € für 2020 festgesetzt. Für 2021 erfolgt eine weitere Reduzierung auf 400 Mio. €.

7. Gesamtsituation

Mit dem Haushalt 2012 hat die Stadt Bielefeld erstmals wieder ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept vorgelegt, mit dem der Haushaltsausgleich innerhalb des neuen gesetzlich vorgesehenen Konsolidierungszeitraums von 10 Jahren dargestellt werden konnte. Ein Haushaltsausgleich bis zum Jahre 2022 konnte auch in der Folge mit den Haushaltsplänen 2013 bis 2018 dargestellt werden. Die Haushaltssicherungskonzepte dieser Jahre wurden daher genehmigt.

Mit dem Haushalt 2019 konnte der 10jährige Konsolidierungszeitraum um 2 Jahre verkürzt werden. Auch mit dem Haushalt 2020/2021 wird dauerhaft ein Überschuss erwartet. Die entstandenen und voraussichtlich entstehenden Jahresüberschüsse werden der Ausgleichsrücklage zugeführt. Eine planerische Entnahme ist letztmalig für das Jahr 2019 vorgesehen. Im unterjährigen Verlauf des Jahres 2019 zeichnet sich derzeit - in Fortsetzung der letzten Jahre - eine positive Entwicklung ab.

Die Voraussetzungen für eine Teilnahme am „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ erfüllte die Stadt Bielefeld nicht. Ob und inwieweit die Stadt Bielefeld von einem „Altschuldenfonds“ profitieren kann, ist derzeit nicht absehbar.

7.1 Kommunalinvestitionsförderungsgesetz

Als Kommune mit genehmigtem Haushaltssicherungskonzept ist die Stadt gehalten, eine Nettoneuverschuldung zu vermeiden. In diesem Zusammenhang soll das im Oktober 2015 beschlossene Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen (Kommunalinvestitionsförderungsgesetz – KInvFG NRW) zu einer spürbaren Entlastung führen. Das KInvFG soll die Kommunen beim Abbau ihres Investitions- und Sanierungsstau unterstützen. Anders als bei den vorhergehenden Konjunkturprogrammen stehen nicht die Wirtschafts- und Konjunkturförderung, sondern die kommunale Infrastruktur im Fokus des Gesetzes. Den Bundesländern steht ein Sondervermögen in Höhe von 3,5 Mrd. € zur Förderung kommunaler Investitionen zur Verfügung. Das Land NRW erhält davon rd. 1,12 Mrd. €; der Bielefelder Anteil beträgt rd. 27,5 Mio. €. Die Fördermittel wurden durch Beschluss des Rates vom 12.11.2015 (Drucksachen-Nr. 2303/2014-2020) in vollem Umfang abschließend mit Investitionsmaßnahmen hinterlegt. Die Maßnahmen sind bis 2020 umzusetzen.

Der Bundestag hat am 01.06.2017 die Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen beschlossen. Bestandteil des entsprechenden Gesetzespaketes ist u.a. die Förderung der Bildungsinfrastruktur finanzschwacher Kommunen durch eine Erweiterung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes. Damit werden bundesweit weitere 3,5 Mrd. € Investitionsmittel durch den Bund bereitgestellt. Auf Nordrhein-Westfalen entfallen wiederum rd. 1,12 Mrd. €, der Bielefelder Anteil beträgt rd. 26,85 Mio. €. Die Fördermittel wurden durch Beschluss des Rates vom 05.07.2018 (Drucksachen-Nr. 6967/2014-2020) in vollem Umfang abschließend mit Investitionsmaßnahmen hinterlegt. Die Maßnahmen sind bis 2022 umzusetzen.

Im Vergleich mit anderen Städten befindet sich die Stadt Bielefeld beim Mittelabruf über dem Durchschnitt und ist bestrebt, alle Maßnahmen zeitgerecht zu realisieren.

7.2 Ertragsentwicklung

Die Einnahmen der Kommunen aus der Gewerbesteuer stellen grundsätzlich einen Risikofaktor dar. Zuletzt im Jahr 2014 (nach einem Einbruch im Jahr 2009) hatte sich diese Einschätzung erneut bestätigt. Weder die Prognosen des Arbeitskreises Steuerschätzung oder die Orientierungsdaten des Landes noch eigene Einschätzungen haben sich in der Vergangenheit als verlässlich erwiesen. Für 2012 war als HSK-Maßnahme die Erhöhung des Hebesatzes auf den Durchschnitt vergleichbarer Städte erfolgt. Der Effekt aus der Steuererhöhung wurde durch gegenläufige konjunkturelle Entwicklungen eliminiert.

Seit dem Jahr 2015 liegen die Rechnungsergebnisse jeweils deutlich über den geplanten Haushaltsansätzen. Eine dauerhaft stabile Ertragslage auf hohem Niveau bei der Gewerbesteuer würde zu einer spürbaren Entlastung kommender Haushalte führen. Aufgrund der Konjunkturrempfindlichkeit sind längerfristige Prognosen zur Entwicklung der Gewerbesteuer jedoch nach wie vor mit größeren Risiken verbunden. Die Zeit der guten wirtschaftlichen Entwicklung und permanent steigender Steuereinnahmen scheint sich dem Ende zuzuneigen. Die Wachstumserwartungen wurden bei der letzten Steuerschätzung Ende Oktober 2019 nach unten korrigiert. Diese Prognosen sind bei der Planung der Ansätze im Doppelhaushalt bereits berücksichtigt worden. Spezifische Bielefelder Erkenntnisse liegen nicht vor. Der Bund hat angekündigt, seine stabilitätsorientierte Finanzpolitik fortzusetzen.

Das erwartete Rechnungsergebnis 2019 wird auch nach Herausrechnung von Einmaleffekten ebenfalls deutlich über dem geplanten Ansatz liegen. Gehen die Gewerbesteuererträge auf einen Durchschnittswert der letzten Jahre zurück und steigen die Schlüsselzuweisungen dann nicht entsprechend an, ist ein Haushaltsausgleich möglicherweise gefährdet. Dies hängt von der wirtschaftlichen Entwicklung der Bielefelder Gewerbesteuerzahler ab und ist von der Stadt nicht unmittelbar zu beeinflussen. Der Ausweis von weiteren Gewerbeflächen und die Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe ist in Planung. Die BBVG mbH ist vom Rat am 07.11.2019 mit dieser Aufgabe betraut. Im Jahr 2020 stehen für Wohn- und Gewerbeflächen 5 Mio. € und im Jahr 2021 10 Mio. € im Doppelhaushalt zur Verfügung.

Im Vergleich zur Gewerbesteuer ist das Aufkommen der Grundsteuer grundsätzlich deutlich stabiler. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung wurde eine zeitlich gestaffelte Erhöhung der Grundsteuer B bis auf 660 v. H. umgesetzt und entlastet damit die Liquiditätssituation der Stadt in Höhe von jährlich rd. 15 Mio. € dauerhaft. Ob und inwieweit die durch die neue gesetzliche Bewertungsgrundlage erforderlichen Anpassungen zu Änderungen am Gesamtaufkommen führen, bleibt abzuwarten. Die Steuer soll ab 2025 nach Bodenwert und Miete berechnet werden. Allerdings können die Länder eigene Berechnungsmethoden entwickeln. Erklärtes Ziel der Neuregelung war und ist eine haushaltsneutrale Umsetzung.

Als weitere wichtige Ertragsposition ist die Höhe der Schlüsselzuweisungen des Landes NRW unter anderem abhängig von der Steuerkraft der Stadt Bielefeld im Städtevergleich und von

der vom Land zur Verfügung gestellten Finanzausgleichsmasse. Der Ansatz wurde entsprechend der Modellrechnung des Landes vom 06.11.2019 gebildet. Für das Jahr 2024 wurde ein Sicherheitsabschlag vorgenommen. Darüberhinausgehende Risiken werden derzeit nicht gesehen.

7.3 Kredite und Zinsen

Aufgrund der guten Entwicklungen in den Jahren 2015 bis 2018 sowie im laufenden Haushaltsjahr 2019 ist bei den Krediten zur Liquiditätssicherung eine deutlich rückläufige Entwicklung zu beobachten. Dieser Entwicklung wird mit weiteren Reduzierungen der Ermächtigung zur Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung auf 450 Mio. € im Haushaltsjahr 2020 bzw. auf 400 Mio. € im Haushaltsjahr 2021 Rechnung getragen.

Für die Zukunft kann ein leicht höheres Zinsniveau nicht ausgeschlossen werden. Aufgrund der aktuellen Prognosen wird im Finanzplanungszeitraum allerdings mit eher moderaten Zinsentwicklungen kalkuliert. Gleichzeitig wird im Rahmen des Zins- und Schuldenmanagements aktiv die weitere Optimierung des Schuldenportfolios verfolgt.

Nach den Planungen für den Doppelhaushalt 2020/2021 liegen die Zinsaufwendungen insgesamt bei rd. 10 Mio. € jährlich, davon 5,4 Mio. € für Liquiditätskredite. Perspektivisch wird mit leicht steigenden Zinsen gerechnet, allerdings liegt in der Entwicklung der städtischen Verschuldung und in der künftigen Zinsentwicklung nach wie vor ein Haushaltsrisiko. Dieses Risiko sinkt durch die im Rahmen des Liquiditätsmanagements mittelfristig festgeschriebenen und damit planbaren Zinssätze und durch den konsequenten Abbau der Liquiditätskredite auf derzeit rd. 270 Mio. €.

Bei den Investitionskrediten erscheint das Zinsänderungsrisiko auf Grund des verhältnismäßig geringen Kreditvolumens und des aktuell niedrigen Zinsniveaus, das z. T. bis zu 30 Jahre festgeschrieben ist, im Kernhaushalt allerdings noch überschaubar.

Die Kreditaufnahmen im Rahmen der Konzernfinanzierung werden an die jeweiligen Konzernunternehmen weitergeleitet, so dass das daraus resultierende Zinsänderungsrisiko vom Letztempfänger des Kredites zu tragen ist.

7.4 Personal- und Versorgungsaufwendungen

Einen wesentlichen Faktor der kommunalen Aufwendungen stellt der Personalbereich dar. Aufgrund der regelmäßig vorgesehenen Besoldungs- und Tarifierhöhungen sind in dieser Aufwandsposition Aufwüchse nur schwer vermeidbar.

Daneben spielen zusätzliche Personalbedarfe eine Rolle, die z. B. aus allgemein steigenden Fallzahlen, Gesetzesänderungen, Veränderungen der Bevölkerungsstruktur und nicht zuletzt steigenden Einwohnerzahlen resultieren.

Außerdem ist zu beachten, dass die Zuführungen zu den Rückstellungen für Pensionen, Beihilfen und Altersteilzeit jedes Jahr aufgrund eines versicherungsmathematischen Gutachtens erfolgen, dessen Ergebnisse im Vorfeld nicht exakt eingeschätzt werden können. Die Versorgungsauszahlungen sind jeweils aus dem laufenden Haushalt zu finanzieren. Hier werden sich auch aufgrund der allgemein steigenden Lebenserwartung Steigerungen ergeben.

Von den Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Arbeitsmarkt ist auch die Stadt Bielefeld betroffen. Durch die eigene Ausbildung von Nachwuchskräften soll sichergestellt werden, dass kontinuierlich qualifiziertes Fachpersonal für die zu erfüllenden Aufgaben vorhanden ist. Dies gilt insbesondere für die Verwaltungsberufe und den Feuerwehrdienst. Da in diesen

Berufsfeldern lediglich Behörden ausbilden und Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen, muss folgerichtig in die Ausbildung von Nachwuchskräften investiert werden.

7.5 Stadtentwicklung

Auch unter schwierigen haushaltsrechtlichen und finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen wird die erfolgreich eingeleitete Stadtentwicklung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Möglichkeiten weiterzuführen sein. In Kooperation mit privaten Investoren und städtischen Eigen- und Beteiligungsgesellschaften haben die Stadt und ihre eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen in diesem Zusammenhang daher mit einer Reihe von geplanten bzw. bereits in der Realisierungsphase befindlichen Projekten und Großmaßnahmen die Grundlagen für eine kontinuierlich positiv verlaufende Stadterneuerung und attraktive Entwicklung der städtischen Lebensräume geschaffen. Außer den bereits laufenden Stadtumbauprojekten und verschiedenen Straßenbaumaßnahmen gehört hierzu - neben zahlreichen vorgesehenen Sanierungen im Schulbereich - auch der geplante Neubau der Martin-Niemöller-Gesamtschule in Schildesche mit Baubeginn im Jahr 2021.

Im Hinblick auf den Gewerbestandort Bielefeld kommt der Entwicklung von zusätzlichen Gewerbeflächen eine große Bedeutung zu. Gleiches gilt auch für die Entwicklung von Baulandflächen für die Wohnbebauung; aktuell beginnen die Planungen zur Umsetzung der Bielefelder Baulandstrategie, die in den nächsten Jahren stadtweit zu mehr Wohnraum führen soll. Entgegen dem ursprünglich angenommenen Trend sinkender Bevölkerungszahlen wächst Bielefeld stetig; Ende 2019 hatte Bielefeld mehr als 340.000 Einwohner, rd. 14.000 mehr als im Jahr 2010. Statt Schulschließungen befinden sich Schulneubauten in der Planung, Kindertagesstätten werden erweitert bzw. gebaut und ein Schwimmbad soll neu errichtet werden. Steigende Miet- und Mietnebenkostenzahlungen sind die Folge.

Das Umdenken unter dem Stichwort „Klimaschutz“ wird in den nächsten Jahren zu weiteren Aufwandssteigerungen führen. Der Rat hat am 11.07.2019 den Klimanotstand für Bielefeld erklärt. Maßnahmen und ein erforderliches Budget sind noch nicht beschlossen.

Am 14.03.2019 hat der Rat das Ziel vorgegeben, bis zum Jahr 2030 den Anteil des ÖPNV an der Gesamtmobilität auf 25 % zu erhöhen. Neben Eingriffen in den Individualverkehr sollen die ÖPNV-Angebote weiterentwickelt werden. Aus den aktuellen Planungen der Stadtwerke Bielefeld GmbH ist erkennbar, dass die Verluste der Verkehrsbetriebe moBiel GmbH weiter steigen werden. Für 2019 können sie von der SWB GmbH voraussichtlich noch aufgefangen werden. Die Stadt Bielefeld hat über die BBVG mbH die Verlustübernahme abgesichert. Allerdings ist auch hier absehbar, dass die Verluste künftig nicht mehr in voller Höhe von dort getragen werden können. Ab dem Jahr 2022 sind bereits Verlustübernahmen zur Finanzierung im Haushalt veranschlagt.

Ob und inwieweit aktuelle Initiativen zur Abschaffung von Straßenbaubeiträgen, zur Einführung kostenfreier Schulwegtickets für alle oder Auswirkungen der Grundsteuerreform bis hin zu einer Beendigung der Umlagefähigkeit der Grundsteuer auf die Mieter zu positiven oder doch eher negativen Haushaltseffekten führen, bleibt abzuwarten.

7.6 Entschuldungsstrategie

Allgemein ist festzustellen, dass die Kommunen auf der einen Seite viele wichtige Aufgaben übernehmen, die die Lebensqualität ihrer Einwohnerinnen und Einwohner steigern. Auf der

anderen Seite fehlt es an Autonomie über das Einnahmen- und Ausgabenniveau selbst bestimmen zu können. Abhängigkeiten von der Steuerverteilung zwischen Bund und Ländern und der reduzierten Weitergabe an die Kommunen im Rahmen des Gemeindefinanzausgleichs begrenzen die eigene Handlungsfähigkeit.

Auf der Ausgabenseite werden Aufgaben an die Städte und Gemeinden übertragen, oft ohne auskömmliche Finanzmittel bereitzustellen bzw. durch Spitzabrechnungen erst mit Zeitverzug für eine Deckung der dann von den Städten vorzufinanzierenden Ausgaben zu sorgen. In den vergangenen Jahren sind darüber hinaus die Soziallasten stark gestiegen.

Dies führte unter anderem verstärkt in Nordrhein-Westfalen zu einem starken Anstieg der Verschuldung. Zukünftig will der Bund die gemeindliche Ebene stärker unterstützen. Ein „Altschuldenfonds“ soll auf Landesebene aufgelegt werden und zu kommunalen Entlastungen führen. Parallel zum Schuldenabbau wäre eine Absicherung des Risikos steigender Zinsen erforderlich.

Angesichts dieser „Unwägbarkeiten“ hat der Stadtkämmerer die Bielefelder Entschuldungsstrategie „BISS 2028“ am 05.07.2019 vom Rat beschließen lassen und mit Drucksachenummer 9804/2014-2020 am 03.12.2019 aktualisiert. Basis ist eine 10-jährige Haushaltsprojektion bis zum Jahr 2028. Mit der Strategie wird ein kompletter Abbau der Liquiditätskredite innerhalb von 10 Jahren verfolgt. Das heißt, dass im Jahr 2028 die Liquiditätskredite, die im Jahr 2018 noch ein Volumen von durchschnittlich 400 Mio. € ausmachten, vollständig getilgt sein sollen. Die der Projektion aktuell zugrundeliegenden Zahlen liegen im Vergleich zur bisherigen Erwartung niedriger. Dies ist u. a. auf Zahlung von Zuschüssen an die BBVG mbH – Stichwort Verkehrsbereich – und auf Steigerungen im Personal- und Versorgungsaufwand zurückzuführen. Allerdings konnten 2018 und auch 2019 deutlich mehr Liquiditätskredite abgebaut werden als bisher angenommen. Die vollständige Rückführung der Liquiditätskredite bereits bis zum Jahr 2027 gilt zum gegenwärtigen Zeitpunkt als realistisch unter der Voraussetzung, dass weiterhin 50% der erwarteten Jahresüberschüsse zum Abbau der Liquiditätskredite eingesetzt werden. Reichen diese Maßnahmen nicht aus, sind weitere Maßnahmen zu entwickeln bzw. werden andere Verschuldungstatbestände in den Blick genommen.

Im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung werden auch die unterjährigen Ergebnisse im Hinblick auf drohende Haushaltsnotlagen analysiert. Weitergehende Risiken werden derzeit nicht gesehen.

Bielefeld, den 15.01.2020

Kaschel
Stadtkämmerer

Stadt Bielefeld
Bilanz
zum 31. Dezember 2018

	31.12.2018	31.12.2017		31.12.2018	31.12.2017
	EUR	EUR		EUR	EUR
<u>AKTIVA</u>			<u>PASSIVA</u>		
1 Anlagevermögen			1 Eigenkapital		
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	2.015.695,41	358.844,90	1.1 Allgemeine Rücklage	488.257.929,20	457.595.790,50
			1.2 Sonderrücklagen	17.814.260,80	17.814.260,80
Summe Immaterielle Vermögensgegenstände	<u>2.015.695,41</u>	<u>358.844,90</u>	1.3 Ausgleichsrücklage	1.719.346,25	0,00
1.2 Sachanlagen			1.4 Ergebnisvortrag 1)	0,00	0,00
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte			1.5 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	54.777.737,49	28.403.648,76
1.2.1.1 Grünflächen	14.869.818,36	15.070.179,84			
1.2.1.2 Ackerland	190.647,60	190.647,60	Summe Eigenkapital	<u>562.569.273,74</u>	<u>503.813.700,06</u>
1.2.1.3 Wald, Forsten	44,46	554,72	2 Sonderposten		
1.2.1.4 Sonstige unbaute Grundstücke	955.781,81	959.503,07	2.1 für Zuwendungen	273.410.215,38	278.058.131,71
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte			2.2 für Beiträge	86.177.478,58	90.337.671,25
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	0,00	0,00	2.3 für den Gebührenaussgleich	19.270.910,42	18.415.123,88
1.2.2.2 Schulen	1.045,25	1.168,22	2.4 Sonstige Sonderposten	33.067.316,98	20.594.162,04
1.2.2.3 Wohnbauten	0,00	0,00	Summe Sonderposten	<u>411.925.921,36</u>	<u>407.405.088,88</u>
1.2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	528.218,99	413.378,27	3 Rückstellungen		
1.2.3 Infrastrukturvermögen			3.1 Pensionsrückstellungen	756.069.162,00	713.704.590,00
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	225.021.020,15	224.368.851,06	3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten	38.241.194,30	40.534.639,89
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	110.987.909,77	113.038.932,19	3.3 Instandhaltungsrückstellungen	661.705,41	1.200.708,59
1.2.3.3 Geleisanlage mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	0,00	0,00	3.4 Sonstige Rückstellungen	40.365.575,63	37.365.267,64
1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	0,00	0,00	Summe Rückstellungen	<u>835.337.637,34</u>	<u>792.805.206,12</u>
1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	282.808.086,58	293.027.490,15			

Anlage 4

	31.12.2018	31.12.2017			31.12.2018	31.12.2017
	EUR	EUR			EUR	EUR
1.2.3.6	Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	28.574.850,50	29.053.237,10	4	Verbindlichkeiten	
1.2.4	Bauten auf fremden Grund und Boden	1.729.758,93	1.672.156,84	4.1	Anleihen	50.000.000,00
1.2.5	Kunstgegenstände, Kunstdenkmäler	72.407.065,62	72.403.536,15	4.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	
1.2.6	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	12.369.623,90	13.219.131,19	4.2.1	von verbundenen Unternehmen	0,00
1.2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung	25.403.755,84	24.814.592,38	4.2.2	von Beteiligungen	0,00
1.2.8	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	23.001.696,90	18.169.089,95	4.2.3	von Sondervermögen	0,00
	Summe Sachanlagen	<u>798.849.324,66</u>	<u>806.402.448,73</u>	4.2.4	vom öffentlichen Bereich	0,00
				4.2.5	von Kreditinstituten	162.744.758,57
1.3	Finanzanlagen			4.3	Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	322.952.775,24
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	635.567.513,00	635.567.513,00	4.4	Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleich kommen	0,00
1.3.2	Beteiligungen	4.121.054,67	4.107.929,67	4.5	Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	35.322.743,06
1.3.3	Sondervermögen	704.830.349,81	704.789.438,60	4.6	Verbindlichkeiten aus Transferleist.	10.396,93
1.3.4	Wertpapiere des Anlagevermögens	6.657.320,72	6.753.066,84	4.7	Sonstige Verbindlichkeiten	75.615.504,53
1.3.5	Ausleihungen			4.8	Erhaltene Anzahlungen	29.777.400,57
1.3.5.1	an verbundene Unterlehen	116.999.724,36	123.450.143,51		Summe Verbindlichkeiten	<u>676.423.578,90</u>
1.3.5.2	an Beteiligungen	24.300,00	26.100,00			<u>761.816.908,36</u>
1.3.5.3	an Sondervermögen	36.922.248,42	27.635.696,49	5	Passive Rechnungsabgrenzung	<u>29.941.240,26</u>
1.3.5.4	Sonstige Ausleihungen	6.841.371,32	7.098.194,61			<u>33.043.988,32</u>
	Summe Finanzanlagen	<u>1.511.963.882,30</u>	<u>1.509.428.082,72</u>			
	Summe Anlagevermögen	<u>2.312.828.902,37</u>	<u>2.316.189.376,35</u>			
2	Umlaufvermögen					
2.1	Vorräte					
2.1.1	Vorratsgrundstücke	0,00	0,00			
2.1.2	Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00			

Anlage 4

	31.12.2018	31.12.2017		31.12.2018	31.12.2017
	EUR	EUR		EUR	EUR
2.2					
2.2.1					
2.2.1.1	6.878.255,76	7.815.324,08			
2.2.1.2	142.847,23	442.953,83			
2.2.1.3	23.004.109,60	11.787.501,69			
2.2.1.4	20.929.799,99	8.543.830,00			
2.2.1.5					
2.2.2					
2.2.2.1	3.086.247,71	2.273.345,25			
2.2.2.2	198.082,71	439.722,94			
2.2.2.3	24.206.112,69	24.206.279,07			
2.2.2.4	72.100,97	24.834,63			
2.2.2.5	8.795.491,22	11.825.537,95			
2.2.3	9.937.580,38	11.327.970,02			
2.3	0,00	0,00			
2.4	18.751.075,25	16.707.085,13			
Summe Umlaufvermögen	<u>143.840.622,81</u>	<u>121.220.253,99</u>			
3	<u>59.528.126,42</u>	<u>61.475.261,40</u>			
4					
	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>			
Summe Aktiva:	<u>2.516.197.651,60</u>	<u>2.498.884.891,74</u>	Summe Passiva:	<u>2.516.197.651,60</u>	<u>2.498.884.891,74</u>

1) S. Erläuterungen im Anhang. Ergebnisvorträge wurden bei der Allgemeinen Rücklage berücksichtigt.

Stadt Bielefeld

NKF-Gesamt-Ergebnisrechnung P102-01 (301)

Selektionsdatum: 05.09.2019 / 13:55:50 / BI000966

Objekt/Gruppe 11 Stadt Bielefeld
 PSP-Element/Gruppe *
 verantwortlich

Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	fortg.Ans. 2018	Ist-Erg. 2018	Vergl. Ans./Ist	EÜ Folgejahr
1 Steuern und ähnliche Abgaben	-517.414.177,33	-497.709.404,00	-497.709.404,00	-535.815.553,28	-38.106.149,28	0,00
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-330.523.811,29	-359.368.284,19	-359.651.639,76	-344.079.083,11	15.572.556,65	0,00
3 + Sonstige Transfererträge	-12.435.163,36	-31.460.554,00	-31.460.554,00	-13.994.263,16	17.466.290,84	0,00
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentg	-164.639.774,54	-167.832.538,80	-167.925.538,80	-170.637.806,76	-2.712.267,96	0,00
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	-6.138.984,41	-5.449.789,00	-5.449.789,00	-6.002.662,09	-552.873,09	0,00
6 + Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-167.972.522,50	-151.291.542,00	-151.710.700,00	-158.934.664,68	-7.223.964,68	0,00
7 + Sonstige ordentliche Erträge	-45.893.185,29	-60.576.891,45	-60.577.285,20	-82.811.982,48	-22.234.697,28	0,00
8 + Aktivierte Eigenleistungen	-774.813,80	-898.950,00	-898.950,00	-657.747,43	241.202,57	0,00
9 +/- Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
* 10 = Ordentliche Erträge	-1.245.792.432,52	-1.274.587.953,44	-1.275.383.860,76	-1.312.933.762,99	-37.549.902,23	0,00
11 - Personalaufwendungen	208.623.095,67	235.305.410,81	236.756.561,81	232.809.952,05	-3.946.609,76	0,00
12 - Versorgungsaufwendungen	26.636.710,95	40.964.771,00	40.964.771,00	48.738.672,61	7.773.901,61	0,00
13 - Aufwend. f.Sach- u.Dienstleistungen	203.525.480,68	224.658.877,00	223.184.244,24	211.495.536,67	-11.688.707,57	-3.888.404,00
14 - Bilanzielle Abschreibungen	28.522.096,92	29.577.483,95	29.783.560,82	31.998.008,24	2.214.447,42	-324.799,73
15 - Transferaufwendungen	599.188.609,22	651.685.047,18	652.368.681,87	603.843.605,47	-48.525.076,40	-479.302,71
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	166.222.341,65	144.717.417,94	145.855.430,61	147.663.905,69	1.808.475,08	-582.075,00
* 17 = Ordentliche Aufwendungen	1.232.718.335,09	1.326.909.007,88	1.328.913.250,35	1.276.549.680,73	-52.363.569,62	-5.274.581,44
** 18 = Ergebnis lfd. Verwaltungstätigkeit						
* (= Zeilen 10 und 17)	-13.074.097,43	52.321.054,44	53.529.389,59	-36.384.082,26	-89.913.471,85	-5.274.581,44
19 + Finanzerträge	-27.306.684,60	-27.297.094,00	-27.297.094,00	-28.303.419,02	-1.006.325,02	0,00
20 - Zinsen u. sonst. Finanzaufwendungen	11.977.133,27	17.070.976,00	17.070.976,00	9.909.763,79	-7.161.212,21	0,00
* 21 = Finanzergebnis						
(= Zeilen 19 und 20)	-15.329.551,33	-10.226.118,00	-10.226.118,00	-18.393.655,23	-8.167.537,23	0,00
*** 22 = Ordentliches Ergebnis						
* (Zeilen 18 und 21)	-28.403.648,76	42.094.936,44	43.303.271,59	-54.777.737,49	-98.081.009,08	-5.274.581,44
23 + Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24 - Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
* 25 = Außerordentliches Ergebnis						
* (Zeilen 23 und 24)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
**** 26 = Jahresergebnis						
* (Zeilen 22 und 25)	-28.403.648,76	42.094.936,44	43.303.271,59	-54.777.737,49	-98.081.009,08	-5.274.581,44
Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeinen Rücklage						
27 Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28 Verrechnete Erträge bei Finanzanlagen	-63.937.102,26	0,00	0,00	-67,99	-67,99	0,00
29 Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30 Verrechnete Aufwendungen bei Finanzanlagen	1.381.966,73	0,00	0,00	1.320.001,00	1.320.001,00	
31 Verrechnungssaldo (Zeilen 27 bis 30)	-62.555.135,53	0,00	0,00	1.319.933,01	1.319.933,01	0,00

Erläuterung: Erm. -Üb. Folgejahr nur nachrichtlich!

Finanzstelle/-Gruppe F0

Finanzstellenhierarchie

Ein- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	fortg.Ans. 2018	Ist-Erg. 2018	Vergl. Ans./Ist	EÜ Folgejahr
1 Steuern und ähnliche Abgaben	517.985.182,67	497.709.404,00	497.709.404,00	525.356.117,74	27.646.713,74	
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	323.294.014,13	336.115.071,00	336.267.965,00	321.281.066,01	-14.986.898,99	
3 + Sonstige Transfereinzahlungen	12.860.878,77	31.460.554,00	31.460.554,00	12.855.964,40	-18.604.589,60	
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentg	164.182.158,81	159.172.610,00	159.265.610,00	166.969.327,90	7.703.717,90	
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	6.186.773,06	5.449.789,00	5.449.789,00	6.269.309,46	819.520,46	
6 + Kostenerstattungen, Kostenumlagen	164.040.568,39	151.291.542,00	151.710.700,00	155.332.653,59	3.621.953,59	
7 + Sonstige Einzahlungen	41.429.031,95	40.297.547,00	40.297.547,00	80.808.238,65	40.510.691,65	
8 + Zinsen und sonst.Finanzinzahlungen	27.328.272,64	27.297.094,00	27.297.094,00	28.220.938,54	923.844,54	
* 9 = Einzahlungen lfd. Verwaltungstätigk	1257.306.880,42	1248.793.611,00	1249.458.663,00	1297.093.616,29	47.634.953,29	
10 - Personalauszahlungen	-182.214.660,47	-204.084.309,02	-205.535.460,02	-193.900.517,70	11.634.942,32	
11 - Versorgungsauszahlungen	-33.104.602,48	-33.086.171,00	-33.086.171,00	-34.911.300,44	-1.825.129,44	
12 - Auszahl. f. Sach- u.Dienstleistung	-211.404.415,32	-227.187.051,00	-225.712.418,24	-207.890.594,64	17.821.823,60	3.888.404,00
13 - Zinsen und sonst.Finanzauszahlungen	-11.840.871,96	-17.070.976,00	-17.070.976,00	-10.482.403,46	6.588.572,54	
14 - Transferauszahlungen	-593.373.763,21	-647.173.830,00	-647.764.612,00	-602.711.620,55	45.052.991,45	475.390,00
15 - Sonstige Auszahlungen	-155.235.346,02	-136.520.435,00	-137.519.556,67	-134.305.036,12	3.214.520,55	
* 16 = Auszahlungen lfd. Verwaltungstätigk	-1187173.659,46	-1265122.772,02	-1266689.193,93	-1184201.472,91	82.487.721,02	4.363.794,00
** 17 = Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	70.133.220,96	-16.329.161,02	-17.230.530,93	112.892.143,38	130.122.674,31	4.363.794,00
* (= Zeilen 9 und 16)						
18 + Zuwendungen f.Investitionsmaßnahmen	20.332.492,92	37.171.219,00	38.144.592,00	22.708.398,72	-15.436.193,28	
19 + Einzahl. Veräußerung v. Sachanlagen	320.643,39	30.500,00	35.551,00	364.117,04	328.566,04	
20 + Einzahl. Veräußerung v. Finanzanlag						
21 + Einzahl. a. Beiträg. u.ä. Entgelten	1.202.653,13	2.351.000,00	2.351.000,00	816.666,90	-1.534.333,10	
22 + Sonstige Investitionseinzahlungen	30.424.200,09	15.288.809,00	15.288.809,00	10.050.435,52	-5.238.373,48	
* 23 = Einzahlung. a.Investitionstätigkeit	52.279.989,53	54.841.528,00	55.819.952,00	33.939.618,18	-21.880.333,82	
24 - Ausz. Erwerb v. Grundst. u.Gebäuden	-524.407,57	-100.000,00	-235.836,00	-288.615,65	-52.779,65	253.642,00
25 - Auszahlungen für Baumaßnahmen	-9.154.336,03	-17.740.400,00	-17.224.079,00	-10.440.781,44	6.783.297,56	9.093.868,00
26 - Ausz. Erwerb v.bewegl. Anlageverm.	-5.990.931,67	-16.197.243,00	-12.039.099,00	-8.943.404,50	3.095.694,50	9.343.265,00
27 - Ausz. f.d. Erwerb von Finanzanlagen	-5.456.455,94	-13.396.204,00	-15.331.895,00	-14.765.863,41	566.031,59	11.977.598,00
28 - Ausz. von aktivierbaren Zuwendungen	-2.671.317,54	-15.498.038,00	-16.487.553,00	-4.212.166,92	12.275.386,08	3.378.246,00
29 - Sonstige Investitionsauszahlungen	-1.405.405,40	-74.317.905,00	-74.317.905,00	-3.340.405,40	70.977.499,60	
* 30 = Auszahlung. a.Investitionstätigkeit	-25.202.854,15	-137.249.790,00	-135.636.367,00	-41.991.237,32	93.645.129,68	34.046.619,00
** 31 = Saldo aus Investitionstätigkeit	27.077.135,38	-82.408.262,00	-79.816.415,00	-8.051.619,14	71.764.795,86	34.046.619,00
* (= Zeilen 23 und 30)						
*** 32 = Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag	97.210.356,34	-98.737.423,02	-97.046.945,93	104.840.524,24	201.887.470,17	38.410.413,00
* (= Zeilen 17 und 31)						
33 + Aufnahme und Rückflüsse von Darlehn	15.718.703,78	94.622.528,00	94.622.528,00	29.595.028,00	-65.027.500,00	-10.410.028,00
34 + Aufn. v.Krediten z.Liquiditätssich.	1331.031.908,33			920.126.412,20	920.126.412,20	
35 - Tilgung und Gewährung von Darlehn	-41.931.609,99	-12.886.925,00	-12.886.925,00	-38.030.907,95	-25.143.982,95	
36 - Tilg. v.Krediten z.Liquiditätssich.	-1389251.176,74			-1014442.868,05	-1014442.868,05	
* 37 = Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-84.432.174,62	81.735.603,00	81.735.603,00	-102.752.335,80	-184.487.938,80	-10.410.028,00
**** 38 = Änderung Bestand eigene Finanzmitt.	12.778.181,72	-17.001.820,02	-15.311.342,93	2.088.188,44	17.399.531,37	28.000.385,00
* (= Zeilen 32 und 37)						
39 + Anfangsbestand an Finanzmitteln	7.047.701,43			16.707.085,13	16.707.085,13	
40 + Änderung Bestand fremde Finanzmitt.	-3.051.517,79			-113.556,06	-113.556,06	
***** 41 = Liquide Mittel	16.774.365,36	-17.001.820,02	-15.311.342,93	18.681.717,51	33.993.060,44	28.000.385,00
* (= Zeilen 38, 39 und 40)						

Erläuterung: Erm.-Üb. Folgejahr nur nachrichtlich!

Stellenplan und Stellenübersichten

Stellenplan 2020/2021

I. Stellenplan

1. Kernverwaltung
 - 1.1 Beamtinnen/Beamte
 - 1.2 Tariflich Beschäftigte (TB)
 - 1.2.1 nach Entgeltgruppen
 - 1.2.2 im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE)
2. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Beamtinnen/Beamte
3. Sonstige Stellen

II. Stellenübersichten

1. Aufteilung nach der Gliederung des Haushaltsplanes
 - 1.1 Beamtinnen/Beamte
 - 1.2 Tariflich Beschäftigte
 - 1.2.1 nach Entgeltgruppen
 - 1.2.2 im Sozial- und Erziehungsdienst
2. Nachwuchskräfte und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte

III. Stellen in den eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen

IV. Zusammenfassung und Erläuterungen

I. STELLENPLAN

1. Kernverwaltung

1.1 Beamtinnen/Beamte

Wahlbeamte und Laufbahngruppen	Besoldungsgruppe	Zahl der Stellen 2021	Zahl der Stellen 2020	Zahl der Stellen 2019	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2019	Erläuterungen	
Wahlbeamte	B 10	1,0	1,0	1,0	1,0	--	--
	B 6	2,0	2,0	2,0	2,0	--	--
	B 5	3,0	3,0	3,0	3,0	--	--
Laufbahngruppe 2 zweites Einstiegsamt	B 2	3,0	3,0	4,0	4,0	--	--
	A 16	11,0	11,0	9,0	9,0	--	--
	A 15	24,1	24,1	22,6	21,6	--	--
	A 14	49,6	49,6	48,0	45,0	--	--
	A 13	15,7	15,7	16,0	15,0	--	2 ku
Laufbahngruppe 2 erstes Einstiegsamt	A 13	47,2	47,2	41,5	41,5	--	--
	A 12	134,2	134,2	121,1	118,1	--	--
	A 11	188,8	188,8	197,8	190,3	--	--
	A 10	230,7	233,7	229,0	213,1	8 kw	--
	A 9	14,0	14,0	12,0	7,0	1 kw	--
Laufbahngruppe 1 zweites Einstiegsamt	A 9	219,2	212,7	202,4	183,4	2 kw	4 ku
	A 8	293,0	293,0	278,4	258,8	1 kw	1 ku
	A 7	121,7	121,7	144,0	126,6	5 kw	1 ku
	A 6	7,5	7,5	10,0	10,0	--	--
insgesamt:		1.365,7	1.362,2	1.341,8	1.249,4	17 kw	8 ku

1.2. Tariflich Beschäftigte

1.2.1 Tariflich Beschäftigte (nach Entgeltgruppen)

Entgeltgruppe	Zahl der Stellen 2021	Zahl der Stellen 2020	Zahl der Stellen 2019	Zahl der tatsächl. besetzten Stellen am 30.06.2019	Erläuterungen	
b. R.	70,0	70,0	70,0	49,0	--	--
E 15	17,1	17,1	17,1	12,5	--	--
E 14	24,3	24,3	23,3	23,3	--	--
E 13	45,2	44,2	44,1	42,9	--	--
E 12	92,2	92,7	77,7	72,7	8 kw	1 ku
E 11	107,9	107,4	95,0	89,0	10 kw	3 ku
E 10	52,7	52,7	52,7	49,7	2 kw	--
E 9c	60,2	60,2	56,1	52,1	2 kw	--
E 9b	89,1	89,1	88,1	85,9	2 kw	--
E 9a	68,0	68,0	61,8	58,0	4 kw	--
E 8	114,2	114,2	116,8	115,1	--	--
E 7	64,7	64,7	65,1	64,4	--	--
E 6	99,3	99,4	93,4	88,0	1 kw	--
E 5	45,0	45,0	45,4	40,4	--	--
E 4	12,9	12,9	6,7	6,2	--	--
E 3	120,5	69,5	20,5	18,5	--	--
E 2	30,0	30,0	21,5	21,5	--	--
E 1	0,2	0,2	0,2	0,2	--	--
E N	10,0	10,0			--	--
insgesamt:	1.123,5	1.071,6	955,5	889,4	29 kw	4 ku

1.2.2 Tariflich Beschäftigte Sozial- und Erziehungsdienst

Entgeltgruppe	Zahl der Stellen 2021	Zahl der Stellen 2020	Zahl der Stellen 2019	Zahl der tatsächl. besetzten Stellen am 30.06.2019	Erläuterungen	
S 18	1,0	1,0	1,0	1,0	--	--
S 17	13,8	13,8	12,3	12,3	--	--
S 16	10,0	10,0	9,0	9,0	--	--
S 15	26,0	26,0	27,0	25,0	--	--
S 14	81,5	81,5	79,5	74,8	--	--
S 13	35,9	35,9	36,9	36,9	--	--
S 12	69,3	71,7	71,8	69,0	5 kw	--
S 11 b	40,7	40,7	39,5	34,0	2 kw	--
S 9	46,5	46,5	41,0	32,0	--	--
S 8b	37,5	37,5	24,5	23,0	5 kw	--
S 8a	274,1	274,1	275,2	263,0	--	--
S 3	93,8	93,8	93,5	67,1	--	--
insgesamt:	730,1	732,5	711,2	647,1	12 kw	--

2. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Beamtinnen/Beamte

Laufbahngruppen	Besol- dungs- gruppe	Zahl der Stellen 2021	Zahl der Stellen 2020	Zahl der Stellen 2019	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2019	Erläuterungen	
1. 230 - Immobilienservicebetrieb							
Laufbahngruppe 2 zweites Einstiegsamt	A 16	2,0	2,0	2,0	2,0	--	--
	A 15	2,0	2,0	2,0	1,0	--	--
Laufbahngruppe 2 erstes Einstiegsamt	A 13	5,0	5,0	6,0	5,0	--	--
	A 12	11,0	11,0	10,0	9,0	--	--
	A 11	5,2	5,2	7,2	7,2	--	--
	A 10	11,7	11,7	10,7	9,7	--	--
Laufbahngruppe 1 zweites Einstiegsamt	A 9	3,0	3,0	5,0	3,0	--	--
	A 8	6,1	6,1	7,1	7,1	--	--
	A 7	4,3	4,3	4,8	4,3	--	--
insgesamt		50,3	50,3	54,8	48,3	--	--
2. 450 - Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld							
Laufbahngruppe 2 zweites Einstiegsamt	A 16	1,0	1,0	1,0	1,0	--	--
Laufbahngruppe 2 erstes Einstiegsamt	A 12	2,0	2,0	2,0	2,0	--	--
	A 11	1,0	1,0	1,0	1,0	--	--
	A 10	1,0	1,0	1,0	1,0	--	--
Laufbahngruppe 1 zweites Einstiegsamt	A 9	1,0	1,0	1,0	1,0	--	--
	A 8	0,5	0,5	0,5	0,5	--	--
	A 7	0,5	0,5	0,5	0,5	--	--
insgesamt		7,0	7,0	7,0	7,0	--	--

Laufbahngruppen	Besoldungsgruppe	Zahl der Stellen 2021	Zahl der Stellen 2020	Zahl der Stellen 2019	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2019	Erläuterungen	
3. 700 - Umweltbetrieb							
Laufbahngruppe 2 zweites Einstiegsamt	B 2	1,0	1,0	1,0	1,0	--	--
	A 16	2,0	2,0	2,0	2,0	--	--
	A 15	2,0	2,0	2,0	2,0	--	--
	A 14	3,0	3,0	3,0	3,0	--	--
	A 13	1,0	1,0	1,0	--	--	--
Laufbahngruppe 2 erstes Einstiegsamt	A 13	5,0	5,0	5,0	5,0	--	--
	A 12	9,9	9,9	10,0	10,0	--	2 ku
	A 11	9,8	9,8	9,9	8,9	--	--
	A 10	2,0	2,0	1,8	1,8	--	--
Laufbahngruppe 1 zweites Einstiegsamt	A 9	3,0	3,0	3,0	3,0	--	--
	A 8	2,5	2,5	2,5	2,5	--	1 ku
	A 7	5,6	5,6	5,6	5,6	--	--
insgesamt		46,8	46,8	46,8	44,8	--	3 ku

3. Sonstige Stellen

(Stellen für beurlaubte, abgeordnete oder zugewiesene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei anderen Gesellschaften/Trägern und Stellen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die für überörtliche Aufgaben gegen Kostenerstattung eingesetzt werden)

Laufbahngruppen	Besoldungsgruppe	Zahl der Stellen 2021	Zahl der Stellen 2020	Zahl der Stellen 2019		Entgeltgruppe	Zahl der Stellen 2021	Zahl der Stellen 2020	Zahl der Stellen 2019
1. Regionale Personalentwicklungsgesellschaft mbH									
						<u>Tariflich Beschäftigte</u>			
						E 13	1,0	1,0	1,0
							1,0	1,0	1,0
2. Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft Bielefeld mbH									
<u>Beamtinnen/Beamte</u>						<u>Tariflich Beschäftigte</u>			
Laufbahngruppe 2 erstes Einstiegsamt	A 12 A 10			--		E 7			
		1,0	1,0	1,0			1,0	1,0	1,0
		1,0	1,0	1,0			1,0	1,0	1,0
3. Bielefeld Marketing GmbH									
<u>Beamtinnen/Beamte</u>									
Laufbahngruppe 2 erstes Einstiegsamt	A 11								
		1,0	1,0	1,0					
		1,0	1,0	1,0					
4. Sennestadt GmbH									
<u>Beamtinnen/Beamte</u>						<u>Tariflich Beschäftigte</u>			
Laufbahngruppe 2 zweites Einstiegsamt	A 13					E 10			
		1,0	1,0	1,0			1,0	1,0	1,0
		1,0	1,0	1,0			1,0	1,0	1,0
5. Städt. Kliniken Bielefeld gem. GmbH									
<u>Beamtinnen/Beamte</u>						<u>Tariflich Beschäftigte</u>			
Laufbahngruppe 2 zweites Einstiegsamt	A 14			--		S 11b			
							1,0	1,0	1,0
Laufbahngruppe 2 erstes Einstiegsamt	A 11 A 10						1,0	1,0	1,0
		2,0	2,0	2,0					
		1,0	1,0	1,0					
Laufbahngruppe 1 zweites Einstiegsamt	A 9 A 8								
		1,0	1,0	1,0					
				--					
		4,0	4,0	4,0					
Übertrag		7,0	7,0	7,0			4,0	4,0	4,0

Anlage 5

Laufbahngruppen	Besoldungs- gruppe	Zahl der Stellen 2021	Zahl der Stellen 2020	Zahl der Stellen 2019		Entgelt- gruppe	Zahl der Stellen 2021	Zahl der Stellen 2020	Zahl der Stellen 2019
Übertrag		7,0	7,0	7,0			4,0	4,0	4,0
6. Kunstgewerbesammlung der Stadt Bielefeld/Stiftung Huelsmann									
Beamtinnen/Beamte						Tariflich Beschäftigte			
Laufbahngruppe 1 zweites Einstiegsamt	A 8	0,5	0,5	0,5		E 14	1,0	1,0	1,0
		0,5	0,5	0,5		E 13	1,0	1,0	1,0
						E 12	0,5	0,5	0,5
						E 11	1,0	1,0	1,0
							3,5	3,5	3,5
7. Krematorium Bielefeld Betriebs-GmbH									
Beamtinnen/Beamte									
Laufbahngruppe 1 zweites Einstiegsamt	A 9	1,0	1,0	1,0					
		1,0	1,0	1,0					
8. Kunsthalle Bielefeld, Gemeinnützige Betriebsgesellschaft mbH									
						Tariflich Beschäftigte			
						E 14	1,0	1,0	1,0
							1,0	1,0	1,0
9. Bielefelder Beteiligungs- und Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH									
						Tariflich Beschäftigte			
						E 11	0,5	0,5	0,5
							0,5	0,5	0,5
10. Anstalt Bethel									
						Tariflich Beschäftigte			
						S 12	1,5	1,5	1,5
							1,5	1,5	1,5
11. Freizeit- und Bürgerzentren Bielefeld gGmbH									
Beamtinnen/Beamte						Tariflich Beschäftigte			
Laufbahngruppe 1 zweites Einstiegsamt	A 7	0,8	0,8	0,8		S 17	1,5	1,5	1,5
		0,8	0,8	0,8		S 11b	1,5	1,5	1,5
							3,0	3,0	3,0
12. Stadtwerke Bielefeld GmbH									
Beamtinnen/Beamte									
Laufbahngruppe 2 erstes Einstiegsamt	A 12	2,0	2,0	2,0					
		A 10	2,0	2,0	2,0				
			4,0	4,0	4,0				
Übertrag		13,3	13,3	13,3			13,5	13,5	13,5

Anlage 5

Laufbahngruppen	Besoldungsgruppe	Zahl der Stellen 2021	Zahl der Stellen 2020	Zahl der Stellen 2019		Entgeltgruppe	Zahl der Stellen 2021	Zahl der Stellen 2020	Zahl der Stellen 2019
Übertrag		13,3	13,3	13,3			13,5	13,5	13,5
13. AöR Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Ostwestfalen-Lippe									
						Tariflich Beschäftigte			
						E 13	1,0	1,0	1,0
						E 11	1,5	1,5	1,5
						E 10	0,5	0,5	0,5
						E 9b	3,0	3,0	3,0
						E 9a	9,2	9,2	9,2
						E 8			--
						E 5	0,8	0,8	0,8
							16,0	16,0	16,0
insgesamt		13,3	13,3	13,3			29,5	29,5	29,5

14. Tariflich Beschäftigte insgesamt (Sonstige Stellen ohne ZAB und Jobcenter Arbeitsplatz)

Entgeltgruppe	Zahl der Stellen 2021	Zahl der Stellen 2020	Zahl der Stellen 2019
E 15	--	--	--
E 14	2,0	2,0	2,0
E 13	3,0	3,0	3,0
E 12	0,5	0,5	0,5
E 11	3,0	3,0	3,0
E 10	1,5	1,5	1,5
E 9c	--	--	--
E 9b	3,0	3,0	3,0
E 9a	9,2	9,2	9,2
E 8	--	--	--
E 7	1,0	1,0	1,0
E 6	--	--	--
E 5	0,8	0,8	0,8
E 4	--	--	--
E 3	--	--	--
E 2	--	--	--
E 1	--	--	--
insgesamt:	24,0	24,0	24,0

Entgeltgruppe (SuE)	Zahl der Stellen 2021	Zahl der Stellen 2020	Zahl der Stellen 2019
S 17	1,5	1,5	1,5
S 12	1,5	1,5	1,5
S 11 b	2,5	2,5	2,5
insgesamt:	5,5	5,5	5,5

Entgeltgruppe gesamt	Zahl der Stellen 2021	Zahl der Stellen 2020	Zahl der Stellen 2019
insgesamt:	29,5	29,5	29,5

Laufbahngruppen	Besoldungsgruppe	Zahl der Stellen 2021	Zahl der Stellen 2020	Zahl der Stellen 2019		Entgeltgruppe	Zahl der Stellen 2021	Zahl der Stellen 2020	Zahl der Stellen 2019
15. Jobcenter Arbeitplus Bielefeld									
Beamtinnen/Beamte					Tariflich Beschäftigte				
					b.R.				
					1,0				
					1,0				
					1,0				
					1,0				
					10,0				
					82,0				
					1,0				
					0,9				
					5,0				
					2,8				
					104,7				
Laufbahngruppe 2 erstes Einstiegsamt		A 13	1,0	1,0	1,0	E 14	1,0	1,0	1,0
		A 12	3,0	3,0	3,0	E 11	1,0	1,0	1,0
		A 11	5,0	5,0	5,0	E 10	10,0	10,0	10,0
		A 10	20,7	20,7	20,7	E 9c	82,0	82,0	82,0
						E 9b	1,0	1,0	1,0
						E 9a	0,9	0,9	0,9
						E 8	5,0	5,0	5,0
Laufbahngruppe 1 zweites Einstiegsamt		A 8	1,0	1,0	1,0	E 7	2,8	2,8	2,8
		A 7	1,0	1,0	1,0				
		A 6	2,0	2,0	2,0				
			33,7	33,7	33,7				
Beamtinnen/Beamte und Tarifl. Beschäftigte insgesamt			138,4	138,4	138,4				

16. Zentrale Ausländerbehörde (ZAB)

Wahlbeamte und Laufbahngruppen	Besol- dungs- gruppe	Zahl der Stellen 2021	Zahl der Stellen 2020	Zahl der Stellen 2019	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2019	Erläuterungen	
<u>Beamtinnen/Beamte</u>							
<u>Laufbahngruppe 2</u> zweites Einstiegsamt	A 15	1,0	1,0	1,0	1,0	--	--
Laufbahngruppe 2 erstes Einstiegsamt	A 12	2,0	2,0	2,0	2,0	--	--
	A 11	9,0	9,0	10,0	9,0	--	--
	A 10	16,0	16,0	15,0	15,0	--	--
Laufbahngruppe 1 zweites Einstiegsamt	A 9	6,0	6,0	6,0	6,0	--	--
	A 8	11,0	11,0	11,0	11,0	--	--
	A 7	18,0	18,0	16,0	15,0	2 kw	--
	A 6	6,0	6,0	6,0	6,0	--	--
		69,0	69,0	67,0	65,0	--	--
	Entgeltgruppe	Zahl der Stellen 2021	Zahl der Stellen 2020	Zahl der Stellen 2019	Zahl der tatsächl. besetzten Stellen am 30.06.2019	Erläuterungen	
<u>Tariflich Beschäftigte</u>							
	E 12	1,0	1,0	1,0	1,0	--	--
	E 11	3,0	3,0	3,0	3,0	--	--
	E 10	2,0	2,0	2,0	2,0	--	--
	E 9c	14,0	14,0	11,0	9,0	--	--
	E 9a	3,0	3,0	3,0	3,0	--	--
	E 8	12,0	12,0	9,0	9,0	--	--
	E 7	6,0	6,0	6,0	6,0	--	--
	E 6	16,0	16,0	13,0	12,0	--	1 ku
	E 5	2,0	2,0	2,0	1,0	--	--
		59,0	59,0	50,0	46,0	--	--
Beamtinnen/Beamte u. Tarifl. Beschäftigte		128,0	128,0	117,0	111,0	2 kw	1 ku

II. Stellenübersichten 2020/2021**1. Aufteilung nach der Gliederung des Haushaltsplanes****1.1 Beamtinnen/Beamte**

Produktbereich	Bezeichnung nach Gliederungsplan	Wahlbeamte			Laufbahngruppe 2									Laufbahngruppe 1					Erläuterungen		
		B 10	B 6	B 5	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 Ea1	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 Ea2	A 8	A 7	A 6		A 5	
01	094 Stab Dezernat 4 Innere Verwaltung							2,0													
								2,0													
01	095 Stab Dezernat 5 Innere Verwaltung							2,0	1,0												
								2,0	1,0												
01	100 Amt für Organisation, IT und Zentrale Leistungen Innere Verwaltung					1,0	1,0	4,0	2,0	6,8	34,0	7,0				4,4	0,5				
						1,0	1,0	4,0	2,0	6,8	34,0	7,0				4,4	0,5				
-	110 Amt für Personal Stellen für Beamtinnen und Beamte in der Probezeit													5,0					0,5		
01	Innere Verwaltung					1,0	1,0	2,0	3,0	2,0	7,0	14,9	12,7		1,0	9,9			2,5		
						1,0	1,0	2,0	3,0	2,0	7,0	14,9	12,7	5,0	1,0	9,9					
01	111 Personalrat Innere Verwaltung							1,0		0,9	0,9								0,6		
								1,0		0,9	0,9								0,6		
01	130 Presseamt/Statistikstelle Innere Verwaltung							0,7				1,0	0,7		0,8						
								0,7				1,0	0,7		0,8						
01	140 Rechnungsprüfungsamt Innere Verwaltung					1,0				1,0	3,0	0,6				1,0					
						1,0				1,0	3,0	0,6				1,0					
02	150 Bürgeramt Sicherheit und Ordnung					1,0				3,0	4,0	11,0	23,5		9,1	67,7					
						1,0				3,0	4,0	11,0	23,5		9,1	67,7					
01	161 Bezirksamt Brackwede Innere Verwaltung									1,0	1,0	1,7				2,2					
02	Sicherheit und Ordnung											1,0	1,0		1,0						
										1,0	1,0	2,7	1,0		1,0	2,2					
01	162 Bezirksamt Heepen Innere Verwaltung									1,0	1,0	2,0	1,0						0,9		
02	Sicherheit und Ordnung											1,0			1,0						
										1,0	1,0	3,0	1,0		1,0				0,9		

II. Stellenübersichten 2020/2021

1. Aufteilung nach der Gliederung des Haushaltsplanes

1.1 Beamtinnen/Beamte

Produktbereich	Bezeichnung nach Gliederungsplan	Wahlbeamte			Laufbahngruppe 2									Laufbahngruppe 1					Erläuterungen
		B 10	B 6	B 5	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 Ea1	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 Ea2	A 8	A 7	A 6	
	163 <u>Bezirksamt Sennestadt</u>																		
01	Innere Verwaltung										1,0					0,9	0,6		
02	Sicherheit und Ordnung											1,2							
	164 <u>Bezirksamt Senne</u>										1,0	1,2			0,9	0,6			
01	Innere Verwaltung							1,0			1,0	2,0							
02	Sicherheit und Ordnung															0,5			
	166 <u>Bezirksamt Jöllenbeck</u>									1,0		1,0	2,0				0,5		
01	Innere Verwaltung									1,0							0,6		
02	Sicherheit und Ordnung											1,0							
	170 <u>Kommunales Intergrationszentrum</u>									1,0		1,0				0,5			
01	Innere Verwaltung									1,0		1,0				0,5			
	200 <u>Amt für Finanzen</u>																		
01	Innere Verwaltung				1,0		1,0	3,0	1,0	2,0	9,0	14,7	8,5		9,2	38,3	14,5		
	210 <u>Konzerncontrolling und steuerliche Angelegenheiten</u>																		
01	Innere Verwaltung				1,0		1,0	3,0	1,0	2,0	9,0	14,7	8,5		9,2	38,3	14,5		
	300 <u>Rechtsamt</u>																		
01	Innere Verwaltung					1,0	4,8		1,7			1,0	1,5				0,5		
	320 <u>Ordnungsamt</u>																		
02	Sicherheit und Ordnung						1,0	1,0		2,0	6,0	6,7	14,5	9,0	19,0	31,1	25,3		
	360 <u>Umweltamt</u>																		
13	Natur- und Landschaftspflege					1,0		2,0		2,0	3,0	9,1	3,7		2,0	1,0	0,5		
14	Umweltschutz									1,0	1,0								
	370 <u>Feuerwehramt</u>																		
02	Sicherheit und Ordnung					1,0	1,0	4,0		3,0	11,9	12,6	36,0		154,5	91,0	54,0		
						1,0	1,0	4,0		3,0	11,9	12,6	36,0		154,5	91,0	54,0		

II. Stellenübersichten 2020/2021

1. Aufteilung nach der Gliederung des Haushaltsplanes

1.1 Beamtinnen/Beamte

Produktbereich	Bezeichnung nach Gliederungsplan	Wahlbeamte			Laufbahngruppe 2									Laufbahngruppe 1					Erläuterungen
		B 10	B 6	B 5	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 Ea1	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 Ea2	A 8	A 7	A 6	
03	<u>400 Amt für Schule</u> Schulträgeraufgaben					1,0	1,0		1,0	1,0	4,0	5,8	6,9		2,7	5,5	2,5	1,0	
					1,0	1,0		1,0	1,0	4,0	5,8	6,9		2,7	5,5	2,5	1,0		
04	<u>410 Kulturamt</u> Kultur und Wissenschaft									0,9	1,0			0,9	0,5				
										0,9	1,0			0,9	0,5				
04	<u>420 Stadtbibliothek</u> Kultur und Wissenschaft						1,0				1,0					1,0			
							1,0				1,0					1,0			
04	<u>430 Stadtarchiv und Landesgeschichtliche Bibliothek</u> Kultur und Wissenschaft											1,0							
												1,0							
04	<u>460 Volkshochschule</u> Kultur und Wissenschaft					1,0							1,0	1,4				1,5	
						1,0							1,0	1,4				1,5	
04	<u>470 Musik- und Kunstschule</u> Kultur und Wissenschaft										1,0								
											1,0								
04	<u>480 Historisches Museum</u> Kultur und Wissenschaft						1,0								0,6				
							1,0								0,6				
04	<u>490 Naturkundemuseum</u> Kultur und Wissenschaft													0,5					
														0,5					
05	<u>500 Amt für soziale Leistungen - Sozialamt - Soziale Leistungen</u>						1,0	2,0		1,0	6,0	29,8	72,7		11,3	14,3	10,9	0,3	
							1,0	2,0		1,0	6,0	29,8	72,7		11,3	14,3	10,9	0,3	
06	<u>510 Amt für Jugend und Familie - Jugendamt - Kinder-, Jugend und Familienhilfe</u>						1,0	2,0		3,0	2,0	17,2	13,5		1,7	17,8	5,0	0,2	
							1,0	2,0		3,0	2,0	17,2	13,5		1,7	17,8	5,0	0,2	
08	<u>520 Sportamt</u> Sportförderung									1,0	1,0	1,0							
										1,0	1,0	1,0							

II. Stellenübersichten 2020/2021

1. Aufteilung nach der Gliederung des Haushaltsplanes

1.1 Beamtinnen/Beamte

Produktbereich	Bezeichnung nach Gliederungsplan	Wahlbeamte			Laufbahngruppe 2									Laufbahngruppe 1					Erläuterungen	
		B 10	B 6	B 5	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 Ea1	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 Ea2	A 8	A 7	A 6		A 5
	<u>9004 Sennestadt GmbH</u>								1,0											
									1,0											
	<u>9006 Städt. Kliniken Bielefeld gem. GmbH</u>											2,0	1,0		1,0					
												2,0	1,0		1,0					
	<u>9007 Kunstgewerbesammlung der Stadt Bielefeld/Stiftung Huelsmann</u>																			
																0,5				
																0,5				
	<u>9011 Krematorium Bielefeld Betriebs-GmbH</u>														1,0					
															1,0					
	<u>9020 Freizeit- und Bürgerzentren Bielefeld gGmbH</u>																		0,8	
																			0,8	
	<u>9021 Jobcenter Arbeitplus Bielefeld</u>									1,0	3,0	5,0	20,7			1,0	1,0	2,0		
										1,0	3,0	5,0	20,7			1,0	1,0	2,0		
	<u>9022 Stadtwerke Bielefeld GmbH</u>										2,0		2,0							
											2,0		2,0							
	<u>ZAB Zentrale Ausländerbehörde (Teil 3 - Sonstige Stellen)</u>																			
02	Sicherheit und Ordnung						1,0				2,0	9,0	15,0		6,0	11,0	18,0	6,0		
							1,0				2,0	9,0	15,0		6,0	11,0	18,0	6,0		

II. Stellenübersichten 2020/2021**1. Aufteilung nach der Gliederung des Haushaltsplanes****1.2 Tariflich Beschäftigte****1.2.1 Tariflich Beschäftigte (ohne SuE)**

Produktbereich	Bezeichnung nach Gliederungsplan	Entgeltgruppe																	Erläuterungen	
		15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2	1		b. R.
01	<u>0010</u> <u>Dezernat Oberbürgermeister</u> Innere Verwaltung							1,0												
								1,0												
01	<u>002</u> <u>Büro Oberbürgermeisters und des Rates</u> Innere Verwaltung		1,0								0,6		2,0							
			1,0								0,6		2,0							
01	<u>005</u> <u>Gleichstellungsstelle</u> Innere Verwaltung	1,0		1,7	0,5							0,5								
		1,0		1,7	0,5							0,5								
01	<u>019</u> <u>Betrieblicher Gesundheitsschutz</u> Innere Verwaltung	2,5	1,0			4,0								0,8						
		2,5	1,0			4,0								0,8						
01	<u>091</u> <u>Stab Dezernat 1</u> Innere Verwaltung									1,0										
										1,0										
01	<u>092</u> <u>Stab Dezernat 2</u> Innere Verwaltung									1,0										
										1,0										
01	<u>093</u> <u>Stab Dezernat 3</u> Innere Verwaltung									1,0										
										1,0										
01	<u>094</u> <u>Stab Dezernat 4</u> Innere Verwaltung		1,0	1,0						1,0										
			1,0	1,0						1,0										
01	<u>095</u> <u>Stab Dezernat 5</u> Innere Verwaltung									1,0										
										1,0										
01	<u>100</u> <u>Amt für Organisation, IT und Zentrale Leistungen</u> Innere Verwaltung				7,0	11,5		1,0			3,0	3,3	2,0	6,6						
					7,0	11,5		1,0			3,0	3,3	2,0	6,6						

II. Stellenübersichten 2020/2021**1. Aufteilung nach der Gliederung des Haushaltsplanes****1.2 Tariflich Beschäftigte****1.2.1 Tariflich Beschäftigte (ohne SuE)**

Produktbereich	Bezeichnung nach Gliederungsplan	Entgeltgruppe																	Erläuterungen	
		15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2	1		b. R.
01	<u>170 Kommunales Integrationszentrum</u> Innere Verwaltung				1,0				1,0			0,5								
					1,0				1,0			0,5								
01	<u>200 Amt für Finanzen</u> Innere Verwaltung				2,0	0,5	6,2		1,0	7,5	13,0									
					2,0	0,5	6,2		1,0	7,5	13,0									
01	<u>210 Konzerncontrolling und steuerliche Angelegenheiten</u> Innere Verwaltung	1,0	2,0	2,0	1,0															
		1,0	2,0	2,0	1,0															
01	<u>300 Rechtsamt</u> Innere Verwaltung										1,0						1,0			
											1,0						1,0			
02	<u>320 Ordnungsamt</u> Sicherheit und Ordnung					1,0	1,5	2,0	16,0	4,5	9,0	6,5	8,0	20,9						
					1,0	1,5	2,0	16,0	4,5	9,0	6,5	8,0	20,9							
13	<u>360 Umweltamt</u> Natur- und Landschaftspflege		1,0	1,0	22,1	18,3	2,5	0,5	7,0	1,3	0,8	1,0	0,4							
14	Umweltschutz			2,0	6,0	2,0				1,0	2,0									
			1,0	3,0	28,1	20,3	2,5	0,5	7,0	2,3	2,8	1,0	0,4							
02	<u>370 Feuerwehramt</u> Sicherheit und Ordnung					1,0	2,0		2,0	3,0	3,0	3,0				6,0				10,0
						1,0	2,0		2,0	3,0	3,0	3,0				6,0				10,0
03	<u>400 Amt für Schule</u> Schulträgeraufgaben				1,5	2,0	5,0	3,0	0,9		5,0	7,5	4,0	61,1			1,0			
					1,5	2,0	5,0	3,0	0,9		5,0	7,5	4,0	61,1			1,0			
04	<u>410 Kulturamt</u> Kultur und Wissenschaft		1,0	1,0		2,3	0,5					0,5	1,0			0,6				
			1,0	1,0		2,3	0,5					0,5	1,0			0,6				
04	<u>420 Stadtbibliothek</u> Kultur und Wissenschaft		1,0				8,1			11,9		16,5	1,0		1,0	1,5				
			1,0				8,1			11,9		16,5	1,0		1,0	1,5				

II. Stellenübersichten 2020/2021**1. Aufteilung nach der Gliederung des Haushaltsplanes****1.2 Tariflich Beschäftigte****1.2.1 Tariflich Beschäftigte (ohne SuE)**

Produktbereich	Bezeichnung nach Gliederungsplan	Entgeltgruppe																	Erläuterungen	
		15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2	1		b. R.
04	<u>430 Stadarchiv und Landesgeschichtliche Bibliothek</u> Kultur und Wissenschaft					1,0	2,0		0,5		4,5	1,0		1,0	0,3					
04	<u>460 Volkshochschule</u> Kultur und Wissenschaft		3,5	3,5		1,0			3,2		4,5	1,0		1,0	0,3					
04	<u>470 Musik- und Kunstschule</u> Kultur und Wissenschaft		3,5	3,5		1,0			3,2			5,6								
04	<u>480 Historisches Museum</u> Kultur und Wissenschaft		1,0	2,0		3,0	2,7		29,0		1,8		1,2							
04	<u>490 Naturkundemuseum</u> Kultur und Wissenschaft			2,5		0,7							2,0		1,3					
04	<u>500 Amt für soziale Leistungen - Sozialamt - Soziale Leistungen</u>			2,5		0,7							2,0		1,3					
04	<u>510 Amt für Jugend und Familie - Jugendamt - Kinder-, Jugend und Familienhilfe</u>		1,0	1,3		1,3						0,5		1,4						
05	<u>520 Sportamt</u> Sportförderung		1,0	1,3		1,3						0,5		1,4						
06	<u>530 Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt</u> Sicherheit und Ordnung		1,0	1,0		3,0	4,0	19,0		1,6	4,9	5,9	1,7	0,5						1,0
07	<u>540 Gesundheitsdienste</u>		1,0	1,0		3,0	4,0	19,0		1,6	4,9	5,9	1,7	0,5						1,0
08	<u>550 Gesundheitsdienste</u>		1,0	3,6	1,0	4,4	1,5	9,7		1,5	11,6	1,7	1,9	3,0	1,8		30,0			1,0
02	<u>560 Gesundheitsdienste</u>		1,0	3,6	1,0	4,4	1,5	9,7		1,5	11,6	1,7	1,9	3,0	1,8		30,0			1,0
07	<u>570 Gesundheitsdienste</u>					1,0		1,0		2,0	1,0									
02	<u>580 Gesundheitsdienste</u>					1,0		1,0		2,0	1,0									
07	<u>590 Gesundheitsdienste</u>		0,5							7,0		0,3								
07	<u>600 Gesundheitsdienste</u>	10,6	4,3	1,0	1,0	1,7	0,7				5,0	2,5	1,0	7,3		4,4				1,0
07	<u>610 Gesundheitsdienste</u>	10,6	4,8	1,0	1,0	1,7	0,7			7,0	5,0	2,8	1,0	7,3		4,4				1,0

II. Stellenübersichten 2020/2021

1. Aufteilung nach der Gliederung des Haushaltsplanes

1.2 Tariflich Beschäftigte

1.2.1 Tariflich Beschäftigte (ohne SuE)

Produktbereich	Bezeichnung nach Gliederungsplan	Entgeltgruppe																		Erläuterungen
		15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2	1	b. R.	
	<u>9012 Kunsthalle Bielefeld, Gemeinnützige Betriebsgesellschaft mbH</u>																			
			1,0																	
			1,0																	
	<u>9014 Bielefelder Beteiligungs- und Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH</u>																			
					0,5															
					0,5															
	<u>9018 Anstalt Bethel</u>																			
	<u>9020 Freizeit- und Bürgerzentren Bielefeld gGmbH</u>																			
	<u>9021 Jobcenter Arbeitplus Bielefeld</u>		1,0			1,0	10,0	82,0	1,0	0,9	5,0	2,8							1,0	
			1,0			1,0	10,0	82,0	1,0	0,9	5,0	2,8							1,0	
	<u>9023 Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Ostwestfalen-Lippe</u>			1,0		1,5	0,5		3,0	9,2				0,8						
				1,0		1,5	0,5		3,0	9,2				0,8						
	<u>ZAB Zentrale Ausländerbehörde (Teil 3 - Sonstige Stellen)</u>																			
02	Sicherheit und Ordnung				1,0	3,0	2,0	14,0		3,0	12,0	6,0	16,0	2,0						
					1,0	3,0	2,0	14,0		3,0	12,0	6,0	16,0	2,0						

II. Stellenübersichten**2. Nachwuchskräfte und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte**

Bezeichnung	Amt	Art der Vergütung	Vorgesehen für 2021	Vorgesehen für 2020	Beschäftigt am 01.10.2019	Erläuterungen
Stadtinsp.-Anwärter/in		Unterhaltszusch.	27,0	27,0	59,0	
Stadtbauinsp.-Anwärter/in		Unterhaltszusch.	--	--	--	
Stadtvermessungsinsp.-Anwärter/in	620	Unterhaltszusch.	1,0	1,0	1,0	
Stadtsekretär-Anwärter/in		Unterhaltszusch.	25,0	25,0	47,0	
Aufstiegsbeamter/-in		nach LBesG	3,0	3,0	10,0	
Brandmeisteranwärter/innen	370	Unterhaltszusch.	16,0	15,0	11,0	
Brandinsp.-Anwärter/in	370	Unterhaltszusch.	--	1,0	1,0	
Brandmeister/in in der Rettungsdienstausbildung	370	nach LBesG	5,0	5,0	2,0	
Notfallsanitäter/innen	370	nach NotSanG	16,0	16,0	27,0	
Fachangestellte/r für Medien- und Informationsdienste	420	Ausbildungsverg.	--	1,0	3,0	
Vermessungstechniker/in	620	Ausbildungsverg.	--	--	2,0	
Bauzeichner/in	660	Ausbildungsverg.	--	--	4,0	
Elektroniker/in für Betriebstechnik	660	Ausbildungsverg.	--	1,0		
<u>Berufspraktikanten/-innen:</u>						
Sozialarbeiter/in	170	Prakt.-Entgelt	1,0	1,0	1,0	
Sozialpädagoge/-in, Sozialarbeiter/in	400	Prakt.-Entgelt	8,0	8,0	4,0	
Sozialpädagoge/-in, Sozialarbeiter/in	500	Prakt.-Entgelt	4,0	4,0	4,0	
Sozialpädagoge/-in, Sozialarbeiter/in	510	Prakt.-Entgelt	9,0	9,0	10,0	
Erzieher/in	510	Prakt.-Entgelt	61,0	61,0	45,0	
Volontär/in	480	Unterhaltszusch.	--	1,0	--	
Bundesfreiwilligendienst (BFD)	110	b. R.	47,0	47,0	13,0	
Sozialpädagoge/-in, Sozialarbeiter/in	530	Prakt.-Entgelt	1,0	1,0	1,0	
<u>insgesamt:</u>			224,0	227,0	245,0	

**III. Stellen in den
eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen**

Eigenbetriebs- ähnliche Einrichtung	Zahl der Stellen								
	Beamtinnen/ Beamte			Tariflich Beschäftigte			<u>insgesamt</u>		
	2021	2020	2019	2021	2020	2019	2021	2020	2019
230 - Immobilienservicebetrieb	50,3	50,3	54,8	503,1	503,1	498,6	553,4	553,4	553,4
450 - Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld	7,0	7,0	7,0	194,2	194,2	193,7	201,2	201,2	200,7
700 - Umweltbetrieb	46,8	46,8	46,8	979,4	979,4	961,9	1.026,2	1.026,2	1.008,7
<u>insgesamt</u>	104,1	104,1	108,6	1.676,7	1.676,7	1654,2	1.780,8	1.780,8	1.762,8

IV. ZUSAMMENFASSUNG**Stellen des Stellenplanes und der Stellenübersichten der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen****1. Kernverwaltung**

Beschäftigtengruppe	2021	2020	2019
Beamtinnen/Beamte	1.365,7	1.362,2	1.341,8
Tariflich Beschäftigte	1.853,6	1.804,1	1.666,7
- nach Entgeltgruppen	1.123,5	1.071,6	955,5
- SuE	730,1	732,5	711,2
insgesamt	3.219,3	3.166,3	3.008,5

2. Sondervermögen mit Sonderrechnung (Stellen jeweils insgesamt)

Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen	2021	2020	2019
230 - Immobilienservicebetrieb	553,4	553,4	553,4
450 - Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld	201,2	201,2	200,7
700 - Umweltbetrieb	1.026,2	1.026,2	1.008,7
insgesamt	1.780,8	1.780,8	1.762,8

Summe Teil 1 und Teil 2	5.000,1	4.947,1	4.771,3
-------------------------	----------------	----------------	----------------

3. Sonstige Stellen

	2021	2020	2019
Jobcenter Arbeitplus Bielefeld	138,4	138,4	138,4
Zentrale Ausländerbehörde (ZAB)	128,0	128,0	117,0
Sonstige beurlaubte, abgeordnete und zugewiesene Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter	42,8	42,8	42,8
insgesamt	309,2	309,2	298,2

Summe Teil 1, Teil 2 und Teil 3	5.309,3	5.256,3	5.069,5
---------------------------------	----------------	----------------	----------------

A) Kernverwaltung

Am 23.04.2015 hat der Rat einen Haushaltsbegleitbeschluss gefasst, wonach der Personalaufwand in der Kernverwaltung bis 2020 um 6 Mio. Euro gemindert werden soll. Nachdem im Haushalt 2016 bis 2019 bereits 60,6 Stellen eingespart wurden, werden im Stellenplan 2020 im Teil 1 weitere 6,9 Stellen und in 2021 im Teil 1 weitere 1,5 Stellen eingespart (s. Zif. 1.1). Für Maßnahmen im Umfang von 1,5 Stellen (s. Zif. 2.1) verzögert sich die Umsetzung.

Die im Rahmen des HSK 2010-2014 noch offene Maßnahme 204 (s. Zif. 1.2) im Umfang von einer 0,5 Stelle wird in 2020 eingespart.

Der Rat hat ferner am 07.03.2013 im Haushaltsbegleitbeschluss festgelegt, insgesamt 79 Stellen abzubauen. Das Maßnahmenpaket der "Haushaltoptimierung" wurde bereits im Stellenplan 2016 übererfüllt. Aus dem Paket verblieben ist ein 0,5 Stellenanteil (Maßnahme 74), der in 2020 realisiert wird (s. Zif. 1.2).

Darüber hinaus werden im Stellenplan 2020 im Teil 1 weitere 9,1 Stellen und im Stellenplan 2021 im Teil 1 weitere 6,8 Stellen eingespart (s. Zif. 1.3).

Im Stellenplan 2020/2021 werden insgesamt 25,5 Stellen eingespart.

I. Einsparungen

1.1. Haushaltskonsolidierung 2016/2020

Jahr der Einsparung	Maßnahme-Nr.	Stellen-Nr.	Tätigkeit	Stellenanteil	Auswirkungen/ Voraussetzungen (s. Rat 28.04.2016, Drs. 3042/2014-2020)
2020	7	005 00 030	Stellvertretende Leitung	0,2	Stelleneinsparung Gleichstellungsstelle
2020	31	110 12 115	Sachbearbeiter/-in Beihilfe	1,0	Einsparung durch Fluktuation in der Beihilfestelle
2020	77	400 11 720	1. SB Verwaltung RRBK	1,0	Stelleneinsparung in den Schulsekretariaten der Berufskollegs (konkrete Stellenzuordnung noch unklar)
2020	76	400 24 110	Verw-Ang im Funktionsb SchulR, Bez. 1/2	0,3	Neustrukturierung der Vorzimmer Tätigkeiten bei den Schulaufsichtsbeamten
2020	75	400 24 110	Verw-Ang im Funktionsbereich AL	0,1	Ermittlung von Einsparpotenzialen im Rahmen eines Pilotprojekts zur elektronischen Zeiterfassung in den Ämtern 150 und 400
2020	132	360 34 130	SB VAwS	0,5	Stelleneinsparung Anlagen für den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen PG 11.13.04
2020	146	530 11 180	Arztsekretär Abteilung 530.3	0,5	Stelleneinsparung Ärztliche Assistenz, Schreibdienst und TBC-Fürsorge PG 11.07.01
2020	201	510 23 140alt	SB/Soz Arb Beistand-, Pfl-, Vormundschaft	0,5	Mit Eintritt des Teamleiters 510.13 in den Ruhestand Zusammenlegung der Teams 510.13 und 510.14 unter Leitung der Teamleitung 510.14. Abbau eines 0,5 Leitungsanteils.
2020	203/204	510 52 834	Erzieher/in (S8a) und Kinderpfleger/in(S3)	0,1	Einsparung im Rahmen des HSK
2020	203/204	510 52 835	Erzieher/in (S8a) und Kinderpfleger/in(S3)	0,8	Einsparung im Rahmen des HSK
2020	203/204	510 52 849	Erzieher/in (S8a) und Kinderpfleger/in(S3)	0,7	Einsparung im Rahmen des HSK
2020	203/204	510 52 717	Erzieher/in (S8a) und Kinderpfleger/in(S3)	0,1	Einsparung im Rahmen des HSK
2020	203/204	510 52 395	Erzieher/in (S8a) und Kinderpfleger/in(S3)	0,1	Einsparung im Rahmen des HSK
2020	168	620 22 130	Sachbearbeiter/in Kataster- und Ingenieurvermessungen	1,0	Einsparung im Rahmen des HSK
Zwischensumme 2020				6,9	
2021	131	360 22 150	SB Umweltschutz in städt. Gebäuden	0,5	Stelleneinsparung Innenraumschadstoffe städt. Gebäude PG 11.14.04
2021	167	620 11 150	Sachbearbeiter/in GIS-Auftragsarbeiten, Metadaten, IT-Betreuung	1,0	
Zwischensumme 2021				1,5	

1.2. Haushaltsoptimierung 2015/2016 und HSK 2010/2014

Jahr der Einsparung	Maßnahme-Nr.	Stellen-Nr.	Tätigkeit	Stellenanteil	Auswirkungen
2020	74	320 32 200	Sachbearbeiter/-in Datenerfassung Polizeiangaben, Allg. Verwaltung	0,5	
2020	204	620 32 190	Sachbearbeiter/-in Übernahme von Fortführungsmessungen	0,5	
Zwischensumme 2020				1,0	

1.3. Weitere Einsparungen in 2020/2021

Jahr der Einsparung	Stellen-Nr.	Tätigkeit	Stellenanteil	Auswirkungen
2020	140 20 120	Prüfer/-in Technischer Hochbau	0,2	Reduzierung des Stellenanteils durch Ruhestand
2020	400 11 351	Bahnhofschule Sachbearbeitung Schulbüro	0,1	Durch die neue Stundenberechnung für die Schulbüros muss der Stellenanteil 0,5 in 2019 auf 0,4 in 2020 reduziert werden.
2020	400 11 355	Am Homersen Sachbearbeitung Schulbüro	0,1	Durch die neue Stundenberechnung für die Schulbüros muss der Stellenanteil 0,5 in 2019 auf 0,4 in 2020 reduziert werden.
2020	400 11 357	GS Babenhausen Sachbearbeitung Schulbüro	0,1	Durch die neue Stundenberechnung für die Schulbüros muss der Stellenanteil 0,4 in 2019 auf 0,3 in 2020 reduziert werden.
2020	400 11 364	GS Milse Sachbearbeitung Schulbüro	0,1	Durch die neue Stundenberechnung für die Schulbüros muss der Stellenanteil 0,5 in 2019 auf 0,4 in 2020 reduziert werden.
2020	400 11 369	Wellbachschule Sachbearbeitung Schulbüro	0,1	Durch die neue Stundenberechnung für die Schulbüros muss der Stellenanteil 0,5 in 2019 auf 0,4 in 2020 reduziert werden.
2020	400 11 376	Osningschule Sachbearbeitung Schulbüro	0,1	Durch die neue Stundenberechnung für die Schulbüros muss der Stellenanteil 0,5 in 2019 auf 0,4 in 2020 reduziert werden.
2020	400 11 378	Queller Schule Sachbearbeitung Schulbüro	0,1	Durch die neue Stundenberechnung für die Schulbüros muss der Stellenanteil 0,5 in 2019 auf 0,4 in 2020 reduziert werden.

Erläuterungen des Stellenplans 2020/2021
- Einsparungen -

Anlage 5

2020		400 11 381	Stieghorstschule Sachbearbeitung Schulbüro	0,1	Durch die neue Stundenberechnung für die Schulbüros muss der Stellenanteil 0,5 in 2019 auf 0,4 in 2020 reduziert werden.
2020		400 11 385	Vogelruthschule Sachbearbeitung Schulbüro	0,1	Durch die neue Stundenberechnung für die Schulbüros muss der Stellenanteil 0,5 in 2019 auf 0,4 in 2020 reduziert werden.
2020		400 11 390	Eichendorffschule Sachbearbeitung Schulbüro	0,1	Durch die neue Stundenberechnung für die Schulbüros muss der Stellenanteil 0,5 in 2019 auf 0,4 in 2020 reduziert werden.
2020		400 11 391	Fröbelschule Sachbearbeitung Schulbüro	0,1	Durch die neue Stundenberechnung für die Schulbüros muss der Stellenanteil 0,5 in 2019 auf 0,4 in 2020 reduziert werden.
2020		400 11 393	GS Ubbedissen Sachbearbeitung Schulbüro	0,1	Durch die neue Stundenberechnung für die Schulbüros muss der Stellenanteil 0,5 in 2019 auf 0,4 in 2020 reduziert werden.
2020		400 11 395	GS Ummeln Sachbearbeitung Schulbüro	0,1	Durch die neue Stundenberechnung für die Schulbüros muss der Stellenanteil 0,5 in 2019 auf 0,4 in 2020 reduziert werden.
2020		400 11 450	Baumheideschule Sachbearbeitung Schulbüro	0,2	Durch die neue Stundenberechnung für die Schulbüros muss der Stellenanteil 0,7 in 2019 auf 0,5 in 2020 reduziert werden.
2020		400 11 451	Brodhagenschule Sachbearbeitung Schulbüro	0,5	Durch die neue Stundenberechnung für die Schulbüros muss der Stellenanteil 1,0 in 2019 auf 0,5 in 2020 reduziert werden.
2020		400 11 504	Schule Am Lönkert Sachbearbeitung Schulbüro	0,2	Durch die neue Stundenberechnung für die Schulbüros muss der Stellenanteil 0,7 in 2019 auf 0,5 in 2020 reduziert werden.
2020		400 11 550	Abendrealschule Sachbearbeitung Schulbüro	0,1	Durch die neue Stundenberechnung für die Schulbüros muss der Stellenanteil 0,8 in 2019 auf 0,7 in 2020 reduziert werden.
2020		400 11 551	Bosseschule Sachbearbeitung Schulbüro	0,1	Durch die neue Stundenberechnung für die Schulbüros muss der Stellenanteil 0,7 in 2019 auf 0,6 in 2020 reduziert werden.
2020		400 11 564	Kuhloschule Sachbearbeitung Schulbüro	0,1	Durch die neue Stundenberechnung für die Schulbüros muss der Stellenanteil 0,7 in 2019 auf 0,6 in 2020 reduziert werden.
2020		400 11 604	Cecilien-Gymnasium Sachbearbeitung Schulbüro	0,2	Durch die neue Stundenberechnung für die Schulbüros muss der Stellenanteil 0,7 in 2019 auf 0,5 in 2020 reduziert werden.
2020		320 31 145	Sachbearbeiter/-in Geschwindigkeitsmessungen	0,3	Die Stelle wurde 2016 als Mehrstelle nach der Enforcement-Richtlinie eingerichtet und kann auf Basis der Ergebnisse einer Evaluation eingespart werden
2020		500 15 360	Sachbearbeiter/-in Unterhaltsprüfung	1,0	Die geringer als erwartet ausgefallene Fallzahlsteigerung aufgrund der Gesetzesänderung zum Unterhaltsvorschuss und der Wegfall der Neufälle lösen eine Reduzierung des Personalbedarfs aus.
2020		500 26 160	Sachbearbeiter/-in AsylbLG	1,0	Die Anzahl der zugewiesenen Flüchtlinge ist gesunken.
2020		500 26 170	Sachbearbeiter/-in AsylbLG	1,0	Die Anzahl der zugewiesenen Flüchtlinge ist gesunken.
2020		500 26 180	Sachbearbeiter/-in AsylbLG	0,3	Die Anzahl der zugewiesenen Flüchtlinge ist gesunken.
2020		500 44 340	Sozialarbeiter/-in Betreuung von Flüchtlingen	1,0	Die Anzahl der zugewiesenen Flüchtlinge ist gesunken.
2020		500 44 350	Sozialarbeiter/-in Betreuung von Flüchtlingen	1,0	Die Anzahl der zugewiesenen Flüchtlinge ist gesunken.
2020		500 44 360	Sozialarbeiter/-in Betreuung von Flüchtlingen	0,6	Die Anzahl der zugewiesenen Flüchtlinge ist gesunken.
Zwischensumme 2020				9,1	

2021		400 11 450	Baumheideschule Sachbearbeitung Schulbüro	0,1	Die Baumheideschule ist auslaufend. Die Stellenanteile müssen von 0,5 auf 0,4 reduziert werden
2021		400 11 451	Brodhagenschule Sachbearbeitung Schulbüro	0,2	Die Brodhagenschule läuft zum 31.07.2021 aus
2021		400 11 564	Kuhloschule Sachbearbeitung Schulbüro	0,1	Die Kuhloschule ist auslaufend. Die Stellenanteile müssen von 0,6 auf 0,5 reduziert werden
2021		500 15 340	Sachbearbeiter/-in Unterhaltsprüfung	1,0	Die geringer als erwartet ausgefallene Fallzahlsteigerung aufgrund der Gesetzesänderung zum Unterhaltsvorschuss und der Wegfall der Neufälle lösen eine Reduzierung des Personalbedarfs aus.
2021		500 15 350	Sachbearbeiter/-in Unterhaltsprüfung	1,0	Die geringer als erwartet ausgefallene Fallzahlsteigerung aufgrund der Gesetzesänderung zum Unterhaltsvorschuss und der Wegfall der Neufälle lösen eine Reduzierung des Personalbedarfs aus.
2021		500 26 140	Sachbearbeiter/-in AsylbLG	1,0	Die Anzahl der zugewiesenen Flüchtlinge ist gesunken.
2021		500 26 150	Sachbearbeiter/-in AsylbLG	1,0	Die Anzahl der zugewiesenen Flüchtlinge ist gesunken.
2021		500 44 160	Sozialarbeiter/-in Betreuung von Flüchtlingen	1,0	Die Anzahl der zugewiesenen Flüchtlinge ist gesunken.
2021		500 44 170	Sozialarbeiter/-in Betreuung von Flüchtlingen	0,6	Die Anzahl der zugewiesenen Flüchtlinge ist gesunken.
2021		500 44 250	Sozialarbeiter/-in Betreuung von Flüchtlingen	0,8	Die Anzahl der zugewiesenen Flüchtlinge ist gesunken.
Zwischensumme 2021				6,8	

2020 Einsparungen im Teil 1
2021 Einsparungen im Teil 1
Gesamt

17,0 Stellen
8,3 Stellen
25,3 Stellen

2. Folgende Maßnahmen können erst zu einem späteren Zeitpunkt umgesetzt werden

2.1. Haushaltskonsolidierung 2016/2020

Jahr der Einsparung	Maßnahme-Nr.	Stellen-Nr.	Tätigkeit	Stellenanteil
2022	93	420 11 180	Zuarbeiter/-in Technische Medienbearbeitung (TMB)	0,5
2022	93	420 11 200	Sachbearbeiter/-in Medienausleihe	1,0

Noch offene Maßnahmen im Teil 1

1,5 Stellen

II. Mehrstellen 2020 insgesamt	174,8
davon Mehrstellen mit einer Refinanzierung ab 70 Prozent	102,7
davon Mehrstellen mit einer Refinanzierung unter 70 Prozent bzw. keiner Refinanzierung	72,1

1. Mehrstellen 2020 mit Refinanzierung ab 70 Prozent		102,7
Amt 019	Sicherheitsingenieur/in	1,0
Amt 100	Sachbearbeiter/-in Druckservice	0,5
Amt 110	Teilhabechancengesetz	50,0
Amt 200	Sachbearbeiter/-in Gewerbesteuer	1,0
Amt 200	Sachbearbeiter/-in Vergnügungssteuer, Hundesteuer, ADV	0,6
Amt 400	Brackweder Realschule Sachbearbeitung Schulbüro	0,7
Amt 400	Luisenschule Sachbearbeitung Schulbüro	0,6
Amt 400	Realschule Senne Sachbearbeitung Schulbüro	0,3
Amt 400	Realschule Heepen Sachbearbeitung Schulbüro	0,4
Amt 520	Sachbearbeiter/-in Sportstättenvergabe	0,2
Amt 320	Sachbearbeiter/-in Überprüfung Wachpersonen	0,5
Amt 320	Sachbearbeiter/-in Betreuung der stationären Messeinrichtungen, Erfassung und Auswertung von Bildmaterial	1,0
Amt 320	Sachbearbeiter/-in Verwarnungs- und Bußgeldverfahren, Einsprüche	1,0
Amt 320	Sachbearbeiter/-in Verwarnungs- und Bußgeldverfahren Einsprüche	1,0
Amt 320	Sachbearbeiter/-in Mehrfachtäterpunktsystem, Entziehungen, Fahrerlaubnisse auf Probe und zur Fahrgastbeförderung, Anordnung von Nachschulungen, Digitale Fahrerkarte	1,0
Amt 320	Sachbearbeiter /-in Mobile Geschwindigkeitsüberwachung	2,0
Amt 370	Sachbearbeiter/-in Qualitätsmanagement	1,0
Amt 370	Sachbearbeiter/-in Personalführung	1,9
Amt 370	Sachbearbeiter/-in Einsatzdokumentation	0,5
Amt 370	Sachbearbeiter/-in Fahrzeugbeschaffung	0,6
Amt 370	Aus- / Fortbildung Notfallsanitäter/-innen	1,0
Amt 370	Sachbearbeiter/-in Hygiene Desinfektion	0,5
Amt 370	Sachbearbeiter/-in Luftrettung	0,5
Amt 370	Hauptbrandmeister/-in Rüstzeit	0,5
Amt 370	Praxisanleitung Notfallsanitäter	1,0
Amt 370	Leistungskontrolle Notfallsanitäter	1,0
Amt 370	Sachbearbeiter/-in Rettungsdienst	1,0
Amt 370	Personalsachbearbeiter/-in	1,0
Amt 530	Koordination Gesundheitsförderung und Prävention Baumheide	1,0
Amt 530	Amtsapotheker/-in	1,0
Amt 530	Sachbearbeiter/-in Allgemeine Verwaltungsaufgaben, Rechnungswesen	0,2
Amt 600	Sachbearbeiter/-in Schwerpunkt Bauordnungsrecht	4,0
Amt 600	Sachbearbeiter/-in Schwerpunkt Verbindliche Bauleitplanung	2,0
Amt 600	Sachbearbeiter/-in Schwerpunkt Bauordnungsrecht, Verwaltung	1,0
Amt 660	Sachbearbeiter/-in Verkehrswegeplanung Jahnplatz	1,0
Amt 660	Sachbearbeiter/-in Bauoberleitung Jahnplatzumbau	1,0
Amt 660	Sachbearbeiter/-in konzeptionelle Verkehrslenkung	1,0
Amt 660	Bauleitung Projekt Stadtbahnlinie 4	1,0
Amt 500	Sozialarbeit Beauftragte Stelle	0,7
Amt 500	Sachbearbeiter/-in Schwerbehindertenausweise	0,5
Amt 510	Sicherstellung Vertretung Tagespflege in städt. Kitas	1,0
Amt 510	Wahrnehmung jugendplanerischer und jugendpflegerischer Aufgaben zur Umsetzung politischer Beschlüsse	1,0
Amt 510	Pflegekinderdienst	1,0
Amt 510	Hauswirtschaftskräfte in städt. Kitas	8,5
Amt 510	Sachbearbeiter/-in Unterhaltsvorschuss	1,5
Amt 510	Sachbearbeiter/-in Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung	0,5
Amt 510	Koordinierungsstelle Schulsozialarbeit	0,5
Amt 510	Sozialarbeiter/-in mit Schwerpunkt "stationäre Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche"	2,0

2. Mehrstellen 2020 mit Refinanzierung unter 70 Prozent bzw. keiner Refinanzierung		72,1
Amt 300	Sachbearbeiter/-in Datenschutz	0,7
Amt 100	Sachbearbeiter/-in Organisationsentwicklung, Schwerpunkt: DMS	1,0
Amt 100	Organisationsfachbearbeiter/-in besondere Projekte	2,0
Amt 100	ITK-Organisationsfachbearbeiter/-in Portale, E-Government	1,0
Amt 100	IKT-Organisationsfachbearbeiter/-in Betreuung und Einsatz Betriebssystem Windows 10	0,5
Amt 110	Sachbearbeiter/-in Personalsachbearbeitung	1,0
Amt 110	Sachbearbeiter/-in Entgeltsachbearbeitung, Leistungsentgelte	1,0
Amt 110	Personalberater/-in Personaleinsatz	1,0
Amt 110	Personalberater/-in Ausbildung	1,0
Amt 200	Sachbearbeiter/-in Key-User GES KAV	1,0
Amt 200	Sachbearbeiter/-in Betreuung SAP-Module, EDV-Benutzerbetreuung	0,5
Amt 150	Sachbearbeiter/-in Bürgerberatung	3,0
Amt 150	Standesbeamter/-in Geburten, Sterbefälle	1,0
Amt 150	Sachbearbeiter/-in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten	2,0
Amt 150	Sachbearbeiter/-in allg. Ausländerangelegenheiten	4,5
Amt 150	Sachbearbeiter/-in Asylangelegenheiten	1,0
Amt 400	Realschule am Schlehenweg - Sachbearbeitung Schulbüro	0,1
Amt 400	Sekundarschule Königsbrügge - Sachbearbeitung Schulbüro	0,1
Amt 400	Sekundarschule Gellershagen - Sachbearbeitung Schulbüro	0,1
Amt 400	Astrid-Lindgren-Schule Sachbearbeitung Schulbüro	0,1
Amt 400	Brüder-Grimm-Schule Sachbearbeitung Schulbüro	0,1
Amt 400	Buschkampfschule Sachbearbeitung Schulbüro	0,1
Amt 400	GS Dreekerheide Sachbearbeitung Schulbüro	0,1
Amt 400	Klosterschule Sachbearbeitung Schulbüro	0,1
Amt 400	Plafschule Sachbearbeitung Schulbüro	0,1
Amt 400	Rußheideschule Sachbearbeitung Schulbüro	0,1
Amt 400	Stapenhorstschule Sachbearbeitung Schulbüro	0,1
Amt 400	Stiftsschule Sachbearbeitung Schulbüro	0,1
Amt 400	Bültmannshofschule Sachbearbeitung Schulbüro	0,1
Amt 400	GS Hillegossen Sachbearbeitung Schulbüro	0,1
Amt 400	Hamfeldschule Sachbearbeitung Schulbüro	0,2
Amt 400	Leineweberschule Sachbearbeitung Schulbüro	0,1
Amt 400	Realschule Jöllenbeck Sachbearbeitung Schulbüro	0,2
Amt 400	Cecilien-Gymnasium Sachbearbeitung Schulbüro	0,1
Amt 400	Gymnasium Am Waldhof Sachbearbeitung Schulbüro	0,2
Amt 400	Friedrich Wilhelm Murnau-Gesamtschule Sachbearbeitung Schulbüro	0,4
Amt 400	Gymnasium Heepen Sachbearbeitung Schulbüro	0,4
Amt 400	Abendgymnasium Sachbearbeitung Schulbüro	0,3
Amt 400	Max-Planck-Gymnasium Sachbearbeitung Schulbüro	0,2
Amt 400	Gesamtschule Quelle Sachbearbeitung Schulbüro	0,1
Amt 400	Gesamtschule Rosenhöhe Sachbearbeitung Schulbüro	0,4
Amt 400	Stabsstelle SEP/MEP Strategie, Kommunikation	0,5
Amt 400	Stabsstelle SEP-Daten	1,0
Amt 400	Stabsstelle MEP Strategie, Konzept	0,5
Amt 400	Sachbearbeiter/-in Lehrerangelegenheiten verbeamtete Lehrkräfte an Grundschulen, Stellenplan Grundschule	0,3
Amt 400	Sachbearbeiter/-in Schulbaumaßnahmen / Förderprogramme	1,0
Amt 400	Koordinierung integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung in Bezug auf Schulsozialarbeit	1,0
Amt 430	Historikerin_Historiker "Kommunale Gedenk- und Erinnerungskultur"	0,5
Amt 480	Sachbearbeiter/-in Verwaltung, Kassendienst	0,2
Amt 490	Sachbearbeiter/-in Verwaltung, Kassendienst	0,2
Amt 490	Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in	0,5
Amt 320	Sachbearbeiter/-in Landesimmissionsschutzgesetz, Ortsrecht	0,5
Amt 320	Sachbearbeiter/-in Digitales Gewerbeamt	0,5
Amt 320	Sachbearbeiter/-in Außen- und Vollzugsdienst	4,0
Amt 360	SB Gewässerausbau nach EU-WRRL	1,0
Amt 360	Sachbearbeiter/-in Untere Abfallwirtschaftsbehörde	0,5
Amt 360	Sachbearbeiter/-in Überwachung Heizöllageranlagen	1,0
Amt 360	Sachbearbeiter/-in Wasserrechte	1,0
Amt 360	Sachbearbeiter/-in Artenschutz	0,5

Amt 360	Sachbearbeiter/-in Umweltplanung	0,5
Amt 530	Tierarzt/-ärztin	0,6
Amt 530	Lebensmittelkontrolleur/-in	1,0
Amt 530	Sachbearbeiter/-in Tierschutz, Lebensmittelrecht	0,2
Amt 600	Stadtplanung Masterplan	1,0
Amt 620	Sachbearbeiter/-in Thematische Kartographie, Stadtplandienste, Sonderkarten, Orthophotos	0,5
Amt 660	Sachbearbeiter/-in DV-Projekte	0,5
Amt 660	Sachbearbeiter/-in Kampfmittelüberprüfung	1,0
Amt 500	Sachbearbeiter/-in Grundsicherung	1,0
Amt 510	Heilpädagogen als Integrationsfachkräfte für behinderte oder von Behinderung bedroht	4,5
Amt 510	Sachbearbeiter/-in Festsetzung und Erhebung von Elternbeiträgen	0,6
Amt 510	Sachbearbeiter/-in Wirtschaftliche Jugendhilfe Ambulante Hilfen, Tagespflege	1,0
Amt 510	Sachbearbeiter/-in Bundeselterngeld	0,8
Amt 510	Sozialarbeiter/-in	4,0
Amt 510	Erzieher/-in	13,0
Amt 540	Sachbearbeiter/-in Projekte in Quartieren	1,0

III. Mehrstellen 2021 insgesamt	61,3
davon Mehrstellen mit Refinanzierung	59,5
davon Mehrstellen ohne Refinanzierung	1,8

1. Mehrstellen 2021 mit Refinanzierung ab 70 Prozent	59,5
Amt 110 Teilhabechancengesetz	51,0
Amt 460 Fachbereichsleiter/-in Digitalisierung, Querschnittsaufgaben	1,0
Amt 370 Hauptbrandmeister/-in Rüstzeit	0,5
Amt 370 Praxisanleitung Notfallsanitäter/innen	1,0
Amt 370 Praxisanleitung und Leistungskontrolle Notfallsanitäter/-innen	1,0
Amt 370 Aus- / Fortbildung Notfallsanitäter/-innen	1,0
Amt 370 Sachbearbeiter/-in Medizintechnik	1,0
Amt 370 Sachbearbeiter/-in Hygiene, Desinfektion	2,5
Amt 370 Sachbearbeiter/-in Luftrettung	0,5

2. Mehrstellen 2021 mit Refinanzierung unter 70 Prozent bzw. keiner Refinanzierung	1,8
Amt 100 Mobile Device Management (MDM) / mobile Applikationen, infrastruktureller Breitbandausbau sowie WLAN	0,5
Amt 400 Realschule am Schlehenweg - Sachbearbeitung Schulbüro	0,1
Amt 400 Sekundarschule Königsbrügge - Sachbearbeitung Schulbüro	0,1
Amt 400 Sekundarschule Gellershagen - Sachbearbeitung Schulbüro	0,1
Amt 430 Sachbearbeiter/-in Operationalisierung/ Umsetzung Digitalisierung	1,0

Erläuterungen des Stellenplans 2020/2021
- Veränderungen Sondervermögen mit Sonderrechnung und Sonstige Stellen -

B) Sondervermögen mit Sonderrechnung (Teil 2) und Sonstige Stellen (Teil 3)

Im Teil 2 (Stellen Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen insgesamt) und Teil 3 (Sonstige Stellen incl. ZAB und JobC) ergeben sich folgende Veränderungen:

I. Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen

		Stellen +/-
230	keine stellenrelevanten Änderungen gegenüber der Stellenübersicht 2019	0,0
		0,0
450	Aufnahme von 0,5 (Mehr)Stellen in die Stellenübersicht des Wirtschaftplanes BBO 2020/2021	+0,5
		+0,5
700	Aufnahme von 17,5 (Mehr)Stellen (TB) in die Stellenübersicht des Wirtschaftplanes UWB 2020	+17,5
		+17,5
Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen insgesamt		<u>+18,0</u>

II. Sonstige Stellen

		Stellen +/-
ZAB	SB Außendienst	+2,0
	SB Migrationsberatung	+3,0
	SB Haft/ Aufenthaltsrechte	+2,0
	SB Ausländerrechtl. Angelegenheiten	+3,0
	SB Flugabschiebungen (ZFA)	+2,0
	Einsparung TL Passersatzpapierbeschaffung	-1,0
		+11,0
Sonstige Stellen insgesamt		<u>+11,0</u>

Stellenveränderungen gesamt:		
- Teil 1 Kernverwaltung		+210,8
	- - 25,3 Einsparungen	
	- + 236,1 Mehrstellen	
	- +/- 28 Umschichtungen/Verlagerungen	
- Teil 2 Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen (TB und Beamte)		+18,0
- Teil 3 Sonstige (incl. ZAB und JobC)		+11,0
		<u>+239,8</u>

Übersicht
über die aus Verpflichtungsermächtigungen
voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen
(Haushaltsplan 2020)

Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsplan des Jahres:	Voraussichtlich fällige Auszahlungen				
	2020 TEUR	2021 TEUR	2022 TEUR	2023 TEUR	Folgejahre TEUR
1	2	3	4	5	6
2020	0	12.714	1.500	500	0
2019	15.461	3.400	800	0	0
2018*	3.300	1.500	4.000	0	0
2017*	0	0	0	0	0
Summe	18.761	17.614	6.300	500	0
<u>Nachrichtlich:</u> In der Finanzplanung vorgesehene Kreditaufnahmen **	86.916	57.249	48.219	50.877	10.059

* Die im Haushaltsplan 2017 enthaltene VE über 200 T € mit Kassenwirksamkeit 2020 für die Maßnahme "Bevölkerungswarnsysteme" wurde nicht in Anspruch genommen. Der Betrag für **2017** in der obigen Tabelle wurden daher für 2020 um 200 T € reduziert. Gleiches gilt für die VE über 1.700 T € für die Maßnahme "Steilpass" aus dem Haushaltsplan **2018** mit Kassenwirksamkeit in 2020.

** : in den Beträgen für die Kreditaufnahmen sind in den Jahren 2020 - 2023 Kredite zur Konzernfinanzierung in folgender Höhe enthalten: 2020 = 53.225 T €, 2021 = 28.010 T €, 2022 = 31.120 T €, 2023 = 18.245 T €

Übersicht
über die aus Verpflichtungsermächtigungen
voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen
(Haushaltsplan 2021)

Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsplan des Jahres:	Voraussichtlich fällige Auszahlungen				
	2021 TEUR	2022 TEUR	2023 TEUR	2024 TEUR	Folgejahre TEUR
1	2	2	3	5	6
2021	0	11.315	1.000	0	0
2020	12.714	1.500	500	0	0
2019	3.400	800	0	0	0
2018	1.500	4.000	0	0	0
Summe	17.614	17.615	1.500	0	0
<u>Nachrichtlich:</u> In der Finanzplanung vorgesehene Kreditaufnahmen **	57.249	48.219	50.877	10.059	10.059

** : in den Beträgen für die Kreditaufnahmen sind in den Jahren 2021 - 2023 Kredite zur Konzernfinanzierung in folgender Höhe enthalten: 2021 = 28.010 T €, 2022 = 31.120 T €, 2023 = 18.245 T €

Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten

Art der Verbindlichkeiten	Stand zum 31.12.2018 T€	Voraussichtlicher Stand zum 01.01.2020 T€	Voraussichtlicher Stand zum 31.12.2020 T€	Voraussichtlicher Stand zum 31.12.2021 T€
1. Anleihen	50.000	50.000	50.000	50.000
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen				
2.1 von verbundenen Unternehmen				
2.2 von Beteiligungen				
2.3 von Sondervermögen				
2.4 vom öffentlichen Bereich				
2.5.1 von Kreditinstituten	63.345	83.744	124.363	148.712
2.5.2 von Kreditinstituten zur Konzernfinanzierung 1)	99.400	101.461	149.528	171.183
Summe Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	162.745	185.205	273.891	319.895
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	322.953	270.000	239.380	210.774
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0	0	0	0
5. Summe aller Verbindlichkeiten	535.698	505.205	563.271	580.669
nachrichtlich:				
Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten:				
Bürgschaft im Bereich Sozialwesen	0	0	0	0
Bürgschaft im Bereich öffentl. Daseinsvorsorge	42.231	37.909	32.185	14.446
Bürgschaften im Bereich städtebaul. Maßnahmen	35.536	28.789	21.516	14.243
Harte Patronatserklärungen	2.921	2.707	2.493	2.279
Grundschulden	26.850	26.850	26.850	26.850
Bürgschaftsähnliche Absicherungserklärungen	247	270	251	232
Summe Bürgschaften	107.785	96.525	83.295	58.050

1) Weitergabe an Dritte im Rahmen der Konzernfinanzierung

(Hinweis: die bisherigen Nummern 5 - 8 (Verbindlichkeiten aus LuL, Verbindlichkeiten aus Transferleistungen, Sonstige Verbindlichkeiten und erhaltene Anzahlungen müssen nach § 1 Abs. 2 Ziffer 4 KomHVO nicht mehr angegeben werden.

Auf eine Darstellung dieser Beträge wird daher ab dem Haushaltsplan 2020/2021 verzichtet.)

Stadt Bielefeld – Doppel-Haushaltsplan 2020/2021

Übersicht über die Entwicklung des Eigenkapitals

Die ausgewiesenen Daten für die Jahre 2015 und 2016 basieren auf den festgestellten Jahresabschlüssen, die in 2017 auf dem Entwurf des Jahresabschlusses. Die übrigen Daten basieren auf den Haushaltsplanungen.

Die ausgewiesenen Jahresergebnisse wirken sich jeweils zum 31.12. eines Jahres wie folgt aus (in Mio. €):

	2015	2016	2017	2018	2019*	2020	2021	2022	2023	2024
Jahresdefizit/ Überschuss (-)	29,2	-1,7	-28,4	54,8	0	- 4,4	-5,1	-3,0	-3,7	-11,7
Voraussichtlicher Anfangsbestand der Ausgleichrückla- ge	0		1,7	30,1	84,9	84,9	89,3	94,4	97,4	101,1
Inanspruchnahme der Ausgleichsrück- lage	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Voraussichtlicher Endbestand der Ausgleichsrücklage EB = 206,8 Mio. €	0,0	1,7	30,1	84,9	84,9	89,3	94,4	97,4	101,1	112,8
Verbleibendes Jahresdefizit	29,2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Verbleibender Überschuss	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Voraussichtlicher Anfangsbestand der Allg. Rücklage	421,2	391,1	391,0	455,9	455,9	455,9	455,9	455,9	455,9	455,9
Veränderung Allg. Rücklage durch JA	-0,9	-0,1	64,9	0	0	0	0	0	0	0
Inanspruchnahme der Allg. Rücklage	29,2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Voraussichtlicher Endbestand der Allg. Rücklage EB = 840,8 Mio. €	391,1	391,0	455,9	455,9	455,9	455,9	455,9	455,9	455,9	455,9
Verbleibendes Jahresdefizit	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

2019*: Nach dem aktuellen Stand der Jahresabschlussarbeiten ist mindestens mit einem ausgeglichenen Ergebnis zu rechnen. Insofern wurde hier abweichend vom Plan-Defizit in Höhe von 23,2 Mio. € mit keinem Jahresverlust weitergerechnet.

Anlage 9																					
Umlage Managementproduktpauschale 2020																					
Erstattungs-berechtigte Dienststelle:	002.1	002.2	005	019				091	110.1			110.2, Amtsleitung 110		112	140	200.2, Amtsleitung 200	210	300		Summe	
	Büro Oberbürgermeister	Büro des Rates	Gleichstellungsstelle	Betrieblicher Gesundheitsschutz				Stab Dezernat 1, Stadtkämmerer	Amt für Personal, Organisation, IT und Zentrale Leistungen			Amt für Personal, Organisation, IT und Zentrale Leistungen		Personalrat	Rechnungsprüfungsamt	Amt für Finanzen	Konzerncontrolling u. steuerliche Angelegenheiten	Rechtsamt			
PSP-Element:	11.01.02.01	11.01.70.01.0002	11.01.03.01	11.01.26.01	11.01.26.02	11.01.26.03	11.01.26.04	11.01.18.01	11.01.10.01	11.01.10.02	11.01.10.03	11.01.08.01	11.01.08.02	11.01.04.01	11.01.05.01	11.01.09.02	11.01.16.01	11.01.11.01	11.01.32.01		
	Steuerungsunterstützung	Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit	Gleichstellung innerhalb der Verwaltung	Arbeits-sicherheit	Arbeits-medizin	Sozialberatung und Suchtkrankenhilfe	Sicherheits- und Gesundheits-schutz-koordination	Verwaltungs-leitung Dez. Inneres / Finanzen	Allgemeine Regelungen Organisationsangelegenheiten	Stellenplan und Bewirtschaftung	Organisatorische Einzelmaßnahmen	Personalentwicklung	Personalbedarfsdeckung	Personalrat	Rechnungsprüfung	Haushaltsmanagement	Konzerncontrolling u. steuerliche Angelegenheiten	Rechtsbetreuung	Datenschutz und Informationsfreiheit		
	6,70%	7,48%	2,40%	2,27%	2,60%	1,33%	0,61%	3,71%	1,23%	2,12%	5,11%	6,77%	13,53%	10,08%	12,54%	12,79%	1,2642%	5,94%	1,51%	100,00%	
Zahlungspflichtige Dienststellen / Kostenstelle bzw. PSP-Element:																					
1. Leistungsverrechnung																					
150	Bürgeramt																				
PSP	11.02.29.01	Zentrale Ausländerbehörde																			
		11.835	13.222	4.247	4.020	4.596	2.351	1.075	6.560	2.181	3.740	9.037	11.957	23.915	17.820	22.170	22.601	2.234	10.502	2.665	176.728
320	Ordnungsamt																				
PSP	11.02.28.01	Wochenmärkte																			
		358	400	128	121	139	71	32	198	66	113	273	361	723	539	670	683	68	317	81	5.341
360	Umweltamt																				
PSP	11.11.02.01	Abfallüberwachung																			
		440	491	158	149	171	87	42	244	81	139	336	444	889	662	824	840	83	390	99	6.569
PSP	11.11.03.01	Vorflutsicherung																			
		876	979	314	298	340	174	80	486	161	277	669	885	1.770	1.319	1.641	1.673	165	778	198	13.083
PSP	11.11.03.02	Abwasserkontrolle																			
		1.084	1.211	389	368	421	215	98	601	200	343	828	1.095	2.191	1.632	2.031	2.070	205	962	245	16.189
PSP	11.11.04.01	Entsorgung Grundstücksentwässerungsanlagen																			
		26	29	9	9	10	5	2	15	5	8	20	27	53	41	49	52	5	23	6	394
PSP	11.14.05.02.0001	Nachsorge der städtischen Deponien																			
		473	528	170	161	184	94	43	262	87	149	361	477	955	711	885	902	89	419	106	7.056
370	Feuerwehramt																				
PSP	11.02.17.01.0001	Notfallrettung ohne Notarzt																			
		16.572	18.514	5.947	5.629	6.436	3.292	1.505	9.186	3.055	5.236	12.655	16.744	33.488	24.952	31.045	31.648	3.129	14.706	3.730	247.469
PSP	11.02.17.01.0002	Notfallrettung mit Notarzt																			
		2.914	3.255	1.047	990	1.131	579	265	1.615	536	921	2.224	2.944	5.887	4.387	5.458	5.564	550	2.585	655	43.507
PSP	11.02.17.02.0001	Krankentransport																			
		719	804	258	244	279	143	65	399	133	227	549	727	1.454	1.083	1.348	1.374	136	638	162	10.742
PSP	11.02.18.01	Luftrettung																			
		1.860	2.077	667	632	722	369	169	1.031	343	588	1.420	1.879	3.757	2.800	3.483	3.551	351	1.650	418	27.767
530	Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt																				
PSP	11.07.04.03	Apotheken- und Arzneimittelwesen																			
		440	492	158	150	171	87	40	244	81	139	336	444	889	662	824	840	83	390	99	6.569
510	Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -																				
KST	510420	Betreutes Wohnen, Nachgehende Hilfen																			
		1.209	1.351	434	411	471	240	110	670	223	382	923	1.222	2.443	1.820	2.265	2.309	227	1.074	271	18.054
PSP	11.06.02.03.0004.02	KH Wintersheide																			
		2.103	2.349	755	714	817	418	191	1.166	388	664	1.606	2.125	4.249	3.166	3.939	4.016	397	1.866	473	31.402
PSP	11.06.02.03.0004.03	JWH Linie 3																			
		1.620	1.809	581	550	629	322	147	898	298	512	1.237	1.636	3.272	2.438	3.034	3.093	306	1.437	364	24.183
PSP	11.06.02.03.0004.04	MWH Halhof																			
		1.216	1.359	436	413	472	242	110	674	224	384	929	1.229	2.457	1.831	2.278	2.322	230	1.079	274	18.159
PSP	11.06.02.03.0004.05	Rolf-Wagner-Haus																			
		1.821	2.034	653	619	707	362	165	1.008	336	575	1.390	1.840	3.680	2.742	3.411	3.478	344	1.616	410	27.192
PSP	11.06.02.03.0004.08	Kinderhaus																			
		2.218	2.476	795	753	860	439	201	1.228	409	701	1.693	2.240	4.478	3.338	4.153	4.233	418	1.969	498	33.099
		Summe Leistungsverrechnung:																			
		47.783	53.380	17.146	16.231	18.556	9.490	4.340	26.485	8.807	15.098	36.486	48.276	96.550	71.943	89.508	91.249	9.020	42.401	10.754	713.503
2. Anforderung durch Amt für Finanzen																					
700	EBE Umweltbetrieb																				
	refinanzierte Kostenstellen																				
		56.363	62.965	20.225	19.145	21.888	11.195	5.120	31.240	10.388	17.809	43.037	56.944	113.888	84.861	105.580	107.633	10.640	50.014	12.685	841.620
		Gesamtsumme:																			
		104.146	116.345	37.371	35.376	40.444	20.685	9.460	57.725	19.195	32.907	79.523	105.220	210.438	156.804	195.088	198.882	19.660	92.415	23.439	1.555.123

Anlage 9																						
Umlage Managementproduktpauschale 2021																						
Erstattungs-berechtigte Dienststelle:	002.1	002.2	005	019				091	110.1			110.2, Amtsleitung 110		112	140	200.2, Amtsleitung 200	210	300		Summe		
	Büro Oberbürgermeister	Büro des Rates	Gleichstellungsstelle	Betrieblicher Gesundheitsschutz				Stab Dezernat 1, Stadtkämmerer	Amt für Personal, Organisation, IT und Zentrale Leistungen			Amt für Personal, Organisation, IT und Zentrale Leistungen		Personalrat	Rechnungsprüfungsamt	Amt für Finanzen	Konzerncontrolling u. steuerliche Angelegenheiten	Rechtsamt				
PSP-Element:	11.01.02.01	11.01.70.01.0002	11.01.03.01	11.01.26.01	11.01.26.02	11.01.26.03	11.01.26.04	11.01.18.01	11.01.10.01	11.01.10.02	11.01.10.03	11.01.08.01	11.01.08.02	11.01.04.01	11.01.05.01	11.01.09.02	11.01.16.01	11.01.11.01	11.01.32.01			
	Steuerungsunterstützung	Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit	Gleichstellung innerhalb der Verwaltung	Arbeits-sicherheit	Arbeits-medizin	Sozialberatung und Suchtkrankenhilfe	Sicherheits- und Gesundheits-schutz-koordination	Verwaltungsleitung Dez. Inneres / Finanzen	Allgemeine Regelungen Organisationsangelegenheiten	Stellenplan und Bewirtschaftung	Organisatorische Einzelmaßnahmen	Personalentwicklung	Personalbedarfsdeckung	Personalrat	Rechnungsprüfung	Haushaltsmanagement	Konzerncontrolling u. steuerliche Angelegenheiten	Rechtsbetreuung	Datenschutz und Informationsfreiheit			
	6,71%	7,38%	2,41%	2,28%	2,61%	1,33%	0,61%	3,72%	1,25%	2,15%	5,19%	6,74%	13,48%	10,12%	12,58%	12,74%	1,2656%	5,93%	1,51%	100,00%		
Zahlungspflichtige Dienststellen / Kostenstelle bzw. PSP-Element:																						
1. Leistungsverrechnung																						
150	Bürgeramt																					
PSP	11.02.29.01	Zentrale Ausländerbehörde	12.020	13.232	4.315	4.091	4.677	2.392	1.094	6.671	2.244	3.847	9.297	12.082	24.163	18.133	22.547	22.833	2.269	10.623	2.715	179.245
320	Ordnungsamt																					
PSP	11.02.28.01	Wochenmärkte	362	400	130	124	141	72	33	202	68	116	281	365	730	549	681	690	69	321	83	5.417
360	Umweltamt																					
PSP	11.11.02.01	Abfallüberwachung	447	492	160	152	174	89	41	248	83	143	346	449	898	674	838	849	84	394	101	6.662
PSP	11.11.03.01	Vorflutsicherung	890	980	319	303	346	177	81	494	166	285	688	895	1.789	1.343	1.669	1.690	168	786	201	13.270
PSP	11.11.03.02	Abwasserkontrolle	1.101	1.212	395	375	428	219	100	611	206	352	852	1.107	2.213	1.661	2.065	2.092	208	973	249	16.419
PSP	11.11.04.01	Entsorgung Grundstücksentwässerungsanlagen	27	30	10	9	10	5	2	15	5	9	21	27	54	40	50	51	5	24	6	400
PSP	11.14.05.02.0001	Nachsorge der städtischen Deponien	480	528	172	163	187	96	44	266	90	154	371	482	965	724	900	912	91	424	108	7.157
370	Feuerwehramt																					
PSP	11.02.17.01.0001	Notfallrettung ohne Notarzt	16.832	18.529	6.042	5.729	6.550	3.350	1.532	9.341	3.142	5.387	13.018	16.918	33.835	25.391	31.572	31.973	3.177	14.875	3.802	250.995
PSP	11.02.17.01.0002	Notfallrettung mit Notarzt	2.959	3.258	1.062	1.007	1.152	589	269	1.642	552	947	2.289	2.974	5.949	4.464	5.552	5.621	558	2.615	668	44.127
PSP	11.02.17.02.0001	Krankentransport	731	804	262	249	284	145	67	405	136	234	565	734	1.469	1.102	1.371	1.388	138	646	165	10.895
PSP	11.02.18.01	Luftrettung	1.889	2.079	678	643	735	376	172	1.048	353	604	1.460	1.898	3.797	2.849	3.543	3.587	356	1.669	427	28.163
530	Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt																					
PSP	11.07.04.03	Apotheken- und Arzneimittelwesen	447	491	160	152	174	89	41	248	83	143	346	449	898	674	838	849	84	395	101	6.662
510	Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -																					
KST	510420	Betreutes Wohnen, Nachgehende Hilfen	1.228	1.352	441	418	478	244	112	681	230	393	950	1.234	2.468	1.852	2.303	2.333	232	1.085	277	18.311
PSP	11.06.02.03.0004.02	KH Wintersheide	2.136	2.351	767	727	831	425	194	1.185	399	684	1.652	2.147	4.293	3.222	4.006	4.057	403	1.888	482	31.849
PSP	11.06.02.03.0004.03	JWH Linie 3	1.645	1.811	590	560	640	327	150	914	307	526	1.272	1.653	3.307	2.481	3.085	3.124	310	1.454	372	24.528
PSP	11.06.02.03.0004.04	MWH Halhof	1.235	1.360	443	420	481	247	112	685	231	395	955	1.241	2.483	1.863	2.317	2.346	233	1.092	279	18.418
PSP	11.06.02.03.0004.05	Rolf-Wagner-Haus	1.850	2.036	664	630	720	368	168	1.026	345	592	1.430	1.859	3.718	2.790	3.469	3.513	349	1.635	418	27.580
PSP	11.06.02.03.0004.08	Kinderhaus	2.251	2.478	809	766	876	448	205	1.249	420	720	1.741	2.263	4.526	3.396	4.223	4.276	425	1.990	509	33.571
	Summe Leistungsverrechnung:		48.530	53.423	17.419	16.518	18.884	9.658	4.417	26.931	9.060	15.531	37.534	48.777	97.555	73.208	91.029	92.184	9.159	42.889	10.963	723.669
2. Anforderung durch Amt für Finanzen																						
700	EBE Umweltbetrieb																					
	refinanzierte Kostenstellen		57.244	63.015	20.547	19.485	22.275	11.393	5.210	31.767	10.687	18.320	44.273	57.536	115.071	86.354	107.375	108.737	10.803	50.589	12.931	853.612
Gesamtsumme:			105.774	116.438	37.966	36.003	41.159	21.051	9.627	58.698	19.747	33.851	81.807	106.313	212.626	159.562	198.404	200.921	19.962	93.478	23.894	1.577.281

Haushaltsquerschnitt 2020 / 2021

2020

Haushaltsquerschnitt des Ergebnishaushalts		Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ordentliches Ergebnis	Finanzergebnis	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	Außerordentliches Ergebnis	Ergebnis des Teilhaushaltes
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7
C0	Gesamtverwaltung	1.371.115.393	-1.388.052.280	-16.936.887	21.335.439	4.398.553	0	4.398.553
C0_01	Innere Verwaltung	42.336.064	-172.650.796	-130.314.732	5.693	-130.309.039	0	-130.309.039
C0_0102	Verwaltungsleitung-Oberbürgermeister	68.842	-1.538.924	-1.470.082	0	-1.470.082	0	-1.470.082
C0_0103	Gleichstellung der Geschlechter	38.227	-374.926	-336.699	0	-336.699	0	-336.699
C0_0104	Beschäftigtenvertretung	84.861	-912.281	-827.420	0	-827.420	0	-827.420
C0_0105	Rechnungsprüfung	106.127	-1.165.527	-1.059.400	0	-1.059.400	0	-1.059.400
C0_0106	Zentrale Dienste	3.146.110	-6.650.583	-3.504.473	0	-3.504.473	0	-3.504.473
C0_0107	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	31.031	-883.576	-852.545	0	-852.545	0	-852.545
C0_0108	Personalmanagement	25.782.359	-101.880.918	-76.098.558	0	-76.098.558	0	-76.098.558
C0_0109	Finanzmanagement und Rechnungswesen	237.762	-8.288.614	-8.050.851	5.693	-8.045.158	0	-8.045.158
C0_0110	Organisationsangelegenheiten	71.234	-2.002.404	-1.931.170	0	-1.931.170	0	-1.931.170
C0_0111	Recht	925.994	-2.582.722	-1.656.728	0	-1.656.728	0	-1.656.728
C0_0112	Schwerbehindertenvertretung	0	-199.328	-199.328	0	-199.328	0	-199.328
C0_0115	Informations- und Kommunikationstechnik	5.881.190	-23.744.808	-17.863.618	0	-17.863.618	0	-17.863.618
C0_0116	Konzerncontrolling, steuerl. Angelegenh.	41.440	-2.912.421	-2.870.981	0	-2.870.981	0	-2.870.981

2020

Haushaltsquerschnitt des Ergebnishaushalts		Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ordentliches Ergebnis	Finanzergebnis	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	Außerordentliches Ergebnis	Ergebnis des Teilhaushaltes
		1	2	3	4	5	6	7
C0_0118	Verwaltungsleitung -Dez.Inneres/Finanzen	31.240	-676.166	-644.926	0	-644.926	0	-644.926
C0_0119	Verwaltungs. -Dez. Schule/Bürger/Kultur	0	-516.259	-516.259	0	-516.259	0	-516.259
C0_0120	Verwaltungs. - Dez. Umwelt/Klimaschutz	0	-481.198	-481.198	0	-481.198	0	-481.198
C0_0121	Verw.Leitungs-Dez.Wifö- Stadtentw-Mobilit.	796.433	-1.758.717	-962.284	0	-962.284	0	-962.284
C0_0122	Verwaltungsleitung - Dez. Soziales	219	-496.265	-496.046	0	-496.046	0	-496.046
C0_0124	BürgerServiceCenter (BSC)	135.608	-1.374.044	-1.238.437	0	-1.238.437	0	-1.238.437
C0_0126	Arbeitssicherheit/Gesund- heitschutz	125.980	-999.110	-873.130	0	-873.130	0	-873.130
C0_0127	Kommunale Integrationsarbeit /förderung	537.262	-1.725.719	-1.188.457	0	-1.188.457	0	-1.188.457
C0_0131	Integrierte Sozialplanung und Prävention	4.011.982	-2.843.315	1.168.667	0	1.168.667	0	1.168.667
C0_0132	Datenschutz und Informationsfreiheit	12.685	-150.916	-138.231	0	-138.231	0	-138.231
C0_0161	Finanz- und Personalausschuss	0	-30.610	-30.610	0	-30.610	0	-30.610
C0_0162	Rechnungsprüfungs- aus- schuss	3	-25.611	-25.608	0	-25.608	0	-25.608

2020

Haushaltsquerschnitt des Ergebnishaushalts		Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ordentliches Ergebnis	Finanzergebnis	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	Außerordentliches Ergebnis	Ergebnis des Teilhaushaltes
		1	2	3	4	5	6	7
C0_0163	Bürgerausschuss	0	-6.994	-6.994	0	-6.994	0	-6.994
C0_0164	Schulausschuss	8	-81.972	-81.963	0	-81.963	0	-81.963
C0_0165	StEA	13	-110.778	-110.765	0	-110.765	0	-110.765
C0_0166	SGA, Seniorenrat, Beiräte	3.459	-128.491	-125.032	0	-125.032	0	-125.032
C0_0167	JHA einschl. 2 UA'e u. Mädchenbeirat	33	-59.508	-59.475	0	-59.475	0	-59.475
C0_0168	Kulturausschuss	16	-65.589	-65.573	0	-65.573	0	-65.573
C0_0169	Sportausschuss	128	-20.140	-20.013	0	-20.013	0	-20.013
C0_0170	Rat und Ausschüsse, Fraktionen, Gruppen	95.497	-4.772.465	-4.676.967	0	-4.676.967	0	-4.676.967
C0_0171	Stadtbezirksmanagement Mitte	2.304	-266.738	-264.434	0	-264.434	0	-264.434
C0_0172	Stadtbezirksmanagement Dornberg	2.508	-194.376	-191.869	0	-191.869	0	-191.869
C0_0173	Bezirksvertretung Mitte	1.174	-6.070	-4.896	0	-4.896	0	-4.896
C0_0174	Bezirksvertretung Dornberg	1.174	-6.070	-4.896	0	-4.896	0	-4.896
C0_0181	Stadtbezirksmanagement Brackwede	123.383	-655.266	-531.883	0	-531.883	0	-531.883
C0_0182	Stadtbezirksmanagement Heepen	12.688	-294.951	-282.264	0	-282.264	0	-282.264
C0_0183	Stadtbezirksmanagement Sennestadt	6.616	-194.876	-188.260	0	-188.260	0	-188.260

2020

Haushaltsquerschnitt des Ergebnishaushalts		Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ordentliches Ergebnis	Finanzergebnis	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	Außerordentliches Ergebnis	Ergebnis des Teilhaushaltes
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7
C0_0184	Stadtbezirksmanagement Senne	6.297	-289.585	-283.288	0	-283.288	0	-283.288
C0_0186	Stadtbezirksmanagement Jöllenbeck	7.464	-170.533	-163.069	0	-163.069	0	-163.069
C0_0187	Stadtbezirksmanagement Gadderbaum	58	-25.029	-24.971	0	-24.971	0	-24.971
C0_0188	Stadtbezirksmanagement Schildesche	0	-13.954	-13.954	0	-13.954	0	-13.954
C0_0189	Stadtbezirksmanagement Stieghorst	2.108	-58.169	-56.061	0	-56.061	0	-56.061
C0_0191	Bezirksvertretung Brackwede	568	-180.574	-180.006	0	-180.006	0	-180.006
C0_0192	Bezirksvertretung Heepen	1.269	-151.905	-150.636	0	-150.636	0	-150.636
C0_0193	Bezirksvertretung Sennestadt	780	-149.796	-149.016	0	-149.016	0	-149.016
C0_0194	Bezirksvertretung Senne	60	-158.316	-158.256	0	-158.256	0	-158.256
C0_0196	Bezirksvertretung Jöllenbeck	351	-105.155	-104.804	0	-104.804	0	-104.804
C0_0197	Bezirksvertretung Gadderbaum	307	-66.954	-66.646	0	-66.646	0	-66.646
C0_0198	Bezirksvertretung Schildesche	319	-95.657	-95.338	0	-95.338	0	-95.338

2020

Haushaltsquerschnitt des Ergebnishaushalts		Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ordentliches Ergebnis	Finanzergebnis	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	Außerordentliches Ergebnis	Ergebnis des Teilhaushaltes
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7
C0_0199	Bezirksvertretung Stieghorst	893	-105.925	-105.032	0	-105.032	0	-105.032
C0_02	Sicherheit und Ordnung	64.926.666	-88.031.835	-23.105.169	0	-23.105.169	0	-23.105.169
C0_0201	Allgemeine Sicherheit und Ordnung	715.708	-1.580.815	-865.107	0	-865.107	0	-865.107
C0_0202	Gewerbewesen	684.077	-998.809	-314.732	0	-314.732	0	-314.732
C0_0203	Lebensmittelüberwachung	186.780	-1.975.936	-1.789.156	0	-1.789.156	0	-1.789.156
C0_0204	Veterinärwesen/Artenschutz	19.500	-418.035	-398.535	0	-398.535	0	-398.535
C0_0205	Fleischhygiene	50.000	-35.136	14.865	0	14.865	0	14.865
C0_0207	Verkehrsangelegenheiten	704.808	-1.412.464	-707.656	0	-707.656	0	-707.656
C0_0208	Fahr- und Beförderungserlaubnisse	664.643	-825.145	-160.502	0	-160.502	0	-160.502
C0_0209	Kfz-Angelegenheiten	2.888.629	-2.045.657	842.972	0	842.972	0	842.972
C0_0210	Einwohnerangelegenheiten	2.158.582	-4.945.438	-2.786.857	0	-2.786.857	0	-2.786.857
C0_0211	Personenstandswesen	967.037	-2.315.435	-1.348.398	0	-1.348.398	0	-1.348.398
C0_0212	Ausländerangelegenheiten	494.416	-2.892.421	-2.398.006	0	-2.398.006	0	-2.398.006
C0_0213	Statistik	34.411	-323.488	-289.077	0	-289.077	0	-289.077
C0_0214	Wahlen	491	-990.483	-989.992	0	-989.992	0	-989.992

2020

Haushaltsquerschnitt des Ergebnishaushalts		Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ordentliches Ergebnis	Finanzergebnis	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	Außerordentliches Ergebnis	Ergebnis des Teilhaushaltes
		1	2	3	4	5	6	7
C0_0215	Gefahrenabwehr	1.722.049	-22.075.311	-20.353.261	0	-20.353.261	0	-20.353.261
C0_0216	Gefahrenvorbeugung	207.784	-917.212	-709.429	0	-709.429	0	-709.429
C0_0217	Rettungsdienst	22.134.144	-20.371.293	1.762.851	0	1.762.851	0	1.762.851
C0_0218	Luftrettung	2.302.142	-2.422.517	-120.375	0	-120.375	0	-120.375
C0_0221	Verkehrsordnungswidrigkeiten	15.507.846	-3.986.762	11.521.084	0	11.521.084	0	11.521.084
C0_0222	Sicherheit und Ordnung Brackwede	51.618	-173.352	-121.735	0	-121.735	0	-121.735
C0_0223	Sicherheit und Ordnung Heepen	25.715	-206.456	-180.741	0	-180.741	0	-180.741
C0_0224	Sicherheit und Ordnung Sennestadt	19.266	-139.408	-120.142	0	-120.142	0	-120.142
C0_0225	Sicherheit und Ordnung Senne	14.152	-94.819	-80.666	0	-80.666	0	-80.666
C0_0226	Sicherheit und Ordnung Jöllenbeck	11.379	-87.470	-76.091	0	-76.091	0	-76.091
C0_0227	Außendienste	22.305	-3.190.705	-3.168.399	0	-3.168.399	0	-3.168.399
C0_0228	Wochenmärkte	596.233	-367.721	228.512	0	228.512	0	228.512
C0_0229	ZAB - Zentrale Ausländerbehörde	12.742.950	-13.239.546	-496.596	0	-496.596	0	-496.596
C0_03	Schulträgeraufgaben	35.069.076	-121.188.585	-86.119.509	0	-86.119.509	0	-86.119.509
C0_0301	Bereitstellung schul. Einrichtungen	17.099.562	-84.036.659	-66.937.096	0	-66.937.096	0	-66.937.096

2020

Haushaltsquerschnitt des Ergebnishaushalts		Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ordentliches Ergebnis	Finanzergebnis	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	Außerordentliches Ergebnis	Ergebnis des Teilhaushaltes
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7
C0_0302	Zentrale Leistungen des Schulträgers	17.954.513	-36.398.998	-18.444.485	0	-18.444.485	0	-18.444.485
C0_0304	Schulaufsicht	15.001	-752.928	-737.928	0	-737.928	0	-737.928
C0_04	Kultur und Wissenschaft	6.266.886	-46.573.364	-40.306.478	0	-40.306.478	0	-40.306.478
C0_0401	Kommunale Veranstaltungen	305.435	-1.205.996	-900.561	0	-900.561	0	-900.561
C0_0402	Kulturförderung	162.696	-1.594.893	-1.432.197	0	-1.432.197	0	-1.432.197
C0_0404	Bereitstellung von Weiterbildungskursen	2.155.864	-3.539.687	-1.383.823	0	-1.383.823	0	-1.383.823
C0_0405	Musik- und Kunstschule	2.711.833	-5.197.577	-2.485.744	0	-2.485.744	0	-2.485.744
C0_0406	Stadtbibliothek	528.510	-5.514.506	-4.985.996	0	-4.985.996	0	-4.985.996
C0_0409	Stadtarchiv u. Landesgesch. Bibliothek	43.947	-1.534.765	-1.490.818	0	-1.490.818	0	-1.490.818
C0_0410	Historisches Museum	154.778	-2.084.021	-1.929.242	0	-1.929.242	0	-1.929.242
C0_0411	Naturkundemuseum	55.823	-954.235	-898.412	0	-898.412	0	-898.412
C0_0413	Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld	148.000	-22.418.685	-22.270.685	0	-22.270.685	0	-22.270.685
C0_0414	WissensWerkStadt	0	-100.000	-100.000	0	-100.000	0	-100.000
C0_0415	Beteiligung an Kunsthalle gemGmbH	0	-2.429.000	-2.429.000	0	-2.429.000	0	-2.429.000
C0_05	Soziale Leistungen	131.249.445	-279.131.186	-147.881.741	14.000	-147.867.741	0	-147.867.741

2020

Haushaltsquerschnitt des Ergebnishaushalts		Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ordentliches Ergebnis	Finanzergebnis	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	Außerordentliches Ergebnis	Ergebnis des Teilhaushaltes
		1	2	3	4	5	6	7
C0_0501	Grundsicherung für Arbeit	50.630.919	-119.448.999	-68.818.080	0	-68.818.080	0	-68.818.080
C0_0502	Sicherung des Lebensunterhalts	52.858.081	-71.035.714	-18.177.633	14.000	-18.163.633	0	-18.163.633
C0_0503	Besondere soziale Leistungen	17.587.493	-74.015.980	-56.428.488	0	-56.428.488	0	-56.428.488
C0_0504	Sozialversicherungsangelegenheiten	35.000	-124.941	-89.941	0	-89.941	0	-89.941
C0_0505	ArbeitPlus in Bielefeld gGmbH	5	-9.014	-9.010	0	-9.010	0	-9.010
C0_0506	REGE	5	-2.069.395	-2.069.390	0	-2.069.390	0	-2.069.390
C0_0507	Unterhaltsvorschuss	10.137.943	-12.427.143	-2.289.200	0	-2.289.200	0	-2.289.200
C0_06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	107.011.467	-271.020.681	-164.009.214	0	-164.009.214	0	-164.009.214
C0_0601	Förderung von Kindern / Prävention	89.748.996	-178.849.815	-89.100.819	0	-89.100.819	0	-89.100.819
C0_0602	Förderung von Familien	17.247.902	-89.728.375	-72.480.473	0	-72.480.473	0	-72.480.473
C0_0603	Unterstützung in rechtlichen Verfahren	14.568	-2.442.491	-2.427.923	0	-2.427.923	0	-2.427.923
C0_07	Gesundheitsdienste	1.348.832	-6.370.519	-5.021.688	0	-5.021.688	0	-5.021.688
C0_0701	Gesundheitsförderung	275.485	-2.006.680	-1.731.195	0	-1.731.195	0	-1.731.195
C0_0702	Gutachten und Stellungnahmen	128.415	-360.028	-231.613	0	-231.613	0	-231.613
C0_0703	Gesundheitshilfe	15.308	-2.120.764	-2.105.457	0	-2.105.457	0	-2.105.457

2020

Haushaltsquerschnitt des Ergebnishaushalts		Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ordentliches Ergebnis	Finanzergebnis	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	Außerordentliches Ergebnis	Ergebnis des Teilhaushaltes
		1	2	3	4	5	6	7
C0_0704	Gesundheits- u. Infektionsschutz	929.623	-1.856.247	-926.624	0	-926.624	0	-926.624
C0_0705	Medizinische Ausbildung OWL	0	-26.800	-26.800	0	-26.800	0	-26.800
C0_08	Sportförderung	492.706	-16.791.297	-16.298.591	0	-16.298.591	0	-16.298.591
C0_0801	Bereitstellung von Sportanlagen	142.972	-15.223.569	-15.080.597	0	-15.080.597	0	-15.080.597
C0_0802	Sportförderung	325.525	-900.054	-574.529	0	-574.529	0	-574.529
C0_0803	Bereitstellung von Bädern und Eisbahnen	24.209	-667.674	-643.465	0	-643.465	0	-643.465
C0_09	Räumliche Planung u. Entwicklung, Geo-I.	8.763.719	-18.416.683	-9.652.964	0	-9.652.964	0	-9.652.964
C0_0901	Generelle räumliche Planung	7.866.376	-9.999.926	-2.133.550	0	-2.133.550	0	-2.133.550
C0_0902	Teilräumliche Planung	112.426	-2.734.605	-2.622.179	0	-2.622.179	0	-2.622.179
C0_0903	Vermess., Erheb.u. Führung Geobasisdaten	569.411	-4.320.812	-3.751.401	0	-3.751.401	0	-3.751.401
C0_0904	Geoinformationsdienste , -datenmanagement	92.836	-779.470	-686.635	0	-686.635	0	-686.635
C0_0906	Grundstückswertermittlung	122.671	-581.870	-459.199	0	-459.199	0	-459.199
C0_10	Bauen und Wohnen	3.388.864	-6.238.227	-2.849.363	0	-2.849.363	0	-2.849.363
C0_1001	Maßnahmen der Bauaufsicht	2.899.416	-4.322.455	-1.423.039	0	-1.423.039	0	-1.423.039

2020

Haushaltsquerschnitt des Ergebnishaushalts		Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ordentliches Ergebnis	Finanzergebnis	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	Außerordentliches Ergebnis	Ergebnis des Teilhaushaltes
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7
C0_1002	Beratung/Information vor Antragstellung	57.891	-509.069	-451.178	0	-451.178	0	-451.178
C0_1003	Maßnahmen Denkmalschutz/Stadtgestaltung	37.348	-476.319	-438.971	0	-438.971	0	-438.971
C0_1004	Wohnungsbauförderung	280.878	-293.469	-12.591	0	-12.591	0	-12.591
C0_1006	Wohnraumüberwachung	37.324	-235.120	-197.796	0	-197.796	0	-197.796
C0_1007	Wohnungsmarktbeobachtung	3	-132.889	-132.887	0	-132.887	0	-132.887
C0_1010	Maßnahmen der Baustatik	76.004	-268.905	-192.901	0	-192.901	0	-192.901
C0_11	Ver- und Entsorgung	102.328.619	-99.271.850	3.056.769	0	3.056.769	0	3.056.769
C0_1101	Abfallbeseitigung	24.906.603	-23.586.625	1.319.978	0	1.319.978	0	1.319.978
C0_1102	Abfallüberwachung	2.501	-215.277	-212.776	0	-212.776	0	-212.776
C0_1103	Vorflutsicherung / Abwasserkontrolle	230.480	-1.610.384	-1.379.904	0	-1.379.904	0	-1.379.904
C0_1104	Entsorg.Grundstücksentwässerungsanlagen	31.800	-25.303	6.497	0	6.497	0	6.497
C0_1105	Stadtentwässerung	77.157.235	-73.834.262	3.322.973	0	3.322.973	0	3.322.973
C0_12	Verkehrflächen und -anlagen, ÖPNV	34.360.459	-73.536.047	-39.175.588	4.000	-39.171.588	0	-39.171.588
C0_1201	Öffentliche Verkehrsflächen	18.397.726	-45.643.382	-27.245.656	4.000	-27.241.656	0	-27.241.656

2020

Haushaltsquerschnitt des Ergebnishaushalts		Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ordentliches Ergebnis	Finanzergebnis	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	Außerordentliches Ergebnis	Ergebnis des Teilhaushaltes
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7
C0_1202	Verkehrsanlagen	1.805.962	-11.411.386	-9.605.424	0	-9.605.424	0	-9.605.424
C0_1203	Verkehrliche Planung	297.947	-1.731.700	-1.433.753	0	-1.433.753	0	-1.433.753
C0_1204	ÖPNV	8.380.720	-8.110.575	270.145	0	270.145	0	270.145
C0_1205	Straßenreinigung	5.478.104	-6.639.004	-1.160.900	0	-1.160.900	0	-1.160.900
C0_13	Natur- und Landschaftspflege	7.262.981	-33.575.779	-26.312.798	0	-26.312.798	0	-26.312.798
C0_1301	Öffentliches Grün	1.418.027	-12.603.655	-11.185.628	0	-11.185.628	0	-11.185.628
C0_1302	Natur und Landschaft	181.791	-2.099.070	-1.917.279	0	-1.917.279	0	-1.917.279
C0_1304	Wasser und Wasserbau	888.854	-3.736.527	-2.847.672	0	-2.847.672	0	-2.847.672
C0_1305	Friedhofs- und Bestattungswesen	4.774.309	-7.190.109	-2.415.800	0	-2.415.800	0	-2.415.800
C0_1308	Bezirkliches Grün Stadtbezirk Brackwede	0	-971.778	-971.778	0	-971.778	0	-971.778
C0_1309	Bezirkliches Grün Stadtbezirk Heepen	0	-992.752	-992.752	0	-992.752	0	-992.752
C0_1310	Bezirkliches Grün Stadtbezirk Sennestadt	0	-521.123	-521.123	0	-521.123	0	-521.123
C0_1311	Bezirkliches Grün Stadtbezirk Senne	0	-291.741	-291.741	0	-291.741	0	-291.741
C0_1313	Bezirkliches Grün Stadtbezirk Jöllenbeck	0	-444.683	-444.683	0	-444.683	0	-444.683
C0_1314	Bezirkliches Grün Stadtbezirk Gadderbaum	0	-223.413	-223.413	0	-223.413	0	-223.413

2020

Haushaltsquerschnitt des Ergebnishaushalts		Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ordentliches Ergebnis	Finanzergebnis	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	Außerordentliches Ergebnis	Ergebnis des Teilhaushaltes
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7
C0_1315	Bezirkliches Grün Stadtbez. Schildesche	0	-1.314.238	-1.314.238	0	-1.314.238	0	-1.314.238
C0_1316	Bezirkliches Grün Stadtbezirk Stieghorst	0	-548.237	-548.237	0	-548.237	0	-548.237
C0_1317	Bezirkliches Grün Stadtbezirk Mitte	0	-2.117.034	-2.117.034	0	-2.117.034	0	-2.117.034
C0_1318	Bezirkliches Grün Stadtbezirk Dornberg	0	-521.420	-521.420	0	-521.420	0	-521.420
C0_14	Umweltschutz	1.716.056	-4.195.393	-2.479.337	0	-2.479.337	0	-2.479.337
C0_1401	Umweltinformation u.-koord. u. -vorsorge	12.804	-600.412	-587.608	0	-587.608	0	-587.608
C0_1404	Luft, Stadtklima und Lärm	518.354	-1.936.072	-1.417.718	0	-1.417.718	0	-1.417.718
C0_1405	Bodensch./Schutz v.altlastenbed.Gefahren	1.184.897	-1.658.909	-474.012	0	-474.012	0	-474.012
C0_15	Wirtschaft und Tourismus	20.954.000	-14.574.716	6.379.284	13.013.448	19.392.732	0	19.392.732
C0_1511	Beteiligungen der Stadt Bielefeld	20.954.000	-14.574.716	6.379.284	13.013.448	19.392.732	0	19.392.732
C0_16	Allgemeine Finanzwirtschaft	803.639.554	-136.485.320	667.154.235	8.298.298	675.452.533	0	675.452.533
C0_1601	Allgemeine Finanzwirtschaft	803.639.554	-136.485.320	667.154.235	8.298.298	675.452.533	0	675.452.533

2021

Haushaltsquerschnitt des Ergebnishaushalts		Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ordentliches Ergebnis	Finanzergebnis	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	Außerordentliches Ergebnis	Ergebnis des Teilhaushaltes
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7
C0	Gesamtverwaltung	1.414.410.528	-1.425.091.923	-10.681.395	15.763.204	5.081.809	0	5.081.809
C0_01	Innere Verwaltung	42.195.990	-177.542.358	-135.346.368	5.793	-135.340.575	0	-135.340.575
C0_0102	Verwaltungsleitung-Oberbürgermeister	69.723	-1.566.103	-1.496.380	0	-1.496.380	0	-1.496.380
C0_0103	Gleichstellung der Geschlechter	38.549	-381.990	-343.441	0	-343.441	0	-343.441
C0_0104	Beschäftigtenvertretung	86.354	-930.939	-844.585	0	-844.585	0	-844.585
C0_0105	Rechnungsprüfung	107.922	-1.190.615	-1.082.692	0	-1.082.692	0	-1.082.692
C0_0106	Zentrale Dienste	3.252.233	-6.774.310	-3.522.077	0	-3.522.077	0	-3.522.077
C0_0107	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	30.954	-895.840	-864.886	0	-864.886	0	-864.886
C0_0108	Personalmanagement	26.967.447	-106.017.844	-79.050.397	0	-79.050.397	0	-79.050.397
C0_0109	Finanzmanagement und Rechnungswesen	206.151	-8.459.552	-8.253.401	5.793	-8.247.608	0	-8.247.608
C0_0110	Organisationsangelegenheiten	73.280	-2.042.418	-1.969.138	0	-1.969.138	0	-1.969.138
C0_0111	Recht	926.569	-2.601.218	-1.674.649	0	-1.674.649	0	-1.674.649
C0_0112	Schwerbehindertenvertretung	0	-203.700	-203.700	0	-203.700	0	-203.700
C0_0115	Informations- und Kommunikationstechnik	5.947.052	-25.366.784	-19.419.732	0	-19.419.732	0	-19.419.732
C0_0116	Konzerncontrolling, steuerl. Angelegenh.	41.203	-2.079.034	-2.037.831	0	-2.037.831	0	-2.037.831

2021

Haushaltsquerschnitt des Ergebnishaushalts		Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ordentliches Ergebnis	Finanzergebnis	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	Außerordentliches Ergebnis	Ergebnis des Teilhaushaltes
		1	2	3	4	5	6	7
C0_0118	Verwaltungsleitung -Dez.Inneres/Finanzen	31.767	-691.121	-659.354	0	-659.354	0	-659.354
C0_0119	Verwaltungs. -Dez. Schule/Bürger/Kultur	0	-526.735	-526.735	0	-526.735	0	-526.735
C0_0120	Verwaltungs. - Dez. Umwelt/Klimaschutz	0	-492.557	-492.557	0	-492.557	0	-492.557
C0_0121	Verw.Leitungs-Dez.Wifö- Stadtentw-Mobilit.	592.737	-1.489.601	-896.864	0	-896.864	0	-896.864
C0_0122	Verwaltungsleitung - Dez. Soziales	219	-506.478	-506.259	0	-506.259	0	-506.259
C0_0124	BürgerServiceCenter (BSC)	135.608	-1.401.158	-1.265.550	0	-1.265.550	0	-1.265.550
C0_0126	Arbeitssicherheit/Gesun- dheitsschutz	126.995	-1.017.602	-890.607	0	-890.607	0	-890.607
C0_0127	Kommunale Integrationsarbeit /förderung	537.262	-1.746.527	-1.209.265	0	-1.209.265	0	-1.209.265
C0_0131	Integrierte Sozialplanung und Prävention	2.741.890	-2.425.346	316.544	0	316.544	0	316.544
C0_0132	Datenschutz und Informationsfreiheit	12.931	-154.724	-141.793	0	-141.793	0	-141.793
C0_0161	Finanz- und Personalausschuss	0	-31.190	-31.190	0	-31.190	0	-31.190
C0_0162	Rechnungsprüfungs- aus- schuss	3	-26.155	-26.152	0	-26.152	0	-26.152

2021

Haushaltsquerschnitt des Ergebnishaushalts		Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ordentliches Ergebnis	Finanzergebnis	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	Außerordentliches Ergebnis	Ergebnis des Teilhaushaltes
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7
C0_0163	Bürgerausschuss	0	-7.150	-7.150	0	-7.150	0	-7.150
C0_0164	Schulausschuss	8	-83.747	-83.738	0	-83.738	0	-83.738
C0_0165	StEA	13	-113.119	-113.105	0	-113.105	0	-113.105
C0_0166	SGA, Seniorenrat, Beiräte	3.438	-130.444	-127.006	0	-127.006	0	-127.006
C0_0167	JHA einschl. 2 UA'e u. Mädchenbeirat	33	-60.394	-60.361	0	-60.361	0	-60.361
C0_0168	Kulturausschuss	4	-66.713	-66.709	0	-66.709	0	-66.709
C0_0169	Sportausschuss	40	-18.213	-18.173	0	-18.173	0	-18.173
C0_0170	Rat und Ausschüsse, Fraktionen, Gruppen	95.547	-4.822.318	-4.726.771	0	-4.726.771	0	-4.726.771
C0_0171	Stadtbezirksmanagement Mitte	2.304	-266.230	-263.927	0	-263.927	0	-263.927
C0_0172	Stadtbezirksmanagement Dornberg	2.508	-193.848	-191.340	0	-191.340	0	-191.340
C0_0173	Bezirksvertretung Mitte	1.174	-5.811	-4.637	0	-4.637	0	-4.637
C0_0174	Bezirksvertretung Dornberg	1.174	-5.811	-4.637	0	-4.637	0	-4.637
C0_0181	Stadtbezirksmanagement Brackwede	123.383	-660.943	-537.560	0	-537.560	0	-537.560
C0_0182	Stadtbezirksmanagement Heepen	12.662	-297.772	-285.111	0	-285.111	0	-285.111
C0_0183	Stadtbezirksmanagement Sennestadt	6.616	-197.580	-190.964	0	-190.964	0	-190.964

2021

Haushaltsquerschnitt des Ergebnishaushalts		Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ordentliches Ergebnis	Finanzergebnis	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	Außerordentliches Ergebnis	Ergebnis des Teilhaushaltes
		1	2	3	4	5	6	7
C0_0184	Stadtbezirksmanagem ent Senne	6.297	-292.622	-286.326	0	-286.326	0	-286.326
C0_0186	Stadtbezirksmanagem ent Jöllenbeck	7.377	-171.864	-164.487	0	-164.487	0	-164.487
C0_0187	Stadtbezirksmanagem ent Gadderbaum	58	-25.288	-25.230	0	-25.230	0	-25.230
C0_0188	Stadtbezirksmanagem ent Schildesche	0	-13.954	-13.954	0	-13.954	0	-13.954
C0_0189	Stadtbezirksmanagem ent Stieghorst	2.106	-58.359	-56.253	0	-56.253	0	-56.253
C0_0191	Bezirksvertretung Brackwede	568	-183.096	-182.528	0	-182.528	0	-182.528
C0_0192	Bezirksvertretung Heepen	1.249	-154.133	-152.884	0	-152.884	0	-152.884
C0_0193	Bezirksvertretung Sennestadt	780	-152.099	-151.319	0	-151.319	0	-151.319
C0_0194	Bezirksvertretung Senne	60	-160.600	-160.540	0	-160.540	0	-160.540
C0_0196	Bezirksvertretung Jöllenbeck	291	-107.296	-107.005	0	-107.005	0	-107.005
C0_0197	Bezirksvertretung Gadderbaum	307	-68.319	-68.011	0	-68.011	0	-68.011
C0_0198	Bezirksvertretung Schildesche	265	-97.604	-97.340	0	-97.340	0	-97.340

2021

Haushaltsquerschnitt des Ergebnishaushalts		Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ordentliches Ergebnis	Finanzergebnis	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	Außerordentliches Ergebnis	Ergebnis des Teilhaushaltes
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7
C0_0199	Bezirksvertretung Stieghorst	879	-107.492	-106.613	0	-106.613	0	-106.613
C0_02	Sicherheit und Ordnung	66.985.143	-89.908.486	-22.923.342	0	-22.923.342	0	-22.923.342
C0_0201	Allgemeine Sicherheit und Ordnung	265.708	-1.127.809	-862.100	0	-862.100	0	-862.100
C0_0202	Gewerbewesen	684.077	-1.005.098	-321.021	0	-321.021	0	-321.021
C0_0203	Lebensmittelüberwachung	186.780	-2.002.728	-1.815.948	0	-1.815.948	0	-1.815.948
C0_0204	Veterinärwesen/Artenschutz	19.500	-426.349	-406.849	0	-406.849	0	-406.849
C0_0205	Fleischhygiene	50.000	-35.600	14.400	0	14.400	0	14.400
C0_0207	Verkehrsangelegenheiten	706.735	-1.447.212	-740.477	0	-740.477	0	-740.477
C0_0208	Fahr- und Beförderungserlaubnisse	664.643	-822.986	-158.343	0	-158.343	0	-158.343
C0_0209	Kfz-Angelegenheiten	2.888.629	-2.057.094	831.535	0	831.535	0	831.535
C0_0210	Einwohnerangelegenheiten	2.158.582	-5.011.864	-2.853.282	0	-2.853.282	0	-2.853.282
C0_0211	Personenstandswesen	985.037	-2.361.353	-1.376.316	0	-1.376.316	0	-1.376.316
C0_0212	Ausländerangelegenheiten	493.918	-2.948.079	-2.454.161	0	-2.454.161	0	-2.454.161
C0_0213	Statistik	2.092	-341.875	-339.783	0	-339.783	0	-339.783
C0_0214	Wahlen	230.491	-540.169	-309.677	0	-309.677	0	-309.677

2021

Haushaltsquerschnitt des Ergebnishaushalts		Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ordentliches Ergebnis	Finanzergebnis	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	Außerordentliches Ergebnis	Ergebnis des Teilhaushaltes
		1	2	3	4	5	6	7
C0_0215	Gefahrenabwehr	1.805.027	-23.422.726	-21.617.699	0	-21.617.699	0	-21.617.699
C0_0216	Gefahrenvorbeugung	218.983	-975.402	-756.419	0	-756.419	0	-756.419
C0_0217	Rettungsdienst	25.127.277	-21.955.272	3.172.004	0	3.172.004	0	3.172.004
C0_0218	Luftrettung	2.301.878	-2.470.115	-168.237	0	-168.237	0	-168.237
C0_0221	Verkehrsordnungswidrigkeiten	15.507.846	-4.008.885	11.498.962	0	11.498.962	0	11.498.962
C0_0222	Sicherheit und Ordnung Brackwede	51.618	-176.853	-125.235	0	-125.235	0	-125.235
C0_0223	Sicherheit und Ordnung Heepen	25.687	-209.466	-183.778	0	-183.778	0	-183.778
C0_0224	Sicherheit und Ordnung Sennestadt	19.266	-141.541	-122.276	0	-122.276	0	-122.276
C0_0225	Sicherheit und Ordnung Senne	14.152	-96.475	-82.322	0	-82.322	0	-82.322
C0_0226	Sicherheit und Ordnung Jöllenbeck	11.330	-89.246	-77.917	0	-77.917	0	-77.917
C0_0227	Außendienste	22.305	-3.207.840	-3.185.535	0	-3.185.535	0	-3.185.535
C0_0228	Wochenmärkte	596.233	-354.744	241.489	0	241.489	0	241.489
C0_0229	ZAB - Zentrale Ausländerbehörde	11.947.350	-12.671.708	-724.358	0	-724.358	0	-724.358
C0_03	Schulträgeraufgaben	38.662.811	-133.865.906	-95.203.095	0	-95.203.095	0	-95.203.095
C0_0301	Bereitstellung schul. Einrichtungen	19.061.452	-94.982.563	-75.921.111	0	-75.921.111	0	-75.921.111

2021

Haushaltsquerschnitt des Ergebnishaushalts		Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ordentliches Ergebnis	Finanzergebnis	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	Außerordentliches Ergebnis	Ergebnis des Teilhaushaltes
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7
C0_0302	Zentrale Leistungen des Schulträgers	19.586.358	-38.305.462	-18.719.103	0	-18.719.103	0	-18.719.103
C0_0304	Schulaufsicht	15.001	-577.882	-562.881	0	-562.881	0	-562.881
C0_04	Kultur und Wissenschaft	5.379.613	-46.841.870	-41.462.257	0	-41.462.257	0	-41.462.257
C0_0401	Kommunale Veranstaltungen	305.397	-1.249.389	-943.993	0	-943.993	0	-943.993
C0_0402	Kulturförderung	132.648	-1.633.181	-1.500.533	0	-1.500.533	0	-1.500.533
C0_0404	Bereitstellung von Weiterbildungskursen	2.153.139	-3.659.181	-1.506.042	0	-1.506.042	0	-1.506.042
C0_0405	Musik- und Kunstschule	1.866.057	-4.430.964	-2.564.907	0	-2.564.907	0	-2.564.907
C0_0406	Stadtbibliothek	529.913	-5.604.784	-5.074.871	0	-5.074.871	0	-5.074.871
C0_0409	Stadtarchiv u. Landesgesch. Bibliothek	43.927	-1.595.212	-1.551.285	0	-1.551.285	0	-1.551.285
C0_0410	Historisches Museum	145.590	-2.082.520	-1.936.930	0	-1.936.930	0	-1.936.930
C0_0411	Naturkundemuseum	54.944	-964.914	-909.970	0	-909.970	0	-909.970
C0_0413	Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld	148.000	-22.815.685	-22.667.685	0	-22.667.685	0	-22.667.685
C0_0414	WissensWerkStadt	0	-360.000	-360.000	0	-360.000	0	-360.000
C0_0415	Beteiligung an Kunsthalle gemGmbH	0	-2.446.040	-2.446.040	0	-2.446.040	0	-2.446.040
C0_05	Soziale Leistungen	132.044.430	-284.993.677	-152.949.246	14.000	-152.935.246	0	-152.935.246

2021

Haushaltsquerschnitt des Ergebnishaushalts		Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ordentliches Ergebnis	Finanzergebnis	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	Außerordentliches Ergebnis	Ergebnis des Teilhaushaltes
		1	2	3	4	5	6	7
C0_0501	Grundsicherung für Arbeit	50.490.177	-122.552.732	-72.062.556	0	-72.062.556	0	-72.062.556
C0_0502	Sicherung des Lebensunterhalts	54.619.329	-73.398.681	-18.779.352	14.000	-18.765.352	0	-18.765.352
C0_0503	Besondere soziale Leistungen	16.461.972	-74.100.421	-57.638.449	0	-57.638.449	0	-57.638.449
C0_0504	Sozialversicherungsangelegenheiten	35.000	-126.229	-91.229	0	-91.229	0	-91.229
C0_0505	ArbeitPlus in Bielefeld gGmbH	5	-9.241	-9.236	0	-9.236	0	-9.236
C0_0506	REGE	5	-2.069.522	-2.069.517	0	-2.069.517	0	-2.069.517
C0_0507	Unterhaltsvorschuss	10.437.943	-12.736.851	-2.298.908	0	-2.298.908	0	-2.298.908
C0_06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	107.499.942	-279.356.246	-171.856.304	0	-171.856.304	0	-171.856.304
C0_0601	Förderung von Kindern / Prävention	90.876.096	-184.619.665	-93.743.568	0	-93.743.568	0	-93.743.568
C0_0602	Förderung von Familien	16.608.719	-92.242.159	-75.633.441	0	-75.633.441	0	-75.633.441
C0_0603	Unterstützung in rechtlichen Verfahren	15.127	-2.494.422	-2.479.295	0	-2.479.295	0	-2.479.295
C0_07	Gesundheitsdienste	1.306.132	-6.466.360	-5.160.227	0	-5.160.227	0	-5.160.227
C0_0701	Gesundheitsförderung	232.485	-2.040.192	-1.807.706	0	-1.807.706	0	-1.807.706
C0_0702	Gutachten und Stellungnahmen	128.415	-366.398	-237.983	0	-237.983	0	-237.983
C0_0703	Gesundheitshilfe	15.609	-2.154.299	-2.138.690	0	-2.138.690	0	-2.138.690

2021

Haushaltsquerschnitt des Ergebnishaushalts		Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ordentliches Ergebnis	Finanzergebnis	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	Außerordentliches Ergebnis	Ergebnis des Teilhaushaltes
		1	2	3	4	5	6	7
C0_0704	Gesundheits- u. Infektionsschutz	929.623	-1.878.671	-949.048	0	-949.048	0	-949.048
C0_0705	Medizinische Ausbildung OWL	0	-26.800	-26.800	0	-26.800	0	-26.800
C0_08	Sportförderung	517.753	-15.828.266	-15.310.513	0	-15.310.513	0	-15.310.513
C0_0801	Bereitstellung von Sportanlagen	140.551	-14.240.940	-14.100.389	0	-14.100.389	0	-14.100.389
C0_0802	Sportförderung	352.993	-920.573	-567.580	0	-567.580	0	-567.580
C0_0803	Bereitstellung von Bädern und Eisbahnen	24.209	-666.753	-642.544	0	-642.544	0	-642.544
C0_09	Räumliche Planung u. Entwicklung, Geo-I.	7.697.573	-17.293.186	-9.595.613	0	-9.595.613	0	-9.595.613
C0_0901	Generelle räumliche Planung	6.804.711	-8.781.323	-1.976.612	0	-1.976.612	0	-1.976.612
C0_0902	Teilräumliche Planung	114.052	-2.786.731	-2.672.678	0	-2.672.678	0	-2.672.678
C0_0903	Vermess., Erheb.u. Führung Geobasisdaten	569.324	-4.354.821	-3.785.497	0	-3.785.497	0	-3.785.497
C0_0904	Geoinformationsdienste , -datenmanagement	86.815	-776.841	-690.026	0	-690.026	0	-690.026
C0_0906	Grundstückswertermittlung	122.671	-593.470	-470.799	0	-470.799	0	-470.799
C0_10	Bauen und Wohnen	3.395.875	-6.379.326	-2.983.452	0	-2.983.452	0	-2.983.452
C0_1001	Maßnahmen der Bauaufsicht	2.902.988	-4.417.345	-1.514.357	0	-1.514.357	0	-1.514.357

2021

Haushaltsquerschnitt des Ergebnishaushalts		Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ordentliches Ergebnis	Finanzergebnis	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	Außerordentliches Ergebnis	Ergebnis des Teilhaushaltes
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7
C0_1002	Beratung/Information vor Antragstellung	57.891	-519.543	-461.651	0	-461.651	0	-461.651
C0_1003	Maßnahmen Denkmalschutz/Stadtgestaltung	40.786	-490.701	-449.915	0	-449.915	0	-449.915
C0_1004	Wohnungsbauförderung	280.878	-300.727	-19.849	0	-19.849	0	-19.849
C0_1006	Wohnraumüberwachung	37.324	-240.752	-203.428	0	-203.428	0	-203.428
C0_1007	Wohnungsmarktbeobachtung	3	-135.886	-135.884	0	-135.884	0	-135.884
C0_1010	Maßnahmen der Baustatik	76.004	-274.372	-198.368	0	-198.368	0	-198.368
C0_11	Ver- und Entsorgung	102.031.044	-99.336.271	2.694.772	0	2.694.772	0	2.694.772
C0_1101	Abfallbeseitigung	24.811.769	-23.586.625	1.225.144	0	1.225.144	0	1.225.144
C0_1102	Abfallüberwachung	2.501	-219.983	-217.482	0	-217.482	0	-217.482
C0_1103	Vorflutsicherung / Abwasserkontrolle	186.952	-1.670.847	-1.483.895	0	-1.483.895	0	-1.483.895
C0_1104	Entsorg.Grundstücksentwässerungsanlagen	31.800	-25.488	6.312	0	6.312	0	6.312
C0_1105	Stadtentwässerung	76.998.021	-73.833.328	3.164.693	0	3.164.693	0	3.164.693
C0_12	Verkehrflächen und -anlagen, ÖPNV	34.233.644	-73.149.116	-38.915.472	4.000	-38.911.472	0	-38.911.472
C0_1201	Öffentliche Verkehrsflächen	18.273.828	-45.135.926	-26.862.098	4.000	-26.858.098	0	-26.858.098

2021

Haushaltsquerschnitt des Ergebnishaushalts		Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ordentliches Ergebnis	Finanzergebnis	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	Außerordentliches Ergebnis	Ergebnis des Teilhaushaltes
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7
C0_1202	Verkehrsanlagen	1.803.010	-11.578.332	-9.775.322	0	-9.775.322	0	-9.775.322
C0_1203	Verkehrliche Planung	297.938	-1.673.527	-1.375.589	0	-1.375.589	0	-1.375.589
C0_1204	ÖPNV	8.380.765	-8.122.328	258.437	0	258.437	0	258.437
C0_1205	Straßenreinigung	5.478.104	-6.639.004	-1.160.900	0	-1.160.900	0	-1.160.900
C0_13	Natur- und Landschaftspflege	6.939.600	-33.408.122	-26.468.522	0	-26.468.522	0	-26.468.522
C0_1301	Öffentliches Grün	1.116.248	-12.335.011	-11.218.763	0	-11.218.763	0	-11.218.763
C0_1302	Natur und Landschaft	178.212	-2.132.361	-1.954.148	0	-1.954.148	0	-1.954.148
C0_1304	Wasser und Wasserbau	870.831	-3.804.222	-2.933.392	0	-2.933.392	0	-2.933.392
C0_1305	Friedhofs- und Bestattungswesen	4.774.309	-7.190.109	-2.415.800	0	-2.415.800	0	-2.415.800
C0_1308	Bezirkliches Grün Stadtbezirk Brackwede	0	-971.778	-971.778	0	-971.778	0	-971.778
C0_1309	Bezirkliches Grün Stadtbezirk Heepen	0	-992.752	-992.752	0	-992.752	0	-992.752
C0_1310	Bezirkliches Grün Stadtbezirk Sennestadt	0	-521.123	-521.123	0	-521.123	0	-521.123
C0_1311	Bezirkliches Grün Stadtbezirk Senne	0	-291.741	-291.741	0	-291.741	0	-291.741
C0_1313	Bezirkliches Grün Stadtbezirk Jöllenbeck	0	-444.683	-444.683	0	-444.683	0	-444.683
C0_1314	Bezirkliches Grün Stadtbezirk Gadderbaum	0	-223.413	-223.413	0	-223.413	0	-223.413

2021

Haushaltsquerschnitt des Ergebnishaushalts		Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ordentliches Ergebnis	Finanzergebnis	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	Außerordentliches Ergebnis	Ergebnis des Teilhaushaltes
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7
C0_1315	Bezirkliches Grün Stadtbez. Schildesche	0	-1.314.238	-1.314.238	0	-1.314.238	0	-1.314.238
C0_1316	Bezirkliches Grün Stadtbezirk Stieghorst	0	-548.237	-548.237	0	-548.237	0	-548.237
C0_1317	Bezirkliches Grün Stadtbezirk Mitte	0	-2.117.034	-2.117.034	0	-2.117.034	0	-2.117.034
C0_1318	Bezirkliches Grün Stadtbezirk Dornberg	0	-521.420	-521.420	0	-521.420	0	-521.420
C0_14	Umweltschutz	929.852	-3.346.876	-2.417.024	0	-2.417.024	0	-2.417.024
C0_1401	Umweltinformation u.-koord. u. -vorsorge	12.804	-606.383	-593.579	0	-593.579	0	-593.579
C0_1404	Luft, Stadtklima und Lärm	500.292	-1.835.168	-1.334.876	0	-1.334.876	0	-1.334.876
C0_1405	Bodensch./Schutz v.altlastenbed.Gefahren	416.755	-905.324	-488.569	0	-488.569	0	-488.569
C0_15	Wirtschaft und Tourismus	20.830.000	-13.647.473	7.182.527	7.816.617	14.999.144	0	14.999.144
C0_1511	Beteiligungen der Stadt Bielefeld	20.830.000	-13.647.473	7.182.527	7.816.617	14.999.144	0	14.999.144
C0_16	Allgemeine Finanzwirtschaft	843.761.127	-143.728.385	700.032.742	7.922.794	707.955.536	0	707.955.536
C0_1601	Allgemeine Finanzwirtschaft	843.761.127	-143.728.385	700.032.742	7.922.794	707.955.536	0	707.955.536

2020

Haushaltsquerschnitt des Finanzhaushalts		Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	Saldo aus Investitionstätigkeit	Finanzmittel Überschuss/-fehlbetrag	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	VE
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
FOA	Gesamtverwaltung	1.351.468.013	-1.314.729.334	36.738.679	68.860.259	-153.990.849	-85.130.590	-48.391.911	326.346.425	-277.954.514	48.391.911	-14.714.114
FO_01	Innere Verwaltung	22.974.297	-132.279.627	-109.305.330	2.027.204	-9.054.412	-7.027.208	-116.332.538	0	0	0	0
FO_0102	Verwaltungsleitung-Oberbürgermeister	68.842	-1.491.534	-1.422.692	0	-2.000	-2.000	-1.424.692	0	0	0	0
FO_0103	Gleichstellung der Geschlechter	38.227	-374.926	-336.699	0	0	0	-336.699	0	0	0	0
FO_0104	Beschäftigtenvertretung	84.861	-898.852	-813.991	0	-1.120	-1.120	-815.111	0	0	0	0
FO_0105	Rechnungsprüfung	106.085	-1.156.279	-1.050.194	0	-1.500	-1.500	-1.051.694	0	0	0	0
FO_0106	Zentrale Dienste	3.135.941	-6.424.374	-3.288.433	0	-45.559	-45.559	-3.333.992	0	0	0	0
FO_0107	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	30.954	-942.719	-911.765	0	-3.450	-3.450	-915.215	0	0	0	0
FO_0108	Personalmanagement	8.511.332	-67.311.622	-58.800.290	43.400	-125.900	-82.500	-58.882.790	0	0	0	0
FO_0109	Finanzmanagement und Rechnungswesen	243.255	-7.982.421	-7.739.166	0	-15.858	-15.858	-7.755.024	0	0	0	0
FO_0110	Organisationsangelegenheiten	71.234	-1.732.218	-1.660.984	0	-6.000	-6.000	-1.666.984	0	0	0	0
FO_0111	Recht	925.994	-2.553.002	-1.627.008	0	-400	-400	-1.627.408	0	0	0	0
FO_0112	Schwerbehindertenvertretung	0	-194.369	-194.369	0	0	0	-194.369	0	0	0	0
FO_0115	Informations- und Kommunikationstechnik	3.827.441	-19.109.347	-15.281.906	1.718.604	-8.587.276	-6.868.672	-22.150.578	0	0	0	0
FO_0116	Konzerncontrolling, steuerl. Angelegenh.	41.440	-2.904.602	-2.863.162	0	-522	-522	-2.863.684	0	0	0	0

2020

Haushaltsquerschnitt des Finanzhaushalts		Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	Saldo aus Investitionstätigkeit	Finanzmittel Überschuss/-fehlbetrag	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	VE
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
F0_0118	Verwaltungsleitung -Dez.Inneres/Finanzen	31.240	-650.308	-619.068	0	-4.000	-4.000	-623.068	0	0	0	0
F0_0119	Verwaltungs. -Dez. Schule/Bürger/Kultur	0	-493.796	-493.796	0	-1.668	-1.668	-495.464	0	0	0	0
F0_0120	Verwaltungs. - Dez. Umwelt/Klimaschutz	0	-457.959	-457.959	0	-800	-800	-458.759	0	0	0	0
F0_0121	Verw.Leitung-Dez.Wifö-Stadtentw-Mobilit.	796.100	-1.718.995	-922.895	265.200	-232.300	32.900	-889.995	0	0	0	0
F0_0122	Verwaltungsleitung -Dez. Soziales	0	-490.578	-490.578	0	-2.500	-2.500	-493.078	0	0	0	0
F0_0124	BürgerServiceCenter (BSC)	133.800	-1.198.319	-1.064.519	0	-2.300	-2.300	-1.066.819	0	0	0	0
F0_0126	Arbeitssicherheit/Gesundheitsschutz	125.534	-991.586	-866.052	0	-3.100	-3.100	-869.152	0	0	0	0
F0_0127	Kommunale Integrationsarbeit /-förderung	537.262	-1.713.687	-1.176.425	0	-2.000	-2.000	-1.178.425	0	0	0	0
F0_0131	Integrierte Sozialplanung und Prävention	4.011.982	-2.825.447	1.186.535	0	-2.600	-2.600	1.183.935	0	0	0	0
F0_0132	Datenschutz und Informationsfreiheit	12.685	-141.860	-129.175	0	-500	-500	-129.675	0	0	0	0
F0_0162	Rechnungsprüfungsausschuss	0	-300	-300	0	0	0	-300	0	0	0	0
F0_0166	SGA, Seniorenrat, Beiräte	0	-3.667	-3.667	0	0	0	-3.667	0	0	0	0
F0_0167	JHA einschl. 2 UA'e u. Mädchenbeirat	0	-2.403	-2.403	0	0	0	-2.403	0	0	0	0

2020

Haushaltsquerschnitt des Finanzhaushalts		Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	Saldo aus Investitionstätigkeit	Finanzmittel Überschuss/-fehlbetrag	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	VE
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
F0_0168	Kulturausschuss	0	-1.400	-1.400	0	0	0	-1.400	0	0	0	0
F0_0170	Rat und Ausschüsse, Fraktionen, Gruppen	85.965	-4.791.031	-4.705.066	0	-2.000	-2.000	-4.707.066	0	0	0	0
F0_0171	Stadtbezirksmanagement Mitte	0	-254.826	-254.826	0	0	0	-254.826	0	0	0	0
F0_0172	Stadtbezirksmanagement Dornberg	0	-176.052	-176.052	0	0	0	-176.052	0	0	0	0
F0_0181	Stadtbezirksmanagement Brackwede	122.172	-1.052.031	-929.859	0	-2.000	-2.000	-931.859	0	0	0	0
F0_0182	Stadtbezirksmanagement Heepen	11.080	-727.448	-716.368	0	-6.574	-6.574	-722.942	0	0	0	0
F0_0183	Stadtbezirksmanagement Sennestadt	5.700	-463.649	-457.949	0	-1.085	-1.085	-459.034	0	0	0	0
F0_0184	Stadtbezirksmanagement Senne	6.217	-498.242	-492.025	0	-900	-900	-492.925	0	0	0	0
F0_0186	Stadtbezirksmanagement Jöllenbeck	6.954	-446.809	-439.855	0	-500	-500	-440.355	0	0	0	0
F0_0187	Stadtbezirksmanagement Gadderbaum	0	-12.471	-12.471	0	0	0	-12.471	0	0	0	0
F0_0188	Stadtbezirksmanagement Schildesche	0	-13.954	-13.954	0	0	0	-13.954	0	0	0	0
F0_0189	Stadtbezirksmanagement Stieghorst	2.000	-45.348	-43.348	0	0	0	-43.348	0	0	0	0
F0_0191	Bezirksvertretung Brackwede	0	-800	-800	0	0	0	-800	0	0	0	0
F0_0192	Bezirksvertretung Heepen	0	-1.330	-1.330	0	0	0	-1.330	0	0	0	0
F0_0194	Bezirksvertretung Senne	0	-28.415	-28.415	0	0	0	-28.415	0	0	0	0

2020

Haushaltsquerschnitt des Finanzhaushalts		Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	Saldo aus Investitionstätigkeit	Finanzmittel Überschuss/-fehlbetrag	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	VE
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
F0_0197	Bezirksvertretung Gadderbaum	0	-650	-650	0	0	0	-650	0	0	0	0
F0_02	Sicherheit und Ordnung	63.195.278	-80.380.520	-17.185.242	4.353.000	-7.932.151	-3.579.151	-20.764.393	0	0	0	-1.890.000
F0_0201	Allgemeine Sicherheit und Ordnung	715.700	-1.333.084	-617.384	0	0	0	-617.384	0	0	0	0
F0_0202	Gewerbewesen	683.246	-877.599	-194.353	0	0	0	-194.353	0	0	0	0
F0_0203	Lebensmittelüberwachung	186.567	-1.830.751	-1.644.184	0	-300	-300	-1.644.484	0	0	0	0
F0_0204	Veterinärwesen/Artenschutz	19.500	-182.384	-162.884	0	-200	-200	-163.084	0	0	0	0
F0_0205	Fleischhygiene	50.000	-14.976	35.024	0	0	0	35.024	0	0	0	0
F0_0207	Verkehrsangelegenheiten	701.800	-690.752	11.048	0	0	0	11.048	0	0	0	0
F0_0208	Fahr- und Beförderungserlaubnisse	664.634	-651.401	13.233	0	0	0	13.233	0	0	0	0
F0_0209	Kfz-Angelegenheiten	2.888.500	-1.615.646	1.272.854	0	0	0	1.272.854	0	0	0	0
F0_0210	Einwohnerangelegenheiten	2.144.729	-5.622.393	-3.477.664	0	-20.762	-20.762	-3.498.426	0	0	0	0
F0_0211	Personenstandswesen	967.037	-1.850.903	-883.866	0	-7.969	-7.969	-891.835	0	0	0	0
F0_0212	Ausländerangelegenheiten	490.890	-2.555.702	-2.064.812	0	-6.500	-6.500	-2.071.312	0	0	0	0
F0_0213	Statistik	34.405	-242.252	-207.847	0	-1.150	-1.150	-208.997	0	0	0	0
F0_0214	Wahlen	0	-951.319	-951.319	0	-7.000	-7.000	-958.319	0	0	0	0
F0_0215	Gefahrenabwehr	361.100	-21.150.413	-20.789.313	3.996.000	-6.352.800	-2.356.800	-23.146.113	0	0	0	-1.500.000

2020

Haushaltsquerschnitt des Finanzhaushalts		Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	Saldo aus Investitionstätigkeit	Finanzmittel Überschuss/-fehlbetrag	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	VE
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
F0_0216	Gefahrenvorbeugung	169.500	-1.273.786	-1.104.286	0	-67.700	-67.700	-1.171.986	0	0	0	0
F0_0217	Rettungsdienst	22.100.000	-17.240.277	4.859.723	0	-747.450	-747.450	4.112.273	0	0	0	-390.000
F0_0218	Luftrettung	2.300.000	-1.680.846	619.154	0	0	0	619.154	0	0	0	0
F0_0221	Verkehrsordnungswidrigkeiten	15.407.000	-3.125.511	12.281.489	0	-161.100	-161.100	12.120.389	0	0	0	0
F0_0222	Sicherheit und Ordnung Brackwede	50.830	-3.334	47.496	0	0	0	47.496	0	0	0	0
F0_0223	Sicherheit und Ordnung Heepen	24.000	-3.030	20.970	0	0	0	20.970	0	0	0	0
F0_0224	Sicherheit und Ordnung Sennestadt	18.543	-649	17.894	0	0	0	17.894	0	0	0	0
F0_0225	Sicherheit und Ordnung Senne	14.109	-634	13.475	0	0	0	13.475	0	0	0	0
F0_0226	Sicherheit und Ordnung Jöllenbeck	11.088	-180	10.908	0	0	0	10.908	0	0	0	0
F0_0227	Außendienste	22.300	-4.394.704	-4.372.404	0	-202.220	-202.220	-4.574.624	0	0	0	0
F0_0228	Wochenmärkte	596.150	-306.117	290.033	0	0	0	290.033	0	0	0	0
F0_0229	ZAB - Zentrale Ausländerbehörde	12.573.650	-12.781.878	-208.228	357.000	-357.000	0	-208.228	0	0	0	0
F0_03	Schulträgeraufgaben	31.459.346	-115.824.695	-84.365.349	9.376.313	-21.803.396	-12.427.083	-96.792.432	0	0	0	-4.939.114
F0_0301	Bereitstellung schul. Einrichtungen	14.376.624	-79.796.263	-65.419.639	4.387.199	-16.471.354	-12.084.155	-77.503.794	0	0	0	0
F0_0302	Zentrale Leistungen des Schulträgers	17.067.722	-35.604.113	-18.536.391	4.989.114	-5.145.742	-156.628	-18.693.019	0	0	0	-4.939.114
F0_0304	Schulaufsicht	15.000	-424.319	-409.319	0	-186.300	-186.300	-595.619	0	0	0	0

2020

Haushaltsquerschnitt des Finanzhaushalts		Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	Saldo aus Investitionstätigkeit	Finanzmittel Überschuss/-fehlbetrag	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	VE
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
F0_04	Kultur und Wissenschaft	5.953.236	-45.892.666	-39.939.430	120.000	-885.036	-765.036	-40.704.466	0	0	0	0
F0_0401	Kommunale Veranstaltungen	304.999	-855.882	-550.883	0	-2.455	-2.455	-553.338	0	0	0	0
F0_0402	Kulturförderung	162.632	-1.975.526	-1.812.894	0	-25.000	-25.000	-1.837.894	0	0	0	0
F0_0404	Bereitstellung von Weiterbildungskursen	2.150.602	-3.500.516	-1.349.914	0	-37.200	-37.200	-1.387.114	0	0	0	0
F0_0405	Musik-und Kunstschule	2.694.187	-5.135.467	-2.441.280	0	-56.600	-56.600	-2.497.880	0	0	0	0
F0_0406	Stadtbibliothek	350.282	-5.061.433	-4.711.151	120.000	-441.781	-321.781	-5.032.932	0	0	0	0
F0_0409	Stadtarchiv u. Landesgesch. Bibliothek	17.016	-1.495.094	-1.478.078	0	-4.500	-4.500	-1.482.578	0	0	0	0
F0_0410	Historisches Museum	77.088	-1.983.660	-1.906.572	0	-158.000	-158.000	-2.064.572	0	0	0	0
F0_0411	Naturkundemuseum	48.430	-937.403	-888.973	0	-9.500	-9.500	-898.473	0	0	0	0
F0_0413	Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld	148.000	-22.418.685	-22.270.685	0	0	0	-22.270.685	0	0	0	0
F0_0414	WissensWerkStadt	0	-100.000	-100.000	0	0	0	-100.000	0	0	0	0
F0_0415	Beteiligung an Kunsthalle gemGmbH	0	-2.429.000	-2.429.000	0	-150.000	-150.000	-2.579.000	0	0	0	0
F0_05	Soziale Leistungen	131.172.187	-278.020.094	-146.847.907	73.000	-165.989	-92.989	-146.940.896	0	0	0	0
F0_0501	Grundsicherung für Arbeit	50.614.489	-122.021.438	-71.406.949	73.000	-164.100	-91.100	-71.498.049	0	0	0	0
F0_0502	Sicherung des Lebensunterhalts	52.842.662	-70.113.316	-17.270.654	0	0	0	-17.270.654	0	0	0	0

2020

Haushaltsquerschnitt des Finanzhaushalts		Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	Saldo aus Investitionstätigkeit	Finanzmittel Überschuss/-fehlbetrag	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	VE
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
F0_0503	Besondere soziale Leistungen	17.542.144	-71.768.177	-54.226.033	0	0	0	-54.226.033	0	0	0	0
F0_0504	Sozialversicherungsangelegenheiten	35.000	-56.679	-21.679	0	-1.889	-1.889	-23.568	0	0	0	0
F0_0505	ArbeitPlus in Bielefeld gGmbH	0	-52	-52	0	0	0	-52	0	0	0	0
F0_0506	REGE	0	-2.060.432	-2.060.432	0	0	0	-2.060.432	0	0	0	0
F0_0507	Unterhaltsvorschuss	10.137.892	-12.000.000	-1.862.108	0	0	0	-1.862.108	0	0	0	0
F0_06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	105.522.240	-269.354.454	-163.832.214	30.000	-301.500	-271.500	-164.103.714	0	0	0	0
F0_0601	Förderung von Kindern / Prävention	88.275.104	-178.702.459	-90.427.355	20.000	-235.500	-215.500	-90.642.855	0	0	0	0
F0_0602	Förderung von Familien	17.232.997	-89.517.450	-72.284.453	10.000	-66.000	-56.000	-72.340.453	0	0	0	0
F0_0603	Unterstützung in rechtlichen Verfahren	14.139	-1.134.545	-1.120.406	0	0	0	-1.120.406	0	0	0	0
F0_07	Gesundheitsdienste	1.345.451	-6.666.983	-5.321.532	0	-17.028	-17.028	-5.338.560	0	0	0	0
F0_0701	Gesundheitsförderung	273.500	-1.356.564	-1.083.064	0	-4.100	-4.100	-1.087.164	0	0	0	0
F0_0702	Gutachten und Stellungnahmen	128.000	-1.016.356	-888.356	0	-9.214	-9.214	-897.570	0	0	0	0
F0_0703	Gesundheitshilfe	14.962	-1.613.849	-1.598.887	0	-314	-314	-1.599.201	0	0	0	0
F0_0704	Gesundheits- u. Infektionsschutz	928.989	-2.653.414	-1.724.425	0	-3.400	-3.400	-1.727.825	0	0	0	0
F0_0705	Medizinische Ausbildung OWL	0	-26.800	-26.800	0	0	0	-26.800	0	0	0	0
F0_08	Sportförderung	80.709	-16.343.353	-16.262.644	0	-48.377	-48.377	-16.311.021	0	0	0	0
F0_0801	Bereitstellung von Sportanlagen	56.500	-15.137.881	-15.081.381	0	-47.877	-47.877	-15.129.258	0	0	0	0

2020

Haushaltsquerschnitt des Finanzhaushalts		Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	Saldo aus Investitionstätigkeit	Finanzmittel Überschuss/-fehlbetrag	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	VE
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
F0_0802	Sportförderung	0	-547.108	-547.108	0	-500	-500	-547.608	0	0	0	0
F0_0803	Bereitstellung von Bädern und Eisbahnen	24.209	-658.364	-634.155	0	0	0	-634.155	0	0	0	0
F0_09	Räumliche Planung u. Entwicklung, Geo-I.	7.821.831	-15.169.558	-7.347.727	10.091.700	-12.272.712	-2.181.012	-9.528.739	0	0	0	0
F0_0901	Generelle räumliche Planung	6.942.400	-9.278.272	-2.335.872	10.091.200	-12.228.000	-2.136.800	-4.472.672	0	0	0	0
F0_0902	Teilräumliche Planung	103.702	-340.432	-236.730	0	0	0	-236.730	0	0	0	0
F0_0903	Vermess., Erheb.u. Führung Geobasisdaten	561.426	-4.090.400	-3.528.974	500	-44.712	-44.212	-3.573.186	0	0	0	0
F0_0904	Geoinformationsdienste, -datenmanagement	91.650	-1.011.832	-920.182	0	0	0	-920.182	0	0	0	0
F0_0906	Grundstückswertermittlung	122.653	-448.622	-325.969	0	0	0	-325.969	0	0	0	0
F0_10	Bauen und Wohnen	3.346.464	-8.158.922	-4.812.458	0	-12.000	-12.000	-4.824.458	0	0	0	0
F0_1001	Maßnahmen der Bauaufsicht	2.880.279	-6.568.020	-3.687.741	0	-12.000	-12.000	-3.699.741	0	0	0	0
F0_1002	Beratung/Information vor Antragstellung	57.885	-515.397	-457.512	0	0	0	-457.512	0	0	0	0
F0_1003	Maßnahmen Denkmalschutz/Stadtgestaltung	15.000	-232.824	-217.824	0	0	0	-217.824	0	0	0	0
F0_1004	Wohnungsbauförderung	280.000	-328.934	-48.934	0	0	0	-48.934	0	0	0	0
F0_1006	Wohnraumüberwachung	37.300	-199.193	-161.893	0	0	0	-161.893	0	0	0	0

Anlage 10

2020

Haushaltsquerschnitt des Finanzhaushalts		Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	Saldo aus Investitionstätigkeit	Finanzmittel Überschuss/-fehlbetrag	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	VE
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
F0_1010	Maßnahmen der Baustatik	76.000	-314.555	-238.555	0	0	0	-238.555	0	0	0	0
F0_11	Ver- und Entsorgung	95.414.286	-98.230.472	-2.816.186	120.000	-1.550.000	-1.430.000	-4.246.186	0	0	0	0
F0_1101	Abfallbeseitigung	23.585.265	-23.586.625	-1.360	0	0	0	-1.360	0	0	0	0
F0_1102	Abfallüberwachung	2.500	-86.794	-84.294	0	0	0	-84.294	0	0	0	0
F0_1103	Vorflutsicherung / Abwasserkontrolle	69.735	-705.991	-636.256	120.000	-1.550.000	-1.430.000	-2.066.256	0	0	0	0
F0_1104	Entsorg.Grundstücksentwässerungsanlagen	31.800	-16.800	15.000	0	0	0	15.000	0	0	0	0
F0_1105	Stadtentwässerung	71.724.986	-73.834.262	-2.109.276	0	0	0	-2.109.276	0	0	0	0
F0_12	Verkehrflächen und -anlagen, ÖPNV	18.985.224	-52.333.347	-33.348.123	30.261.173	-32.684.573	-2.423.400	-35.771.523	0	0	0	-7.885.000
F0_1201	Öffentliche Verkehrsflächen	5.094.315	-29.680.299	-24.585.984	29.601.173	-30.212.573	-611.400	-25.197.384	0	0	0	-6.885.000
F0_1202	Verkehrsanlagen	70.950	-6.399.871	-6.328.921	660.000	-2.472.000	-1.812.000	-8.140.921	0	0	0	-1.000.000
F0_1203	Verkehrliche Planung	297.904	-1.702.984	-1.405.080	0	0	0	-1.405.080	0	0	0	0
F0_1204	ÖPNV	8.380.648	-7.911.188	469.460	0	0	0	469.460	0	0	0	0
F0_1205	Straßenreinigung	5.141.407	-6.639.004	-1.497.597	0	0	0	-1.497.597	0	0	0	0
F0_13	Natur- und Landschaftspflege	6.612.088	-34.740.398	-28.128.310	4.236.900	-4.997.270	-760.370	-28.888.680	0	0	0	0
F0_1301	Öffentliches Grün	1.417.500	-12.768.779	-11.351.279	20.000	-222.700	-202.700	-11.553.979	0	0	0	0
F0_1302	Natur und Landschaft	131.793	-1.408.095	-1.276.302	35.500	-274.000	-238.500	-1.514.802	0	0	0	0
F0_1304	Wasser und Wasserbau	288.486	-5.426.996	-5.138.510	4.181.400	-4.500.570	-319.170	-5.457.680	0	0	0	0

2020

Haushaltsquerschnitt des Finanzhaushalts		Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	Saldo aus Investitionstätigkeit	Finanzmittel Überschuss/-fehlbetrag	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	VE
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
F0_1305	Friedhofs- und Bestattungswesen	4.774.309	-7.190.109	-2.415.800	0	0	0	-2.415.800	0	0	0	0
F0_1308	Bezirkliches Grün Stadtbezirk Brackwede	0	-971.778	-971.778	0	0	0	-971.778	0	0	0	0
F0_1309	Bezirkliches Grün Stadtbezirk Heepen	0	-992.752	-992.752	0	0	0	-992.752	0	0	0	0
F0_1310	Bezirkliches Grün Stadtbezirk Sennestadt	0	-521.123	-521.123	0	0	0	-521.123	0	0	0	0
F0_1311	Bezirkliches Grün Stadtbezirk Senne	0	-291.741	-291.741	0	0	0	-291.741	0	0	0	0
F0_1313	Bezirkliches Grün Stadtbezirk Jöllenbeck	0	-444.683	-444.683	0	0	0	-444.683	0	0	0	0
F0_1314	Bezirkliches Grün Stadtbezirk Gadderbaum	0	-223.413	-223.413	0	0	0	-223.413	0	0	0	0
F0_1315	Bezirkliches Grün Stadtbez. Schildesche	0	-1.314.238	-1.314.238	0	0	0	-1.314.238	0	0	0	0
F0_1316	Bezirkliches Grün Stadtbezirk Stieghorst	0	-548.237	-548.237	0	0	0	-548.237	0	0	0	0
F0_1317	Bezirkliches Grün Stadtbezirk Mitte	0	-2.117.034	-2.117.034	0	0	0	-2.117.034	0	0	0	0
F0_1318	Bezirkliches Grün Stadtbezirk Dornberg	0	-521.420	-521.420	0	0	0	-521.420	0	0	0	0
F0_14	Umweltschutz	1.349.206	-4.586.613	-3.237.407	0	-3.000	-3.000	-3.240.407	0	0	0	0

2020

Haushaltsquerschnitt des Finanzhaushalts		Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	Saldo aus Investitionstätigkeit	Finanzmittel Überschuss/-fehlbetrag	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	VE
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
F0_1401	Umweltinformation u.-koord. u.-vorsorge	12.800	-246.603	-233.803	0	0	0	-233.803	0	0	0	0
F0_1404	Luft, Stadtklima und Lärm	501.550	-1.111.749	-610.199	0	-500	-500	-610.699	0	0	0	0
F0_1405	Bodensch./Schutz v.altlastenbed.Gefahren	834.856	-3.228.261	-2.393.405	0	-2.500	-2.500	-2.395.905	0	0	0	0
F0_15	Wirtschaft und Tourismus	33.967.448	-13.631.498	20.335.950	555.800	-5.433.000	-4.877.200	15.458.750	0	0	0	0
F0_1511	Beteiligungen der Stadt Bielefeld	33.967.448	-13.631.498	20.335.950	555.800	-5.433.000	-4.877.200	15.458.750	0	0	0	0
F0_16	Allgemeine Finanzwirtschaft	822.268.722	-143.116.134	679.152.588	7.615.169	-56.830.405	-49.215.236	629.937.352	326.346.425	-277.954.514	48.391.911	0
F0_1601	Allgemeine Finanzwirtschaft	822.268.722	-143.116.134	679.152.588	7.615.169	-56.830.405	-49.215.236	629.937.352	326.346.425	-277.954.514	48.391.911	0

2021

Haushaltsquerschnitt des Finanzhaushalts		Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	Saldo aus Investitionstätigkeit	Finanzmittel Überschuss/-fehlbetrag	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	VE
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
FOA	Gesamtverwaltung	1.384.260.918	-1.348.585.975	35.674.942	63.364.502	-117.857.171	-54.492.669	-18.817.727	268.123.942	-249.306.215	18.817.727	-12.315.114
FO_01	Innere Verwaltung	23.233.010	-136.110.597	-112.877.587	1.693.936	-9.114.285	-7.420.349	-120.297.936	0	0	0	0
FO_0102	Verwaltungsleitung-Oberbürgermeister	69.723	-1.516.846	-1.447.123	0	-2.000	-2.000	-1.449.123	0	0	0	0
FO_0103	Gleichstellung der Geschlechter	38.549	-381.490	-342.941	0	-500	-500	-343.441	0	0	0	0
FO_0104	Beschäftigtenvertretung	86.354	-917.002	-830.648	0	-1.120	-1.120	-831.768	0	0	0	0
FO_0105	Rechnungsprüfung	107.880	-1.180.550	-1.072.670	0	-1.500	-1.500	-1.074.170	0	0	0	0
FO_0106	Zentrale Dienste	3.250.819	-6.541.036	-3.290.217	0	-90.559	-90.559	-3.380.776	0	0	0	0
FO_0107	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	30.954	-955.397	-924.443	0	-3.450	-3.450	-927.893	0	0	0	0
FO_0108	Personalmanagement	10.128.657	-71.758.029	-61.629.372	43.400	-65.900	-22.500	-61.651.872	0	0	0	0
FO_0109	Finanzmanagement und Rechnungswesen	211.744	-8.141.909	-7.930.165	0	-15.058	-15.058	-7.945.223	0	0	0	0
FO_0110	Organisationsangelegenheiten	73.280	-1.768.042	-1.694.762	0	-6.000	-6.000	-1.700.762	0	0	0	0
FO_0111	Recht	926.569	-2.570.165	-1.643.596	0	-400	-400	-1.643.996	0	0	0	0
FO_0112	Schwerbehindertenvertretung	0	-198.538	-198.538	0	0	0	-198.538	0	0	0	0
FO_0115	Informations- und Kommunikationstechnik	3.855.991	-19.402.067	-15.546.076	1.496.936	-8.595.694	-7.098.758	-22.644.834	0	0	0	0
FO_0116	Konzerncontrolling, steuerl. Angelegenh.	41.203	-2.070.914	-2.029.711	0	-522	-522	-2.030.233	0	0	0	0

2021

Haushaltsquerschnitt des Finanzhaushalts		Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	Saldo aus Investitionstätigkeit	Finanzmittel Überschuss/-fehlbetrag	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	VE
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
F0_0118	Verwaltungsleitung -Dez.Inneres/Finanzen	31.767	-664.363	-632.596	0	-4.000	-4.000	-636.596	0	0	0	0
F0_0119	Verwaltungs. -Dez. Schule/Bürger/Kultur	0	-503.415	-503.415	0	-1.668	-1.668	-505.083	0	0	0	0
F0_0120	Verwaltungs. - Dez. Umwelt/Klimaschutz	0	-468.394	-468.394	0	-800	-800	-469.194	0	0	0	0
F0_0121	Verw.Leitungs-Dez.Wifö-Stadtentw-Mobilit.	586.950	-1.430.844	-843.894	153.600	-305.600	-152.000	-995.894	0	0	0	0
F0_0122	Verwaltungsleitung -Dez. Soziales	0	-500.383	-500.383	0	-2.500	-2.500	-502.883	0	0	0	0
F0_0124	BürgerServiceCenter (BSC)	133.800	-1.224.782	-1.090.982	0	-1.500	-1.500	-1.092.482	0	0	0	0
F0_0126	Arbeitssicherheit/Gesundheitsschutz	126.549	-1.011.014	-884.465	0	-2.000	-2.000	-886.465	0	0	0	0
F0_0127	Kommunale Integrationsarbeit /-förderung	537.262	-1.734.082	-1.196.820	0	-2.000	-2.000	-1.198.820	0	0	0	0
F0_0131	Integrierte Sozialplanung und Prävention	2.741.890	-2.406.849	335.041	0	-2.600	-2.600	332.441	0	0	0	0
F0_0132	Datenschutz und Informationsfreiheit	12.931	-145.315	-132.384	0	-500	-500	-132.884	0	0	0	0
F0_0162	Rechnungsprüfungsausschuss	0	-300	-300	0	0	0	-300	0	0	0	0
F0_0166	SGA, Seniorenrat, Beiräte	0	-3.667	-3.667	0	0	0	-3.667	0	0	0	0
F0_0167	JHA einschl. 2 UA'e u. Mädchenbeirat	0	-2.403	-2.403	0	0	0	-2.403	0	0	0	0

2021

Haushaltsquerschnitt des Finanzhaushalts		Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	Saldo aus Investitionstätigkeit	Finanzmittel Überschuss/-fehlbetrag	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	VE
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
F0_0168	Kulturausschuss	0	-1.400	-1.400	0	0	0	-1.400	0	0	0	0
F0_0170	Rat und Ausschüsse, Fraktionen, Gruppen	86.015	-4.843.486	-4.757.471	0	-2.000	-2.000	-4.759.471	0	0	0	0
F0_0171	Stadtbezirksmanagement Mitte	0	-254.826	-254.826	0	0	0	-254.826	0	0	0	0
F0_0172	Stadtbezirksmanagement Dornberg	0	-176.052	-176.052	0	0	0	-176.052	0	0	0	0
F0_0181	Stadtbezirksmanagement Brackwede	122.172	-1.064.556	-942.384	0	-2.000	-2.000	-944.384	0	0	0	0
F0_0182	Stadtbezirksmanagement Heepen	11.080	-740.906	-729.826	0	-1.929	-1.929	-731.755	0	0	0	0
F0_0183	Stadtbezirksmanagement Sennestadt	5.700	-470.128	-464.428	0	-1.085	-1.085	-465.513	0	0	0	0
F0_0184	Stadtbezirksmanagement Senne	6.217	-504.628	-498.411	0	-900	-900	-499.311	0	0	0	0
F0_0186	Stadtbezirksmanagement Jöllenbeck	6.954	-453.850	-446.896	0	-500	-500	-447.396	0	0	0	0
F0_0187	Stadtbezirksmanagement Gadderbaum	0	-12.471	-12.471	0	0	0	-12.471	0	0	0	0
F0_0188	Stadtbezirksmanagement Schildesche	0	-13.954	-13.954	0	0	0	-13.954	0	0	0	0
F0_0189	Stadtbezirksmanagement Stieghorst	2.000	-45.348	-43.348	0	0	0	-43.348	0	0	0	0
F0_0191	Bezirksvertretung Brackwede	0	-800	-800	0	0	0	-800	0	0	0	0
F0_0192	Bezirksvertretung Heepen	0	-1.330	-1.330	0	0	0	-1.330	0	0	0	0
F0_0194	Bezirksvertretung Senne	0	-28.415	-28.415	0	0	0	-28.415	0	0	0	0

2021

Haushaltsquerschnitt des Finanzhaushalts		Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	Saldo aus Investitionstätigkeit	Finanzmittel Überschuss/-fehlbetrag	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	VE
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
F0_0197	Bezirksvertretung Gadderbaum	0	-650	-650	0	0	0	-650	0	0	0	0
F0_02	Sicherheit und Ordnung	65.108.965	-81.942.854	-16.833.889	3.815.000	-6.227.551	-2.412.551	-19.246.440	0	0	0	-1.300.000
F0_0201	Allgemeine Sicherheit und Ordnung	265.700	-895.022	-629.322	0	0	0	-629.322	0	0	0	0
F0_0202	Gewerbewesen	683.246	-898.930	-215.684	0	0	0	-215.684	0	0	0	0
F0_0203	Lebensmittelüberwachung	186.567	-1.855.803	-1.669.236	0	-1.800	-1.800	-1.671.036	0	0	0	0
F0_0204	Veterinärwesen/Artenschutz	19.500	-185.534	-166.034	0	-200	-200	-166.234	0	0	0	0
F0_0205	Fleischhygiene	50.000	-14.976	35.024	0	0	0	35.024	0	0	0	0
F0_0207	Verkehrsangelegenheiten	701.800	-707.410	-5.610	0	0	0	-5.610	0	0	0	0
F0_0208	Fahr- und Beförderungserlaubnisse	664.634	-665.895	-1.261	0	0	0	-1.261	0	0	0	0
F0_0209	Kfz-Angelegenheiten	2.888.500	-1.649.319	1.239.181	0	0	0	1.239.181	0	0	0	0
F0_0210	Einwohnerangelegenheiten	2.144.729	-5.696.329	-3.551.600	0	-9.962	-9.962	-3.561.562	0	0	0	0
F0_0211	Personenstandswesen	985.037	-1.892.862	-907.825	0	-7.969	-7.969	-915.794	0	0	0	0
F0_0212	Ausländerangelegenheiten	490.890	-2.606.915	-2.116.025	0	-6.500	-6.500	-2.122.525	0	0	0	0
F0_0213	Statistik	2.092	-259.612	-257.520	0	-1.150	-1.150	-258.670	0	0	0	0
F0_0214	Wahlen	230.000	-501.216	-271.216	0	-6.000	-6.000	-277.216	0	0	0	0
F0_0215	Gefahrenabwehr	349.100	-22.528.605	-22.179.505	3.496.000	-4.440.250	-944.250	-23.123.755	0	0	0	-1.200.000

2021

Haushaltsquerschnitt des Finanzhaushalts		Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	Saldo aus Investitionstätigkeit	Finanzmittel Überschuss/-fehlbetrag	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	VE
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
F0_0216	Gefahrenvorbeugung	169.500	-1.339.226	-1.169.726	0	-26.000	-26.000	-1.195.726	0	0	0	0
F0_0217	Rettungsdienst	25.100.000	-18.485.486	6.614.514	0	-1.369.800	-1.369.800	5.244.714	0	0	0	-100.000
F0_0218	Luftrettung	2.300.000	-1.680.846	619.154	0	0	0	619.154	0	0	0	0
F0_0221	Verkehrsordnungswidrigkeiten	15.407.000	-3.192.087	12.214.913	0	-12.500	-12.500	12.202.413	0	0	0	0
F0_0222	Sicherheit und Ordnung Brackwede	50.830	-3.334	47.496	0	0	0	47.496	0	0	0	0
F0_0223	Sicherheit und Ordnung Heepen	24.000	-3.030	20.970	0	0	0	20.970	0	0	0	0
F0_0224	Sicherheit und Ordnung Sennestadt	18.543	-649	17.894	0	0	0	17.894	0	0	0	0
F0_0225	Sicherheit und Ordnung Senne	14.109	-634	13.475	0	0	0	13.475	0	0	0	0
F0_0226	Sicherheit und Ordnung Jöllenbeck	11.088	-180	10.908	0	0	0	10.908	0	0	0	0
F0_0227	Außendienste	22.300	-4.443.946	-4.421.646	0	-26.420	-26.420	-4.448.066	0	0	0	0
F0_0228	Wochenmärkte	596.150	-308.719	287.431	0	0	0	287.431	0	0	0	0
F0_0229	ZAB - Zentrale Ausländerbehörde	11.733.650	-12.126.291	-392.641	319.000	-319.000	0	-392.641	0	0	0	0
F0_03	Schulträgeraufgaben	33.170.625	-126.647.446	-93.476.821	6.756.810	-8.689.811	-1.933.001	-95.409.822	0	0	0	-4.939.114
F0_0301	Bereitstellung schul. Einrichtungen	15.750.724	-90.007.402	-74.256.678	627.696	-2.404.069	-1.776.373	-76.033.051	0	0	0	0
F0_0302	Zentrale Leistungen des Schulträgers	17.404.901	-36.206.571	-18.801.670	6.129.114	-6.285.742	-156.628	-18.958.298	0	0	0	-4.939.114
F0_0304	Schulaufsicht	15.000	-433.473	-418.473	0	0	0	-418.473	0	0	0	0

2021

Haushaltsquerschnitt des Finanzhaushalts		Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	Saldo aus Investitionstätigkeit	Finanzmittel Überschuss/-fehlbetrag	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	VE
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
F0_04	Kultur und Wissenschaft	5.079.260	-46.120.003	-41.040.743	280.000	-1.094.415	-814.415	-41.855.158	0	0	0	0
F0_0401	Kommunale Veranstaltungen	304.999	-893.840	-588.841	0	-2.455	-2.455	-591.296	0	0	0	0
F0_0402	Kulturförderung	132.632	-2.020.245	-1.887.613	0	-25.000	-25.000	-1.912.613	0	0	0	0
F0_0404	Bereitstellung von Weiterbildungskursen	2.149.602	-3.615.821	-1.466.219	0	-27.200	-27.200	-1.493.419	0	0	0	0
F0_0405	Musik-und Kunstschule	1.851.211	-4.368.401	-2.517.190	0	-76.600	-76.600	-2.593.790	0	0	0	0
F0_0406	Stadtbibliothek	350.282	-5.120.078	-4.769.796	280.000	-704.160	-424.160	-5.193.956	0	0	0	0
F0_0409	Stadtarchiv u. Landesgesch. Bibliothek	17.016	-1.555.108	-1.538.092	0	-4.500	-4.500	-1.542.592	0	0	0	0
F0_0410	Historisches Museum	77.088	-1.975.744	-1.898.656	0	-95.000	-95.000	-1.993.656	0	0	0	0
F0_0411	Naturkundemuseum	48.430	-949.040	-900.610	0	-9.500	-9.500	-910.110	0	0	0	0
F0_0413	Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld	148.000	-22.815.685	-22.667.685	0	0	0	-22.667.685	0	0	0	0
F0_0414	WissensWerkStadt	0	-360.000	-360.000	0	0	0	-360.000	0	0	0	0
F0_0415	Beteiligung an Kunsthalle gemGmbH	0	-2.446.040	-2.446.040	0	-150.000	-150.000	-2.596.040	0	0	0	0
F0_05	Soziale Leistungen	131.967.681	-283.866.231	-151.898.551	73.000	-145.989	-72.989	-151.971.540	0	0	0	0
F0_0501	Grundsicherung für Arbeit	50.473.847	-125.175.727	-74.701.880	73.000	-144.100	-71.100	-74.772.980	0	0	0	0
F0_0502	Sicherung des Lebensunterhalts	54.604.091	-72.426.387	-17.822.296	0	0	0	-17.822.296	0	0	0	0

2021

Haushaltsquerschnitt des Finanzhaushalts		Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	Saldo aus Investitionstätigkeit	Finanzmittel Überschuss/-fehlbetrag	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	VE
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
F0_0503	Besondere soziale Leistungen	16.416.851	-71.845.933	-55.429.082	0	0	0	-55.429.082	0	0	0	0
F0_0504	Sozialversicherungsangelegenheiten	35.000	-57.798	-22.798	0	-1.889	-1.889	-24.687	0	0	0	0
F0_0505	ArbeitPlus in Bielefeld gGmbH	0	-52	-52	0	0	0	-52	0	0	0	0
F0_0506	REGE	0	-2.060.333	-2.060.333	0	0	0	-2.060.333	0	0	0	0
F0_0507	Unterhaltsvorschuss	10.437.892	-12.300.000	-1.862.108	0	0	0	-1.862.108	0	0	0	0
F0_06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	106.061.145	-277.734.087	-171.672.942	30.000	-302.500	-272.500	-171.945.442	0	0	0	0
F0_0601	Förderung von Kindern / Prävention	89.453.330	-184.538.362	-95.085.032	20.000	-235.500	-215.500	-95.300.532	0	0	0	0
F0_0602	Förderung von Familien	16.593.321	-92.034.907	-75.441.586	10.000	-67.000	-57.000	-75.498.586	0	0	0	0
F0_0603	Unterstützung in rechtlichen Verfahren	14.494	-1.160.818	-1.146.324	0	0	0	-1.146.324	0	0	0	0
F0_07	Gesundheitsdienste	1.302.752	-6.766.069	-5.463.317	0	-15.528	-15.528	-5.478.845	0	0	0	0
F0_0701	Gesundheitsförderung	230.500	-1.379.484	-1.148.984	0	-3.600	-3.600	-1.152.584	0	0	0	0
F0_0702	Gutachten und Stellungnahmen	128.000	-1.037.839	-909.839	0	-11.214	-11.214	-921.053	0	0	0	0
F0_0703	Gesundheitshilfe	15.263	-1.640.286	-1.625.023	0	-314	-314	-1.625.337	0	0	0	0
F0_0704	Gesundheits- u. Infektionsschutz	928.989	-2.681.659	-1.752.670	0	-400	-400	-1.753.070	0	0	0	0
F0_0705	Medizinische Ausbildung OWL	0	-26.800	-26.800	0	0	0	-26.800	0	0	0	0
F0_08	Sportförderung	80.709	-15.352.014	-15.271.305	966.762	-1.015.139	-48.377	-15.319.682	0	0	0	0
F0_0801	Bereitstellung von Sportanlagen	56.500	-14.143.438	-14.086.938	0	-47.877	-47.877	-14.134.815	0	0	0	0

2021

Haushaltsquerschnitt des Finanzhaushalts		Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	Saldo aus Investitionstätigkeit	Finanzmittel Überschuss/-fehlbetrag	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	VE
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
F0_0802	Sportförderung	0	-548.548	-548.548	966.762	-967.262	-500	-549.048	0	0	0	0
F0_0803	Bereitstellung von Bädern und Eisbahnen	24.209	-660.028	-635.819	0	0	0	-635.819	0	0	0	0
F0_09	Räumliche Planung u. Entwicklung, Geo-I.	6.682.231	-13.910.381	-7.228.150	5.765.634	-7.350.947	-1.585.313	-8.813.463	0	0	0	0
F0_0901	Generelle räumliche Planung	5.808.800	-7.978.842	-2.170.042	5.765.134	-7.306.235	-1.541.101	-3.711.143	0	0	0	0
F0_0902	Teilräumliche Planung	103.702	-340.432	-236.730	0	0	0	-236.730	0	0	0	0
F0_0903	Vermess., Erheb.u. Führung Geobasisdaten	561.426	-4.117.267	-3.555.841	500	-44.712	-44.212	-3.600.053	0	0	0	0
F0_0904	Geoinformationsdienste, -datenmanagement	85.650	-1.015.839	-930.189	0	0	0	-930.189	0	0	0	0
F0_0906	Grundstückswertermittlung	122.653	-458.001	-335.348	0	0	0	-335.348	0	0	0	0
F0_10	Bauen und Wohnen	3.346.464	-8.323.700	-4.977.236	0	-12.000	-12.000	-4.989.236	0	0	0	0
F0_1001	Maßnahmen der Bauaufsicht	2.880.279	-6.696.498	-3.816.219	0	-12.000	-12.000	-3.828.219	0	0	0	0
F0_1002	Beratung/Information vor Antragstellung	57.885	-526.946	-469.061	0	0	0	-469.061	0	0	0	0
F0_1003	Maßnahmen Denkmalschutz/Stadtgestaltung	15.000	-237.805	-222.805	0	0	0	-222.805	0	0	0	0
F0_1004	Wohnungsbauförderung	280.000	-336.766	-56.766	0	0	0	-56.766	0	0	0	0
F0_1006	Wohnraumüberwachung	37.300	-203.920	-166.620	0	0	0	-166.620	0	0	0	0

2021

Haushaltsquerschnitt des Finanzhaushalts		Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	Saldo aus Investitionstätigkeit	Finanzmittel Überschuss/-fehlbetrag	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	VE
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
F0_1010	Maßnahmen der Baustatik	76.000	-321.765	-245.765	0	0	0	-245.765	0	0	0	0
F0_11	Ver- und Entsorgung	98.495.555	-98.231.406	264.149	80.000	-900.000	-820.000	-555.851	0	0	0	0
F0_1101	Abfallbeseitigung	24.176.178	-23.586.625	589.553	0	0	0	589.553	0	0	0	0
F0_1102	Abfallüberwachung	2.500	-88.662	-86.162	0	0	0	-86.162	0	0	0	0
F0_1103	Vorflutsicherung / Abwasserkontrolle	69.735	-705.991	-636.256	80.000	-900.000	-820.000	-1.456.256	0	0	0	0
F0_1104	Entsorg.Grundstücksentwässerungsanlagen	31.800	-16.800	15.000	0	0	0	15.000	0	0	0	0
F0_1105	Stadtentwässerung	74.215.342	-73.833.328	382.014	0	0	0	382.014	0	0	0	0
F0_12	Verkehrflächen und -anlagen, ÖPNV	18.684.720	-52.104.631	-33.419.911	32.913.022	-36.159.422	-3.246.400	-36.666.311	0	0	0	-6.076.000
F0_1201	Öffentliche Verkehrsflächen	4.717.042	-29.465.765	-24.748.723	32.133.022	-33.742.422	-1.609.400	-26.358.123	0	0	0	-4.776.000
F0_1202	Verkehrsanlagen	70.950	-6.435.533	-6.364.583	780.000	-2.417.000	-1.637.000	-8.001.583	0	0	0	-1.300.000
F0_1203	Verkehrliche Planung	297.904	-1.645.153	-1.347.249	0	0	0	-1.347.249	0	0	0	0
F0_1204	ÖPNV	8.380.648	-7.919.176	461.472	0	0	0	461.472	0	0	0	0
F0_1205	Straßenreinigung	5.218.176	-6.639.004	-1.420.828	0	0	0	-1.420.828	0	0	0	0
F0_13	Natur- und Landschaftspflege	6.322.188	-34.582.175	-28.259.987	1.765.900	-2.504.070	-738.170	-28.998.157	0	0	0	0
F0_1301	Öffentliches Grün	1.115.600	-12.502.590	-11.386.990	20.000	-535.500	-515.500	-11.902.490	0	0	0	0
F0_1302	Natur und Landschaft	131.793	-1.417.788	-1.285.995	35.500	-211.500	-176.000	-1.461.995	0	0	0	0
F0_1304	Wasser und Wasserbau	300.486	-5.525.269	-5.224.783	1.710.400	-1.757.070	-46.670	-5.271.453	0	0	0	0

2021

Haushaltsquerschnitt des Finanzhaushalts		Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	Saldo aus Investitionstätigkeit	Finanzmittel Überschuss/-fehlbetrag	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	VE
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
F0_1305	Friedhofs- und Bestattungswesen	4.774.309	-7.190.109	-2.415.800	0	0	0	-2.415.800	0	0	0	0
F0_1308	Bezirkliches Grün Stadtbezirk Brackwede	0	-971.778	-971.778	0	0	0	-971.778	0	0	0	0
F0_1309	Bezirkliches Grün Stadtbezirk Heepen	0	-992.752	-992.752	0	0	0	-992.752	0	0	0	0
F0_1310	Bezirkliches Grün Stadtbezirk Sennestadt	0	-521.123	-521.123	0	0	0	-521.123	0	0	0	0
F0_1311	Bezirkliches Grün Stadtbezirk Senne	0	-291.741	-291.741	0	0	0	-291.741	0	0	0	0
F0_1313	Bezirkliches Grün Stadtbezirk Jöllenbeck	0	-444.683	-444.683	0	0	0	-444.683	0	0	0	0
F0_1314	Bezirkliches Grün Stadtbezirk Gadderbaum	0	-223.413	-223.413	0	0	0	-223.413	0	0	0	0
F0_1315	Bezirkliches Grün Stadtbez. Schildesche	0	-1.314.238	-1.314.238	0	0	0	-1.314.238	0	0	0	0
F0_1316	Bezirkliches Grün Stadtbezirk Stieghorst	0	-548.237	-548.237	0	0	0	-548.237	0	0	0	0
F0_1317	Bezirkliches Grün Stadtbezirk Mitte	0	-2.117.034	-2.117.034	0	0	0	-2.117.034	0	0	0	0
F0_1318	Bezirkliches Grün Stadtbezirk Dornberg	0	-521.420	-521.420	0	0	0	-521.420	0	0	0	0
F0_14	Umweltschutz	563.056	-3.745.778	-3.182.722	0	-3.000	-3.000	-3.185.722	0	0	0	0

2021

Haushaltsquerschnitt des Finanzhaushalts		Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	Saldo aus Investitionstätigkeit	Finanzmittel Überschuss/-fehlbetrag	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	VE
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
F0_1401	Umweltinformation u.-koord. u.-vorsorge	12.800	-245.185	-232.385	0	0	0	-232.385	0	0	0	0
F0_1404	Luft, Stadtklima und Lärm	483.550	-993.786	-510.236	0	-500	-500	-510.736	0	0	0	0
F0_1405	Bodensch./Schutz v.altlastenbed.Gefahren	66.706	-2.506.807	-2.440.101	0	-2.500	-2.500	-2.442.601	0	0	0	0
F0_15	Wirtschaft und Tourismus	28.646.617	-12.893.046	15.753.571	555.800	-12.000.000	-11.444.200	4.309.371	0	0	0	0
F0_1511	Beteiligungen der Stadt Bielefeld	28.646.617	-12.893.046	15.753.571	555.800	-12.000.000	-11.444.200	4.309.371	0	0	0	0
F0_16	Allgemeine Finanzwirtschaft	855.515.940	-150.255.557	705.260.383	8.668.638	-32.322.514	-23.653.876	681.606.507	268.123.942	-249.306.215	18.817.727	0
F0_1601	Allgemeine Finanzwirtschaft	855.515.940	-150.255.557	705.260.383	8.668.638	-32.322.514	-23.653.876	681.606.507	268.123.942	-249.306.215	18.817.727	0

**Übersicht über die Wirtschaftslage
und
die voraussichtliche Entwicklung
der Unternehmen und Einrichtungen,
an denen die Stadt Bielefeld
mit mehr als 20 Prozent
unmittelbar oder mittelbar
beteiligt ist.**

Anlage gem. § 1 Abs. 2 Nr. 9 KomHVO

- Übersicht über die Wirtschaftslage und die voraussichtliche Entwicklung der Beteiligungen an denen die Stadt Bielefeld unmittelbar oder mittelbar zu mehr als 20 % beteiligt ist
- Darstellung der Finanzströme zwischen der Stadt Bielefeld und den Beteiligungen, an denen die Stadt Bielefeld unmittelbar oder mittelbar zu mehr als 20 % beteiligt ist

Darstellung der Wirtschaftslage													
Gesellschaft	Gez. Kapital (Stammkapital) In T€	Anteil der Stadt Bielefeld bzw. beteiligter Gesellschaften		Jahresabschluss 2018		Wirtschaftsplan 2019		Wirtschaftsplan 2020		Wirtschaftsplan 2021		Wirtschaftsplan 2022	
		in T€	Anteil in %	Umsatz in T€	Ergebnis in T€	Umsatz in T€	Ergebnis in T€	Umsatz in T€	Ergebnis in T€	Umsatz in T€	Ergebnis in T€	Umsatz in T€	Ergebnis in T€
BBF GmbH	2.500,0	2.500,0	100,0	-5.794	-9.958	5.398	-10.560	5.349	-10.601	5.501	-10.166	5.562	-10.415
BBVG mbH	5.025,0	5.025,0	100,0	4.820	17.102	8.693	-9.211	8.616	-7.749	3.338	-24.858	4.036	-32.150
BGW GmbH	4.400,0	3.300,0	75,0	70.541	3.544	74.547	2.684	76.607	2.264	77.842	4.621	80.421	3.360
Bielefeld Gütersloh Wind GmbH & Co. KG	3.000,0	1.500,0	50,0	1.285	-133	1.758	51	1.758	53	1.758	28	1.758	41
Bielefeld Marketing GmbH	52,0	26,5	51,0	2.534	19	4.335	-96	-	-	-	-	-	-
BITeL GmbH	2.752,0	1.926,4	70,0	21.376	501	24.016	510	23.766	-2.722	27.115	-1.814	30.579	-317

Darstellung der Wirtschaftslage													
Gesellschaften	Gez. Kapital (Stammkapital) In T€	Anteil der Stadt Bielefeld bzw. beteiligter Gesellschaften		Jahresabschluss 2018		Wirtschaftsplan 2019		Wirtschaftsplan 2020		Wirtschaftsplan 2021		Wirtschaftsplan 2022	
		in T€	Anteil in %	Umsatz in T€	Ergebnis in T€	Umsatz in T€	Ergebnis in T€	Umsatz in T€	Ergebnis in T€	Umsatz in T€	Ergebnis in T€	Umsatz in T€	Ergebnis in T€
CEC Energieconsulting i.L.	102,3	38,4	37,5	0	-35	-	-	-	-	-	-	-	-
Dienstleistungsgesellschaft Klinikum Bielefeld GmbH	25,0	25,0	100,0	15.431	10	16.922	5	16.605	6	16.552	8	16.906	5
Elektrizitätsversorgung Werther GmbH	2.755,0	1.261,7	49,0	5.904	453	5.990	99	5.904	88	5.914	96	5.913	105
Enertec Hameln GmbH	12.834,0	12.834,0	100,0	52.940	4.294	51.620	3.920	50.190	2.830	50.380	2.330	50.910	3.420
Flughafen Bielefeld GmbH	158,6	39,9	25,14	480	15	-	-	-	-	-	-	-	-
Friedhofs GmbH Bielefeld	50,0	25,0	100,0	535	64	543	21	-	-	-	-	-	-

Darstellung der Wirtschaftslage													
Gesellschaften	Gez. Kapital (Stammkapital) In T€	Anteil der Stadt Bielefeld bzw. beteiligter Gesellschaften		Jahresabschluss 2018		Wirtschaftsplan 2019		Wirtschaftsplan 2020		Wirtschaftsplan 2021		Wirtschaftsplan 2022	
		in T€	Anteil in %	Umsatz in T€	Ergebnis in T€	Umsatz in T€	Ergebnis in T€	Umsatz in T€	Ergebnis in T€	Umsatz in T€	Ergebnis in T€	Umsatz in T€	Ergebnis in T€
Gemeinschaftskernkraftwerk Grohnde GmbH & Co. OHG	153,4	51,1	33,3	198.200	-114.500	-	-	-	-	-	-	-	-
Innovationszentrum Campus Bielefeld GmbH	50,0	50,0	100,0	0	-2	346	-148	535	-44	624	24	714	92
Interargem GmbH	2.200,0	1.702,0	77,3	7.855	15.677	7.290	13.930	7.550	12.140	7.720	12.680	7.830	13.740
Interkommunales Gewerbegebiet Ostwestfalen-Lippe GmbH	500,0	225,0	45,0	1.471	618	1.108	157	1.881	1.016	0	-142	0	-164
Klinikum Bielefeld gem. GmbH	5.745,0	5.113,0	89,0	232.391	262	241.846	77	248.209	245	253.700	239	259.354	241

Darstellung der Wirtschaftslage													
Gesellschaften	Gez. Kapital (Stammkapital) In T€	Anteil der Stadt Bielefeld bzw. beteiligter Gesellschaften		Jahresabschluss 2018		Wirtschaftsplan 2019		Wirtschaftsplan 2020		Wirtschaftsplan 2021		Wirtschaftsplan 2022	
		in T€	Anteil in %	Umsatz in T€	Ergebnis in T€	Umsatz in T€	Ergebnis in T€	Umsatz in T€	Ergebnis in T€	Umsatz in T€	Ergebnis in T€	Umsatz in T€	Ergebnis in T€
Krematorium Besitz GmbH	26,0	26,0	100,0	504	96	-	-	-	-	-	-	-	-
Krematorium Betriebs GmbH	50,0	24,5	49,0	2.061	236	2.251	25	-	-	-	-	-	-
Kunsthalle Bielefeld g. Betriebs-GmbH	39,0	13,0	33,3	505	62	255	89	220	23	-	-	-	-
moBiel GmbH	5.025,0	5.025,0	100,0	60.113	-22.140	62.235	-23.448	61.871	-29.562	62.669	-33.435	63.906	-36.611
MVA Bielefeld Herford GmbH	2.557,0	2.557,0	49,0	62.773	10.875	61.030	9.990	59.830	9.240	60.400	10.290	60.490	10.460
OWL Verkehr GmbH	180,5	55,4	30,8	3.452	5	3.991	5	3.927	5	3.966	5	4.009	5
Radio Bielefeld Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG	520,0	130,0	25,0	3.291	497	-	-	-	-	-	-	-	-
REGE mbH	26,0	26,0	100,0	2.845	-4.658	3.161	-5.170	3.161	-4.650	3.161	-4.843	3.161	-4.859

Darstellung der Wirtschaftslage													
Gesellschaften	Gez. Kapital (Stammkapital) In T€	Anteil der Stadt Bielefeld bzw. beteiligter Gesellschaften		Jahresabschluss 2018		Wirtschaftsplan 2019		Wirtschaftsplan 2020		Wirtschaftsplan 2021		Wirtschaftsplan 2022	
		in T€	Anteil in %	Umsatz in T€	Ergebnis in T€	Umsatz in T€	Ergebnis in T€	Umsatz in T€	Ergebnis in T€	Umsatz in T€	Ergebnis in T€	Umsatz in T€	Ergebnis in T€
Stadtwerke Bielefeld Netz GmbH	2.000,0	2.000,0	100,0	169.798	-6.329	-	-	-	-	-	-	-	-
Stadtwerke Gütersloh GmbH	37.700,0	18.812,0	49,9	131.623	2.481	129.147	2.612	131.114	2.623	132.381	2.162	133.069	2.015
Stadtwerke Bielefeld GmbH	89.477,3	89.477,3	100,0	580.499	18.574	612.462	465	615.389	2.437	623.848	-15.467	547.917	-23.864
1. Stadtwerke Bielefeld Wind GmbH & Co. KG	2.200,0	1.100,0	50,0	952	103	987	145	987	156	987	168	987	619
2. Stadtwerke Bielefeld Wind GmbH & Co. KG	1.600,0	1.600,0	100,0	634	46	658	70	658	77	658	89	658	404

Darstellung der Wirtschaftslage													
Gesellschaft	Gez. Kapital (Stammkapital) In T€	Anteil der Stadt Bielefeld bzw. beteiligter Gesellschaften		Jahresabschluss 2018		Wirtschaftsplan 2019		Wirtschaftsplan 2020		Wirtschaftsplan 2021		Wirtschaftsplan 2022	
		in T€	Anteil in %	Umsatz in T€	Ergebnis in T€	Umsatz in T€	Ergebnis in T€	Umsatz in T€	Ergebnis in T€	Umsatz in T€	Ergebnis in T€	Umsatz in T€	Ergebnis in T€
3. Stadtwerke Bielefeld Wind GmbH & Co. KG	200,0	200,0	100,0	493	52	499	38	499	31	499	28	499	25
4. Stadtwerke Bielefeld Wind GmbH & Co. KG	200,0	200,0	100,0	493	52	499	38	499	31	499	28	499	25
WEGE mbH	512,0	281,6	55,0	502	-1.064	476	-1.154	493	-1.201	757	-1.156	1.132	-1.146
Windpark Ostwestfalen GmbH & Co. KG	3.000,0	1.500,0	50,0	3.191	638	3.218	636	3.218	647	3.218	623	3.218	597
WRB GmbH	25,0	25,0	100,0	2.414	14	1.209	-7	276	-18	277	-18	278	-18

Finanzströme zwischen der Stadt Bielefeld und ihren Beteiligungen				
	Gewinnabführung (+) Verlustabdeckung, sonst. Zahlg. (-)			
	Ist 2018 in T€	Plan 2019 in T€	Plan 2020 in T€	Plan 2021 in T€
Gesellschaften				
BGW GmbH	604,0	604,0	604,0	604,0
Klinikum Bielefeld gem. GmbH	-54,2	0,0	0,0	0,0
Kunsthalle Bielefeld gem. Betriebs-GmbH	-2.548,1	-2.388,5	-2.429,0	-2.446,0
Radio Bielefeld Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG	88,8	50,0	50,0	50,0
REGE mbH	-4.658,0	-5.170,0	-4.650,0	-4.843,0
WEGE mbH	-1.035,0	-1.035,0	-1.035,0	-1.035,0

1	<i>Prämissen/Risikobericht/Mengendaten</i>
1.1	Planungsprämissen und Risikobericht
1.2	Mengendaten
2	<i>Wirtschaftsplan 2019/2020</i>
2.1	Erfolgsplan
2.2	Vermögensplan
3	<i>Mittelfristplanung 2019/2020 bis 2022/2023</i>
3.1	Ergebnisplan
3.2	Finanzplan
4	<i>Stellenübersicht</i>

1

Prämissen/Risikobericht/Mengendaten

1.1

Planungsprämissen und Risikobericht

1.2

Mengendaten

Wirtschaftsplan 2019/2020

Wesentliche Planungsprämissen

Bei der Planung für die Spielzeit 2019/2020 wurden für das Theater 33 Neuinszenierungen und 5 Wiederaufnahmen, für das Orchester 60 Konzertveranstaltungen außerhalb des Musiktheaterbereichs zu Grunde gelegt.

Bei den 33 Neuinszenierungen handelt es sich um 8 Musiktheater-, 15 Schauspiel- und 3 Tanztheaterpremierer sowie 7 weitere Produktionen insbesondere im Bereich Theater- und Konzertpädagogik, darunter sind 3 Tanzvermittlungs-Produktionen.

Mit dem gesamten Angebot in der Spielzeit 2019/2020 sollen 198.000 Besucher erreicht werden.

Wirtschaftsplan 2019/2020*Risikobericht*

Mit dem Spiel- und Konzertplan 2019/2020 wird Bielefeld und der Region auch in diesem Wirtschaftsjahr ein vielfältiges und attraktives Kulturangebot unterbreitet. Die Einnahmen aus dem Spielbetrieb sind auf der Basis von 198.000 Zuschauern geplant. Die geplanten Entgelteinnahmen beruhen im Wesentlichen auf den Erfahrungen vergangener Spielzeiten sowie unter Berücksichtigung der aktuellen Entgeltordnung. Sachkostensteigerungen werden nicht durch die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit der Stadt abgedeckt und müssen vom Betrieb kompensiert werden.

Die kontinuierliche Budgetüberwachung zur Einhaltung des Wirtschaftsplanes ist auf Basis des vorhandenen Planungssystems sowie der zugrunde gelegten Daten gegeben. Die Risiken des Theater- und Konzertbetriebes liegen im Wesentlichen im pünktlichen und störungsfreien Vorbestellungsbetrieb und hier im Personaleinsatz und der Bühnen und Veranstaltungstechnik.

Neben der positiven Besucherresonanz ist dies ein weiteres wichtiges Qualitätsmerkmal im Wettbewerb der Kulturangebote.

Das Risikomanagement im technischen Bereich erfolgt durch die regelmäßige Wartung der komplexen Anlagen, durch die Redundanz von Betriebssystemen und die Sicherstellung des schnellstmöglichen Zugriffs auf betriebsnotwendige Ersatzteile.

Die vollständige Risikovorsorge im Personalbereich wäre nur durch Doppelbesetzung von Rollen und/oder das Vorhalten von Erkrankungsauhilfen möglich. Das ist schon aufgrund der finanziellen Rahmenbedingungen nicht umsetzbar und wäre auch unverhältnismäßig. Dementsprechend wird auf Personalausfälle situationsbezogen reagiert. Auch im Theater erschwert der zunehmende Fachkräftemangel die Beschaffung von geeignetem Personal.

1.2.1

Mengendaten 2019/2020 - Produktionen

Bühnen und Orchester der
Stadt Bielefeld

Theater

Spielzeiten	2017/2018 Ist Produktionen	2018/19 Plan Produktionen	2019/20 Plan Produktionen
Anzahl Prod.			
1. Stadttheater			
a) Musiktheater	8	8	8
zusätzl. Wiederaufnahmen	1	1	2
b) Schauspiel	4	4	4
zusätzl. Wiederaufnahmen	1	0	0
c) Tanztheater	2	3	2
d) Sonstiges	4	4	4
Summe Stadttheater	20	20	20
2. TAM			
TAM			
a) Schauspiel	7	6	7
zusätzl. Wiederaufnahmen	3	4	3
c) TAM ^{zwei} /TAM ^{drei}	4	3	4
zusätzl. Wiederaufnahmen	1	2	1
Summe TAM	15	15	15
3. Sonstige Spielstätten			
a) Schauspiel		1	1
b) Tanz	1	1	1
c) Tanzvermittlung	2	2	2
Summe Sonstige Spielstätten	3	4	4
Summe Theater	38	39	39

Orchester

Spielzeiten	2017/18 Ist	2018/19 Plan	2019/20 Plan
Anzahl Konzerte			
1. Rudolf-Oetker-Halle			
a) Symphoniekonzerte	16	16	16
b) Philharmonische Kammerkonzerte	9	9	9
c) Sonderkonzerte	2	2	2
Summe Rudolf-Oetker-Halle	27	27	27
2. Sonstige Spielstätten			
a) Sonderkonzerte/Gastspiele	20	20	20
Summe Sonstige Spielstätten	20	20	20
3. Musik-voll fett	13	13	13
Summe Orchester	60	60	60

1.2.2

Mengendaten 2019/2020 - Vorstellungen -

Bühnen und Orchester der
Stadt Bielefeld

Theater

Spielzeiten	2017/18 Ist Vorstellungen	2018/2019 Plan Vorstellungen	2019/20 Plan Vorstellungen
Anzahl Vorst.			
1. Stadttheater			
a) Musiktheater (inkl. Wiederaufnahmen)	94	100	88
b) Schauspiel (inkl. Wiederaufnahmen)	107	100	95
c) Tanztheater	22	22	25
d) Sonstiges	7	7	9
Summe Stadttheater	230	229	217
2. TAM			
Schauspiel TAM	115	115	112
Schauspiel TAM ^{zwei} /TAM ^{drei}	100	91	92
Summe TAM	215	206	204
1. Sonstige Spielstätten			
a) Schauspiel		8	12
a) Tanz	11	12	12
b) Tanzvermittlung	10	10	10
Summe Sonstige Spielstätten	21	30	34
Summe Theater (*)	466	465	455

*zzgl. weitere Vorstellungen wie theaterpädagogische Projekte, Gastspiele, -Loft-Produktionen

2

Wirtschaftsplan 2019/2020

2.1

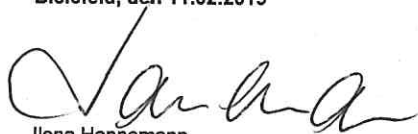
Erfolgsplan

2.2

Vermögensplan

	2017/18 vorläufiges Ist TEUR	2018/19 Plan Gesamt TEUR	2019/20 Plan Gesamt TEUR
1. Umsatzerlöse			
Einnahmen aus Spielbetrieb	3.218	3.470	3.555
Leistungsentgelt der Stadt	20.588	21.101	22.049
sonstige Umsatzerlöse	595	643	695
Summe Umsatzerlöse	24.401	25.213	26.299
2. Erhöhung/Minderung des Bestandes an unfertigen Ausstattungen	32	0	0
3. Sonstige betriebl. Erträge	1.737	1.436	2.174
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe für bezogene Waren	627	560	653
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.017	1.904	2.348
Summe Materialaufwand	2.644	2.464	3.001
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	15.161	15.927	16.627
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	3.790	3.891	4.194
Summe Personalaufwand	18.951	19.818	20.821
6. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	312	277	300
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens	0	0	0
Summe Abschreibungen	312	277	300
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.275	4.482	4.505
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	2	0
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-13	-394	-153
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
12. Sonstige Steuern	2	2	2
13. Jahresüberschuss/ Jahresverlust	-15	-396	-155
14 a) Einstellung in die Rücklage		0	0
14 b) Entnahme aus der Rücklage	15	396	155
15. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

Bielefeld, den 11.02.2019



Ilona Hannemann
Verwaltungsdirektorin

2.2

Vermögensplan 2019/2020

Bühnen und Orchester der
Stadt Bielefeld

Einnahmen/Mittelherkunft	2019/20 TEUR
1. Jahresüberschuss	0
2. Verminderung des Bestandes an liquiden Mitteln	427
3. Abschreibungen	300
Summe	727

Ausgaben/Mittelverwendung	2019/20 TEUR
1. Ausgaben für immaterielle Vermögensgegenstände	0
2. Ausgaben für Sachanlagen	
2.1. Ersatz von Musikinstrumenten	190
2.2. Ersatz von techn. Bühnenbedarf	150
2.3. Maschinen und maschinelle Anlagen	50
2.4. Betriebs- und Geschäftsausstattung	110
2.5. Geringwertige Wirtschaftsgüter	46
3. Tilgung von Krediten eines Dritten	15
4. Auflösung von Sonderposten aus Zuschüssen	11
5. Jahresfehlbetrag	155
	727

Bielefeld, den 11.02.2019



Ilona Hannemann
Verwaltungsdirektorin

3

Mittelfristplanung 2019/2020 bis 2022/2023

3.1

Ergebnisplan

3.2

Finanzplan

	2018/19 Plan TEUR	2019/20 Plan TEUR	2020/21 Plan TEUR	2021/22 Plan TEUR	2022/23 Plan TEUR
1. Umsatzerlöse	25.213	26.299	26.724	27.140	27.649
(Leistungsentgelt der Stadt Bielefeld)	(21.101)	(22.049)	(22.474)	(22.890)	(23.324)
2. Erhöhung/Minderung des Bestandes an unfertigen Ausstattungen	0	0	0	0	0
3. Sonstige betriebl. Erträge	1.436	2.174	2.154	2.314	2.383
4. Materialaufwand					
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe für bezogene Waren	560	653	650	670	680
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.904	2.348	2.340	2.360	2.380
Summe Materialaufwand	2.464	3.001	2.990	3.030	3.060
5. Personalaufwand					
a) Löhne und Gehälter	15.927	16.627	16.887	17.224	17.568
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	3.891	4.194	4.284	4.374	4.464
Summe Personalaufwand	19.818	20.821	21.171	21.598	22.032
6. Abschreibungen					
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	277	300	300	300	300
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens	0	0	0	0	0
Summe Abschreibungen	277	300	300	300	300
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.482	4.505	4.590	4.600	4.620
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0	0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2	0	0	0	0
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-394	-153	-173	-74	20
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0	0
12. Sonstige Steuern	2	2	2	2	2
13. Jahresüberschuss/ Jahresverlust	-396	-155	-175	-76	18
14 a) Einstellung in die Rücklage		0	0	0	18
14 b) Entnahme aus der Rücklage	396	155	175	76	0
15. Bilanzgewinn/ Bilanzverlust	0	0	0	0	0

Bielefeld, den 11.02.2019


 Ilona Hahnemann
 Verwaltungsdirektorin

3.2

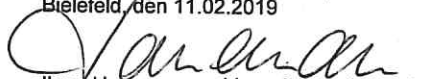
Mittelfristige Finanzplanung 2018/2019 - 2022/2023

Bühnen und Orchester der
Stadt Bielefeld

Einnahmen/Mittelherkunft	2018/2019 TEUR	2019/2020 TEUR	2020/2021 TEUR	2021/2022 TEUR	2022/2023 TEUR
1. Jahresüberschuss	0	0	0	0	18
2. Verminderung des Bestandes an liquiden Mitteln	475	427	338	130	21
3. Abschreibungen	277	300	300	300	300
Summe	752	727	638	430	339

Ausgaben/Mittelverwendung	2018/2019 TEUR	2019/2020 TEUR	2020/2021 TEUR	2021/2022 TEUR	2022/2023 TEUR
1. Ausgaben für immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0	0
2. Ausgaben für Sachanlagen					
2.1 Ersatz von Musikinstrumenten	30	190	31	31	31
2.2 Ersatz von techn. Bühnenbedarf	60	150	150	100	100
2.3 Maschinen und maschinelle Anlagen	85	50	145	92	77
2.4 Betriebs- und Geschäftsausstattung	125	110	82	80	80
2.5 Geringfügige Wirtschaftsgüter	30	46	40	40	40
3. Tilgung von Krediten eines Dritten	15	15	4	0	0
4. Auflösung von Sonderposten aus Zuschüssen	11	11	11	11	11
5. Jahresverlust	396	155	175	76	0
Summe	752	727	638	430	339

Bielefeld, den 11.02.2019



Ilona Hahnemann - Verwaltungsdirektorin

4

Stellenübersicht

**Stellenübersicht
der Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld
gem. § 17 EigVO NRW**

I. Tariflich Beschäftigte:

Entgeltgruppe	Stellen 2019/2020	Stellen 2018/2019	tatsächlich besetzt 30.06.2018
TVK B	64,0	64,0	60,2
b.R.	6,0	6,0	6,0
EG 13			
EG 12			
EG 11			
EG 10			
EG 9 c	1,0		1,0
EG 9 b	2,0	1,0	2,0
EG 9 a	8,4	10,4	7,2
EG 8	5,0	5,0	6,0
EG 7	36,5	36,5	31,6
EG 6	31,5	30,5	28,7
EG 5	18,0	18,0	16,8
EG 4	6,0	6,0	4,5
EG 3			
EG 2			
EG 1	12,8	13,3	8,6
Zwischensumme	191,2	190,7	172,6
zzgl. Vfg. Stellen	3,0	3,0	1,0
Insgesamt	194,2	193,7	173,6

II. Nachrichtlich: Beamte

Besoldungsgruppe	Stellenplan 2019/2020	Stellenplan 2018/2019	tatsächlich besetzt 30.06.2018
A 16	1,0	1,0	1,0
A 12	2,0	2,0	1,6
A 11	1,0	1,0	1,0
A 10	1,0	1,0	1,0
A 9 Ea2	1,0	1,0	1,0
A8	0,5	0,5	0,5
A7	0,5	0,5	0,5
Insgesamt	7,0	7,0	6,6

III. Nachrichtlich: Tariflich Beschäftigte NV Bühne

	Stellenplan 2019/2020	Stellenplan 2018/2019	tatsächlich besetzt 30.06.2018
NV Bühne	147,0	146,0	139,0
Insgesamt	147,0	146,0	139,0

IV. Gesamtpersonal:

	Stellen 2019/2020	Stellen 2018/2019	tatsächlich besetzt 30.06.2018
Tariflich Beschäftigte	338,2	336,7	311,6
Vfg.-Stellen der Tariflich Beschäftigten	3,0	3,0	1,0
Beamte	7,0	7,0	6,6
Insgesamt	348,2	346,7	319,2

V. Nachwuchskräfte:

Bezeichnung	vorgesehen für 2019/2020	tatsächlich besetzt 01.10.2018
Veranstaltungstechniker/in	2,0	0,0
Metallbauer/in	1,0	0,0
Tischler/in	1,0	0,0
Herrenschneider/in	1,0	1,0
Damenschneider/in	1,0	1,0
Maskenbildner/in	1,0	1,0
Theatermaler/in	1,0	2,0
Insgesamt	8,0	5,0

Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld Erfolgsplan 2020		Plan 2020 TEUR	Plan 2019 TEUR	Ist 2018 TEUR	Abweichung 2020 / 2019	
					(+ = Verbesserung / - = Verschlechterung TEUR	%
1.	Umsatzerlöse	-154.084	-148.450	-142.685	5.633	4%
	a) Allgemein	-21.734	-21.791	-21.059	-57	0%
	b) Erlöse Werkstätten	-1.283	-1.296	-1.412	-12	-1%
	c) Erstattung DSD	-748	-693	-778	54	8%
	d) Einnahmen aus Zuweisungen	-130.319	-124.671	-119.437	5.648	5%
2.	Bestandsveränderungen	0	0	0	0	
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	-1.551	-1.559	-1.392	-8	-1%
4.	Sonstige betriebliche Erträge	-1.243	-1.188	-2.453	55	5%
5.	Materialaufwand	40.902	37.410	36.370	-3.492	-9%
	a) Aufwendungen RHB und bezogene Waren	9.436	9.292	9.213	-144	-2%
	b) Aufwendungen bezogene Leistungen	31.467	28.118	27.157	-3.348	12%
6.	Personalaufwand	61.534	58.820	55.515	-2.713	-5%
	a) Löhne und Gehälter	47.869	45.556	43.128	-2.313	-5%
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung davon für Altersversorgung	13.665	13.265	12.387	-401	-3%
7.	Abschreibungen	24.267	24.001	22.800	-267	-1%
	a) auf immaterielle Vermögensstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	24.267	24.001	22.800	-267	-1%
	b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens	0	0	0	0	
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	10.073	10.092	9.323	19	0%
9.	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0	
10.	Erträge von verb. Unternehmen aus Wert- papieren und Ausleihungen	-27	-36	-46	-9	26%
11.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-73	-73	-85	0	0%
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0	0	
13.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8.875	9.283	9.140	408	-4%
	a) Zinsen Kapitalmarktdarlehen	7.558	7.948	7.845	390	5%
	b) Zinsen Personalrückstellungen	1.317	1.335	1.295	18	1%
14.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	173	173	335	0	0%
15.	Ergebnis nach Steuern	-11.153	-11.527	-13.178	-375	3%
16.	Sonstige Steuern	116	112	113	-4	-4%
17.	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-11.037	-11.416	-13.065	-379	3%
18.	Abführung an Haushalt	8.898	9.461	11.118	563	6%
19.	Einstellung in Rücklage	0	0	1.947	0	
20.	Bilanzgewinn /-verlust	-2.139	-1.955	0	184	9%
Ertrag		-156.977	-151.306	-146.660	5.671	
Aufwand		145.940	139.891	133.595	-6.050	
Ergebnis		-11.037	-11.416	-13.065	-379	

Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld Sparten-Erfolgsübersicht 2020	Allgemeine Verwaltung TEUR	Sonstiger Verw.dienst TEUR	Werk- stätten TEUR	Stadtent- wässerung TEUR	Stadt- reinigung TEUR	Friedhofs- betriebe TEUR	Stadt- grün TEUR	Summe Gesamt TEUR
1. Umsatzerlöse	-28	-26	-1.283	-84.209	-45.171	-7.163	-16.203	-154.084
a) Allgemein	-28	-26	0	-1.202	-8.435	-603	-11.440	-21.734
b) Erlöse Werkstätten	0	0	-1.283	0	0	0	0	-1.283
c) Erstattung DSD	0	0	0	0	-748	0	0	-748
d) Einnahmen aus Zuweisungen	0	0	0	-83.007	-35.988	-6.560	-4.764	-130.319
e) Zuführung Rechnungsabgrenzung	0	0	0	0	0	0	0	0
2. Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0	0	0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	-1.430	0	-50	-71	-1.551
4. Sonstige betriebliche Erträge	-8	-19	-108	-207	-170	-11	-720	-1.243
5. Materialaufwand	95	406	5.281	14.568	13.675	2.077	4.800	40.902
a) Aufwendungen RHB und bezogene Waren	38	250	3.752	3.244	914	387	851	9.436
b) Aufwendungen bezogene Leistungen	58	156	1.529	11.324	12.761	1.690	3.949	31.467
6. Personalaufwand	4.304	851	2.209	13.434	20.638	5.248	14.850	61.534
a) Löhne und Gehälter	3.427	663	1.738	10.426	15.999	4.052	11.564	47.869
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung davon für Altersversorgung	877	188	471	3.009	4.639	1.196	3.285	13.665
7. Abschreibungen	94	1.402	3.913	17.100	1.014	416	329	24.267
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	94	1.402	3.913	17.100	1.014	416	329	24.267
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens	0	0	0	0	0	0	0	0
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.271	359	737	3.397	2.212	612	1.485	10.073
9. Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0	0	0	0	0

<u>Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld</u> <u>Sparten-Erfolgsübersicht 2020</u>	Allgemeine Verwaltung TEUR	Sonstiger Verw.dienst TEUR	Werk- stätten TEUR	Stadtent- wässerung TEUR	Stadt- reinigung TEUR	Friedhofs- betriebe TEUR	Stadt- grün TEUR	Summe Gesamt TEUR
10. Erträge von verb. Unternehmen aus Wertpapieren und Ausleihungen	0	0	0	0	0	-27	0	-27
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-65	0	0	0	0	-8	0	-73
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0	0	0
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	530	300	165	7.391	199	113	177	8.875
a) Zinsen Kapitalmarktdarlehen	0	285	165	6.971	71	56	10	7.558
b) Zinsen Personalarückstellungen	530	15	0	420	128	58	167	1.317
14. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0	0	173	0	0	173
15. Ergebnis nach Steuern	6.194	3.272	10.913	-29.956	-7.429	1.207	4.646	-11.153
16. Sonstige Steuern	3	19	15	18	31	7	23	116
17. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	6.197	3.291	10.929	-29.937	-7.398	1.214	4.669	-11.037
a) mit Overhead, ohne ILV	-245	3.888	11.806	-28.661	-5.475	1.979	5.670	-11.037
b) mit Overhead und ILV	0	85	-16	-27.301	1.483	3.326	11.388	-11.037
Nachrichtlich: Innerbetriebliche Leistungsverrechnungen	0	85	-16	-27.301	1.483	3.326	11.388	-11.037

Stand: 02.07.2019

<u>Erfolgsplan Allgemeine Verwaltung</u>		Plan 2020 TEUR	Plan 2019 TEUR	Ist 2018 TEUR	Abweichung 2020 / 2019 (+ = Verbesserung / - = Verschlechterung TEUR %)	
1.	Umsatzerlöse	-28	-24	-27	4	17%
	a) Allgemein	-28	-24	-27	4	17%
	b) Erlöse Werkstätten	0	0	0	0	
	c) Erstattung DSD	0	0	0	0	
	d) Einnahmen aus Zuweisungen	0	0	0	0	
2.	Bestandsveränderungen	0	0	0	0	
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	
4.	Sonstige betriebliche Erträge	-8	-8	-10	0	0%
5.	Materialaufwand	95	117	103	21	18%
	a) Aufwendungen RHB und bezogene Waren	38	36	38	-1	-3%
	b) Aufwendungen bezogene Leistungen	58	80	65	23	28%
6.	Personalaufwand	4.304	3.928	4.035	-377	-10%
	a) Löhne und Gehälter	3.427	3.172	3.022	-255	-8%
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung davon für Altersversorgung	877	756	1.013	-121	-16%
7.	Abschreibungen	94	97	67	3	3%
	a) auf immaterielle Vermögensstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	94	97	67	3	3%
	b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens	0	0	0	0	
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.271	1.176	1.050	-95	-8%
9.	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0	
10.	Erträge von verb. Unternehmen aus Wert- papieren und Ausleihungen	0	0	0	0	
11.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-65	-65	-58	0	0%
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0	0	
13.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	530	528	515	-3	-1%
	a) Zinsen Kapitalmarktdarlehen	0	4	0	4	100%
	b) Zinsen Personalarückstellungen	530	524	515	-7	-1%
14.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0	0	
15.	Ergebnis nach Steuern	6.194	5.747	5.675	-447	-8%
16.	Sonstige Steuern	3	3	3	0	14%
17.	Jahresüberschuss/-fehlbetrag ohne ILV + Umlagen	6.197	5.750	5.678	-446	-8%
	Umlagen Overhead	-6.441	-6.063	-5.897	378	-6%
	ILV	245	312	219	68	22%
	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0	0	0	0	
	Ertrag	-6.542	-6.160	-5.992	382	
	Aufwand	6.542	6.160	5.992	-382	
	Ergebnis	0	0	0	0	

<u>Erfolgsplan Sonstige Verwaltungsdienste</u>		Plan 2020 TEUR	Plan 2019 TEUR	Ist 2018 TEUR	Abweichung 2020 / 2019	
					(+ = Verbesserung / - = Verschlechterung TEUR	%
1.	Umsatzerlöse	-26	-24	-26	2	8%
	a) Allgemein	-26	-24	-26	2	8%
	b) Erlöse Werkstätten	0	0	0	0	
	c) Erstattung DSD	0	0	0	0	
	d) Einnahmen aus Zuweisungen	0	0	0	0	
2.	Bestandsveränderungen	0	0	0	0	
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	
4.	Sonstige betriebliche Erträge	-19	-15	-71	5	30%
5.	Materialaufwand	406	365	329	-41	11%
	a) Aufwendungen RHB und bezogene Waren	250	223	245	-28	12%
	b) Aufwendungen bezogene Leistungen	156	142	83	-14	10%
6.	Personalaufwand	851	762	754	-89	12%
	a) Löhne und Gehälter	663	595	586	-68	11%
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung davon für Altersversorgung	188	167	168	-21	13%
7.	Abschreibungen	1.402	1.312	1.252	-91	7%
	a) auf immaterielle Vermögensstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.402	1.312	1.252	-91	7%
	b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens	0	0	0	0	
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	359	348	431	-11	3%
9.	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0	
10.	Erträge von verb. Unternehmen aus Wert- papieren und Ausleihungen	0	0	0	0	
11.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0	
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0	0	
13.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	300	286	307	-14	5%
	a) Zinsen Kapitalmarktdarlehen	285	273	279	-12	4%
	b) Zinsen Personalarückstellungen	15	13	28	-1	11%
14.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0	0	
15.	Ergebnis nach Steuern	3.272	3.032	2.976	-239	8%
16.	Sonstige Steuern	19	18	19	-2	8%
17.	Jahresüberschuss/-fehlbetrag ohne ILV + Umlagen	3.291	3.050	2.995	-241	8%
	Umlagen Overhead	598	616	501	19	-3%
	ILV	-3.804	-3.579	-3.939	225	6%
	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	85	88	-443	3	-4%
Ertrag		-3.850	-3.618	-4.035	25	
Aufwand		3.934	3.706	3.592	-22	
Ergebnis		85	88	-443	3	

Stand: 12.07.2019

<u>Erfolgsplan Werkstätten</u>		Plan 2020 TEUR	Plan 2019 TEUR	Ist 2018 TEUR	Abweichung 2020 / 2019 (+ = Verbesserung / - = Verschlechterung TEUR %	
1.	Umsatzerlöse	-1.283	-1.296	-1.412	-12	-1%
	a) Allgemein	0	0	0	0	
	b) Erlöse Werkstätten	-1.283	-1.296	-1.412	-12	-1%
	c) Erstattung DSD	0	0	0	0	
	d) Einnahmen aus Zuweisungen	0	0	0	0	
2.	Bestandsveränderungen	0	0	0	0	
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	-13	0	-13	-100%
4.	Sonstige betriebliche Erträge	-108	-113	-119	-5	-5%
5.	Materialaufwand	5.281	5.058	5.322	-223	-4%
	a) Aufwendungen RHB und bezogene Waren	3.752	3.529	3.901	-223	-6%
	b) Aufwendungen bezogene Leistungen	1.529	1.529	1.422	-1	0%
6.	Personalaufwand	2.209	2.270	2.105	61	3%
	a) Löhne und Gehälter	1.738	1.766	1.656	29	2%
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung davon für Altersversorgung	471	504	449	33	6%
7.	Abschreibungen	3.913	3.955	3.343	43	1%
	a) auf immaterielle Vermögensstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	3.913	3.955	3.343	43	1%
	b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens	0	0	0	0	
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	737	708	614	-29	-4%
9.	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0	
10.	Erträge von verb. Unternehmen aus Wert- papieren und Ausleihungen	0	0	0	0	
11.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0	
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0	0	
13.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	165	184	96	18	10%
	a) Zinsen Kapitalmarktdarlehen	165	184	96	18	10%
	b) Zinsen Personalrückstellungen	0	0	0	0	
14.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	-1	0	
15.	Ergebnis nach Steuern	10.913	10.753	9.949	-160	-1%
16.	Sonstige Steuern	15	16	15	0	2%
17.	Jahresüberschuss/-fehlbetrag ohne ILV + Umlagen	10.929	10.769	9.965	-160	-1%
	Umlagen Overhead	878	841	776	-37	-4%
	ILV	-11.823	-11.560	-11.200	263	-2%
	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-16	49	-460	65	133%
	Ertrag	-13.214	-12.982	-12.730	232	
	Aufwand	13.198	13.031	12.270	-167	
	Ergebnis	-16	49	-460	65	

Erfolgsplan Stadtentwässerung		Plan 2020 TEUR	Plan 2019 TEUR	Ist 2018 TEUR	Abweichung 2020 / 2019	
					(+ = Verbesserung / - = Verschlechterung TEUR	%
1.	Umsatzerlöse	-84.209	-80.388	-77.535	3.821	5%
	a) Allgemein	-1.202	-1.212	-1.136	-10	-1%
	b) Erlöse Werkstätten	0	0	0	0	
	c) Erstattung DSD	0	0	0	0	
	d) Einnahmen aus Zuweisungen	-83.007	-79.177	-76.398	3.831	5%
2.	Bestandsveränderungen	0	0	0	0	
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	-1.430	-1.405	-1.333	25	2%
4.	Sonstige betriebliche Erträge	-207	-135	-654	72	53%
5.	Materialaufwand	14.568	12.909	11.477	-1.659	-13%
	a) Aufwendungen RHB und bezogene Waren	3.244	3.376	3.008	132	4%
	b) Aufwendungen bezogene Leistungen	11.324	9.533	8.469	-1.791	-19%
6.	Personalaufwand	13.434	12.636	12.470	-798	-6%
	a) Löhne und Gehälter	10.426	9.846	9.551	-580	-6%
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung davon für Altersversorgung	3.009	2.790	2.919	-219	-8%
7.	Abschreibungen	17.100	16.900	16.604	-200	-1%
	a) auf immaterielle Vermögensstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	17.100	16.900	16.604	-200	-1%
	b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens	0	0	0	0	
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.397	3.414	3.009	17	0%
9.	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0	
10.	Erträge von verb. Unternehmen aus Wertpapieren und Ausleihungen	0	0	0	0	
11.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	-1	0	
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0	0	
13.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.391	7.802	7.762	411	5%
	a) Zinsen Kapitalmarktdarlehen	6.971	7.404	7.361	433	6%
	b) Zinsen Personalrückstellungen	420	398	401	-21	-5%
14.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0	0	
15.	Ergebnis nach Steuern	-29.956	-28.267	-28.200	1.688	-6%
16.	Sonstige Steuern	18	18	17	-1	-4%
17.	Jahresüberschuss/-fehlbetrag ohne ILV + Umlagen	-29.937	-28.250	-28.183	1.688	-6%
	Umlagen Overhead	1.276	1.212	1.301	-64	-5%
	ILV	1.360	1.302	1.266	-58	-4%
	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-27.301	-25.736	-25.616	1.566	-6%
Ertrag		-85.846	-81.928	-79.523	3.918	
Aufwand		58.545	56.193	53.907	-2.352	
Ergebnis		-27.301	-25.736	-25.616	1.566	

Stand: 21.08.2019

Erfolgsplan Stadtreinigung		Plan 2020 TEUR	Plan 2019 TEUR	Ist 2018 TEUR	Abweichung 2020 / 2019 (+ = Verbesserung / - = Verschlechterung TEUR %	
1.	Umsatzerlöse	-45.171	-43.596	-41.536	1.575	4%
	a) Allgemein	-8.435	-8.699	-8.068	-264	-3%
	b) Erlöse Werkstätten	0	0	0	0	
	c) Erstattung DSD	-748	-693	-778	54	8%
	d) Einnahmen aus Zuweisungen	-35.988	-34.204	-32.690	1.785	5%
2.	Bestandsveränderungen	0	0	0	0	
3.	Ändere aktivierte Eigenleistungen	0	0	-1	0	
4.	Sonstige betriebliche Erträge	-170	-192	-778	-22	-11%
5.	Materialaufwand	13.675	12.743	13.338	-932	-7%
	a) Aufwendungen RHB und bezogene Waren	914	938	852	23	2%
	b) Aufwendungen bezogene Leistungen	12.761	11.805	12.486	-956	-8%
6.	Personalaufwand	20.638	19.642	17.287	-996	-5%
	a) Löhne und Gehälter	15.999	15.006	13.730	-994	-7%
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung davon für Altersversorgung	4.639	4.637	3.558	-2	0%
7.	Abschreibungen	1.014	989	839	-25	-2%
	a) auf immaterielle Vermögensstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.014	989	839	-25	-2%
	b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens	0	0	0	0	
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.212	2.360	2.228	148	6%
9.	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0	
10.	Erträge von verb. Unternehmen aus Wertpapieren und Ausleihungen	0	0	0	0	
11.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	-17	0	
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0	0	
13.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	199	177	140	-22	-12%
	a) Zinsen Kapitalmarktdarlehen	71	4	12	-67	-1558%
	b) Zinsen Personalrückstellungen	128	173	127	45	26%
14.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	173	173	335	0	0%
15.	Ergebnis nach Steuern	-7.429	-7.703	-8.164	-274	4%
16.	Sonstige Steuern	31	27	33	-4	-13%
17.	Jahresüberschuss/-fehlbetrag ohne ILV + Umlagen	-7.398	-7.676	-8.131	-277	4%
	Umlagen Overhead	1.923	1.742	1.661	-182	-10%
	ILV	6.958	6.968	6.576	10	0%
	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	1.483	1.034	106	-449	-43%
	Ertrag	-45.341	-43.787	-42.332	1.553	
	Aufwand	46.823	44.821	42.438	-2.002	
	Ergebnis	1.483	1.034	106	-449	

Stand: 03.07.2019

<u>Erfolgsplan Friedhöfe</u>		Plan 2020 TEUR	Plan 2019 TEUR	Ist 2018 TEUR	Abweichung 2020 / 2019 (+ = Verbesserung / - = Verschlechterung TEUR %	
1.	Umsatzerlöse	-7.163	-7.160	-6.505	3	0%
	a) Allgemein	-603	-633	-588	-30	-5%
	b) Erlöse Werkstätten	0	0	0	0	
	c) Erstattung DSD	0	0	0	0	
	d) Einnahmen aus Zuweisungen	-6.560	-6.527	-5.916	33	1%
2.	Bestandsveränderungen	0	0	0	0	
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	-50	-50	-14	0	0%
4.	Sonstige betriebliche Erträge	-11	-12	-33	-1	-6%
5.	Materialaufwand	2.077	1.922	1.827	-155	-8%
	a) Aufwendungen RHB und bezogene Waren	387	366	375	-22	-6%
	b) Aufwendungen bezogene Leistungen	1.690	1.557	1.451	-133	-9%
6.	Personalaufwand	5.248	5.110	4.800	-137	-3%
	a) Löhne und Gehälter	4.052	3.960	3.722	-92	-2%
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung davon für Altersversorgung	1.196	1.150	1.078	-46	-4%
7.	Abschreibungen	416	431	428	15	3%
	a) auf immaterielle Vermögensstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	416	431	428	15	3%
	b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens	0	0	0	0	
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	612	625	629	13	2%
9.	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0	
10.	Erträge von verb. Unternehmen aus Wert- papieren und Ausleihungen	-27	-36	-46	-9	-26%
11.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-8	-8	-8	0	0%
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0	0	
13.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	113	121	131	8	6%
	a) Zinsen Kapitalmarktdarlehen	56	63	71	7	12%
	b) Zinsen Personalrückstellungen	58	58	60	0	0%
14.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0	0	
15.	Ergebnis nach Steuern	1.207	943	1.210	-265	-28%
16.	Sonstige Steuern	7	7	6	0	6%
17.	Jahresüberschuss/-fehlbetrag ohne ILV + Umlagen	1.214	950	1.217	-264	-28%
	Umlagen Overhead	765	727	720	-38	-5%
	ILV	1.346	1.298	1.428	-48	-4%
	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	3.326	2.975	3.365	-350	-12%
Ertrag		-7.259	-7.266	-6.605	-7	
Aufwand		<u>10.584</u>	<u>10.241</u>	<u>9.970</u>	<u>-343</u>	
Ergebnis		3.326	2.975	3.365	-350	

Stand: 15.08.2019

Erfolgsplan Stadtgrün		Plan 2020 TEUR	Plan 2019 TEUR	Ist 2018 TEUR	Abweichung 2020 / 2019 (+ = Verbesserung / - = Verschlechterung TEUR %	
1.	Umsatzerlöse	-16.203	-15.963	-15.645	241	2%
	a) Allgemein	-11.440	-11.199	-11.213	241	2%
	b) Erlöse Werkstätten	0	0	0	0	
	c) Erstattung DSD	0	0	0	0	
	d) Einnahmen aus Zuweisungen	-4.764	-4.764	-4.432	0	0%
2.	Bestandsveränderungen	0	0	0	0	
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	-71	-91	-44	-20	-22%
4.	Sonstige betriebliche Erträge	-720	-713	-790	7	1%
5.	Materialaufwand	4.800	4.298	3.974	-503	-12%
	a) Aufwendungen RHB und bezogene Waren	851	825	793	-26	-3%
	b) Aufwendungen bezogene Leistungen	3.949	3.472	3.181	-477	-14%
6.	Personalaufwand	14.850	14.472	14.063	-377	-3%
	a) Löhne und Gehälter	11.564	11.211	10.862	-353	-3%
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung davon für Altersversorgung	3.285	3.261	3.201	-24	-1%
7.	Abschreibungen	329	317	266	-12	-4%
	a) auf immaterielle Vermögensstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	329	317	266	-12	-4%
	b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens	0	0	0	0	
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.485	1.461	1.361	-23	-2%
9.	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0	
10.	Erträge von verb. Unternehmen aus Wertpapieren und Ausleihungen	0	0	0	0	
11.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0	
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0	0	
13.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	177	185	190	9	5%
	a) Zinsen Kapitalmarktdarlehen	10	16	25	6	40%
	b) Zinsen Personalrückstellungen	167	169	164	2	1%
14.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0	0	
15.	Ergebnis nach Steuern	4.646	3.967	3.375	-679	-17%
16.	Sonstige Steuern	23	23	19	0	2%
17.	Jahresüberschuss/-fehlbetrag ohne ILV + Umlagen	4.669	3.990	3.394	-679	-17%
	Umlagen Overhead	1.001	925	939	-76	-8%
	ILV	5.718	5.259	5.650	-459	-9%
	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	11.388	10.174	9.983	-1.214	-12%
	Ertrag	-16.994	-16.767	-16.478	227	
	Aufwand	28.382	26.941	26.461	-1.441	
	Ergebnis	11.388	10.174	9.983	-1.214	

Vermögens- und Finanzplan 2020

Anlage 1 B

Umweltbetrieb	Verwaltung TEUR	sonst. Verw. d. TEUR	Werkstätten TEUR	Stadtent- wässerung TEUR	Stadtreinigung TEUR	Friedhöfe TEUR	Stadtgrün TEUR	Gesamt Plan 2020 TEUR	Gesamt Plan 2019 TEUR	Veränderung	
										In %	In TEUR
Mittelverwendung											
Summe Sachanlageinvestitionen	91	4.504	6.059	27.581	1.534	873	2.894	43.536	38.227	-13,9%	-5.309
Immaterielle Vermögensgegenstände	3	0	0	98	0	0	50	151	38		
Grundstücke und Gebäude	0	2.835	0	350	1.200	824	2.770	7.979	6.448		
Betriebsvorrichtungen und Kanäle	0	78	141	27.000	0	0	0	27.219	22.116		
Fahrzeuge, Maschinen, Geräte, Werkzeuge	0	1.564	5.878	0	230	0	0	7.672	9.176		
Abfallbehälter	0	0	0	0	60	0	0	60	0		
Betriebs- und Geschäftsausstattung	88	27	40	133	44	49	74	455	449		
Tilgungen Darlehen	0	589	3.082	18.155	239	188	144	22.398	21.495	-4,2%	-903
Tilgung Vorfinanzierungen / Erschließungen	0	0	0	2.427	0	0	0	2.427	2.024	-19,9%	-403
Jahresfehlbetrag	0	85	0	0	1.483	3.326	11.388	16.281	14.320	-13,7%	-1.961
Innerbetrieblicher Ausgleich	0	-85	0	16.281	-1.483	-3.326	-11.388	0	0		0
Kreditvergabe an verb. Unternehmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0		0
Abführung Jahresüberschuss	0	0	0	9.461	0	0	0	9.461	10.070	6,1%	610
Summe Mittelverwendung	91	5.093	9.141	73.904	1.773	1.061	3.038	94.103	86.137	-9%	-7.966
Mittelherkunft											
Einnahmen aus Verkauf Anlagevermögen	0	0	150	0	0	0	0	150	150	0,0%	0
Zuschüsse der Stadt	0	0	0	2.200	0	0	0	2.200	200	-100,0%	-2.000
Abschreibungen	94	1.402	3.913	17.100	1.014	416	329	24.267	24.001	-1,1%	-267
Tilg. Krematorium Besitz GmbH	0	0	0	0	0	205	0	205	205	0,0%	0
Vorfinanzierungen / Zuschüsse	0	0	128	270	0	0	0	398	481	17,1%	82
Kreditaufnahme	0	3.469	4.759	27.033	760	0	0	36.021	33.614	-7,2%	-2.407
Jahresüberschuss	0	0	16	27.301	0	0	0	27.318	25.736	-6,1%	-1.582
Verringerung liquide Mittel	-3	222	175	0	0	441	2.709	3.544	1.751	-102,4%	-1.793
Summe Mittelherkunft	91	5.093	9.141	73.904	1.773	1.061	3.038	94.103	86.137	-9%	-7.966
Nettoneuverschuldung	0	2.879	1.805	6.451	520	-188	-144	11.196	10.095	-10,9%	-1.101

Gesamt-Finanzplan
für die Geschäftsjahre 2019 - 2023

Anlage 1 B

Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld

	2019 TEUR	2020 TEUR	2021 TEUR	2022 TEUR	2023 TEUR
<u>Mittelverwendung</u>					
Summe Sachanlageinvestitionen	38.227	43.536	39.331	29.511	29.427
Immaterielle Vermögensgegenstände	38	151	41	43	43
Grundstücke und Gebäude	6.448	7.979	4.835	1.085	595
Betriebsvorrichtungen und Kanäle	22.116	27.219	26.387	23.460	21.460
Fahrzeuge, Maschinen, Geräte, Werkzeuge	9.176	7.672	7.296	4.423	6.819
Abfallbehälter	0	60	60	80	95
Betriebs- und Geschäftsausstattung	449	455	712	420	415
Tilgungen Darlehen	21.495	22.398	23.406	23.339	23.985
Tilgung Vorfinanzierungen / Erschließungen	2.024	2.427	2.111	1.830	1.589
Jahresfehlbetrag	14.320	16.281	17.482	18.085	18.931
Innerbetrieblicher Ausgleich	0	0	0	0	0
Kreditvergabe an verb. Unternehmen	0	0	0	0	0
Abführung Jahresüberschuss	10.070	9.461	8.898	8.382	7.772
Summe Mittelverwendung	86.137	94.103	91.228	81.147	81.705
<u>Mittelherkunft</u>					
Einnahmen aus Verkauf Anlagevermögen	150	150	150	150	150
Zuschüsse der Stadt	200	2.200	2.907	0	0
Abschreibungen	24.001	24.267	25.601	25.988	26.568
Tilgung Krefmatorium Besitz GmbH	205	205	205	205	23
Vorfinanzierungen / Zuschüsse	481	398	270	270	270
Kreditaufnahme	33.614	36.021	33.338	25.992	24.799
Jahresüberschuss	25.736	27.318	26.756	26.177	25.756
Verringerung liquide Mittel	1.751	3.544	2.002	2.366	4.139
Summe Mittelherkunft	86.137	94.103	91.228	81.147	81.705
Nettoneuverschuldung	10.095	11.196	7.820	823	-775

Umweltbetrieb gesamt

Nr.	Geplante Investitionsmaßnahmen	Ausgabebedarf in TEUR		Differenz
		Ansatz 2020	Ansatz 2019	
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	151	38	-113
	erforderliche fachspezifische Software	151	38	
II.	Sachanlagen	43.385	38.189	-5.196
1.	Grundstücke und Gebäude	7.979	6.448	-1.531
	Wald FH Sennestadt: Wege und Überplanung Außenanlagen	80	90	
	Dornberg Wegebau (EB)	40	35	
	verschiedene FH: Urnenstelen und Zaunarbeiten	130	77	
	Pella Wirtschaftsgebäude (EB) und öffentliche Toilette	7	3	
	Ubbedissen Wegbauarbeiten (EB)	20	10	
	Schildesche: Wegebau und Wirtschaftsgebäude	290	0	
	Altenhagen Wegebau Abt. 2 und 3 (EB)	40	0	
	INSEK Nikolaifriedhof (Vorfinanzierung, 80% Rückserstattung)	132	0	
	Vorjahre	0	188	
	Sennfriedhof:			
	Neue Kapelle, Sanierung Wege, Schrankenanlage	45	105	
	Heimatförderprogramm Neue Kapelle (Vorfin., 80% Rückerst.)	40	0	
	Energetische Sanierung MA-Unterkunft	0	0	
	SVD: Umbau Büroräume / Herrichtung Schulungsräume	35	100	
	SVD: Neubau Verwaltungsgebäude Haus B	2.800	1.000	
	WS: Errichtung Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge	0	0	
	EW Neubau / Erweiterung Betriebsgebäude KBH (wg. Mehrstellen)	350	0	
	STR Kehrriechtlager / Waschplatz	200	0	
	ABF bauliche Maßnahmen Wertstoffhöfe Nord/Mitte	1.000	50	
	ABF Umschlaghalle Bio / LVP / PPK	0	4.000	
	Tierpark: Werkstatt	500	0	
	Tierpark: Erweiterung auf dem Hockeyplatz	2.000	0	
	Tierpark: Eulenvoliere, Limicolenanlage	0	350	
	Diverse	270	290	
2.	Betriebsvorrichtungen und Kanäle	27.219	22.116	-5.103
	Investitionen 700.41 und 700.42: Kanäle und Sonderbauwerke	19.000	17.000	-2.000
	Investitionen verrohrte Gewässer	4.000	1.050	-2.950
	Investitionen 700.44: Klärwerke	4.000	4.000	0
	Diverse	219	66	-153
3.	Fahrzeuge, Maschinen, Geräte, Werkzeuge	7.672	9.176	1.504
	Externe Fahrzeuge (andere Ämter - refinanziert durch Afa + Zins)	315	165	-150
	Fahrzeuge Grünflächen	1.121	891	-230
	Fahrzeuge Tierpark/Forsten	0	47	47
	Fahrzeuge Stadtentwässerung	680	500	-180
	Fahrzeuge SR-Abfallentsorgung	1.750	3.560	1.810
	Fahrzeuge SR-Straßenreinigung	849	1.090	241
	Fahrzeuge SR-Straßeninstandhaltung	478	611	133
	Fahrzeuge Friedhöfe	95	205	110
	Fahrzeuge Werkstätten	65	65	0
	Fahrzeuge Werkstätten (PKW's für Pool)	525	0	-525
	Fahrzeuge Verwaltung - Overhead	0	0	0
	Fahrzeuge Sonst. Verwaltungsdienste	0	525	525
	Maschinen / Geräte Sonst. Verwaltungsdienste	1.564	1.267	-297
	Diverse	230	250	20
4.	Abfallbehälter	60	0	-60
5.	Betriebs- und Geschäftsausstattung	455	449	-6
	GWG (geringwertige Wirtschaftsgüter)	100	102	
	BGA (Betriebs- und Geschäftsausstattung)	248	215	
	Sonstiges (Videoüberwachung, Bosch Zeiterfassung, Handhelds)	107	132	
Summe		43.536	38.227	-5.309

Allgemeine Verwaltung - Overhead -

Nr.	Geplante Investitionsmaßnahmen	Ausgabebedarf in TEUR		Differenz
		Ansatz 2020	Ansatz 2019	
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	3	3	0
II.	Sachanlagen	88	98	10
1.	Grundstücke und Gebäude	0	0	0
2.	Betriebsvorrichtungen und Kanäle	0	0	0
3.	Fahrzeuge, Maschinen, Geräte, Werkzeuge	0	0	0
4.	Abfallbehälter	0	0	0
5.	Betriebs- und Geschäftsausstattung	88	98	10
	GWG 700.0 + 700.1 + 700.2 (geringwertige Wirtschaftsgüter)	7	7	0
	BGA 700.0 + 700.1 + 700.2 (Betriebs-/ Geschäftsausstattung)	14	9	-5
	Sonstiges (Videoüberwachung, Bosch Zeiterfassung, etc.)	67	82	15
Summe		91	101	10

Sonstige Verwaltungsdienste

Nr.	Geplante Investitionsmaßnahmen	Ausgabebedarf in TEUR		Differenz
		Ansatz 2020	Ansatz 2019	
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II.	Sachanlagen	4.504	2.443	-2.061
1.	Grundstücke und Gebäude	2.835	1.100	-1.735
	Umbau für die Errichtung von Büroräumen für das Zentrallager	35	0	-35
	Herrichtung Schulungsräume	0	100	100
	Neubau Verwaltungsgebäude Haus B	2.800	1.000	-1.800
2.	Betriebsvorrichtungen und Kanäle	78	0	-78
3.	Fahrzeuge, Maschinen, Geräte, Werkzeuge	1.564	1.267	-297
	Maschinen und Geräte	285	408	123
	GWG Maschinenpool	120	120	0
	Kfz Fahrzeuge / Landmaschinen Maschinenpool	1.159	739	-420
4.	Abfallbehälter	0	0	0
5.	Betriebs- und Geschäftsausstattung	27	76	49
	GWG (geringwertige Wirtschaftsgüter)	20	20	0
	BGA (Betriebs- und Geschäftsausstattung)	7	6	-1
	Sonstiges (Handhelds für Maschinenpool und Lager)	0	50	50
Summe		4.504	2.443	-2.061

Werkstätten

Nr.	Geplante Investitionsmaßnahmen	Ausgabebedarf in TEUR		Differenz
		Ansatz 2020	Ansatz 2019	
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II.	Sachanlagen	6.059	7.965	1.906
1.	Grundstücke und Gebäude	0	200	200
2.	Betriebsvorrichtungen und Kanäle	141	66	-75
3.	Fahrzeuge, Maschinen, Geräte, Werkzeuge	5.878	7.659	1.781
	Summe Externe KFZ	315	165	-150
	Grünflächen	1.121	891	-230
	Tierpark/Forst	0	47	47
	Stadtentwässerung	680	500	-180
	SR-Müllabfuhr	1.750	3.560	1.810
	SR-Straßenreinigung	849	1.090	241
	SR-Straßeninstandhaltung	478	611	133
	Friedhof	95	205	110
	Werkstätten	65	65	0
	Werkstätten (PKW's für Pool)	525	0	-525
	Sonstige Verwaltungsdienste (MP, ZL)	0	0	0
	Verwaltung Overhead	0	525	525
4.	Abfallbehälter	0	0	0
5.	Betriebs- und Geschäftsausstattung	40	40	0
	GWG (geringwertige Wirtschaftsgüter)	20	20	0
	BGA (Betriebs- und Geschäftsausstattung)	20	20	0
	Sonstiges (EDV etc.)	0	0	0
Summe		6.059	7.965	1.906

Stadtentwässerung

Nr.	Geplante Investitionsmaßnahmen	Ausgabebedarf in TEUR		Differenz
		Ansatz 2020	Ansatz 2019	
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	98	15	-83
II.	Sachanlagen	27.483	22.169	-5.314
1.	Grundstücke und Gebäude	350	0	-350
	EW Neubau / Erweiterung Betriebsgebäude KBH (wg. Mehrstellen)	350	0	
2.	Betriebsvorrichtungen und Kanäle	27.000	22.050	-4.950
	Investitionen 700.41 und 700.42: Kanäle und Sonderbauwerke	19.000	17.000	-2.000
	Investitionen verrohrte Gewässer	4.000	1.050	-2.950
	Investitionen 700.44: Klärwerke	4.000	4.000	0
3.	Fahrzeuge, Maschinen, Geräte, Werkzeuge	0	0	0
4.	Abfallbehälter	0	0	0
5.	Betriebs- und Geschäftsausstattung	133	119	-14
	GWG (geringwertige Wirtschaftsgüter)	4	3	-1
	BGA (Betriebs- und Geschäftsausstattung)	119	116	-3
	Sonstiges (EDV etc.)	10	0	-10
Summe		27.581	22.184	-5.397

Stadtreinigung

Nr.	Geplante Investitionsmaßnahmen	Ausgabebedarf in TEUR		Differenz
		Ansatz 2020	Ansatz 2019	
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II.	Sachanlagen	1.534	4.524	2.990
1.	Grundstücke und Gebäude	1.200	4.250	3.050
	STR Kehrrichtlager / Waschplatz	200	0	
	ABF Umbau Korte & Teutrine	0	200	
	ABF bauliche Maßnahmen Wertstoffhöfe Nord / Mitte	1.000	50	
	ABF Umschlaghalle Bio / LVP / PPK	0	4.000	
2.	Betriebsvorrichtungen und Kanäle	0	0	0
3.	Fahrzeuge, Maschinen, Geräte, Werkzeuge	230	250	20
	STR Winterdienstgeräte	31	30	-1
	ABF Mulden / Absetz- und Abrollcontainer	80	80	0
	ABF Einstieg Unterflursysteme Hausmüll	0	50	50
	Sammelcontainer incl. Kran am Container	0	50	50
	STI Maschinen > 5.000€	24	40	16
		95	0	-95
4.	Abfallbehälter	60	0	-60
5.	Betriebs- und Geschäftsausstattung	44	24	-20
	GWG (geringwertige Wirtschaftsgüter)	7	12	5
	BGA (Betriebs- und Geschäftsausstattung)	17	12	-5
	Sonstiges (EDV etc.)	20	0	-20
Summe		1.534	4.524	2.990

Friedhöfe

Nr.	Geplante Investitionsmaßnahmen	Ausgabebedarf in TEUR		Differenz
		Ansatz 2020	Ansatz 2019	
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	0	10	10
II.	Sachanlagen	873	553	-320
1.	Grundstücke und Gebäude	824	508	-316
	städtische Friedhöfe:			
	Waldfriedhof Sennestadt Wege (EB)	30	40	
	Dornberg Wegebau (EB)	40	35	
	Urnenstelen auf verschiedenen Friedhöfen (NB)	100	70	
	Wirtschaftsgebäude Waldfriedhof (EB)	0	150	
	Waldfriedhof Sennestadt Außenanlagen Überplanung südlicher Be	50	50	
	Pella Wirtschaftsgebäude (EB) und öffentliche Toilette	7	3	
	Zaunbau auf allen Friedhöfen (EB)	30	7	
	Altenhagen Lagerplatz (NB)	0	25	
	Ubbedissen Erweiterung Baumbestattungen (NB)	0	10	
	Ubbedissen Wegbauarbeiten (EB)	20	10	
	Schildesche Wegebau (EB)	40	0	
	Altenhagen Wegebau Abt. 2 und 3 (EB)	40	0	
	INSEK Nikolafriedhof (Vorfinanzierung, 80% Rückserstattung)	132	0	
	Schildesche Wirtschaftsgebäude (EB)	250	0	
	Pella Lagerplatz (EB)	0	3	
	Sennefriedhof:			
	Neue Kapelle Fenster, Vor- und Verabschiedungsraumraum	0	60	
	Sanierung Wege (EB)	45	45	
	Schrankenanlage Eingangsbereich Friedhofstr. nach Verkauf (EB)	40		
2.	Betriebsvorrichtungen und Kanäle	0	0	0
3.	Fahrzeuge, Maschinen, Geräte, Werkzeuge	0	0	0
4.	Abfallbehälter	0	0	0
5.	Betriebs- und Geschäftsausstattung	49	45	-4
	GWG (geringwertige Wirtschaftsgüter)	11	10	-1
	BGA (Betriebs- und Geschäftsausstattung)	38	35	-3
	Sonstiges (EDV etc.)	0	0	0
Summe		873	563	-310

Stadtgrün

Nr.	Geplante Investitionsmaßnahmen	Ausgabebedarf in TEUR		Differenz
		Ansatz 2020	Ansatz 2019	
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	50	10	-40
II.	Sachanlagen	2.844	437	-2.407
1.	Grundstücke und Gebäude	2.770	390	-2.380
	GU Umbaumaßnahmen BH Mitte (Zentralisierung Bez. 3 und 4) (Düngerlager, Überdachung Schüttgutbox für Winterdienst)	0	20	
	GU Umbaumaßnahme BH Nord (Überdachung Schüttgutboxen - Oolith)	0	20	
	GU Maßnahmen Bauhof Nord nach Ökoprotit (Photovoltaikanlage Remisen)	100	0	
	GU Umb-/Ausbau Grünschnittumschlagplatz Brodhagen	120	0	
Fo/Ti	Werkstatt	500	0	
Fo/Ti	Ankauf Waldgrundstücke	50	0	
Fo/Ti	Erweiterung auf dem Hockeyplatz	2.000	0	
Fo/Ti	Eulenvoliere	0	150	
Fo/Ti	Limicolenanlage	0	200	
2.	Betriebsvorrichtungen und Kanäle	0	0	0
3.	Fahrzeuge, Maschinen, Geräte, Werkzeuge	0	0	0
4.	Abfallbehälter	0	0	0
5.	Betriebs- und Geschäftsausstattung	74	47	-27
	GWG (geringwertige Wirtschaftsgüter)	31	30	-1
	BGA (Betriebs- und Geschäftsausstattung)	33	17	-16
	Sonstiges (EDV etc.)	10	0	-10
Summe		2.894	447	-2.447

ABK/ FIP	Bemerkungen	Auftragsnummer SAP 10700(0) ...	gepl. Bau- beginn	Invest-Maßnahme	Art	Gesamt- ausgabe- bedarf	Vorjahre		laufendes Jahr 2020				
							Ausgabe- bedarf Vorjahre	2019	Ansatz	VE	2021	2022	2023

Sanierung verrohrter Gewässer Alle Stadtbezirke														
D 001		1201		Sanierung schadhafter Gewässerverrohrungen	GewV				200	400	400	400	400	400
D0012	1	1622	2020	Lipper Heilweg, Lonnerbach	GewV	200				200	400	400	400	400
D0009	1	1812	2011	Sanierung Weser-Lutter (2. BA)	GewV	18.900	13.593	2.200	200	2.200	(VE) 2.907	2.907		
D0017	1	1787	2020	Spannbrink	GewV	600		600						
D0010	1	1575	2019	Stralsunder Straße	RWK	300		300						
D0016	2	1810	2019	Grenzbach 18.01 - im Bereich Schloßhofstraße	GewV	350		350						
D0019	2	1844	2020	Röhrbach 42 - Rosenweg	GewV	100		100						
D0015	2	1800	2020	Toppmannsbach NG 41.06 - Brinkstraße	GewV	500		500						
Summe Gewässer							1.050	4.000	(VE) 2.907	3.307	400	400	400	400

Kanalarbau Alle Stadtbezirke														
A 002		1665		Erschließungen, Sanierung schadhafter Kanäle, Bauvorbereitungskosten				3.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000
A 001				Hausanschlüsse				2.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500

Stadtbezirk Mitte														
A0127	1		2024	Am Stadtholz	RWK	300								300
A0085	1		2024	Artur-Ladebeck-Straße	RWK	250								250
A0156	1	1696	2018	August-Bebel-Straße vor Straßenbau	MWK	500	200	300						

ABK/ FIP1	Team 700.42	Bemerkungen	Auftragsnummer SAP 107000) ...	gepl. Bau- beginn	Invest-Maßnahme	Art	Gesamt- ausgabe- bedarf	Vorjahre		laufendes Jahr 2020		2021	2022	2023	2024	2025 folgende Jahre
								Ausgabe- bedarf Vorjahre	2019	Ansatz	VE					
A0169	1		1549	2018	Bleichstraße	RWK; SWK	3.400	1.900	1.000	500						
A0097	1	äußere Erschließung Bökenkampstr.		2023	Bökenkampstraße	RWK; SWK	250						250			
A0170	1			2025ff	Eckendorfer Straße	RWK; SWK	640									640
A0161	1		1680	2024	Ehlenrufer Weg	MWK	400							400		
A0176	1			2025ff	Feldstraße	RWK; SWK	650									650
A0160	1			2024	Fritz-Reuter-Straße	RWK; SWK	1.000									500
A0171	2		1753	2019	Furtwängler Straße	RWK; SWK	300		300							
A0166	1			2025ff	Gobelinusstraße, Karl-Löwe-Straße	RWK; SWK	800									800
A0175	1		1737	2022	Große-Kurfürsten-Straße	MWK	500						500			
A0150	1	Umsetzung ab 2019, Planung und Bau gemeinsam mit dem Amt für Verkehr	1659	2017	Heeper Straße (2. BA)	RWK; SWK	11.000	5.500	500	2.000	(VE) 3.000	1.780	1.220			
A0135	1		1507	2021	Humboldtstraße	RWK; SWK	500					500				
A0168	1			2025ff	Im Siekerfelde, Am Ellerkamp	RWK; SWK	1.500									1.500
A0174	1			2020	Jahnplatz	MWK	500				500					
A0125	2			2021	Johanneswerkstraße (2. BA)	RWK; SWK	270					270				
A0123	1			2023	Jöllheide - RRB	RRB; RWB; SWK	1.000							450		
A0165	1		1649	2019	Kleine Howe	RWK; SWK	500									
A0128	1			2025ff	Lipper Hellweg	RWK	-300									
A0103	1		1342	2021	Melanchthonstraße	SWK; RWB	1.500					500	1.000			

Anlage 11
300

ABK/ FIPI	Bemerkungen	Auftragsnummer SAP 10700(0) ...	gepl. Bau- beginn	Invest-Maßnahme	Art	Gesamt- ausgabe- bedarf	Vorjahre		laufendes Jahr 2020		2021	2022	2023	2024	2025 folgende Jahre
							Ausgabe- bedarf Vorjahre	2019	Ansatz	VE					
A0087	2	1662	2025ff	Otto-Brenner-Straße - RKB	RKB	200									200
A0126	1		2023	Petrisstraße	RWK	300						300			
A0131	1		2023	Prießallee	RWK; SWK	700						700			
A0177	1	64104	2021	Rohrfeichstraße	MWK	650				100	550				
A0104	1	1343	2018	Rolandstraße	RWK; SWK	1.500	1.000	500							
A0141	2	1581	2017	RRB Teutoburger Straße	RRB	9.000	6.000	1.000	2.000						
A0178	1		2021	Sanierung Weser-Lutter, SWK (2. BA)	SWK	3.000				500	1.500	1.000			
A0151	1	1537	2022	Siegfriedstraße	SWK; RWK	1.000					500	500			
A0163	1		2023	Spindelstraße	RWK; SWK	640						640			
A0130	1		2024	Staubensstraße	RWK; SWK	800							400	400	400
A0164	1		2025ff	Stresemannstraße	MWK	200									200
A0108	1	1448	2021	Sudbrackstraße	SWK; RWK	1.400				1.400					
A0056	2		2025ff	Teichheide	RWK; SWK	600									600
A0167	1		2022	Wilbrandsstraße (2. BA)	RWK; SWK	1.500					880	620			
A0110	1		2023	Ziegelstraße	RWK	300						300			
Stadtbezirk Sileghorst															
A1027	1		2025ff	Gleiwitzer Straße	RWK	100									100

ABK/ FIP1	Team 700.42	Bemerkungen	Auftragsnummer SAP 10700(0) ...	gepl. Bau- beginn	Invest-Maßnahme	Art	Gesamt- ausgabe- bedarf	Vorjahre		laufendes Jahr 2020		2021	2022	2023	2024	2025 folgende Jahre
								Ausgabe- bedarf Vorjahre	2019	Ansatz	VE					
A1023	1		64106	2019	Insterburger Straße (EV)	RWK; SWK	300		300							
A1034	1		1382	2025ff	Kolmarer Straße	MWK	530									530
A1033	1			2024	Nebensammier Altes Dorf	MWK	750								550	200
A1028	2			2025ff	Schweiner Straße - RKB	RKB	200									200
A1029	1			2025ff	Stieghorster Straße (2. BA)	RWK	350									350
A1030	1			2025ff	Stieghorster Straße (3. BA)	RWK	100									100
A1025	1		1345	2022	Viothoer Straße	MWK	150					150				

Stadtbezirk Schildesche																
ABK/ FIP1	Team	Bemerkungen	Auftragsnummer SAP 10700(0) ...	gepl. Bau- beginn	Invest-Maßnahme	Art	Gesamt- ausgabe- bedarf	Vorjahre		laufendes Jahr 2020		2021	2022	2023	2024	2025 folgende Jahre
								Ausgabe- bedarf Vorjahre	2019	Ansatz	VE					
A2040	2			2025ff	An der Kreuzflur	RWK; SWK	400									400
A2032	2	nur wenn Gebiet Gärtnerei erschlossen wird		2025ff	Beckhausstraße	SWK	100									100
A2029	2		1651	2018	Fraunhoferstraße, Wattsstraße	RWK; SWK	1.060	260	500	300						
A2038	2		1650	2024	Hügelstraße	RWK	400								400	
A2006	2	ztl. fehlende Durchleitungsrechte (SWK)	570	2025ff	Küstenwiese	RWK; SWK	250									250
A2039	2			2023	Liebstück	RWK	450						450			
A2037	2			2024	Schothofstraße - RRB	RRB	600								350	

Stadtbezirk Brackwede																
ABK/ FIP1	Team	Bemerkungen	Auftragsnummer SAP 10700(0) ...	gepl. Bau- beginn	Invest-Maßnahme	Art	Gesamt- ausgabe- bedarf	Vorjahre		laufendes Jahr 2020		2021	2022	2023	2024	2025 folgende Jahre
								Ausgabe- bedarf Vorjahre	2019	Ansatz	VE					
A3055	2		1472	2019	Alleestraße	RRB	500		250	250						

Anlage 11

ABK/ FIPI	Team 700.42	Bemerkungen	Auftragsnummer SAP 10700(0) ...	gepl. Bau- beginn	Invest-Maßnahme	Art	Gesamt- ausgabe- bedarf	Vorjahre		laufendes Jahr 2020				2025 folgende Jahre				
								Ausgabe- bedarf Vorjahre	2019	Ansatz	VE	2021	2022		2023	2024		
																	2020	
A3061	2			2023	Am Möllerstift	RWK	310											
A3046	2		1694	2020	Berliner Straße, Düsseldorfor Straße	RWK; SWK	900			900								
A3095	2		1806	2025ff	Chenuskerstraße	RWK	500											
A3053	2	nach Baumaßnahme Semmer Straße		2023	Düsseldorfor Straße	RWK; SWK	400											
A3056	2		1453	2020	Eisbahn - RKB	RKB	700			700								500
A3071	2		1590	2019	Fortunastraße, Idunastraße	RWK; SWK	400		400									
A3067	2			2023	Germanenstraße	RWK	700											
A3048	2	RWK verläuft über den Sportplatz wesil. der Bahnlinie	1514	2019	Gleisdreieck, Sportsstraße	RWK; SWK	1.800		400	800	(VE) 600	600						
A3062	2			2023	Gottfriedstraße	MWK	360											
A3083, A3084	2		1742	2019	Gütersloher Straße	RWK	900		620	280								
A3085	2	zw. Germanenstr. u. Jenaer Str.		2020	Hauptstraße	RWK; SWK	600			600								
A3087	2	zw. Gütersloher Str. u. Lönkert	1785	2020	Hauptstraße	RWK	400			400								
A3078	2		1718	2024	Kupferstraße RRB	RRB	250											250
A3058	2	vor Straßenbau		2025ff	Lindensstraße	MWK	400											
A3093	2	Entlastungssammiler		2024	Ostlandstraße	MWK	400											400
A3086	2		1728	2019	Reinholdstraße	MWK	300		300									
A3051	2			2023	Rostocker Straße	RWK; SWK	500											200
A3037	2	zw. Südstr. u. Düsseldorfor Str.	1187	2021	Semmer Straße	RWK; SWK	1.200					600	600					

ABK/ Fj/Pl	Team	Bemerkungen	Auftragsnummer SAP 107000) ...	gepl. Bau- beginn	Invest-Maßnahme	Art	Gesamt- ausgabe- bedarf	Vorjahre		laufendes Jahr 2020		2021	2022	2023	2024	2025 folgende Jahre	
								Ausgabe- bedarf Vorjahre	2019	Ansatz	VE						
A3052, A3059	2	zw. Berliner Str. u. Düsseldorf Str.		2023	Senner Straße	RWK; SWK	1.300								500	800	
A3094	2	zw. Senner Str. u. Windelsbleicher Str.		2025ff	Südring	RWK	1.000										1.000
A3081	2	Verlängerung Südring zw. Gütersloher Str. u. Brockhagener Str.		2025ff	Südring	RWK	300										300
A3016	2			2025ff	Waldbreite, Hohe Breite	MWK	250										250
A3017	2		477	2023	Wiener Straße	RWK	400							400			
A3068	2			2025ff	Zedernstraße, Birkenstraße	MWK	200										200

Stadtbezirk Sennestadt

A4018	2	Kanalbau vor Straßenbau; Grunderwerb durch 660 erforderlich	1262	2025ff	Am Grund	RWK; SWK	250										250
A4036	2		1629	2024	Bullerbach (Ersatzmaßnahme gem. BWK-M3)	RRB	800									300	500
A4027	2			2023	Lämershagener Straße, Lilienthalstraße	RWK	300							300			
A4039	2			2020	Mohnweg, Schilfweg	SWK	250			250							
A4035	2			2025ff	RRB Moosweg	RRB	300										300
A4031	2			2024	Salamanderweg, Mardenweg	RWK	670									670	
A4037	2			2024	Sudeweg	RWK	250									250	
A4038	2	SWK-Sammler zw. Buschkampstr. u. KA Sennestadt		2020	Wilhelmsdorfer Straße	SWK	9.000			200		1.900	2.900	2.000	2.000		

Anlage 11

Stadtbezirk Gadderbaum

A5022	1	Konzept Eggeweg	1621	2017	Am Großen Feld, Hortweg	RWK; SWK	3.200	900	2.300								
-------	---	-----------------	------	------	-------------------------	-------------	-------	-----	-------	--	--	--	--	--	--	--	--

ABK/ FIP	Team 700.42	Bemerkungen	Auftragsnummer SAP 10700(0) ...	gepl. Bau- beginn	Invest-Maßnahme	Art	Gesamt- ausgabe- bedarf	Vorjahre.		laufendes Jahr 2020		2021	2022	2023	2024	2025 folgende Jahre
								Ausgabe- bedarf Vorjahre	2019	Ansatz	VE					
A5013	1	Konzept Eggweg	1619	2021	Astastraße	RWK	150					150				
A5017	1			2023	Bolbrinkersweg		200						200			
A5001	1	Konzept Eggweg	1789	2021	Eggweg	RWK; SWK	1.100					500	600			
A5011	1		1091	2024	Heinrich-Kraak-Straße	SWK; RWK	250								250	
A5023					Übernahme des Kanalnetzes der Bodelschwinghsche Stiftungen Bethel	RWK; SWK	6.000				2.000	2.000	2.000			

Stadtbezirk Senne

A6047	2		1719	2017	Am Fichtenbrink, Am Pferdebrink	RWK	800	300	30	470						
A6040	2			2024	Bretonische Straße	RWK	230								230	
A6050	2			2021	Friedrichsdorfer Straße, Begonienweg, Jasminweg	MWK	700					200	500			
A6041	2			2025ff	Kürschnerweg, Am Flugplatz	RWK	130									130
A6039	2		589	2019	RRB Windelsbleiche	RRB	250		250							
A6025	2			2025ff	Sammlier Friedrichsdorf	SWK	1.000									1.000
A6048	2			2025ff	Toppmannsweg	MWK	300									300

Stadtbezirk Dornberg

A7024	2			2025ff	Am Sportplatz (1.BA)	MWK	190									190
A7025	2	vor Straßenbau		2025ff	Am Sportplatz (2.BA)	MWK	200									200
A7023	2		1612	2017	Babenhauser Straße	Kst; MWK	1.000	550	450							

ABK/ FIP1	Bemerkungen	Team 700.42	Auftragsnummer SAP 10700(0) ...	gepl. Bau- beginn	Invest-Maßnahme	Art	Gesamt- ausgabe- bedarf	Vorjahre		laufendes Jahr 2020		2021	2022	2023	2024	2025 folgende Jahre
								Ausgabe- bedarf Vorjahre	2019	Ansatz	VE					
A7020			1741	2021	Hochschulcampus Lange Lage (2. BA)	RRB; RWK; SWK	1.600				1.000		600			
A7016				2020	Hochschulcampus Lange Lage, Dürerstraße	RWK; SWK	250			250						
A7039				2025ff	Horsikotterheide (1. BA)	MWK	600									600
A7028				2024	Sammler Hoberge-Lerentrup	MWK	1.100								600	500
A7031			1804	2019	Wagenfeldstraße, Droste-Hülshoff-Straße	MWK	600		400							

Stadtbezirk Heepen

A8006				2025ff	Büsumer Straße	MWK	400									400
A8077				2025ff	Büsumer Straße - RRB	RRB	100									100
A8076	einschl. Zu- und Ablaufkanal		310	2025ff	Büsumer Straße - RÜB	RÜB	450									450
A8069				2024	Eckendorfer Straße, Leinwebering - RRB	RRB	650							450		200
A8070				2023	Fischerheide - RRB	RRB	300					300				
A8065				2025ff	Kalkasstraße	MWK	500									500
A8066				2025ff	Mecklenburger Straße	MWK	280									280
A8067			1743	2018	Oldentruper Straße	RWK; SWK	400		400							
A8075			1676	2019	Rabenhof	RWK; SWK	500		500							
A8068				2025ff	Rommeestraße	MWK	300									
A8048				2019	Sammler Tödlheide	MWK	600		600							

ABK/ FIPI	Bemerkungen	Auftragsnummer SAP 10700(0) ...	gepl. Bau- beginn	Invest-Maßnahme	Art	Gesamt- ausgabe- bedarf	Vorjahre		laufendes Jahr 2020		2021	2022	2023	2024	2025 folgende Jahre			
							Ausgabe- bedarf Vorjahre	2019	Ansatz	VE								
	Team 700.42																	
A8043	1		2023	Strandweg, Maagshofstraße	RWK; SWK	300							300					
A8013	1	720	2024	Stromstraße, Grafenheider Straße	SWK; RWK	800								300	500			
A8056	1		2023	Studiosstraße	MWK	270							270					
A8054	2		2024	Vinner Straße - RRB, Nibelungenweg - RÜ, MWK Kafkastraße	MWK; RRB; RÜ	1.200								600	600			
A8074	1	1701	2021	Wredestraße	RWK; SWK	500					500							
Stadtbezirk Jöllienbeck																		
A9024	2		2021	Am Bollhof	MWK	500					500							
A9002	2		2025ff	Heidsieker Heide	RWK; SWK	600									600			
A9022	2		2023	Heidsieker Heide (West) - RRB	RRB	150							150					
A9021	2		2025ff	Lechlermann Pumpwerk u. DRU/Schmutzwassersammler	SWK	2.000									2.000			
A9023	2	1752	2019	Peppemeiersiek (EV)	RWK; SWK	200					200							
A9019	2	1377	2021	Sammler Jöllienbeck-Ost	SWK	500					500							
A9006	2	1258	2023	Tiesloh u. Beckendorfstraße, 2. BA	MWK	600							100	500				
A9012	2		2020	Wöhmannsfield	MWK	400				400								
Summe Kanalbau											17.000	19.000	(VE) 16.400	19.000	19.000	17.000	17.000	26.600

ABK/ FIPi	Team 700	Bemerkungen	Auftragsnummer SAP 10700(0) ...	gepl. Bau- beginn	Invest-Maßnahme	Art	Gesamt- ausgabe- bedarf	Vorjahre		laufendes Jahr 2020		2021	2022	2023	2024	2025 folgende Jahre
								Ausgabe- bedarf Vorjahre	2019	Ansatz	VE					
C alle 1	44				Ersatzaggregate, Verbundmaßnahmen PLT, Sofortmaßnahmen zur energetischen und betrieblichen Optimierung			2.660	300	300	300	300	300	300	300	300
C alle 2	42	Sammelposition Aufgaben des Ingenieurbüros 700.42	1661		Diverse bauliche Investmaßnahmen zum Funktions- und Werterhalt der Anlagen			6.225	300	300	300	300	300	300	300	300
Summe Alle Kläranlagen								600	600	600	600	600	600	600	600	600

Kläranlage Heepen																	
C-1012	42		1205	2017	Sanierung Zentrale Schlammbehandlungsanlage	KA	3.450	220	1.100	1.100	(VE) 1.030	1.030					
C-1018	42			2022	Austausch Oberflächenbelüfter gegen Druckbelüftung	KA	1.250						450	800			
C-1019	42			2024	Sanierung Rechenhaus	KA	2.000								2.000		
Summe Kläranlage Heepen								1.100	1.100	1.100	(VE) 1.030	1.030	450	800	2.000	0	

Kläranlage Brake																	
C-4011	42		1204	2018	Neuplanung Zulaufgruppe	KA	9.060	260	2.030	2.190	(VE) 4.580	2.370	2.210				
C-4014	42			2017	Hochwasser-Schutzkonzept		260	40	110	110							
C-4015	42			2023	Anpassung Gebläse, Erneuerung Belüftungseinrichtungen	KA	750							350	400		
Summe Kläranlage Brake								2.140	2.300	2.300	(VE) 4.580	2.370	2.210	350	400		

ABK/ FIPJ	Bemerkungen	Auftragsnummer SAP 10700(0) ...	gepl. Bau- beginn	Invest-Maßnahme	Art	Gesamt- ausgabe- bedarf	Vorjahre		laufendes Jahr 2020		2021	2022	2023	2024	2025 folgende Jahre
							Ausgabe- bedarf Vorjahre	2019	Ansatz	VE					

Kläranlage Sennestadt

C8004	44		1552	2018	Neuausrüstung Gebläsestation	KA	170	10	160							
C8005	42			2022	Bauliche und maschinentechnische Erlüchtigung	KA	4.000				740	2.250	1.000			
Summe Kläranlage Sennestadt																
							160		0	740	2.250	1.000				0
Summe Kläranlagen																
							4.000		4.000	(VE) 5.610	4.000	4.000	4.000	4.000	600	

Stellenübersicht des Umweltbetriebes der Stadt Bielefeld gem. § 17 EigVO NW

I. Tariflich Beschäftigte:

Entgeltgruppe	Stellen 2020	Stellen 2019	tatsächlich besetzt 30.06.2019
b. R.	6,0	6,0	5,0
E 15	0,9	0,9	0,9
E 14	4,0	3,0	3,0
E 13	6,0	6,0	6,0
E 12	27,5	25,5	24,5
E 11	24,5	24,5	23,5
E 10	23,0	21,0	21,0
E 9c	5,5	5,5	4,5
E 9b	55,4	53,4	52,4
E 9a	24,4	22,4	20,9
E 8	34,9	36,9	35,9
E 7	121,3	120,3	119,3
E 6	315,2	314,2	302,5
E 5	152,2	151,2	146,6
E 4	175,3	168,8	165,7
E 3	1,5	1,5	1,5
E 2	0,0	0,0	0,0
E 1	0,8	0,8	0,8
Insgesamt	978,4	961,9	934,0

II. Nachrichtlich: Beamte (s. Stellenplan der Stadt Bielefeld)

Besoldungsgruppe	Stellenplan 2020	Stellenplan 2019	tatsächlich besetzt 30.06.2019
B 2	1,0	1,0	1,0
A 16	2,0	2,0	2,0
A 15	2,0	2,0	2,0
A 14	3,0	3,0	3,0
A 13	1,0	1,0	0,0
A 13 Ea1	5,0	5,0	5,0
A 12	9,9	10,0	10,0
A 11	11,0	9,9	8,9
A 10	1,8	1,8	1,8
A 9 Ea2	3,0	3,0	3,0
A 8	2,5	2,5	2,5
A 7	5,6	5,6	5,6
Insgesamt	47,8	46,8	44,8

III. Gesamtpersonal:

	Stellen 2020	Stellen 2019	tatsächlich besetzt 30.06.2019
Tariflich Beschäftigte	978,4	961,9	934,0
Beamte	47,8	46,8	44,8
insgesamt	1.026,2	1.008,7	978,8

IV. Nachwuchskräfte:

Bezeichnung	vorgesehen für 2019	voraussichtl. besetzt 01.10.2019
Bauzeichner/in	1	1
Elektroniker/in für Betriebstechnik	0	0
Fachkraft für Abwassertechnik	2	2
Fachkraft für Kreislauf- und Abfallwirtschaft	1	1
Fachkraft für Lagerlogistik	2	2
Forstwirt/in	2	2
Gärtner/in	18	18
Industriemechaniker/in	0	0
IT-Systemelektroniker/in	1	0
Kfz.-Mechatroniker/in	2	2
Mechaniker/in für Land- und Baumaschinentechnik	2	2
Straßenbauer/in	6	6
Tierpfleger/in	2	2

Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld mittelfristige Ergebnisplanung		Plan 2019 TEUR	Plan 2020 TEUR	Plan 2021 TEUR	Plan 2022 TEUR	Plan 2023 TEUR
1.	Umsatzerlöse	-148.450	-154.084	-155.066	-155.667	-156.409
	a) Zuweisungen	-124.671	-130.319	-131.229	-131.763	-132.439
	b) sonstige	-23.780	-23.765	-23.838	-23.904	-23.970
	c)					
	d)					
2.	Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	-1.559	-1.551	-1.551	-1.551	-1.551
4.	Sonstige betriebliche Erträge	-1.188	-1.243	-1.249	-1.255	-1.262
5.	Materialaufwand	37.410	40.902	41.059	41.217	41.376
	a) Aufwendungen RHB und bezogene Waren	9.292	9.436	9.483	9.530	9.578
	b) Aufwendungen bezogene Leistungen	28.118	31.467	31.576	31.687	31.798
6.	Personalaufwand	58.820	61.534	62.705	63.862	65.077
	a) Löhne und Gehälter	45.556	47.869	48.777	49.759	50.754
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung davon für Altersversorgung	13.265	13.665	13.928	14.102	14.322
7.	Abschreibungen	24.001	24.267	25.601	25.988	26.568
	a) auf immaterielle Vermögensstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	24.001	24.267	25.601	25.988	26.568
	b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens	0	0	0	0	0
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	10.092	10.073	10.124	10.174	10.225
9.	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0	0
10.	Erträge von verb. Unternehmen aus Wert- papieren und Ausleihungen	-36	-27	-27	-18	-8
11.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-73	-73	-73	-73	-73
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0	0	0
13.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	9.283	8.875	8.914	8.943	8.945
	a) Zinsen Kapitalmarktdarlehen	7.948	7.558	7.563	7.574	7.563
	b) Zinsen Personalrückstellungen	1.335	1.317	1.351	1.368	1.381
14.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	173	173	173	173	173
15.	Ergebnis nach Steuern	-11.527	-11.153	-9.389	-8.207	-6.939
16.	Sonstige Steuern	111	116	116	116	116
17.	Jahresüberschuss/-fehlbetrag ohne ILV + Umlagen	-11.416	-11.037	-9.274	-8.091	-6.823
	Umlagen Overhead	0	0	0	0	0
	ILV	0	0	-1	-1	-1
	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-11.416	-11.037	-9.274	-8.092	-6.825
18.	Abführung an Haushalt	9.461	8.898	8.382	7.772	7.256
19.	Einstellung in Rücklage	0	0	0	0	0
20.	Bilanzgewinn /-verlust	-1.955	-2.139	-892	-319	432
	Ertrag	-151.306	-156.977	-157.966	-158.564	-159.303
	Aufwand	139.890	145.940	148.692	150.472	152.478
	Ergebnis	-11.416	-11.037	-9.274	-8.092	-6.825

Erstellt: 20.08.2019

Wirtschaftsplan 2020

Erfolgsplan

Vermögensplan

Mittelfristige Ergebnisplanung

Mittelfristige Finanzplanung

Geplante Investitionen

Maßnahmen nach KInvFG I

Maßnahmen nach KInvFG II

Stellenübersicht

Erläuterungen

Immobilienervicebetrieb der Stadt Bielefeld

Erfolgsplan 01.01. bis 31.12.2020

Entwurf Stand: 20.08.2019

NR.		Wirtschaftsplan 2020 T€	Wirtschaftsplan 2019 T€	Jahresabschluss 2018 T€
1.	Umsatzerlöse	121.419	119.264	121.671
	a) mit Externen	9.301	9.150	12.291
	davon Grundstückserträge	1.500	1.000	4.782
	b) mit Eigenbetrieben / Stiftungen / Eigengesellschaften	2.499	2.311	2.360
	c) mit dem Hoheitsbereich	109.619	107.802	107.020
	davon Zuschüsse der öffentlichen Hand	2.588	2.538	1.879
2.	Erhöhung (+) o. Verminderung (-) d. Bestandes an f. u. unf. Erzeugn.	0	0	1.522
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	250	250	355
4.	Sonstige betriebliche Erträge	100	100	2.374
5.	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuschüssen	11.506	11.076	7.917
6.	Materialaufwand	56.547	54.819	48.972
	a) Aufw. f. Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe u. f. bezogene Waren	51.241	49.560	44.173
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	5.306	5.259	4.799
7.	Personalaufwand	32.873	31.302	30.323
	a) Entgelt tariflich Beschäftigter und Beamtenbesoldung	23.925	22.784	21.953
	b) Soziale Abgaben u. Aufw. f. Altersversorgung u. für Unterst.	8.948	8.518	8.370
8.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	25.654	26.832	21.557
9.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.049	7.006	6.803
	a) Andere sonstige betriebliche Aufwendungen	3.604	3.561	3.358
	b) Beitrag des ISB zur Haushaltskonsolidierung	3.445	3.445	3.445
13.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	65
15.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.671	7.251	9.275
	a) Zinsen für Altdarlehen (Zuordnung bei der Betriebsgründung)	224	383	577
	b) Zinsen für das Gesellschafterdarlehen Technisches Rathaus	612	662	713
	c) Zinsen für Darlehen nach Gründung des ISB	4.508	4.979	6.620
	d) Zinsen für langfristige Rückstellungen	1.300	1.200	1.365
	e) Verwaltungskosten für Darlehen der NRW.Bank für sozialen Wohnungsbau der Solion GmbH	26	26	0
20.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	20	20	0
21.	Ergebnis nach Steuern	4.460	3.460	16.974
22.	Sonstige Steuern	460	460	449
23.	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	4.000	3.000	16.525

Immobilienervicebetrieb der Stadt Bielefeld

Vermögensplan 01.01. bis 31.12.2020

Stand: 20.08.2019

Einnahmen / Mittelherkunft

Nr.	Bezeichnung	T EUR
2.	Zuschüsse:	
	a) Zuschuss für Neubaumaßnahmen	12.736
	b) Zuschuss Modernisierung von Kindertagesstätten	1.825
	c) Zuschuss nach Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG I)	5.464
	d) Zuschuss nach Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG II)	9.300
5.	Veräußerungserlöse aus Sachanlagen zu Buchwerten	4.000
9.	Aufnahme von Krediten von Dritten ¹	9.500
10.	Verminderung des Bestandes an liquiden Mitteln	4.322
11.	Zuführung zu Rücklagen und Rückstellungen mit langfristigem Charakter	1.100
12.	Abschreibungen auf Sachanlagen	25.654
13.	Jahresüberschuss	4.000
	Summe	77.901

Ausgaben / Mittelverwendung

Nr.	Bezeichnung	T EUR
2.	Ausgaben für Sachanlagen:	
	a) Grunderwerb	1.500
	b) Erschließungskosten	300
	c) Investitionskosten Bebauungspläne	200
	d) Neubaumaßnahmen	23.403
	e) Maschinen und Geräte	390
	f) Betriebs- und Geschäftsausstattung	50
	g) Sporthallensanierung	4.195
	h) Datennetz	0
	i) Modernisierung von Kindertagesstätten	1.825
	j) Maßnahmen nach Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG I)	6.351
	k) Maßnahmen nach Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG II)	9.300
4.	Tilgung von Altdarlehen (Zuordnung bei der Betriebsgründung)	1.690
5.	Tilgung von Darlehen nach Gründung des ISB	11.579
6.	Tilgung des Gesellschafterdarlehens für das Technische Rathaus	1.405
7.	Tilgung von Förderdarlehen der NRW.Bank für Wohnbauten durch die SOLION GmbH	106
8.	Auflösung von Sonderposten aus Zuschüssen	11.506
11.	Auflösung von langfristigen Rückstellungen	1.100
12.	Gewinnabführung 2019 an den städtischen Haushalt	3.000
	Summe	77.901

¹ Ergänzung zu Mittelherkunft Ziffer 9:

Daneben ist für Umschuldungen im Wirtschaftsjahr 2020 ein Betrag in Höhe von 5.629 T € vorgesehen.

Immobilienervicebetrieb der Stadt Bielefeld

Mittelfristige Ergebnisplanung 2019 - 2023

Stand: 20.08.2019

NR.		2019 EUR	2020 EUR	2021 EUR	2022 EUR	2023 EUR
1.	Umsatzerlöse	119.264	121.419	121.409	120.928	121.323
	a) mit Externen	9.150	9.301	9.231	9.161	9.091
	davon Grundstückserträge	1.000	1.500	1.500	1.500	1.500
	b) mit Eigenbetrieben / Stiftungen / Eigengesellschaften	2.311	2.499	2.522	2.522	2.522
	c) mit dem Hoheitsbereich	107.802	109.619	109.656	109.245	109.710
	davon Zuschüsse der öffentlichen Hand	2.538	2.588	1.743	798	673
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	250	250	250	250	250
4.	Sonstige betriebliche Erträge	100	100	100	100	100
5.	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuschüssen	11.076	11.506	11.915	12.222	12.562
6.	Materialaufwand	54.819	56.547	56.124	56.070	55.971
	a) Aufw. f. Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe und f. bezogene Waren	49.560	51.241	50.818	50.763	50.664
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	5.259	5.306	5.306	5.306	5.306
7.	Personalaufwand	31.302	32.873	33.531	34.201	34.886
	a) Entgelt tariflich Beschäftigter und Beamtenbesoldung	22.784	23.925	24.404	24.892	25.390
	b) Soziale Abgaben u. Aufw. f. Altersversorgung u. für Unterst.	8.518	8.948	9.127	9.310	9.496
8.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	26.832	25.654	26.332	26.993	27.571
9.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.006	7.049	7.049	7.049	7.049
	a) Andere sonstige betriebliche Aufwendungen	3.561	3.604	3.604	3.604	3.604
	b) Beitrag des ISB zur Haushaltskonsolidierung	3.445	3.445	3.445	3.445	3.445
15.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.251	6.671	6.158	5.707	5.279
	a) Zinsen für Altdarlehen (Zuordnung bei der Betriebsgründung)	383	224	156	92	40
	b) Zinsen für das Gesellschafterdarlehen Technisches Rathaus	662	612	562	511	461
	c) Zinsen für Darlehen nach Gründung des ISB	4.979	4.508	4.114	3.778	3.452
	d) Zinsen für langfristige Rückstellungen	1.200	1.300	1.300	1.300	1.300
	e) Verwaltungskosten für Darlehen der NRW.Bank für Wohnbauten durch die Solion GmbH	26	26	26	26	26
20.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	20	20	20	20	20
21.	Ergebnis nach Steuern	3.460	4.460	4.460	3.460	3.460
22.	Sonstige Steuern	460	460	460	460	460
23.	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	3.000	4.000	4.000	3.000	3.000

Immobilienervicebetrieb der Stadt Bielefeld

Mittelfristige Finanzplanung 2019 - 2023

Stand: 20.08.2019

	Einnahmen/Mittelherkunft	2019 T€	2020 T€	2021 T€	2022 T€	2023 T€
Nr.						
2.	Zuschüsse:					
	a) Zuschuss für Neubaumaßnahmen	9.885	12.736	25.624	28.626	34.050
	b) Zuschuss Modernisierung von Kindertagesstätten	800	1.825	1.200	605	800
	c) Zuschuss nach Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG I)	5.749	5.464	2.263	0	0
	d) Zuschuss nach Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG II)	7.850	9.300	10.555	1.480	1.230
5.	Veräußerungserlöse aus Sachanlagen zu Buchwerten	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000
9.	Aufnahme von Krediten von Dritten	8.911	9.500	13.000	22.000	18.000
10.	Verminderung des Bestandes an liquiden Mitteln	0	4.322	5.107	10.451	4.254
11.	Zuführung zu Rücklagen und Rückstellungen mit langfristigem Charakter	1.000	1.100	1.100	1.100	1.100
12.	Abschreibungen auf Sachanlagen	26.832	25.654	26.332	26.993	27.571
13.	Jahresüberschuss; ab 2019 davon jeweils 1.000 T€ Zuführung zur Sonderrücklage für die Sanierung der Kunsthalle	3.000	4.000	4.000	3.000	3.000
	Summe	68.027	77.901	93.181	98.255	94.005

	Ausgaben/Mittelverwendung	2019 T€	2020 T€	2021 T€	2022 T€	2023 T€
Nr.						
2.	Ausgaben für Sachanlagen:					
	a) Grunderwerb	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
	b) Erschließungskosten	300	300	300	300	300
	c) Investitionskosten Bebauungspläne	200	200	200	200	200
	d) Neubaumaßnahmen	15.648	23.403	40.168	54.605	53.200
	e) Maschinen und Geräte	390	390	390	390	390
	f) Betriebs- und Geschäftsausstattung	50	50	50	50	50
	g) Sporthallensanierung	3.000	4.195	4.590	9.930	8.460
	h) Datennetz	200	0	0	0	0
	i) Modernisierung von Kindertagesstätten	800	1.825	1.200	605	800
	j) Maßnahmen nach Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG I)	6.305	6.351	3.660	0	0
	k) Maßnahmen nach Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG II)	7.850	9.300	10.555	1.480	1.230
4.	Tilgung von Altdarlehen (Zuordnung bei der Betriebsgründung)	3.939	1.690	1.567	1.217	357
5.	Tilgung von Darlehen nach Gründung des ISB	13.258	11.579	11.476	11.145	10.345
6.	Tilgung des Gesellschafterdarlehens für das Technische Rathaus	1.405	1.405	1.405	1.405	1.405
7.	Tilgung von Förderdarlehen der NRW.Bank für Wohnbauten durch die SOLION GmbH	106	106	106	106	106
8.	Auflösung von Sonderposten aus Zuschüssen	11.076	11.506	11.915	12.222	12.562
11.	Auflösung von langfristigen Rückstellungen	1.000	1.100	1.100	1.100	1.100
12.	Gewinnabführung an den städtischen Haushalt	1.000	3.000	3.000	2.000	2.000
	Summe	68.027	77.901	93.181	98.255	94.005

Wirtschaftsplan 2020 - Geplante Investitionen, Stand 20.08.19

Bezeichnung	Maßnahmenbeschreibung	Ausgaben			Ausgaben
		2020	2021	2022	
Altes Rathaus	Neugestaltung Parkplatz Turnerstraße und Rathausinnenhof	-	50.000	350.000	-
Altes Rathaus	Vollständige Sanierung des Ratskellers	1.000.000	1.000.000	-	-
GS Windflöte	Barrierefreier Zugang und neue Entwässerung nach Sporthallen-sanierung	250.000	-	-	-
GS Buschikamp	Errichtung eines Klassenraummoduls in Holzbauweise	90.000	-	-	-
GS Rußheide	OGS Ausbau	100.000	1.400.000	-	-
GS Ummeln	Neugestaltung der Außenanlagen nach Sporthallenneubau	-	-	-	250.000
GS Brüder-Grimm	Umgestaltung Außenanlagen	-	150.000	-	-
GS Brüder-Grimm	Umstrukturierung und Erweiterung	100.000	1.450.000	583.000	-
GS Rußheide	Umgestaltung Schulhof	-	106.000	-	-
GS Dreekerheide	Errichtung einer Fußballspielfläche	100.000	-	-	-
GS Theesen	OGS-Ausbau und Erweiterungsbau	-	50.000	1.750.000	700.000
GS Plaß	OGS- und Küchenweiterung	100.000	1.250.000	100.000	-
GS Brake	OGS- und Küchenweiterung	-	150.000	1.350.000	-
GS Windflöte	OGS- und Küchenweiterung	-	150.000	1.350.000	-
GS Hans-Christian-Andersen	Energetische Sanierung des Daches; Neubau Aula; Neubau mit Quartiersfunktion; Schulhofgestaltung/Nutzung Hausmeisterhaus	500.000	500.000	350.000	-
GS Hellingskamp 2 (ehem Josefschule)	Umgestaltung der Eingangsbereiche der Schule; Neugestaltung Schulhof	20.000	530.000	100.000	-
GS Hellingskamp	Neubau Schulgebäude 3. Zug - begleitend zur KominvFG II Maßnahme	100.000	1.650.000	900.000	-
GS Hellingskamp	Neubau Stadtteiltreff	130.000	870.000	820.000	-
GS Strieghorst	Ausbau Dachgeschoss; Fassadensanierung Schulgebäude	350.000	-	-	-
GS Hans-Christian-Andersen	OGS-Ausbau, Inklusion	1.400.000	905.000	1.065.000	-
GS Hillgossen	Sanierung Sportplatz	-	-	200.000	-

Wirtschaftsplan 2020 - Geplante Investitionen, Stand 20.08.19

Bezeichnung	Maßnahmenbeschreibung	Ausgaben			
		2020	2021	2022	2023
Ausbau der offenen Ganztagschule	Ausbau der offenen Ganztagschule	-	-	-	2.500.000
RS Brackwede	Umbauarbeiten Talentschule	250.000	-	-	-
RS Schliehenweg	Neue Fachräume	150.000	-	-	-
RS Abendrealschule / Falkschule	Energetische Sanierung inkl. Barrierefreiheit; Schulhofneugestaltung	-	200.000	3.700.000	3.000.000
RS Abendrealschule/ Falkschule	Neubau Sporthalle	80.000	850.000	1.000.000	-
RS Jöllienbeck	Anpassung HS-Gebäude für Ganzttag / Inklusion	-	-	-	2.000.000
Sekundarschule Gellershagen / HS Brodhagen	Umstrukturierung und Erweiterung des Schulgebäudes	100.000	900.000	-	-
Sekundarschule Königsbrügge / RS Kuhlo	Umstrukturierung und Erweiterung des Schulgebäudes	50.000	500.000	1.000.000	1.000.000
GES Rosenhöhe	Installation einer Seilnetzkonstruktion im Innenhof der GES Rosenhöhe SEK I	-	-	-	450.000
GES Rosenhöhe	Neubau Sekundarstufe II und Sporthalle	250.000	4.000.000	5.000.000	5.400.000
GES Rosenhöhe	Ausbau Sekundarstufe I	-	400.000	400.000	5.000.000
GES Martin Niemöller	Planungskonzept / Neubau	1.100.000	5.900.000	7.000.000	15.000.000
GY Am Waldhof	Baulückenschluss Klassentrakt/Sporthalle	-	-	1.200.000	-
GY Am Waldhof	Teilsanierung Sporthalle; Fassade, Dach, Heizung, Sanitär, Umkleide und Waschräume	-	-	950.000	-
GY Cecilien	Sanierung der Turnhalle; Fassade, Sportboden, Sanitär und Umkleide	-	-	800.000	-
GY Helmholz	Neubau Sporthalle (Sportschule)	2.000.000	3.000.000	1.300.000	-
BK CSB Metall und Elektrotechnik	Ergonomische Umbauten von 20 Räumen	232.000	-	-	-
BK CSB Metall und Elektrotechnik	Errichtung eines Serverlabors	40.000	-	-	-
BK CSB Wirtschaft und Verwaltung, Außenstelle	Umgestaltung Schulhof und Radabstellanlage	420.000	-	-	-
BK CSB Wirtschaft und Verwaltung, Außenstelle	Neubau eines Lernlabors	90.000	-	-	-
Ravensberger Park Volkshochschule	Akustische Trennung Seminarräume	200.000	-	-	-

Wirtschaftsplan 2020 - Geplante Investitionen, Stand 20.08.19

Bezeichnung	Maßnahmenbeschreibung	Ausgaben		
		2020	2021	2022
Ravensberger Park Volkshochschule	Sanierung des Murnau-Saals der Ravensberger Spinnerei	300.000	-	-
Ravensberger Park	Entwicklungsstudie zur Neugestaltung	50.000	-	-
Gemeinschaftshaus Lämershagen	Sanierung Fassade und Fenster	45.000	-	-
Kunsthalle	Planungskonzept / Generalsanierung	200.000	200.000	4.700.000
Oetkerhalle	Außengastronomie	150.000	-	-
Osmingstadion	Sanierung des Parkplatzes	220.000	-	-
Hauptfeuerwache	Planungskonzept / Neubau Hauptfeuerwache	250.000	250.000	10.000.000
Feuerwache West	Erweiterungsbau	-	500.000	1.000.000
Rettungswache am Feuerwehrgerätehaus Sennestadt	Rettungswache am Feuerwehrgerätehaus Sennestadt	300.000	250.000	450.000
Feuerwache am Feuerwehrgerätehaus Schildesche	Ersatzneubau Feuerwehrgerätehaus Schildesche	-	500.000	700.000
Feuerwache am Feuerwehrgerätehaus Theesen	Neubau Feuerwehrgerätehaus	100.000	1.100.000	-
Stadtbibliothek Brackwede	Open Library, Teilmodernisierung Innenbereich und Technik	100.000	200.000	-
Freizeitzentrum Baumheide	Energetische Generalsanierung Gebäudehülle und Umstrukturierung des Gebäudes	3.600.000	1.200.000	-
Jugendhaus Sieker	Neubau einer Stadteilküche	850.000	100.000	-
Jugendeinrichtung Diesterwegstraße	Umnutzung für Wohngruppen	450.000	100.000	-
Naturzentrum Schelphof	Planungskonzept für 1. Bauabschnitt und Komplettsanierung des Haupthauses	500.000	500.000	-
Fahrradständer an Verwaltungsgebäuden	Errichtung bzw. Aufwertung von Radabstellanlagen an Verwaltungsgebäuden	200.000	-	-
Fahrradständer an Schulen	Fahrradständer an Schulen	100.000	100.000	100.000
SH Gadderbaum	Grundsanierung der Sporthalle	-	200.000	200.000
Sportanlage Ubedissen	Erweiterung Parkplatz	50.000	-	-
Sportanlage Milse	Generalsanierung Umkleiegebäude	-	600.000	-

Wirtschaftsplan 2020 - Geplante Investitionen, Stand 20.08.19

Bezeichnung	Maßnahmenbeschreibung	Ausgaben			
		2020	2021	2022	2023
Sportanlage Senne	Neubau eines Umkleidegebäudes	200.000	60.000	-	-
Sanierung / Modernisierung Sportanlagen	Verwendung Sportpauschale	966.700	-	966.700	-
Bauwerke in Grünanlagen	Neubauten Holzbrücken in Grünanlagen	75.000	75.000	75.000	75.000
Obersee - Parkplatz Talbrückenstraße	Neubau Parkplatz	270.000	-	-	-
Nelson-Mandela-Platz	Aufwertung des Nelson-Mandela-Platzes	195.000	192.500	-	-
Bahnhofsumfeld	Aufwertung des Bahnhofsumfelds	-	1.000.000	-	-
Botanischer Garten	Generalsanierung des Fachwerkhäuses und des Sanitärgebäudes	500.000	200.000	-	-
Botanischer Garten	Erschließung Erweiterungsgelände	75.000	500.000	-	-
Spielplatz Turnerstraße	Errichtung Spielplatz Turnerstraße	220.000	-	-	-
Spielplatz Bollstraße	Aufwertung Spielplatz	35.000	-	-	-
Spielplatz Genfer Str.	Aufwertung Spielplatz	9.200	-	-	-
Spielplatz Obersee Nord	Aufwertung Spielplatz Obersee Nord	40.000	-	-	-
Spielplatz Peppemeiersiek	Aufwertung Spielplatz	9.400	-	-	-
Spielgeräte	Spielgeräte	300.000	300.000	300.000	300.000
Stadträume Nördliche Innenstadt	Begrünung von Stadträumen	50.000	150.000	150.000	-
Stadtklimatische Anpassung von Stadträumen	Stadtklimatische Anpassung von Stadträumen durch Baumpflanzungen	-	80.000	-	-
Stadtbau/Soziale Stadt Baumheide	Errichtung Westliche Grünspace "Grüne Kammeratsheide"	50.000	275.000	275.000	-
Stadtbau/Soziale Stadt Baumheide	Aufwertung wohnortnaher Grünräume	-	-	690.000	-
Stadtbau/Soziale Stadt Baumheide	Aufwertung, Neugestaltung von Spielplätzen; Konzept für Spielen am Banater Weg	100.000	215.000	-	-
Stadtbau/Soziale Stadt Sennestadt	Vernetzung öffentlicher Grünräume	-	100.000	104.000	-
Stadtbau/Soziale Stadt Sieder Mitte	Aufwertung des Spielplatzes Kranichstraße im Zuge Wohnumfeldverbesserung Wohnquartier Meisenstraße	-	200.000	-	-

Wirtschaftsplan 2020 - Geplante Investitionen, Stand 20.08.19

Bezeichnung	Maßnahmenbeschreibung	Ausgaben			Ausgaben
		2020	2021	2022	
Stadtumbau/Soziale Stadt Sieker Mitte	Aufwertung des Grünzugs Eipke	100.000	200.000	-	-
Stadtumbau/Soziale Stadt Sieker Mitte	Aufwertung des Martin-Luther-Platzes durch Entwicklung von Aufenthalts- und Spielbereichen	50.000	480.000	-	-
Wegeverbindung Stieghorst	Sanierung und Ausbau Fuß-/Radwegeverbindung parallel zur Linie 3	726.000	-	-	-
Finkenbachgrünzug	Finkenbachgrünzug 2. Bauabschnitt	75.000	-	-	-
Grünzug Kupferheide	Verlängerung und Beleuchtung des vorhandenen Grünzugweges	70.000	-	-	-
Ost-West-Grünzug Sennestadt	Aufwertung Ost-West-Grünzug Sennestadt inkl. Sportanlage	1.005.000	2.149.000	350.000	-
Luttergrünzug	Anlage des Wasserspielplatzes Niedermühlhof	15.000	-	350.000	-
Luttergrünzug	Aufwertung Lutterpark an der Teutoburger Straße	85.000	-	511.500	-
Johannisbachau	Ausbau Wege und Infrastruktur	50.000	250.000	150.000	-
Reiherbachau	Umsetzung Renaturierungskonzept	40.000	395.000	-	-
Reiherbachau	Wegerneuerung südlich Karl-Triebold-Str.	-	160.000	-	-
Maiwiese	Aufwertung der Maiwiese	-	-	85.000	-
Errichtung Zäune	Errichtung aktivierungsfähige Außenanlagen (Zäune)	150.000	150.000	150.000	150.000
Energiesparmaßnahmen	Aktivierungsfähige Energiesparmaßnahmen	400.000	400.000	400.000	400.000
Errichtung von Photovoltaikanlagen	Errichtung von Photovoltaikanlagen	250.000	250.000	250.000	250.000
Wohnquartier Grünewaldstr.	Wohnquartier Grünewaldstr.	-	-	755.000	-
Behindertengerechte Gebäude	Behindertengerechte Gebäude	100.000	100.000	100.000	100.000
Bauvorbereitungskosten	Bauvorbereitungskosten	25.000	25.000	25.000	25.000
Div. wertverbessernde Maßnahmen	Div. wertverbessernde Maßnahmen	100.000	100.000	100.000	100.000
Restabwicklung aus Vorjahren	Restabwicklung aus Vorjahren	400.000	400.000	400.000	400.000
Neubaumaßnahmen		23.403.300	40.167.500	54.605.200	53.200.000

Wirtschaftsplan 2020 - Maßnahmen nach Kommunalinvestitionsförderungsprogramm I (KInvFG I), Stand 20.08.19

Bezeichnung	Maßnahmenbeschreibung	Ausgaben			
		2020	2021	2022	2023
Grünes Band / Luttergrünzug	Anbindung weiterer Wohngebiete im Bereich Luttergrünzug bis Otto-Brenner-Straße an das Grüne Band	135.000	-	-	-
Luttergrünzug	Optimierung der Wegebeziehungen Luttergrünzug unter Einbeziehung der Lutterteiche, Brücken und Spielflächen	820.000	-	-	-
Aißbachgrünzug	Ausbau Wegeverbindungen Aißbachgrünzug	95.000	-	-	-
Ravensberger Park Ordnungsamt	Energetische Grundsanierung Dach, Fenster, Heizung	500.000	-	-	-
RS Luisenschule 2	Ersatzneubau der Zweifach-Sporthalle	2.000.000	2.400.000	-	-
Jugendzentrum Niedermühlkamp	Energetische Grundsanierung des Gebäudes (denkmalgerecht)	1.960.000	1.260.000	-	-
Musik- und Kunstschule (Nebengebäude)	Energetische Sanierung Fassade, Dach, Fenster (denkmalgerecht)	841.000	-	-	-
Summe Maßnahmen nach Kommunalinvestitionsförderungsprogramm I (KInvFG I)		6.351.000	3.660.000	-	-

Wirtschaftsplan 2020 - Maßnahmen nach Kommunalinvestitionsförderungsprogramm II (KInvFG II), Stand 20.08.19

Bezeichnung	Maßnahmenbeschreibung	Ausgaben			
		2020	2021	2022	2023
GY Heepen	Bauliche Anpassung ehem. HS-Gebäude für Ganzttag / Inklusion	50.000	2.000.000	-	-
GS Hellingskamp	zweizügiger Ersatzbau wegen Sanierungsbedarf, OGS	1.000.000	5.270.000	1.480.000	1.230.000
GS Ummeln	Erweiterung /Anbau OGS	600.000	-	-	-
GS Hillegossen	OGS-Ausbau	500.000	1.400.000	-	-
GS Am Waldschlößchen	OGS-Neubau	2.100.000	350.000	-	-
GS Martin	Anbau für Erweiterung OGS	2.000.000	435.000	-	-
GS Wellensiek	Sanierung und Umstrukturierung des Schulgebäudes	3.050.000	1.100.000	-	-
		9.300.000	10.555.000	1.480.000	1.230.000

Stellenübersicht des Immobilienservicebetriebes der Stadt Bielefeld

(Stand: 30.07.2019)

I. Tariflich Beschäftigte

Entgeltgruppe	Stellen 2020	Stellen 2019	tatsächlich besetzt 30.06.19
E 15	0	0	0
E 14	4	4	4
E 13	3	3	3
E 12	17	17	17
E 11	17	17	13
E 10	18	16	15
E 9c	12,2	12,2	12,2
E 9b	8	8	8
E 9a	7,5	5,5	5,5
E 8	7	7	6
E 7	35,5	34	34
E 6	45	46	46
E 5	58,5	58,5	57,5
E 4	45,4	45,4	45,4
E 3	0	0	0
E 2	10	10	10
E 1	215	215	215
Zwischensumme	503,1	498,6	491,6

II. Nachrichtlich: Beamte (s. Stellenplan der Stadt Bielefeld)

Besoldungsgruppe		Stellen 2020	Stellen 2019	tatsächlich besetzt 30.06.19
Laufbahngruppe 2 zweites Einstiegsamt	A16	2	2	2
	A 15	2	2	1
	A 14	0	0	0
	A 13	0	0	0
Laufbahngruppe 2 erstes Einstiegsamt	A 13	5	6	5
	A 12	11	10	9
	A 11	5,2	7,2	7,2
	A 10	11,7	10,7	9,7
Laufbahngruppe 1 zweites Einstiegsamt	A 9	0	0	0
	A 9	3	4	3
	A 8	6,1	8,1	7,6
	A 7	4,3	4,8	4,3
	A 6	0	0	0
Zwischensumme		50,3	54,8	48,8

III. Stellen insgesamt

	Stellen 2020	Stellen 2019	tatsächlich besetzt 30.06.19
Tariflich Beschäftigte	503,1	498,6	491,6
Beamte	50,3	54,8	48,8
insgesamt	553,4	553,4	540,4

IV. Nachwuchskräfte

Bezeichnung	vorgesehen für 2020	vorgesehen für 2019	tatsächlich besetzt 01.10.19
Bauzeichner/in	2	2	2

Veränderungsliste für Stellenübersicht 2020 (im Vergleich zum Wirtschaftsplan 2019)						
Stand 30.07.2019						
Stellenplan-Nr.	Bezeichnung, Aufgabengebiet	EG/BesGr. 2020 neu	Bes//LGr. alt	Stellen- anteil	Bemerkungen	
Wertgleiche Änderungen						
230 11 210	Sachbearbeiter/in Controlling, Wirtschaftsplan	E 10	A 11	1,0	Anpassung im Rahmen der personellen Besetzung	
230 11 220	Sachbearbeiter/in Controlling	E 10	A 11	1,0	Anpassung im Rahmen der personellen Besetzung	
230 12 245	Sachbearbeiter/in Personalwesen, Abrechnung	E 9a	A 9 Ea2	1,0	Anpassung im Rahmen der personellen Besetzung	
230 12 290	Sachbearbeiter/in Ausschreibung, Vergabe, Einkauf Reinigungsmittel und -geräte	E 9a	A 9 Ea2	1,0	Anpassung im Rahmen der personellen Besetzung	
230 12 295	Sachbearbeiter/in Abrechnung Reinigungsobjekte	E 7	A 7	0,5	Anpassung im Rahmen der personellen Besetzung	
Bewertungsänderungen						
230 11 340	Sachbearbeiter/in Kreditorenbuchhaltung, Anlagen im Bau, Zuschüsse, Verwendungsnachweise	A 9 Ea2	A 8	1,0	Neubewertung nach Aufgabenveränderung (nachrichtlich, da im Kernhaushalt bereits im Stellenplan 2019 beschlossen)	
230 12 813	Schulhausmeister/in Gymnasium Am Waldhof	E 7	E 6	1,0	Änderung Reinigungsfläche	
230 21 230	Sachbearbeiter/in Sportanlagen, Sporthallen, Grünanlagen	A 10	A 8	1,0	Neubewertung nach Aufgabenveränderung	
230 21 300	Teamleiter/in Facilitymanagement Verwaltungsgebäude/ Büroflächen	A 12	A 11	1,0	Neubewertung nach Aufgabenveränderung	
Wegfall durch Umschichtungen/Verlagerungen						
230 21 110	Sachbearbeiter/in Projekte, Grundstücksentwicklung, Clearing		A 13 Ea1	1,0	Deckung für 230 21 340	
Neu durch Umschichtungen/Verlagerungen						
230 21 340	Sachbearbeiter/in Flächenmanagement, Büroflächenmanagement, Kaufmännisches Gebäudemanagement	A 11		1,0	Deckung aus 230 21 110	

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan 2020 des ISB

Der Wirtschaftsplan 2020 des ISB wurde unter Beachtung der Beschlüsse zur Haushaltskonsolidierung aufgestellt. Die Konsolidierungsmaßnahme wurde im Jahr 2011 mit einem Konsolidierungsbeitrag von 750.000 € begonnen und in den Folgejahren fortlaufend erhöht. Für das Jahr 2020 beträgt der Haushaltskonsolidierungsbeitrag 3.445.000 €.

Aus der Geschäftstätigkeit des Wirtschaftsjahres 2020 ist im Zuge des Jahresabschlusses eine Gewinnabführung an den NKF-Haushalt in Höhe von 3.000.000 € vorgesehen. Darüber hinaus soll für die Sanierung der Kunsthalle ein Betrag in Höhe von 1.000.000 € der zweckgebundenen Rücklage zugeführt werden. Zur Bildung dieser Rücklage liegt ein entsprechender Beschluss des Rates der Stadt Bielefeld vom 07.06.2018 vor.

I. Erfolgsplan

Die Struktur des Erfolgsplans entspricht der Struktur der Standardberichterstattung des städtischen Haushalts.

Zu 1. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse umfassen neben den Grundmieten vor allem die Erlöse für Reinigungs- und Hausmeisterleistungen sowie die Nebenkostenerstattungen. Für das Wirtschaftsjahr 2020 werden Umsatzerlöse aus diesem Geschäftsfeld in Höhe von 117.331.000 € geplant. Darüber hinaus werden unter dieser Position Erträge aus Grundstücksgeschäften in Höhe von 1.500.000 € und Zuschüsse der öffentlichen Hand in Höhe von 2.588.000 € geplant. Im Vergleich zum Vorjahr wird der Planansatz 2020 um 2.155.000 € bzw. 1,8 % erhöht. Die Erhöhung ergibt sich im Wesentlichen aus höheren Erlösen für Reinigungsleistungen sowie geplanten Mehrerträgen aus Grundstücksgeschäften.

a) Mit Externen

Die erwarteten Umsatzerlöse mit Externen in Höhe von 9.301.000 € betreffen im Wesentlichen Einnahmen aus Mietverträgen (5.574.000 €), Erträge aus Grundstücksveräußerungen (1.500.000 €), Einnahmen aus Parkentgelten (1.068.000 €) sowie Erstattungen von Nebenkosten (1.046.000 €).

b) Mit Eigenbetrieben / Stiftungen / Eigengesellschaften

Unter dieser Position geplante Erlöse in Höhe von 2.499.000 € betreffen Einnahmen von eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen der Stadt Bielefeld (Umweltbetrieb und Bühnen und Orchester). Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Mieterträge in Höhe von 1.124.000 €, Erlöse für Reinigungsleistungen in Höhe von 900.000 € sowie um Erstattungen von Nebenkosten in Höhe von 400.000 €.

c) Mit dem Hoheitsbereich

Die Erlöse mit dem Hoheitsbereich für das Wirtschaftsjahr 2020 werden insgesamt in Höhe von 109.619.000 € geplant. Gegenüber dem Wirtschaftsplan 2019 sind sie um 1.816.000 € bzw. 1,7 % gestiegen. Die Erhöhung beruht hauptsächlich auf höheren Erlösen für Reinigungs- und Hausmeisterleistungen. Die Erlöse für Reinigungs- und Hausmeisterleistungen steigen aufgrund einer tariflich bedingten Anpassung der Servicepreise.

Mieten aus dem hoheitlichen Bereich

Den Nutzern des hoheitlichen Bereichs werden die Immobilien entsprechend der generellen Leistungsvereinbarung zur Verfügung gestellt. Es wird ein Mietzins in Höhe von 64.538.000 € für Grundstücke und Gebäude geplant. Der Wirtschaftsplanansatz für die Mieterlöse hat sich gegenüber 2019 um 191.000 € verringert. Diese Verringerung ist auf die Aufgabe von temporären Wohnunterkünften für Flüchtlinge zurückzuführen. Anzumerken ist, dass der Verringerung von Mieten aufgrund der Aufgabe von temporären Wohnunterkünften für Flüchtlinge (-1.937.000 €) Mieterhöhungen für wertverbessernde Maßnahmen an diversen Schulgebäuden (BK CSB Metall und Elektro, GS Am Homersen,

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan 2020 des ISB

RS Brackwede, Abendgymnasium (ehem. Gutenbergschule)), sowie an Feuerwehrbauten (Feuerwehrgerätehaus Quelle, Feuerwehramt am Stadtholz) gegenüberstehen.

Die Mieten für die einzelnen Gebäude und die einzelnen Mieter wurden mit dem Amt für Finanzen und Beteiligungen abgestimmt.

Erlöse aus Parkraumbewirtschaftung

Die Erlöse aus der Parkraumbewirtschaftung werden für das Jahr 2020 in Höhe von 194.000 € geplant.

Reinigungsleistungen

Die aus dem Haushalt erwarteten Einnahmen für Reinigungsleistungen werden objektbezogen mit 13.982.000 € geplant. Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 1.591.000 € bzw. 12,8 % beruht auf der tariflich bedingten Anpassung der Servicepreise für Reinigungsleistungen. Die Eingruppierung der Reinigungskräfte in die Entgeltgruppe 2 ist berücksichtigt worden.

Hausmeisterleistungen

Die aus dem Haushalt erwarteten Umsatzerlöse für Hausmeistergestellungen im Hoheitsbereich werden mit 9.414.000 € eingeplant. Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 245.000 € bzw. 2,7 % beruht auf der tariflich bedingten Anpassung der Servicepreise für Hausmeisterleistungen.

Einnahmen aus anderen Lieferungen und Leistungen

Der ISB erzielt Einnahmen aus Serviceleistungen (z.B. für Sondereinsätze der Hausmeisterdienste, Sonderreinigungen, Werkstattleistungen und Instandhaltungsleistungen für Kitas) entsprechend der „Generellen Leistungsvereinbarung“ und dem „Leistungsverzeichnis für Serviceleistungen des ISB“.

Die geplanten Einnahmen in Höhe von 1.006.000 € ergeben sich aus der erwarteten Inanspruchnahme der Serviceleistungen durch die Organisationseinheiten.

Umlage der Nebenkosten

Die Umlage der Nebenkosten betrifft die Kosten für die Energie- und Wasserversorgung, die Abfallentsorgung sowie andere Betriebskosten. Für 2020 wird eine Erstattung in Höhe von 18.091.000 € erwartet. Der Planansatz 2020 wurde gegenüber dem Ansatz 2019 um 93.000 € bzw. 0,5 % erhöht.

Im Wirtschaftsjahr 2020 werden die umlagefähigen Nebenkosten des Vorjahres mit den Nutzern abgerechnet. Die Endabrechnung für das Wirtschaftsjahr 2019 erfolgt in 2020.

Zuschüsse der öffentlichen Hand

Für das Jahr 2020 erwartet der ISB einen Zuschuss aus Kommunalinvestitionsförderungsgesetz II (KInvFG II) für die Bereitstellung der Schulcontainer als Ausweichquartier während der Sanierungsarbeiten an der Grundschule Hellingskamp in Höhe von 750.000 € und an der Grundschule Wellensiek in Höhe von 450.000 €.

Für die Schulbausanierungsmaßnahmen wird ein Zuschuss aus der Bildungspauschale des Landes NRW in Höhe von 265.000 € geplant. Diese Mittel sollen zur Finanzierung der bereits laufenden Baumaßnahmen am Ratsgymnasium eingesetzt werden. Diese Festlegung erfolgt in Abstimmung mit dem Amt für Schule.

Darüber hinaus plant der ISB einen Zuschuss für die Sanierung und Neuausstattung von 2 Naturwissenschaftsräumen im Gebäude der ehemaligen Hauptschule Jöllenbeck in Höhe von 250.000 €, für die Umstrukturierung der Verwaltungsräume an der Grundschule Frölenberg in Höhe von 150.000 € und für diverse kleinere Maßnahmen in Höhe von 120.000 €.

Des Weiteren plant der ISB eine Zuweisung aus dem Finanzausgleich des Landes NRW als Aufwands- und Unterhaltungspauschale in Höhe von 603.000 €.

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan 2020 des ISB
--

Zu 3. Andere aktivierte Eigenleistungen

Die Architekten- und Ingenieurleistungen des ISB für aktivierungsfähige Maßnahmen werden für das Jahr 2020 mit 250.000 € berücksichtigt.

Zu 4. Sonstige betriebliche Erträge

Für sonstige wiederkehrende Erträge z.B. aus Personalkosten- und sonstigen Erstattungen werden Erlöse in Höhe von 100.000 € geplant.

Zu 5. Auflösung von Sonderposten aus Zuschüssen

Nach den einschlägigen Bilanzierungsregeln sind empfangene Investitionszuschüsse auf der Passivseite der Bilanz als Sonderposten auszuweisen. Der Sonderposten wird über die Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagegegenstände ertragswirksam aufgelöst. Die erwartete ertragswirksame Auflösung des Sonderpostens beträgt 11.506.000 €.

Zu 6. Materialaufwand

Der Ansatz für Materialaufwand wurde mit insgesamt 56.547.000 € veranschlagt. Gegenüber dem Vorjahr ist eine Erhöhung des Planansatzes um 1.728.000 € bzw. 3,2 % zu verzeichnen. Die Erhöhung beruht hauptsächlich auf dem höheren Ansatz für Instandhaltungsmaßnahmen.

a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe wurden in Höhe von 51.241.000 € geplant. Im Einzelnen stellt sich diese Position wie folgt dar:

aa) Instandhaltung

Mit 11.005.000 € werden die ereignisgesteuerten Instandhaltungskosten für alle bewirtschafteten Objekte geplant. Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr ist zum einen auf die Verschiebung innerhalb der Positionen 6aa) bis 6ad) und zum anderen auf die Anpassung an die tatsächliche Entwicklung der unvorhergesehenen Instandhaltungskosten zurückzuführen.

ab) Schadstoffsanierung/-analyse

Maßnahmen mit dem Ziel, Objekte unter den Aspekten Schadstoffsanierung und vorbeugender Brandschutz zu optimieren, werden mit einem Budget von 400.000 € geplant.

ac) Gutachterliche Bestandserfassung

Die gutachterliche Bestandserfassung wird nicht mehr gesondert ausgewiesen. Der Betrag wird unter der Position 6 aa) veranschlagt.

ad) Sanierungsaufwand für nicht aktivierbare Maßnahmen

Um den Instandhaltungsstau von Gebäuden abzubauen, werden für das Wirtschaftsjahr 2020 insgesamt 11.405.000 € geplant. Damit werden Gebäude in den baulichen Zustand versetzt, welcher der Verkehrssicherungspflicht entspricht. Der Planung liegt eine Maßnahmenliste mit Einzelprojekten zugrunde, die 2020 abgearbeitet werden soll. Bei den Maßnahmen mit größerem Budgetvolumen handelt es sich um folgende:

Bezeichnung	Maßnahmenbeschreibung	Betrag
BK CSB Wirtschaft und Verwaltung	Erneuerung Treppengeländer/Brandschutzmaßnahmen	900.000 €
Musik- und Kunstschule	Sanierung EG und UG	709.000 €
Promenade Sparrenburg	Sanierung der Wege	700.000 €
RS Senne	Dachsanierung Flachdachbereiche	560.000 €
Bürgerpark	Sanierung des Rosengartens	550.000 €

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan 2020 des ISB
--

GS Am Waldschlößchen	Fassadensanierung des gesamten Bestandsgebäudes	500.000 €
Altes Rathaus	Teilsanierung der Fassade	400.000 €
Bezirksamt Brackwede	Sanierung Sitzungssaal	350.000 €
GY Am Waldhof	Sanierung Kunstraum (innen) und Loggien inkl. Dach	350.000 €
Ehemalige Almhalle	Abbruch der ehemaligen Almhalle	300.000 €
GS Hillegossen	Innensanierung der Sporthalle	300.000 €
GS Brüder-Grimm	Sanierung der Foyer- bzw. Auladecke samt angrenzender Flure	275.000 €
Sportanlage Stadtheider Str.	Sanierung der Sanitäranlagen	265.000 €
RS Jöllenbeck II	Sanierung & Neuausstattung von 2 Naturwissenschaftsräumen im Gebäude der ehemaligen Hauptschule Jöllenbeck	250.000 €
GES Friedrich-Wilhelm Murnau	Sanierung der Brandschutztüranlagen	250.000 €
Sportanlage Waldstadion Quelle	Sanierung von Laufbahnen	250.000 €
Neues Rathaus	Erneuerung der Unterverteilung	250.000 €
GS Brüder Grimm	Sporthalle - Betonsanierung der Stahlbetonrahmen als Dachtragwerk sowie Erneuerung der abgehängten Decken	200.000 €

ae) Schulbausanierung

Im Wirtschaftsjahr 2020 werden Schulbausanierungsmaßnahmen mit Landeszuschüssen in Höhe von 265.000 € weitergeführt, vgl. oben die Erläuterungen zu 1.c) Zuschüsse der öffentlichen Hand.

af) Energie- und Betriebskosten

Die Energie- und Betriebskosten werden als Nebenkosten auf die Nutzer umgelegt. Die Höhe der Kosten ist abhängig vom Verbrauch und den jeweiligen Preisen der Lieferanten, besonders der Energieversorger. Der Planansatz für das Wirtschaftsjahr 2020 beträgt 19.800.000 €.

Die Abrechnung der Nebenkosten 2020 erfolgt im Wirtschaftsjahr 2021.

ag) Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen

Unter dieser Position werden Beträge für notwendige Anmietungen, Pacht- und Erbbauzinsen, Verbrauchsmaterialien für Gebäudereinigung, Hausmeisterdienste und Werkstatt in Höhe von 8.366.000 € geplant.

b) Aufwendungen für bezogene Leistungen

Der ISB wird für die Glasreinigung, die Unterhaltsreinigung, für Ingenieurleistungen und für Bewachungen die Leistungen von Drittfirmen in Anspruch nehmen und plant dafür 5.306.000 € ein.

Zu 7. Personalaufwand

Der Personalaufwand für Entgelte tariflich Beschäftigter und Beamtenbesoldung sowie soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung beträgt insgesamt 32.873.000 €.

Der Zinsaufwand für langfristige Personalrückstellungen in Höhe von 1.300.000 € wird im Erfolgsplan unter der Position 15 d „Zinsen für langfristige Rückstellungen“ ausgewiesen.

Die Kalkulation des Personalaufwandes erfolgte unter Berücksichtigung bereits bekannter Veränderungen im Personalbestand sowie tariflicher Erhöhungen. Der Ansatz für Personalaufwand hat sich gegenüber dem Planansatz des Vorjahres tariflich bedingt um 1.571.000 € bzw. 5,0 % erhöht.

Die Anzahl der Stellen hat sich gegenüber 2019 nicht verändert, sie beträgt 553,4 Stellen.

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan 2020 des ISB

a) Entgelt tariflich Beschäftigter und Beamtenbesoldung

Der Wirtschaftsplanansatz 2020 für das Entgelt tariflich Beschäftigter und die Beamtenbesoldung beträgt 23.925.000 €. Im Vergleich zum Planansatz 2019 fällt er um 1.142.000 € bzw. 5,0 % höher aus. Die Erhöhung beruht auf den Tarifabschlüssen aus 2018 (für tariflich Beschäftigte) und 2019 (für Beamte). Die Eingruppierung der Reinigungskräfte in die Entgeltgruppe 2 ist berücksichtigt worden.

b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung

Diese Position wird mit 8.948.000 € veranschlagt. Enthalten sind hier u.a. 1.443.000 € für die Altersversorgung und 4.468.000 € für die Sozialabgaben der Beschäftigten. Die Sozialabgaben für Altersversorgung und für Unterstützung haben sich gegenüber dem Wirtschaftsplanansatz 2019 um 430.000 € bzw. 5,0 % erhöht.

Für die Pensionsrückstellungen wurde unter dieser Planposition ein Betrag in Höhe von 1.100.000 € berücksichtigt, vgl. auch Vermögensplan –Mittelherkunft– Position 11 „Zuführung zu Rücklagen und Rückstellungen mit langfristigem Charakter“.

Zu 8. Abschreibungen

Die Abschreibungen für Abnutzung werden linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer des Anlagevermögens berechnet. Der Planansatz für Abschreibungen hat sich gegenüber 2019 um 1.178.000 € auf 25.654.000 € verringert. Die Verringerung beruht auf dem Wegfall von Abschreibungen für temporäre Flüchtlingsunterkünfte.

Zu 9. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Der Planansatz für sonstige betriebliche Aufwendungen wurde gegenüber 2019 geringfügig um 43.000 € bzw. 0,6 % erhöht.

a) Andere sonstige betriebliche Aufwendungen

Hier sind die Kosten der Prüfung des Jahresabschlusses, Serviceleistungen städtischer Dienststellen, Kosten für Arbeitssicherheit und für Fortbildung sowie Geschäftsausgaben wie z.B. Telefon-, Porto- und Kopierkosten und Büromaterialien zusammengefasst. Ferner werden hier die EDV-Kosten sowie Verluste aus Anlagenabgängen ausgewiesen.

Für 2020 werden „Andere sonstige betriebliche Aufwendungen“ in Höhe von 3.604.000 € geplant.

b) Beitrag des ISB zur Haushaltskonsolidierung

Der ISB leistet im Jahr 2020 einen Haushaltskonsolidierungsbeitrag in Höhe von 3.445.000 €.

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan 2020 des ISB
--

Zu 15. Aufwendungen für Zinsen

Für Zinsaufwand des ISB werden im Wirtschaftsjahr 2020 insgesamt 6.671.000 € geplant. Gegenüber 2019 verringert sich der Zinsaufwand um 580.000 € bzw. 8,0 %.

Unter der Zif. 15 d „Zinsen für langfristige Rückstellungen“ werden 2020 die Zinsen für langfristige Rückstellungen, die ihren Entstehungsgrund aus der Veränderung der Pensionsrückstellungen und der Veränderung aus den Rückstellungen der Altersteilzeit haben, berücksichtigt. Die separierte Darstellung dieser Position erfolgt entsprechend der bilanzrechtlichen Vorschriften seit dem Jahresabschluss 2011.

Im Einzelnen handelt es sich um folgenden Zinsaufwand:

Zinsen für Altdarlehen (Zuordnung bei der Betriebsgründung)	224.000 €
Zinsen für das Gesellschafterdarlehen Technisches Rathaus	612.000 €
Zinsen für Darlehen nach Gründung des ISB	4.508.000 €
Zinsen für langfristige Rückstellungen	1.300.000 €
Verwaltungskosten für Förderdarlehen der NRW.Bank für Wohnbauten durch die SOLION GmbH	26.000 €

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan 2020 des ISB

II. Vermögensplan**Teil 1 Einnahmen/Mittelherkunft****Zu 2 a) Zuschuss für Neubaumaßnahmen**

Für Neubaumaßnahmen werden im Wirtschaftsjahr 2020 Zuschüsse in Höhe von insgesamt 12.736.000 € gewährt. Im Einzelnen handelt es sich um Zuschüsse für:

Bezeichnung	Maßnahmenbeschreibung	Zuschuss
Freizeitzentrum Baumheide	Energetische Generalsanierung der Gebäudehülle und Umstrukturierung des Gebäude	2.880.000 €
GY Helmholtz	Neubau Sporthalle (Sportschule)	1.600.000 €
GES Martin-Niemöller	Planungskonzept/Neubau	1.100.000 €
Sanierung / Modernisierung Sportanlagen	Verwendung Sportpauerschale	966.700 €
Jugendhaus Sieker	Neubau einer Stadtteilküche	850.000 €
Wegeverbindung Stieghorst	Sanierung und Ausbau Fuß-/Radwegeverbindung parallel zur Linie 3	653.400 €
GS Hans-Christian-Andersen	Energetische Sanierung des Daches; Neubau Aula; Neubau mit Quartiersfunktion; Schulhofgestaltung/Nutzung Hausmeisterhaus	400.000 €
Naturzentrum Schelphof	Planungskonzept für 1. BA und Komplettsanierung des Haupthauses	400.000 €
Ost-West-Grünzug Sennestadt	Aufwertung Ost-West-Grünzug Sennestadt inkl. Sportanlage	804.000 €
GS Stieghorst	Ausbau Dachgeschoss; Fassadensanierung Schulgebäude	250.000 €
GES Rosenhöhe	Neubau Sekundarstufe II und Sporthalle	250.000 €
RS Brackwede	Umbauarbeiten Talentschule	250.000 €
BK CSB Metall und Elektro	Ergonomische Umbauten von 20 Räumen	232.000 €
Fahrradständer an Verwaltungsgebäuden	Errichtung bzw. Aufwertung von Radabstellanlagen an Verwaltungsgebäuden	200.000 €
Spielplatz Turnerstraße	Errichtung Spielplatz Turnerstraße (Zukunft Stadtgrün)	176.000 €
Nelson-Mandela-Platz	Aufwertung des Nelson-Mandela-Platzes	156.000 €
RS Schlehenweg	Neue Fachräume	150.000 €
GS Hellingskamp	Neubau des Stadtteiltreffs	104.000 €
GS Rußheide	OGS-Ausbau	100.000 €
Sekundarschule Gellershagen / HS Brodhagen	Umstrukturierung für Sekundarschule	100.000 €
GS Plaß	OGS- und Küchenerweiterung	100.000 €
GS Brüder-Grimm	Umstrukturierung und Erweiterung	100.000 €
BK CSB Wirtschaft und Verwaltung, Außenstellen	Neubau eines Lernlabors	90.000 €
RS Abendrealschule/Falkschule	Neubau Sporthalle	80.000 €
Stadtumbau / Soziale Stadt Baumheide	Aufwertung, Neugestaltung von Spielplätzen; Konzept für Spielen am Banater Weg	80.000 €
Stadtumbau / Soziale Stadt Sieker Mitte	Aufwertung Grünzug Elpke	80.000 €
Luttergrünzug	Aufwertung Lutterpark an der Teutoburger Straße	68.000 €
Finkenbachgrünzug	Finkenbachgrünzug 2. Bauabschnitt	60.000 €
Sekundarschule Königsbrügge / RS Kuhlo	Umstrukturierung und Erweiterung des Schulgebäudes	50.000 €
Spielplatz Obersee Nord	Aufwertung Spielplatz	40.000 €
Reiherbachau	Umsetzung Renaturierungskonzept	40.000 €
Stadträume Nördliche Innenstadt	Begrünung von Stadträumen	40.000 €
BK CSB Metall / Elektrotechnik	Errichtung eines Serverlabors	40.000 €
Stadtumbau / Soziale Stadt Baumheide	Errichtung Westliche Grünsperre „Grüne Kammerratsheide“	40.000 €
Stadtumbau / Soziale Stadt Sieker Mitte	Aufwertung des Martin-Luther-Platzes durch Entwicklung von Aufenthalts- und Spielbereichen	40.000 €
Johannisbachau	Ausbau Wege und Infrastruktur	40.000 €
Ravensberger Park	Entwicklungsstudie zur Neugestaltung	40.000 €
Spielplatz Bollstraße	Aufwertung Spielplatz	35.000 €

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan 2020 des ISB

GS Hellingskamp 2 (ehem. Josefsschule)	Umgestaltung der Eingangsbereiche der Schule; Neugestaltung Schulhof	20.000 €
Luttergrünzug	Anlage des Wasserspielplatzes Niedermühlenhof	12.000 €
Spielplatz Peppmeierssiek	Aufwertung Spielplatz	9.400 €
Spielplatz Genfer Straße	Aufwertung Spielplatz	9.200 €
Insgesamt		12.735.700 €

Zu 2 b) Zuschuss für Modernisierung von Kindertagesstätten

Für die Modernisierungsmaßnahmen von Kindertagesstätten sind Zuschüsse in Höhe von 1.825.000 € vorgesehen. Im Einzelnen handelt es sich dabei um Zuschüsse für:

Anbau Kita Oberer Esch	750.000 €
Erweiterungsbau Kita Großer Wiel	400.000 €
Sanierung Kita Lämershagen	150.000 €
Einbau Essensaufzug Kita Stadtheider Str.	160.000 €
Modernisierungsmaßnahmen an weiteren Kitas	365.000 €

Zu 2 c) und d) Zuschuss nach Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG I und II)

Für die Maßnahmen des KInvFG I und II werden für das Jahr 2020 Zuschüsse insgesamt in Höhe von 14.763.900 € geplant.

Dieser Betrag setzt sich wie folgt zusammen:

Zuschuss des Landes für Maßnahmen des KInvFG I	5.181.900 €
Zuschuss aus dem NKF-Haushalt für Maßnahmen des KInvFG I	282.000 €
Zuschuss des Landes für Maßnahmen des KInvFG II	8.361.600 €
Zuschuss aus dem NKF-Haushalt für Maßnahmen des KInvFG II	938.400 €

Zu 5. Veräußerungserlöse aus Sachanlagen zu Buchwerten

Es werden Verkäufe nicht mehr zwingend benötigter Immobilien mit einem Gesamtvolumen von 5.500.000 € angestrebt. Davon entfallen auf die Buchwerte 4.000.000 €.

Zu 9. Kreditbedarf 2020

Die Finanzplanung weist für das Wirtschaftsjahr 2020 einen Finanzierungsbedarf in Höhe von 9.500.000 € aus. Für das Wirtschaftsjahr 2020 plant der ISB einen um 3.874.000 € geringeren - als zulässigen - Kreditbetrag und leistet damit einen Beitrag zur Vermeidung einer gesamtstädtischen Nettoverschuldung und entschuldet sich bei einem deutlich höheren Tilgungsbetrag weiter.

Zu 10. Verminderung des Bestandes an liquiden Mitteln

Im Wirtschaftsjahr 2020 plant der ISB die Verminderung des Bestandes an liquiden Mitteln in Höhe von 4.322.000 €. Davon entfallen 1.000.000 € auf die Verwendung der Sonderrücklage für die Sanierung des Alten Rathauses. Für die Sanierung des Alten Rathauses wurde gemäß Beschluss des Rates der Stadt Bielefeld vom 27.06.2017 eine Sonderrücklage in Höhe von 1.500.000 € gebildet.

Zu 11. Zuführung zu Rücklagen und Rückstellungen mit langfristigem Charakter

Die zukünftig zu zahlenden Versorgungsbezüge sowie Zahlungsverpflichtungen für Altersteilzeit entstehen wirtschaftlich während der aktiven Arbeitszeit. Deshalb sind während dieses Zeitraums Rückstellungen zu bilden, damit mit Eintritt der Pensionierung sowie mit Eintritt der Ruhephase der Altersteilzeit die zukünftig zu leistenden Zahlungen erwirtschaftet und finanziert sind.

Die Höhe dieser Zuführungen inkl. der erwarteten Beihilfeansprüche ist mit finanzmathematischen Verfahren zum Bilanzstichtag zu ermitteln und beträgt für das Jahr 2020 voraussichtlich 1.100.000 €.

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan 2020 des ISB

Zu 12. Abschreibungen

Den Abschreibungen steht kein Abfluss von liquiden Mitteln gegenüber. Sie schmälern jedoch den Jahresüberschuss. Daher sind sie unter der Position Mittelherkunft auszuweisen.

Zu 13. Jahresüberschuss

Aus dem geplanten Jahresüberschuss in Höhe von 4.000.000 € wird eine Gewinnabführung an den NKF-Haushalt in Höhe von 3.000.000 € und eine Zuführung in die Sonderrücklage für die Sanierung der Kunsthalle in Höhe von 1.000.000 € vorgesehen.

Teil 2 Ausgaben/Mittelverwendung

Zu 2. Ausgaben für Sachanlagen

a) Grunderwerb

Für erwartete Grunderwerbsmaßnahmen ist im Vermögensplan 2020 ein Betrag in Höhe von 1.500.000 € vorgesehen.

b) Erschließungskosten

Es wird im Wirtschaftsjahr 2020 mit Erschließungskosten in Höhe von 300.000 € gerechnet.

d) Neubaumaßnahmen

Die dargestellten Investitionen für Neubauprojekte in Höhe von 23.403.000 € stehen unter dem Vorbehalt der endgültigen Genehmigung der Maßnahmen. Die Maßnahmen sind in der beigefügten Investitionsliste einzeln dargestellt.

Der Ansatz für Baumaßnahmen enthält die Aufwendungen für Fortsetzungsmaßnahmen und für neu zu beginnende Maßnahmen.

e) Maschinen und Geräte

Investitionen für Reinigungsmaschinen und andere Geräte sind mit einem Volumen von 390.000 € vorgesehen.

g) Sporthallensanierung

Die Sporthallensanierung wird im Wirtschaftsjahr 2020 mit Investitionsmaßnahmen im Umfang von 4.195.000 € weitergeführt. Es handelt sich dabei um die Sporthallen an den Schulen: GS Dornberg, GS Hellingskamp, GS Ummeln, GS Am Homersen, GES Quelle, Sekundarschule Königsbrügge/RS Kuhlo, RS Brackwede II, FS Ernst-Hansen, Griechische Schule, Sporthalle ehem. Comeniusschule und Sporthalle Auf dem Tie.

i) Modernisierung von Kindertagesstätten

Für investive Maßnahmen in Kindertagesstätten sind Ausgaben in Höhe von insgesamt 1.825.000 € geplant. Dabei handelt es sich im Einzelnen um folgende Maßnahmen:

Kita Oberer Esch – Anbau	750.000 €
Kita Großer Wiel – Erweiterungsbau	400.000 €
Kita Stadtheider Straße – Einbau eines Essensaufzuges	160.000 €
Kita Lämershagen – Sanierung Fassade und Fenster	150.000 €
Diverse Kita's – Modernisierung von Kita's	365.000 €

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan 2020 des ISB
--

Die Kosten sind in voller Höhe durch Zuschüsse gedeckt, vgl. Mittelherkunft unter Zif. 2 b „Modernisierung von Kindertagesstätten“.

j) und k) Maßnahmen nach Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG I und II)

Für die Maßnahmen des KInvFG werden für das Jahr 2020 Ausgaben in Höhe von insgesamt 15.651.000 € geplant. Dabei handelt es sich um Maßnahmen des KInvFG I in Höhe von 6.351.000 € und des KInvFG II in Höhe von 9.300.000 €. Die Maßnahmen nach KInvFG sind in den beigefügten Listen einzeln dargestellt.

Zu 4. Entwicklung von Altdarlehen (Zuordnung bei der Betriebsgründung)

Aus der Zuordnung der Altdarlehen, die vor Gründung des ISB aufgenommen wurden, verbleibt ein Restbetrag zum Ende des Wirtschaftsjahres 2020 in Höhe von 4.107.000 €.

Die Altdarlehen entwickeln sich wie folgt:

Restschuld am 31.12.2019		5.797.000 €
./. planmäßige Tilgung 2020	1.690.000 €	
Restschuld am 31.12.2020		4.107.000 €

Zu 5. Entwicklung von Darlehen nach Gründung des ISB

Die langfristigen Darlehen, die nach Gründung des ISB aufgenommen wurden, entwickeln sich – voraussichtlich – wie folgt:

Restschuld am 31.12.2019		134.536.000 €
./. Tilgung 2020	11.579.000 €	
+ geplante Kreditaufnahme 2020	<u>9.500.000 €</u>	
Veränderung	- 2.079.000 €	
Restschuld am 31.12.2020		132.457.000 €

Zu 6. Entwicklung des Gesellschafterdarlehens für das Technische Rathaus

Nach der Fertigstellung wurde das Technische Rathaus an den ISB übertragen. Gleichzeitig gewährte die Stadt Bielefeld dem ISB ein Gesellschafterdarlehen in Höhe von 26.000.000 €. Dieses Darlehen entwickelt sich wie folgt:

Restschuld am 31.12.2019		17.568.000 €
./. Tilgung 2020	1.405.000 €	
Restschuld am 31.12.2020		16.163.000 €

Zu 7. Entwicklung von Förderdarlehen der NRW. Bank für SOLION-Bauten

Nach der Fertigstellung wurden die SOLION-Bauten an den ISB übertragen. Gleichzeitig wurden die Förderdarlehen der NRW.Bank, die für die Finanzierung der SOLION-Bauten gewährt wurden, an den ISB übertragen. Diese Darlehen entwickeln sich wie folgt:

Restschuld am 31.12.2019		5.117.000 €
./. Tilgung 2020	106.000 €	
Restschuld am 31.12.2020		5.011.000 €

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan 2020 des ISB
--

Zu 8. Auflösung von Sonderposten aus Zuschüssen

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse wird entsprechend der gesetzlichen Regelungen ertragswirksam aufgelöst. Durch diese Auflösung erhöht sich der Jahresgewinn, ohne dass sich die Liquidität verändert. Deshalb ist der Auflösungsbetrag im Vermögensplan unter der Position Mittelverwendung auszuweisen.

Zu 11. Auflösung von langfristigen Rückstellungen

In 2020 werden langfristige Rückstellungen in Höhe von 1.100.000 € aufgelöst. Hierbei handelt es sich überwiegend um Zahlungen an Pensionsempfänger.

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan 2020 des ISB

III. Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung

Gemäß § 18 Eigenbetriebsverordnung ist eine fünfjährige Ergebnis- und Finanzplanung in den Wirtschaftsplan einzubeziehen. Dabei stellt die Mittelfristige Ergebnisplanung die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen des Erfolgsplans und die Mittelfristige Finanzplanung die Entwicklung der Auszahlungen und Deckungsmittel des Vermögensplans dar.

Die Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung umfasst einen Planungszeitraum von fünf Jahren, beginnend mit dem laufenden Wirtschaftsjahr (§ 84 GO). Das zweite Jahr ist das eigentliche Plan Wirtschaftsjahr. Die drei weiteren Jahre sind die über das zu planende Wirtschaftsjahr hinausgehenden Planjahre. Die Mittelfristige Ergebnisplanung ist analog zum Erfolgsplan, die Finanzplanung ist in Anlehnung an den Vermögensplan gegliedert. Bei den angegebenen Werten handelt es sich um derzeitige Einschätzungen der Entwicklung, die von Jahr zu Jahr zu konkretisieren und fortzuschreiben sind.

Die Mittelfristige Ergebnisplanung basiert auf folgenden Annahmen:

- Die Mieteinnahmen von externen Nutzern wurden unter Berücksichtigung von vertraglich vereinbarten Mieterhöhungen sowie Mietminderungen aufgrund von geplanten Anlagenverkäufen bzw. der Aufgabe von Objekten geplant.
- Die Entwicklung der Mietzahlungen aus dem städtischen Bereich kann nur vorbehaltlich der Entwicklung der Finanzen der Stadt Bielefeld prognostiziert werden. Berücksichtigt wurden die Erlösschmälerungen bzw. Mietminderungen, die sich aus den HSK-Maßnahmen anderer Ämter ergeben sowie die Mieten aus Neubauten des Vorjahres.
- Die Mieterträge sowie die Abschreibungen für die temporären Flüchtlingsunterkünfte (Containerbauten) fallen ab 2020 nicht mehr an.
- Für die Mieten von den eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen wurden keine Erhöhungen des Ansatzes vorgenommen.
- Die Nebenkosten werden mit den Nutzern abgerechnet, diese Erlösposition korrespondiert daher grundsätzlich in entsprechender Höhe mit den Aufwendungen.
- Bei den Aufwendungen für Instandhaltung wird der erwartete Bedarf für die ereignisgesteuerte Instandhaltung abgebildet.
- Die Aufwendungen für planbare Instandhaltungsmaßnahmen wurden für das Jahr 2020 maßnahmenscharf angesetzt und beruhen für die Folgejahre auf der Annahme der Weiterführung der Instandhaltungsaufgaben des ISB.
- Die Schulbausanierung wird 2020 mit einem Budget in Höhe von 265.000 € weitergeführt. Der Planansatz ab 2021 wurde noch nicht konkretisiert. Den Aufwendungen stehen entsprechend hohe Zuschüsse gegenüber.
- Der Beitrag des ISB zur Haushaltskonsolidierung wird in der mittelfristigen Planung in Höhe von 3.445.000 € berücksichtigt.

Grundlagen der Mittelfristigen Finanzplanung:

- Den abgebildeten Zuschüssen stehen einzelne Maßnahmen gegenüber, mit deren Gewährung aus heutiger Sicht zu rechnen ist. Ob weitere Zuschüsse gewährt werden und in welcher Höhe, ist von den Maßnahmen und der Zuschussvergabepraxis des Bundes und des Landes NRW grundsätzlich abhängig.
- Die Modernisierungsmaßnahmen in städtischen Kindertageseinrichtungen werden durch den NKF-Haushalt in voller Höhe bezuschusst. Die Planansätze wurden entsprechend gebildet.
- Die Zuschüsse und Ausgaben für Maßnahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (KInvFG) sind in der mittelfristigen Finanzplanung in den Wirtschaftsjahren 2020 bis 2023 abgebildet. Die Ausgaben für Maßnahmen des KInvFG I wurden in den Jahren 2020-2021 mit einem Investitionsvolumen in Höhe von 10.011.000 € und des KInvFG II wurden in den Jahren 2020-2023 mit einem Investitionsvolumen in Höhe von 22.565.000 € vorgesehen.
- Die Tilgung von neuen Darlehen des ISB wurde mit 3,3 % pro Jahr angenommen.

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan 2020 des ISB

- Für die Wirtschaftsjahre 2020 und 2021 wird jeweils ein Jahresüberschuss in Höhe von 4.000.000 € und ab 2022 in Höhe von je 3.000.000 € erwartet. In der mittelfristigen Finanzplanung ist eine Zuführung zur Sonderrücklage für die Sanierung der Kunsthalle jährlich in Höhe von 1.000.000 € vorgesehen. Des Weiteren ist im Zuge des Jahresabschlusses im Folgejahr des Planjahres eine Gewinnabführung an den städtischen Haushalt vorgesehen, welche in den Jahren 2020 und 2021 in Höhe von 3.000.000 € und ab 2022 in Höhe von 2.000.000 € geplant ist.

IV. Stellenübersicht

Die Stellenübersicht wurde mit dem Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen abgestimmt. Die Anzahl der Stellen beträgt unverändert 553,4 Stellen.

Die vorliegende PDF-Datei haben wir auf Wunsch unseres Mandanten erstellt.

Wir weisen darauf hin, dass maßgeblich für unsere Berichterstattung über die Jahresabschlussprüfung ausschließlich unser Prüfungsbericht in der unterzeichneten Originalfassung ist. Da nur der gebundene und von uns unterzeichnete Bericht das berufsrechtlich verbindliche Ergebnis unserer Prüfung darstellt, können wir für die inhaltliche Richtigkeit und Vollständigkeit der Ihnen als PDF-Datei überlassenen Berichtsversion keine Haftung übernehmen.

Hinsichtlich der Weitergabe an Dritte weisen wir darauf hin, dass sich unsere Verantwortlichkeit - auch gegenüber Dritten - allein nach den Auftragsbedingungen im Bericht (AAB vom 1. Januar 2017) richtet.

Diese Datei ist für den beidseitigen Ausdruck optimiert.

Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld Bielefeld

Jahresabschluss
zum 31. Juli 2018
Lagebericht
für das Geschäftsjahr vom 1. August 2017 bis 31. Juli 2018
und Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Rödl & Partner GmbH

**Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft**

Kranhaus 1
Im Zollhafen 18
D-50678 Köln
Telefon +49 (2 21) 94 99 09-0
Telefax +49 (2 21) 94 99 09-900
E-Mail koeln@roedl.com
Internet www.roedl.de

Inhaltsverzeichnis

**LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR VOM
1. AUGUST 2017 BIS 31. JULI 2018**

BILANZ ZUM 31. JULI 2018

**GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DAS
GESCHÄFTSJAHR VOM 1. AUGUST 2017 BIS 31. JULI 2018**

**ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR
VOM 1. AUGUST 2017 BIS 31. JULI 2018**

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. August 2017 bis 31. Juli 2018



Lagebericht
für das Wirtschaftsjahr vom 01. August 2017 bis zum 31. Juli 2018
der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung
Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld

I. Rahmenbedingungen

1. Gegenstand und öffentlicher Zweck

Die Städtischen Bühnen und das Philharmonische Orchester der Stadt Bielefeld werden gemäß Ratsbeschluss vom 26. September 1996 als eigenbetriebsähnliche Einrichtung im Sinne des § 107 Abs. 2 der Gemeindeordnung Nordrhein Westfalen (GO NRW) geführt.

Die Betriebssatzung der Städtischen Bühnen und des Philharmonischen Orchesters wurde zum 01.01.2018 neu gefasst. Dabei wurden sowohl die Auswirkungen der Verlagerung der Zuständigkeit für den Geschäftsbetrieb der Rudolf-Oetker-Halle als auch die beiden bisherigen Satzungen über den Gemeinnützigkeitsstatus der Rudolf-Oetker-Halle sowie der Bühnen und Orchester aufgenommen.

Gegenstand und Zweck der Einrichtung ist auch nach der Neufassung weiterhin die Pflege und Förderung des kulturellen Lebens. Der Satzungszweck wird nunmehr insbesondere verwirklicht durch Theateraufführungen und Konzertveranstaltungen auf den Bühnen der Hauptspielstätten Stadttheater, Theater Am Alten Markt und Rudolf-Oetker-Halle und den Betrieb dieser Spielstätten sowie alle weiteren den Betriebszweck fördernden Tätigkeiten.

Hiermit erfüllt die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Bühnen und Orchester die gemeindefinanziellen Anforderungen an die öffentliche Zwecksetzung.

2. Festlegung des jährlichen Leistungsentgelts durch Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen

Die aktuelle Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung zwischen der Verwaltungsleitung und der Betriebsleitung Bühnen und Orchester umfasst eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2021 und legt ab dem Haushaltsjahr 2018 die Kürzung des Leistungsentgeltes um 600 T€ gegen-

über der bisherigen Basis von 19,8 Mio. € als Beitrag zur Konsolidierung der städtischen Haushalts fest. Das Leistungsentgelt beläuft sich für das Haushaltsjahr 2018 auf 19.702.685 €, lt. Haushaltsplan 2018 ohne Rudolf-Oetker Halle.

Diese Kürzung ist durch Erlössteigerungen an anderer Stelle sowie durch Kosteneinsparungen außerhalb der unmittelbar künstlerisch relevanten Bereiche der Bühnen und Orchester zu kompensieren.

Aufgrund der Verlagerung der Zuständigkeit für die Geschäftsführung der Rudolf-Oetker-Halle ab dem 1. Januar 2018 vom Kulturred der Stadt Bielefeld zu Bühnen und Orchester ist eine gesonderte Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung für den Betrieb der Rudolf-Oetker-Halle abgeschlossen worden. Die am 18.12.2017 unterzeichnete Vereinbarung hat eine Laufzeit bis 2021, beginnend mit einem Leistungsentgelt von 1.145.000 € für 2018 inklusive eines Zuschusses für investive Zwecke in Höhe von 47.000 €.

Es ist beabsichtigt, ab dem Jahr 2022 die beiden Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen zusammenzuführen.

II. Geschäftsverlauf einschließlich Jahresergebnis

1. Quintessenz der Sparten

Die positive Resonanz auf die künstlerische Arbeit der Bühnen und Orchester spiegelt sich zum einen in Preisen und Auszeichnungen, aber auch in der Wahrnehmung und Wertschätzung besonderer Produktionen sowie sparten- und grenzüberschreitender Projekte wider. Seitens der Kulturstiftung des Bundes wurde das Doppelpass-Projekt „STOFF“ gefördert. Es entstanden drei interdisziplinäre Uraufführungen, die auf Recherchen von Deutschland über Argentinien bis nach Vietnam basierten. Ein weiteres Großprojekt war der Tanzabend „past forward“. Mit finanzieller Unterstützung des Tanzfonds Erbe wagte sich das Tanzensemble an die Rekonstruktion eines Stücks Tanzgeschichte. Ausgehend von Gerhard Bohners 1990 uraufgeführtem Werk „Angst und Geometrie“ wurden drei weitere Stücke entwickelt, die einen Bezug in die Gegenwart des zeitgenössischen Tanzes herstellten.

Für ihre Inszenierung der Oper „Charlotte Salomon“ wurde Mizgin Bilmen mit dem Götze-Friedrich-Preis ausgezeichnet. Außerdem hat Paul-Georg Dittrich in einer begeisternden Inszenierung „Otello“ zur Premiere im Bielefelder Stadttheater gebracht.

Die Philharmoniker bauten ihren Besucherzuspruch bei ihren Konzerten weiter aus, ebenso bei diversen Open-Air- sowie Gastkonzerten in Bielefeld und anderen Städten.

2. Wirtschaftsplan und Ausführung

Der Wirtschaftsplan 2017/2018 wurde vom Rat der Stadt Bielefeld nach empfehlenden Beschlüssen des Betriebsausschusses und des Finanz- und Personalausschusses am 23.03.2017 festgestellt.

Aufgrund der Verlagerung der Zuständigkeit für den Geschäftsbetrieb der Rudolf-Oetker-Halle wurde zum 1. Januar 2018 das Inventar der Rudolf-Oetker-Halle den Bühnen und Orchester mit einem Buchwert von 40.912,21 € unentgeltlich übertragen und bildet den Anfangsbestand der „Veranstaltungsrücklage Rudolf-Oetker-Halle“. Aufgrund der verwaltungs-internen Abstimmung und politischen Beschlusslage werden die Aufwendungen und Erträge des Konzerthauses Rudolf-Oetker-Halle buchhalterisch in einer separaten Spartenrechnung dargestellt, um die wirtschaftliche Entwicklung des Geschäftsbetriebes der Rudolf-Oetker-Halle gesondert nachvollziehen zu können.

Des Weiteren wurde aufgrund dieses neuen Geschäftsfeldes ein Nachtragwirtschaftsplan aufgestellt, der am 14.12.2017 vom Rat der Stadt Bielefeld festgestellt wurde. Der Erfolgsplan des Nachtragwirtschaftsplanes weist einen Gesamtjahresverlust in Höhe von rd. 132 T€ aus, das Wirtschaftsjahr 2017/2018 schließt mit einem Gesamtjahresverlust von 15.136,12 € ab.

Das Jahresergebnis ist nach den Regelungen der Betriebssatzung und der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen durch Beschluss des Rates der Stadt Bielefeld mit der Rücklage zu verrechnen. Bei entsprechender Beschlussfassung würden die Veranstaltungsrücklagen „Bühnen und Orchester“ und „Rudolf-Oetker-Halle“ und die betriebliche Rücklage dann mit insgesamt 2.845 T€ dotieren.

	Anfangsbestand vor Ergebnisverwendung	Zuführung	Entnahme	Endbestand nach Ergebnisverwendung
	€	€	€	€
Rücklage gem. § 18 Betriebssatzung	121.509,75	0,00	0,00	121.509,75
Veranstaltungsrücklage „Bühnen und Orchester“	2.698.153,53	-63.464,21	0,00	2.634.689,32
Veranstaltungsrücklage „Rudolf-Oetker-Halle“	40.912,21	48.328,09	0,00	89.240,30
Jahresfehlbetrag	-15.136,12		15.136,12	0,00
	2.845.439,37	-15.136,12	15.136,12	2.845.439,37

3. Ertragslage

a) Besucherzahlen und Auslastungsquote

Die Einnahmen aus Spielbetrieb wurde auf Basis einer Besucherzahl im Wirtschaftsjahr 2017/2018 von 195.000 geplant. Erreicht werden konnte eine Besucherzahl von 181.313. Dazu kommen rd. 50.000 BesucherInnen bzw. TeilnehmerInnen bei Gastveranstaltungen, Vermittlungsangeboten und Veranstaltungen mit freiem Eintritt.

Die durchschnittlichen Auslastungsquoten stellen sich für die einzelnen Spielstätten wie folgt dar:

	<u>2017/2018</u>	<u>Vorjahr</u>
Stadttheater Hauptbühne	71,8 %	78,0%
Stadttheater Loft	70,2%	70,0%
TAM	86,4%	86,8%
TAM ^{Zwei}	91,6%	88,7%
TAM ^{Drei}	85,2%	70,4%
Theaterlabor (gemietete Spielstätte für Tanzproduktionen)	71,6%	51,0%
Rudolf-Oetker-Halle Großer Saal (Konzerte der Philharmoniker)	63,8%	58,8%

b) Entwicklung der wesentlichen Positionen der Geschäftstätigkeit im Vergleich zu den Planwerten 17/18 und zum Vorjahr

Umsatzerlöse	24.347	24.401	23.569	54	832
Bestandsveränderungen	0	32	-19	32	51
Sonstige betriebl. Erträge	1.454	1.737	1.765	283	-28
Betriebsleistung	25.801	26.170	25.315	369	855
Materialaufwand	2.384	2.644	2.580	-260	-64
Personalaufwand	19.176	19.002	18.223	174	-779
Abschreibungen	260	312	285	-52	-27
Betriebsaufwand	2.870	2.890	2.596	-20	-294
Geschäftsaufwand	1.239	1.334	1.254	-95	-80
Aufwendungen für die Betriebsleistung	25.929	26.182	24.938	-253	-1.244
Betriebsergebnis	-128	-12	377	116	-389
Zinsergebnis	-2	-1	-2	1	1
sonstiger Steueraufwand	2	2	2	0	0
Jahresergebnis	-132	-15	373	117	-388

Betriebsleistung

Die Umsatzerlöse erhöhten sich gegenüber der Planung geringfügig um rd. 54 T€. Die in den Umsatzerlösen enthaltenen Einnahmen aus Spielbetrieb blieben leicht hinter den Erwartungen zurück. Die sonstigen Umsatzerlöse konnten dies ausgleichen.

Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen sind für das gegenüber der Planung positive Ergebnis höhere nicht planbare Drittmittel, vor allem privater Förderer, und die über der Planung liegenden periodenfremden Erträge maßgeblich.

Materialaufwand / bezogene Leistungen

Die Veränderungen im Materialaufwand resultieren vor allem aus höheren Ausstattungskosten bzw. höheren bezogenen Leistungen für durch Drittmittel geförderte Produktionen sowie aus Mehraufwand für Krankheitsvertretungen für fest angestelltes Personal zur Aufrechterhaltung des Spielbetriebs.

Personalaufwand

Der Ansatz des Wirtschaftsplanes von 19.176 T€ für Personalaufwendungen wurde um 174 T€ unterschritten. Gründe dafür sind neben Vakanzen der Wegfall der Lohnfortzahlung bei Langzeiterkrankten, während sich der Einsatz von Krankheitsvertretungen in den Aufwendungen für bezogene Leistungen widerspiegelt.

Die Aufwendungen für das festangestellte Personal in den Tarifbereichen TVöD, TVK und NV Bühne betragen im Wirtschaftsjahr insgesamt 19.002 T€ und liegen damit bedingt durch die Tarifsteigerungen (ab 1.3.18 durchschnittlich 3,19 % zuzüglich Einmalzahlungen für die unteren Gehaltsstufen i.H.v. 250,00 €) und die Übernahme der Personalaufwendungen für die Beschäftigten der Rudolf-Oetker-Halle ab dem 01. Januar 2018 um rd. 779 T€ über dem Vorjahresergebnis.

Die nach § 24 Abs. 2 Nr. 6 EigVO NRW notwendigen Angaben zur Personalentwicklung sind im Anhang dargestellt.

Sonstige betriebliche Aufwendungen (Betriebs- und Geschäftsaufwand)

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit 4.224 T€ um 374 T€ über dem Vorjahreswert, der Planansatz von 4.109 T€ wurde um 115 T€ überschritten. Dies resultiert im Besonderen aus höheren Ausstattungskosten, vor allem für geförderte Produktionen.

c) Eigenfinanzierungsquote

Im Wirtschaftsjahr 2017/2018 betrug die Eigenfinanzierungsquote der Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld auf dieser Berechnungsbasis 17,3 %.

4. Vermögens- und Finanzlage

Bei der Aufstellung des Vermögensplanes wurde ein Investitionsvolumen von 265 T€ veranschlagt. Als Zugänge aktiviert wurden rd. 303 T€.

Während des Wirtschaftsjahres deckte der Betrieb seinen laufenden Liquiditätsbedarf aus den eigenen Umsatzerlösen, dem Leistungsentgelt der Stadt Bielefeld und weiteren betrieblichen Erträgen. Der Betrieb war jederzeit in der Lage seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Die Investitionen wurden vollständig über die Abschreibungen finanziert.

Das Eigenkapital in Höhe von 2.870 T€ besteht aus dem Satzungskapital, den Rücklagen und dem Jahresergebnis. Bezogen auf die Bilanzsumme von rd. 5.536 T€ beträgt die Eigenkapitalquote 51,8 %.

III. Risiken- und Chancenbericht

1. Risiken der geschäftlichen Entwicklung und aktuelle Einschätzung

Mit 616 Veranstaltungen im Theater- und Konzertbereich wurde der Bevölkerung Bielefelds und der Region ein vielfältiges und attraktives Kulturangebot unterbreitet. Ob und inwieweit dieses Kulturangebot jedes Jahr aufs Neue angenommen wird und damit auch die geplanten Umsatzerlöse erreicht werden können, ist von diversen Faktoren abhängig. Diese sind nur teilweise beeinflussbar. Die geplanten Umsätze beruhen daher im Wesentlichen auf den Erfahrungswerten hinsichtlich der Akzeptanz des Publikums und der Disposition und Auslastung der Produktionen vergangener Spielzeiten.

2. Chancen der zukünftigen Entwicklung, Ausblick

Wirtschaftsplan 2018/2019

Der Rat der Stadt Bielefeld hat in seiner Sitzung am 26. April 2018 den Wirtschaftsplan 2018/2019 beschlossen, es wird ein Jahresverlust von 396 T€ erwartet.

Für die Spielzeit 2018/2019 werden im Theater- und Konzertbereich rd. 198.000 Besucher bei 525 Veranstaltungen (zzgl. Vorstellungen wie theaterpädagogische Projekte, Gastspiele, Loft-Produktionen) als Basis für die Einnahmen aus Spielbetrieb veranschlagt.

Entgeltordnung 2019/2020

Ab der Spielzeit 2019/2020 ist eine Neufassung der Entgeltordnung der Bühnen und Orchester geplant, in die eine umfassende Analyse einer Publikumsbefragung in der aktuellen Spielzeit zu den Anforderungen bei der Platzwahl für die Spielstätten in den drei Häusern der Bühnen und Orchester einfließen soll. Die Einteilung der Entgeltkategorien der einzelnen Spielstätten soll auf dieser Basis angepasst werden. Eine Anpassung dieser Entgelte wird außerdem vor dem Hintergrund der Erzielung eines Konsolidierungsbeitrages erforderlich sein.

Landesförderung

Die Ausgestaltung der zukünftigen Landesförderung wird in der kurzfristig abzuschließenden Fördervereinbarung zwischen der Stadt Bielefeld und dem Land Nordrhein-Westfalen geregelt. Gemeinsame Zielsetzung soll es sein, durch klare finanzielle Rahmenbedingungen Planungssicherheit für Bühnen und Orchester zu schaffen. Die Fördervereinbarung wird für die Spielzeiten 2018/2019 bis 2022/2023 mit der Absicht der Verlängerung abgeschlossen.

Für Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld € stellt sich die Basisförderung wie folgt dar:

Jahr	<u>Theater</u>	<u>Orchester</u>
	€	€
2018	1.045.060	205.534
2019	1.171.926	241.716
2020	1.298.791	277.899
2021	1.425.657	314.081
2022	1.552.523	350.263

Neben der Basisförderung stellt das NRW-Ministerium für Kultur und Wissenschaft von 2019 bis 2022 Mittel zur Profildförderung der kommunalen Theater und Orchester zur Verfügung. Unter dem Titel „Neue Wege“ stehen Mittel für Entwicklungen, Initiativen und Projekte zur Verfügung, die Spielräume für nachhaltige künstlerische Qualität schaffen sollen. Dabei werde sowohl die Stärkung und Ausbildung besonderer Profile, von künstlerischer Qualität und künstlerischen, organisatorischen, strukturellen oder experimentellen Impulsen unterstützt.

Diese zusätzliche Förderung beträgt 2019 NRW-weit 2,5 Mio. € und steigt bis 2022 jährlich um weitere 2,5 Mio. € auf 10 Mio. €. Angestrebt wird die Förderung größerer Projekte ab 125 T€ zuwendungsfähiger Gesamtausgaben für den gesamten Förderzeitraum. Die Förderung setzt eine Eigenbeteiligung von mindestens 20% voraus.

Beantragte Fördermittel

Die Betriebsleitung hat bei der Kulturstiftung des Bundes die Förderung des Vorhabens „360 Grad –Stadttheater und Stadtgesellschaft“ beantragt. Zielsetzung ist es, im Zeitraum vom 01. Mai 2019 bis zum 30. April 2023 Gesamtprojektmittel von 300 T€ zur Verfügung gestellt zu bekommen. Darüber hinaus sind Eigenmittel im Projektzeitraum von 50 T€ zur Verfügung zu stellen.

Durch die 360 Grad Förderung soll durch eine sog. Agentin bzw. Agenten eine Gesamtstrategie Diversifikation die bisherige projektorientierte Arbeitsweise hierzu ablösen. Ziel soll es außerdem sein, sowohl im künstlerischen wie im organisatorisch-administrativen Bereich inklusiv und divers zu konzipieren, zu besetzen und zu entscheiden. Dafür wird befristet im Förderzeitraum diese Agentin bzw. der Agent mit entsprechender Erfahrung und Qualifikation diesen Prozess steuern und mit der Betriebsleitung eng zusammenarbeiten.

Spielzeitauftakt 2018/2019

Der Spielzeitauftakt 2018 /2019 fand am 07. / 8. September erstmals in der Rudolf-Oetker-Halle statt. Am 7. September fand unter dem Motto „Der Auftakt. Gala zum Neubeginn in der Rudolf-Oetker-Halle“ die Neueröffnung der Rudolf-Oetker-Halle statt. Prominente MusikerInnen, Mitglieder aus allen Ensembles des Theaters und die Bielefelder Philharmoniker boten den Gästen der Gala ein einmaliges Programm.

Das traditionelle Fest für die ganze Familie zum Spielzeitbeginn fand ebenfalls in und um die Rudolf-Oetker-Halle statt. Aktionen aus Gesang, Tanz und Spiel, eine Kostümversteigerung und Workshops standen auf dem Programm. Außerdem wurde nach einem Live-Radiokonzert der Bielefelder Philharmoniker in Zusammenarbeit mit dem WDR 3 direkt aus der Royal Albert Hall in London die „Last Night of the Proms“ übertragen.

Dieser Spielzeitauftakt 2018/2019 fand bei den Bielefeldern und in der Region großen Anklang.

Umgestaltung Foyer Rudolf-Oetker-Halle

Zum Spielzeitauftakt 2018/2019 wurde das neu gestaltete Foyer der Öffentlichkeit präsentiert. Hier wurde ein weiterer Veranstaltungsort in der Rudolf-Oetker-Halle geschaffen und durch den Einbau einer Theke eine zusätzliche gastronomische Einrichtung geschaffen, die für eine Aufenthaltsqualität sorgt, die den Ansprüchen an ein zeitgemäßes Konzerthaus gerecht wird.

3. Zuverlässigkeit des Unternehmensinternen Planungssystems sowie der zugrunde gelegten Daten und Annahmen / Risikomanagement

Das Risikomanagementsystem wurde von der Betriebsleitung dokumentiert.

Die laufende Kontrolle der Einhaltung des Wirtschaftsplanes ist auf Basis des vorhandenen Planungssystems sowie der zugrunde gelegten Daten jederzeit verlässlich möglich. Die Risiken des Theater- und Orchesterbetriebes ergeben sich im Wesentlichen aus dem pünktlichen und uneingeschränkten Vorstellungsbetrieb. Neben der positiven Besucherresonanz ist dies ein weiteres wichtiges Qualitätsmerkmal im Wettbewerb der Kulturlandschaft.

Die Risiken für den Vorstellungsbetrieb liegen insbesondere im Personal- und technischen Bereich. Das Risikomanagement im technischen Bereich erfolgt durch die regelmäßige Wartung der hochkomplexen Anlagen, durch die Redundanz von Betriebssystemen und das Vorhalten wichtiger Ersatzteile, die nicht kurzfristig am Markt vorrätig sind.

Die Prüfung der ortsveränderlichen bzw. ortsfesten elektrischen Betriebsmittel erfolgt regelmäßig.

Die vollständige Risikovorsorge im Personalbereich wäre nur durch Doppelbesetzung von Hauptrollen und/oder das Vorhalten von jederzeit verfügbaren Erkrankungsaushilfen möglich. Das ist schon aufgrund der finanziellen Rahmenbedingungen nicht umsetzbar und wäre auch unverhältnismäßig. Dementsprechend wird auf Personalausfälle situationsbezogen reagiert.

Unabhängig davon wurden im Personalbereich vorsorgende bzw. nachsorgende Maßnahmen teilweise in Zusammenarbeit mit Organisationseinheiten der Stadt Bielefeld ergriffen. Darüber hinaus wurden in dieser Spielzeit in Zusammenarbeit mit der Antikorruptionsstelle der Stadt Bielefeld Informationsveranstaltungen für die festangestellten Beschäftigten der Bühnen und Orchester durchgeführt.

Die Risiken aus der Unterhaltung der genutzten Gebäude beschränken sich für das Stadttheatergebäude auf den im Pachtvertrag mit der Theaterstiftung vereinbarten Eigenanteil für Kleinreparaturen von insgesamt 20 T€ zzgl. Umsatzsteuer.

IV. Angabe zu den Feststellungen der Prüfung nach § 53 HGrG für 2017/2018

Der mit der Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2017/2018 beauftragte Abschlussprüfer hat seine Prüfung auftragsgemäß um die Prüfung nach § 53 HGrG erweitert und die wesentlichen Feststellungen in seinem Prüfungsbericht

dargestellt. Es ergaben sich keine Feststellungen, aus denen sich für die Betriebsleitung Handlungsbedarf ergeben hätte.

1. Öffentliche Förderung

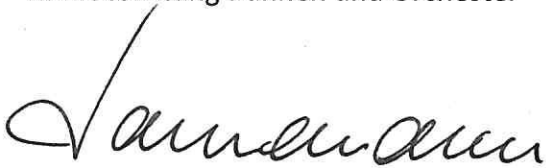
Für den laufenden Betrieb wurden im Wirtschaftsjahr von der Stadt Bielefeld aufgrund der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen und vom Land Nordrhein Westfalen aufgrund der Bewilligungsbescheide projektunabhängige Betriebskostenzuschüsse in Höhe von insgesamt 21.591 T€ gezahlt.

Gemäß Artikel 107 Abs. 1 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) sind staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen gleich welcher Art, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, mit dem Binnenmarkt unvereinbar, soweit sie den Handel zwischen den Mitgliedstaaten beeinträchtigen.

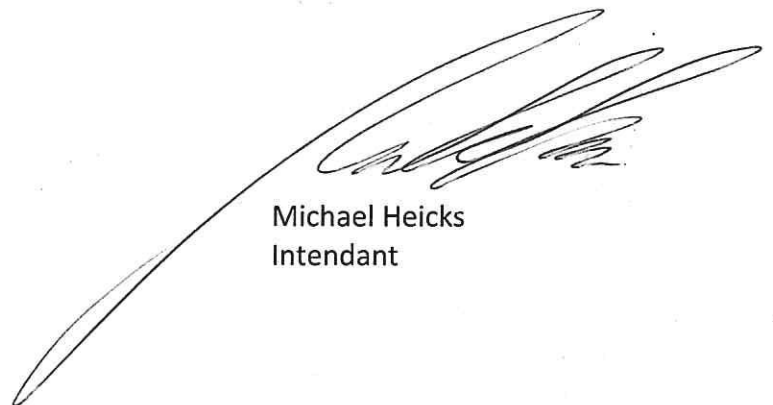
Das Leistungsentgelt für den Betrieb ist als Beihilfe für Kultur im Sinne von Art. 53 Abs. 2 lit. a der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGFVO) zu klassifizieren und damit grundsätzlich vom Beihilfenverbot freigestellt. Zur Sicherstellung der Begrenzung der Betriebsbeihilfe erfolgt eine Vorabkalkulation im Wege der jährlichen Aufstellung der Wirtschaftspläne.

Bielefeld, den 01. März 2019

Betriebsleitung Bühnen und Orchester



Ilona Hannemann
Verwaltungsdirektorin



Michael Heicks
Intendant

Bilanz zum 31. Juli 2018

Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld, Bielefeld
Bilanz zum 31. Juli 2018

A K T I V S E I T E

	31.7.2018		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			
	43.091,00		59.734,00
		43.091,00	59.734,00
II. Sachanlagen			
1. Technische Anlagen und Maschinen	263.604,00		340.389,00
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	438.172,00		451.881,00
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	97.820,25		0,00
		799.596,25	792.270,00
		842.687,25	852.004,00
B. UMLAUFVERMÖGEN			
I. Vorräte			
1. Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	68.197,67		36.341,15
2. Geleistete Anzahlungen	0,00		2.500,00
		68.197,67	38.841,15
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	130.410,45		102.059,56
2. Forderungen gegen die Stadt Bielefeld	3.270.523,10		3.149.559,87
3. Sonstige Vermögensgegenstände	726.022,34		647.470,75
		4.126.955,89	3.899.090,18
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten			
		116.084,26	94.323,46
		4.311.237,82	4.032.254,79
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			
		382.435,80	231.268,67
		5.536.360,87	5.115.527,46

Anlage 11

PASSIVSEITE

	31.7.2018		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
A. EIGENKAPITAL			
I. Stammkapital		25.000,00	25.000,00
II. Kapitalrücklage		121.509,75	121.509,75
III. Gewinnrücklagen			
1. Veranstaltungsrücklage allgemein	2.698.153,53		2.325.203,86
2. Veranstaltungsrücklage Rudolf-Oetker-Halle	<u>40.912,21</u>		<u>0,00</u>
		2.739.065,74	2.325.203,86
IV. Jahresfehlbetrag/-überschuss		<u>(15.136,12)</u>	<u>372.949,67</u>
		<u>2.870.439,37</u>	<u>2.844.663,28</u>
B. SONDERPOSTEN FÜR INVESTITIONSZUSCHÜSSE		75.235,00	129.362,00
C. RÜCKSTELLUNGEN			
Sonstige Rückstellungen	<u>1.766.500,00</u>		<u>1.500.620,00</u>
		<u>1.766.500,00</u>	<u>1.500.620,00</u>
D. VERBINDLICHKEITEN			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	34.222,32		49.222,32
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	375.406,30		307.965,83
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	264.802,01		201.261,53
4. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>18.738,87</u>		<u>6.363,50</u>
		693.169,50	564.813,18
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		<u>131.017,00</u>	<u>76.069,00</u>
		5.536.360,87	5.115.527,46

**Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. August 2017 bis
31. Juli 2018**

Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld, Bielefeld
Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr vom 1. August 2017 bis 31. Juli 2018

	2017/18		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		24.401.052,75	23.569.412,31
2. Erhöhung/Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		31.956,52	(18.969,90)
3. Sonstige betriebliche Erträge		1.737.172,80	1.764.937,64
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	(627.460,91)		(579.573,55)
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	(2.016.563,45)		(2.000.396,22)
		(2.644.024,36)	(2.579.969,77)
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	(15.198.219,01)		(14.637.017,47)
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	(3.803.885,63)		(3.586.250,90)
- davon für Altersversorgung: EUR 881.195,40 (Vj.: EUR 805.844,06)			
		(19.002.104,64)	(18.223.268,37)
6. Abschreibungen			
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		(312.257,37)	(285.448,39)
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		(4.224.000,13)	(3.850.144,02)
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		191,38	15,75
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		(1.343,07)	(1.865,58)
10. Ergebnis nach Steuern		(13.356,12)	374.699,67
11. Sonstige Steuern		(1.780,00)	(1.750,00)
12. Jahresfehlbetrag/-überschuss		(15.136,12)	372.949,67

Anhang für das Geschäftsjahr vom 1. August 2017 bis 31. Juli 2018

Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld
Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr vom
01. August 2017 bis zum 31.07.2018

Anhang

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der Eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld, Bielefeld, zum 31.07.2018 wurde nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen und den Bestimmungen des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt.

Dabei wurden die entsprechenden Vorschriften des HGB zur Rechnungslegung für große Kapitalgesellschaften (§ 267 Abs. 3 HGB) angewandt. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren des § 275 Abs. 2 HGB gegliedert.

II. Angaben zur den Positionen von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung bezüglich Ausweis, Bilanzierung und Bewertung

A. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die von der Eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld (BuO) genutzten Gebäude sind von der Theaterstiftung Bielefeld für das Stadttheater (Brunnenstraße 3 – 9) und von der Eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Immobilienservicebetrieb der Stadt Bielefeld (ISB) für das Theater Am Alten Markt (TAM), für das Werkstatt- und Lagergebäude (Brunnenstraße 8) und für die Rudolf-Oetker-Halle gemietet.

Das Anlagevermögen ist mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Zugänge werden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten aktiviert. Auf das abnutzbare Anlagevermögen wurden die nach § 253 Abs. 2 HGB notwendigen Abschreibungen vorgenommen. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen grundsätzlich nach der linearen Methode. Abschreibungen auf Zugänge während des Wirtschaftsjahres wurden zeitanteilig angesetzt.

Geringwertige Wirtschaftsgüter werden gem. § 6 Abs. 2 EStG im Zugangsjahr in voller Höhe abgeschrieben.

Bei den unfertigen Leistungen handelt es sich um aktivierte Aufwendungen für Inszenierungen, die in der Folgespielzeit Premiere haben. Sie werden mit den Materialeinzelkosten und Fremdleistungskosten bewertet.

Geleistete Anzahlungen, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände, liquide Mittel und Rechnungsabgrenzungsposten sind grundsätzlich mit dem Nennwert bilanziert. Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag sind ggf. vorgenommen worden.

Das Eigenkapital ist mit dem Nennwert angesetzt.

Für Investitionszuschüsse Dritter – dazu gehören auch zweckgebundene Spenden – wurde ein Sonderposten gebildet, der entsprechend der Abschreibung für das jeweilige Wirtschaftsgut ertragswirksam aufgelöst wird.

Für alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten wurden Rückstellungen in dem Umfang gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Aufgrund der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung mit der Stadt Bielefeld vom 01.03.2016 sind die Rückstellungen für Altersteilzeit, Pensionen und Beihilfen im Abschluss des kommunalen Haushalts abgebildet.

Die Verbindlichkeiten wurden mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt.

B. Angaben zur Bilanz

Die Entwicklung des Anlagenvermögens ist im Anlagennachweis dargestellt.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind mit 4.127 T€ innerhalb eines Jahres fällig. Die Forderungen an die Stadt Bielefeld betreffen überwiegend der Stadt Bielefeld im Rahmen des städtischen Finanzmanagements zur Verfügung gestellte freie Liquidität. Die Verzinsung orientiert sich an dem von der Stadt am Kapitalmarkt erzielbaren Zinserträgen für kurzfristige Geldanlagen. Im Geschäftsjahr 2017/2018 wurden keine Guthabenzinsen gezahlt. Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten im Wesentlichen mit 567 T€ Forderungen aus Zuwendungen des Landes NRW zu den Betriebskosten kommunaler Orchester sowie 145 T€ Förderung aus Mitteln der Hanns-Bisegger-Stiftung.

Das Stammkapital ist voll eingezahlt und beträgt unverändert 25.000 €.

Die Veranstaltungsrücklage wird aus Jahresüberschüssen dotiert und soll der späteren Mitfinanzierung von Veranstaltungen dienen.

Der Eigenkapitalspiegel stellt sich wie folgt dar:

	Anfangsbestand 01.08.2017	Zuführung	Entnahme	Endbestand 31.07.2018
	€	€	€	€
Stammkapital	25.000,00	0,00	0,00	25.000,00
Rücklage gem. § 14 Betriebssatzung	121.509,75	0,00	0,00	121.509,75
Veranstaltungsrücklage	2.325.203,86	372.949,67	0,00	2.698.153,53
Veranstaltungsrücklage ROH	0,00	40.912,21	0,00	40.912,21
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	372.949,67	-15.136,12	372.949,67	-15.136,12
	2.844.663,28	398.725,76	372.949,67	2.870.439,37

Der Jahresüberschuss 2016/2017 in Höhe von 372.949,67 € wurde gemäß Beschluss des Rates der Stadt Bielefeld vom 07.06.2018 in voller Höhe in die Veranstaltungsrücklage eingestellt.

Die Entwicklung der Rückstellungen ist nachstehend dargestellt:

	Stand 01.08.2017	Inanspruch- nahme	Auflösung	Zuführung	Stand 31.07.2018
	€	€	€	€	€
Prüfungs- u. Beratungskosten	24.020,00	20.876,87	23,13	20.580,00	23.700,00
Offenlegung	2.000,00	788,75	211,25	1.000,00	2.000,00
Interne Jahresabschlusskosten	9.000,00	0,00	0,00	0,00	9.000,00
Archivierungskosten	65.000,00	0,00	0,00	0,00	65.000,00
GEMA - Gebühren	30.000,00	27.312,89	2.687,11	25.000,00	25.000,00
Ausstehende Rechnungen und sonstige Rückstellungen	161.200,00	38.288,50	122.911,50	226.000,00	226.000,00
Instandhaltungen	180.000,00	161.155,13	18.844,87	139.000,00	139.000,00
Miete und Nebenkosten ISB	5.000,00	0,00	0,00	0,00	5.000,00
Abfindung	0,00	0,00	0,00	46.000,00	46.000,00
Weihnachtsgeld/ SLB	320.400,00	320.400,00	0,00	373.800,00	373.800,00
Tarifliche Zulagen / Leistungsprämien / Überstunden/ Urlaub	704.000,00	704.000,00	0,00	852.000,00	852.000,00
	1.500.620,00	1.272.822,14	144.677,86	1.683.380,00	1.766.500,00

Bei den Verbindlichkeiten bestehen folgende Restlaufzeiten:

	Gesamtbe- trag €	Restlaufzeit 31.07.2018			Restlaufzeit 31.07.2017
		bis 1 Jahr €	über 1 Jahr €	über 5 Jahre €	bis 1 Jahr €
Verbindlichkeiten ge- genüber Kreditinstituten	34.222,32	15.000,00	19.222,32	0,00	15.000,00
erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	375.406,30	375.406,30	0,00	0,00	307.965,83
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leis- tungen	264.802,01	264.802,01	0,00	0,00	201.261,53
sonstige Verbindlichkei- ten	18.738,87	18.738,87	0,00	0,00	6.363,50
-davon aus Steuern	0,00	0,00	0,00	0,00	1.558,77
-davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	693.169,50	673.947,18	19.222,32	0,00	530.590,86

C. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse und damit einhergehend die Besucherzahlen haben sich wie folgt entwickelt:

	2017/2018 €	2016/2017 €
Leistungsentgelt Stadt Bielefeld B&O	19.901.178,82	19.854.685,91
Leistungsentgelt Stadt Bielefeld ROH	686.500,00	0,00
Einnahmen aus Spielbetrieb	3.217.950,22	3.258.186,00
Ballettschule	109.242,00	108.472,00
Gastspiele	70.100,00	95.885,40
Kostenerstattung Stadt Bielefeld	118.222,00	80.515,00
Werbemaßnahmen	63.202,00	70.703,78
Garderobengebühren	30.409,72	0,00
Verkauf Programmhefte	34.235,80	35.629,80
Jugendclub	20.376,00	26.737,48
Erlöse aus Vermietung und Verpachtung	130.065,93	21.815,84
Erlöse aus Verkauf Ausstattung	12.262,26	9.733,10
JunOs	7.308,00	7.048,00
Erlöse gesamt	24.401.052,75	23.569.412,31

	2017/2018 Anzahl	2016/2017 Anzahl	2015/2016 Anzahl
Besucher	181.313	185.584	200.284

Die sonstigen betrieblichen Erträge (1.737 T€) betreffen im Wesentlichen mit 1.012 T€ die Zuwendungen des Landes NRW und mit 258 T€ Zuschüsse Dritter, die überwiegend projektbezogen sind. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse sind in Höhe von 54 T€ und aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 145 T€ enthalten. Ferner sind periodenfremde Erträge von 82 T€ sowie Erträge aus Sponsoring von 68 T€ enthalten.

Die Personalaufwendungen und die Anzahl der Beschäftigten haben sich wie folgt entwickelt:

	Personalaufwand		Anzahl der Beschäftigten*	
	2017/2018	2016/2017	2017/2018	2016/2017
	€	€		
Vergütung und Sozialbeiträge für Beschäftigte NV-Bühne	7.862.913,95	7.433.988,79	151	146
Vergütung und Sozialbeiträge für Beschäftigte TVK	4.695.092,66	4.622.293,79	70	71
Vergütung und Sozialbeiträge für Beschäftigte TVöD	6.056.562,73	5.836.466,97	143	128
Dienstbezüge und Beihilfen für Beamte	269.313,30	250.003,82	6	5
Pensionsrückstellung	118.222,00	80.515,00		
insgesamt	19.002.104,64	18.223.268,37	370	350

*ohne Gast- und Teilspielzeitverträge, Beschäftigte in Altersteilzeit (Freistellungsphase) oder Elternzeit und geringfügig Beschäftigte

Im Wirtschaftsjahr 2017/18 bestanden zusätzlich sechs Ausbildungsverhältnisse in den Abteilungen Ton, Maske, Malersaal und Schneiderei.

III. Ergänzende Angaben

A. Zusammensetzung der Organe

Für die Angelegenheiten der Einrichtung zuständige Organe sind:

- die Betriebsleitung mit dem Intendanten, Herrn Michael Heicks, und der Verwaltungsdirektorin, Frau Ilona Hannemann,
- der Betriebsausschuss,
- der Rat der Stadt Bielefeld

Angaben gemäß § 24 Abs. 1 EigVO:

Betriebsausschuss

Mitglieder	ausgeübter Beruf	Entschädigung in €
Herr Hans Hamann (Vorsitzender)	Rentner	0,00
Frau Lina Keppler (stellvertretende Vorsitzende)	Wissenschaftliche Mitarbeiterin	0,00
Herr Bernd Ackehurst	Grafik-Designer	178,50
Herr Peter Bauer	Vereinsgeschäftsführer	0,00
Frau Dorothea Becker	nicht berufstätig	0,00
Frau Brigitte Biermann	Personalfachkauffrau	0,00
Herr Andreas Bootz	Journalist/Historiker	178,50
Herr Vincenzo Copertino	Rechtsanwalt	178,96
Frau Sylvia Gorsler	Dipl. Psychologin	0,00
Herr Dr. Christian von der Heyden	Kaufmann/Hochschullehrer	407,25
Herr Klaus-Dieter Hoffmann	nicht berufstätig	173,70
Frau Andrea Jansen	Geschäftsführerin/Betriebswirtin	101,90
Herr Björn Klaus	Geschäftsführer Ratsfraktion	178,50
Herr Marcus Kleinkes	Rechtsanwalt	742,79
Frau Barbara Schmidt (ab 9.11.2017)	Dipl. Soziologin	0,00
Herr Florian Straetmanns (bis 8.11.2017)	Lehrer	35,70
Frau Laura von Schubert	Rechtsanwältin	279,13
Herr Ralph Würfel	Kulturmanager	0,00

Die nach den Regelungen der Stadt Bielefeld zu gewährenden Entschädigungen und Sitzungsgelder betragen insgesamt 2.951,59 €.

Betriebsleitung

Name, Funktion	Bezüge im Geschäftsjahr
Michael Heicks (Intendant)	166.532,55 €
Ilona Hannemann (Verwaltungsdirektorin)	85.253,74 €

Die Bezüge für die Intendantentätigkeit beinhalten Honorare für eigene Inszenierungen.

Abschlussprüfer

Das Honorar für den Abschlussprüfer im Wirtschaftsjahr 2017/2018 umfasst Abschlussprüfungsleistungen von 15 T€.

B. Belegschaft

Während des Berichtsjahres waren durchschnittlich 370 Beschäftigte in den Tarifbereichen NV-Bühne/ TVK und TVöD und 6 Beamte i.S. des § 285 Nr. 7 HGB beschäftigt.

C. Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung ergaben sich keine Haftungsverhältnisse gegenüber Dritten.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen bestanden:

- aus dem Pachtvertrag mit der Theaterstiftung mit einer Laufzeit bis 2018 in Höhe von jährlich 696 T€ einschl. Umsatzsteuer,
- aus dem Mietvertrag für die Räumlichkeiten der Theaterkasse in der Altstädter Kirchstraße in Bielefeld mit einer Laufzeit bis 2023 in Höhe von jährlich 46 T€,
- aus bereits für die Spielzeit 2018/2019 eingegangenen Werkverträgen in Höhe von 346 T€,
- aus Pensionsverpflichtungen und für Beihilfen im Krankheitsfall in Höhe von 2.681.886 T€. Aufgrund der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung mit der Stadt Bielefeld vom 01.03.2016, wird der entsprechende Betrag im kommunalen Haushalt abgebildet.

Ein Teil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist aufgrund des für sie geltenden Tarifvertrages des öffentlichen Dienstes bei der kommunalen Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder in Karlsruhe (VBL) pflichtversichert. Zweck der Anstalt ist es, den Arbeitnehmern im Wege privatrechtlicher Versicherung eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Der Gesamtumlagesatz der VBL beträgt 7,86 % des versorgungsfähigen Entgeltes. Durch tarifvertragliche Regelungen beträgt der Umlageanteil des Arbeitgebers 6,45 %, der des Arbeitnehmers 1,41 % (seit 1. Juli 2016 1,61 %). Seit Januar 2002 ist vom Arbeitgeber zusätzlich ein Sanierungsgeld zu zahlen.

Da die Finanzierung der Versorgungsleistungen der VBL im sogenannten Umlageverfahren (Abschnittsdeckungsverfahren) erfolgt, bestehen Unterdeckungen für zukünftige Versorgungslasten. Nach Auffassung des HFA des IDW liegt bei dieser Art der Zusatzversorgung eine mittelbare Pensionsverpflichtung vor, für die nach Art. 28 Abs. 1 EGHGB ein Passivierungswahlrecht besteht. Der Betrieb hat das Wahlrecht dahingehend in Anspruch genommen, keine Passivierung vorzunehmen. Die umlagepflichtigen Bezüge für den Zeitraum vom 1. August 2017 bis 31. Juli 2018 betragen 14.462.624,14 €.

D. Nachtragsbericht

Die Verlagerung der Zuständigkeit für die Geschäftsführung der Rudolf-Oetker-Halle erfolgte zum 1. Januar 2018. Die aus der Verlagerung der Rudolf-Oetker-Halle resultierenden Veränderungen des Wirtschaftsplans 17/18 setzen sich wie folgt zusammen:

Zusätzliche Einnahmen:	778.500,00 €
Zusätzliche Aufwendungen:	731.500,00 €

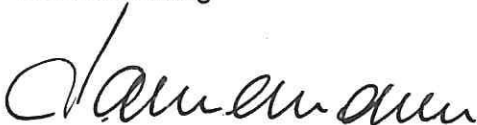
Die Ergebnisveränderung in Höhe von 47.000,00 € resultiert aus dem im Leistungsentgelt enthaltenen Zuschuss für Investitionen, der im Vermögensplan zur Finanzierung der Anschaffung von Sachanlagen benötigt wird.

Tatsächlich wurden für die ROH 806 T€ Einnahmen erzielt. Die Aufwendungen beliefen sich auf 758 T€. Demnach konnte für die Zeit vom 1.1.-31.7.2018, bezogen auf die ROH, ein Überschuss von 48 T€ erzielt werden. Die in der Spielzeit 17/18 getätigten Investitionen für die ROH sind in den Aufwendungen in Form von Abschreibung enthalten.

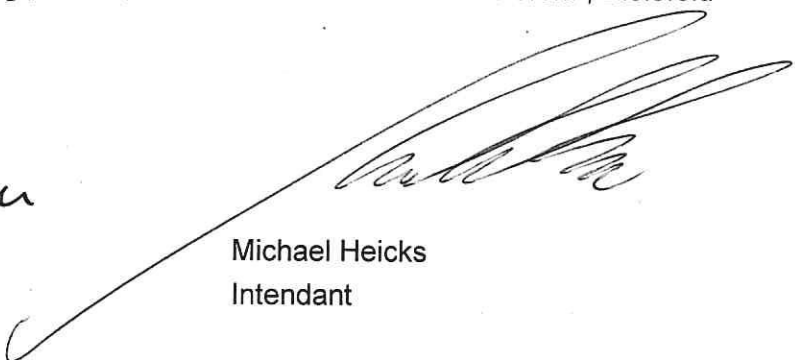
Bielefeld, 01.03.2019

Eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld“, Bielefeld

Betriebsleitung



Ilona Hannemann
Verwaltungsdirektorin



Michael Heicks
Intendant

Anlage 11

Entwicklung des Anlagevermögens (Bruttodarstellung)
 der Eigenbetriebsähnlichen Einrichtung
"Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld"
 vom 1. August 2017 bis 31. Juli 2018

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen				Buchwerte		Kennzahlen	
	Anfangs- bestand 1.8.2017	Zugang	Abgang	Um- buchungen	Endstand 31.7.2018	Anfangs- bestand 1.8.2017	Abschreibungen im Wirtschafts- jahr	angesammelte Abschreibungen auf die in Spalte 4 ausgewiesenen Abgänge	Endstand 31.7.2018	Restbuchwerte am Ende des Wirtschafts- jahres	Restbuchwerte am Ende des vorangegange- nen Wirtschafts- jahres	Durchschnitt- licher Ab- schreibungs- satz	Durchschnitt- licher Rest- buchwert
1	EUR	EUR	4	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	v.H.	v.H.
2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände													
1. EDV-Software	95.444,45	6.056,60	0,00	0,00	101.501,05	35.710,45	22.699,60	0,00	58.410,05	43.091,00	59.734,00	22,36	42,45
	95.444,45	6.056,60	0,00	0,00	101.501,05	35.710,45	22.699,60	0,00	58.410,05	43.091,00	59.734,00		
II. Sachanlagen													
1. Technische Anlagen und Maschinen	1.785.938,31	60.299,53	11.019,36	0,00	1.835.218,48	1.445.549,31	137.084,53	11.019,36	1.571.614,48	263.604,00	340.389,00	7,47	14,36
2. Musikinstrumente	423.742,67	4.578,34	0,00	0,00	428.321,01	297.572,67	23.095,34	0,00	320.668,01	107.653,00	126.170,00	5,39	25,13
3. Betriebsvorrichtungen	359.657,24	46.727,49	0,00	0,00	406.384,73	290.172,24	27.271,49	0,00	317.443,73	88.941,00	69.485,00	6,71	21,89
4. Werkstätten und Lagereinrichtungen	92.841,68	12.258,03	0,00	0,00	105.099,71	66.355,68	5.033,03	0,00	71.388,71	33.711,00	26.486,00	4,79	32,08
5. Fahrzeuge	157.812,06	11.090,80	29.199,63	0,00	139.703,23	114.301,06	9.237,80	29.199,63	94.339,23	45.364,00	43.511,00	6,61	32,47
6. Requisite und Bühnenausstattung	13.088,70	0,00	2.261,00	0,00	10.827,70	13.088,70	0,00	2.261,00	10.827,70	0,00	0,00	0,00	0,00
7. Sonstige Betriebsausstattung	456.467,28	3.296,24	0,00	0,00	459.763,52	314.962,28	24.093,24	0,00	339.055,52	120.708,00	141.505,00	5,24	26,25
8. Geschäftsausstattung	188.318,52	10.660,61	0,00	0,00	198.979,13	143.594,52	13.589,61	0,00	157.184,13	41.795,00	44.724,00	6,83	21,00
9. Geringwertige-Wirtschaftsgüter	514.807,90	50.152,73	720,53		564.240,10	514.807,90	50.152,73	720,53	564.240,10	0,00	0,00	8,89	0,00
	3.992.674,36	199.063,77	43.200,52	0,00	4.148.537,61	3.200.404,36	289.557,77	43.200,52	3.446.761,61	701.776,00	792.270,00		
III. Andere Anlagen													
10. Geleistete Anzahlungen u. Anlagen im Bau	0,00	97.820,25	0,00	0,00	97.820,25	0,00	0,00	0,00	0,00	97.820,25	0,00	0,00	0,00
	4.088.118,81	302.940,62	43.200,52	0,00	4.347.858,91	3.236.114,81	312.257,37	43.200,52	3.505.171,66	842.687,25	852.004,00	7,18	19,38

Bestätigungsvermerk

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

An die Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld, Bielefeld:

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld, Bielefeld, für das Geschäftsjahr vom 1. August 2017 bis 31. Juli 2018 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der Betriebsleitung eigenbetriebsähnlichen Einrichtung. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 106 GO NRW i.V.m. § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld eigenbetriebsähnlichen Einrichtung sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Betriebsleitung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage eigenbetriebsähnlichen Einrichtung. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Köln, den 1. März 2019



Rödl & Partner GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft


Alfes
Wirtschaftsprüfer


Rudert
Wirtschaftsprüfer

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

DokID:

Alle Rechte vorbehalten. Ohne Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, die Vordrucke ganz oder teilweise nachzudrucken bzw. auf fotomechanischem oder elektronischem Wege zu vervielfältigen und/oder zu verbreiten.
© IDW Verlag GmbH · Tersteegenstraße 14 · 40474 Düsseldorf

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unrechtmäßiger Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018
sowie Lagebericht und Bestätigungsvermerk

Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld
Bielefeld

RSM GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Eichendorffstr. 46 · D-47800 Krefeld · T +49 2151 509 0 · F +49 2151 509 200
krefeld@rsm.de · www.rsm.de

Die RSM GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft ist ein unabhängiges Mitglied des RSM Netzwerks, einem Zusammenschluss unabhängiger Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaften. RSM International ist der Name eines Netzwerks unabhängiger Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaften, in dem jede einzelne Gesellschaft als eigenständige unternehmerische Einheit operiert.



Inhaltsverzeichnis

Bilanz zum 31. Dezember 2018	1
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018	2
Anhang für das Geschäftsjahr 2018	3
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018	4
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	5
Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017	6

Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld

Bilanz zum 31. Dezember 2018

Aktivseite		Passivseite	
	31.12.2018	31.12.2017	
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	131.312,87 €	141.275,87 €	I. Stammkapital
II. Sachanlagen			II. Rücklagen
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	110.154.828,39 €	110.861.953,45 €	1. Allgemeine Rücklage
2. Entsorgungsleitungen	489.905.561,62 €	470.043.971,62 €	2. Zweckgebundene Rücklagen
3. Maschinen und maschinelle Anlagen	30.186.627,43 €	32.283.619,43 €	16.694.551,98 €
4. Fahrzeuge	19.131.896,00 €	18.628.268,00 €	219.662.199,01 €
5. Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.157.419,92 €	3.356.125,92 €	236.356.750,99 €
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	15.267.973,03 €	31.755.186,80 €	232.402.871,80 €
	667.804.306,39 €	666.929.125,22 €	III. Jahresüberschuss
III. Finanzanlagen			13.064.957,88 €
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	55.836,72 €	55.836,72 €	B. Sonderposten für Investitionszuschüsse
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	840.632,55 €	1.045.149,31 €	16.546.702,17 €
3. Beteiligungen	50.053,30 €	50.053,30 €	C. Rückstellungen
	946.522,57 €	1.151.039,33 €	1. Pensionsrückstellungen
B. Umlaufvermögen			2. Steuerrückstellungen
I. Vorräte			3. Sonstige Rückstellungen
1. Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe	1.943.555,77 €	1.717.154,05 €	21.449.175,00 €
2. Tierbestand	34.321,00 €	34.321,00 €	2.800,00 €
3. Fertige Erzeugnisse und Waren	24.603,31 €	29.508,68 €	9.146.256,29 €
	2.002.480,08 €	1.780.983,73 €	30.596.231,29 €
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			D. Verbindlichkeiten
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.239.217,20 €	881.237,06 €	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	207.343,67 €	123.256,51 €	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	386,89 €	359,59 €	3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen
4. Forderungen gegen die Stadt			4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr:			672,20 €
1.390.964,89 € (Vorjahr 1.404.279,00 €)	5.765.571,17 €	5.944.046,52 €	5. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt
5. Sonstige Vermögensgegenstände			9.224.112,87 €
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr:			10.623.350,06 €
244.349,92 € (Vorjahr 279.255,28 €)	504.613,15 €	563.207,38 €	6. Sonstige Verbindlichkeiten
	7.717.132,08 €	7.512.107,06 €	davon aus Steuern:
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.537.871,20 €	1.077.890,57 €	744.955,77 €
C. Rechnungsabgrenzungsposten	323.062,01 €	310.982,38 €	149.289,93 € (Vorjahr 78.100,53 €)
			291.887.735,12 €
			294.399.421,99 €
			122.541,54 € (Vorjahr: 107.675,76 €)
			E. Rechnungsabgrenzungsposten
			53.663.418,66 €
			54.128.081,54 €
	680.462.687,20 €	678.903.404,16 €	
			680.462.687,20 €
			678.903.404,16 €

Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld**Gewinn- und Verlustrechnung des
Umweltbetriebes der Stadt Bielefeld
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018**

	<u>2018</u>	<u>2017</u>
	€	€
1. Umsatzerlöse	142.685.098,71	140.473.230,35
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	1.391.889,19	1.722.647,17
3. Sonstige betriebliche Erträge davon Auflösung von Sonderposten: € 189.109,54 (Vorjahr: € 126.908,93)	2.452.645,38	2.120.000,16
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-9.213.074,13	-9.329.770,73
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-27.157.332,83	-27.310.380,66
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-43.128.045,30	-40.041.148,04
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: € 3.286.971,23 (Vorjahr: € 3.584.262,56)	-12.386.516,66	-12.314.619,45
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen	-22.799.555,65	-22.064.836,79
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-9.322.592,85	-9.122.681,15
8. Erträge aus Beteiligungen davon aus verbundenen Unternehmen: € 0,00 (Vorjahr: € 0,00)	0,00	98.000,00
9. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens davon aus verbundenen Unternehmen: € 45.724,92 (Vorjahr: € 55.132,69)	45.724,92	55.132,69
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	84.576,05	74.753,86
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-9.139.655,12	-9.509.519,39
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	<u>-335.205,57</u>	<u>-409.116,93</u>
13. Ergebnis nach Steuern	13.177.956,14	14.441.691,09
14. Sonstige Steuern	<u>-112.998,26</u>	<u>-111.615,16</u>
15. Jahresüberschuss	<u><u>13.064.957,88</u></u>	<u><u>14.330.075,93</u></u>

Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld

Anhang für das Wirtschaftsjahr 2018

I. Rechtliche Grundlagen

Der Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld mit Sitz in 33609 Bielefeld, Eckendorfer Str. 57 ist im Handelsregister A des Amtsgerichts Bielefeld unter der Nr. HRA 14094 eingetragen.

Der Jahresabschluss des Umweltbetriebes der Stadt Bielefeld wurde entsprechend den geltenden Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen und den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt.

Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren angewendet.

Bei der Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden wurde von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit nach § 252 Nr. 2 HGB ausgegangen.

Aufgrund der Geschäftstätigkeit im Bereich Entsorgung wurde die Darstellung des Sachanlagevermögens im Anlagenspiegel um die branchentypischen Posten erweitert.

II. Erläuterungen zu den Posten von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung bezüglich Ausweis, Bilanzierung und Bewertung

A. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet. Auf das abnutzbare Anlagevermögen sind die nach § 253 Abs. 3 HGB notwendigen Abschreibungen vorgenommen worden. Die planmäßigen Abschreibungen - denen die geschätzten Nutzungsdauern der Anlagen zugrunde liegen - erfolgen grundsätzlich nach der linearen Abschreibungsmethode. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben. Außerplanmäßige Abschreibungen erfolgen bei technischer oder wirtschaftlicher Wertminderung.

Finanzanlagen werden zu ihren Anschaffungskosten bzw. zum niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag bewertet, sofern die Wertminderung voraussichtlich von Dauer ist. Die Ausleihungen werden zum Nennwert bzw. mit den niedrigeren beizulegenden Werten angesetzt.

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden mit den durchschnittlichen Anschaffungskosten oder zu niedrigeren Marktwerten bewertet.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände werden mit ihren Nominalwerten ausgewiesen; erkennbaren Risiken wird durch Einzel- bzw. Pauschalwertberichtigungen angemessen Rechnung getragen.

Die flüssigen Mittel werden zum Nominalwert angesetzt.

Das Eigenkapital ist mit dem Nominalwert angesetzt.

Die Zuschüsse Dritter innerhalb des Sonderpostens für Investitionszuschüsse werden entsprechend der Nutzungsdauern der dazugehörigen Anlagen über die sonstigen betrieblichen Erträge aufgelöst.

Die Rückstellungen für Pensionen sind gemäß § 22 Abs. 3 EigVO NRW i.V.m. § 36 Abs. 1 GemHVO NRW zum versicherungsmathematisch ermittelten Barwert (Rechnungszinsfuß 5 %) angesetzt. Für die Berechnungen wurden die Richttafeln 2005 G + 2018 G von K. Heubeck verwendet.

Die Durchführungshinweise zur Bewertung von Pensionsverpflichtungen gemäß Runderlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales (34-48.01.02/30-244/16 vom 17. Februar 2016) wurden berücksichtigt. Als Beginn des Dienstverhältnisses wurde der Zeitpunkt der erstmaligen Einberufung in das Beamtenverhältnis zu Grunde gelegt.

Die Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen sind gemäß der IDW-Stellungnahme IDW RS HFA 3 (Stand 19.06.2013) zum versicherungsmathematisch ermittelten Barwert angesetzt. Es wurde ein Rechnungszinsfuß von 5,00 % sowie ein Gehaltstrend von 2 % zugrunde gelegt. Dieser festgelegte Zinssatz dient der Einheitlichkeit der Bewertung bei der Stadt Bielefeld. Die Berücksichtigung der Biometrie erfolgt pauschal mittels einer Gewichtung von 98 %.

Rückstellungen für Beihilfen sind gemäß § 22 Abs. 3 EigVO NRW i.V.m. § 36 Abs. 1 GemHVO NRW als prozentualer Anteil von 26,17 % (Vorjahr 24,8 %) der Pensionsrückstellungen angesetzt.

Die anderen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten. Der Ansatz erfolgt in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags. Langfristige Rückstellungen werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Erträge und Aufwendungen aus der Ab- und Aufzinsung von Rückstellungen sowie aus Änderungen der Zinssätze werden gesondert unter dem Posten sonstige Zinsen und ähnliche Erträge bzw. Zinsen und ähnliche Aufwendungen ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten wurden mit den jeweiligen Erfüllungsbeträgen zum Bilanzstichtag passiviert.

B. Erläuterungen zur Bilanz**Anlagevermögen**

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im Anlagengitter dargestellt.

Der Betrieb weist zum Bilanzstichtag Anlagen im Bau in Höhe von 15.268 T€ aus.

Diese verteilen sich auf die Betriebszweige wie folgt:

Sparte	Wert am Ende des Wirtschaftsjahres in T€	Art der Maßnahmen (überwiegend)
Stadtentwässerung	14.523	Kanalbaumaßnahmen im Stadtgebiet
Werkstätten	381	Nutzfahrzeuge und maschinelle Anlagen
Stadtgrün	12	Umbau Umschlagplatz Grünschnitt
Sonstige Verwaltungs- dienste	15	Arbeiten auf dem zentralen Betriebsge- lände
Friedhöfe	238	Um- und Ausbau Betriebshof
Stadtreinigung	99	Winterdienstgeräte, Umbau Müllbehälter- lager, Remise und Wertstoffhof
Gesamtbetrieb	15.268	

Die Restbuchwerte (T€ 667.936) und die Abschreibungen des laufenden Wirtschaftsjahres (T€ 22.800) verteilen sich auf die Betriebszweige wie folgt:

Sparte	Restbuchwert 31.12.2018 T€	Abschreibungen 2018 T€
Stadtentwässerung	608.959	16.605
Werkstätten	17.413	3.343
Stadtgrün	3.370	266
Sonstige Verwaltungs- dienste	18.119	1.319
Friedhöfe	12.854	428
Stadtreinigung	7.221	839
Gesamtbetrieb	667.936	22.800

Veränderung des Grundstücksbestandes

Im Bereich des Queller Friedhofs wurde aufgrund einer Ankaufverpflichtung ein Grundstück erworben. Außerdem kaufte der Betrieb ein Grundstück, das am Hauptbetriebsstandort Eckendorfer Straße 57 angrenzt. Des Weiteren wurden im Rahmen einer veränderten Grundstückszuordnung in Absprache mit dem Immobilienservicebetrieb das Betriebsgrundstück an der Engerschen Straße um 1.717 m² Ackerfläche vergrößert und 2.386 m² für das Regenrückhaltebecken „Horst-kotterheide“ übernommen.

Veränderungen der Grundstücksbebauung

Es wurden diverse Regenrückhaltebecken und Regenklärbecken im Wert von insgesamt 268 T€ in Betrieb genommen.

Geplante Baumaßnahmen

Es ist ein weiteres Verwaltungsgebäude anstelle des angemieteten Bürogebäudes an der Eckendorfer Str. 43 geplant. Außerdem werden im Stadtgebiet laufend Kanalbaumaßnahmen und die Sanierung von verrohrten Gewässern durchgeführt; hier ist besonders die Luttersanierung hervorzuheben.

Anteilsbesitz des UWB

	Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital	Eigenkapital*)	Ergebnis
		%	T€	T€
1.	Krematorium Bielefeld Besitz-GmbH, Bielefeld	100,00	636	86
2.	WRB Wertstoffrecycling Bielefeld der Stadt Bielefeld GmbH, Bielefeld	100,00	855	119
3.	Friedhofs GmbH Bielefeld, Bielefeld	50,00	890	72
4.	Krematorium Bielefeld Betriebs-GmbH, Bielefeld	49,00	579	28

*) Stand 31.12.2017

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betreffen im Wesentlichen Entsorgungsleistungen.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betreffen im Wesentlichen Entsorgungsleistungen und Personalkosten-erstattungen.

Die Forderungen an die Stadt von T€ 5.766 enthalten mit T€ 1.391 längerfristige Forderungen aus übernommenen Pensions- und Beihilfeverpflichtungen, Umsatz- und Gewerbesteuerforderungen von T€ 133, einen Zuschuss für die Luttersanierung in Höhe von 698 T€, Zuweisungen von T€ 1.268 und im Übrigen Lieferungen und Leistungen, hauptsächlich Forderungen aus Dienstleistungen für andere Ämter.

Eigenkapital und Rückstellungen

Die Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen stellt sich wie folgt dar:

	01.01.18	Zugänge	Verbrauch/ Entnahme/ Auflösung	31.12.18
	T€	T€	T€	T€
Eigenkapital				
Stammkapital	38.347	0	0	38.347
Allgemeine Rücklage	14.465	2.229	0	16.694
Zweckgebundene Rücklagen	217.938	1.808	84	219.662
Jahresüberschuss	14.330	13.065	14.330	13.065
Rückstellungen				
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	20.839	1.106	496	21.449
Steuerrückstellungen	203	0	202	1
Sonstige Rückstellungen	8.800	4.030	3.684	9.146

Der allgemeinen Rücklage wurden T€ 2.229 aufgrund der Gewinnverwendung 2017 zugeführt.

Die Zugänge bei den zweckgebundenen Rücklagen in Höhe von T€ 1.808 ergeben sich durch Zuschüsse für Erschließungsverträge (T€ 1.647), Beiträge nach KAG (T€ 73) sowie weiterer Aufnahmen verrohrter Gewässer (T€ 89). Die Abgänge in Höhe von T€ 84 ergeben sich aus Investitionen für das Klärwerk Verl-Sende (T€ 84).

Bei den sonstigen Rückstellungen entfallen T€ 725 auf Abwasserabgaben, T€ 7.846 auf Verpflichtungen aus dem Personalbereich sowie T€ 191 für unterlassene Instandhaltungen.

Verbindlichkeiten

Bei den Verbindlichkeiten bestehen folgende Restlaufzeiten:

	Gesamt- betrag T€	bis 1 Jahr T€	größer 1 Jahr T€	davon mehr als 5 Jahre T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	276.527	22.647	253.880	175.673
(Vorjahr)	(279.069)	(21.989)	(257.080)	(180.107)
2. Verbindlichkeiten aus anderen Lieferungen und Leistungen	5.233	5.233	0	0
(Vorjahr)	(4.032)	(4.032)	(0)	(0)
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	158	158	0	0
(Vorjahr)	(162)	(162)	(0)	(0)
4. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen	1	1	0	0
(Vorjahr)	(0)	(0)	(0)	(0)
5. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt	9.224	7.791	1.433	382
(Vorjahr)	(10.623)	(9.041)	(1.582)	(423)
6. Sonstige Verbindlichkeiten	745	537	208	43
(Vorjahr)	(513)	(268)	(245)	(87)
	291.888	36.367	255.521	176.098
(Vorjahr)	(294.399)	(35.492)	(258.907)	(180.617)

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt entfallen mit T€ 1.758 auf Verbindlichkeiten aus Erschließungsverträgen, mit T€ 1.400 auf Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten sowie T€ 3.231 auf die Gutschrift über die abzuführende Gebührenrücklage 2018 an das Amt für Finanzen und auf sonstige Lieferungen und Leistungen.

C. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Aufwendungen und Erträge des Geschäftsjahres sind gemäß § 252 Nr. 5 HGB nach ihrer wirtschaftlichen Entstehung und unabhängig vom Zeitpunkt der entsprechenden Zahlung im Jahresabschluss berücksichtigt.

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse verteilen sich auf die Betriebssparten wie folgt:

	2018 T€	2017 T€
Zuweisungen der Stadt Bielefeld		
Stadtreinigung	32.690	31.321
Stadtentwässerung	76.398	75.273
Friedhöfe	5.917	5.664
Grünflächen	12.335	12.329
	<hr/> 127.340	<hr/> 124.587
Tätigkeit für duale Systeme	778	761
Sonstige Umsatzerlöse	14.567	15.125
	<hr/> 142.685	<hr/> 140.473

Die Gewinn- und Verlustrechnungen der einzelnen Betriebszweige gem. § 23 Abs. 2 EigVO sind als Anlage beigefügt.

Personalaufwand

Der Personalaufwand setzt sich wie folgt zusammen:

	2018 T€
Löhne und Gehälter	
Beschäftigte (inkl. Aushilfen)	40.987
Beamte	2.393
Auszubildende	24
Veränderung der Personalrückstellungen	-276
	<hr/> 43.128

	2018 T€
Übertrag	43.128
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	
Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung	8.567
Altersversorgung	3.287
Unterstützungsleistungen	532
	12.386
	55.514

Nicht als Personalaufwand erfasst sind die Beträge, die sich aus der Aufzinsung (einschließlich Zinssatzänderung) der langfristigen Personalrückstellungen (Pensionen, Beihilfen, Altersteilzeit) ergeben. Gemäß § 277 Abs. 5 HGB sind im Wirtschaftsjahr 2018 T€ 1.295 im Posten "Zinsen und ähnliche Aufwendungen" enthalten.

Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Der Posten enthält Aufwendungen aus der Verzinsung von Rückstellungen von T€ 1.295 (Vorjahr T€ 1.262).

III. Sonstige Angaben

1. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum Bilanzstichtag bestanden finanzielle Verpflichtungen, im Wesentlichen aus beauftragten Investitionen, in Höhe von Mio. € 16.116 und Leasingverträge für Fahrzeuge mit T€ 463.

Der Umweltbetrieb verwaltet treuhänderisch die von Bürgern überlassenen Gelder für die Dauergrabpflege auf dem Sennefriedhof in Höhe von Mio. € 4,07.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des UWB sind aufgrund des geltenden Tarifvertrages des öffentlichen Dienstes bei der kommunalen Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder in Karlsruhe (VBL) pflichtversichert. Zweck der Anstalt ist es, den Arbeitnehmern im Wege privatrechtlicher Versicherung eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Der Gesamtumlagesatz der VBL beträgt 8,26 % des versorgungsfähigen Entgeltes. Durch tarifvertragliche Regelung beträgt der Umlageanteil des Arbeitgebers 6,45 %, der des Arbeitnehmers 1,81 %.

Die Summe der umlagepflichtigen Löhne und Gehälter für das Jahr 2018 betrug T€ 40.939.

Da die Finanzierung der Versorgungsleistungen der VBL im sogenannten Umlageverfahren (Abschnittsdeckungsverfahren) erfolgt, bestehen Unterdeckungen für zukünftige Versorgungslasten. Nach Auffassung des HFA des IDW liegt bei dieser Art der Zusatzversorgung eine mittelbare Pensionsverpflichtung vor, für die nach Art. 28 Abs. 1 EGHGB ein Passivierungswahlrecht besteht. Der Betrieb hat das Wahlrecht dahingehend in Anspruch genommen, keine Passivierung vorzunehmen. Eine Angabe zur Höhe der Verpflichtung kann aufgrund fehlender finanzmathematischer Berechnungen nicht gemacht werden.

Im Bereich des Einzugsgebietes der Kläranlage Brake bestehen gem. § 40 BauGB potenzielle Übernahmeverpflichtungen für zurzeit 12 Grundstücke mit einer Fläche von insgesamt 1,9 Hektar. Angaben über den Wert der Grundstücke können nicht gemacht werden.

2. Angaben zum Personal

Personalbestand des Umweltbetriebes im Jahr 2018 zum jeweiligen Quartalsende:

Beschäftigte	tariflich Beschäftigte		Beamte	Gesamt
Beschäftigte am 31.12.2017	935		46	981
Beschäftigte am 01.04.2018	945		47	992
Beschäftigte am 01.07.2018	1.013		46	1.059
Beschäftigte am 01.10.2018	1.012		48	1.060
Beschäftigte am 31.12.2018	990		48	1.038
Ø Beschäftigtenzahlen 2018	990		47	1.037
zuzüglich	01.04.2018	01.07.2018	01.10.2018	31.12.2018
Versorgungsempfänger	27	27	26	26
Auszubildende	28	21	34	35
Sargträger	20	20	18	20

11 Auszubildende (8 Gärtner, 1 Land- und Baumaschinenmechatroniker, 1 Kfz-Mechatroniker, 1 Straßenbauer), haben in 2018 ihre Abschlussprüfungen bestanden. Alle Auszubildenden wurden im Anschluss an die Ausbildung weiterbeschäftigt.

15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden für saisonal bedingte Mehrarbeit auf den Friedhöfen (13) bzw. im Botanischen Garten (2) eingestellt und sind im 4. Quartal wieder ausgeschieden.

Am 31.12.2018 befanden sich 115 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (16 Beamtinnen und 1 Beamte sowie 98 tariflich Beschäftigte - darunter 24 Männer) in Teilzeitarbeitsverhältnissen. Daneben hatten im Jahr 2018 insgesamt 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Umweltbetriebes (1 Beamte und 14 tariflich Beschäftigte) Altersteilzeit vereinbart. Alle haben das Blockmodell gewählt und befanden sich in der Freizeitphase.

3. Honorar des Abschlussprüfers

Das Gesamthonorar des Abschlussprüfers für das Wirtschaftsjahr 2018 beträgt T€ 41,4, davon 35,6 T€ für Abschlussprüfungsleistungen sowie T€ 5,8 für sonstige Bestätigungsleistungen.

4. Organe und Organbezüge

Betriebsleitung

Margret Stücken-Virnau	1. Betriebsleiterin und Kaufmännische Betriebsleiterin bis 30.09.2018
	1. Betriebsleiterin und Technische Betriebsleiterin ab 01.10.2018 (€ 81.938,09)
Stefan Jücker	Technischer Betriebsleiter bis 30.09.2018 (€ 79.845,37)
Hans-Jürgen Rubel	Kaufmännischer Betriebsleiter ab 01.10.2018 (€ 18.338,06)

Die Organbezüge für frühere Mitglieder der Betriebsleitung betragen 125.837,76 €.

Der für diese Personengruppe gebildete Rückstellungsbetrag beläuft sich auf 1.638.823,00 €.

Betriebsausschussmitglieder Legislaturperiode 2014-2020

Name	Ratsmitglied / Sachk. Bürger	Beruf	Erhaltene Bezüge
Detlef Werner Vorsitzender	Ratsmitglied	Geschäftsführer der CDU-Fraktion	485,19 €
Frank Strothmann	Ratsmitglied	Groß- und Außenhandelskaufmann	32,40 €
Thorsten Kirstein	Sachkundiger Bürger	Technischer Fachwirt, Telekom	285,60 €
Werner Thole	Ratsmitglied	Diplom-Ingenieur / Rentner	43,20 €
Carla Steinkröger	Ratsmitglied	Selbstständig im landwirtschaftlichen Bereich	191,00 €
Hans Hamann	Ratsmitglied	Rentner	0,00 €
Dorothea Brinkmann (Stellv. Vorsitzende)	Ratsmitglied	Kauffrau	46,20 €

Ulrich Gödde bis 08.11.2018	Ratsmitglied	Geschäftsführer	0,00 €
Ole Heimbeck ab 09.11.2018	Ratsmitglied	Museumspädagoge	37,38 €
Anne Catrin Rudolf	Sachkundige Bürgerin	Angestellte	423,60 €
Sven Frischemeier	Ratsmitglied	Student / Politischer Referent	0,00 €
Gerd-Peter Grün	Ratsmitglied	Dipl.- Volkswirt	0,00 €
Hannelore Pfaff	Ratsmitglied	Rentnerin	120,75 €
Rainer-Silvester Hahn	Sachk. Bürger	Rentner	249,90 €
Lothar Klemme	Ratsmitglied	Diplom-Ingenieur	0,00 €
Rainer Seifert	Sachk. Bürger	Software-Entwickler	285,60 €
Matthias Benni Stiesch	Sachk. Bürger	Messebauer / Selbsthilfeberater	326,02 €
Christian Heißenberg	Beratendes Mitglied (Vertreter Gruppe)	Freiberuflicher Architekt	0,00 €

5. Nachtragsbericht

Ereignisse nach dem Abschlussstichtag, die sich wesentlich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken, haben sich nicht ergeben.

6. Vorschlag für die Verwendung des Jahresergebnisses:

Die Betriebsleitung schlägt vor, das Jahresergebnis des Wirtschaftsjahres 2018 in Höhe von 13.065 T€ wie folgt zu verwenden:

- a) Abführung an die Stadt Bielefeld in Höhe von 11.044 T€,
- b) Zuführung zur betrieblichen Rücklage des Umweltbetriebes in Höhe von 1.947 T€
- c) Abführung von Kapitalertragsteuern an das Finanzamt Bielefeld in Höhe von 74 T€

Bielefeld, den 31.03.2019

Stücken-Virnau

Rubel

**Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld
Anlagennachweis**
Gesamtbetrieb 2018

Posten des Anlagevermögens	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen					Restbuchwerte am Ende des Wirtschaftsjahres	Restbuchwerte am Ende des vorangegangenen Wirtschaftsjahres
	Anfangsstand	Zugang	Abgang	Umbuchungen/ Umglie- derungen	Endstand	Anfangsstand	Zugang	Abgang	Umbuchungen/ Umglie- derungen	Endstand		
	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.248.786,20	22.850,09	23.851,52	0,00	1.247.784,77	1.107.510,33	32.813,09	23.851,52	0,00	1.116.471,90	131.312,87	141.275,87
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten	204.132.579,24	1.901.498,66	1,00	973.483,91	207.007.560,81	93.270.625,79	3.589.798,01	0,00	-7.691,38	96.852.732,42	110.154.828,39	110.861.953,45
2. Entsorgungsleitungen	856.643.270,81	8.106.065,98	2.197.564,41	24.311.797,20	886.863.569,58	386.599.299,19	12.138.953,37	1.785.080,41	4.835,81	396.958.007,96	489.905.561,62	470.043.971,62
3. Maschinen und maschinelle Anlagen	128.419.060,41	173.747,54	49.819,54	60.925,63	128.603.914,04	96.135.440,98	2.328.809,60	49.819,54	2.855,57	98.417.286,61	30.186.627,43	32.283.619,43
4. Fahrzeuge	44.423.499,79	4.273.357,28	2.769.569,55	111.533,84	46.038.821,36	25.795.231,79	3.859.019,12	2.747.325,55	0,00	26.906.925,36	19.131.896,00	18.628.268,00
5. Betriebs- und Geschäftsausstattung	18.071.028,80	647.050,13	437.768,75	43.508,33	18.323.818,51	14.714.902,88	850.162,46	398.666,75	0,00	15.166.398,59	3.157.419,92	3.356.125,92
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	31.755.186,80	9.014.035,14	0,00	-25.501.248,91	15.267.973,03	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	15.267.973,03	31.755.186,80
	1.283.444.625,85	24.115.754,73	5.454.723,25	0,00	1.302.105.657,33	616.515.500,63	22.766.742,56	4.980.892,25	0,00	634.301.350,94	667.804.306,39	666.929.125,22
II. Finanzanlagen												
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	55.836,72	0,00	0,00	0,00	55.836,72	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	55.836,72	55.836,72
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	1.045.149,31	0,00	204.516,76	0,00	840.632,55	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	840.632,55	1.045.149,31
3. Beteiligungen	50.053,30	0,00	0,00	0,00	50.053,30	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	50.053,30	50.053,30
	1.151.039,33	0,00	204.516,76	0,00	946.522,57	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	946.522,57	1.151.039,33
Insgesamt	1.285.844.451,38	24.138.604,82	5.683.091,53	0,00	1.304.299.964,67	617.623.010,96	22.799.555,65	5.004.743,77	0,00	635.417.822,84	668.882.141,83	668.221.440,42

Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld**Gewinn- und Verlustrechnung der
Betriebssparte Stadtreinigung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018**

	<u>2018</u>	<u>2017</u>
	€	€
1. Umsatzerlöse		
a) mit Externen	41.544.090,61	41.030.017,55
b) mit anderen Betriebszweigen	595.518,67	513.312,94
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	771,73	1.769,52
3. Sonstige betriebliche Erträge	780.509,95	450.497,23
davon Auflösung von Sonderposten: € 2.482,27 (Vorjahr: € 2.987,26)		
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-863.047,16	-894.065,36
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		
ba) mit Externen	-12.504.052,04	-13.641.792,91
bb) mit anderen Betriebszweigen	-7.233.452,89	-6.551.602,27
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-14.580.546,57	-12.856.522,26
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: € 868.142,24 (Vorjahr: € 1.031.755,48)	-3.843.028,57	-3.757.721,89
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen	-858.118,89	-897.416,57
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.524.139,55	-2.409.244,80
8. Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00
davon aus verbundenen Unternehmen: € 0,00 (Vorjahr € 0,00)		
9. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,00	0,00
davon aus verbundenen Unternehmen: € 0,00 (Vorjahr € 0,00)		
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	33.211,48	18.837,44
11. Abschreibungen aus Finanzanlagen	0,00	0,00
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-284.428,49	-292.285,20
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	<u>-335.421,33</u>	<u>-393.608,43</u>
14. Ergebnis nach Steuern	-72.133,03	320.174,99
15. Sonstige Steuern	<u>-34.364,95</u>	<u>-31.020,43</u>
16. Jahresüberschuss	<u><u>-106.497,98</u></u>	<u><u>289.154,56</u></u>

Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld**Gewinn- und Verlustrechnung der
Betriebssparte Stadtentwässerung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018**

	<u>2018</u>	<u>2017</u>
	€	€
1. Umsatzerlöse		
a) mit Externen	77.540.524,01	76.409.418,46
b) mit anderen Betriebszweigen	101.509,74	58.316,47
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	1.333.449,97	1.585.088,82
3. Sonstige betriebliche Erträge	656.072,68	523.098,77
davon Auflösung von Sonderposten: € 125.133,61 (Vorjahr: € 56.653,03)		
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-3.016.316,49	-3.448.475,69
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		
ba) mit Externen	-8.483.787,74	-7.871.000,19
bb) mit anderen Betriebszweigen	-1.416.062,95	-1.210.583,70
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-10.217.627,09	-9.658.705,49
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: € 975.386,44 (Vorjahr: € 984.395,46)	-3.142.774,42	-3.113.628,59
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen	-16.619.125,11	-16.345.928,16
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.240.246,47	-3.378.219,80
8. Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00
davon aus verbundenen Unternehmen: € 0,00 (Vorjahr € 0,00)		
9. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,00	0,00
davon aus verbundenen Unternehmen: € 0,00 (Vorjahr € 0,00)		
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14.040,45	14.597,88
11. Abschreibungen aus Finanzanlagen	0,00	0,00
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-7.875.982,62	-8.185.507,39
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00
14. Ergebnis nach Steuern	25.633.673,97	25.378.471,41
15. Sonstige Steuern	-17.742,04	-18.529,81
16. Jahresüberschuss	<u>25.615.931,93</u>	<u>25.359.941,60</u>

Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld**Gewinn- und Verlustrechnung der
Betriebssparte Friedhöfe
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018**

	<u>2018</u>	<u>2017</u>
	€	€
1. Umsatzerlöse		
a) mit Externen	6.508.249,63	6.259.707,71
b) mit anderen Betriebszweigen	21.911,46	22.299,93
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	13.775,35	54.043,95
3. Sonstige betriebliche Erträge	33.704,50	90.470,68
davon Auflösung von Sonderposten: € 4.654,21 (Vorjahr: € 4.909,25)		
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-380.176,43	-355.839,97
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		
ba) mit Externen	-1.459.362,34	-1.195.525,64
bb) mit anderen Betriebszweigen	-1.476.997,57	-1.325.403,17
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-4.090.757,46	-4.004.343,70
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: € 304.151,91 (Vorjahr: € 378.871,87)	-1.201.800,73	-1.287.895,49
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen	-436.221,27	-420.247,03
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-757.585,95	-627.277,25
8. Erträge aus Beteiligungen	0,00	98.000,00
davon aus verbundenen Unternehmen: € 0,00 (Vorjahr: € 0,00)		
9. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	45.724,92	55.132,69
davon aus verbundenen Unternehmen: 45.724,92 € (Vorjahr € 55.132,69)		
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	15.520,94	15.632,89
11. Abschreibungen aus Finanzanlagen	0,00	0,00
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-194.128,00	-201.509,82
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	-15.508,50
14. Ergebnis nach Steuern	-3.358.142,94	-2.838.262,73
15. Sonstige Steuern	-6.715,12	-6.997,73
16. Jahresüberschuss	<u>-3.364.858,06</u>	<u>-2.845.260,46</u>

Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld**Gewinn- und Verlustrechnung der
Betriebssparte Stadtgrün
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018**

	<u>2018</u>	<u>2017</u>
	€	€
1. Umsatzerlöse		
a) mit Externen	15.649.084,28	15.247.804,40
b) mit anderen Betriebszweigen	106.588,30	107.588,63
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	43.892,14	68.904,88
3. Sonstige betriebliche Erträge	791.183,74	805.455,59
davon Auflösung von Sonderposten: € 51.875,04 (Vorjahr: € 57.153,15)		
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-799.361,39	-830.643,08
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		
ba) mit Externen	-3.191.168,16	-3.159.126,00
bb) mit anderen Betriebszweigen	-5.791.019,03	-5.505.240,87
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-11.343.119,60	-10.749.590,95
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: € 900.992,91 (Vorjahr: € 924.290,99)	-3.362.347,39	-3.292.183,78
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen	-276.276,31	-284.056,26
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.528.165,71	-1.480.209,62
8. Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00
davon aus verbundenen Unternehmen: € 0,00 (Vorjahr € 0,00)		
9. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,00	0,00
davon aus verbundenen Unternehmen: € 0,00 (Vorjahr € 0,00)		
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9.242,81	10.111,33
11. Abschreibungen aus Finanzanlagen	0,00	0,00
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-271.493,56	-271.576,47
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-484,24	0,00
14. Ergebnis nach Steuern	-9.963.444,11	-9.332.762,20
15. Sonstige Steuern	-19.303,30	-21.970,81
16. Jahresüberschuss	<u>-9.982.747,41</u>	<u>-9.354.733,01</u>

Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld
**Gewinn- und Verlustrechnung der
 Betriebssparte Werkstätten
 für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018**

	<u>2018</u>	<u>2017</u>
	€	€
1. Umsatzerlöse		
a) mit Externen	1.415.128,70	1.500.621,11
b) mit anderen Betriebszweigen	11.414.019,64	10.196.985,58
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	12.840,00
3. Sonstige betriebliche Erträge	119.768,19	190.301,72
davon Auflösung von Sonderposten: € 3.766,16 (Vorjahr: € 3.760,15)		
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-3.905.622,56	-3.567.960,16
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		
ba) mit Externen	-1.430.178,48	-1.367.067,27
bb) mit anderen Betriebszweigen	-242.384,62	-248.464,84
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-2.053.449,40	-1.985.468,42
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: € 159.385,83 (Vorjahr: € 167.919,79)	-582.245,45	-594.121,54
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen	-3.352.033,98	-2.938.319,45
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-752.190,71	-749.948,73
8. Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00
davon aus verbundenen Unternehmen: € 0,00 (Vorjahr € 0,00)		
9. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,00	0,00
davon aus verbundenen Unternehmen: € 0,00 (Vorjahr € 0,00)		
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.632,90	9.163,24
11. Abschreibungen aus Finanzanlagen	0,00	0,00
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-163.372,56	-197.078,33
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	700,00	0,00
14. Ergebnis nach Steuern	475.771,67	261.482,92
15. Sonstige Steuern	-15.574,32	-15.480,49
16. Jahresüberschuss	<u>460.197,34</u>	<u>246.002,43</u>

Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld**Gewinn- und Verlustrechnung der
Betriebsparte Sonstige Verwaltungsdienste
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018**

	<u>2018</u>	<u>2017</u>
	€	€
1. Umsatzerlöse		
a) mit Externen	28.021,49	25.661,13
b) mit anderen Betriebszweigen	5.520.613,48	5.533.420,16
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00
3. Sonstige betriebliche Erträge	71.406,32	60.176,17
davon Auflösung von Sonderposten: € 1.198,26 (Vorjahr: € 1.446,08)		
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-248.550,12	-232.786,48
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		
ba) mit Externen	-88.784,07	-75.868,65
bb) mit anderen Betriebszweigen	-1.600.244,24	-1.590.628,85
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-842.545,19	-786.517,22
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: € 78.911,90 (Vorjahr: € 97.028,97)	-254.320,11	-269.068,16
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen	-1.257.780,10	-1.178.869,32
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-520.264,46	-477.780,97
8. Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00
davon aus verbundenen Unternehmen: € 0,00 (Vorjahr € 0,00)		
9. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,00	0,00
davon aus verbundenen Unternehmen: € 0,00 (Vorjahr € 0,00)		
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.927,48	6.411,08
11. Abschreibungen aus Finanzanlagen	0,00	0,00
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-350.249,89	-361.562,18
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>
14. Ergebnis nach Steuern	462.230,59	652.586,71
15. Sonstige Steuern	<u>-19.298,53</u>	<u>-17.615,90</u>
16. Jahresüberschuss	<u><u>442.932,06</u></u>	<u><u>634.970,81</u></u>

Lagebericht 2018**Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld****Gliederung:**

1. Vorbemerkungen	4
2. Organisation und Grundsätze der Unternehmensstrategie	5
3. Entwicklung der operativen Geschäftsbereiche	7
3.1 Geschäftsbereich Stadtentwässerung (700.4)	7
3.1.1 Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie (EU-WRRL) - Fortschreibung	7
3.1.2 Rückübertragung der Abwasserbeseitigungspflicht Ortsteil Bethel - Fortschreibung	8
3.1.3 Umsetzung des Investitionsprogramms	9
3.1.4 Schwerpunkte Abteilung Kanalbetrieb und Grundstücksentwässerung (700.43)	10
3.1.5 Betrieb der Kläranlagen	11
3.2 Geschäftsbereich Stadtreinigung (700.5)	13
3.2.1 Sonderreinigungen	13
3.2.2 Winterdienst	15
3.2.3 Wertstofftonne	15
3.2.4 Wertstoffhöfe	16
3.2.5 Förderung der Vorbereitung zur Wiederverwendung	16
3.2.6 Zusammenführung der WRB Wertstoffrecycling der Stadt Bielefeld GmbH mit dem Umweltbetrieb	17
3.2.7 Bielefeld-to-go-Becher	18
3.2.8 Revision der Straßenkontrollen	18
3.2.9 Organisationsuntersuchung der Abfallentsorgung - Abschnitt Betrieb	18
3.3 Geschäftsbereich Stadtgrün und Friedhöfe (700.6)	19
3.3.1 Friedhofsbedarfsplanung und Kapellenkonzept	19
3.3.2 Überarbeitung der Friedhofsgebührensatzung	19
3.3.3 Umbau Betriebshof Sennefriedhof und Unterkunft Waldfriedhof in Sennestadt	20
3.3.4 Grünunterhaltung und Grünflächenmanagement	20
3.3.5 Baumkontrollen und Baumpflege	20
3.3.6 Forschungsprojekt Biodiversität	21
3.3.7 Botanischer Garten	21
3.3.8 Kooperationen	22
3.3.9 Neues Unterweisungskonzept „KommMitMensch“	23
3.3.10 Neubau-/Objektplanung	23

3.3.11	Forsten und Tierpark	24
4.	Geschäftsbereichsübergreifende Entwicklungen	26
4.1	Unternehmenskommunikation, Öffentlichkeitsarbeit, Marketing	26
4.2	Betriebshofkonzept	26
4.3.	DV- Projekte	27
4.3.1	Pit-Kommunal	27
4.3.2	Einführung der digitalen Zeiterfassung für weitere operative Bereiche („Atoss“)	27
4.3.3	Einführung „Pit Mobile“	27
4.3.4	Einführung „Atoss Mobile Workforce Management“	27
4.3.5	Elektronisches Bezahlverfahren „e-payment“ für Online-Buchungen von Sperrgutterminen („Sperrgut Online“)	28
4.3.6	Erweiterungen der in der Abteilung Abfallentsorgung eingesetzten Software Athos	28
4.4	Maschinenpool und Zentrallager	29
4.5	Ökoprofit	29
4.6	Umweltinspektion	30
4.7	LKW-Kartell	30
4.8	Fuhrpark	31
4.8.1	Nachhaltige Mobilitätsstrategie für die Stadt Bielefeld und die Stadtwerke Gruppe	31
4.8.2	E-Mobilität	32
4.9	Datenschutz und Datensicherheit	32
5.	Personal	33
5.1	Personalbestand	33
5.2	Auszubildende	34
5.3	Personalentwicklung	35
5.3.1	Wissensmanagement	35
5.3.2	Sicherung des Personalbestandes	35
5.3.3	Berufliche Weiterbildung und Führungskräfteentwicklung	36
5.4	Krankheitsstatistik und Leistungswandlung	37
5.5	Unfallstatistik	39

6. Gerichtsfeste Organisation	41
7. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	43
7.1 Ertragslage	43
7.1.1 Ist / Ist- Vergleich der Jahre 2017 / 2018	43
7.1.2 Plan / Ist- Vergleich für 2018	48
7.2 Vermögens- und Finanzlage	50
8. Berichterstattung zur Prüfung nach § 53 HGrG	53
9. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung	54
9.1 Risikomanagement	54
9.2 Finanzmanagement	54
9.3 Innenrevision	55
9.4. Spezifische Chancen und Risiken	56
10. Prognose/Ausblick	58
10.1 Haushaltskonsolidierung	58
10.2 Gebührenentwicklung	59
10.3 Klärschlammentsorgung	60
10.4 Technische Ertüchtigung der Bielefelder Kläranlagen	60
10.5 Neues Verpackungsgesetz und Ausschreibung der Wertstoffeffassung LVP / sNVP	61
10.6 Klimawandel	62
10.7 Ergebnisentwicklung 2019	63

1. Vorbemerkungen

Das Wirtschaftsjahr 2018 wurde - wie in den Vorjahren auch - erfolgreich abgeschlossen. Dieses spiegelt sich im positiven Jahresergebnis wider. Die Betriebsleitung hat ihr Ziel, den Betrieb mit seinem großen Aufgabenspektrum als bürgerfreundlichen und möglichst kostengünstigen Dienstleister weiterzuentwickeln, konsequent weiterverfolgt. Viele einzelne Maßnahmen konnten erfolgreich eingeleitet bzw. umgesetzt werden und trugen damit zu dem guten Gesamtergebnis bei. Dazu gehörte auch der verstärkte Einsatz für eine rechtssichere und die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schützende Organisation des Arbeits- und Gesundheitsschutzes.

2018 wurden erneut personelle Veränderungen in der Betriebsleitung erforderlich, da Herr Stefan Jücker, der ab 01.09.2017 für fünf Jahre zum Technischen Betriebsleiter bestellt worden war, die Stadt Bielefeld zum 30.09.2018 verließ.

Frau Margret Stücken-Virna, die 2017 vorzeitig für den Zeitraum vom 01.09.2017 bis 31.08.2022 in ihrem Amt als Kaufmännische Betriebsleiterin bestätigt und zusätzlich zur Ersten Betriebsleiterin berufen worden war, hat zum 01.10.2018 die Aufgabe der Technischen Betriebsleitung übernommen. Die Wahlperiode und die Berufung zur Ersten Betriebsleiterin blieben unverändert. Zum Kaufmännischen Betriebsleiter wurde Herr Hans-Jürgen Rubel für die Zeit vom 01.10.2018 bis 30.09.2023 bestellt. Die Funktion der stellvertretenden kaufmännischen Betriebsleitung, die er bis dahin wahrgenommen hat, übernahm Frau Gertrud Gertsen. Sie wurde dazu für den Zeitraum vom 01.11.2018 bis 31.10.2023 vom Rat der Stadt Bielefeld bestellt.

Die angespannte Haushaltssituation der Stadt Bielefeld hält nach wie vor an. Insofern ist davon auszugehen, dass der Umweltbetrieb auch in den kommenden Jahren einen wesentlichen Beitrag zur Haushaltssicherung leisten muss. Die Betriebsleitung hat sowohl dem Verwaltungsvorstand als auch der Politik gegenüber immer wieder deutlich gemacht, wie wichtig es ist, ausreichende Anteile des erwirtschafteten Ergebnisses im Betrieb zu belassen, um daraus notwendige Investitionen tätigen und damit eine Entschuldung des Betriebes erreichen zu können. Die Ergebnisabführungen an den Haushalt für die nächsten Jahre sind allerdings nach wie vor unabhängig vom tatsächlichen Jahresüberschuss festgelegt.

Die nicht auskömmlichen Zuweisungen und strenge Sparvorgaben bedeuten für den Betrieb weiterhin große Herausforderungen.

Mit Verfügung vom 26.01.2018 hat die Bezirksregierung die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2012 bis 2022 für das Haushaltsjahr 2018 genehmigt. Mit der Veröffentlichung am 31.01.2018 erlangte die Haushaltssatzung 2018 Rechtskraft. Obwohl die Bestimmungen der vorläufigen Haushaltsführung mit Veröffentlichung der Haushaltssatzung nicht mehr angewendet werden mussten, hat die Betriebsleitung ihre Verfügung zur sparsamen Mittelbewirtschaftung in vollem Umfang aufrechterhalten, um die Mitarbeiterschaft weiterhin zu einem kostenbewussten Handeln anzuhalten.

2. Organisation und Grundsätze der Unternehmensstrategie

Der Umweltbetrieb ist in den Kernprozessen in folgende drei operative Geschäftsbereiche untergliedert:

- Geschäftsbereich 700.4 „Stadtentwässerung“ mit den Abteilungen
Planung und Bestandserfassung
Planen und Bauen von Abwasseranlagen
Kanalbetrieb und Grundstücksentwässerung
Klärwerke
- Geschäftsbereich 700.5 „Stadtreinigung“ mit den Abteilungen
Straßenreinigung und Winterdienst
Abfallentsorgung
Straßeninstandhaltung und -beschilderung
- Geschäftsbereich 700.6 „Stadtgrün und Friedhöfe“ mit den Abteilungen
Planung und Unterhaltung Friedhöfe
Grünflächenmanagement, Sonderprojekte
Neubau / Objektplanung
Grünflächenunterhaltung / Ausbildung
Forsten / Tierpark

Die operativen Geschäftsbereiche werden durch die nachstehenden Geschäftsbereiche als interne Dienstleister im Sinne einer Querschnittsfunktion unterstützt:

- Geschäftsbereich 700.1 „Zentrale betriebliche Aufgaben“ mit den Abteilungen
Einkauf, betriebliche Logistik, Lager, Maschinenpool
IT
Personal, Organisation und Verwaltung
Werkstätten, Fuhrpark
- Geschäftsbereich 700.2 „Finanzen und Controlling“ mit den Abteilungen
Finanzwirtschaft
Betriebswirtschaft

Die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den operativen Geschäftsbereichen und den Querschnittsbereichen ist unabdingbare Basis, um den Betrieb weiterentwickeln und optimieren zu können. Voraussetzung wiederum dafür ist, die Informationsweitergabe zu institutionalisieren und zu systematisieren. Vor diesem Hintergrund finden regelmäßig in einem vierzehntäglichen Rhythmus Geschäftsbereichsleitungssitzungen mit der Betriebsleitung statt. Außerdem führen sowohl die Technische Betriebsleiterin als auch der Kaufmännische Betriebsleiter einmal pro Woche Besprechungen mit den Leiterinnen und Leitern der Geschäftsbereiche, die ihnen jeweils organisatorisch zugeordnet sind, durch. An diesen Gesprächen nimmt der Kollege bzw. die Kollegin aus dem Betriebsleitungsteam in der Regel zusätzlich teil.

In diesen Terminen geht es um den Austausch und die Informationsweitergabe zu betriebsrelevanten Themen, um den Führungskräften Sicherheit bei der Planung zu geben und sie bei ihren Entscheidungen zu unterstützen. Gleichzeitig erhält die Betriebsleitung wichtige Inputs für die Steuerung des Betriebes.

Unabhängig von den regelmäßigen Zusammenkünften der Führungskräfte des Umweltbetriebes ist es der Betriebsleitung wichtig, die Mitarbeiterschaft über die wichtigsten Geschehnisse des Geschäftsjahres zu informieren und Anregungen der Belegschaft aufzunehmen. Nicht selten führen diese Hinweise zu Verbesserungen im Alltagsgeschäft und tragen zu einer Steigerung der Arbeitszufriedenheit bei. Betriebsversammlungen finden daher regelmäßig statt.

Wichtigstes Ziel der Unternehmensstrategie des Umweltbetriebes ist, in allen gebührenrelevanten Bereichen für die Bielefelder Bürgerinnen und Bürger sehr gute Dienstleistungen zu erbringen und dabei möglichst langfristig für stabile, im nationalen und regionalen Vergleich niedrige Tarife zu sorgen.

Im abgelaufenen Berichtsjahr konnten die Abfallentsorgungsgebühren konstant gehalten werden. Für die Straßenreinigungsgebühren musste nach geringfügigen Gebührensenkungen in den Jahren 2016 und 2017 und Gebührenstabilität für das Jahr 2018 im Jahr 2019 insbesondere aufgrund höherer Personalkosten eine moderate Anhebung der Gebühren erfolgen. Die Entwässerungsgebühren konnten für das Schmutzwasser gesenkt werden, mussten allerdings beim Regenwasser nochmals geringfügig erhöht werden.

Im Rahmen der Beispielrechnung für einen 2- und 4-Personen-Haushalt führt die Senkung der Entwässerungsgebühren im Schmutzwasserbereich trotz der Anstiege der Entwässerungsgebühren für Regenwasser und der Straßenreinigungsgebühren zu einer leichten Senkung der Jahresgebühr für diese Haushalte (zur Gebührenentwicklung siehe auch Prognose, Kapitel 10.2).

Im nicht rentierlichen Aufgabenbereich der Grünunterhaltung verfolgt der Umweltbetrieb nach wie vor das Ziel, trotz immer knapper werdender finanzieller Ressourcen ein attraktives Stadtbild zu erhalten und Bielefeld auf Grund der Grün- und Waldflächen weiterhin als einen lebenswerten Standort zu präsentieren und weiterzuentwickeln.

Gleiches gilt für die Straßeninstandhaltung und -beschilderung. In diesem ebenfalls nicht über Gebühren finanzierten Bereich werden die unmittelbaren - über eine Tagesbaustelle nicht hinausgehenden - Verkehrssicherungsleistungen an den öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen mit größtmöglicher Effizienz für die Bielefelder Bürgerinnen und Bürger erbracht.

3. Entwicklung der operativen Geschäftsbereiche

3.1 Geschäftsbereich Stadtentwässerung (700.4)

3.1.1 Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie (EU-WRRL) - Fortschreibung

Um die Ziele der EU-WRRL zu erreichen, wurden die notwendigen Maßnahmen geplant und umgesetzt. In 2018 wurden der Gewässerretentionsraum (GRR) Wellbach / Kläranlage (KA) Heepen mit neu gestaltetem Kläranlagenablauf sowie der GRR Grenzbach / Gellershagener Bach errichtet und in Betrieb genommen. Das Regenrückhaltebecken (RRB) Horstkotterheide ist im ersten Quartal 2019 in Betrieb genommen worden. In Abstimmung mit dem Umweltamt wurden weitere Maßnahmen neu

priorisiert und bereits in den Bericht 2018 zum Abwasserbeseitigungskonzept (ABK) 2016 aufgenommen.

Das Sondermessprogramm „chemische Gewässeruntersuchung“, welches Schwerpunkte hinsichtlich des Eintrags von Kupfer und Zink näher identifizieren soll, wurde wie geplant beendet. Die Auswertungen der Messergebnisse zeigen u.a. für die Gewässer Schloßhofbach, Finkenbach und Weser-Lutter unterhalb des Stauteichs I starke Belastungen auf. Die Ergebnisse wurden den Aufsichtsbehörden präsentiert und gemeinsam erörtert. Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass die in den kritischen Gewässerabschnitten vorhandenen Behandlungsanlagen nur bedingt geeignet sind, die Belastungen den wasserrechtlichen Anforderungen entsprechend zu minimieren. Optimierungen bzw. der Neubau von Behandlungsanlagen sind für das Regenklärbecken (RKB) Sudbrackstraße, Regenbecken Finkenbach sowie für den Stauteich I erforderlich. Für das RKB Sudbrackstraße wurden bereits umfangreiche Variantenuntersuchungen durchgeführt, um in technischer, wirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht die effizienteste Lösung aufzuzeigen. Das Messprogramm soll in 2019, voraussichtlich mit dem Schwerpunkt des Einsatzes von Biofilmen, unter Beteiligung des Umweltamtes weitergeführt und auf andere Behandlungsanlagen ausgedehnt werden.

3.1.2 Rückübertragung der Abwasserbeseitigungspflicht Ortsteil Bethel - Fortschreibung

Das im Januar 2017 begonnene Projekt zur Rückübertragung der Abwasserbeseitigungspflicht für den Ortsteil Bethel von den von Bodelschwingschen Stiftungen Bethel (vBS) auf die Stadt Bielefeld wurde in 2018 weitergeführt. Nachdem zunächst die vorhandenen Daten analysiert und in die Informationssysteme (novaKANDIS und ArcGIS) des Umweltbetriebes integriert wurden, ist nun die Abgrenzung des Kanalnetzes in öffentliche und private Kanäle erfolgt. Demnach weisen ca. 757 Haltungen (inkl. Gewässerverrohrungen in öffentlichen Flächen) mit einer Gesamtlänge von ca. 25,1 km einen öffentlichen Charakter auf und sollen durch die Stadt Bielefeld übernommen werden. Die in 2018 durchgeführte Neuuntersuchung mit anschließender Bewertung und Klassifizierung des baulichen Zustandes zeigt für ca. 13 % der zu übernehmenden Haltungen sofortigen bis kurzfristigen Sanierungsbedarf auf. Ca. 67 % der Kanäle sind mängelfrei.

Für die Übernahme des Kanalnetzes wurde im Finanzplan ab 2020 eine Investitionssumme in Höhe von 2 Mio. € „on top“ berücksichtigt.

Die Erstellung des öffentlich-rechtlichen Vertrages als Grundlage für die Rückübertragung der Abwasserbeseitigungspflicht auf die Stadt Bielefeld soll in 2019 mit Unterstützung der KommunalAgentur NRW erfolgen. Angestrebt wird ein übergreifender öffentlich-rechtlicher Vertrag, der auch Regelungen zur Übernahme von Gewässerverrohrungen in öffentlichen Flächen sowie von Straßenentwässerungseinrichtungen beinhaltet. Die abschließenden Projektergebnisse und der Entwurf eines Übernahmevertrages sollen in der zweiten Jahreshälfte 2019 zur politischen Beratung vorgelegt werden. Angestrebt wird eine Beschlussfassung im vierten Quartal 2019, damit die Übernahme ab Januar 2020 erfolgen kann.

3.1.3 Umsetzung des Investitionsprogramms

Im Stadtgebiet wurden im Jahr 2018 Kanäle über eine Gesamtlänge von mehr als 8 km erstellt, erneuert oder saniert und dafür eine Investitionssumme von mehr als 23 Mio. € beauftragt.

Die Sanierung der Weser-Lutter geht mit der Planung und dem Bau des RRB Teutoburger Straße in die nächste Phase. Daneben gehören die 2018 abgeschlossenen Kanalbaumaßnahmen in den Hauptverkehrsachsen der Stadt Bielefeld – in der Apfelstraße, Heeper Straße und Herforder Straße –, aber auch die neu begonnenen Projekte in der Straße Am Großen Feld, in der Bleichstraße und in der Gütersloher Straße zu den bedeutsamen Bauprojekten der Stadtentwässerung.

Im Jahr 2018 konnte die Kanalsanierung in der Apfelstraße und in der Straße Hohes Feld erfolgreich zum Abschluss gebracht werden. Die Apfelstraße ist wegen des dortigen hohen Verkehrsaufkommens von besonderer Bedeutung. Eine sorgfältige Planung, sowie viele Gespräche mit Anwohnerinnen, Anwohnern und Geschäftsleuten, dem Amt für Verkehr und den Stadtwerken haben zu dem reibungslosen Ablauf der Baumaßnahme beigetragen. Insgesamt wurden bei dieser Baumaßnahme 6.500 m³ Boden bewegt und 850 m Steinzeug- und Betonrohrkanäle sowie 370 m Hausanschlusskanäle neu verlegt. Anschließend erfolgte die Wiederherstellung der Straße.

Unter einer Vollsperrung der Straßen und bei beengten Platzverhältnissen wurde so eine Baumaßnahme mit einem Gesamtvolumen von rd. 1,2 Mio. € umgesetzt. Trotz der Einschränkungen der Anliegerinnen und Anlieger war die Resonanz im Nachhinein durchweg positiv.

Mit der Fertigstellung des dritten Bauabschnitts in der Straße Am Großen Feld ist ein wichtiger Baustein zur hydraulischen Sanierung des Gadderbaumer Stadtgebietes fertiggestellt worden. Nach der Artur-Ladebeck-Straße mit dem RRB Bolbrinkers Weg stellte auch der dritte Bauabschnitt baulich eine Herausforderung dar. Der Rohrgraben mit einer Verlegetiefe von bis zu 7 Metern musste in den

Felsen eingeschnitten werden. Um eine kurze Bauzeit von nur einem Jahr zu erreichen, wurden einige Schachtbauwerke schon im Betonwerk hergestellt und als bis zu 26 Tonnen schwere Fertigteile in die Baugrube abgesenkt. Der Bauauftrag in Höhe von rd. 3,2 Mio. € umfasste die Verlegung von 1.280 m Steinzeug- und Stahlbetonrohrkanälen. Zum Ende des Jahres 2019 wird mit dem letzten Bauabschnitt Eggeweg begonnen.

3.1.4 Schwerpunkte Abteilung Kanalbetrieb und Grundstücksentwässerung (700.43)

Die Schwerpunkte des Jahres 2018 der Abteilung Kanalbetrieb und Grundstücksentwässerung lagen in den Bereichen Arbeitssicherheit, Gefährdungsbeurteilungen und Erweiterung des Betriebsführungssystems KANIO.

Ebenso erfolgte im Bereich der Sonderbauwerke der sukzessive Umstieg von der Papierakte zur digitalen Akte.

- Arbeitsschutz, Arbeitssicherheit

Im Kanalbetrieb wurde 2018 ein großes Augenmerk auf den Bereich der Optimierung der Arbeitssicherheit gelegt.

Zur Verbesserung wurde Ende 2018 eine selbstprogrammierte Software auf Access Basis (UPM) eingeführt. Mit diesem System ist es nunmehr möglich, mit einfachen Mitteln Unterweisungen lückenlos zu dokumentieren. Ebenfalls können sich die Führungskräfte gemäß ihrer Arbeitgeber- und Unternehmerpflichten jederzeit und tagesaktuell per PC über den Stand der Unterweisungsthemen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter informieren. Beschäftigte, die z.B. aufgrund einer Urlaubs- oder Krankheitsvertretung bereichsübergreifend im Kanalbetrieb eingesetzt werden sollen, besitzen oftmals nicht alle notwendigen Unterweisungen und müssen nachträglich bzw. kurzfristig unterwiesen werden. Diese fehlenden Unterweisungen können nun von den Vorgesetzten automatisiert durch UPM mittels Suchfilter festgestellt und im Folgeschritt durchgeführt werden.

Eine Fehlbedienung der Datenbank und ein versehentliches Löschen von Daten sollen durch ein Berechtigungskonzept und eine Plausibilitätsprüfung im neuen System verhindert werden. Hierzu wurden verschiedene Anwendergruppen mit verschiedenen Berechtigungen eingerichtet.

Im Bereich der Arbeitsmittelüberprüfung wird im Kanalbetriebshof derzeit ein ähnliches Konzept entwickelt, aus dem die Daten mittelfristig in das System EHQSplus, eine gesamtbetrieblich eingesetzte Managementsoftware für den Arbeits- und Gesundheitsschutz (siehe hierzu auch Kapitel 6), übertragen werden sollen.

- Gefährdungsbeurteilungen und Explosionsschutzdokumente für Sonderbauwerke

Zurzeit widmet man sich intensiv der Überarbeitung und ggf. notwendigen Neuerstellung von Gefährdungsbeurteilungen und von Explosionsschutzdokumenten für die Sonderbauwerke des Umweltbetriebes. Mit Unterstützung externer Fachbüros werden in 2019 zunächst die Gefährdungsbeurteilungen erstellt. Darauf aufbauend folgen in den nächsten Jahren die notwendigen Explosionsschutzdokumente.

- Betriebsführungssystem (BFS) KANiO 4.0

In den letzten zwei Jahren wurden im Betriebsführungssystem KANiO die Sonderbauwerke (dies sind z.B. Regenrückhaltebecken, Regenklärbecken oder auch Pumpwerke) vollständig abgebildet, so dass die Erfassung der Tagesleistungsdaten u.a. dieser Bauwerke aber auch weiterer Bereiche der Kanalreinigung erfolgreich umgesetzt werden konnte. Zudem werden auch die Einleitungsstellen über dieses Programm überwacht. Seit 2018 werden die Arbeitsaufträge im Bereich der Schadnagerbekämpfung ebenfalls über das System abgewickelt.

Für die Bereiche der Sinkkastenreinigung sind erste Probeläufe für das Jahr 2019 geplant.

3.1.5 Betrieb der Kläranlagen

- Einhaltung der Überwachungswerte

Die Einhaltung der Überwachungswerte in den Einleitungen aus Kläranlagen in Gewässer ist das oberste Ziel im Betrieb abwassertechnischer Anlagen. Da sich die Höhe der an das Land zu zahlenden Abwasserabgabe ebenfalls nach den Schadstoffeinträgen in den Einleitungen bemisst, ist die Einhaltung der gemäß § 4 Abs. 1 Abwasserabgabengesetz erklärten Werte zudem ein wirtschaftlich relevanter Aspekt. Im Jahr 2018 wurden die in den jeweiligen Einleitungserlaubnissen definierten Überwachungswerte vollumfänglich eingehalten. Zudem wurden nach dem aktuellen Kenntnisstand auch die gemäß des § 4 Abs. 5 Abwasserabgabengesetz freiwillig niedriger erklärten Werte erreicht. So konnte die Abwasserabgabe an das Land NRW weiter reduziert werden. Das Erreichen dieses Zieles in 2018 darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass ganze Teilbereiche der Kläranlagen einer fundamentalen Überplanung durch externe Planer und einer entsprechenden Neuausrüstung bedürfen, um den grundsätzlich steigenden Anforderungen der Abwasserbeseitigung, aber auch der Arbeitssicherheit und Energie- und Personaleffizienz genügen zu können. Beispiele hierfür sind die

Projekte „Prozessleittechnik in allen Klärwerken“, „Schlammbehandlungsanlagen Kläranlage Heepen“, „Zulaufgruppe der Kläranlage Brake“, „Flockungsfiltration Kläranlage Brake“, und „Gebläsestation Kläranlage Sennestadt“.

Aufgrund des alternden Bestandes werden Mittel in die Renovierung und Unterhaltung der Komponenten wie Pumpen, Rechenanlagen, Rührwerke, Räumleinrichtungen, Dosiereinrichtungen, Schaltanlagen etc. investiert.

- Klärschlammentsorgung

Nach jahrelanger Kontinuität im Bereich der Klärschlammentsorgung ergaben sich ab 2017 u.a. durch die Novellierung der Düngeverordnung und der Klärschlammverordnung gravierende Auswirkungen auf die bisherigen Verwertungsmöglichkeiten. In der Konsequenz war neben anderem der Ausstieg aus der landwirtschaftlichen Klärschlammausbringung zu vollziehen. Wie im Vorjahr sind im wirtschaftlichen Ergebnis daher entsprechende Mehrkosten für eine thermische Entsorgung des Klärschlammes zu verzeichnen. Auch mittelfristig ist davon auszugehen, dass die markant veränderte und weiterhin sehr angespannte Marktsituation erhöhte Entsorgungskosten mit sich bringen wird.

Diese Veränderungen stellen bundesweit viele Kommunen vor große Herausforderungen. Zudem ist gesetzlich festgelegt, ab dem Jahr 2029 eine Phosphorrückgewinnung zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund entstand 2017 der Gedanke, Klärschlammmengen in der Region zu bündeln und ein gemeinsames interkommunales Vorgehen auf OWL – Ebene auszuloten. Durch Unterzeichnung eines „Letter of Intent“ erklärten sich im Laufe des Jahres 2018 eine Vielzahl von Kommunen mit dieser Vorgehensweise einverstanden. Um die Zusammenarbeit zu verstetigen und zu einer größeren Verbindlichkeit zu kommen, wurde unter externer Beratung eine Vorvereinbarung erarbeitet.

Durch Unterzeichnung der Vorvereinbarung vom 08.10.2018 schlossen sich neben dem Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld, der Abfallwirtschaftsverband Lippe, die Gesellschaft zur Entsorgung von Abfällen des Kreises Gütersloh mbH, die Herforder Abwasser GmbH, der Kreis Minden-Lübbecke – Abfallentsorgungsbetrieb des Kreises Minden-Lübbecke und die Stadt Gütersloh zusammen, um gemeinsam eine bestmögliche regionale Lösung zur Klärschlammverwertung zu erarbeiten. Der Kooperation sind mittlerweile 76 Kommunen aus dem Regierungsbezirk Detmold und darüber hinaus (Niedersachsen, Regierungsbezirke Arnsberg und Münster) beigetreten. Die Kooperation hat landesweit und darüber hinaus großes Interesse hervorgerufen. Sie ist ein gutes Beispiel für die konstruktive Zusammenarbeit der Kommunen gerade in Ostwestfalen-Lippe (OWL).

Durch den Zusammenschluss im Rahmen der Vorvereinbarung besteht die Chance, das schon jetzt akute Thema planmäßig und mit viel regionalem Sachverstand unter Einbindung der Bezirksregierung Detmold mit sehr begrenzten Kosten anzugehen. Alle Beteiligten profitieren von einer zeitlich sehr zügigen Entwicklung eines Konzeptes für die Region, das eine sichere und kostengünstige Entsorgung der Klärschlämme in Zukunft sicherstellen kann. Dieses Gesamtkonzept soll in der ersten Jahreshälfte 2019 erarbeitet und den politischen Gremien vorgestellt werden können. Belastbare wirtschaftliche Kenndaten und technische Prüfungen unter Abwägung der Chancen und Risiken der verschiedenen Lösungen sollen dann eine Grundlage für eine zukunftsweisende Entscheidung bilden.

3.2 Geschäftsbereich Stadtreinigung (700.5)

3.2.1 Sonderreinigungen

Die Geschäftsbereiche Stadtreinigung und Stadtgrün haben in dem Bereich Stadthalle / Hauptbahnhof die bereits im Jahr 2017 entwickelten Maßnahmen auch im Jahr 2018 erfolgreich fortgeführt. Außerdem wurden - beginnend im Sommer 2018 - das Umfeld der Stadtbahnhaltestelle Hauptbahnhof und die Grünanlage neben der Stadthalle u. a. durch Verbreiterung der Zuwegung zur Stadthalle und Trennung der Zuwegung von der Grünanlage durch eine Mauer neu gestaltet. Mit den inzwischen abgeschlossenen Baumaßnahmen wurde die Attraktivität des Bereiches gesteigert. Gleichzeitig hat mit der Neugestaltung die Aufenthaltsqualität für die im Bahnhofsumfeld zunehmende Anzahl an Alkohol- und Drogenabhängigen abgenommen.

Diese gegen die Aufenthaltsmöglichkeiten ergriffenen Gegenmaßnahmen wirken sich auf das angrenzende „Ostmannenturm-Viertel“ aus. Es ist eine verstärkte Verdrängung festzustellen. Die Fußwege durch das Wohngebiet werden intensiver frequentiert. Allerdings halten sich hier auch vermehrt Alkohol- und Drogenabhängige auf. Die Vermüllung und Verschmutzung der Anlagen hat in diesem Wohngebiet erheblich zugenommen. Kritisch sind vor allem die Spritzenfunde im Umfeld von Spielplatzanlagen, über die sich die Anwohnerinnen und Anwohner beklagen. Auf Initiative der Drogenberatung wurden 2018 ehrenamtliche Reinigungsarbeiten von Süchtigen durchgeführt, die mit Arbeitsmaterial und geringen Aufwandsentschädigungen durch den Umweltbetrieb unterstützt werden. Die täglichen Einsätze führen zu einer deutlichen Verbesserung des Erscheinungsbildes. Das Projekt wurde daher über den Jahreswechsel hinaus fortgesetzt und wird 2019 um ein weiteres Intervall erweitert werden.

Die Schönwetterperiode und damit die intensive Nutzung der Grillplätze an den „Heeper Fichten“ begann 2018 bereits in den Osterferien Anfang April. Zu diesem Zeitpunkt waren die 2017 erstmals getesteten, zusätzlichen 1.100 l - Abfallcontainer noch nicht aufgestellt, so dass erhebliche Mengen Grillreste und andere wilde Müllablagerungen beseitigt werden mussten. Das bisherige Konzept des Aufstellens der zusätzlichen Abfallcontainer wurde danach zeitnah erneut umgesetzt, allerdings war zunehmend festzustellen, dass auch Hausmüll in den Containern entsorgt wird. Die Maßnahmen werden 2019 weitergeführt und fortentwickelt.

Die langanhaltende Schönwetterperiode hat in ganz Bielefeld zu intensiver Nutzung der öffentlichen Flächen mit den negativen Begleiterscheinungen hinsichtlich Verschmutzung geführt. Auf die Probleme – mit ersten Lösungsvorschlägen – hat der Umweltbetrieb mit einer Informationsvorlage im Betriebsausschuss am 20.06.2018 aufmerksam gemacht. Verschiedene Ratsfraktionen haben in der Folge im Rat und in den zuständigen Ratsausschüssen Anträge gestellt, woraufhin der Umweltbetrieb ein umfassendes Konzept zur Vermeidung der Vermüllung öffentlicher Flächen erstellt hat. Nach dem Konzept (Drucksache 7641/2014-2020), das am 23.01.2019 im Betriebsausschuss des Umweltbetriebes und am 12.02.2019 abschließend im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz beraten und beschlossen wurde, sind im Einzelnen folgende Verbesserungsvorschläge umzusetzen:

1. Gezielte Öffentlichkeitsarbeit an Grundschulen und in Kindertagesstätten
2. Förderung des ehrenamtlichen Engagements
3. Erhöhung des Abfallbehältervolumens
4. Erhöhung der Leerungs- und Reinigungsintervalle in Grünanlagen
5. Wiederaufleben des Projektes „Stadtbildpflege“

Die notwendigen Maßnahmen wurden unmittelbar nach der Beschlussfassung initiiert. Das dafür erforderliche Personal und die dafür erforderlichen zusätzlichen Haushaltsmittel werden 2019 durch Umschichtungen innerhalb des Umweltbetriebes organisiert und sind im Stellenplan sowie in der Wirtschaftsplanung des Jahres 2020 berücksichtigt.

Abschließend bleibt festzuhalten: Bei der Sauberkeit und Ordnung im öffentlichen Raum wird man in unserer offenen Gesellschaft Abstriche vom Wünschenswerten hinnehmen müssen. Durch die Umsetzung der Maßnahmen wird die Reinigungshäufigkeit erhöht.

3.2.2 Winterdienst

Der fortschreitende globale Klimawandel wird sich in den kommenden Jahren immer stärker auch in Deutschland auswirken. Zu erwarten sind sowohl erhöhte Durchschnittstemperaturen als auch vermehrt Extremwetterereignisse. Im mittelfristigen Bereich werden bis zum Jahr 2030 bei den Lufttemperaturen jedoch nur geringe Änderungen vorhergesagt. Prognostiziert wird allerdings ein Anstieg der Niederschläge. Glatteisereignisse fallen regional sehr unterschiedlich aus und konkrete Vorhersagen sind leider erst in einem Zeitraum von ein bis drei Tagen genauer möglich. Vor diesem Hintergrund wird der Winterdienst weiterhin auf der Grundlage der Durchschnittswerte der letzten zehn Jahre geplant.

Festzustellen ist allerdings, dass trotz der milden Winter der vergangenen Jahre die private Nachfrage nach Winterdienstleistungen zugenommen hat, so dass die Akquise von Subunternehmen zur Aufrechterhaltung der umfangreichen Verkehrssicherungspflichten der Stadt Bielefeld zunehmend schwieriger geworden ist. Die durchgeführten Ausschreibungsverfahren von ergänzenden Winterdienstleistungen im Jahr 2018 haben dies wiederholt bestätigt.

Die vermehrten Eigenleistungen zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherungspflicht führten dazu, dass beim Winterdienst die allgemeinen Regelungen des Arbeitszeitgesetzes nicht immer eingehalten werden konnten. Unter Beteiligung des Personalrates und der Belegschaft wurden daher Dienstpläne erarbeitet, die die Überschreitung der Höchstarbeitsgrenzen bzw. Unterschreitung der Mindestruhezeiten auf die zulässigen Ausnahmefälle begrenzen. Diese Maßnahme wird flankiert von internen, zusätzlichen Fahrerqualifizierungen aus anderen Geschäftsbereichen für den Fahrbahnwinterdienst (größerer Fahrerpool). 2018 wurden die in 2017 getroffenen Regelungen für die Winterperiode 2017/2018 (rollierende versetzte Dienste) überprüft. Über Anpassungen (vermehrt freiwillige Bereitschaft für Sonderdienste) konnten die betrieblichen Belange mit den berechtigten Interessen der Belegschaft in Einklang gebracht werden. Die Winterperiode 2018/2019 hat die Neuorganisation bestätigt.

3.2.3 Wertstofftonne

Die über die Wertstofftonne erfasste Menge an Verpackungs- und sonstigen Wertstoffen ist im Jahr 2018 gegenüber dem Vorjahr nochmals um 47 t auf insgesamt 12.501 Gewichtstonnen gestiegen. Das entspricht einer Sammelquote von 37,6 kg/Einwohner/Jahr. Ursächlich für diese Entwicklung ist

unter anderem ein bundesweiter Anstieg der Verpackungsabfälle, der auf veränderte Lebensbedingungen, das allgemeine Verzehr- und Konsumverhalten und die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen ist.

Gleichzeitig lässt eine Analyse des Sammelmaterials erkennen, dass sich die Qualität und damit das Verwertungspotential durch einen steigenden Anteil an Fremdstoffen negativ entwickeln. Der Umweltbetrieb hat im Jahr 2018 die Öffentlichkeitsarbeit nochmals intensiviert und mit ordnungsrechtlichen Maßnahmen in besonders begründeten Einzelfällen (vornehmlich in Großwohnanlagen) reagiert, indem Wertstofftonnen abgezogen und durch Restabfallbehälter ersetzt wurden.

Im Rahmen des politisch beschlossenen Konzepts zur Vermeidung der Vermüllung öffentlicher Flächen in der Stadt Bielefeld ist die vermehrte Abfallberatung an Grundschulen und in Kindertagesstätten durch eine weitere Abfallberaterin / einen weiteren Abfallberater vorgesehen. Auch diese Maßnahme soll zur Abfallvermeidung, zur besseren Abfalltrennung und zur Wiederverwendung beitragen.

3.2.4 Wertstoffhöfe

Die Anzahl der Anlieferungen auf den drei Wertstoffhöfen sind im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Positiv ist, dass die Bielefelder Bevölkerung das zusätzliche Angebot zum sogenannten „Abholsystem“ intensiv nutzt. Gleichzeitig stellt diese Entwicklung den Umweltbetrieb vor neue Herausforderungen. Die Annahmekapazitäten sind mittlerweile nahezu erschöpft, so dass Erweiterungskapazitäten für die Wertstoffhöfe Mitte und Nord geprüft werden. Dazu gehört auch die Prüfung der Notwendigkeit und Realisierbarkeit eines neuen bzw. ergänzenden Standortes für den Wertstoffhof Nord.

3.2.5 Förderung der Vorbereitung zur Wiederverwendung

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz erklärt die erneute Verwendung von Abfällen und Wertstoffen bzw. die Vorbereitung zur Wiederverwendung zum vorrangigen Ziel. Damit soll die Abfallwirtschaft noch konsequenter als bisher zum Ressourcenschutz und Umweltschutz beitragen. Der Umweltbetrieb kooperiert zum Thema Wiederverwendung in Form verschiedener Projekte bereits seit dem Jahr 2006 mit sozialwirtschaftlichen Trägern.

Das aktuelle Gesamtkonzept, an dem der UWB seit 2017 gearbeitet hat, sieht nun eine systematische Vorsichtung und Separierung aller für eine Wiederverwendung in Frage kommenden Produkte ausschließlich durch geschultes Personal des Umweltbetriebes vor.

Dieses Konzept wurde dem Betriebsausschuss des Umweltbetriebes in der Sitzung am 05.09.2018 und dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz am 04.09.2018 vorgestellt.

Der Umweltbetrieb hatte zuvor alle in Bielefeld in dem Tätigkeitsfeld relevanten, sozialwirtschaftlich tätigen Betriebe zur Kooperation eingeladen. Nach diversen Fachgesprächen wurden mit dem Arbeitskreis Recycling e. V. / Recyclingbörse und der Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung Bielefeld mbH (GAB Bielefeld) am 25.04.2018 Kooperationsverträge mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2020 abgeschlossen.

Damit bedient der Umweltbetrieb die Wiederverwendungswertschöpfungskette im Bereich der Erfassung/Annahme/Sortierung und der anschließenden Weitergabe an sozialwirtschaftliche Träger. Die regelmäßigen Schulungen des Personals der Wertstoffhöfe zur Erkennung wiederverwendbarer Gegenstände haben zu einem Anstieg der erfassten Menge geführt. Parallel hat der Umweltbetrieb auf den Wertstoffhöfen Mitte, Nord und Süd Sammelcontainer aufgestellt, die als Sammel- und gleichzeitig Abholstelle für wiederverwendbare Gegenstände durch die Kooperationsbetriebe dienen.

3.2.6 Zusammenführung der WRB Wertstoffrecycling der Stadt Bielefeld GmbH mit dem Umweltbetrieb

Die am 08.02.2018 vom Rat der Stadt Bielefeld beschlossene Zusammenführung des operativen Geschäfts der WRB Wertstoffrecycling der Stadt Bielefeld GmbH mit dem Umweltbetrieb wurde planmäßig im Rahmen eines Betriebsüberganges zum 01.07.2018 umgesetzt. Dabei wurden das gesamte Personal und die Fahrzeuge in den Umweltbetrieb eingegliedert. Die unterschiedliche Handhabung bei der Gewährung von Leistungsprämien, der Urlaubsgewährung und der Beschäftigung von Urlaubs- und Krankheitsvertretungen wurde entsprechend dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst angeglichen, wobei die in der WRB Wertstoffrecycling der Stadt Bielefeld GmbH übliche Zusammenarbeit mit Zeitarbeitsunternehmen in Abstimmung mit dem Personalrat übergangsweise noch eingeschränkt fortgesetzt wird. Für eine Optimierung der Strukturen und das weitere „Zusammenwachsen“ wurde im Februar 2019 eine Organisationsuntersuchung angestoßen, die bis zum Sommer 2019 andauern wird. Näheres hierzu ist dem Kapitel 3.2.9 zu entnehmen. Der Fortbestand der WRB Wertstoffrecycling der Stadt Bielefeld GmbH als strategische Gesellschaft wurde außerdem beleuchtet. Die WRB Wertstoffrecycling der Stadt Bielefeld GmbH hält Optionen für künftige Kooperationen mit Privaten offen und ermöglicht die Nutzung kartellrechtlicher und vergaberechtlicher

Spielräume qua Rechtsform. Zudem sind Beschaffung und Management der Wertstoffbehälter durch die WRB Wertstoffrecycling der Stadt Bielefeld GmbH flexibler zu handhaben. Die Gesellschaft sollte daher als „Hülle“ bestehen bleiben, um für spätere Eventualitäten genutzt werden zu können. Die Geschäftsführung wird weiterhin nebenamtlich wahrgenommen.

3.2.7 Bielefeld-to-go-Becher

Zur Reduzierung der Vermüllung des Stadtgebiets infolge einer zunehmenden Nutzung von Einweg-Coffee-to-go-Bechern wurde am 21.10.2017 auf der Grundlage einstimmiger Beschlussfassungen des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz und des Betriebsausschusses Umweltbetrieb ein Rabattsystem mit einem einheitlichen Bielefelder Mehrweg-Coffee-to-go-Becher aus hochwertigem Kunststoff eingeführt. Mittlerweile haben sich 17 verschiedene Betriebe / Institutionen mit 79 Verkaufsstellen an dem Projekt beteiligt. Der Bekanntheitsgrad des Bechers wurde auch in 2018 mit verschiedenen Aktionen des Umwelt- und des Presseamtes gesteigert. So erhalten beispielsweise Studierende bei Neuansmeldung ihres ersten Wohnsitzes einen Coffee-to-go-Becher mit Gutscheinen geschenkt. Insgesamt wurden bisher ca. 18.000 Becher verkauft. Die im Oktober 2018 durchgeführte Evaluation zeigt deutlich, dass von allen Beteiligten eine Fortsetzung der Initiative gewünscht wird. Das Projekt wird über den 31.12.2018 hinaus unbefristet fortgesetzt.

3.2.8 Revision der Straßenkontrollen

Für die Umsetzung des neuen Stufenkontrollplans nach Muster des Kommunalen Schadensausgleiches (KSA) konnten in 2018 die Datengrundlagen im elektronischen Verkehrsmanagementsystem (VMS) geschaffen werden, so dass nun ein wirkungsvolles Steuerungsinstrument für die Dokumentation der Verkehrssicherungspflichten und der wirtschaftlichen Leistungserbringung zur Verfügung steht. Ab Januar 2019 kann schrittweise die effizientere Organisation der Streckenkontrollen umgesetzt werden. Parallel wird ab dem 01.01.2019 eine neu strukturierte Kosten- und Leistungsrechnung im VMS integriert, die mit einer Schnittstelle mit dem Programm SAP kommuniziert und die bisherige KLR-Datenbank aus dem Jahr 2004 ablöst.

3.2.9 Organisationsuntersuchung der Abfallentsorgung - Abschnitt Betrieb

Die Zusammenführung der WRB Wertstoffrecycling der Stadt Bielefeld GmbH und des Umweltbetriebes zum 01.07.2018 hat zur Folge, dass die drei Betriebsmeister für 52 zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der WRB Wertstoffrecycling der Stadt Bielefeld GmbH und damit für nunmehr über 170 Personen unmittelbar Personalverantwortung tragen. Die Überführung in den Tarifvertrag

des öffentlichen Dienstes, die erstmalige systematische Leistungsbewertung, die bisher unterschiedliche Handhabung bei der Urlaubsgewährung und die vermeintlich unterschiedliche Aus- und Belastung bei der Tourenplanung haben in der Zwischenzeit zu überprüfungswerten Sachverhalten geführt. Außerdem besteht im Bereich der Abfallentsorgung ein deutlich überdurchschnittlicher Krankenstand.

Die genauen Ursachen und Lösungen sollen im Rahmen einer Organisationsuntersuchung erfasst werden. Mit der Untersuchung wurde zum 01.02.2019 die INFA GmbH beauftragt, die diese voraussichtlich vor Beginn der Sommerferien 2019 abschließen wird. Darauf aufbauend sollen in der Folgezeit die entsprechenden Maßnahmen umgesetzt werden.

3.3 Geschäftsbereich Stadtgrün und Friedhöfe (700.6)

3.3.1 Friedhofsbedarfsplanung und Kapellenkonzept

Mit Beschlussfassung durch den Rat am 09.02.2017 wurden rd. 34 ha Friedhofsfläche für Bestattungszwecke außer Dienst gestellt. Des Weiteren wurde auf zwei Friedhöfen (Pellafriedhof und Nicolaifriedhof) die Neuvergabe von Gräbernutzungsrechten eingestellt. Für den Nicolaifriedhof aber auch den Alten Friedhof in Sennestadt wurden in 2018 integrierte Stadtentwicklungskonzepte politisch beschlossen. In 2019 sollen die Anträge für die Städtebauförderung beim zuständigen Ministerium gestellt werden; vorbehaltlich der Mittelbewilligung ist dann ab 2020 die Umsetzung geplant. Während der Nicolaifriedhof perspektivisch in einen naturnahen Friedhofspark - unter Schaffung einer Aufenthalts- und Erholungsfläche für die angrenzende Gewerbe- und Wohnbebauung - umgewandelt werden soll, wurde für den Alten Friedhof in Sennestadt unter Einbindung der Flächen der angrenzenden Alten Gärtnerei die Erstellung eines Nutzungskonzeptes beauftragt. Der für das Jahr 2018 geplante Abriss der Kapelle auf dem Pellafriedhof musste verschoben werden und soll nun im Jahr 2019 erfolgen.

3.3.2 Überarbeitung der Friedhofsgebührensatzung

Mit Verabschiedung der Friedhofsbedarfsplanung und des Kapellenkonzeptes wurde die Basis für eine Neuberechnung des öffentlichen Grünanteils auf den kommunalen Friedhöfen geschaffen. Es besteht nunmehr Klarheit darüber, welche Erweiterungs- und Vorhalteflächen perspektivisch noch für Bestattungszwecke benötigt werden bzw. welche Flächen realistisch Überkapazitäten darstellen und damit dem öffentlichen Grünanteil auf Friedhöfen zuzuordnen sind. Auf dieser Grundlage erfolgte

die Neuberechnung des öffentlichen Grünanteils im Jahr 2017. Unter Berücksichtigung der ermittelten Werte befindet sich die Friedhofsgebührensatzung derzeit noch in Überarbeitung und soll spätestens nach der Sommerpause zusammen mit der Berechnung des öffentlichen Grünanteils den politischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt werden. In diesem Zusammenhang soll auch der Zuweisungsbetrag vom Haushalt an den Umweltbetrieb zur Unterhaltung des öffentlichen Grüns, der verwaltungsintern bereits verhandelt und erhöht wurde, den politischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

3.3.3 Umbau Betriebshof Sennefriedhof und Unterkunft Waldfriedhof in Sennestadt

Die bereits für 2018 geplante energetische Sanierung der Unterkunft für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf dem Sennefriedhof ist nicht vor dem Jahr 2020 zu realisieren. Diese Maßnahme wird in Eigenregie durch die Abteilung 700.61 Planung und Unterhaltung Friedhöfe begleitet, da der Immobilienservicebetrieb kurz- bis mittelfristig dafür über keine Personalkapazitäten verfügt. Für den Umbau des Wirtschaftsgebäudes und des angrenzenden Kapellentraktes auf dem Waldfriedhof in Sennestadt liegen erste Architektenentwürfe vor; voraussichtlicher Baubeginn soll in beiden Fällen Ende 2019 sein.

3.3.4 Grünunterhaltung und Grünflächenmanagement

Nach der Beschlussfassung über die Pflegepläne durch die zuständigen zehn Bezirksvertretungen wurden im Jahr 2018 abschließend auch einstimmige Beschlüsse im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz sowie im Schul- und Sportausschuss gefasst.

3.3.5 Baumkontrollen und Baumpflege

2018 wurde die Baumkontrolle und Baumpflege komplett auf eine digitale Bearbeitung umgestellt. Die offenen Maßnahmen im Bereich der Baumpflege konnten von knapp unter 7.000 Ende 2017 auf knapp unter 4.000 Ende 2018 reduziert werden. Dies gelang durch die Bildung einer dritten Baumpflegekolonie sowie durch umfangreiche Ausschreibungs- und Vergabetätigkeiten im Bereich der externen Baumpflege und Baumfällung.

Das 2016 begonnene Projekt zur systematischen Erfassung, Kontrolle und Pflege sämtlicher Bäume auf Grundstücken der Stadt Bielefeld wurde auch im Jahr 2018 ergebnisorientiert weiterverfolgt. Zu den Projektpartnern gehören das Umweltamt, das Amt für Verkehr sowie der Immobilienservicebetrieb der Stadt, deren Baumbestand bisher noch nicht ganzheitlich erfasst, kontrolliert und gepflegt

wurde. Vor dem Hintergrund einer gesamtstädtischen, gerichtsfesten Organisation haben sich die Beteiligten entschlossen, alle noch nicht erfassten Bäume in das Baumkataster der Grünunterhaltung des Umweltbetriebes aufzunehmen. Durch eine von allen Projektpartnern finanzierte Stelle wurden bis Ende 2018 zusätzlich 15.801 Bäume erfasst. Die Erfassung der restlichen Bäume soll bis Ende 2019 abgeschlossen werden.

Für die gerichtsfeste und systematische Weiterbearbeitung dieser Bäume (Baumkontrolle und Baumpflege) wurden für das Jahr 2019 drei zusätzliche Stellen in den Stellenplan der Grünunterhaltung aufgenommen. Diese Stellen werden über die Projektpartner komplett refinanziert.

3.3.6 Forschungsprojekt Biodiversität

Zusammen mit dem Umweltamt beteiligt sich der Umweltbetrieb seit 2017 an dem Forschungsprojekt „Städtische Grünstrukturen für biologische Vielfalt – Integrative Strategien und Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung von Biodiversität in Städten“. Bundesweit nehmen als Praxisstädte (Verbundpartner) nur Bielefeld und Heidelberg teil. In Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Forschungspartnern (IÖR-Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e.V. – Dresden, IWU Institut für Wohnen und Umwelt GmbH – Darmstadt und DUH Deutsche Umwelthilfe e.V. – Radolfzell) wird ein Leitfaden zur Erstellung von kommunalen Biodiversitätsstrategien erarbeitet, der bundesweit auch anderen Städten zu Verfügung gestellt werden soll. An diesem wurde im Jahr 2018 weitergearbeitet. Das Projekt wird offiziell im Jahr 2019 beendet.

3.3.7 Botanischer Garten

- Erweiterung des Botanischen Gartens

Der Botanische Garten ist ein besonderes gärtnerisches Kleinod in Bielefeld. Er erfreut sich großer Beliebtheit und bereichert die Grünanlagenkulisse der Stadt durch seine besondere Qualität.

2013 wurde eine angrenzende Fläche von der ev.-luth. Martini-Kirchengemeinde – im Wesentlichen finanziert aus einem Nachlass („Generotzky-Stiftung“) und Mitteln des Vereins der Freunde des Botanischen Gartens – mit dem Ziel erworben, den Botanischen Garten zu erweitern.

Inzwischen wurde eine Verbindung zwischen den Flächen des „alten“ Botanischen Gartens und der Erweiterungsfläche geschaffen. Zuvor waren die Flächen durch den dort verlaufenden Geländeeinschnitt mit dichtem Gehölzbewuchs optisch und funktional getrennt. Der dortige Wasserlauf und die kleinen Staugewässer wurden in dem dichten Bewuchs kaum wahrgenommen.

Als Verbindung dient u. a. eine aufwändige Brückenkonstruktion, die ebenfalls aus dem Nachlass finanziert werden konnte.

Geplant ist, auf der Erweiterungsfläche voraussichtlich ab 2021 einen Apotheker-Garten anzulegen. Perspektivisch ist die Errichtung eines großen Gewächshauses wünschenswert. Dafür stehen derzeit allerdings keine finanziellen Mittel zur Verfügung.

- Sanierung des Fachwerkhouses auf dem Gelände des Botanischen Gartens

2020 wird das auf dem Gelände befindliche und das Bild des Botanischen Garten prägende Fachwerkhause, das im Wesentlichen als Unterkunft für die dort tätigen Gärtnerinnen und Gärtner genutzt wird, saniert und umgebaut.

3.3.8 Kooperationen

Auch im Jahr 2018 gab es Kooperationen der Abteilung Grünunterhaltung und Ausbildung mit der Bielefelder Bürgerstiftung, der Osthusenrich-Stiftung und den Bielefelder Philharmonikern.

Mit Hilfe der Bürgerstiftung und der Bielefelder Philharmoniker wurde im Jahr 2018 der Spielplatz „Frerkshof“ im Stadtgebiet Quelle im Rahmen eines betriebsinternen Ausbildungsprojektes umfassend saniert. Über das bürgerschaftliche Engagement in Form von praktischer Unterstützung auf der Baustelle hinaus wurde die Maßnahme noch durch eine Spende der Osthusenrich-Stiftung unterstützt. Auf Grund der positiven Resonanz bei allen Beteiligten wurde als weiteres Projekt die Umgestaltung des Spielplatzes „Diemweg“ ausgewählt, mit dessen Planung noch in 2018 begonnen wurde. Die Realisierung ist für das Jahr 2019 vorgesehen.

Die Beteiligten sind sich darüber einig, dass es über die Projekte der vergangenen Jahre hinaus weitere Spielplatzprojekte im Jahr 2019 und in den Folgejahren geben wird.

Im Jahr 2018 konnte außerdem das Projekt „Unser Baum für Bielefeld – Zukunft gestalten“ mit der Bielefelder Bürgerstiftung initiiert werden. Die vom Eschentriebsterben betroffene historische Eschenallee auf der Promenade, ein repräsentativer Teil des Hermannsweges in Richtung Sparrenburg, wird in zwei Bauabschnitten gefällt und durch eine neue Traubeneichenallee ersetzt. Der Aufruf der Bielefelder Bürgerstiftung und des Umweltbetriebes, an der Neugestaltung durch die Spende einer Traubeneiche teil zu haben, hatte eine so gute Resonanz, dass sämtliche 89 Spenderbäume innerhalb von 24 Stunden vergeben waren. Die beiden Bauabschnitte sollen bis Ende 2019 umgesetzt werden. Die Spenderinnen und Spender werden im Anschluss auf zwei Stelen festgehalten, die auf der Promenade aufgestellt werden.

3.3.9 Neues Unterweisungskonzept „KommMitMensch“

Das neue Unterweisungskonzept der Abteilung Grünunterhaltung und Ausbildung basiert auf der neuen Präventionskampagne „KommMitMensch“ der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG), für die seit Mai 2018 geworben wird. Dieses Konzept der SVLFG beschreibt den Stellenwert von Sicherheit und Gesundheit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nun in sechs Handlungsfeldern (Führung, Kommunikation, Beteiligung, Fehlerkultur, Betriebsklima, Sicherheit und Gesundheit).

Ziel des Konzeptes ist es u.a., die Akzeptanz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu steigern sowie die aktive Mitarbeit zu erhöhen. Die wichtigen Inhalte der einzelnen Betriebsanweisungen werden jetzt in kleinen Teams den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vermittelt, wobei im Vorfeld festgelegt wird, welche bzw. welcher Beschäftigte in welchen Bereichen unterwiesen werden muss. Dabei ist die Unterweisungsatmosphäre vertrauter und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden so ermutigt, sich selber einzubringen. Das neue Verfahren benötigt organisatorisch eine intensivere Betreuung und setzt ein impliziertes Fachcontrolling in der Abteilung voraus.

3.3.10 Neubau-/Objektplanung

Das erstmals im Lagebericht 2016 beschriebene hohe Auftragsaufkommen hält weiter an. So konnte das in 2018 anstehende Auftragsvolumen aus den gleichen Gründen wie in den Vorjahren wiederum nicht vollständig abgearbeitet werden. Trotzdem konnten jedoch wie in der Vergangenheit die aus Städtebaufördermitteln finanzierten Projekte fristgerecht fertiggestellt werden. Hierzu sind vermehrt Planungsleistungen an externe Landschaftsarchitekturbüros vergeben worden.

Maßnahmen, die in 2018 nicht begonnen bzw. nicht abgeschlossen wurden, müssen auf 2019 verschoben werden. Weitere Maßnahmen, die aus Mitteln des Städtebaus gefördert werden, sind für 2019 ff. bereits eingeplant. Die Förderanträge dazu sind entweder bereits gestellt worden oder werden zeitnah gestellt. Für den Bereich der Grünflächen und Freianlagen werden die dafür jeweils erforderlichen Entwurfsplanungen einschließlich Kostenberechnungen durch die Abteilung 700.63 Neubau/Objektplanung erstellt.

Im Rahmen der Organisationsberatung sind durch den Geschäftsbereich Organisation des Amtes für Organisation, IT und Zentrale Leistungen in 2018 u.a. Interviews geführt worden. Nach den Erkenntnissen aus diesen Gesprächen soll nun eine eindeutige Aufgabenverteilung und Abgrenzung zwischen dem jeweiligen Auftraggeber, der Abteilung 700.63 als Auftragnehmerin und den objekt-nutzenden Organisationseinheiten erarbeitet werden.

Hierzu wurde ein Projektauftrag zur Erarbeitung einer generellen Leistungsvereinbarung für die Abteilung Neubau / Objektplanung – 700.63 – vom Oberbürgermeister erteilt. Dieser Auftrag wurde zuvor von den Dezernaten 2, 3, 4 und 5 als maßgeblich zu Beteiligten und Auftraggebern mitgezeichnet. In zwei Phasen (Phase 1: Erarbeitung eines Entwurfs einer Leistungsvereinbarung, Phase 2: Abstimmung mit den Auftraggebern) soll dieser Auftrag im Jahr 2019 abschließend bearbeitet werden.

3.3.11 Forsten und Tierpark

- Tierpark

Die hohe Besucherinnen- und Besucherzahl von ca. einer Million Gäste zeigt unverändert die hohe Beliebtheit und Attraktivität des Heimat-Tierparks Olderdissen.

Auch im Berichtsjahr konnten hier wieder viele Maßnahmen realisiert werden, darunter der Neubau der Waschbärenanlage. Zudem wurden zahlreiche Unterhaltungsarbeiten im Bestand, wie z.B. die Entschlammung des oberen Ententeiches mit der Instandsetzung des Tauben- und Entenhauses durchgeführt.

Bezüglich der im Tierpark lebenden Tiere hält die Nachfrage anderer zoologischer Einrichtungen nach überzähligen Exemplaren weiter an.

Ein großer Erfolg ist, dass die freilebenden Weißstörche auch im zweiten Jahr in Olderdissen gebrütet und vier Jungvögel großgezogen haben.

- Forsten

Das vergangene Jahr war in diesem Bereich durch die Aufarbeitung von Schäden nach dem Sturm Friederike am 18.01.2018 geprägt. Windgeschwindigkeiten von bis zu 124 km/h in Bielefeld führten zu einer geschätzten Schadholzmenge von 10.000 Festmetern (Fm).

Neben den Auswirkungen des Sturmes kennzeichnete das Jahr 2018 zudem eine extreme Trockenheit in ganz Europa. Dadurch setzte ab Juli ein Borkenkäferbefall ungeahnten Ausmaßes mit vier Generationen ein, der erst im Dezember abnahm. Über den gesamten Winter 2018/2019 mussten ständig weitere befallene Bäume festgestellt werden.

Aufgrund dieser beiden Schadensereignisse und weiterer Stürme brach der Holzmarkt in Mitteleuropa insgesamt zusammen und die Holzpreise fielen fast auf ein Drittel des ursprünglichen Preises zurück.

Nachfolgend eine Aufstellung der Schadholzmenge für den Stadtwald und die Forste der Stadtwerke Bielefeld GmbH:

Gesamtmasse:	21.000 Fm
davon:	14.700 Fm aufgearbeitet, verkauft und abgefahren
	4.500 Fm aufgearbeitet, unverkauft
	1.800 Fm noch aufzuarbeiten

Allein für die im Stadtwald 2018 verkaufte Schadholzmenge mit einer Holzmasse von 11.785 Fm wurden im Vergleich zu den Preisen aus dem Vorjahr um ca. 123.000 € geringere Verkaufserlöse erzielt. Im Wirtschaftsplan finden sich dennoch höhere Erlöse aus den Holzverkäufen, da aufgrund der Kalamitäten mehr Holzschlag erfolgen musste. Der Normaleinschlag liegt bei 8.000 bis 10.000 Fm.

Neben der Aufarbeitung der o.g. Schäden wurden im Wesentlichen nur Verkehrssicherungsmaßnahmen, hauptsächlich aufgrund des Eschentriebsterbens, vorgenommen.

Durch die Niederschlagsdefizite und durch den enorm hohen Borkenkäferbestand ist auch in 2019 mit einer weiteren Schädigung zu rechnen. Sofern sich die Witterung nicht drastisch ändert, ist davon auszugehen, dass die Fichte aus den Mittelgebirgslagen verschwindet.

Die Waldjugendspiele, eine seit dem Jahr 2000 alljährlich stattfindende Veranstaltung zur Umweltbildung von Schülerinnen und Schülern in Nordrhein-Westfalen, wurden im vergangenen Jahr ebenfalls wieder gemeinsam mit den Kooperationspartnern Schutzgemeinschaft Deutscher Wald e.V. Kreisgruppe Bielefeld/Gütersloh, Stadtwerke Bielefeld und Universität Bielefeld, durchgeführt. Teilgenommen haben 82 Schulklassen mit 2.000 Kindern.

Die Überarbeitung des Forsteinrichtungswerkes, eine Art Waldinventur zur Erfassung des Waldzustandes und zur mittelfristigen Planung der Forstwirtschaft, wurde auch in 2018 fortgesetzt und dauert weiterhin an.

4. Geschäftsbereichsübergreifende Entwicklungen

4.1 Unternehmenskommunikation, Öffentlichkeitsarbeit, Marketing

Die Aufgabenbereiche des Umweltbetriebes werden in der Öffentlichkeit und Presse intensiv wahrgenommen und diskutiert. Dazu zählen beispielsweise die Sauberkeit in unserer Stadt, die Problematik der Entwässerung und der sich auf unsere Wälder auswirkende Klimawandel, um nur einige, wenige Beispiele von öffentlicher Relevanz zu nennen.

Die Betriebsleitung hat sich dazu entschieden, die Öffentlichkeits- und Pressearbeit zu intensivieren und eine bisher freiberuflich tätige Journalistin als neue Mitarbeiterin gewinnen können.

Dadurch ist der Umweltbetrieb beispielsweise in der Lage, das konzeptionelle Vorgehen, um der zurzeit intensiv diskutierten, permanent zunehmenden Verschmutzung unserer Stadt Herr zu werden, verstärkt in der Presse und Öffentlichkeit publik zu machen.

4.2 Betriebshofkonzept

Der letzte noch fehlende Baustein des Betriebshofkonzeptes besteht in der Errichtung eines Querriegels (Haus B) an das 2012 bezogene Bürogebäude (Haus A), um die Abteilungen Planung, Bestandserfassung – 700.41 – und Planen und Bauen von Abwasseranlagen – 700.42 – des Geschäftsbereiches Stadtentwässerung, den gesamten Geschäftsbereich Finanzen und Controlling und die IT-Abteilung auf dem Gelände an der Eckendorfer Str. 57 integrieren und das angemietete Gebäude an der Eckendorfer Str. 43 aufgeben zu können.

Die Planungen für die Errichtung des Hauses B wurden im September 2018 nach erfolgtem Beschluss durch den Betriebsausschuss des Umweltbetriebes wieder aufgenommen und konkretisiert. Der bestehende Architektenvertrag mit dem Architekturbüro Crayen und Bergedieck wird weitergeführt. Der Baubeginn ist für Anfang 2020 und die Fertigstellung für Mitte 2021 geplant. Der Mietvertrag für das Gebäude Eckendorfer Str. 43 ist entsprechend zu verlängern.

4.3. DV- Projekte

4.3.1 Pit-Kommunal

Das für das Jahr 2018 geplante Update von „Pit-Kommunal Grün, Baum, Spielplatz“, ein Programm zur Erfassung und Verwaltung von Grünflächen, Bäumen und Spielgeräten, wurde weitestgehend abgeschlossen. Darüber hinaus wurde die servicebasierte Replikation für die mobilen Endgeräte eingeführt. Die erforderlichen Programmierarbeiten für das Dauergrabpflegeprogramm wurden 2018 abgeschlossen.

4.3.2 Einführung der digitalen Zeiterfassung für weitere operative Bereiche („Atoss“)

Nach der erfolgreichen Einführung der elektronischen Zeiterfassung in der Abteilung Grünflächenunterhaltung / Ausbildung im September 2015 und weiteren Abteilungen in 2016 nehmen seit 2017 auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung Klärwerke – 700.44 – und der Abteilung Straßenreinigung und Winterdienst – 700.51 – an der elektronischen Zeiterfassung teil. In den Bereichen der Wertstoffhöfe, Straßenreinigung, Klärwerke und Pforte/Wachdienst wurde über die Zeiterfassung hinaus auch die Personaleinsatzplanung eingeführt. Mit Ausnahme des Tierparks wurden somit alle operativen Bereiche an die elektronische Zeiterfassung angeschlossen. Momentan wird bei der vorhandenen Telefonverkabelung im Tierpark geprüft, ob die Installation und Aktivierung eines Zeiterfassungsterminals möglich ist.

4.3.3 Einführung „Pit Mobile“

Durch die Migration von Windows 7 auf Windows 10 und damit bedingten Wegfall des Synchronisierungstools „Windows Mobile Device Center“ können nach der Migration die mobilen Endgeräte der Firma Juno nicht mehr mit der Datenbank Pit-Kommunal synchronisiert werden. Der Umweltbetrieb hat entschieden, künftig die Betriebsdatenerfassung in den Abteilungen Planung und Unterhaltung Friedhöfe – 700.61 – und Grünflächenunterhaltung / Ausbildung – 700.64 – mit Smartphones zu realisieren. Erste Tests verliefen bereits erfolgreich. Der Rollout der Smartphones soll 2019 beginnen und abgeschlossen werden.

4.3.4 Einführung „Atoss Mobile Workforce Management“

Üblicherweise werden für die Zeiterfassung Terminals der Firma Atoss installiert. Jedoch unterhält der Umweltbetrieb Standorte, an denen die Installation aufgrund der geringen Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht wirtschaftlich ist. Da die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an diesen

Standorten auch die Betriebsdaten in „Pit Mobile“ erfassen, bietet es sich an, auch die Zeiterfassung über eine Applikation auf dem Smartphone zu realisieren. Die Vorbereitungen auf dem Server sind abgeschlossen. Erste Tests sind erfolgreich verlaufen. Die Applikation wird den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit dem Smartphone 2019 zur Verfügung gestellt.

4.3.5 Elektronisches Bezahlverfahren „e-payment“ für Online-Buchungen von Sperrgutterminen („Sperrgut Online“)

Angeregt durch das städtische Projekt „e-Government“ hat sich der Umweltbetrieb entschieden, ein elektronisches Bezahlverfahren (PayPal, giro pay, paydirekt, Kreditkarte) für das Verfahren „Sperrgut Online“ einzuführen. Die Voraussetzungen wurden 2018 geschaffen. Der Produktivstart ist im ersten Quartal 2019 erfolgreich verlaufen.

4.3.6 Erweiterungen der in der Abteilung Abfallentsorgung eingesetzten Software Athos

Die Software der Firma Athos („Athos new line“ und „AWS-32“) wird in der Abteilung Abfallentsorgung zur Verwaltung des gesamten Betriebes eingesetzt. Dazu gehört u.a. die Tourenplanung, die Erfassung der Wiegedaten, die Behälterverwaltung und das Beschwerdemanagement. Im Rahmen eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses wurden im Jahr 2018 neue Erweiterungen angeschafft.

- „AWS-32“

„AWS-32“ ist eine warenwirtschaftliche Bearbeitungs- und Informationssoftware mit den Schwerpunkten Anlagenbetrieb und Containerdienst für die gewerbliche und die kommunale Abfall- und Entsorgungswirtschaft. In 2018 ist im Testbetrieb die Software auf das aktuelle Release 4.0 upgedatet worden und soll in 2019, nach erfolgreichen Tests, produktiv geschaltet werden.

- Gefahrenkataster

Aufgrund einiger zum Teil tödlicher Unfälle durch rückwärtsfahrende Abfallentsorgungsfahrzeuge im Bundesgebiet hat sich die Abteilung Abfallentsorgung dazu entschieden, die vorhandenen Gefährdungsbeurteilungen für gefährliche Straßen in Bielefeld zu digitalisieren. Dazu wird die im Betrieb zur Tourenplanung eingesetzte Software „Athos new line“ um das Modul „Gefahrenkataster“ erweitert. Neben der elektronischen Erfassung der ca. 180 bereits bekannten Gefahrenstellen werden von einem Betriebsmeister weitere 300 mögliche Gefahrenstellen durch Inaugenscheinnahme begutachtet, um die bestehenden Beurteilungen zu aktualisieren und neue Straßen zu erfassen. Dazu wird

der Standort fotografiert und ausführlich beschrieben. Im Anschluss bewerten die Abschnittsleitungen und der Abteilungsleiter die Gefährdung hinsichtlich umzusetzender Maßnahmen oder Anweisungen an die Fahrer. Ziel ist es, die vollständige Erfassung bis Mitte 2020 zu realisieren.

Derzeit wird außerdem der Einsatz von Telematik-Systemen in der Abfallentsorgung geprüft. Beispielsweise könnten Gefährdungsanalysen bei der Einführung eines solchen Systems direkt mit in die Tour eingebunden werden.

4.4 Maschinenpool und Zentrallager

Der Maschinenpool und das Zentrallager wurden 2018 auf dem erreichten Status Quo weitergeführt. Ab dem Jahr 2019 sollen zudem die Geräte und Maschinen der Abteilungen Kanalbetrieb und Grundstücksentwässerung – 700.43 –, Klärwerke – 700.44 – und Straßenreinigung und Winterdienst – 700.51 – in den Maschinenpool übernommen werden.

4.5 Ökoprofit

Das Projekt „Ökoprofit“, das durch das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW gefördert wird, verfolgt das Ziel einer nachhaltigen ökonomischen und ökologischen Stärkung von Unternehmen. Der Umweltbetrieb nimmt schon seit Jahren mit einzelnen Abteilungen erfolgreich daran teil – im Jahr 2018 vertreten durch den Betriebshof Nord, auf dem der Wertstoffhof Nord, ein Bezirk der Abteilung Grünflächenunterhaltung / Ausbildung, sowie der Ausbildungsbereich der Abteilung untergebracht sind.

Das Projektteam setzt sich dabei geschäftsbereichsübergreifend aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung Grünflächenunterhaltung / Ausbildung, der Abteilung Abfallentsorgung und der Abteilung Personal, Organisation und Verwaltung zusammen. Ziel ist es, Möglichkeiten zur Ressourceneinsparung im Bereich der Unterkünfte und im Bereich der Wertstoffannahme zu identifizieren und umzusetzen. Folgende größere Maßnahmen wurden in diesem Prozess entwickelt:

- Prüfung einer möglichen Realisierung einer Photovoltaikanlage auf dem Haupthaus
- Umrüstung der Beleuchtung verschiedener Räume auf LED-Technik mit Schaltung über Bewegungsmelder
- Thermografie-Aufnahmen aller Fassaden zur Aufdeckung von thermischen Verlusten
- Anschaffung und Einführung diverser Mülltrennsysteme für alle Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und Reinigungskräfte.

Zudem wurden basierend auf den Ergebnissen der bisherigen Teilnahme am Projekt Ökoprofit im vergangenen Jahr 2018 weitere drei Betriebsstandorte der Abteilung Planung und Unterhaltung Friedhöfe „unter die Lupe“ genommen. Zusätzliche Energie-Einsparpotentiale konnten ermittelt und die sich daraus ergebenden Maßnahmen weitgehend umgesetzt werden. 2019 sollen weitere Friedhofsunterkünfte begutachtet werden.

Auch das Projekt, den Waldfriedhof in Sennestadt in einen naturnahen Friedhof umzuwandeln, schreitet voran. Dank dreier Bachelorarbeiten der Universität Bielefeld, Fakultät für Biologie, liegen mittlerweile detaillierte Daten über die pflanzliche Biodiversität des Friedhofs vor. Das Konzept soll in 2019 zur Beschlussfassung gebracht werden.

4.6 Umweltinspektion

In 2017 führte die Bezirksregierung Detmold auf der Grundlage der europäischen Industrieemissionsrichtlinie (IED) sowohl auf dem Betriebshof Süd als auch auf dem Betriebshof Mitte Umweltinspektionen durch.

Auf dem Betriebshof Mitte fand am 19.07.2017 eine unangemeldete Begehung durch die Bezirksregierung statt. Im Rahmen der Kontrolle der abwassertechnischen Anlagen wurden Mängel festgestellt. Dazu gehören u. a. die fehlende Kennzeichnung der Probeentnahmeschächte und die fehlende Kanalnetzanzeige. Die Abwassertechnik des Kehrrichtlagers, der Müllbehälterwaschanlage, der PKW-Waschanlage und der Oberflächenwaschanlage der Winterdienstfahrzeuge entsprach nicht mehr dem Genehmigungsstand. Mit der Abarbeitung der Mängel wurde umgehend begonnen, so dass die von der Bezirksregierung gesetzten Fristen eingehalten wurden. In weiteren Gesprächen sind Sanierungskonzepte erstellt und mit der Bezirksregierung abgesprochen worden. So wurden die Anträge auf Erteilung von Indirekteinleitergenehmigungen fristgerecht zum 31.03.2018 bei der Bezirksregierung eingereicht und die Abwasseranlagen technisch auf den erforderlichen Antragsstand gebracht. Der Kanalnetzanzeige nach § 57 Abs. 1 LWG wurde von der Bezirksregierung Detmold mit Bescheid vom 22.11.2018 zugestimmt.

4.7 LKW-Kartell

Im Sommer 2016 war bekannt geworden, dass namhafte Fahrzeughersteller in den Jahren 1997 bis 2011 die Verkaufspreise für Lastkraftwagen untereinander abgesprochen und zudem Mehrkosten im Zusammenhang mit der Einhaltung strengerer Emissionsvorschriften in abgestimmter Form an ihre Kunden weitergegeben hatten. Der Umweltbetrieb und das Feuerwehramt sind im maßgeblichen

Zeitraum mit der Beschaffung von ca. 130 Fahrzeugen betroffen. Das Vergabevolumen betrug rund 8 Mio. Euro netto. Zur Verfolgung konkreter Schadensersatzansprüche ist der Umweltbetrieb den Empfehlungen der kommunalen Spitzenverbände und des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) gefolgt. So wurden die Kartellanten 2017 zur Verhinderung der Verjährung von Ansprüchen aufgefordert, auf die Einrede der Verjährung zu verzichten. Diese Verjährungsverzichtserklärungen hat der Umweltbetrieb erhalten. Außerdem wurde im Frühjahr 2017 zur Abschätzung der Schadenssummen durch die kommunalen Spitzenverbände und den VKU ein Gutachten in Auftrag gegeben. Der Umweltbetrieb hat sich an den Kosten des Gutachtens beteiligt, um auf dieser Grundlage konkrete Schadensersatzansprüche geltend machen zu können. Das Gutachten liegt seit dem 20.11.2017 vor. Erste Schritte zur Durchsetzung der Schadensersatzansprüche wurden im Jahr 2018 eingeleitet. Es bestehen über das Jahr 2018 hinaus bis Juni/Juli 2019 noch Verjährungsverzichtsvereinbarungen mit den Kartellanten. Zur Vermeidung von erheblichen Verfahrenskosten bei einer gerichtlichen Durchsetzung der Schadensersatzansprüche soll 2019 versucht werden, diese außergerichtlich gegenüber den Kartellanten durchzusetzen.

4.8 Fuhrpark

4.8.1 Nachhaltige Mobilitätsstrategie für die Stadt Bielefeld und die Stadtwerke Gruppe

Das im Jahr 2016 durch die Stadt Bielefeld und die Stadtwerke Gruppe beauftragte Projekt zur Entwicklung einer nachhaltigen Mobilitätsstrategie konnte auch im Jahr 2018 noch nicht zum Abschluss gebracht werden. Unter Leitung des externen Beratungsunternehmens fanden 2017 viele Termine zur Identifizierung von Optimierungspotentialen statt. Auf Grund der Unterschiedlichkeit der Transporter und leichten Nutzfahrzeuge wurde entschieden, zunächst alle Aktivitäten auf die Umsetzung eines PKW-Poolings zu setzen. Die geplante Testphase konnte im Oktober 2018 erfolgreich an den Start gehen. Hierzu wurden 5 Poolfahrzeuge des Umweltbetriebes mit sogenannten „Stand-alone“-Bordcomputern aus dem Carsharing ausgestattet und die Fahrzeuge in einem webbasierten Buchungssystem hinterlegt. Seitdem können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Umweltbetriebes die Fahrzeuge über eine Internetplattform buchen. Der Zugang zum Fahrzeug erfolgt nunmehr mittels Stempelkarte. Der Schlüssel ist im Fahrzeug hinterlegt und kann nach Deaktivierung der Wegfahrsperre entnommen werden. Im Rahmen des Gemeinschaftsprojektes sind die Stadtwerke Bielefeld ebenfalls mit dem Testbetrieb gestartet. Seit Anfang 2019 nimmt zudem der Immobilienservicebetrieb als weitere städtische Einrichtung am Testbetrieb teil. Im Gegensatz zum Umweltbetrieb wird

beim Immobilienservicebetrieb die Schlüsselverwaltung mittels Schlüsseltresor erprobt. Nach Abschluss der Testphase wird voraussichtlich im Sommer 2019 entschieden, ob und falls ja, welche der getesteten Systemvarianten für den Aufbau eines stadtweiten PKW-Pools genutzt wird. Die stadtweite Umstellung auf das System würde dann sukzessiv erfolgen.

4.8.2 E-Mobilität

Im Dezember 2017 verabschiedete die Bundesregierung ein Sofortprogramm zur Verbesserung der Luftqualität und Einhaltung der Klimaziele. In diesem Programm wird unter anderem die Beschaffung von Elektrofahrzeugen und zugehöriger Ladeinfrastruktur gefördert. Erstmals sind mit diesem Programm auch Kommunen und deren Einrichtungen bei der Beschaffung von Elektrofahrzeugen förderfähig. Der Umweltbetrieb war mit seinem Antrag auf Förderung der Beschaffung von insgesamt 17 Fahrzeugen und zugehöriger Ladeinfrastruktur erfolgreich. Aufgrund der finanziellen Situation der Stadt Bielefeld profitiert der Umweltbetrieb von sehr günstigen Förderquoten. Somit sind 90 % der Mehrkosten für Elektrofahrzeuge sowie 90 % der Kosten für Ladesäulen förderfähig. Nachdem im Juni 2018 der Fördermittelbescheid in Höhe von 339.000 € übergeben wurde, konnten die Ausschreibungen zur Beschaffung der im städtischen Fuhrpark einzusetzenden Fahrzeuge gestartet werden. Die Laufzeit dieses Projektes beträgt 2 Jahre. Die zunächst für Mitte 2019 zugesagte Auslieferung der ersten Fahrzeuge wird sich aufgrund von Lieferengpässen für die Akkus bis voraussichtlich Anfang 2020 verschieben. In Zusammenarbeit mit dem Immobilienservicebetrieb laufen parallel die Planungen für die Errichtung der Ladeinfrastruktur. In diesem Zug sollen auch Lademöglichkeiten für private Elektrofahrzeuge der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Umweltbetriebes geschaffen werden.

Die Bundesregierung hat das Programm weiter aufgestockt, so dass der Umweltbetrieb weitere Anträge zum Ausbau der Elektromobilität gestellt hat.

4.9 Datenschutz und Datensicherheit

Ab 25. Mai 2018 gilt die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), mit der in der EU höhere Datenschutzerfordernungen eingeführt wurden. Die Einführung der neuen Datenschutz-Grundverordnung wurde zum Anlass genommen, den Datenschutz beim Umweltbetrieb nochmals grundsätzlich unter die Lupe zu nehmen. So wurde der rechtliche Rahmen präzisiert und es wurden die IT-Systeme und Verarbeitungsprozesse in Bezug auf die Datenschutz-Grundverordnung überprüft.

Ein fehlerhafter Umgang mit personenbezogenen Daten sowie deren unerlaubte Weitergabe oder Nutzung stellen ein Datenschutzrisiko und damit verbunden auch ein finanzielles Risiko dar. Das Risiko steigt infolge der digitalen Transformation vieler Geschäftsaktivitäten sowie einer erhöhten Sensibilität für das Thema aufgrund gesetzlicher Neuerungen durch die DSGVO an. Beratungsangebote beziehungsweise Prozesskontrollen sollen die Einhaltung datenschutzrechtlicher Belange im Betrieb gewährleisten. Dem Risiko der Nichtumsetzung der Anforderungen der DSGVO wird mit einem Datenschutz-Managementsystem begegnet, mit dem der Umweltbetrieb die erforderlichen Nachweis- und Rechenschaftspflichten erfüllen kann. Die Umsetzung erfolgt durch betriebsspezifische organisatorische Maßnahmen und in der Einführungsphase mit zusätzlichem Personaleinsatz. Alle Formulare und Vordrucke des Umweltbetriebes zur Erhebung von Daten externer Personen wurden um einen kurzen Hinweis auf die DSGVO und mit einem Verweis auf die städtische Datenschutzerklärung ergänzt. Für die Videoanlagen an den Betriebshöfen sind die entsprechenden Verarbeitungsverzeichnisse erstellt worden. Gesamtstädtisch wurde ein zentraler Ordner zur Ablage aller Verarbeitungsverzeichnisse eingerichtet, in dem sich die Verzeichnisse des Umweltbetriebes ebenfalls wiederfinden.

5. Personal

5.1 Personalbestand

Der Umweltbetrieb beschäftigte im Jahr 2018 durchschnittlich 1.037 Personen (davon 990 tariflich Beschäftigte und 47 Beamtinnen und Beamte). Nach den der Personalabteilung vorliegenden Nachweisen arbeiteten im Betrieb per 31.12.2018 insgesamt 75 Personen mit einer festgestellten Schwerbehinderung und 15 mit einer anerkannten Gleichstellung. Da die gesetzliche Quote erreicht wird, müssen Ausgleichszahlungen nicht entrichtet werden.

Die Beschäftigtenzahl unterliegt im Verlauf eines Jahres Schwankungen. Vom Frühjahr bis zum Herbst werden in der Abfallentsorgung, im Bereich der Grünunterhaltung und auf den Friedhöfen Saisonkräfte eingesetzt, die im Stellenplan entsprechend ausgewiesen sind. In dem genannten Durchschnittswert sind überplanmäßig Beschäftigte für zeitlich begrenzte Arbeiten/Projekte enthalten, ebenso geringfügig beschäftigte Aushilfskräfte z. B. auf den Wertstoffhöfen zur Abdeckung der Öffnungszeiten. Nicht enthalten sind die auf den Friedhöfen geringfügig tätigen Sargträger (20 zum Stichtag 31.12.2018) und die Auszubildenden (35 zum Stichtag 31.12.2018).

Die Auswertung der Altersstruktur zeigt, dass am Ende des Jahres 47 % der Belegschaft älter als 50 Jahre alt war. Von der Gesamtzahl der Beschäftigten waren 10 % älter als 60 Jahre. In den nächsten Jahren werden somit vermehrt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wegen Erreichens der Altersgrenze ausscheiden. In besonderem Maß ist hiervon auch die Leitungsebene betroffen. Im Jahr 2018 gab es einen wiederholten Wechsel in der technischen Betriebsleitung, mit Ablauf des Monats April 2018 ist der bisherige Geschäftsbereichsleiter der Stadtreinigung ausgeschieden, in den Jahren 2019 und 2020 werden die Leitungskräfte der Geschäftsbereiche Stadtentwässerung und Stadtgrün/Friedhöfe in den Ruhestand gehen. Außerdem erreicht in den nächsten Jahren eine größere Anzahl von Abteilungsleiterinnen und -leitern die Altersgrenze. Diese Entwicklung stellt den Betrieb in den kommenden Jahren vor besondere Herausforderungen. Insoweit kommt dem mittlerweile implementierten Wissensmanagement (siehe Ziffer 5.3.1) eine besondere Bedeutung zu.

5.2 Auszubildende

Wie bereits erwähnt, befanden sich am Jahresende 35 junge Frauen und Männer in einem Ausbildungsverhältnis im Umweltbetrieb. Der Betrieb stellt jährlich Ausbildungsplätze in folgenden Bereichen zur Verfügung:

- Bauzeichner/in
- Elektroniker/in für Betriebstechnik
- Fachkraft für Abwassertechnik
- Fachkraft für Kreislauf- und Abfallwirtschaft
- Forstwirt/in
- Gärtner/in im Garten- und Landschaftsbau
- Industriemechaniker/in
- IT-Systemelektroniker/in
- KFZ-Mechatroniker/in
- Mechaniker/in für Land- und Baumaschinentechnik
- Straßenbauer/in
- Tierpfleger/in
- Qualifikation zur Werkerin / zum Werker
- Fachkraft für Lagerlogistik
- Fachkraft für Rohr-, Kanal- und Industrieservice

Infolge des bereits eingetretenen demografischen Wandels und der bestehenden betrieblichen Altersstruktur bildet der Umweltbetrieb bewusst über feststehendem Bedarf aus (im Jahr 2018 waren 27 Auszubildende über Bedarf tätig).

5.3 Personalentwicklung

Die Stadt Bielefeld verfügt über ein Personalentwicklungskonzept, von dem alle Organisationseinheiten und mit Blick auf die Fort- und Weiterbildungsangebote alle Beschäftigten profitieren können. Aufgrund der betrieblichen Besonderheiten und des sich in den kommenden Jahren noch verstärkten Fachkräftemangels (insb. im Bereich der technischen Berufe – allen voran der Mangel an Ingenieurinnen und Ingenieuren) arbeitet der Umweltbetrieb intensiv an einer Verbesserung der Personalrekrutierung.

5.3.1 Wissensmanagement

Die Tatsache, dass in den nächsten Jahren eine erhebliche Anzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus Altersgründen aus dem Berufsleben ausscheidet, erfordert interne, systematische Maßnahmen zur Gewährleistung eines rechtzeitigen Wissenserhalts und -transfers. Unter Moderation eines externen Beraters fanden im Umweltbetrieb insgesamt fünf Workshops zur Pilotierung eines organisationsspezifischen Wissensmanagements statt. Im Rahmen des Projektes wurden alle Leitungskräfte für das Thema sensibilisiert, was zu einem einheitlichen Verständnis geführt hat. Einschließlich der vorbereitenden Arbeiten erstreckte sich der Prozess über einen Zeitraum von 1½ Jahren und konnte im Herbst 2017 zu einem (vorläufigen) Abschluss gebracht werden. Die konkreten Verabredungen wurden im Jahr 2018 konsequent nachgehalten und regelmäßig mit den Geschäftsbereichsleitungen beraten. Auch zukünftig wird ein regelmäßiger Austausch über das Thema in den Geschäftsbereichs- und Abteilungsbesprechungen implementiert und damit dauerhaft eine größere Verbindlichkeit hergestellt. Außerdem wird an einer Vereinheitlichung der Wissensdokumentation gearbeitet.

5.3.2 Sicherung des Personalbestandes

Die Schwierigkeit, frei werdende Stellen mit qualifiziertem Fachpersonal kurzfristig nachbesetzen zu können, zeichnete sich in den letzten Jahren vor allem in den technischen Bereichen deutlich ab. Insofern gehörte es auch im Jahr 2018 zur Strategie, über die eigene Ausbildung im Betrieb fachlich qualifiziertes Personal zu generieren. Die Anregungen des Umweltbetriebes, in hochqualifizierten

technischen Arbeitsfeldern Werkstudenten beschäftigen zu können und in Mangelberufen auch bezahlte Praktika anbieten zu dürfen, wurden vom Personalamt aufgegriffen. Seit 2017 ist eine Beschäftigung im Rahmen bezahlter Praktika möglich.

Zusätzlich ist es gelungen, innerhalb des Umweltbetriebes ein duales Studium im Landschaftsbau und Grünflächenmanagement anbieten zu können. Hier wird eine Berufsausbildung zur Gärtnerin / zum Gärtner der Fachrichtung Garten und Landschaftsbau mit einem Fachhochschulstudium verbunden. Das Studium schließt mit dem Grad „Bachelor of Engineering“ ab. Der Umweltbetrieb verspricht sich mit diesem Angebot, schon frühzeitig geeignetes Personal z.B. für die Neubauplanung gewinnen, qualifizieren und an den Betrieb binden zu können. Eine Fortsetzung und Ausweitung ist angestrebt.

Neben Berufseinsteigern wird auch um Schülerinnen und Schüler, die in den Ausbildungsberufen des Umweltbetriebes ein Praktikum absolvieren wollen, gezielt geworben. Ab Ende Mai 2019 wird in 35 Bielefelder Schulen ein Schnupperpraktikum angeboten. Unter dem Motto „4 Tage - 9 Berufe“ sollen innerhalb von vier Tagen neun verschiedene Berufe vorgestellt werden, um die jungen Menschen für eine Ausbildung in einem der Berufe zu begeistern. Dieses Projekt zur Verstärkung der Personalgewinnung geht auf eine Initiative des Bereichs „Ausbildung“ der Abteilung Grünunterhaltung / Ausbildung zurück.

Des Weiteren wurden in diesem Jahr erste Maßnahmen für die Einrichtung eines Ausbildungsberufes zur Fachkraft für Rohr-, Kanal- und Industrieservice getroffen.

Für den Start des Ausbildungsjahrgangs 2019 wurde die Personalauswahl bereits erfolgreich abgeschlossen.

5.3.3 Berufliche Weiterbildung und Führungskräfteentwicklung

Auch 2018 hat der Umweltbetrieb in die spezifische Weiterbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern investiert. Das umfassende städtische Fortbildungsprogramm wird auf Grund der Qualität gern und regelmäßig in Anspruch genommen. Es reicht allerdings nicht, um die betriebsspezifischen Bedarfe abzudecken. Insofern war es erforderlich, spezielle Weiterbildungsangebote Dritter zu nutzen

Bezüglich der Führungskräfteentwicklung wurden die im Lagebericht 2016 ausführlich beschriebenen Maßnahmen fortgesetzt. Dieses Vorgehen hat sich bewährt. So konnte z. B. die im letzten Jahr vakant gewordene Stelle des Kaufmännischen Betriebsleiters ebenso wie die wiederzubesetzende Stelle des Geschäftsbereichsleiters der Stadtreinigung jeweils mit einer betriebsintern entwickelten Führungskraft passgenau besetzt werden.

5.4 Krankheitsstatistik und Leistungswandlung

Die Krankheitsquote ist 2018 im Vorjahresvergleich von 9,91 % auf 10,70 % gestiegen.

Die Zahl der Langzeiterkrankten blieb nach wie vor auf einem besorgniserregenden Niveau. Die Auswertungsergebnisse weisen im Zeitraum vom 01.01.2018 bis zum 31.12.2018 insgesamt 35 „Neufälle“ (Personen, die aktuell und nicht im vergangenen Jahr langzeiterkrankt waren) und 251 „Altfälle“ (Personen, die aktuell und bereits vorher im Zeitraum der letzten 12 Monaten langzeiterkrankt waren) aus.

Die hohe körperliche Beanspruchung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in weiten Teilen der operativen Bereiche, die Altersstruktur der Belegschaft und eine zunehmende Arbeitsverdichtung im Gesamtbetrieb stellen Belastungsfaktoren dar, die die Entwicklung der Krankenstände negativ beeinflussen. Aufgrund der besorgniserregenden Zahlen lässt sich die Betriebsleitung regelmäßig jedes Quartal eine Auswertung der Krankenstatistik – differenziert nach Geschäftsbereichen und innerhalb der Geschäftsbereiche nach Abteilungen – vorlegen. Seit 2017 ergänzen die einzelnen Geschäftsbereiche die Auswertungen um eigene Analysen bezogen auf ihre Abteilungen und Teams. Mit der Einstellung einer Fachkraft für Gesundheitsmanagement zum 01.04.2019 verspricht sich der Umweltbetrieb weitere Impulse.

Selbstverständlich betreibt der Umweltbetrieb als notwendige Ergänzung zum gesamtstädtischen System das eigene aktive Gesundheitsmanagement auch weiterhin.

Als Maßnahmen gehörten 2018 bezogen auf den Gesamtbetrieb dazu:

- Frühzeitige Einstellung von Krankheitsvertretungen bei Langzeiterkrankungen
- Konsequente Verbesserung der eingesetzten Arbeitsmittel
- Angebote von Gesundheitspräventionskursen in Kooperation mit den Krankenkassen
- Über den gesetzlich vorgeschriebenen Standard hinausgehende Arbeits- und Schutzausrüstung
- Regelmäßige Sicherheitsunterweisungen und Gespräche durch Vorgesetzte

- Regelmäßige Überarbeitung von Gefährdungsbeurteilungen
- Betriebsärztliche Sprechstunden vor Ort an zwei Tagen in der Woche
- Einsatz von Zeitarbeitsunternehmen mit Zustimmung des Personalrats zur Entlastung bei hohen Krankenständen
- Mediation und individuelles Coaching bei zwischenmenschlichen Problemstellung zwischen Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern und Vorgesetzten, auch als Prozess für ganze Organisationseinheiten
- Beauftragung von Organisationsuntersuchungen bei Arbeitsverdichtung
- Individuelle Begleitung durch die Betriebsleitung bei besonderen Problemstellungen
- Identifizierung und Besetzung von Stellen innerhalb des Betriebes mit Personen, die von einer Leistungswandlung betroffen sind (z.B. Maschinenpool, Zentrallager)
- Einrichtung von besonderen Stellen außerhalb des „normalen“ Stellenkontingents zum Einsatz von Personen mit besonderer Leistungswandlung
- Konsequente Verfolgung von Minderleistungsausgleichsansprüchen
- Inanspruchnahme von Fördermitteln zur Ausstattung leidensgerechter Arbeitsplätze

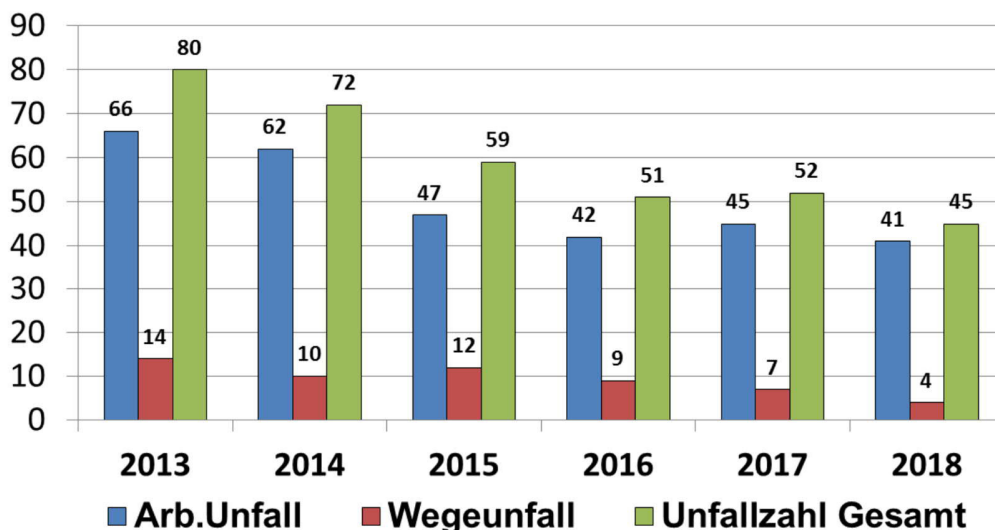
Hervorzuheben ist, dass fünf Personen mit besonderer Leistungswandlung in anderen – der Leistungskapazität angemessenen – Aufgabenfeldern eingesetzt werden konnten. Die Betriebsleitung hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass aus diesem Grund Stellen im Stellenplan des Umweltbetriebes eingerichtet werden konnten. 2019 wird eine weitere Stelle in der Abteilung Straßeninstandhaltung und -beschilderung mit besonderem Aufgabenfeld eingerichtet und besetzt werden.

Außerdem hat der Umweltbetrieb im Mai 2019 bei der AOK NordWest, bei der ca. 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und damit ein Großteil der Belegschaft versichert sind, einen Gesundheitsbericht angefordert. Dieser Bericht wird u.a. Krankenstatistiken und Aussagen zu Häufigkeiten in ausgewählten Krankheitsbildern (z.B. Muskel-Skelett-Erkrankungen) enthalten. Der Bericht bietet dem Umweltbetrieb die Möglichkeit, bedarfsgerechter beispielsweise mit entsprechenden Angeboten der Rehabilitation und der Gesundheitsprävention zu reagieren.

5.5 Unfallstatistik

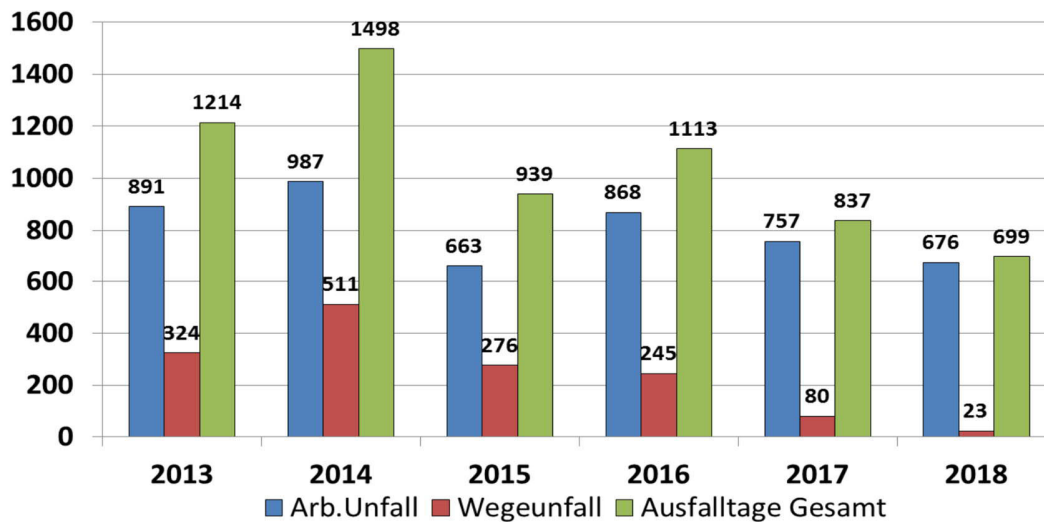
Aufgrund der operativen Ausrichtung des Umweltbetriebes arbeitet ein großer Anteil der Beschäftigten in technischen Berufen, deren Tätigkeiten ein hohes Unfallrisiko beinhalten. Der Sicherheit am Arbeitsplatz kommt daher eine besondere Bedeutung zu, welche sich u.a. auch in der Organisation des Arbeits- und Gesundheitsschutzes (siehe hierzu auch Kapitel 6) widerspiegelt. Die Anzahl der meldepflichtigen Arbeitsunfälle konnte so, wie im folgenden Diagramm dargestellt, in den letzten Jahren kontinuierlich gesenkt werden.

Abbildung 1: Anzahl der Arbeits- und Wegeunfälle (und Vorjahre)

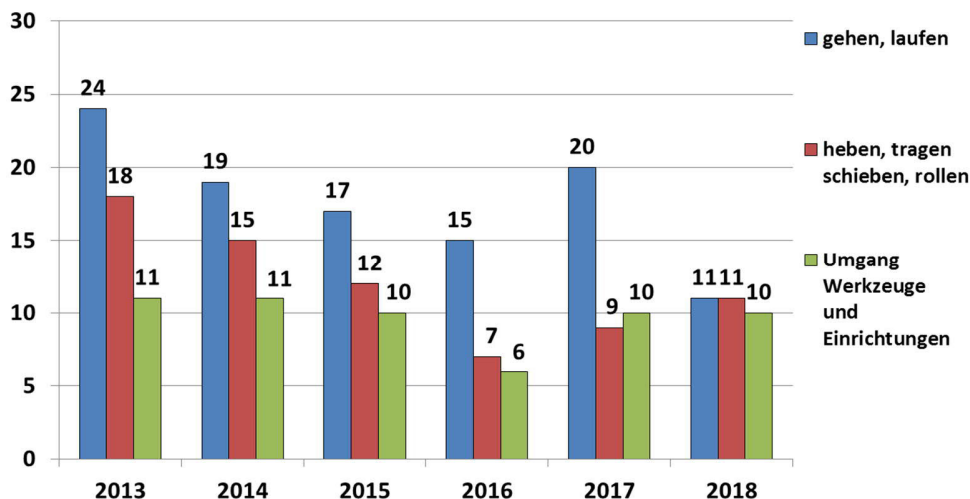


Der aktuelle Wert von 41 Arbeitsunfällen im Jahr 2018 bedeutet im Vergleich zum Jahr 2017 einen Rückgang um 8,9 %. Zugleich stellt dieser Wert auch den niedrigsten Stand der Arbeitsunfälle seit dem Jahr 2006 (= Beginn der Unfallauswertung) dar. Außerdem ist die Anzahl der Wegeunfälle, das sind Unfälle, die sich auf dem direkten Weg zur Arbeit oder auf dem Nachhauseweg ereignen, in 2018 von 7 auf 4 Unfälle gesunken.

Die durch beide Unfallarten im Jahr 2018 insgesamt entstandenen Ausfalltage belaufen sich auf 699 Tage. Details können der folgenden Übersicht entnommen werden.

Abbildung 2: Ausfalltage der Arbeits- Und Wegeunfälle (und Vorjahre)

In 2018 verteilen sich die Unfälle erstmals fast gleichmäßig auf die Tätigkeitsbereiche „Gehen / Laufen“, „Heben / Tragen“, „Schieben / Rollen“ und „Umgang mit Werkzeugen und Einrichtungen“. In den Vorjahren lag der Unfallschwerpunkt dagegen allein im Bereich „Gehen / Laufen“.

Abbildung 3: Unfallschwerpunkte nach Tätigkeiten im Zeitverlauf (Ohne Wegeunfälle)

Da Arbeitsunfälle häufig aus routinemäßigen Abläufen entstehen, die nach zahlreichen Wiederholungen nicht mehr mit der gebotenen Vor- und Umsicht ausgeführt werden, ist es Ziel des betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutzes, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Umweltbetriebes

genau für dieses Thema zu sensibilisieren. Hierzu dienen u.a. die in allen Bereichen des Betriebes regelmäßig durchgeführten Unterweisungen.

Zudem sollen Gefahren an den jeweiligen Arbeitsplätzen durch Gefährdungsbeurteilungen frühzeitig erkannt und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch daraus abgeleitete technische, organisatorische und persönliche Schutzmaßnahmen bestmöglich vor Arbeitsunfällen geschützt werden.

6. Gerichtsfeste Organisation

Zur Gewährleistung einer rechtssicheren Organisation wurden die zentralen Themen des betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutzes auch im Jahr 2018 in allen Geschäftsbereichen mit Unterstützung des arbeitssicherheitstechnischen Dienstes der Stadt Bielefeld intensiv weiterverfolgt. Mit der Einstellung einer leitenden Fachkraft für Arbeitssicherheit ab 01. Januar 2019 unterstreicht auch die Stadt Bielefeld den innerbetrieblichen Stellenwert des Arbeits- und Gesundheitsschutzes. Zudem soll der arbeitssicherheitstechnische Dienst der Stadt Bielefeld um eine weitere Fachkraft für Arbeitssicherheit im Laufe des Jahres 2019 verstärkt werden, die durch den Umweltbetrieb finanziert wird und ausschließlich für den Umweltbetrieb tätig werden soll.

- Rechtssichere Organisationsstruktur für Arbeiten an elektrischen Anlagen

Bezogen auf eine rechtssichere Organisation ist das gesamtstädtische Projekt „Rechtssichere Organisationsstruktur für Arbeiten an elektrischen Anlagen“ hervorzuheben, an dem der Umweltbetrieb als Piloteinheit teilgenommen hat.

Projekthalte in 2018 waren die Klärung von Verantwortlichkeiten, Verantwortungsgrenzen, Hierarchien, Weisungsbefugnissen, Weisungsfreiheit, Unternehmensstrategie, Umgang mit konträren technischen Bewertungen und Lösungsansätzen, Haftungs- und Versicherungsfragen, Zuständigkeiten, Schnittstellen zu Dritten und letztendlich das Erarbeiten einer Organisationsstruktur.

Aufbauend auf den Erkenntnissen des Projektes hat der Umweltbetrieb drei Stellen (eine Stelle für eine gesamtverantwortliche Elektrofachkraft und zwei Stellen für verantwortliche Elektrofachkräfte) geschaffen und zum 01.04.2019 besetzt. Von diesen Kräften wird die Betriebsleitung bei der Implementierung einer den VDE-Normen entsprechenden Organisationsstruktur unterstützt. Die Sicherheit und Funktionsfähigkeit der zahlreichen elektrischen Anlagen im Umweltbetrieb wird durch die Arbeit dieses Personals dauerhaft gewährleistet.

- Nutzung des Management-Unterstützungs-Systems EHQSplus für den Bereich Arbeits- und Gesundheitsschutz

Der Umweltbetrieb deckt mit seinen 5 Geschäftsbereichen ein breites Spektrum überwiegend operativer Aufgaben ab. Aufgrund dieser vielfältigen Tätigkeiten sind die Beschäftigten aber auch einer großen Anzahl von Gefährdungen und Belastungen ausgesetzt. Entsprechende Gefährdungsbeurteilungen sind schon seit vielen Jahren vorhanden und werden bisher dezentral in den jeweiligen Bereichen geführt. Diese dezentrale Organisation führt jedoch dazu, dass die Gefährdungsbeurteilungen derzeit in ganz unterschiedlichen Formen und Ausprägungen vorliegen und teilweise zu gleichen Tätigkeiten mehrfach aufgestellt wurden. Eine zentral erstellte Übersicht aller vorhandenen Gefährdungsbeurteilungen für den gesamten Umweltbetrieb existiert nicht.

Um dieses Problem zu lösen und im Bereich der Arbeitssicherheit einheitliche Strukturen aufzubauen, wurde im Januar 2019 eine Projektgruppe aus Mitgliedern aller Geschäftsbereiche eingerichtet.

Ziel des Projektes ist die betriebsweite Einführung des Management-Unterstützungs-Systems EHQSplus für den Bereich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes.

Als vorbereitende Maßnahme wurde im Jahr 2018 damit begonnen, zunächst die hinsichtlich des Arbeitsschutzes und der Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten sowie der präventiven Gestaltung der Arbeit obliegenden Pflichten im Rahmen von Delegationsverfügungen auf die zuständigen Führungskräfte zu übertragen.

Dieser organisatorische Rahmen wurde in diesem Jahr inzwischen im System EHQSplus hinterlegt. Durch die Projektgruppe werden derzeit sämtliche, im Umweltbetrieb ausgeübten Tätigkeiten erfasst und hierzu entsprechende Gefährdungs- und Belastungskataloge erstellt. Mit Hilfe dieser Kataloge sollen die zuständigen Führungskräfte anschließend in EHQSplus Gefährdungsbeurteilungen für ihre Bereiche erstellen können.

Durch das System EHQSplus werden nach Abschluss des Projektes alle Gefährdungsbeurteilungen des Umweltbetriebes in einem zentralen Programm von hierfür berechtigten Personen eingesehen werden können. Neben einer systematischen und einheitlichen Darstellung werden die zuständigen Führungskräfte durch das Programm an durchzuführende Aufgaben erinnert. Die in den Unfallverhütungsvorschriften geforderten Wirkungskontrollen hinsichtlich des Arbeitsschutzes werden so über alle Hierarchieebenen bis hin zur Betriebsleitung gewährleistet. In einem zweiten Schritt ist vorgese-

hen, über weitere Module des Systems EHQSplus z.B. auch die Prüfung von Maschinen oder elektrischen Betriebsmitteln, aber auch die Verwaltung von arbeitsmedizinischen Pflicht- und Vorsorgeuntersuchungen oder benötigte berufliche Qualifikationen abzubilden.

So wird der Umweltbetrieb zukünftig über ein gesamtbetriebliches Managementsystem für nahezu alle Bereiche des Arbeits- und Gesundheitsschutzes verfügen.

7. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

7.1 Ertragslage

7.1.1 Ist / Ist- Vergleich der Jahre 2017 / 2018

Umweltbetrieb	2018 TEUR	2017 TEUR	Differenz (+ = positiv / - = negativ)	
			in TEUR	in %
Ertrag	146.660	144.544	2.116	1,5%
Aufwand	133.595	130.214	- 3.381	-2,6%
Ergebnis	13.065	14.330	- 1.265	-8,8%

Tabelle 1: Jahresergebnis 2017/2018

Der Umweltbetrieb schließt das einundzwanzigste Wirtschaftsjahr wie in den Vorjahren mit einem Gewinn ab. Mit einem positiven Jahresergebnis von 13.065 TEUR ergibt sich im Vorjahresvergleich eine Verringerung in Höhe von 1.265 TEUR (- 8,8 %). Der erhöhte Aufwand von 3.381 TEUR konnte nicht durch die gestiegenen Erträge in Höhe von 2.116 TEUR kompensiert werden.

Umweltbetrieb	2018 TEUR	2017 TEUR	Differenz	
			(+ = positiv / - = negativ) in TEUR	in %
Umsatzerlöse	142.685	140.473	2.212	1,6%
davon aus Zuweisungen	127.340	124.586	2.754	2,2%
Stadtentwässerung	76.398	75.273	1.125	1,5%
Stadtreinigung	32.690	31.322	1.368	4,4%
Friedhöfe	5.916	5.664	252	4,5%
Stadtgrün	12.335	12.328	8	0,1%

Tabelle 2: Umsatzerlöse 2017/2018

An den gesamten betrieblichen Erträgen hatten die Umsatzerlöse einen Anteil von 142.685 TEUR. Davon sind 127.340 TEUR (89,25%) auf Zuweisungen durch die Stadt Bielefeld (inkl. der Mittel aus den Stadtbezirken) zurückzuführen.

Die Umsatzerlöse sind über alle Sparten betrachtet um 2.212 TEUR (+1,6%) auf 142.685 TEUR gestiegen, die Zuweisungen allein um 2.754 TEUR. Dies ergibt sich vor allem aus dem gestiegenen Gebührenbedarf im Bereich der Stadtentwässerung (+1.125 TEUR) und der Stadtreinigung (+1.368 TEUR). Außerdem stiegen die Gebühreneinnahmen der Friedhöfe.

Die sonstigen Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr um ca. 542 TEUR (-3,4%) auf 15.345 TEUR gesunken. Hauptursache sind die rückläufigen Preise bei der Vermarktung von Altpapier (-1.311 TEUR). Der Rückgang konnte durch die positive Entwicklung bei den Erlösen aus dem Subunternehmervertrag mit der WRB Wertstoffrecycling der Stadt Bielefeld GmbH (+383 TEUR), den Erlösen aus Holzverkäufen (+253 TEUR) sowie den Erlösen aus Dienstleistungen im Bereich Stadtgrün (+138 TEUR) nicht kompensiert werden.

Umweltbetrieb	2018 TEUR	2017 TEUR	Differenz	
			(+ = positiv / - = negativ) in TEUR	in %
Erträge ohne Umsatzerlöse	3.975	4.071	- 96	-2,4%
sonstige Verwaltungsdienste	76	67	10	14,6%
Werkstätten	127	212	- 85	-40,0%
Stadtentwässerung	2.004	2.123	- 119	-5,6%
Stadtreinigung	814	471	343	72,9%
Friedhöfe	109	313	- 205	-65,3%
Stadtgrün	844	884	- 40	-4,5%

Tabelle 3: Erträge ohne Umsatzerlöse 2017/2018

Die Erträge ohne Umsatzerlöse haben leicht um 96 TEUR auf 3.975 TEUR (-2,4%) abgenommen. Die einzelnen Entwicklungen in den Betriebssparten sind in der obenstehenden Tabelle dargestellt.

Hauptursache für die rückläufigen Erträge bei der Stadtentwässerung (-119 TEUR) sind die gesunkenen aktivierten Eigenleistungen (Bauverwaltungskosten) (-245 TEUR). Diese konnten durch die Auflösung der Rückstellung für die Abwasserabgabe (+147 TEUR) nicht kompensiert werden. Die Steigerung der Erträge im Bereich der Stadtreinigung (+343 TEUR) resultiert hauptsächlich aus Rechnerkorrekturen aus Vorjahren für die Papierabfuhr durch die WRB Wertstoffrecycling der Stadt Bielefeld GmbH. Bei den Friedhöfen ist der Rückgang der Erträge dadurch zu erklären, dass in diesem Wirtschaftsjahr keine Ausschüttung der Krematorium Betriebs GmbH (-98 TEUR) erfolgte. Außerdem sind die aktivierten Eigenleistungen um 40 TEUR gesunken.

Umweltbetrieb	2018 TEUR	2017 TEUR	Differenz	
			(+ = positiv / - = negativ) in TEUR	in %
gesamter Aufwand	133.595	130.214	- 3.381	-2,6%
sonstige Verwaltungsdienste	- 339	- 543	- 204	-37,6%
Werkstätten	1.082	1.467	385	26,2%
Stadtentwässerung	53.928	53.172	- 756	-1,4%
Stadtreinigung	42.465	41.212	- 1.253	-3,0%
Friedhöfe	9.982	9.418	- 564	-6,0%
Stadtgrün	26.476	25.487	- 989	-3,9%

Tabelle 4: Aufwand nach Betriebsparten 2017/2018

Der Aufwand des Betriebes (133.595 TEUR) stieg um 3.381 TEUR; die Aufteilung auf die Sparten ist der Tabelle 4 zu entnehmen.

Die „sonstigen Verwaltungsdienste“ erzielen ihre Erlöse durch die Vermietung zentral genutzter Grundstücke und Gebäude sowie Fahrzeuge und Geräte an die anderen Betriebszweige. Da diese interne Leistungsverrechnung in SAP als negativer Aufwand dargestellt wird, ergibt sich im Aufwand ein negativer Wert.

Im Folgenden wird die Entwicklung der gesamtbetrieblichen Aufwandspositionen erläutert, wobei Details dazu der Gewinn- und Verlustrechnung zu entnehmen sind:

Der Materialaufwand konnte um 270 TEUR auf 36.370 TEUR gesenkt werden. Ursächlich hierfür sind die um 1.191 TEUR reduzierten Zahlungen an Subunternehmer infolge der Übernahme des operativen Geschäftes der WRB Wertstoffrecycling der Stadt Bielefeld GmbH zum 01.07.2018. Auf der anderen Seite stiegen die Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltungen (+530 TEUR), die sonstigen Entsorgungskosten (+227 TEUR) und die Treibstoffkosten (+159 TEUR).

Der Personalaufwand (55.515 TEUR) ist im Vorjahresvergleich um 3.159 TEUR gestiegen. Hier wirken sich vor allem neben der Tarifsteigerung im TVöD auch die Mehraufwendungen durch die Übernahme von 52 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der WRB Wertstoffrecycling der Stadt Bielefeld GmbH (+1.286 TEUR) aus. Andererseits führten Stellenvakanzen zu Einsparungen. Für das Jahr 2019 wird insgesamt mit einer weiteren Steigerung der Personalkosten zu rechnen sein. Dies ist einerseits auf die absehbare Tarif- und Besoldungserhöhung zurückzuführen, verbunden mit den

damit zusammenhängenden Erhöhungen der Sozialversicherungsbeiträge, andererseits durch die zusätzlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der WRB Wertstoffrecycling der Stadt Bielefeld GmbH. Der Umweltbetrieb wird in 2019 erstmals die Personalkosten der ehemaligen WRB Wertstoffrecycling der Stadt Bielefeld GmbH für ein gesamtes Jahr tragen.

Die Abschreibungen erhöhten sich um 734 TEUR auf 22.800 TEUR. Die erhöhten Investitionen für Fahrzeuge insbesondere in der zweiten Jahreshälfte 2017 bedingten die gestiegenen Abschreibungen im Bereich der Werkstätten (+412 TEUR), da diese im Jahr 2018 in voller Höhe anfielen. Die Investitionen für Fahrzeuge, die 2018 ebenfalls überwiegend in der zweiten Jahreshälfte getätigt wurden, haben dagegen Abschreibungen lediglich für die restlichen Monate in 2018 zur Folge gehabt.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um 201 TEUR auf 9.323 TEUR gestiegen. Ursächlich sind hier vor allem gestiegene Aufwendungen für Leiharbeitskräfte (+86 TEUR), gestiegene Gebäudereinigungskosten (+82 TEUR), gestiegene Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung (+55 TEUR) und gestiegene Aufwendungen für Fort- und Weiterbildungen (+52 TEUR). Die Mieten und Pachten für Immobilien sind im Gegensatz dazu um 47 TEUR gesunken.

Auf Grund des niedrigen Zinsniveaus sind die Zinsaufwendungen im Vorjahresvergleich um 370 TEUR auf 9.140 TEUR gesunken.

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag sanken um 74 TEUR auf 335 TEUR wegen niedrigerer Gewinne bei der gewerblichen Abfallentsorgung.

Am Jahresergebnis des Umweltbetriebes waren die Betriebszweige wie folgt beteiligt:

Sparten-Ergebnisse	2018 TEUR	2017 TEUR	Differenz	
			(+ = positiv / - = negativ) in TEUR	in %
Sonstige Verwaltungsdienste	443	635	- 192	-30,2%
Werkstätten	460	246	214	87,1%
Stadtentwässerung	25.616	25.360	256	1,0%
Stadtreinigung	- 106	289	- 396	-136,8%
Friedhöfe	- 3.365	- 2.845	- 520	-18,3%
Stadtgrün	- 9.983	- 9.355	- 628	-6,7%
Umweltbetrieb	13.065	14.330	- 1.265	-8,8%

Tabelle 5: Jahresergebnisse nach Sparten 2017/2018

7.1.2 Plan / Ist- Vergleich für 2018

Umweltbetrieb	Ist 2018 TEUR	Plan 2018 TEUR	Differenz	
			(+ = positiv / - = negativ) in TEUR	in %
Ertrag	146.660	148.125	- 1.465	-1,0%
Aufwand	133.595	136.034	2.439	1,8%
Ergebnis	13.065	12.092	973	8,0%

Tabelle 6: Jahresergebnis Ist/Plan 2018

Für das Jahr 2018 wurde infolge der Übernahme des operativen Geschäftes der WRB Wertstoffrecycling der Stadt Bielefeld GmbH zum 01.07.2018 ein Nachtragswirtschaftsplan aufgestellt.

Im Vergleich zum Nachtragswirtschaftsplan (12.092 TEUR) ergibt sich eine positive Abweichung in Höhe von 973 TEUR bzw. 8 %.

Die Erträge fielen um 1.465 TEUR niedriger aus als geplant. Die Zuweisungen waren 2.813 TEUR geringer als eingeplant. Die Nachkalkulation in den Bereichen Abfallentsorgung, Straßenreinigung und Stadtentwässerung ergab einen um insgesamt 3.231 TEUR geringeren Gebührenbedarf, der noch im Berichtsjahr als Verbindlichkeit gegenüber der Stadt gebucht wurde und somit in den Istwerten berücksichtigt wurde. Es konnten im Vergleich zum Plan sowohl Mehrerlöse des Bereichs Stadt-

grün aus Dienstleistungen mit Ämtern (+336 TEUR), aus Holzverkäufen (+243 TEUR), aus Schadstoffentsorgung (+159 TEUR) sowie aus Treibstoffverkäufen (+118 TEUR) vereinnahmt werden. Im Gegensatz dazu fielen die Erlöse aus Wertstoffvermarktung um 335 TEUR und die Erlöse für die Dauergrabpflege um 112 TEUR geringer aus. Die sonstigen betrieblichen Erträge waren um 959 TEUR höher, was vor allem auf Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (+482 TEUR) und Gewinne aus Anlagenabgängen (+329 TEUR) zurückzuführen ist.

Die Ist-Werte der Aufwendungen (133.595 TEUR) liegen um 2.439 TEUR unter den Plan-Werten. Die Materialaufwendungen liegen mit 828 TEUR unter dem Plan-Ansatz von 37.199 TEUR. Hierbei konnten u.a. die niedrigeren Aufwendungen für die Reparaturen und Instandhaltungen im Bereich der Stadtentwässerung (-864 TEUR), für den Winterdienst (-355 TEUR), für die Betriebsstoffe im Bereich der Stadtentwässerung (-211 TEUR), für die Energiekosten (-184 TEUR), für die Verbandsumlage (-177 TEUR) und die Unterhaltung der Fahrzeuge (-117 TEUR) die gestiegenen Entsorgungskosten (+594 TEUR), die gestiegenen Aufwendungen für Schüttgüter und Lagerentnahmen (+176 TEUR), für Neubeschaffungen für Müllgroßbehälter (+170 TEUR) und für Arbeiten in Grünanlagen (+80 TEUR) mehr als kompensieren. Die Personalaufwendungen lagen lediglich um 38 TEUR über dem geplanten Aufwand von 55.477 TEUR. Die geplanten Investitionen konnten nicht im vorgesehenen Umfang realisiert werden, was sich in den niedrigeren Abschreibungen (+888 TEUR) widerspiegelt. Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (+547 TEUR) führten die geringeren Zahlungen für EDV-Kosten (+254 TEUR) als auch niedrigere Mieten für Fahrzeuge und Geräte (+205 TEUR) und gesunkene Aufwendungen für die Öffentlichkeitsarbeit (+89 TEUR) zu einer positiven Abweichung vom Plan. Auf Grund des niedrigen Zinsniveaus sind die Zinsaufwendungen auch im Plan-/Ist-Vergleich um 396 TEUR auf 9.140 TEUR gesunken.

7.2 Vermögens- und Finanzlage

Umweltbetrieb	2018 TEUR	2017 TEUR	Differenz	
			(+ = positiv / - = negativ) in TEUR	in %
Immaterielle Vermögensgegenstände	23	63	- 40	-63,5%
Sachanlagen	24.116	28.657	- 4.541	-15,8%
Gesamt	24.139	28.720	- 4.581	-16,0%

Tabelle 7: Anlagenzugänge 2017/2018

Die Anlagenzugänge des Umweltbetriebes betragen in 2018 insgesamt 24.139 TEUR. Für immaterielle Vermögensgegenstände (EDV Software) wurden 23 TEUR, für Sachanlagen 24.116 TEUR investiert.

Die Investitionen sind im Vorjahresvergleich um 4.581 TEUR gesunken. Dies ist vor allem auf geringere Investitionen im Bereich der Klärwerke und des Kanalneubaus, insbesondere der Sanierung der Weser Lutter zurückzuführen.

Der Wert der „Anlagen im Bau“ sank im Vorjahresvergleich um 16.487 TEUR auf nunmehr 15.268 TEUR (s. Anlagengitter). Ursächlich ist die Aktivierung abgeschlossener Kanalbaumaßnahmen wie zum Beispiel die Sanierung der Weser–Lutter oder die Erneuerung der Kanalisation in der Heeper Straße.

Im Wirtschaftsplan 2018 waren für Sachanlageinvestitionen (inkl. immaterielle Vermögensgegenstände) 34.305 TEUR vorgesehen. Im Bereich der Stadtentwässerung mussten Kanalbaumaßnahmen wegen verkehrlicher Belange oder notwendiger langwieriger Abstimmungsprozesse verschoben werden. Der Mittelbedarf für Hausanschlusskanäle - geplant waren 2.500 TEUR, investiert wurden lediglich 928 TEUR - ist stark schwankend und kaum beeinflussbar. Für die verrohrten Gewässer wurden anstatt der geplanten 1.646 TEUR nur 896 TEUR verausgabt. Bei den Kläranlagen flossen auf Grund von Kapazitätsengpässen der beauftragten Fachfirmen und dadurch bedingten Verzögerungen im Bauablauf statt der geplanten 4.000 TEUR lediglich 1.360 TEUR ab.

Die Gesamtinvestitionssumme von 24.139 TEUR konnte zu 94,45 % aus erwirtschafteten Abschreibungen finanziert werden. Die Liquidität des Umweltbetriebes ist durch das von der Stadt Bielefeld gewährte Kassenkreditvolumen gesichert. Es bestanden unterjährig Liquiditätsüberhänge. Die finanzielle Entwicklung des Betriebes ist der nachfolgenden Kapitalflussrechnung zu entnehmen:

	2018 T€	2017 T€
Jahresüberschuss	13.065	14.330
+ Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	22.800	22.065
+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	867	435
- Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	- 189	- 127
- Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	- 364	- 295
+ Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	457	624
-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	- 439	2.364
+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	2.565	3.851
+/- Zinsaufwendungen / Zinserträge	7.780	8.212
+/- Ertragssteueraufwand / -ertrag	335	409
-/+ Ertragssteuerzahlung	- 448	- 226
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	46.430	51.642
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	381	332
- Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	- 24.050	- 28.700
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	205	205
+ Erhaltene Zinsen	72	63
+ Erhaltene Dividenden	0	98
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	- 23.392	- 28.002
+ Saldo aus Eigenkapitalzuführungen und -entnahmen	1.636	450
- Gewinnabführung an die Stadt Bielefeld	- 12.101	- 15.521
+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	17.709	17.578
- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	- 20.250	- 19.651
+ Einzahlungen aus Investitionszuschüssen	1.281	2.455
- Gezahlte Zinsen	- 7.853	- 8.373
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	- 19.578	- 23.062
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	3.460	578
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	- 3.323	- 3.901
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	137	- 3.323

Tabelle 8: Kapitalflussrechnung 2018

Die wesentlichen, zur Darstellung der Entwicklung des Betriebes üblicherweise zu nennenden Kennzahlen und Angaben sind im Folgenden aufgeführt:

Der Anlagendeckungsgrad als Indikator für die fristenkongruente Finanzierung des Anlagevermögens beträgt 85,6 % (Vorjahr: 85,7 %).

Das Umlaufvermögen erhöhte sich zum Bilanzstichtag insgesamt um 887 TEUR. Zu dieser Entwicklung hat einerseits die Erhöhung der Forderungen in Höhe von 205 TEUR, die Erhöhung der Vorräte in Höhe von 221 TEUR sowie die Erhöhung des Bankguthabens in Höhe von 460 TEUR beigetragen.

Das Stammkapital beträgt unverändert 38.347 TEUR. Zum Stichtag 31.12.2018 lag die Eigenkapitalquote bei 42,3 %.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen (Pensionsverpflichtungen und Beihilfen im Krankheitsfall) erhöhten sich im Vorjahresvergleich um 1.055 TEUR auf 27.062 TEUR. Gemäß § 22 Abs. 3 EigVO NRW wurden die Pensionsverpflichtungen nach dem Teilwertverfahren mit einem Zinsfuß von 5 % ermittelt.

8. Berichterstattung zur Prüfung nach § 53 HGrG

Gemäß § 106 Abs. 1 Satz 6 GO NW wird hinsichtlich der Prüfung nach § 53 HGrG auf die folgenden wirtschaftlich bedeutsamen Sachverhalte hingewiesen:

- Vorkehrungen zur Korruptionsprävention werden unter Federführung der Innenrevision getroffen und dokumentiert.
- Für die Zuweisungen aus Gebührenhaushalten wurde in 2017 eine Vereinbarung zwischen dem Amt für Finanzen und dem Umweltbetrieb geschlossen. Diese regelt für etwa 90 % der Zuweisungen die Berechnungsgrundlage, die Fälligkeit der Zahlungen und die Abrechnung zum Jahresabschluss. Für die Zuweisungen aus Haushaltsmitteln besteht weiterhin kein schriftlich fixiertes Regelwerk. Die nicht kostendeckenden Zuweisungen für die Bereiche Stadtgrün, öffentliches Grün auf Friedhöfen und die Straßeninstandhaltung werden durch die Stadtverwaltung im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung festgelegt und sind folglich nur sehr eingeschränkt durch den Betrieb beeinflussbar. Allerdings erhält der Umweltbetrieb im Wirtschaftsjahr 2019 eine höhere Zuweisung für den öffentlichen Grünanteil auf den Friedhöfen. Insgesamt sind die Tätigkeiten der Grünunterhaltung und der Straßeninstandhaltung sowie der Betrieb der Friedhöfe im Jahr 2018 weiterhin defizitär.

- Bei den im Berichtsjahr vorgenommenen Investitionen haben sich per Saldo keine Überschreitungen der geplanten Ansätze ergeben.
- Das systematische Risikomanagement wurde abschließend aufgebaut. Zur Vereinfachung der Handhabung wurde eine unterstützende Software ausgewählt, die in 2019 eingesetzt werden soll.

Per Saldo ergeben sich aus Sicht der Betriebsleitung keine Sachverhalte, die gegen die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse sprechen.

9. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

9.1 Risikomanagement

In der Sitzung des Betriebsausschusses am 05.09.2018 hat die Betriebsleitung zu den bestandsgefährdenden Risiken berichtet. Der Bericht bezog sich auf das Vorjahr 2017, wobei auch aktuelle Aspekte zum Berichtszeitpunkt berücksichtigt wurden.

Ende des Geschäftsjahres 2018 erfolgte der Aktualisierungsprozess für das Berichtsjahr auf Grundlage der Risikomanagementrichtlinie vom 10.11.2016. Die Abwicklung wurde – wie bereits in den Vorjahren – mittels MS-Office Produkten (Excel, Power-Point) vorgenommen. Ab 2019 wird jedoch eine geeignete Software zum Einsatz kommen, um das Risikomanagement effizienter abwickeln zu können. Bereits im Herbst 2017 wurde mit der Recherche zur Auswahl und Beschaffung der Software begonnen. Im November 2018 wurden schließlich drei Anbieter im Rahmen einer beschränkten Ausschreibung von der Zentralen Vergabestelle zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert. Alle drei Anbieter sind dieser Aufforderung gefolgt, so dass im Januar 2019 die Produktpräsentationen stattfinden konnten. Nach der Angebotsauswertung wurde der Firma Schleupen AG, Ettlingen, inzwischen der Zuschlag erteilt. Mit der Einführung inklusive der Schulungen des zentralen und dezentralen Risikomanagements soll planungsgemäß im Herbst 2019 begonnen werden.

9.2 Finanzmanagement

Die Sicherstellung einer jederzeitigen Zahlungsfähigkeit gehört zur Zielsetzung des Finanzmanagements. Da der Umweltbetrieb im Rahmen des Liquiditätsverbundes jederzeit auf Kassenkredite der Stadt Bielefeld zurückgreifen kann, ist die erforderliche Liquidität gewährleistet. Der im Wirtschaftsplan zur Verfügung gestellte Kassenkreditrahmen in Höhe von 15 Mio. € musste zu keiner Zeit in voller Höhe ausgeschöpft werden. Unterjährig konnten der Stadtkasse auch Liquiditätsüberschüsse

zur Verfügung gestellt werden. Wegen zur Auszahlung anstehender Löhne und Gehälter zum Jahresende und fälliger Zins- und Tilgungsleistungen lag der Bestand der Kredite zur Liquiditätssicherung zum Bilanzstichtag bei 1,4 Mio. €.

Zur Tätigung notwendiger Investitionen gilt es unter Risiko- und Aufwandsgesichtspunkten, optimale Finanzierungsmöglichkeiten zu sichern. Durch die gute und bewährte Zusammenarbeit mit dem Amt für Finanzen und die allgemeine positive Entwicklung auf dem Kapitalmarkt ist es im vergangenen Jahr - wie bereits im Vorjahr - gelungen, langfristige Kreditverträge zu sehr günstigen Konditionen abzuschließen. Das im Wirtschaftsplan 2018 zur Verfügung gestellte Kreditmittelermachtigungsvolumen erwies sich für die erforderlichen Investitionen als ausreichend. Vielmehr ist das tatsächliche Investitionsvolumen erneut deutlich unter dem geplanten Ansatz geblieben.

9.3 Innenrevision

Die Aufgabenschwerpunkte der Innenrevision lagen 2018 in folgenden Bereichen:

- Korruptionsprevention (Berichtswesen 2017, Analyse städtischer Antikorruptionsbericht 2017)
- Risikomanagement (Begleitung bei der Auswahl einer Software und beim Risikobericht)
- Nachtragsmanagement im Umweltbetrieb (Koordination zum einheitlichen, systematischen Umgang)
- Dezentrale Vergaben (Unterrichtung Rechnungsprüfungsamt und Betriebsausschuss)
- Finanzen (Barkassen, Abruf von Fördermitteln - Prüfung Verwendungsnachweise)

Das wegen der Schwachstellenanalyse ab 2013 ausgesetzte gesamtstädtische Berichtswesen zur Antikorruption wurde für das Arbeitsjahr 2017 wieder durchgeführt. Informationen aus allen Geschäftsbereichen wurden analysiert und in einer gesamtbetrieblichen Stellungnahme am 26.04.2018 an den Antikorruptionsbeauftragten übermittelt. Hinweise und Bemerkungen des städtischen Antikorruptionsberichtes 2017 vom 13.08.2018 wurden auf ihre Relevanz für den Umweltbetrieb geprüft und in der Geschaftsbereichsleitungsrunde presentiert. Der Bericht enthielt keine Bemerkungen, zu denen eine Stellungnahme des Umweltbetriebes gefordert wurde.

Um die Erfassung, Bewertung und Steuerung der für den Umweltbetrieb relevanten Risiken effizienter zu gestalten und ein zuverlässiges Reporting zu etablieren, hat die Innenrevision an der Erstellung der Ausschreibungsunterlagen für eine Softwareunterstützung und am anschließenden Auswahlprozess maßgeblich mitgewirkt. Der Auftrag für eine Anschaffung des Risikomanagement-Tools ist inzwischen erteilt.

Nach gemeinsamer Sichtung des Risikoinventars zum 31.12.2017 durch Betriebsleitung, Risikokoordination und Innenrevision wurde zudem ein Bericht für den Betriebsausschuss abgestimmt.

In einer von der Innenrevision koordinierten Arbeitsgruppe wurden Regelungen für einen einheitlichen und systematischen Umgang mit Nachträgen entwickelt. Diese sind im Dezember 2018 als Betriebsanweisung in Kraft getreten. Die Innenrevision hat als Ansprechpartnerin für den Umweltbetrieb in einer ämterübergreifenden, vom städtischen Antikorruptionsbeauftragten initiierten Arbeitsgruppe an der Entwicklung einer frühzeitigen Information des Rechnungsprüfungsamtes über anstehende Vergaben mitgewirkt. Zum 02.01.2019 wurde eine sogenannte Infomail eingeführt. Anhand von SAP-Bestellungen und der Vergabedatei wurde eruiert, ob der für zahlreiche Vergaben bestehenden Unterrichtungspflicht gegenüber dem Betriebsausschuss Rechnung getragen wurde.

Im Aufgabenfeld Finanzen wurde die Erneuerung des Kassensystems für die Wertstoffhöfe forciert. Des Weiteren wurden unvermutete Kassenprüfungen durchgeführt und Verwendungsnachweise beim Abruf von Fördermitteln geprüft. Um einen umfassenden Informationsfluss sicherzustellen, hat die Innenrevision wie – in den Vorjahren – neben den monatlichen Rücksprachen mit der Betriebsleitung an den regelmäßigen Sitzungen der Betriebsleitung mit allen Geschäftsbereichsleitungen teilgenommen. Der Besuch von Fachfortbildungen sowie die Mitarbeit im Arbeitskreis Interne Revision im Mittelstand des Deutschen Instituts für Innenrevision dienten einer kontinuierlichen Verbesserung der Revisionsarbeit.

9.4. Spezifische Chancen und Risiken

Neben der Erarbeitung der Grundlagen für ein umfassendes Risikomanagement führen interne Betriebsanweisungen, Schulungen / Unterweisungen der Mitarbeiterschaft, das Finanzcontrolling und das im Betrieb praktizierte Sicherheits- und Qualitätsmanagement zu einer Risikominimierung.

Der Betriebsleitung des Umweltbetriebes sind derzeit keine Risiken bekannt, die bestandgefährdend sein könnten. Aus Gesamtbetriebssicht sind im Wesentlichen die folgenden betrieblichen und finanzwirtschaftlichen Risiken zu nennen:

- Zinsänderungsrisiko
- Preissteigerungen und Tarifierhöhungen
- nicht vorhersehbare Abweichungen vom Wirtschaftsplan auf Grund unvorhersehbarer Ereignisse (z.B. Wartung/Instandhaltung aufgrund von Starkregenereignissen etc.)
- Änderungen von Gesetzen, Verordnungen etc.
- (langfristiger) Ausfall betriebsnotwendiger Anlagen und Maschinen
- Ausfall wichtiger EDV-Systeme
- (langfristige) Personalausfälle
- Rekrutierung von qualifiziertem Fachpersonal unter den Bedingungen des Tarifvertrages für den Öffentlichen Dienst
- Prozessrisiken i. V. m. Vergabeverfahren/-regelungen
- Umweltrisiken
- Risiken aus öffentlich-rechtlichen Kooperationen mit Dritten (Abwasserverband Obere Lutter)
- Risiken durch das ab dem 01.01.2019 in Kraft getretene Verpackungsgesetz (u. a. Ausschreibung Wertstofftonne)

Als eigenbetriebsähnliche Einrichtung erbringt der Umweltbetrieb seine Dienstleistungen überwiegend im öffentlichen Auftrag. Insofern orientiert sich der Erfolg des Betriebes nicht an der Erzielung von Gewinnen, sondern am öffentlichen Gemeinwohl. Die wesentlichen Chancen für den Umweltbetrieb bestehen daher in der Erbringung sehr guter Serviceleistungen gegenüber den Bielefelder Bürgerinnen und Bürgern, in der Sicherung niedriger und möglichst stabiler Gebühren und der Gewährleistung eines wichtigen Beitrags zur kontinuierlichen Verbesserung des Umweltschutzes. Zur Realisierung der genannten Zielsetzungen unterliegt der Betrieb einem permanenten internen und externen Weiterentwicklungserfordernis.

10. Prognose/Ausblick

10.1 Haushaltskonsolidierung

Die Haushaltssituation der Stadt Bielefeld scheint sich auf der Grundlage der Jahresergebnisse 2016, 2017 und des voraussichtlichen Ergebnisses 2018 etwas entspannt zu haben. Die Haushaltsatzung für das Haushaltsjahr 2019 wurde vom Rat der Stadt Bielefeld am 06.12.2018 beschlossen. Die Genehmigung der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts für das Haushaltsjahr 2019 hat die Bezirksregierung mit Verfügung vom 28.02.2019 erteilt. Dennoch befindet sich die Stadt Bielefeld nach Einschätzung des Stadtkämmerers insbesondere im Hinblick auf die aufgelaufenen Kredite zur Liquiditätssicherung nach wie vor in einer bedenklichen finanziellen Situation.

Vor diesem Hintergrund geht die Betriebsleitung nicht davon aus, dass sich die unmittelbaren Auswirkungen auf den Betrieb in naher Zukunft verbessern werden. Der Spagat zwischen einer für die Bevölkerung zufriedenstellenden Dienstleistung und den zu erfüllenden Einsparvorgaben wird für die kommenden Jahre bestehen bleiben. Die bereits festgelegten Ergebnisabführungen an den städtischen Haushalt gestalten sich für die kommenden Jahre wie folgt:

2019	10.070.300 €
2020	9.460.600 €
2021	8.897.800 €
2022	8.381.900 €
2023	7.772.200 €
2024	7.256.300 €

Die aktuelle mittelfristige Erfolgsrechnung weist für das Jahr 2019 noch einen für die geplante Ergebnisabführung ausreichend hohen Gewinn aus. Dieser Gewinn sinkt kontinuierlich wegen steigender Kosten und nicht auskömmlicher Zuweisungen aus dem Haushalt für die Aufgabenerledigung in den nicht rentierlichen Bereichen. Die Betriebsleitung geht davon aus, dass sich diese Situation aufgrund der bestehenden Haushaltsslage in absehbarer Zeit auch nicht zum Positiven verändern wird. Dies führt ab dem Jahr 2020 dazu, dass die geplanten Überschüsse nicht mehr für die Deckung der Ergebnisabführung ausreichen. Damit sich dieser Sachverhalt nicht zu Lasten der betrieblichen Rücklage auswirkt, wurde mit dem Amt für Finanzen und dem Kämmerer im Vorjahr die Vereinbarung getroffen, aus dem positiven Jahresergebnis 2017 und ggfs. auch aus denen der Folgejahre zur

Absicherung der Fehlbeträge ausreichende Anteile des erwirtschafteten Ergebnisses im Umweltbetrieb zu belassen. Dieses ist auch zur Deckung des Kapitalbedarfs in den nicht rentierlichen Bereichen zwingend erforderlich, da Kreditaufnahmen durch Vorgaben des Amtes für Finanzen in diesen Bereichen nur eingeschränkt möglich sind. Für die Jahre 2020 und 2021 wird die Stadt Bielefeld einen Doppelhaushalt aufstellen, die Eigenbetriebe werden aber, da Doppelwirtschaftspläne in der Eigenbetriebsverordnung nicht vorgesehen sind, zwei Wirtschaftspläne aufstellen.

10.2 Gebührenentwicklung

Auf Grund einer nochmaligen Reduzierung des kanalentwässerten öffentlichen Flächenanteils, der Mehraufwendungen bei den Personalkosten infolge von Tarifsteigerungen und notwendiger Investitionen mussten die Niederschlagswassergebühren für das Jahr 2019 um 4,26 % auf 0,98 € pro Quadratmeter bebauter bzw. befestigter Fläche angehoben werden. Die Schmutzwassergebühren konnten dagegen um 6,6 % auf 2,96 € pro Kubikmeter gesenkt werden. Die Betriebsleitung geht davon aus, dass die Schmutzwassergebühren auf Grund der Entwicklung der Sonderposten für den Gebührenaussgleich für das Jahr 2020 konstant gehalten, möglicherweise sogar nochmals leicht gesenkt werden können. Bei der Regenwassergebühr ist eher mit einer Gebührenerhöhung zu rechnen.

Die Gebühren der Straßenreinigung und des Winterdienstes unterliegen starken Kostenschwankungen insbesondere durch den witterungsabhängigen Winterdienst. Für das Jahr 2019 mussten die Gebühren nach geringfügigen Senkungen in 2016 und 2017 und Gebührenstabilität in 2018 auf Grund der gestiegenen Personal- und Treibstoffkosten geringfügig erhöht werden. Auch für 2020 ist aus diesen Gründen eine geringfügige Gebührensteigerung nicht auszuschließen.

Die Gebühren für die Restmüll- und Biotonnenabfuhr konnten in 2019 konstant gehalten werden. Für das Jahr 2020 geht die Betriebsleitung auf Grund der Sonderpostenbestände bei den Abfallgebühren ebenfalls von einer Stabilität aus.

Die Novelle der Friedhofsgebühren soll im Jahr 2019 dem Rat der Stadt Bielefeld zur Beschlussfassung vorgelegt werden. In diesem Zusammenhang wird auch über die Anpassung der Zuweisung aus dem Haushalt für die Unterhaltung des öffentlichen Grünanteils auf Friedhöfen entschieden.

10.3 Klärschlamm Entsorgung

Auf Grundlage der Vorvereinbarung waren/sind sich alle Beteiligten darüber einig, die möglichen Alternativen der Zusammenarbeit und die Entsorgungsoptionen in technischer, rechtlicher und betriebswirtschaftlicher Hinsicht fundiert zu prüfen. Zu diesem Zweck wurde eine Rechtsanwaltskanzlei mit der juristischen Begleitung und Beratung des Vorhabens beauftragt. Die Kanzlei hat Klärschlammkooperationen bereits erfolgreich begleitet und verfügt somit über einschlägige Erfahrungen. Entsprechend der Vorvereinbarung wurde ein steuerndes Gremium (Arbeitskreis), bestehend aus zwölf Mitgliedern auf der ersten Mitgliederversammlung am 10.12.2018 gewählt. Die Stadt Bielefeld gehört dazu und wird durch den Umweltbetrieb vertreten. Alle Sitzungen werden unter Beteiligung der Rechtsanwaltskanzlei vorbereitet und organisiert. Zudem existieren zwei Unterarbeitskreise, die mit Experten/innen besetzt sind und dem steuernden Arbeitskreis zuarbeiten: Unterarbeitskreis „Technik“ (Ingenieure/innen und Anlagenbetreiber / ein externes Ingenieurbüro mit der Erstellung einer technischen Expertise beauftragt) sowie Unterarbeitskreis „Recht“ (Juristinnen und Juristen der beteiligten Kommunen). Die Kooperation wird darüber hinaus beratend durch die Bezirksregierung Detmold begleitet. Die technische, rechtliche und wirtschaftliche Prüfung ist schon sehr weit fortgeschritten und wird aller Voraussicht nach noch vor der Sommerpause abgeschlossen und dann in die politische Beratung eingebracht.

Eine Abfrage bei den Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern hat gezeigt, dass bei vielen Betreibern bereits ab 2020, 2021 oder 2022 keine gesicherte Entsorgung der Klärschlämme mehr besteht. Die Kooperation hat daher beschlossen, dass eine gemeinsame Zwischenlösung gesucht werden soll. Die Kooperation geht davon aus, dass eine gemeinsame Ausschreibung die Wahrscheinlichkeit für wirtschaftlich attraktive Angebote deutlich erhöhen wird. Der Umweltbetrieb, der selbst seine Entsorgung ab 2020 sicherstellen muss und daher eine europaweite Ausschreibung der anfallenden Mengen durchführen wird, hat angeboten, als Bündelungspartner eine Ausschreibung mit Einzel- und Gesamtlosen für alle interessierten Kommunen der Kooperation durchzuführen.

10.4 Technische Ertüchtigung der Bielefelder Kläranlagen

Wie bereits in Kapitel 3.1.6 beschrieben, hat sich der Umweltbetrieb auch im Bereich der kommunalen Klärwerke in den nächsten Jahren großen Herausforderungen zu stellen. Das Alter der Anlagen und die steigenden gesetzlichen Vorgaben zur Erfüllung neuester ökologischer Anforderungen erfordern zukünftig Investitionen in verschiedensten Bereichen zur Erneuerung der Anlagentechnik.

Mit dem Ausweisen neuer Wohngebiete – wie z. B. mittelfristig im Bielefeld Süden – ist zudem zu klären, auf welche Weise die Entsorgungssicherheit gewährleistet werden kann. Dazu gehört auch ein intensiver– politisch begleiteter – Abstimmungsprozess mit den Betreiberinnen und Betreibern von Kläranlagen in den angrenzenden Gemeinden.

10.5 Neues Verpackungsgesetz und Ausschreibung der Wertstofffassung LVP / sNVP

Am 01.01.2019 ist das Verpackungsgesetz (Gesetz über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die hochwertige Verwertung von Verpackungen) in Kraft getreten. Hieraus ergeben sich erhebliche Auswirkungen auf die Abstimmungsvereinbarungen zwischen den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern und den dualen Systemen und damit auf die Gestaltung der Sammelsysteme für Leichtverpackungen und Nichtverpackungen (LVP/sNVP), für Glas sowie für Papier, Pappe und Kartonagen (PPK). Im Gesetz enthaltene Übergangsregelungen ermöglichen eine eingeschränkte Fortdauer bestehender Abstimmungsvereinbarungen, so dass die derzeitige Abstimmungsvereinbarung der Stadt Bielefeld bis zum 31.12.2019 Bestand hat. Die für Bielefeld von den dualen Systemen vergebenen Aufträge für die Erfassung von Leichtverpackungen (LVP) und Vereinbarungen zur gegenseitigen Mitbenutzung bei den stoffgleichen Nichtverpackungen (sNVP) haben ebenfalls entsprechende Laufzeiten bis Ende 2019. Anpassungen oder Änderungen sind bis zu diesem Zeitpunkt nicht vorzunehmen.

Für den kommenden Leistungszeitraum 2020 bis 2022 werden diese Aufträge allerdings neu ausgeschrieben und erfordern voraussichtlich im Mai oder Juni 2019 den Abschluss einer neuen Abstimmungsvereinbarung gemäß den Vorgaben des Verpackungsgesetzes. Eine Einigung zum Abschluss der neuen Abstimmungsvereinbarung konnte mittlerweile erzielt werden. Der Entwurf liegt unterzeichnungsreif vor. Der genaue Ausschreibungszeitpunkt für die Wertstofffassung hängt dabei von den Dualen Systemen ab, die zuvor die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen müssen. Ausschreibungsführer der Dualen Systeme für das Stadtgebiet Bielefeld ist die BellandVision GmbH, mit der auf Basis der Orientierungshilfen des Deutschen Städtetages und unter Berücksichtigung der Besonderheiten Bielefelds Verhandlungen geführt werden.

Der Umweltbetrieb beabsichtigt, sich auch weiterhin um den Auftrag der Dualen Systeme zu bewerben. Bei der letzten Ausschreibung im Jahr 2016 hat noch die WRB Wertstoffrecycling der Stadt Bielefeld GmbH in einer Arbeitsgemeinschaft mit der Tönsmeier Service GmbH & Co. KG (jetzt Pre-Zero) den Auftrag erhalten. Die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit einem großen Entsorger bzw.

die Fortsetzung der bisherigen ARGE scheiden aus kartellrechtlichen Gründen jedoch aus, da die Stadt Bielefeld als Eigentümerin der Stadtwerke Bielefeld GmbH und die Stadtwerke Bielefeld GmbH wiederum als Mehrheitseigentümerin an den Müllverbrennungsanlagen Bielefeld und Hameln mit dem Umweltbetrieb zusammen deutlich mehr als 50 Mio. € im Entsorgungssektor umsetzen. Nach kartellrechtlichen Vorgaben und den darauf beruhenden Ausschreibungsbedingungen der Dualen Systeme ist eine Zusammenarbeit zweier Konzerne mit Umsätzen über 50 Mio. € ausgeschlossen. Eine weitere große Herausforderung stellt daher die bisher von PreZero organisierte Bereitstellung eines Umschlagplatzes für die in der Wertstofftonne gesammelten Materialien dar. Momentan wird hier rechtlich wie technisch intensiv an einer Lösung gearbeitet, um entweder eine geeignete Umschlaganlage rechtzeitig zum 01.01.2020 zur Verfügung zu stellen oder aber eine entsprechende Anlage pachten zu können.

Die Miterfassung der in der Papiertonne enthaltenen Verpackungsmaterialien aus PPK (Papier, Pappe, Kartonagen) wurde bisher auf der Basis von privatrechtlichen Einzelverträgen mit den einzelnen dualen Systemen geregelt. Der Umweltbetrieb rechnet die Leistung auf der Grundlage einer vor Jahren vereinbarten Auftragsmenge zu einem Gebietspreis ab und die dualen Systeme partizipieren an den vom Umweltbetrieb erzielten Vermarktungserlösen.

Das aktuelle Verpackungsgesetz sieht vor, dass die Regelungen für die Abfallfraktion PPK Bestandteil der neu zwischen dem öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger und den dualen Systemen abzuschließenden Abstimmungsvereinbarung werden. Aufgrund der im Gesetz vorgesehenen Übergangsregelungen ist die Umsetzung für die Stadt Bielefeld erst ab dem 01.01.2020 notwendig. Als Interimslösung wurde deshalb mit den dualen Systemen eine Verlängerung der bestehenden Verträge bis zum 31.12.2019 vorgenommen. Spätestens in der zweiten Jahreshälfte 2019 sind die Konditionen für die künftige Mitbenutzung der PPK-Sammelstruktur mit den dualen Systemen auszuhandeln. Gleichzeitig ist – als Grundlage für diese Verhandlungen – zuvor ein Vorschlag für die diesbezüglich in die neue Abstimmungsvereinbarung aufzunehmenden Regelungen zu erarbeiten.

10.6 Klimawandel

Auch im letzten Jahr kam es in Folge des Klimawandels wieder zu Extremwetterereignissen. So hat der Sturm „Friederike“ im Januar 2018 in Bielefeld zu größeren Schäden geführt als der Sturm „Kyrill“ im Jahr 2007 (siehe hierzu auch den Bericht des Forstes im Kapitel 3.3.11). Neben lokalen Starkregenereignissen bleibt aus dem Jahr 2018 aber vor allem der extrem trockene Sommer in Erinnerung.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Umweltbetriebes waren mit Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehr Bielefeld daher den gesamten Sommer über im Einsatz, um Bäume im Stadtgebiet zu bewässern und Trockenschäden zu vermeiden. Auch für das Jahr 2019 warnt der Deutsche Wetterdienst (DWD) bereits wieder vor extremer Trockenheit. So sind laut DWD in vielen Regionen Deutschlands zum Start der Vegetationsperiode 2019 die Böden viel trockener als im vieljährigen Durchschnitt. Selbst im Dürrejahr 2018 lagen die Bodenfeuchtwerte im April noch deutlich über den aktuellen Werten dieses Jahres. Sollte die trockene Witterung in den kommenden Monaten anhalten, könnte sich die Dürre des Jahres 2018 wiederholen oder sogar übertroffen werden. Dann könnten auch Wälder und Pflanzen mit Wurzeln, die die Feuchtigkeit in tieferen Bodenschichten anzapfen, betroffen sein.

Doch auch die lokal auftretenden Starkregenereignisse sind ein Thema, auf das sich der Umweltbetrieb zukünftig weiter einstellen wird. Neben der hydraulischen Bemessung und der entsprechenden Planung des städtischen Kanalnetzes wird auch die im Jahr 2017 gegründete ämterübergreifende Arbeitsgruppe „AG Starkregen und Hochwasser“, bestehend aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Umweltamtes, des Bauamtes, des Immobilienservicebetriebes, des Feuerwehramtes, des Amtes für Verkehr und des Umweltbetriebes ihre Arbeit in 2019 und darüber hinaus fortführen und präventive Maßnahmen und Empfehlungen entwickeln.

10.7 Ergebnisentwicklung 2019

Der Wirtschaftsplan sieht für das Wirtschaftsjahr 2019 einen positiven Abschluss in Höhe von 11.415.700 € vor. An den Haushalt sind davon im Jahr 2020 insgesamt 9.460.600 € abzuführen.

Bielefeld, den 22. Mai 2019

Stücken-Virnau

Rubel

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld“, Bielefeld:

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld" - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen i.V.m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung zum 31. Dezember 2018 sowie seiner Ertragslage für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 106 GO NRW a. F. i.V.m. Artikel 10 des 2. NKFVG NRW unter Beachtung der vom Institut für Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Betriebsausschusses für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen sowie den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Betriebsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die eigenbetriebsähnliche Einrichtung ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Krefeld, den 9. Juli 2019

RSM GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

gez. Oliver Stoffers
Wirtschaftsprüfer

gez. Gerald F. Richter
Wirtschaftsprüfer

Testatsexemplar

Immobilienervicebetrieb der Stadt Bielefeld
Bielefeld

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018
und Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2018

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN
ABSCHLUSSPRÜFERS

Inhaltsverzeichnis	Seite
Lagebericht für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018.....	1
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018	1
1. Bilanz zum 31. Dezember 2018	3
2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018.....	5
3. Anhang für das Geschäftsjahr 2018	7
4. Anlagenspiegel.....	19
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS	1

Immobilienervicebetrieb der Stadt Bielefeld (ISB)

Lagebericht für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018

I. Grundlagen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung

Der Immobilienervicebetrieb der Stadt Bielefeld ist eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung im Sinne des § 107 Abs. 2 GO NRW. Gegenstand des ISB ist die zentrale Bewirtschaftung von Verwaltungsgebäuden, Schulen, Kindertagesstätten und sonstigen Gebäuden und Grundstücken, die der Stadt Bielefeld zur Erfüllung ihrer Aufgaben dienen. Der Betriebszweck umfasst auch die Errichtung von Gebäuden, den Erwerb und die Veräußerung, die An- und Vermietung der oben genannten Liegenschaften sowie alle den Betriebszweck fördernden Nebengeschäfte.

Der ISB verfügte zum 31.12.2018 über 1.173 Gebäude (31.12.2017: 1.176 Gebäude).

Das durch den ISB zu bewirtschaftende Grundvermögen umfasste zum 31.12.2018 insgesamt 41.699.095 m² (31.12.2017: 41.785.900 m²).

II. Wirtschaftsbericht

Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

Für das Wirtschaftsjahr 2018 wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 1,0 Mio. € geplant. Im Vergleich dazu wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von ca. 16,5 Mio. € erzielt. Daher wird das Geschäftsjahr 2018 als wirtschaftlich gut verlaufend eingeschätzt.

Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit im Berichtsjahr lag, neben der Vermietungstätigkeit, maßgeblich in der Planung und Durchführung von diversen Baumaßnahmen.

Der Neubau der Sporthalle Alm wurde fertig gestellt. Die Umsetzung der nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG) geförderten Baumaßnahmen wurde vorangetrieben. Die energetische Sanierung des Ordnungsamtes im Ravensberger Park und die energetische Sanierung der Musik- und Kunstschule waren neben der Fertigstellung der Alm-Sporthalle die größten Einzelbaumaßnahmen. Weiterhin wurden die Umgestaltung des Kesselbrinks, die Sanierung der Sporthalle Grundschule Hans-Christian-Andersen sowie der Umbau der Gesamtschule Rosenhöhe fortgesetzt. Weitere Sanierungsmaßnahmen in Feuerwehrgerätehäusern, Kindertageseinrichtungen und Sporthallen wurden durchgeführt bzw. begonnen und werden im Folgejahr fortgesetzt.

Im Berichtsjahr wurden vier Neubauten des sozialen Wohnungsbaus mit 64 Wohnungen von der SOLION Beteiligungsgesellschaft mbH (Im Siekerfelde 35, 37, Im Hagen 1, 1a, Walter-Werning-Str. 43, 45 und Dr. Viktoria-Steinbiß-Str. 6) mit einem Gesamtwert von 9 Mio. Euro übernommen. Diese Wohnbauten sollen unter anderem für die Unterbringung von Flüchtlingen dienen.

Für Instandhaltungs- und Investitionsmaßnahmen wurden 2018 insgesamt 47,8 Mio. € (Vorjahr: 38,6 Mio. €) eingesetzt.

Das seit 2001 laufende Programm zur Abarbeitung des Sanierungsstaus an Bielefelder Schulen wurde mit einem Volumen von 1,1 Mio. € weitergeführt. Bis Ende 2018 wurden 75 Bauprojekte abgeschlossen. Das Investitionsvolumen bis Ende 2018 betrug 103,4 Mio. €.

Im Wirtschaftsjahr 2018 wurden für die nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG) geförderten Baumaßnahmen 6.524 T€, für den Neubau der Sporthalle Alm 4.628 T€, für die Sanierung der Sporthalle GS Hans-Christian-Andersen 632 T€, für die Umgestaltung des Kesselbrinks 628 T€ und für die Sanierung der Gesamtschule Rosenhöhe 505 T€ aufgewendet.

Der Betriebsausschuss trat 2018 zu 8 ordentlichen Sitzungen und 3 Sondersitzungen zusammen.

Beitrag zur Haushaltskonsolidierung

Der ISB leistete 2018 seinen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung der Stadt Bielefeld. Im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes wurden 3.445 T€ an den städtischen Haushalt abgeführt.

Ertragslage

Der Jahresüberschuss 2018 beträgt 16.525 T€. Er liegt deutlich über dem geplanten Jahresüberschuss von 1.000 T€. Gegenüber 2017 fiel der Jahresüberschuss um 9.260 T€ höher aus.

Die Entwicklung der Umsatzerlöse aus Vermietung und Verpachtung in Bezug auf die Nutzer von Immobilien ist in der nachfolgenden Übersicht wiedergegeben:

	2018	2017
	T€	T€
Städtische Ämter	105.140	104.275
Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen der Stadt	2.360	1.820
Dritte	7.509	8.191
Umsatzerlöse aus Vermietung und Verpachtung insgesamt	115.009	114.286

Die Umsatzerlöse aus Vermietung und Verpachtung umfassen auch die Betriebskosten sowie Erstattungen für Reinigungs- und Hausmeisterleistungen. Gegenüber 2017 fielen die Umsatzerlöse um 723 T€ höher aus.

Die Umsatzerhöhung mit den städtischen Ämtern (+ 865 T€) resultiert hauptsächlich aus den zusätzlichen Mieten für Neubauten bzw. für erhebliche Wertverbesserungsmaßnahmen und den erhöhten Erstattungen für Betriebskosten.

Die Umsatzerhöhung gegenüber den eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen (+ 540 T€) resultiert aus der Zuordnung der Rudolf-Oetker-Halle zur eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen und Orchester.

Der Umsatzrückgang gegenüber Dritten (- 682 T€) beruht vor allem auf einer verringerten Grundmiete für die Kunsthalle (- 200 T€) und der Aufgabe des Objektes Niederwall 39 - HDI Gebäude (- 180 T€) und der damit verbundenen Untervermietung an das Jobcenter und die REGE.

Die Umsatzerlöse beinhalten neben den Erlösen aus Vermietung und Verpachtung, den erhaltenen Zuschüssen für Instandhaltungsmaßnahmen auch Erträge aus Anlagenverkäufen. Die Zuschüsse für Instandhaltungsmaßnahmen beliefen sich im Jahr 2018 auf 1.879 T€. Gegenüber 2017 fielen sie um 401 T€ geringer aus. Ihnen stehen entsprechend geringere Aufwendungen für Schulbausanierungsmaßnahmen gegenüber.

Die Erträge aus Anlagenverkäufen beliefen sich 2018 auf 4.782 T€. Gegenüber 2017 stiegen sie um 3.894 T€ an.

Der Bestand an unfertigen Leistungen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1.563 T€ erhöht, da unter anderem die umlagefähigen Betriebskosten gegenüber 2017 gestiegen sind.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beliefen sich auf 2.374 T€. Gegenüber 2017 stiegen sie um 1.140 T€. Diese Erhöhung ist auf die Realisierung von einzelwertberechtigten Forderungen gegenüber dem DSC Arminia Bielefeld e.V. zurückzuführen.

Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten haben sich gegenüber 2017 um 952 T€ verringert, da im Vorjahr eine deutlich höhere außerplanmäßige Auflösung des Sonderpostens erfolgte.

Die Materialaufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 2.206 T€ erhöht. Im Einzelnen haben sie sich wie folgt entwickelt:

	2018	2017
	T€	T€
Hilfs- und Betriebsstoffe		
Instandhaltungskosten	17.441	16.100
Betriebskosten	20.347	18.923
Erbbauszinsen, Mieten, Pachten	5.980	6.841
Sonstige Unterhaltsaufwendungen	404	291
Summe	44.172	42.155
Bezogene Leistungen		
Bezogene Reinigungsleistungen	2.353	2.422
Ingenieurleistungen	1.992	1.721
Sonstige bezogene Leistungen	454	467
Summe	4.799799	4.610
Materialaufwendungen insgesamt	48.971	46.765

Der Personalaufwand hat sich gegenüber 2017 insgesamt um 684 T€ bzw. 2,3 % erhöht. Die Anzahl der Stellen blieb gleich. Die Erhöhung des Personalaufwands beruht auf der tariflich bedingten Erhöhung im Wirtschaftsjahr 2018.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen beinhalten außerplanmäßige Abschreibungen von Gebäuden und Grundstücken nach § 253 Abs. 3 HGB in Höhe von 1.322.536,49 € (Vorjahr: 8.461 T€).

Die Betriebserträge einschließlich der Erträge aus Anlagenabgängen, der Erträge aus der Auflösung von Sonderposten sowie der Zinserträge (insgesamt 133.904 T€) reichten wiederum aus, die Betriebsaufwendungen einschließlich der Aufwendungen aus Anlagenabgängen, Zinsaufwendungen, Abschreibungen auf das Anlagevermögen und Steuern vom Einkommen und Ertrag (insgesamt 116.930 T€) zu decken. Das Ergebnis nach Steuern vom Einkommen und Ertrag beträgt 16.974 T€. Nach der Verrechnung mit sonstigen Steuern (449 T€) verbleibt ein Jahresüberschuss in Höhe von 16.525 T€.

Vermögenslage

Das Sachanlagevermögen des ISB hat sich im Wirtschaftsjahr 2018 insgesamt um 3.615 T€ erhöht. Die Entwicklung im Einzelnen:

Bestand Sachanlagen 1.1.2018	914.039 T€
• Zugänge	+ 28.350 T€
• Abgänge	- 3.178 T€
• Abschreibungen	- 21.557 T€
Bestand Sachanlagen 31.12.2018	917.654 T€

Der Anlagendeckungsgrad als Indikator für die fristenkongruente Finanzierung des Anlagevermögens beträgt 99,0 % (Vorjahr: 98,3 %) und weist einen sehr guten Wert aus.

Die Forderungen an die Stadt beliefen sich zum 31.12.2018 auf 31.469 T€. Darin enthalten sind Kassenkredite an den städtischen Haushalt in Höhe von 26.200 T€.

Das Stammkapital beträgt unverändert 154.000 T€. Von dem Jahresüberschuss 2017 (7.265 T€) wurde entsprechend dem Beschluss des Rates vom 05.07.2018 ein Betrag in Höhe von 2.800 T€ in die Sonderrücklage für die Sanierung des Schulschwimmbades an der Marktschule sowie ein Betrag in Höhe von 1.000 T€ in die Sonderrücklage für die Sanierung der Kunsthalle eingestellt. Außerdem wurde ein Betrag in Höhe von 3.000 T€ an den städtischen Haushalt abgeführt und der Restbetrag in Höhe von 465 T€ in die Allgemeine Rücklage eingestellt.

Die bilanzielle Eigenkapitalquote betrug ohne Berücksichtigung des Sonderpostens zum 31.12.2018 50,0 % (Vorjahr: 49,4 %). Sie hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Prozentpunkte verbessert.

Der Sonderposten aus Investitionszuschüssen hat sich um 12.902 T€ erhöht. Im Wirtschaftsjahr 2018 wurden dem Sonderposten Investitionszuschüsse in Höhe von 20.820 T€ zugeführt. Aufgelöst wurde der Sonderposten in Höhe von 7.918 T€.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen (Pensionsverpflichtungen und Beihilfen im Krankheitsfall) haben sich im Vergleich zum Anfangsbestand (26.159 T€) um 1.659 T€ auf 27.818 T€ erhöht.

Die erhaltenen Anzahlungen belaufen sich auf 25.023 T€ und betreffen im Wesentlichen empfangene Vorauszahlungen für noch nicht abgerechnete Nebenkosten. Den erhaltenen Anzahlungen stehen auf der Aktivseite unfertige Leistungen in Höhe von 20.057 T€ gegenüber.

Finanzlage

Der Bestand an liquiden Mitteln hat sich zum Stichtag 31.12.2018 um 4.189 T€ auf 5.671 T€ erhöht.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich im Berichtsjahr um 16.125 T€ verringert. Neben den planmäßigen Tilgungen in Höhe von 17.128 T€ wurden Sondertilgungen in Höhe von 4.250 T€ geleistet. Neu aufgenommen wurden 4 Förderdarlehen in Höhe von 7.132 T€ im Rahmen der Übernahme der vier neuen Wohnbauten von der SOLION Beteiligungsgesellschaft mbH „Im Siekerfelde 35, 37“, „Im Hagen 1, 1a“, „Walter-Werning-Str. 43, 45“ und „Dr. Viktoria-Steinbiß-Str. 6“ in Bielefeld. Ein Betrag in Höhe von 1.879 T€ wird davon als Tilgungsnachlass gewährt und als Sonderposten bilanziert.

Die Zahlungsfähigkeit des Immobilienservicebetriebs war im abgelaufenen Wirtschaftsjahr zu jedem Zeitpunkt gegeben.

III. Chancen und Risikobericht

Der ISB ist ein Wirtschaftsunternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Aufgrund seiner rechtlichen Stellung liegt ein Insolvenzrisiko nicht vor.

Besondere Risiken für den ISB ergeben sich insbesondere aus den Folgen der Umsetzung einiger HSK-Maßnahmen, sofern es sich um die Aufgabe von Schulen und Sportstätten handelt. Soweit die objektscharfe Konkretisierung vorgenommen worden ist, wird im Einzelfall untersucht, ob die Gebäude und Grundstücke einer wirtschaftlichen Nachnutzung zugeführt werden können. Die Erlös- bzw. Bewertungsrisiken werden als nicht unerheblich eingeschätzt. Bezogen auf die Dienstleistungen (Hausmeister und Reinigungskräfte) können bei rechtzeitiger Ankündigung personalwirtschaftliche Umsetzungsmaßnahmen so frühzeitig eingeleitet werden, dass negative Folgen vermieden werden können.

Darlehen sind in Einzelfällen bei Ablauf der Zinsbindungsfrist umzuschulden. Darin besteht ein Zinsänderungsrisiko, das die Wirtschaftslage des Betriebes beeinflussen könnte. Aufgrund des derzeitigen günstigen Zinsniveaus werden alle für eine mögliche Umschuldung anstehenden Darlehen analysiert und zu durchweg günstigeren Konditionen umgeschuldet bzw. vorzeitig zurückgezahlt.

Als besondere Herausforderung für den Immobilienservicebetrieb stellt sich in den Jahren 2019 bis 2022 die Umsetzung der zahlreichen Baumaßnahmen, die nach verschiedenen Förderprogrammen des Bundes und des Landes NRW bezuschusst werden (Kommunalinvestitionsförderungsgesetz 1. und 2. Programm, Gute Schule 2020, INSEK).

Um Risiken frühzeitig zu erkennen und notwendige Gegenmaßnahmen einzuleiten, untersucht der ISB seine Geschäftsfelder regelmäßig darauf hin, ob sich neue Risiken ergeben und die Bewertung der bereits identifizierten Risiken noch zutreffend ist. Neu erkannte Risiken werden auf ihr Gefahrenpotential hin bewertet. Bei hoher Risikoeinschätzung werden Gegenmaßnahmen eingeleitet.

IV. Prognosebericht

Am 06.12.2018 hat der Rat der Stadt Bielefeld die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen einschließlich Haushaltssicherungskonzept sowie den Stellenplan mit Stellenübersichten für das Haushaltsjahr 2019 beschlossen. In derselben Sitzung ist die Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2019 des ISB erfolgt.

Der ISB wird in den kommenden Jahren seine Investitionstätigkeit ausweiten. Neben den bisher im üblichen Rahmen durchgeführten Baumaßnahmen sind bis 2020 Maßnahmen im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes I in Höhe von 29.205 T€ durchzuführen. Im Jahr 2019 werden hierfür Investitionsmaßnahmen in Höhe von 6.305 T€ durchgeführt.

Darüber hinaus stellt das Land NRW der Stadt Bielefeld mit dem Fördermittelbescheid vom 22.01.2018 Fördermittel gemäß § 14 des Kapitels 2 des Gesetzes zur Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen (KInvFG NRW) zur Verbesserung der Schulinfrastruktur in Höhe von 26.850 T€ zur Verfügung. Diese Fördermittel sind bis 2022 zweckentsprechend zu verwenden. Über die Verwendung hat der Rat der Stadt Bielefeld in seiner Sitzung am 05.07.2018 entschieden. Im Jahr 2019 werden hierfür Investitionen in Höhe von 7.850 T€ getätigt.

Des Weiteren stellt das Land NRW der Stadt Bielefeld im Rahmen des Förderprogramms „Gute Schule 2020“ in der Zeit von 2017 bis 2020 jährlich 10,4 Mio. € zur Verfügung. Der Rat der Stadt Bielefeld hat in seiner Sitzung am 29.09.2016 entschieden, diese Mittel prioritär für den Neubau der Martin-Niemöller-Gesamtschule in unmittelbarer Nähe zum derzeitigen Standort zu verwenden. Mit dem Neubau konnte bisher nicht begonnen werden. Für die Planungsleistungen sind in 2019 Aufwendungen in Höhe von 600 T€ im Wirtschaftsplan des ISB berücksichtigt.

Die Optimierung der Raumsituation für offene Ganztagschulen ist für 2020 bis 2022 insgesamt in Höhe von 8,0 Mio. € vorgesehen. Für den Ausbau und die Umstrukturierung der Gesamtschule Rosenhöhe ist in der Zeit vom 2019 bis 2022 ein Volumen von 17,8 Mio. € geplant.

Für den Neubau der Sporthalle am Gymnasium Helmholtz (Sportschule NRW) sind bis 2021 insgesamt 6,5 Mio. € geplant. An der RS Abendrealschule/Falkschule ist für den Abriss und Neubau der Sporthalle eine Investition bis 2020 in Höhe von 1,7 Mio. € veranschlagt. Für die Sporthallensanierung sind im Wirtschaftsplan 2019 insgesamt zusätzlich 3,0 Mio. € vorgesehen.

Die Energetische Sanierung des Freizeitentrums Baumheide ist in der Zeit vom 2019 bis 2020 mit einem Volumen von 6,1 Mio. € vorgesehen.

Der ISB wird in den kommenden Jahren mehrfach von den Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen betroffen sein. Der Beitrag des ISB zur Haushaltskonsolidierung ist seit 2018 jährlich in Höhe von 3.445 T€ zu erbringen. Zudem ist eine Gewinnabführung in 2019 in Höhe von 1,0 Mio. €, in den Jahren 2020 und 2021 jeweils in Höhe von 2 Mio. € und ab 2022 in Höhe von 1,0 Mio. € eingeplant. Die Gewinnabführung entspricht der mittelfristigen Finanzplanung der nächsten Jahre.

Bielefeld, den 29. März 2019

Gregor Moss
Erster Betriebsleiter

Jürgen Bültmann
Kaufmännischer Betriebsleiter

Reinhold Peter
Technischer Betriebsleiter

**Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018**

Anlage 11

IMMOBILIENSERVICEBETRIEB DER STADT BIELEFELD (ISB)

Bilanz zum 31. Dezember 2018

AKTIVA	31.12.2018		Vorjahr	PASSIVA	31.12.2018		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR		EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital			
I. Sachanlagen				I. Stammkapital	154.000.000,00		154.000.000,00
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	604.980.636,12		599.862.464,38	II. Rücklage	312.508.063,92		304.689.142,06
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	23.093.933,15		17.036.092,03	1. Allgemeine Rücklage	5.472.430,30		9.026.038,86
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	278.326.320,76		280.456.355,27	2. Zweckgebundene Rücklage	16.525.220,47		7.265.313,30
4. Bauten auf fremden Grundstücken	1.263.901,86		1.389.236,86	III. Jahresüberschuss		488.505.714,69	474.980.494,22
5. Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.737.700,76		3.901.937,99			226.237.279,39	213.334.661,71
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	6.251.580,27	917.654.072,92	11.392.564,60				
			914.038.651,13	B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	27.818.477,00		26.158.901,00
B. Umlaufvermögen				C. Rückstellungen	7.636.755,85		6.900.062,23
I. Vorräte				1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		35.455.232,85	33.058.963,23
Unfertige Leistungen		20.057.211,09	18.535.439,23	2. Sonstige Rückstellungen			
	735.235,49		332.176,19		164.925.963,46		181.051.174,29
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				D. Verbindlichkeiten			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr 0,00 € (Vorjahr: 0,00 €)	31.468.561,45		26.374.770,75	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
2. Forderungen an die Stadt davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr 1.604.934,45 € (Vorjahr: 1.502 T€)	901.626,67		416.372,50	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 18.090.516,61€ Vorjahr: 17.805 T€	25.022.703,39		24.129.176,83
3. Sonstige Vermögensgegenstände davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr 0,00 € (Vorjahr: 0,00 €)		33.105.423,61	27.123.319,44	2. Erhaltene Anzahlungen	9.009.736,94		6.805.754,02
				davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 25.022.703,39€ Vorjahr: 24.129 T€			
		5.670.628,63	1.481.727,43	3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	25.244.057,98		25.869.717,20
				davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 9.009.736,94€ Vorjahr: 6.806 T€			
		304.215,61	296.902,00	4. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt	2.296.407,96		2.150.526,37
				davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 6.182.895,39€ Vorjahr: 5.503 T€			
		976.791.551,86	961.476.039,23	5. Sonstige Verbindlichkeiten		226.498.869,73	240.006.348,71
				davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 2.253.314,92€ Vorjahr: 1.941 T€		94.455,20	95.571,36
				davon aus Steuern 0,00 € (Vorjahr 0 T€)			
C. Rechnungsabgrenzungsposten				E. Rechnungsabgrenzungsposten			
						976.791.551,86	961.476.039,23

Immobilienervicebetrieb der Stadt Bielefeld
Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr 2018 (01.01.-31.12.)

	2018	2017
	€	€
1. Umsatzerlöse	121.670.787,14	117.453.986,96
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	1.521.771,86	-41.301,14
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	355.352,00	332.394,49
4. Sonstige betriebliche Erträge	2.374.044,78	1.234.111,37
5. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	7.917.197,54	8.869.197,17
6. Materialaufwand		
a. Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-44.172.666,53	-42.154.665,15
b. Aufwendungen für bezogene Leistungen	-4.798.892,91	-4.610.430,71
7. Personalaufwand		
a. Löhne und Gehälter	-21.952.962,32	-20.930.389,99
b. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung 3.795.660,08 € (2017: 4.276 T€)	-8.369.841,26	-8.708.170,06
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-21.557.204,70	-28.358.925,79
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-6.803.291,85	-6.065.543,18
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	64.916,18	142.093,63
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-9.275.077,58	-9.431.540,97
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	-4.756,00
13. Ergebnis nach Steuern	16.974.132,35	7.726.060,63
14. Sonstige Steuern	-448.911,88	-460.747,33
15. Jahresüberschuss	16.525.220,47	7.265.313,30

**Immobilienervicebetrieb der Stadt Bielefeld
Handelsregister: HRA 14095, Amtsgericht Bielefeld**

**Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr vom
1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018**

Anhang

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16.11.2004, zuletzt geändert durch Artikel 26 des Gesetzes vom 8. Juli 2016 (GV. NRW. S. 559) und den Bestimmungen des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt.

Form und Gliederung der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung sowie des Anlagennachweises entsprechen den Vorschriften des HGB, ergänzt um die Vorschriften der Verordnung über Formblätter für die Gliederung des Jahresabschlusses von Wohnungsunternehmen.

Die Wertansätze der Schlussbilanz zum 31.12.2017 wurden unverändert übernommen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

**II. Angaben zu den Positionen von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung
bezüglich Ausweis, Bilanzierung und Bewertung**

A. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die in der Bilanz ausgewiesenen Grundstücke sind, soweit sie aus der Einlage der Stadt Bielefeld stammen, in Anlehnung an die Bodenrichtwerte angesetzt. Zugänge sind mit den Anschaffungskosten bewertet. Die Gebäude wurden nach allgemein anerkannten Bewertungsverfahren (i.d.R. Sachwertverfahren, ausnahmsweise Ertragswertverfahren) bewertet. Zugänge werden mit den Anschaffungskosten zuzüglich Erwerbsnebenkosten abzüglich Skonti aktiviert. Auf das abnutzbare Sachanlagevermögen wurden die nach § 253 Abs. 3 HGB notwendigen Abschreibungen vorgenommen. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen grundsätzlich nach der linearen Abschreibungsmethode. Die Nutzungsdauern des Sachanlagevermögens sind wie folgt festgelegt:

Gebäude und Brücken (massiv)	40-80 Jahre
Außenanlagen	10-30 Jahre
Bauten auf fremden Grundstücken	40-80 Jahre
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1-15 Jahre

Für verschiedene Immobilien wurden außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert zum Bilanzstichtag vorgenommen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit den Nennwerten ausgewiesen. Erkennbare Einzelrisiken wurden durch Wertberichtigungen berücksichtigt. Dem allgemeinen Ausfall- und Kreditrisiko wurde durch eine Pauschalwertberichtigung ausreichend Rechnung getragen.

Die flüssigen Mittel sind zum Nennwert bilanziert.

Die Bilanzierung des Eigenkapitals erfolgt zum Nominalwert.

Für Investitionszuschüsse wurde ein Sonderposten gebildet. Der Sonderposten wird entsprechend gesetzlicher Regelungen fortgeführt und analog der Nutzungsdauern der bezuschussten Gegenstände aufgelöst.

Die Rückstellungen für Pensionen, für Beihilfen und für Altersteilzeit wurden mit dem nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Teilwert auf der Basis eines Rechnungszinsfußes von 5 % und den „Richttafeln 2018 G“ von Klaus Heubeck angesetzt. Im Vorjahr kamen die „Richttafeln 2005 G“ von Klaus Heubeck zum Einsatz. Die Durchführungshinweise zur Bewertung von Pensionsrückstellungen (Runderlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales - 34 - 48.01.02/30 - 244/16 - vom 17. Februar 2016) wurden beachtet.

Bei den sonstigen Rückstellungen sind die erkennbaren Risiken berücksichtigt. Die Dotierung erfolgte in Höhe der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Beträge.

Die Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen passiviert.

B. Angaben zur Bilanz

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im Anlagennachweis dargestellt.

Bei den Sachanlagen wurden in Höhe von 1.322.536,49 € außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Unter anderem ergaben sich Abwertungsbedarfe bei den Bodenwertansätzen, da die tatsächliche dauerhafte Nutzung von einigen Grundstücken von ihrer bei der Erstbewertung zugrunde gelegten Nutzung abweicht. Des Weiteren wurden außerplanmäßige Abschreibungen an Gebäuden vorgenommen, die stark sanierungsbedürftig sind bzw. abgebrochen werden sollen.

Der Wert der im Bau befindlichen Anlagen belief sich zum 31.12.2018 auf 6.251.580,27 €. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um die Sanierung des Ordnungsamtes im Ravensberger Park (1.724 T€), die Umgestaltung des Kesselbrinks (709 T€), die Sanierung des Schulschwimmbades der Grundschule Plaß (578 T€) und der Umbau der Gesamtschule Rosenhöhe (476 T€) sowie weitere Sanierungsmaßnahmen in Feuerwehrgerätehäusern, Schulen, Kindertageseinrichtungen und Sporthallen. Diese Maßnahmen werden im Folgejahr fortgesetzt.

Unter den Vorräten werden – entsprechend § 2 Abs. 2 Satz 2 der Verordnung über Formblätter für die Gliederung des Jahresabschlusses von Wohnungsunternehmen – noch nicht abgerechnete Betriebskosten ausgewiesen.

Die Forderungen gegenüber der Stadt Bielefeld bestehen aus dem Kernhaushalt zur Verfügung gestellten Kassenkrediten in Höhe von 26.200 T€ (Vorjahr 20.600 T€) und aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 3.664 T€ (Vorjahr 4.273 T€). Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ergeben sich maßgeblich aus Zuschüssen für Sanierungsmaßnahmen an Schulgebäuden (1.882 T€), Zuschüssen für die Sanierung von Gebäuden für Kindertagesstätten (277 T€) und Zuschüssen für die Sanierung des Hofes Ramsbrock (185 T€) sowie für die Sanierung des Botanischen Gartens (110 T€).

Das Stammkapital ist voll eingezahlt und beträgt unverändert 154.000.000 €.

Die Allgemeine Rücklage hat sich wie folgt entwickelt:

	€
Stand 1.1.2018	304.689.142,06
Zuführung aus dem Jahresüberschuss 2017	+ 465.313,30
Umbuchung aus der Zweckgebundenen Rücklage	+ 7.353.608,56
Endstand 31.12.2018	312.508.063,92

Entsprechend dem Beschluss des Rates der Stadt Bielefeld vom 05.07.2018 wurde aus dem Jahresüberschuss 2017 ein Betrag in Höhe von 465.313,30 € in die Allgemeine Rücklage eingestellt.

Die Sonderrücklage zur Herrichtung von Immobilien für Wohnraumzwecke u.a. zur Unterbringung von Flüchtlingen wurde im Wirtschaftsjahr 2018 in Höhe von 7.353.608,56 € zweckentsprechend verwendet und in die Allgemeine Rücklage umbucht. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um die Übernahme von Wohnbauten, die die SOLION GmbH an vier Standorten in Bielefeld (Im Hagen 1, 1a, Dr. Viktoria-Steinbiß-Str. 6, Im Siekerfelde 35, 37 und Walter-Werning-Str. 43, 45) errichtet hat.

Die Zweckgebundene Rücklage hat sich wie folgt entwickelt:

	€
Stand 1.1.2018	9.026.038,86
Zuführung aus dem Jahresüberschuss 2017	+ 3.800.000,00
Umbuchung in die Allgemeine Rücklage	- 7.353.608,56
Endstand 31.12.2018	5.472.430,30

Entsprechend dem Beschluss des Rates der Stadt Bielefeld vom 05.07.2018 wurde aus dem Jahresüberschuss 2017:

- Ein Betrag in Höhe von 2.800.000,00 € in die Sonderrücklage gemäß § 10 Abs. 3 EigVO NRW für die Sanierung des Schulschwimmbades an der Marktschule eingestellt.
- Ein Betrag in Höhe von 1.000.000,00 € in die Sonderrücklage gemäß § 10 Abs. 3 EigVO NRW für die Sanierung der Kunsthalle eingestellt.

Die Zweckgebundene Rücklage gemäß § 10 Abs. 3 EigVO NRW setzt sich zum 31.12.2018 wie folgt zusammen:

Herrichtung von Immobilien für Wohnraumzwecke u.a. zur Unterbringung von Flüchtlingen	172.430,30 €
Sanierung des Alten Rathauses	1.500.000,00 €
Sanierung des Schulschwimmbades an der Marktschule	2.800.000,00 €
Sanierung der Kunsthalle	1.000.000,00 €
Summe	5.472.430,30 €

Der Jahresüberschuss 2018 beträgt 16.525.220,47 €. Hiervon soll der Sonderrücklage gemäß § 10 Abs. 3 EigVO NRW ein Betrag in Höhe von 4.000.000,00 € für die zwingend notwendige Sanierung der Kunsthalle, ein Betrag in Höhe von 5.000.000,00 € für den Neubau der Hauptfeuerwache sowie ein Betrag in Höhe von 4.500.000,00 € für strategische Flächenankäufe zugeführt werden.

Von dem verbleibenden Betrag in Höhe von 3.025.220,47 € sollen 3.000.000,00 € an den städtischen Haushalt abgeführt werden. Der Restbetrag in Höhe von 25.220,47 € soll der Allgemeinen Rücklage zugeführt werden.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen und für Beihilfen im Krankheitsfall haben sich wie folgt entwickelt:

Stand 1.1.2018	Verbrauch/Auflösung	Zuführung/Aufzinsung	Stand 31.12.2018
26.158.901,00 €	1.686.379,74 € ¹	3.345.955,74 € ²	27.818.477,00 €

¹ Davon entfallen 131.346,00 € auf die Umbuchung zu Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt aufgrund des Mitarbeiterwechsels vom ISB zu anderen städtischen Organisationseinheiten.

² Davon entfallen 577.033,00 € auf die Zuführung aufgrund eines Mitarbeiterwechsels vom Land NRW und 26.324,00 € auf die Zuführung aufgrund des Mitarbeiterwechsels von anderen städtischen Organisationseinheiten zum ISB.

Die sonstigen Rückstellungen entwickelten sich im Einzelnen wie folgt:

	Stand 1.1.2018	Verbrauch/ Auflösung	Zuführung/ Aufzinsung	Stand 31.12.2018
	€	€	€	€
Urlaubsrückstellungen	688.071,79	688.071,79	699.420,84	699.420,84
Prüfungskosten	25.500,00	25.500,00	29.700,00	29.700,00
Rückstellung für Altersteilzeit	734.231,00	484.377,00	102.727,00	352.581,00
Rückstellung für unterlassene Instandhaltung	3.304.000,00	3.304.000,00	2.494.000,00	2.494.000,00
Sonstige Rückstellungen	2.148.259,44	70.298,43	1.983.093,00	4.061.054,01
Summe	6.900.062,23	4.572.247,22	5.308.940,84	7.636.755,85

Bei den Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung handelt es sich um Rückstellungen, die im folgenden Wirtschaftsjahr innerhalb von drei Monaten nachgeholt wurden (§ 249 Abs. 1 Nr. 1 HGB).

Das Honorar für die Jahresabschlussprüfung 2018 beträgt 26.000 €. Im Wirtschaftsjahr 2018 fielen Kosten der WIBERA AG für andere Bestätigungsleistungen in Höhe von 3.612,84 € an.

Die Zuführung zu den Sonstigen Rückstellungen betrifft in Höhe von 1.030.000 € die streitige Eingruppierung von Beschäftigten der städtischen Gebäudereinigung in die Entgeltgruppe 2 TVöD (EG 2). Im April 2019 werden zwei Verfahren am Landesarbeitsgericht in Hamm verhandelt.

Bei den Verbindlichkeiten bestehen folgende Restlaufzeiten:

	Gesamtbetrag 31.12.2018	bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr	mehr als 5 Jahre
	(Vorjahr)	(Vorjahr)	(Vorjahr)	(Vorjahr)
	€	€	€	€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	164.925.963,46 (181.051.174,29)	18.090.516,61 (17.805.497,54)	146.835.446,85 (163.245.676,75)	96.094.166,23 (101.353.885,15)
Erhaltene Anzahlungen	25.022.703,39 (24.129.176,83)	25.022.703,39 (24.129.176,83)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	9.009.736,94 (6.805.754,02)	9.009.736,94 (6.805.754,02)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)
Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt	25.244.057,98 (25.869.717,20)	6.182.895,39 (5.503.475,70)	19.061.162,59 (20.366.241,50)	11.945.946,00 (13.351.351,40)
Sonstige Verbindlichkeiten	2.296.407,96 (2.150.526,37)	2.253.314,92 (1.941.402,58)	43.093,04 (209.123,79)	0,00 (0,00)
Gesamt	226.498.869,73 (240.006.348,71)	60.559.167,25 (56.185.306,67)	165.939.702,48 (183.821.042,04)	108.040.112,23 (114.705.236,55)

In den Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt sind das Darlehen der Stadt für das Technische Rathaus in Höhe von 18.973 T€ (Vorjahr 20.378 T€), Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 2.164 T€ (Vorjahr 1.421 T€) sowie Verbindlichkeiten aus der Betriebskostenabrechnung in Höhe von 2.472 T€ (Vorjahr: 2.355 T€) enthalten.

Weitere Verpflichtungen zum Bilanzstichtag 31.12.2018 bestehen nicht.

C. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse sind gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 4.217 T€ bzw. 3,6 % gestiegen. Im Einzelnen haben sie sich wie folgt entwickelt:

	2018	2017
	€	€
Grundmiete	73.266.471,05	72.830.323,37
Betriebskostenerstattung	19.169.169,16	18.627.756,93
Reinigungsleistungen	12.931.311,92	12.739.679,66
Hausmeisterleistungen	9.289.222,32	9.679.644,42
Zuschüsse für Instandhaltungsmaßnahmen	1.879.470,76	2.280.544,23
Erträge aus Grundstücksveräußerungen	4.782.105,86	887.806,18
Sonstiges	353.036,07	408.232,17
Erlöse insgesamt	121.670.787,14	117.453.986,96

Die Erhöhung der Grundmieten (+ 436 T€) resultiert aus zusätzlichen Mieten für fertiggestellte Neubauten bzw. für erhebliche Wertverbesserungsmaßnahmen.

Die Betriebskostenerstattungen fielen gegenüber dem Vorjahr um 541 T€ höher aus.

Der Erlösanstieg bei den Reinigungsleistungen (+ 192 T€) ist auf Änderungen der Reinigungsflächen zurückzuführen. Eine Preiserhöhung für Eigenreinigungsleistungen erfolgte im Jahre 2018 nicht.

Der Erlösrückgang bei Hausmeisterleistungen (- 390 T€) beruht auf einer veränderten Inanspruchnahme von Hausmeisterleistungen. Die Preise für Hausmeisterleistungen blieben gegenüber 2017 unverändert.

Die Erträge aus Grundstücksveräußerungen fielen gegenüber 2017 deutlich höher aus (+ 3.894 T€).

Die Sonstigen betrieblichen Erträge betreffen im Einzelnen:

	2018	2017
	€	€
Erträge aus Auflösung von Rückstellungen	438.527,49	768.914,41
Periodenfremde Erträge	1.425.215,05	0,00
Sonstiges	510.302,24	465.196,96
Erlöse insgesamt	2.374.044,78	1.234.111,37

Die periodenfremden Erträge betreffen im Wesentlichen die Realisierung von einzelwertberechtigten Forderungen gegenüber dem DSC Arminia Bielefeld e.V.

Der Materialaufwand fiel gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 2.206 T€ bzw. 4,7 % höher aus.

Der Materialaufwand hat sich im Einzelnen wie folgt entwickelt:

	2018	2017
	€	€
Instandhaltungsaufwendungen	19.433.604,99	17.820.964,23
Betriebskosten	20.347.268,69	18.922.578,40
Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	5.979.804,32	6.841.223,00
Bezogene Reinigungsleistungen	2.352.898,59	2.422.503,31
Sonstiges	857.982,85	757.826,92
Materialaufwand insgesamt	48.971.559,44	46.765.095,86

Der Personalaufwand und die Anzahl der Planstellen entwickelten sich wie folgt:

	Personalaufwand		Anzahl der Stellen	
	2018	2017	2018	2017
	€	€		
Dienstbezüge und Beihilfen für Beamte	2.468.936,56	2.410.467,30	57,5	61,5
Besoldung und Beihilfen für Pensionsempfänger	1.479.016,74	1.390.844,17		
Veränderung Pensionsrückstellungen sowie Rückstellungen für Altersteilzeit für Beamte	-207.341,05	577.245,00		
Vergütung und Sozialbeiträge für Beschäftigte nach TVöD	25.686.203,83	24.721.684,20	494,8	490,8
Rückstellung für Eingruppierung der Reinigungskräfte (E2 TVÖD)	1.030.000,00	1.000.000,00		
Veränderung Rückstellungen für Altersteilzeit für Beschäftigte nach TVöD	-287.089,00	-609.819,00		
Beiträge Berufsgenossenschaft	153.076,50	148.138,38		
Personalaufwand Insgesamt	30.322.803,58	29.638.560,05	552,3	552,3

Der Personalaufwand hat sich gegenüber 2017 insgesamt um 684 T€ bzw. 2,3 % erhöht. Die Erhöhung des Personalaufwands beruht auf der tariflich bedingten Anpassung. Für die streitige Eingruppierung von Beschäftigten der Gebäudereinigung in die Entgeltgruppe 2 TVöD wurde für das Wirtschaftsjahr 2018 ein Betrag in Höhe von 1.030 T€ zurückgestellt.

Der Aufwand aus der Aufzinsung der Pensionsrückstellung in Höhe von 1.365 T€ (Vorjahr: 1.299 T€) wird nicht im Personalaufwand, sondern im Finanzergebnis ausgewiesen.

III. Angaben zum Jahresergebnis

Im Wirtschaftsjahr 2018 wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 16.525.220,47 € erzielt. Für das Wirtschaftsjahr 2018 wurde gegenüber dem Jahresüberschuss 2017 (7.265.313,30 €) ein um 9.259.907,17 € besseres Jahresergebnis erzielt.

Von dem Jahresüberschuss 2018 sollen der Sonderrücklage gemäß § 10 Abs. 3 EigVO NRW ein Betrag in Höhe von 4.000.000,00 € für die zwingend notwendige Sanierung der Kunsthalle, ein Betrag in Höhe von 5.000.000,00 € für den Neubau für den Neubau der Hauptfeuerwache sowie ein Betrag von 4.500.000,00 € für strategische Flächenankäufe zugeführt werden. Von dem verbleibenden Betrag in Höhe von 3.025.220,47 € sollen 3.000.000,00 € an den städtischen Haushalt abgeführt werden. Der Restbetrag in Höhe von 25.220,47 € soll der Allgemeinen Rücklage zugeführt werden.

Der Jahresüberschuss 2017 wurde gemäß Beschluss des Rates der Stadt Bielefeld vom 05.07.2018 wie folgt verwendet:

Einstellung in die Sonderrücklage gemäß § 10 Abs. 3 EigVO NRW für die Sanierung des Schulschwimmbades an der Marktschule	2.800.000,00 €
Einstellung in die Sonderrücklage gemäß § 10 Abs. 3 EigVO NRW für die Sanierung der Kunsthalle	1.000.000,00 €
Abführung an den städtischen Haushalt	3.000.000,00 €
Einstellung in die Allgemeine Rücklage	465.313,30 €

IV. Ergänzende Angaben

A. Zusammensetzung der Organe

Betriebsausschuss:

<u>Name, Funktion</u>	<u>Berufsbezeichnung</u>	<u>Bezüge/ Leistungen</u>
<u>1. Ratsmitglieder</u>		
Herr Holm Sternbacher (Vorsitzender)	Polizeibeamter a.D.	0,00 €
Herr Carsten Krumhöfner (stellv. Vorsitzender)	Geschäftsführer	1.951,14 €
Herr Holger Nolte	Vertriebsbeauftragter für Sonderlöschanlagen	60,90 €
Herr Alexander Rüsing (bis 27.09.2018)	Unternehmensberater	0,00 €
Frau Dorothea Brinkmann	Kauffrau	58,80 €
Herr Werner Thole	Rentner	62,40 €
Herr Erik Brücher	Diplom Pädagoge	0,00 €
Herr Hans-Jürgen Franz	Geschäftsführer	0,00 €
Herr Dr. Michael Neu	Unternehmensjurist	0,00 €
Herr Klaus Rees	Fraktionsgeschäftsführer	831,25 €
Frau Doris Hellweg	Rentnerin	120,00 €
Herr Peter Ridder-Wilkens	Diplom-Sozialarbeiter	0,00 €
<u>2. Sachkundige Bürger</u>		
Herr Hartmut Meichsner	Geschäftsführer i. R.	178,50 €
Herr Hermann Schoon	Dipl. Ing. Elektrotechnik	357,00 €
Herr Dieter Gutknecht	Selbständig	1.529,90 €
Herr Dietmar Krämer	Betriebswirt	357,00 €
Herr Tobias Claßen (ab 09.02.2018)	Geschäftsführer	307,54 €
Herr Steve Wasyliw (ab 28.09.2018)	Parlamentarischer Assistent (Mitarbeiter des Europäischen Parlamentes)	142,80 €

Betriebsleitung:

Name, Funktion	Berufsbezeichnung	Bezüge/ Leistungen
<u>1. Aktive Mitglieder</u>		
Herr Gregor Moss (Erster Betriebsleiter)	Beigeordneter	0,00 € ¹
Herr Jürgen Bültmann (Kaufm. Betriebsleiter)	Beamter	86.577,24 €
Herr Reinhold Peter (Techn. Betriebsleiter)	Beamter	86.547,24 €
<u>2. Frühere Mitglieder</u>		
Gesamtbezüge nach § 285 Nr. 9 b) HGB		124.661,76 €

Bei den ausgewiesenen Bezügen und Leistungen handelt es sich ausschließlich um erfolgsunabhängige Komponenten.

B. Sonstige Angaben

Sonstige finanzielle Verpflichtungen gemäß § 285 Nr. 3a HGB bestehen für langfristige Miet- und Pachtverhältnisse sowie für die beauftragten Baumaßnahmen von Gebäuden des ISB insgesamt in Höhe von 97,7 Mio. €.

C. Belegschaft

Während des Berichtsjahres waren durchschnittlich 55 Beamte und 769 Arbeitnehmer nach TVöD (einschließlich Aushilfen) i.S. des § 285 Nr. 7 HGB beschäftigt.

Der Betrieb bedient sich zur Erfüllung der betrieblichen Altersversorgung gegenüber ihren Beschäftigten nach TVöD der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL), Karlsruhe. Im Sinne der betrieblichen Altersversorgung handelt es sich um eine Versorgungszusage bei einer umlagefinanzierten Pensionskasse. Gegenüber den Beschäftigten besteht für den Fall, dass die Versorgungskasse ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann, eine Einstandspflicht des Betriebes.

Da die Finanzierung der Versorgungsleistungen der VBL im sogenannten Umlageverfahren erfolgt, bestehen Unterdeckungen für zukünftige Versorgungslasten. Nach Auffassung des HFA des IDW (Hauptfachausschuss des Instituts der Wirtschaftsprüfer) liegt bei dieser Art der Zusatzversorgung eine mittelbare Pensionsverpflichtung vor, für die nach Art. 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB ein Passivierungswahlrecht besteht.

¹ Die Bezüge werden insgesamt von der Stadt Bielefeld und nicht vom ISB bezahlt, deshalb erfolgt hier keine Angabe.

Der Gesamtumlagesatz der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) betrug im Berichtsjahr durchschnittlich 8,21 % des versorgungsfähigen Entgelts. Davon trug der Arbeitgeber einen Anteil von 6,45 %, der Eigenanteil der Arbeitnehmer lag durchschnittlich bei 1,76 %. Ferner übernahm der Arbeitgeber die darauf entfallende pauschale Lohnsteuer zzgl. Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer bis zu einem steuerlichen Höchstbetrag von 92,03 € monatlich.

Die Summe der umlagepflichtigen Bezüge lag 2018 bei rund 20,5 Mio. €. Davon entfiel auf den Arbeitgeber ein Gesamt-Umlageaufwand in Höhe von 1,3 Mio. €. Der Umlage-Eigenanteil der Arbeitnehmer lag bei 0,3 Mio. €.

Der Jahresabschluss des Immobilienservicebetriebs der Stadt Bielefeld wird in den Gesamtabschluss der Stadt Bielefeld einbezogen.

D. Nachtragsbericht

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung traten im Rahmen der Abschlussarbeiten nach Schluss des Wirtschaftsjahres nicht auf.

Bielefeld, den 29. März 2019

Immobilien-servicebetrieb der Stadt Bielefeld

Betriebsleitung

Gregor Moss
Erster Betriebsleiter

Jürgen Bültmann
Kaufmännischer Betriebsleiter

Reinhold Peter
Technischer Betriebsleiter

Immobilienervicebetrieb der Stadt Bielefeld (ISB)

Anlagennachweis zum 31.12.2018

	Anschaffungs- und Herstellungskosten 01.01.2018 €	Zugang €	Umbuchungen €	Abgang €	Anschaffungs- und Herstellungskosten 31.12.2018 €	Kumulierte Abschreibungen 01.01.2018 €	Zugang €	Abgang €	Veränderung durch Neuzuordnung €	Umbuchungen €	Kumulierte Abschreibungen 31.12.2018 €	Restbuchwert 31.12.2018 €	Restbuchwert 31.12.2017 €	Durchschnittlicher Restbuchwert %
I. Immaterielle Vermögensgegenstände														
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	155.578,92	0,00	0,00	0,00	155.578,92	155.578,92	0,00	0,00	0,00	0,00	155.578,92	0,00	0,00	0,0
II. Sachanlagen														
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	861.449.336,05	13.306.252,80	9.662.817,62	1.540.224,32	882.878.182,15	261.586.871,67	16.738.765,09	428.090,73	0,00	0,00	277.897.546,03	604.980.636,12	599.862.464,38	68,5
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	26.937.796,13	9.026.232,63	349.415,52	547.135,11	35.766.309,17	9.901.704,10	3.094.655,20	323.983,28	0,00	0,00	12.672.376,02	23.093.933,15	17.036.092,03	64,6
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	297.009.768,17	264.643,33	-31.712,17	1.648.957,41	295.593.741,92	16.553.412,90	940.194,62	226.186,36	0,00	0,00	17.267.421,16	278.326.320,76	280.456.355,27	94,2
4. Bauten auf fremden Grundstücken	2.604.727,37	0,00	0,00	124.460,89	2.480.266,48	1.215.490,51	53.154,00	52.279,89	0,00	0,00	1.216.364,62	1.263.901,86	1.389.236,86	51,0
5. Betriebs- und Geschäftsausstattung	11.984.753,95	572.225,63	0,00	212.478,36	12.344.501,22	8.082.815,96	730.435,79	206.451,29	0,00	0,00	8.606.800,46	3.737.700,76	3.901.937,99	30,3
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	11.392.564,60	5.181.330,87	-9.980.520,97	341.794,23	6.251.580,27	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6.251.580,27	11.392.564,60	100,0
Summe Sachanlagen	1.211.378.946,27	28.350.685,26	0,00	4.415.050,32	1.235.314.581,21	297.340.295,14	21.557.204,70	1.236.991,55	0,00	0,00	317.660.508,29	917.654.072,92	914.038.651,13	74,3
Summe Anlagevermögen	1.211.534.525,19	28.350.685,26	0,00	4.415.050,32	1.235.470.160,13	297.495.874,06	21.557.204,70	1.236.991,55	0,00	0,00	317.816.087,21	917.654.072,92	914.038.651,13	74,3

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An den Immobilienservicebetrieb der Stadt Bielefeld, Bielefeld

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des Immobilienservicebetriebes der Stadt Bielefeld, Bielefeld, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Immobilienservicebetriebes der Stadt Bielefeld, Bielefeld, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung zum 31. Dezember 2018 sowie seiner Ertragslage für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 106 GO NRW unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Betrieb unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den

deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in

Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 106 GO NRW unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die eigenbetriebsähnliche Einrichtung ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen

Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Bielefeld, den 25. April 2019

WIBERA Wirtschaftsberatung
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Hubert Ahlers
Wirtschaftsprüfer



Michael Blöbaum
Wirtschaftsprüfer



Stadt Bielefeld

Haushaltssicherungskonzept 2020/2021

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Ausgangssituation	2
II. Konsolidierungszeitraum	2
III. Finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen	3
A) Gesamtentwicklung der Kommunen	3
B) Situation des Bielefelder Haushalts	7
IV. Analyse des Ist-Zustandes / Ursachen der Fehlentwicklung	10
A) Bilanz	10
B) Ergebnisrechnung	10
C) Finanzrechnung	11
D) Fazit	13
V. Haushaltssicherungskonzept	14
A) Ursprüngliches Konsolidierungsziel 2010/2011	14
B) Eckdatenbeschlüsse des Rates der Stadt	14
C) Umsetzungsstand des HSK	16
D) Aktueller Konsolidierungsbedarf und Verfahrensschritte	16

I. **Ausgangssituation:**

Mit Verfügung vom 28. Februar 2019 hat die Bezirksregierung Detmold den Haushalt 2019 und die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes für die Jahre 2012 bis 2022 im Haushaltsjahr 2019 mit Nebenbestimmungen genehmigt. Abweichend von den Vorjahren, in denen ein Haushaltsausgleich erst im Jahr 2022 dargestellt werden konnte, sieht der Haushaltsplan 2019 bereits einen Haushaltsausgleich im Jahr 2020 vor.

In der Ergebnisplanung für das Haushaltsjahr 2019 ergaben sich dabei folgende Fehlbeiträge (-) bzw. Überschüsse:

- für 2019	- 23,2 Mio. €
- für 2020	0,3 Mio. €
- für 2021	13,7 Mio. €
- für 2022	20,2 Mio. €

Der vom Rat der Stadt Bielefeld in der Sitzung am 12.12.2019 beschlossene Doppelhaushalt 2020 / 2021 sieht in der Ergebnisplanung für den Planungszeitraum bis 2024 folgende Jahresüberschüsse vor:

- für 2020	4,4 Mio. €
- für 2021	5,1 Mio. €
- für 2022	3,0 Mio. €
- für 2023	3,6 Mio. €
- für 2024	11,7 Mio. €

Somit kann im Doppelhaushalt 2020 / 2021 der Haushaltsausgleich tatsächlich zwei Jahre früher als unter HSK-Gesichtspunkten erforderlich erreicht werden. Trotz des Haushaltsausgleichs im Jahre 2020 ist auch für das Jahr 2020 ein Haushaltssicherungskonzept zu beschließen und der Kommunalaufsicht zur Genehmigung vorzulegen. Aufgrund der positiven Ergebnisprognose ist eine Genehmigung zu erwarten. Die vorzeitige Entlassung aus der HSK - Pflicht ist durch die Bezirksregierung in Detmold in Aussicht gestellt worden.

II. **Konsolidierungszeitraum:**

Mit Aufstellung des Haushalts 2012 konnte erstmalig gem. § 76 Abs. 2 Satz 3 GO NRW der Nachweis geführt werden, dass der Haushaltsausgleich im Jahr 2022 erreicht wird; damit war die Genehmigungsfähigkeit dieses Haushalts gegeben.

Die naturgemäß bei einem 10-Jahres-Zeitraum höheren Planungsunsicherheiten und Risiken haben den Rat der Stadt Bielefeld bereits in seinem Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2012 veranlasst, mit Blick auf diese Unsicherheiten ein „Nachjustieren“ in dem Zeitraum für realistisch zu halten. Dies fand seinen Ausdruck z.B. in den Haushaltsbegleitbeschlüssen für die Jahre 2013 und 2015.

Die Voraussetzungen zur (freiwilligen) Teilnahme am sogenannten Stärkungspakt des Landes, der Kommunen in NRW konkrete Finanzierungshilfen zur Konsolidierung des Haushalts bereitstellt, erfüllte die Stadt Bielefeld nicht.

III. Finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen:

A) Gesamtentwicklung der Kommunen:

Der Deutsche Städtetag trifft in seiner Broschüre „Stadtfinanzen 2019“ folgende Kernaussagen zur Gesamtentwicklung der Kommunen:

„Die kommunale Ebene hat im Jahr 2018 einen Finanzierungsüberschuss von 8,7 Milliarden Euro erzielt. Gerade angesichts der aktuellen Überschüsse muss betont werden: Krisenfest und aus sich heraus tragfähig sind die Kommunalfinanzen noch lange nicht. Nach wie vor besteht ein hoher Investitionsstau in Höhe von ca. 140 Milliarden Euro, der dringend abgebaut werden muss. Für die kommenden Jahre wird bislang von einer weiterhin guten Wirtschaftsentwicklung ausgegangen. Dies spiegelt sich auch in den Prognosen der Kommunalfinanzen wider. Für das laufende Jahr 2019 rechnen die kommunalen Spitzenverbände mit einem Überschuss von 5,6 Milliarden Euro. Bei einem auch in den kommenden Jahren weiterhin positiven wirtschaftlichen Umfeld wird ein Rückgang des Finanzierungssaldos um durchschnittlich 2 Milliarden Euro jährlich erwartet, zugleich steigen die Investitionen.

Eine hinreichende Finanzausstattung war in der Vergangenheit die Ausnahme. Die Hoffnung auf höhere Investitionen zeigt, wie wichtig es ist, dass eine gute Finanzausstattung zur Regel wird. Schuldenabbau und Investitionen müssen Vorrang haben gegenüber neuen dauerhaften Aufgaben, die Bund und Länder ohne ausreichende Finanzierung den Kommunen übertragen. Das Risiko, dass ein wirtschaftlicher Abschwung jederzeit und ohne lange Vorwarnung eintreten kann, darf nicht verdrängt werden.

Auf der Einnahmeseite sind wie bisher die Steuereinnahmen der wichtigste Grund für die weiterhin erwarteten Überschüsse. Der Wegfall der erhöhten Gewerbesteuerumlagen, mit denen die Gemeinden an den Kosten der Deutschen Einheit beteiligt werden, führt zu einem überdurchschnittlichen Anstieg des Überschusses im Jahr 2020. Auch die Entwicklung bei den Zuweisungen ist eine Folge der guten Einnahmensituation der Länder.

Im Prognosezeitraum 2017 bis 2022 sind die Steigerungsraten der Sozialausgaben durchweg größer als die Wachstumsraten der Einnahmen. Mietsteigerungen bei den Unterkünften sowie ein möglicher wirtschaftlicher Abschwung mit entsprechenden Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt stellen Ausgaberrisiken dar.

Niedrige Investitionen sind zwar positiv für den ausgewiesenen Finanzierungssaldo, wünschenswert sind sie aber keinesfalls. Bis zum Jahr 2017 sind die Investitionen real, das heißt unter Berücksichtigung der Preisentwicklung, nur wenig gestiegen. Es war den Kommunen nahezu flächendeckend kaum möglich, alle sinnvollen und finanzierbaren Vorhaben zeitnah und zu einem akzeptablen Preis umzusetzen. Das lag beispielsweise daran, dass viele Bau- und Handwerkerfirmen ausgelastet oder interne und externe Planungskapazitäten knapp waren. Die Kommunen konnten nicht in dem Ausmaß investieren, wie es der Investitionsrückstand fordert und die Finanzlage letztlich zugelassen hätte.

Die kommunalen Spitzenverbände gehen in ihrer Prognose jedoch davon aus, dass sich diese Problemlagen in den kommenden Jahren teilweise auflösen werden. Die prognostizierten Steigerungsraten liegen sogar auf einem historisch hohen Niveau, wobei der erwartete Anteil der Investitionen am kommunalen Gesamthaushalt immer noch ausgesprochen gering ist.

Kommunal финанzen 2017 bis 2022 in den Flächenländern ¹⁾

Einnahmen/Ausgaben	2017	2018	2019	2020	2021	2022
	in Mrd. Euro Änderung zum Vorjahr in %					
Einnahmen ²⁾	243,80 3,3 %	253,94 4,2 %	264,6 4,2 %	274,8 3,9 %	283,5 3,2 %	290,6 2,5 %
darunter:						
Steuern	95,90 6,9 %	101,21 5,5 %	103,4 2,2 %	107,7 4,1 %	111,8 3,8 %	115,7 3,5 %
darunter:						
Grundsteuern	12,50 2,4 %	12,89 1,5 %	12,8 1,2 %	13,0 0,9 %	13,1 1,1 %	13,2 1,1 %

Kommunal финанzen 2017 bis 2022 in den Flächenländern ¹⁾

Einnahmen/Ausgaben	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Gewerbsteuereinnahmen	40,08 4,8 %	42,21 5,4 %	42,2 0,0 %	44,7 5,9 %	46,4 3,8 %	47,7 2,8 %
Einkommensteueranteil	38,30 8,6 %	37,82 4,5 %	39,2 3,4 %	40,7 3,8 %	42,8 5,1 %	45,0 5,3 %
Umsatzsteueranteil	5,51 25,5 %	6,79 23,2 %	7,5 10,8 %	7,7 2,2 %	7,9 2,2 %	8,0 2,1 %
nachrichtlich:						
Brutto-Gewerbsteueraufkommen	48,17 5,4 %	50,72 5,3 %	49,9 -1,5 %	50,1 0,4 %	52,0 3,8 %	53,5 2,8 %
Gebühren	19,41 3,6 %	19,98 2,8 %	20,5 2,9 %	20,9 1,6 %	21,1 1,0 %	21,3 1,0 %
Laufende Zuweisungen von Land/Bund	88,43 1,1 %	91,42 3,4 %	97,1 6,2 %	100,0 3,0 %	104,3 4,3 %	107,4 3,0 %
Investitionszuweisungen von Land/Bund	7,42 4,7 %	8,44 13,7 %	10,8 25,1 %	13,0 22,9 %	13,0 0,0 %	12,5 -3,7 %
Sonstige Einnahmen	32,63 -0,9 %	32,91 0,9 %	32,9 0,1 %	33,2 0,8 %	33,4 0,5 %	33,7 1,0 %
Ausgaben ²⁾	234,07 2,0 %	245,26 4,8 %	259,0 5,6 %	270,7 4,5 %	281,3 3,9 %	291,2 3,5 %
darunter:						
Personal	59,13 4,1 %	62,12 5,1 %	65,3 5,1 %	67,9 4,0 %	70,3 3,5 %	72,4 3,0 %
Sachaufwand	49,53 1,3 %	51,14 3,2 %	53,1	54,8 3,3 %	56,4 2,9 %	57,8 2,5 %
Soziale Leistungen	58,77 -0,7 %	59,07 0,5 %	61,7 4,5 %	64,2 3,9 %	66,4 3,5 %	68,7 3,5 %
Zinsen	2,71 -11,2 %	2,47 -8,8 %	2,5 -0,8 %	2,5 2,0 %	2,6 2,0 %	2,6 2,0 %
Sachinvestitionen	24,42 3,0 %	27,60 13,0 %	31,7 14,7 %	34,9 10,3 %	37,3 7,0 %	39,5 5,7 %
davon:						
Baumaßnahmen	18,22 3,7 %	20,82 14,3 %	23,9 14,9 %	26,5 10,9 %	28,6 8,0 %	30,4 6,3 %
Erwerb von Sachvermögen	6,20 1,1 %	6,78 9,3 %	7,7 14,2 %	8,4 8,3 %	8,7 3,8 %	9,0 3,7 %
Sonstige Ausgaben	39,52 4,3 %	42,85 8,4 %	44,8 4,5 %	46,4 3,7 %	48,4 4,2 %	50,2 3,8 %
Finanzierungssaldo	9,73	8,68	5,6	4,1	2,2	-0,6

¹⁾ Für die Jahre 2019 bis 2022 Schätzung auf Basis einer gemeinsamen Umfrage der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände, der Steuerschätzung Mai 2019 sowie von Daten aus dem Arbeitskreis Stabilitätsrat. Differenzen in den Summen durch Rundungen möglich.

²⁾ Ohne besondere Finanzierungsvorgänge (insbesondere Schuldenaufnahmen u. -tilgungen, Rücklagenentnahmen u. -zuführungen, Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren), ohne kommunale Krankenhäuser.

Prognose der kommunalen Spitzenverbände und eigene Zusammenfassung und Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Bereits in den vergangenen Jahren wurde deutlich: Gerade der Kommunalpolitik ist vor dem Hintergrund vergangener Krisen bewusst, dass Ausgaben, die in konjunkturell guten Zeiten beschlossen werden, auch in konjunkturell schlechteren Zeiten finanziert werden müssen. Trotz der aktuell guten Finanzlage zeigt die Prognose daher sehr moderate Ausgabenanstiege in allen durch die Kommunen steuerbaren Bereichen - mit Ausnahme der Investitionen.

Der Finanzierungssaldo, die Kassenkredite und die Sachinvestitionen je Einwohner zeigen in 2018 folgende Entwicklung auf:

Finanzierungssaldo, Kassenkredite und Sachinvestitionen 2018 in Euro/Einwohner ¹⁾

Land	Finanzierungssaldo 2018	Kassenkredite am 31.12.2018 ²⁾	Sachinvestitionen 2018	Summe Sachinvestitionen und Finanzierungssaldo 2018
– alle Werte in Euro je Einwohner –				
Baden-Württemberg	180	23	458	637
Bayern	111	14	619	730
Brandenburg	122	289	292	415
Hessen	103	87	286	389
Mecklenburg-Vorpommern	107	581	324	431
Niedersachsen	38	241	301	339
Nordrhein-Westfalen	127	1.385	228	355
Rheinland-Pfalz	109	1.915	283	392
Saarland	50	2.007	180	230
Sachsen	77	23	347	425
Sachsen-Anhalt	70	620	282	351
Schleswig-Holstein	93	388	326	420
Thüringen	148	41	310	458
West	116	603	369	484
Ost	101	254	315	416
Insgesamt	113	545	360	473
Änderung zum Vorjahr in Euro je Einwohner				
Baden-Württemberg	50	4	40	90
Bayern	-77	0	70	-7
Brandenburg	-16	-31	39	23
Hessen	-25	-827	30	5
Mecklenburg-Vorpommern	-77	-52	81	4
Niedersachsen	-46	-10	23	-23
Nordrhein-Westfalen	1	-56	38	39
Rheinland-Pfalz	3	-94	21	24
Saarland	18	-66	0	18
Sachsen	40	-7	41	81
Sachsen-Anhalt	-28	-3	55	28
Schleswig-Holstein	-73	-27	33	-40
Thüringen	70	-16	31	101
West	-18	-105	40	23
Ost	7	-18	47	54
Insgesamt	-14	-91	41	28

¹⁾ Kernhaushalt

²⁾ Kassenkredite ab 2017 einschl. Wertpapierschulden zur Liquiditätssicherung.

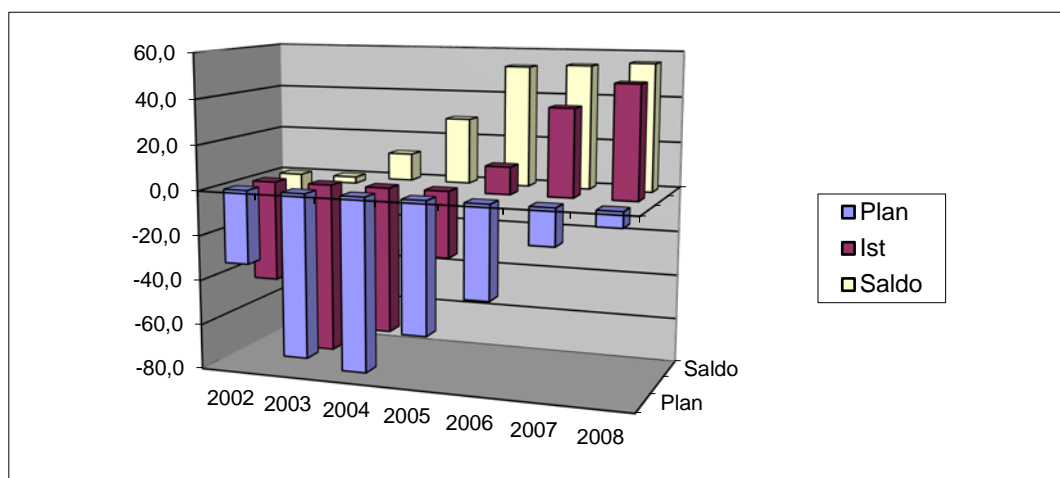
Berechnet mit der Einwohnerzahl zum 31.12.2017

Quelle: Stadtfinanzen 2019 - Deutscher Städtetag

Im Saarland und in Rheinland-Pfalz ist die Kassenkreditbelastung der Kommunen mit durchschnittlich 2.000 beziehungsweise 1.900 Euro je Einwohner im Bundesvergleich mit Abstand am höchsten. In Nordrhein-Westfalen ist die Kassenkreditbelastung mit 1.400 Euro immer noch mehr als doppelt so hoch wie der Bundesdurchschnitt. In allen anderen Ländern liegen die Kassenkredite durchschnittlich unter 700 Euro je Einwohner. In Baden-Württemberg, Bayern, Thüringen und Sachsen existieren praktisch keine Kassenkredite, deren Höhe problematisch ist. Vergleichbares gilt mittlerweile für die hessischen Kommunen: Dank der sogenannten Hessenkasse wurden die kommunalen Haushalte von den Kassenkrediten befreit, sind allerdings in die Finanzierung weiterhin eingebunden. Weiter wird das Gesamtbild in Teilen dadurch beeinflusst, dass einzelne Bundesländer - so auch Nordrhein-Westfalen - für Kommunen, die besonders notleidend sind, Unterstützungsmaßnahmen realisieren. Nordrhein-Westfalen gewährt im Rahmen des so genannten Stärkungspaktes verschiedenen Kommunen teilweise verpflichtend, teilweise auf Antrag Finanzhilfen des Landes.“

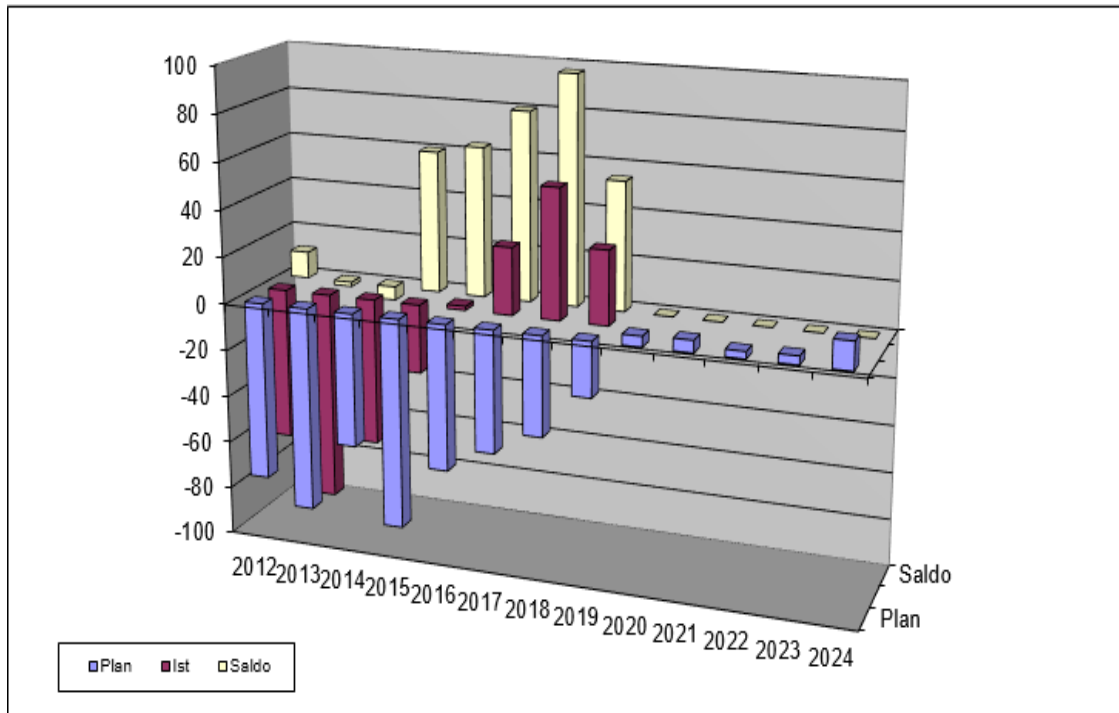
B) Situation des Bielefelder Haushalts:

Bei rückblickender Betrachtung ist zu differenzieren zwischen den Zeiten früheren kameralen Rechnungslegungsstandards (bis einschl. 2008) und der Einführung des so genannten neuen kommunalen Finanzmanagements/doppischen Rechnungswesens ab dem 01.01.2009. Wenn man diese beiden Perioden getrennt voneinander betrachtet, so ergibt sich bis einschl. 2008 bezüglich der Jahresergebnisse ein vergleichsweise positives Bild. Die Entwicklung ist dem nachstehenden Schaubild (Beträge in Mio. €) sowie der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen.



	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Plan	-32,8	-73,0	-77,0	-58,4	-41,0	-16,1	-6,7
Ist	-45,1	-75,8	-65,1	-29,6	11,9	37,9	48,8
Saldo	-12,3	-2,8	11,9	28,8	52,9	54,0	55,5

Mit der Umstellung auf das neue kommunale Finanzmanagement ab 01.01.2009 wurden zum einen z. B. der Werteverzehr in Form von Abschreibung und die Bildung von Rückstellungen für künftige Versorgungslasten zusätzlich abgebildet, zum anderen waren die Perioden ab 2009 auch geprägt von gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die zusätzlich negativ verstärkend wirkten. Deswegen ergibt sich bei einer Betrachtung der Entwicklung nach der Umstellung des Rechnungswesens ein stark verändertes Bild.



	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Plan	-75,9	-86,9	-56,8	-89,2	-61,8	-51,7	-42,1	-23,2	4,4	5,1	3,0	3,6	11,7
Ist	-64,6	-88,7	-62,5	-29,2	1,7	28,4	54,8	31,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo	11,3	-1,8	-5,7	60,0	63,5	80,1	96,9	54,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Die Jahre 2015 bis 2018 konnten im Vergleich zur Haushaltsplanung deutlich besser abgeschlossen werden. Weiter werden seit dem Jahresabschluss für das Jahr 2016 wieder Überschüsse erwirtschaftet. Dieser Trend wird sich voraussichtlich auch im Jahresabschluss 2019 fortsetzen. Nach der Auswertung des 2. Tertiärsberichtes 2019 wird gegenüber der Planung (Fehlbetrag 23,2 Mio. €) eine Verbesserung in Höhe von 54,4 Mio. € prognostiziert, die in der vorstehenden Grafik bereits berücksichtigt wurde.

Liquiditätssituation:

Der Finanzierungssaldo der zurückliegenden Jahre folgt der Entwicklung der Jahresergebnisse, wobei aufgrund der nicht liquiditätswirksamen Anteile aus der Ergebnisrechnung der Finanzierungssaldo regelmäßig unter den Jahresfehlbeträgen bzw. über den Jahresüberschüssen lag.

Ende des Jahres 2018 mussten für den Kernhaushalt Kredite zur Liquiditätssicherung in Höhe von 349,8 Mio. € aufgenommen werden. Gegenüber dem Jahr 2017 konnte der Bestand um 99,4 Mio. € deutlich reduziert werden.

Ab dem Jahr 2019 werden auch planerisch Liquiditätsüberschüsse erwartet, so dass der Bestand an Liquiditätskrediten sukzessive weiter zurückgeführt werden kann. Auf Grund der aktuellen und der planerischen Entwicklung der Liquiditätskredite hat der Rat der Stadt Bielefeld die seit dem Haushaltsjahr 2015 geltende Ermächtigung zur Aufnahme von Liquiditätskrediten in Höhe von 800 Mio. € für das Haushaltsjahr 2018 auf 700 Mio. € und für das Jahr 2019 auf 600 Mio. € reduziert. Im Doppelhaushalt 2020 / 2021 ist eine weitere Reduzierung der Ermächtigung zur Aufnahme von Liquiditätskrediten auf 450 Mio. € im Jahr 2020 bzw. auf 400 Mio. € im Jahr 2021 vorgesehen.

Nach der Bielefelder Entschuldungsstrategie „Biss 2028“ soll die Verschuldung der Stadt Bielefeld nachhaltig zurückgeführt werden. Vorrangig wird ein vollständiger Abbau der Liquiditätskredite innerhalb eines Zeitraumes von 10 Jahren verfolgt. Die Bielefelder Entschuldungsstrategie fußt hierbei auf Planannahmen für einen Zeitraum von 10 Jahren. Sie birgt insofern systemimmanent ein Unsicherheitspotential und muss bei veränderten Rahmenbedingungen entsprechend angepasst werden.

Auf Grund der positiven Entwicklungen wurde der Finanz- und Personalausschuss in seiner Sitzung am 03.12.2019 darüber informiert, dass aktuell mit einem vollständigen Abbau der Kredite zur Liquiditätssicherung bereits im Jahre 2027 gerechnet wird.

IV. Analyse des Ist-Zustandes/Ursachen der Fehlentwicklung:

A. Bilanz:

Mit Einführung des doppelischen Rechnungswesens nach NKF ist auch ein so genanntes NKF-Kennzahlenset erarbeitet worden. Dieses bietet anhand bestimmter Indikatoren die Möglichkeit, Entwicklungen zu beurteilen. Deswegen sollen einzelne Kennzahlen im Vergleich in der nachstehenden Übersicht eine Orientierung bzw. Einordnung der Bielefelder Bilanzsituation ermöglichen.

Kennzahl	Mittelwert GPA NRW 2012	Stadt Bielefeld 2012	Stadt Bielefeld 2011
Eigenkapitalquote 1	15,0 %	26,41 %	28,60 %
Eigenkapitalquote 2	34,7 %	42,94 %	45,11 %
Infrastrukturquote	31,2 %	30,75 %	30,76 %
Anlagendeckungsgrad 2	65,9 %	76,43 %	78,22 %
kurzfristige Verbindlichkeitenquote	20,0 %	22,69 %	20,99 %

Nimmt man den von der GPA NRW veröffentlichten Mittelwert als Maßstab für eine vergleichende Betrachtung, so liegt Bielefeld hinsichtlich der Eigenkapitalquote noch über dem Durchschnitt. Auch beim Anlagendeckungsgrad 2, der angibt, wieviel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind (Eigenkapital zzgl. Sonderposten und Zuwendungen/Beiträge zzgl. langfristiges Fremdkapital im Verhältnis zum Anlagevermögen), liegt Bielefeld über dem Durchschnitt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass wesentliche Teile des Anlagevermögens in die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen Immobilienservicebetrieb bzw. Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld ausgegliedert wurden und dort bilanziert werden. Bei der kurzfristigen Verbindlichkeitenquote (Anteil der kurzfristigen Verbindlichkeiten an der Bilanzsumme) liegt Bielefeld knapp über dem Mittelwert.

B. Ergebnisrechnung

Eine vergleichende Betrachtung einzelner Kennzahlen der Ergebnisrechnung sind in der nachstehenden Tabelle gegenübergestellt:

Kennzahl	Mittelwert GPA NRW 2012	Stadt Bielefeld 2012	Stadt Bielefeld 2011
Aufwandsdeckungsgrad	94,9 %	92,67 %	90,43 %
Zuwendungsquote	29,4 %	27,04 %	26,78 %
Personalintensität	20,4 %	17,11 %	16,84 %
Sach- und Dienstleistungsintensität	17,1 %	17,91 %	18,41 %
Transferaufwandsquote	40,0 %	45,99 %	44,94 %

Lässt man die Personalintensität bei einer bewertenden Betrachtung außer Acht, weil die vor einigen Jahren erfolgten Ausgliederungen das Bild etwas verzerren, ergibt sich bei der Sach- und Dienstleistungsintensität und bei der Transferaufwandsquote im Vergleich zum Mittelwert der GPA NRW ein überdurchschnittlicher Wert, der im Vergleich der Jahre 2011 und 2012 in Bielefeld relativ konstant geblieben ist.

Da sich Transferaufwendungen weitgehend einer unmittelbaren Steuerung oder Einflussnahme durch die Stadt Bielefeld entziehen, ist mit einer deutlichen Verbesserung in kommenden Jahren nur dann zu rechnen, wenn die rechtlichen Rahmenbedingungen und/oder Kostenbeteiligungen von Bund bzw. Land künftig anders ausgestaltet werden.

Der Aufwandsdeckungsgrad d. h. die Relation ordentliche Erträge zu ordentlichem Aufwand hat sich im Vergleich zu den Vorjahren (2010 = 85,67 %, 2011 = 90,43%) spürbar erhöht und in Richtung des Mittelwertes entwickelt. Da die Steuerquote (in vorstehender Tabelle nicht abgebildet) in Bielefeld im Verhältnis zum GPA Mittelwert auf höherem Niveau liegt und die Personalintensität deutlich unter dem Durchschnitt dürfte im Wesentlichen die um rd. 6 % über dem Mittelwert liegende Transferaufwandsquote ein Faktor für die Ergebnissituation der Stadt Bielefeld sein.

Aktuell weist der HSK - Zeitraum bis zum Jahr 2022 letztmalig für das Jahr 2019 einen Fehlbetrag in Höhe von 23,2 Mio. € aus. Entgegen den ursprünglichen Planungen, wonach erstmals im Jahr 2022 ein Haushaltsausgleich erreicht werden sollte, werden im Doppelhaushaltsplan 2020 / 2021 bereits für die Jahre ab 2020 ausgeglichene Haushalte mit Jahresüberschüssen - wie unter Ziffer I dargestellt - geplant.

C. Finanzrechnung

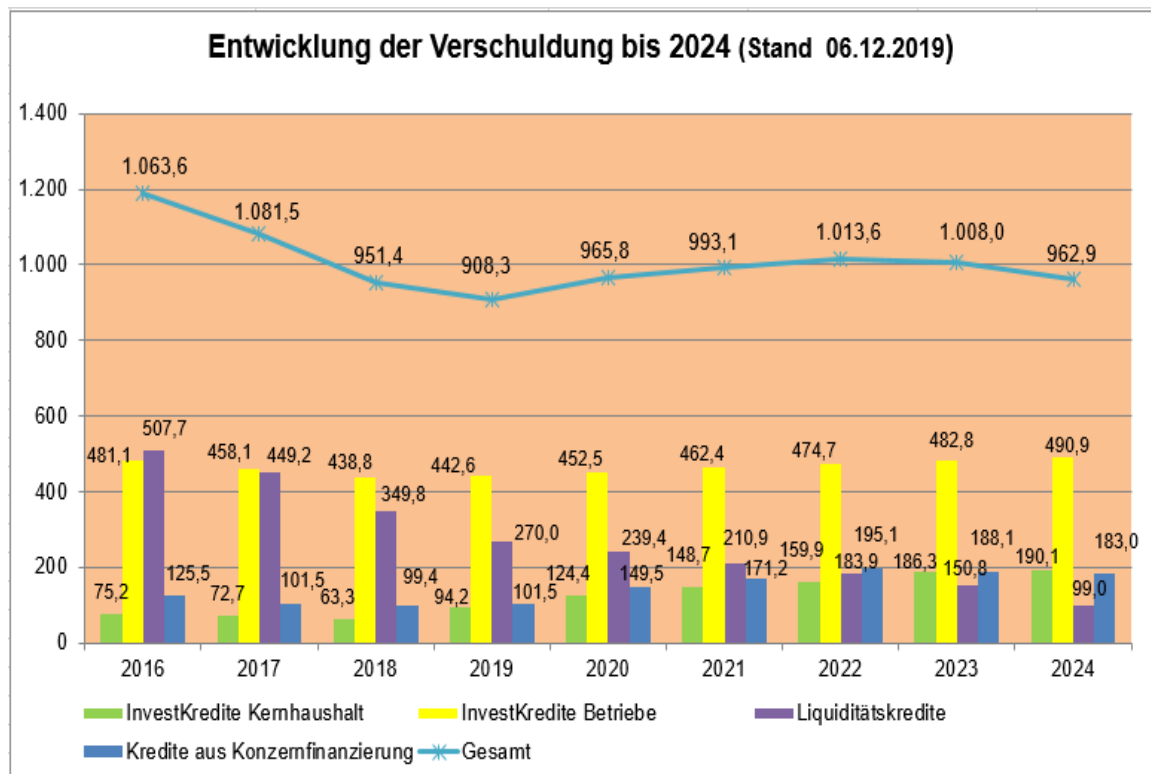
Erstmals seit der Einführung des neuen Kommunalen Finanzmanagements konnten in den Jahresabschlüssen für die Jahre 2016 und 2017 konsumtive Zahlungsmittelüberschüsse dargestellt werden. Damit reichten in diesen Jahren die erwirtschafteten Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit zur Finanzierung der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit aus. Kredite zur Liquiditätssicherung konnten abgebaut werden.

Entgegen den Haushaltsplanungen für das Jahr 2018, nach denen für 2018 noch ein negativer Finanzierungssaldo von rd. 17,0 Mio. € erwartet wurde, konnten Liquiditätskredite mit einem Volumen von rd. 99,4 Mio. € abgebaut werden. Dieser Trend wird sich im Haushaltsvollzug 2019 fortsetzen. Auf Grund der aktuellen Entwicklung wird mit einem weiteren Abbau der Liquiditätskredite in der Größenordnung von rd. 79,8 Mio. € (geplant 5,9 Mio. €) gerechnet, so dass sich zum 31.12.2019 ein voraussichtlicher Bestand an Krediten zur Liquiditätssicherung in Höhe von rd. 270,0 Mio. € ergeben wird.

Für die Jahre ab 2020 wird mit weiteren Zahlungsmittelüberschüssen gerechnet, die vorrangig zum weiteren Rückgang der Liquiditätskredite beitragen werden.

Die Investitionstätigkeit des Kernhaushaltes wird in den letzten Jahren aufgrund der haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen von der Prämisse „Vermeidung der Nettoneuverschuldung“ geprägt. Demzufolge ist die Entwicklung der Investitionskredite einschließlich der ausgegründeten Sondervermögen (Betriebe) eher verhalten.

Die nach aktuellem Stand zu prognostizierende Entwicklung für Kredite zur Liquiditätssicherung, für Kredite im Rahmen der Konzernfinanzierung und für Investitionskredite (einschließlich Betriebe) ist aus der nachfolgenden Grafik erkennbar.



Hinweis:

Die Wirtschaftspläne der Betriebe für das Jahr 2021 lagen zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichtes noch nicht vor. Für das Jahr 2024 wurde daher eine gleiche Entwicklung wie im Jahr 2023 angenommen.

Der planerische Anstieg der Verschuldung ab 2019 ist überwiegend durch Kreditaufnahmen im Rahmen der Konzernfinanzierung bedingt. Ohne die Berücksichtigung weiterer geplanter Kreditaufnahmen im Rahmen der Konzernfinanzierung würde sich bei planmäßiger Tilgung der vorhandenen Konzernkredite ein kontinuierlicher Rückgang der Gesamtverschuldung bis auf rd. 821,9 Mio. € im Jahr 2024 ergeben. Die Konzernkredite werden an Tochterunternehmen weitergeleitet, die auch den Schuldendienst für diese Kredite tragen.

Weiter wirkt sich in den Jahren 2018 bis 2021 die Kreditaufnahme von insgesamt 41,6 Mio. € im Rahmen des Kreditprogramms „Gute Schule“ aus. Die eventuellen Zinsen und die Tilgung dieser Darlehen werden vom Land NRW im Rahmen einer Schuldendiensthilfe übernommen und belasten den städtischen Haushalt nicht.

Im Doppelhaushalt 2020 / 2021 wurden die Kreditaufnahmen zur Finanzierung der Investitionen des Kernhaushaltes in Höhe des tatsächlichen Finanzmittelbedarfs veranschlagt. Auch hierdurch bedingt steigt das Volumen der Investitionskredite im Kernhaushalt. Der Anstieg ist zum Abbau des Investitionsstaus erforderlich.

Die Kredite zur Liquiditätssicherung können im Planungszeitraum bis 2024 voraussichtlich auf 99,0 Mio. € reduziert werden.

D. Fazit

Ab dem Haushaltsjahr 2020 zeichnet sich auch planerisch eine positive Entwicklung der bilanziellen Situation der Stadt Bielefeld ab, da die Ergebnisplanung für die Jahre 2020 ff. Überschüsse ausweist, die zu einer Erhöhung des Eigenkapitals der Stadt Bielefeld beitragen werden. Gleichzeitig werden die Verbindlichkeiten für Kredite zur Liquiditätssicherung weiter abnehmen.

Der Bestand an Krediten zur Liquiditätssicherung bedeutet für die nächsten Jahre ein latentes Risiko in Form von Zinsänderungsrisiken, denen nur teilweise durch ein aktives Zins- und Schuldenmanagement wirksam begegnet werden kann, da die Möglichkeiten langfristiger Zinssicherungsmaßnahmen gemäß geltender Erlasslage nur für einen Teil des Kreditvolumens zulässig sind. Insofern ist eine konsequente Rückführung der Kredite zur Liquiditätssicherung geboten und sollte im Rahmen der Bielefelder Entschuldungsstrategie und der Haushaltsbewirtschaftung oberste Priorität genießen. Derzeit trägt das weiterhin sehr niedrige Zinsniveau zur Entlastung bei.

V) Haushaltssicherungskonzept

Noch in der Phase kameraler Rechnungslegung unterlag die Stadt Bielefeld in den Jahren 2002 - 2008 den Einschränkungen eines Haushaltssicherungskonzeptes, davon in den Jahren 2003 - 2005 ohne Genehmigung.

Mit Umstellung auf den doppischen Rechnungslegungsstandard NKF ab dem 01.01.2009 konnte für den Haushaltsausgleich die so genannte Ausgleichsrücklage (gemäß Eröffnungsbilanz 206,8 Mio. €) in Anspruch genommen werden. Dadurch war es möglich, den Fehlbetrag des Jahres 2009 von rund 154 Mio. € in voller Höhe mit der Ausgleichsrücklage zu verrechnen. Demnach galt der Haushalt 2009 gemäß § 75 Abs. 2 Satz 3 GO NRW als ausgeglichen.

A. Ursprüngliches Konsolidierungsziel 2010 / 2011

Bei Aufstellung des Haushaltssicherungskonzept 2010/2011 wurde bis einschließlich 2014 ein voraussichtlicher Fehlbetrag von rd. 158 Mio. € prognostiziert. Nach realistischer Einschätzung wurde unterstellt, dass diese Größenordnung nicht allein durch HSK-Maßnahmen in der Einflussosphäre der Stadt Bielefeld aufgebracht werden kann. Deswegen wurde als Zielgröße eine Größenordnung von mindestens 40 Mio. € vorgegeben.

Bei der Ermittlung dieser Zielgröße wurde u. a. darauf abgestellt, dass in den letzten 3 Haushaltsjahren vor der NKF-Einführung (2006 - 2008) erhebliche konjunkturbedingte Schwankungen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu berücksichtigen waren sowie Belastungen durch nicht liquiditätswirksamen Mehraufwand bedingt durch das neue Rechnungssystem nach NKF entstanden, die nicht durch städtische Maßnahmen kompensiert werden sollten.

B. Eckdatenbeschlüsse des Rates der Stadt

Für die Aufstellung des Doppelhaushalts 2010/2011 hatte sich der Rat der Stadt Bielefeld das Konsolidierungsziel von 40 Mio. € zu eigen gemacht und festgelegt, dass von diesem Konsolidierungsziel mindestens 20 Mio. € auf der Aufwandsseite erspart werden sollen.

Für den Planungsprozess des Haushaltes 2012 sowie des Haushaltssicherungskonzeptes 2012 bis 2015 hat der Rat die Zielsetzung von 40 Mio. € bis 2014 erneut bekräftigt, gleichwohl aber auch auf die Besonderheiten des langfristigen Planungszeitraums verwiesen und dabei die Auffassung vertreten, dass ein insgesamt 10-jähriger Betrachtungszeitraum ein höheres Unsicherheitspotential in sich birgt, welches ein zwischenzeitliches Überprüfen und ggf. „Nachjustieren“ geboten erscheinen lässt.

Für 2012 wurden daher weitere Konsolidierungsmaßnahmen in einer Gesamtgrößenordnung von 2,6 Mio. € (HSK plus) vorgesehen, um auf aktuelle Entwicklungen adäquat zu reagieren und die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts zu sichern. Im Zuge der Beratungen des Entwurfs 2013 wurde diese Summe maßnahmenscharf zugeordnet und im Haushalt konkret umgesetzt.

Für den Haushalt 2013 wurden mittels Haushaltsbegleitbeschluss weitere Konsolidierungsziele festgelegt, die im Haushalt 2013 pauschal Berücksichtigung gefunden haben und für den Entwurf des Haushalts 2014 in konkreten Maßnahmen von insgesamt 4 Mio. € abgebildet wurden. Darüber hinaus sah der Haushaltsbegleitbeschluss weitere Einsparungen vor und zwar in einer Größenordnung von

- 2 Mio. € im Jahr 2015 und weiteren
- 2 Mio. € im Jahr 2016.

Bei Aufstellung des Verwaltungsentwurfs zum Haushalt 2015 wurde festgestellt, dass auf der Grundlage der Planwerte aus der Vorjahresplanung unter Berücksichtigung aktuell eingetretener Veränderungen ein Haushaltsausgleich im Jahr 2022 nicht mehr darstellbar war. Wesentliche Ursachen hierfür waren:

- rückläufige Gewerbesteuererträge,
- geringere Schlüsselzuweisungen des Landes als geplant,
- höherer Personalaufwand.

Der Aufstellungsprozess zum Haushalt bzw. Haushaltssicherungskonzept wurde daher begleitet mit der Prämisse, einen zusätzlichen Konsolidierungsbeitrag von rund 31 Mio. € zu erreichen, um im Zieljahr 2022 einen planmäßigen Überschuss von rund 10 Mio. € abbilden zu können.

Mit Blick auf zugesagte Entlastungen des Bundes (5 Mrd. € Eingliederungshilfe) und vor dem Hintergrund, dass entsprechende Effekte gemäß Festlegung des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen nur teilweise planerisch in den kommunalen

Haushalten berücksichtigt werden können, wurden für den Entwurf des Haushalts verschiedene Maßnahmen in einer Größenordnung von rund 16 Mio. € vorgesehen, die sukzessive beginnend mit dem Jahr 2015 entlastend wirken sollen. Die verbleibende Lücke wurde durch eine stufenweise Grundsteuererhöhung in den Jahren 2015 bis 2017 geschlossen. Im Rahmen des politischen Haushaltsbegleitbeschlusses zur Verabschiedung des Haushaltsplanes 2015 wurde dem strategischen Ansatz der mehrjährigen Haushaltskonsolidierung gefolgt. Ein Großteil der mit dem Haushalt 2015 beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen war zunächst in sog. Platzhaltern veranschlagt. Mit dem Haushaltsplan 2016 wurden diese vollständig in konkrete Einzelmaßnahmen umgesetzt.

Für den Haushalt 2019 und für den Doppelhaushalt 2020 / 2021 wurden keine weiteren Konsolidierungsmaßnahmen beschlossen.

C. Umsetzungsstand des Haushaltssicherungskonzeptes

Über den Umsetzungsstand wird dem Finanz- und Personalausschuss sowie der Bezirksregierung Detmold regelmäßig unterjährig berichtet. Die HSK-Maßnahmen konnten in wesentlichem Umfang realisiert werden. Einige Maßnahmen wurden zeitlich verschoben oder kompensiert. Das HSK sieht für 2020 die Umsetzung von 23 neuen Maßnahmen im Umfang von rd. 1 Mio. € vor.

D. Aktueller Konsolidierungsbedarf und Verfahrensschritte

Mit dem beschlossenen Haushaltssicherungskonzept 2016 – 2020 wurde das Gesamtkonsolidierungsziel in Höhe von 31 Mio. € erreicht. Für die Haushalte 2017 bis 2019 ergaben sich keine über die bisher beschlossenen Maßnahmen hinausgehenden Konsolidierungserfordernisse. Die HSK-Maßnahmen Nr. 16 (Stelleneinsparung Datenschutz), 214 bis 216 (Gewinnabführungen BBVG) und 160 (Miete IT-Verfahren Amt 620) wurden zwischenzeitlich auf „Null“ reduziert. Alle HSK-Maßnahmen sind in Ausführung des Eckdatenbeschlusses vom 23.04.2015 am 28.04.2016 vom Rat beschlossen worden. Seitdem eingetretene nicht absehbare Entwicklungen machten diese Anpassungen (1,68 Mio. € Mindererträge) erforderlich und führen zu einem neuen Gesamtkonsolidierungsvolumen in Höhe von 30 Mio. €.

Darüber hinaus hat der Rat der Stadt Bielefeld in seiner Sitzung am 12.12.19 beschlossen, die vorgesehene Streichung von 0,2 Stellenanteilen für die Leitung der Gleichstellungsstelle nach Ausscheiden der jetzigen Stelleninhaberin nicht umzusetzen (HSK-Maßnahme Nr. 7, 20.000 €).

lfd. Nr.	OE	Maßnahmebeschreibung, Produktgruppe (PG/PSP), Sachkonto (SK)	Auswirkungen/Voraussetzungen (z.B. auch politische Entscheidungen)	Stellennummer	Umfang	Personalkosteneinsparungen in €					Sachkosteneinsparungen in €			Projekte in €		
						2016	2017	2018	2019	2020	2016	2017	2018	2016	2017	2018
Dezernat OB																
1	002	Aufwandsreduzierung bei Repräsentationen (Veranstaltungen, Geschenke und Ehrungen) um 10 % PSP 11.01.02.01 SK 54310006	Standardreduzierung bei der Durchführung von Veranstaltungen. Der Ansatz von rd. 70.000 € wird um 7.000 € reduziert.										7.000			
2	002	Aufwandsreduzierung Städtepartnerschaften um 10 % PSP 11.01.02.02, SK 52810000	Einsparung durch Standardreduzierungen. Ansatzreduzierung von rd. 50.000 € um 5.000 €. U.a. wird der Zuschuss an das Welthaus für die "Öffentlichkeitsarbeit für die Städtepartnerschaft Bielefeld - Esteli um 10 %, also um 770 € gekürzt. Weiterer Zuschuss ans Welthaus iHv 12.675 € bleibt unverändert.										5.000			
3	002	Aufwandsreduzierung Geschäftsaufwand PSP 11.01.02.01, SK 52810000, 52910000	Einsparung durch Ablaufoptimierungen										7.000			
4	002	Reduzierung VMittPlus auf 4 Ausgaben/Jahr PSP 11.01.02.01,SK 54310001	Aufwandsreduzierung Produktionskosten										10.000			
5	004	Personalaufwandsreduzierung durch Umstrukturierung im Büro des Rates neu: Amt 002	Veränderung der Aufbauorganisation im Dezernat durch Zusammenfassung von Organisationseinheiten und Umwandlung der hD in eine gD-Stelle beim Ausscheiden der Stelleninhaberin.	004 00 100				15.000	30.000							
6	004	Aufwandsreduzierung Mieten IBB PG 11 01 60, SK 54220061 neu: Amt 002	Einsparung der Miete der iPads für die papierarme Gremienarbeit durch Zahlung eines Einmalbetrags in Höhe von 400 € alle 3 Jahre an die Mandatsträger zum Kauf eines iPads. Einverständnis der Mandatsträger, besondere Bewirtschaftungsregeln zur Mittelübertragung. Abstimmung mit IBB erfolgt.									14.000	14.000			
7	005	Stelleneinsparung Gleichstellungsstelle	Personaleinsparung möglich durch Stundenreduzierung (10 Std.) bei Ausscheiden der Stelleninhaberin. Beratungstätigkeiten zur Erwerbstätigkeit bei Existenzgründerinnen werden eingeschränkt (Abstimmung mit WEGE). Urspr. Einsparung von 20.000 EUR ab 2020; Der Rat der Stadt Bielefeld hat in seiner Sitzung am 12.12.2019 beschlossen, die vorgesehene Streichung von 0,2 Stellenanteilen für die Leitung der Gleichstellungsstelle nach Ausscheiden der jetzigen Stelleninhaberin nicht umzusetzen.	005 00 010	0,2					0						
8	120	Stelleneinsparung Leitungsstelle Demographie und Statistik neu: Amt 130	Personaleinsparung bei Ausscheiden der Stelleninhaberin möglich durch Zusammenfassung von Leitungsfunktionen im Dezernat ohne Wiederbesetzung der freiwerdenden Stelle; Demographie wird Aufgabe aller Dezernate.	120 00 100	1		67.500	90.000	90.000	90.000						
9	120	Stelleneinsparung Assistenzstelle Demographie und Statistik neu: Amt 130	Die Assistenz für die Amtsleitung entfällt.	120 00 150	0,5		17.000	22.500	22.500	22.500						
10	120	Stelleneinsparung Sachbearbeitung Demographie und Statistik neu: Amt 130	Personaleinsparung durch Aufgabenbündelung Verwaltung und Finanzen im Dezernat.	120 00 110	0,3	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000						

lfd. Nr.	OE	Maßnahmebeschreibung, Produktgruppe (PG/PSP), Sachkonto (SK)	Auswirkungen/Voraussetzungen (z.B. auch politische Entscheidungen)	Stellennummer	Umfang	Personalkosteneinsparungen in €					Sachkosteneinsparungen in €			Projekte in €		
						2016	2017	2018	2019	2020	2016	2017	2018	2016	2017	2018
11	130	Personalaufwandsreduzierung durch Laufbahnwechsel	Umwandlung der hD-Stelle in eine gD-Stelle bei Ausscheiden des Stelleninhabers.	130 10 170						17.500						
12	140	Stelleneinsparung Rechnungsprüfung 140.2	Personaleinsparung möglich durch Aufgabenwegfall (RPO-Aufgabe § 5 Abs. 3 Nr. 3); Ratsbeschluss 12.11.2015.	140 20 110	0,5	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000						
13	140	Stelleneinsparung Rechnungsprüfung 140.1	Personaleinsparung möglich durch Aufgabenwegfall (RPO-Aufgabe § 5 Abs. 3 Nr. 1,2,6,9 u. 14); Ratsbeschluss 12.11.2015	140 10 150	0,4				24.000	24.000						
14	170	Stelleneinsparung Integration	Personaleinsparung möglich durch Stundenreduzierung bei Ausscheiden der Stelleninhaberin.	170 20 160	0,5					30.000						
15	170	Aufwandsreduzierung Vorschulische Sprachförderung PSP 11.01.27.06.0005, SK 52810000	Aufgabenwegfall bereits erfolgt.								10.000	20.000	35.000			
Dezernat 1																
17	019	Einrichtung einer Sprechstunde des Arbeitsmedizinischen Dienstes im UWB gegen Kostenerstattung	Präsenz einer/s Betriebsarztes/-ärztin vor Ort; Abstimmung mit dem UWB											16.852	33.704	33.704
18	110	Einsparung Personalaufwand Verwaltungsbücherei PG 11.01.10, SK 50110000 (Beamte)	Reduzierung des Informationsdienstes (u.a. Präsenzbibliothek mit Öffnungszeiten, Dezentralisierung von Buchbestellungen, Buchregistratur, Abo-Verwaltung).	110 11 170	0,5		22.500	22.500	22.500	22.500						
19	110	Flächenreduzierung Verwaltungsbücherei PG 11.01.10, SK 542220062	Umbau der VB zu Büroräumen, Flächenreduzierung um 119,82 m ² , Reduzierung Miete (Anrechnung zu 50 %).								15.778	15.778	15.778			
20	110	Reduzierung sonstige Geschäftsaufwendungen Organisationsangelegenheiten PG 11.01.10, SK 54310008	Reduzierung der externen Beratung									4.964	9.964			
21	110	Einsparung Personalaufwand durch Pilotprojekt "Reaktivierung von Mitarbeitern/innen"	Durch den Einsatz einer zusätzlichen überplanmäßigen Kraft des gD im Bereich Personaleinsatz wird bis zum 31.12.2016 im Rahmen der wirkungsorientierten Steuerung der dauerhafte Abbau von bestehenden überplanmäßigen Einsätzen im Volumen von 120.000 € durch aktives Fallmanagement realisiert (Einsparung netto 60.000 €).	üpl.		60.000	60.000	60.000	60.000	60.000						
22	110	Rückgabe von IT-Ausstattung PSP 11.01.08.04.5000, SK 54220061	bereits umgesetzt								3.738	3.738	3.738			
23	110	Abbestellung von Loseblattsammlungen PSP 11.01.08.04.5000, SK 54310002	bereits umgesetzt								1.600	1.600	1.600			
24	110	Einsparung Personalaufwand Personalverwaltung PSP 11.01.08 04.5000, SK 50110000	Einführung Internes Kontrollsystem, Straffung der Abläufe bei Dienstaufsichtsbeschwerden	110 32 130	1			60.000	60.000	60.000						
25	110	Aufwandsreduzierung Reprographie PSP 11.01.06.01.0200, 0210 SK 54310008 neu: Amt 100	Durch die Schließung der Repro wurden Teilaufgaben an den Druckservice übertragen. Aufwendungen hierfür sind geringer als geplant.								12.000	12.000	12.000			
26	110	Aufwandsreduzierung Botendienste PSP 11.01.06.02.0700, SK 54310008 neu: Amt 100	Durch das TDLZ und hiermit verbunden die Schließung der Ausweichquartiere sind die Aufwendungen für die Botentouren geringer.								2.000	2.000	2.000			
27	110	Aufwandsreduzierung Lager PSP 11.01.06.03.1101, SK 54310008	Durch die Schließung des Büroartikellagers ergibt sich noch eine Restwirkung.								36.000	36.000	36.000			

lfd. Nr.	OE	Maßnahmebeschreibung, Produktgruppe (PG/PSP), Sachkonto (SK)	Auswirkungen/Voraussetzungen (z.B. auch politische Entscheidungen)	Stellennummer	Umfang	Personalkosteneinsparungen in €					Sachkosteneinsparungen in €			Projekte in €		
						2016	2017	2018	2019	2020	2016	2017	2018	2016	2017	2018
28	110	Aufwandsreduzierung Jobtickets PSP 11.01.06.03.1103, SK 54120000	In der Position werden die Kosten, die an "mobiel" für Jobtickets und Dienstfahrtscheine insgesamt gezahlt werden, veranschlagt. Im Jahresergebnis ergibt sich gegenüber der Planung ein leichter Überschuss, der die Reduzierung rechtfertigt (im Jahresschnitt 30 von ca.1.600 Stück). Die korrespondierende Einnahmeposition für Jobtickets ist im Ergebnis auskömmlich kalkuliert.								18.000	18.000	18.000			
29	110	Einsparung einer Stelle im Postservice PG 11.01.06, SK 50120000, 50220000, 50320000 neu: Amt 100	Reduzierung der Botendienste; Aufgabe des zentralen Pools an Moderationsmaterialien; Aufgabe des Fahnenlagers für externe Ausleihen; technische Modernisierungen des Maschinenparks.	110 42 220	1	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000						
30	110	Einsparung von Stellenanteilen 110.42; PG 11.01.06, SK 50120000, 50220000, 50320000	Die Bearbeitung von "Orden und Ehrungen" sowie "Altersjubiläen", "Ehrenpatenschaften" und "Weihnachtsgrüße des OB" wird mit einem Stellenanteil von 0,3 zum Presseamt verlagert. Die Bearbeitung der "Ehrennadeln" erfolgt durch das Büro OB. Bei 110.4 verbleibende Aufgaben werden neu strukturiert. Die Aufbauorganisation der Abteilung 110.42 wird optimiert.	110 42 130	0,2	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000						
31	110	Einsparung Personalaufwand durch Fluktuation in Abteilung 110.22 1 mD, 0,1 gD	Realisierung im Zusammenhang mit der Einführung des Programms Beihilfe NRWplus	110 22 220 110 22 210	1,1					51.000						
32	200	Standardabsenkungen in der Abteilung 200.1; Gewinnausschüttung BBVG PG 11.01.09, 11.15.04 neu: Amt 210	Gesamtabschluss nach gesetzlichen Mindestanforderungen; reduzierte Kodexberichterstattung; Berichtswesen Beteiligungen; Verzicht auf Auswertungen etc. (nur Weitergabe); Mandatsträgerbetreuung fokussiert (Schwerpunkte: Jahresabschluss; Wirtschaftsplan). Übertragung von Teilaufgaben der BBVG an die Stadt, dadurch höhere Gewinnausschüttung der BBVG.	200 10 150	0,5	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000				45.000	45.000	45.000
33	200	Veränderung von Aufgabenzuschnitten bei Stellen in der Steuerabteilung; PG 11.01.09	Umwandlung vom zwei Stellen gD in mD	200 31 180 200 31 210		15.000	15.000	26.250	30.000	30.000						
34	200	Standardreduzierung in der Geschäftsbuchhaltung PG 11.01.09	Aufgabe Prinzips des Einheitsgeschäftspartners; Rechnungen aus e-Kaufhaus wie alle anderen auch im „normalen“ Workflow (keine Anbindung mehr an das System); DV-Systemtechnische Anbindungen verändern bzw. anpassen.	200 42 210	0,5			22.500	22.500	22.500						
35	200	Standardreduzierung Haushaltsabteilung; PG 11.01.09	Jahresabschlüsse nur gesetzlicher Mindeststandard (z. B. Verzicht auf zus. „Spiegel“ etc.); Verzicht auf Finanzberichtswesen oder „abgespeckte“ Version; Akzeptanz in FiPA.	200 22 190	1	30.000	60.000	60.000	60.000	60.000						
36	200	Vollständiger Aufwandsersatz (einschl. Porto) bei Vollstreckungsaufträgen f. Dritte; PG 11.01.09												13.000	13.000	13.000
37	200	Restrukturierung eines Swaps im Bereich Kredite zur Liquiditätssicherung (Volumen 50 Mio. €); langfristige Absenkung des Zinssatzes; PG 11.16.01									170.000	170.000	170.000			
38	200	Einsparung Personalaufwand durch Fluktuation 1 mD; 0,5 gD	Einschränkungen bei der Aufgabenerledigung	200 32 240 200 31 100	1,5					75.000						
39	200	Effekte aus der Aufnahme einer Anleihe									41.800	41.800	41.800			

lfd. Nr.	OE	Maßnahmebeschreibung, Produktgruppe (PG/PSP), Sachkonto (SK)	Auswirkungen/Voraussetzungen (z.B. auch politische Entscheidungen)	Stellennummer	Umfang	Personalkosteneinsparungen in €					Sachkosteneinsparungen in €			Projekte in €		
						2016	2017	2018	2019	2020	2016	2017	2018	2016	2017	2018
Dezernat 2																
40	150	Stelleneinsparungen mD durch strukturelle Veränderungen im Bereich Standesamtsaufsicht und Rentenangelegenheiten, PG 11.05.04	Reduzierung der Beratungstätigkeit auf ein Mindestangebot. In der Folge sind weitere Sachkosteneinsparungen (Büroflächen, IT, Fortbildung etc.) möglich. Verweis auf bestehendes Beratungsangebot der Deutschen Rentenversicherung notwendig. Stelle 150 16 105 (0,2).	150 16 105 150 16 120	1,2	9.000	54.000	54.000	54.000	54.000		25.000	50.000			
41	150	Projekt "Überprüfung der Entgelte für freiwillige Leistungen im Standesamt" hier: Angebot von Ambientetrauungen in Außentraustandorten PG 11.02.11	Das Standesamt bietet als besonderen Service für Brautpaare neben der Trauung im zentralen Standesamt auch die Trauung an verschiedenen Außentraustandorten mit einem besonderen Ambiente an. Die Außentrauungen sind mit einem deutlichen höheren Zeitaufwand verbunden. Aufgrund der starken Inanspruchnahme (etwa 600 Trauungen an Außentraustandorten in 2014) erfolgt eine angemessene nachfrageorientierte Anpassung der Gebühren um 70€ je Standort: Sparrenburg, Se, Jö, He von 100 auf 170€, Hülsmann von 270 auf 340€, Bauernhausmuseum von 190 auf 260€, Schüco Arena von 235 auf 305€.										35.000	35.000	35.000	
42	150	Stelleneinsparung mD Standardsenkung/ Serviceeinschränkung im BSC PG 11.01.24	Keine Telefonie am Samstag (bisher 9-13Uhr, durchschn. 42 Anrufe) und Mo-Fr zw. 7 und 7.30 Uhr (durchschn. 7 Anrufe). Anpassung der öff.-rechtl. Vereinbarung mit Bad Salzuflen und Hiddenhausen erforderlich. Stelle 150 52 150 ist zu 0,5 vakant (Einsparung sofort). Umsetzung der Maßnahme daher bereits zum 01.07.2015.	150 52 150	0,5	22.500	22.500	22.500	22.500	22.500						
43	150	Optimierung durch Projekt "Ausbau Interkommunale Zusammenarbeit" PG 11.01.24	Durch Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit soll Optimierungspotential in Form von Synergieeffekten durch verbesserte Auslastung des Personals bei gleichzeitigen Mehreinnahmen erzielt werden. Angestrebt wird eine Mehreinnahme von 23.000 €. Konkrete Überlegungen gibt es hinsichtlich der Randstundenbetreuung bei D115-Gesprächen für die Stadt Arnberg. Mit weiteren Kommunen und Institutionen in OWL werden Gespräche geführt.											500	500	23.000
44	150	Personalkosteneinsparung im Standesamt PG 11.02.11	Beendigung des üpl. Einsatzes wird durch Ablaufoptimierungen möglich.	üpl.			13.800	13.800	13.800	13.800						
45	150	Aufwandsreduzierung durch Kündigung von Dienstparkplätzen in den Abteilungen 150.1 und 150.2, PG 11.02.10, 11.02.11	Nutzung von Alternativen								2.000	2.000	2.000			
46	150	Aufwandsreduzierung der IT-Mietkosten für das Wahlteam PG 11 02 14	Nach den Standardmietkonditionen wird die IT-Hardware für das Wahlteam für 4 Jahre gemietet. Die tatsächliche Nutzung erfolgt in max. 50% dieser Zeit. Hier sind Sonderkonditionen mit dem IBB, angepasst an die tatsächliche Nutzungszeit, auszuhandeln.										3.000			

lfd. Nr.	OE	Maßnahmebeschreibung, Produktgruppe (PG/PSP), Sachkonto (SK)	Auswirkungen/Voraussetzungen (z.B. auch politische Entscheidungen)	Stellennummer	Umfang	Personalkosteneinsparungen in €					Sachkosteneinsparungen in €			Projekte in €		
						2016	2017	2018	2019	2020	2016	2017	2018	2016	2017	2018
47	150	Aufwandsreduzierung durch Einsparung von Mietkosten im Bereich der Bürgerberatung Sennestadt PG 11.02.10	Umzug vom Sennestadthaus in den gegenüberliegenden Sennestadtpavillion, der im Rahmen des Förderprogrammes Stadtumbau West für die Nutzung verschiedener städtischer Dienststellen (Bezirksamt, Bürgerberatung und Beratungsangebote von 500 und 510) hergerichtet wird. Das Förderprogramm sieht eine mietfreie Nutzung von 20 Jahren vor.									17.000	17.000			
48	150	Aufwandsreduzierung durch Einsparung von Mietkosten im Bereich des Wahlteams PG 11.02.14	Die Flächen des Wahlteams werden nur temporär für die Zeit der jeweiligen Wahl benötigt. Dazwischen sind die Räumlichkeiten weitgehend ungenutzt. Vor diesem Hintergrund wurde der Flächenbedarf nochmals im Sinne einer Reduzierung auf ein absolutes Minimum überprüft. Gleichzeitig wurden Verhandlungen mit dem Vermieter geführt. Ab dem 15.03.2016 greifen deutlich verbesserte Mietkonditionen.								18.200	23.000	23.000			
49	150	Aufwandsreduzierung durch Abschaffung des Dienstbullis der Ausländerabteilung PG 11.02.12	Seltene Nutzung rechtfertigt nicht die Vorhaltung. Fahrzeuge der ZAB können genutzt werden.								6.000	6.000	6.000			
50	150	Projekt "Optimierung in der Bürgerberatung" hier: Überprüfung der Verwaltungsgebühren PG 11.02.10	Die Beglaubigung von Kopien durch die Bürgerberatung ist eine sehr stark nachgefragte Leistung, verbunden mit einem nicht unerheblichen Aufwand. Die AVerwGebO lässt hier einen Gebührenrahmen zu, der von der Stadt Bielefeld im Bereich der Beglaubigung von mehrseitigen Kopien nicht ausgeschöpft wird. Zulässig ist eine Gebühr von 2,50 € je Seite. In Bielefeld werden derzeit nur bei einseitigen Beglaubigungen 2,50 € erhoben, bei mehrseitigen Beglaubigungen fallen unabhängig von der Seitenzahl pauschal 4 € an. Bei Abrechnung jeder einzelnen Seite mit 2,50 € sind erhebliche Mehreinnahmen zu erzielen. Gleichzeitig werden manche "überflüssigen" und nur vorsorglich beantragten Beglaubigungen künftig entfallen, was eine positive Auswirkung auf die Vermeidung einer weiteren Arbeitsverdichtung hat. Vor-geschlagen wird eine Maximalgebühr von 10 €											20.000	20.000	20.000
51	150	Projekt "Überprüfung der Kostendeckung in der ZAB" hier: Overheadkostenverrechnung PG 11.02.29	Die Kosten für die Amtsleitung und Vorzimmer werden bislang nur zu einem Bruchteil auf die ZAB verrechnet. Angesichts steigender Flüchtlingszahlen steigt der Aufwand auch auf Seiten der Amtsleitung, sodass eine höhere Erstattung von Overheadkosten durch das Land erforderlich ist. Die ZAB refinanziert sich zu 100%.											25.000	25.000	25.000

lfd. Nr.	OE	Maßnahmebeschreibung, Produktgruppe (PG/PSP), Sachkonto (SK)	Auswirkungen/Voraussetzungen (z.B. auch politische Entscheidungen)	Stellennummer	Umfang	Personalkosteneinsparungen in €					Sachkosteneinsparungen in €			Projekte in €		
						2016	2017	2018	2019	2020	2016	2017	2018	2016	2017	2018
52	150	Projekt "Überprüfung der Entgelte für freiwillige Leistungen im Standesamt" hier: Verkauf von Stammbüchern PG 11.02.11	Der Verkauf von Stammbüchern stellt eine freiwillige Leistung dar. Es ist ein von Brautleuten gern nachgefragter Service. Der mit dieser Leistung verbundene Aufwand rechtfertigt eine Anpassung der Entgelte auf ein Niveau, das auch in anderen Städten üblich ist. Das Entgelt für Stammbücher wird von bisher 10-30 € auf künftig 20-40 € erhöht. In Oberhausen, Dresden, Darmstadt, Mülheim und Karlsruhe erfolgt der Verkauf zu in etwa gleichen Preisen.											3.000	3.000	3.000
53	150	Projekt "Verringerung von Verstößen gegen das PAusWG und das Meldegesetz NRW" hier: Anpassung Bußgeldbetrag und konsequentere Verfolgung PG 11.02.10	Personen, die gegen Meldepflichten und gegen das Personalausweisgesetz verstoßen, sorgen für einen Aufwand in der Bürgerberatung. Eine konsequentere Verfolgung, verbunden mit höheren Bußgeldbeträgen, erzielt eine größere abschreckende Wirkung, ist aber im Nebeneffekt auch mit Mehreinnahmen verbunden. Der gesetzliche Rahmen lässt Bußgelder bis zu einer Höhe von 5.000 € (PAusWG) bzw. 1.000 € (MG NRW) zu. Der bislang in Bielefeld erhobene Bußgeldbetrag bei Verstößen gegen Meldepflichten und gegen das Personalausweisgesetz wird von 130 auf 180 € angehoben.											25.000	25.000	25.000
54	150	Einsparung personalbezogener Sachkostenaufwand, PG 11.01.24, 11.02.10, 11.02.11, 11.02.12, 11.02.14 (global in den Sachkontengruppen 52 u. 54)	Reduzierung des amtsinternen Verwaltungsaufwandes wie Büromaterial, Fahrtkosten, Ausstattungen etc.								25.000	31.500	31.500			
55	150	Pilotprojekt zur elektronischen Zeiterfassung in den Ämtern 150 und 400 hier: Ermittlung von Einsparpotenzialen	Durch ein zusätzliches Modul "Workflow Zeitwirtschaft" wird die Möglichkeit geschaffen, dass Mitarbeiter/innen direkt am PC Anwesenheits- und Fehlzeitenbuchungen eintragen können. Hierdurch entfällt der bisher erforderliche manuelle Nacherfassungsaufwand in den Vorzimmern.	150 16 105	0,1			4.500	4.500	4.500						
56	161-166	Organisatorische Maßnahmen in den Bezirksamtern	Reduzierung Verwaltungsaufwand									14.800	14.800			
57	161	Aufgabe des Gemeinschaftshauses Ummeln - Trüggelbachstraße, am Sportplatz PG 11.01.81, SK 54220062	Vereine und Verbände sowie BürgerInnen können den Raum für Aktivitäten nicht mehr nutzen. Eine Verlagerung in das Gemeinschaftshaus Brackwede sowie in das neue Vereinshaus des VfL Ummeln ist angedacht.								3.700	3.700	3.700			
58	161	Aufgabe der Münsterberger Heimatstube und dadurch Reduzierung des Mietaufwandes SK 54220062, KST 161100	Die BV Brackwede hat das Vorhaben bereits zur Kenntnis genommen.								8.850	8.850	8.850			
59	161	Rückgabe des Dienst-Kfz, Reduzierung des Ansatzes um 3.000 € SK 52510000, KST 161100	Mitarbeiter werden vermehrt auf eine Cambio-Nutzung umsteigen bzw. ihre privaten KFZ dienstlich nutzen.								3.000	3.000	3.000			
60	161	Reduzierung des Mietaufwandes "Festplatz Johannisberg" PG 11.01.87, SK 54220062									2.705	2.705	2.705			
61	162	Rückgabe von 2 SAP-Lizenzen SK 54220061, KST 162100	Die Ausstattung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit SAP-Lizenzen wird auf ein fachlich zu vertretendes Mindestmaß reduziert.								2.004	2.004	2.004			

lfd. Nr.	OE	Maßnahmebeschreibung, Produktgruppe (PG/PSP), Sachkonto (SK)	Auswirkungen/Voraussetzungen (z.B. auch politische Entscheidungen)	Stellennummer	Umfang	Personalkosteneinsparungen in €					Sachkosteneinsparungen in €			Projekte in €		
						2016	2017	2018	2019	2020	2016	2017	2018	2016	2017	2018
62	162	Reduzierung Hausmeisterkosten für Sitzungen der BV Heepen PG 11.01.92.01, SK 52350060	Die Sitzungen der Bezirksvertretung können grds. nur in der Mensa des Schulzentrums Heepen stattfinden, da hier keine zusätzlichen Hausmeisterkosten anfallen. Der Ansatz kann auf 500 € reduziert werden.								2.500	2.500	2.500			
63	162	Reduzierung von Hausmeisterkosten / Reinigungskosten für Vergabe von Räumen PG 11.01.82.01.0001.01, SK 52350060	Die Vergabe von Räumen wird gezielt auf Räume gelenkt, für die keine zusätzlichen Kosten bei der Nutzung anfallen. Der Ansatz kann auf 1.923 € reduziert werden.								8.000	8.000	8.000			
64	166	Stilllegung des Brunnens am Marktplatz SK 54220062 KST 166100	Der Betrieb des Brunnens hat für das Bezirksamt keinerlei Nutzen und verursacht im Falle einer Beschädigung sogar Kosten für eine Reparatur, für die keine Mittel zur Verfügung stehen. Negative Auswirkungen auf den Bürger sind nicht zu erwarten.								5.108	5.108	5.108			
65	166	Aufgabe des Festplatzes SK 54220062, KST 166100	Ersatz der Maßnahme "Heimatstube" bis 2021. Durch die Bebauung des Geländes am ehemaligen Bahnhof in Jöllenbeck ist die verbleibende Fläche zur Durchführung von Festen und Veranstaltungen nicht mehr geeignet. Beschluss BV Jöllenbeck 27.10.2016								0	3.821	3.821			
66	166	Reduzierung Stundenanteile einer Stelle bei 166	Umstrukturierung einiger Aufgaben der Stelle auf andere Dienststellen und andere Stellen des Amtes 166.	166 00 170	0,4	18.000	18.000	18.000	18.000	18.000						
67	400	Stelleneinsparung Medienwart in Gesamtschulen PG 11.03.01	Aufgabenveränderung; Umsetzung des Stelleninhabers	400 11 662	1	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000						
68	400	Stelleneinsparung durch Abflachung von Hierarchien bei 400.1/11/12, Einsparung 0,5 Stelle gD PG 11.03.01 und 11.03.02	Hierarchieabflachung/Abbau von Doppelstrukturen ist aus Fachamtssicht durch neue Orga-Verfügung kurz- bis mittelfristig möglich. Umsetzung eines Stelleninhabers erforderlich.	400 10 100	0,5			30.000	30.000	30.000						
69	400	Stelleneinsparung mD durch Vereinfachung der Aufgabenerledigung bei Schülerbeförderungskosten durch Einführung des E-Tickets für den Schulweg PG 11.03.02	Verfahrensvereinfachung bei 400.12 bei der unterjährigen Rückforderung von Schulwegtickets aufgrund Änderung der Anspruchsberechtigung. Verringerung der Zahl von Schadenersatzfällen, Gutschrift für frühzeitige Rückbuchung nicht benötigter Tickets. Voraussetzung ist die Einführung des E-Tickets durch Verkehrsgemeinschaft bzw. Mobiel. Die Verkehrsunternehmen arbeiten an der Einführung des E-Tickets in den nächsten zwei bis drei Jahren; ein konkreter Termin kann noch nicht genannt werden.	400 12 140 bis 180	0,25		11.000	11.000	11.000	11.000						

Ifd. Nr.	OE	Maßnahmebeschreibung, Produktgruppe (PG/PSP), Sachkonto (SK)	Auswirkungen/Voraussetzungen (z.B. auch politische Entscheidungen)	Stellennummer	Umfang	Personalkosteneinsparungen in €					Sachkosteneinsparungen in €			Projekte in €		
						2016	2017	2018	2019	2020	2016	2017	2018	2016	2017	2018
70	400	Aufwandreduzierung bei den Schülerbeförderungskosten Taxibeförderung (freiwillige Schulträgerleistung) PG 11.03.02	Ziel soll sein, den Aufwand spätestens mit Wirkung ab 2018 zu halbieren (z.Zt. 98 Fälle mit jährlichem Gesamtaufwand von ca. 220.000 €), indem ab sofort auf neue Fälle möglichst verzichtet wird und bestehende Fälle gem. Schülerbiografien auslaufen. Eltern sind darauf zu verweisen, den Schulweg der Kinder selbst zu organisieren. Der Schulträger hat keine Beförderungspflicht, sondern eine Kostenerstattungspflicht auf Basis der wirtschaftlichsten (für den Schulträger kostengünstigsten) Beförderungsvariante. Mehraufwand für mögliche Kilometerentschädigungsansprüche der Eltern (13 ct./km, ca. 10.000 €/Jahr) muss gegengerechnet werden.										100.000			
71	400	Aufwandreduzierung bei den Zuschüssen an Ersatzschulträger durch Zuschusskürzung von 5% in Analogie zur Budgetkürzung für städt. Schulen PG 11.03.02	Auslaufen/Kündigung bestehender Verträge mit den Ersatzschulträgern zum 1.8.2017.									16.600	40.000			
72	400	Aufwandreduzierung (ca. 10%) bei den Sachkosten des Bildungsbüros PG 11.03.02.07, SK 543110006 und 52910010	Evtl. Veränderung des Vertrags Land NRW / Stadt, erforderlich, falls das vereinbarte Budget des Bildungsbüros für Sach- und Dienstleistungen (70.000 €/Jahr) unterschritten wird. Bei dem vorgesehenen Konsolidierungsbeitrag ist das (noch) nicht der Fall.								1.200	1.200	1.200			
73	400	Aufwandreduzierung durch Koppelung des Zuschusses für den Sportplatz der BTG (z.Zt. ca. 6.000 €/Jahr) an die Nutzungsfrequenz durch städt. Schulen PG 11.03.02	Die BTG erhält seit Jahrzehnten einen Festbetragszuschuss für den Sportplatz am Brodhagen. Im Gegenzug können städt. Schulen den Platz nutzen. Die Nutzungsintensität des Platzes durch städt. Schulen ist geringer geworden und wird z.Zt. Im Rahmen einer Überprüfung aller schulisch genutzten Sportstätten geprüft. Der bestehende Zuschussvertrag läuft in 2015 aus. Für die Verringerung des Zuschusses ist eine Entscheidung des Schul- und Sportausschusses erforderlich.								2.000	2.000	2.000			

lfd. Nr.	OE	Maßnahmebeschreibung, Produktgruppe (PG/PSP), Sachkonto (SK)	Auswirkungen/Voraussetzungen (z.B. auch politische Entscheidungen)	Stellennummer	Umfang	Personalkosteneinsparungen in €					Sachkosteneinsparungen in €			Projekte in €		
						2016	2017	2018	2019	2020	2016	2017	2018	2016	2017	2018
74	400	Aufwandreduzierung durch Verringerung bzw. Standardreduzierung der Bestreifung von Schulen nach Unterrichtschluss und in den Ferien	Bei "Bestreifungen" handelt es sich um die Wahrnehmung des Hausrechts gegenüber unbefugten Personen, die sich außerhalb der Schulbetriebszeiten auf Schulgrundstücken aufhalten. Die Polizei übernimmt diese Aufgabe nicht, sondern greift erst ein, wenn die Stadt als Eigentümer einen Straftatbestand zur Anzeige bringt. Mit der Bestreifung und der Wahrnehmung des Hausrechts sowie ggf. Alarmierung der Polizei werden Dienstleister (Bewachungs- und Sicherheitsfirmen) beauftragt. Gesamtvolumen z.Zt. ca. 550 T€/Jahr für Schulen. Zwischen 230 und 400 besteht Übereinstimmung für eine (erste) Verringerung um ca. 130 T€/Jahr. Das Konzept umfasst eine zeitliche und personelle Verringerung der Bestreifungsintensität sowie den Wegfall der Bestreifung an Schulen, an denen längere Zeit keine Vorkommnisse festgestellt wurden. Erhöhung des Konsolidierungsbetrages um 200.000 € als Deckung für die Maßnahme "Reduzierung Randstundenbetreuung (VÜM)", die im Zusammenhang mit dem höheren Zuschuss für die OGS-Ferienangebote entfällt. Beschluss Schul- und Sportausschuss 28.06.2016/08.11.2016								130.000	330.000	330.000			
75	400	Ermittlung von Einsparpotentialen im Rahmen eines Pilotprojekts zur elektronischen Zeiterfassung in den Ämtern 150 und 400	Durch ein zusätzliches Modul "Workflow Zeitwirtschaft" wird die Möglichkeit geschaffen, dass Mitarbeiter/innen direkt am PC Anwesenheits- und Fehlzeitenbuchungen eintragen können. Hierdurch entfällt der bisher erforderliche manuelle Nacherfassungsaufwand in den Vorzimmern.	400 00 110	0,1			4.500	4.500	4.500						
76	400	Neustrukturierung der Vorzimmertätigkeiten bei den Schulaufsichtsbeamten	Aufgrund der Verringerung der Anzahl der Haupt- und Förderschulen können die Stellenanteile im Vorzimmer der für diese Schulformen zuständigen Schulaufsicht reduziert werden.	400 24 110	0,3					13.500						
77	400	Stelleneinsparung in den Schulsekretariaten der Berufskollegs	Die Stelle der nächsten fluktuationsbedingt ausscheidenden Mitarbeiterin in den Sekretariaten der Berufskollegs wird eingespart. Das dann verbleibende Stellenvolumen wird proportional auf die sechs Berufskollegs aufgeteilt.	400 11 720	1,0					45.000						
78	410	Einsparung eines 0,5- Stellenanteils im Bereich der Kommunalen Veranstaltungen PSP 11.04.01; SK 50120000	Bei Neubesetzung 2018 wird die Stelle in eine Teilzeitstelle (0,5 Stellenanteil) umgewandelt. Reduzierung von Veranstaltungen mit noch unklaren Auswirkungen auf die Akquisition und den Erhalt von Sponsoring.	410 201 20	0,5			30.000	30.000	30.000						

lfd. Nr.	OE	Maßnahmebeschreibung, Produktgruppe (PG/PSP), Sachkonto (SK)	Auswirkungen/Voraussetzungen (z.B. auch politische Entscheidungen)	Stellennummer	Umfang	Personalkosteneinsparungen in €					Sachkosteneinsparungen in €			Projekte in €			
						2016	2017	2018	2019	2020	2016	2017	2018	2016	2017	2018	
79	410	Reduzierung Personalkosten für Aufbauhelfer durch Reduzierung von Überstunden PSP 11.04.01; SK 50120000	Neu- und Umstrukturierung von personalaufwändigen Veranstaltungen, Reduzierung des Einsatzes der Aufbauhelfer bei Veranstaltungen. Vertretbare Aufgabenverdichtung bei den Organisatoren der Veranstaltungen (Programmabteilung und Kooperationspartner) durch erhöhten Planungsaufwand und aufwändigere Kalkulation. Verzicht auf Ersatzkräfte.	410 201 40		5.000	5.000	10.000	10.000	10.000							
80	410	Einsparung von Reprokosten KST 410100; SK 54310001	Einstellung des Drucks von Pressespiegeln für Sponsoren und Reduzierung von Kommunikations- und Werbemaßnahmen durch geringere Druckauflagen für Plakate und Flyer; Änderung der Verträge mit Sponsoren, da dort die Erstellung von Pressespiegeln vereinbart ist, alternativ ggf. Erstellung der Pressespiegel in digitaler Form.								6.100	6.100	6.100				
81	410	Kürzung der Fördermittel für freie Kultureinrichtungen PG 11.04.02, SK 53180000	Reduzierung eines freigesetzten Betrages, der zur Schaffung neuer Fördermöglichkeiten vorgesehen war.								5.000	5.000	5.000				
82	410	Erhöhung Garderobenentgelte PG 11.04.03, SK 43210000	Erhöhung der Garderobenentgelte der Rudolf-Oetker-Halle auf 1,50 € Voraussetzung: Entscheidung im Rahmen der Änderung der Nutzungsbedingungen für die Rudolf-Oetker-Halle durch den Rat.												7.000	7.000	
83	420.1	Stelleneinsparung SB Publikumsdienste, Sachgebietenbetreuung	Ausdünnung des Publikumsservice und der Informationsvermittlung.	420 11 430	0,5	22.500	22.500	22.500	22.500	22.500							
84	420.1	Streichung einer Stelle in der technischen Medienbearbeitung, PG 11.04.06, SK 50120000	Der Stellenfortfall in der Technischen Medienbearbeitung führt zu längerer Einarbeitungsdauer (Inventarisieren, Folieren, mit RFID versehen) und damit zu einem Aktualitäts- und zu Nutzungsverlust.	420 11 350	1		22.500	45.000	45.000	45.000							
85	420.1	Organisatorische Maßnahmen	Reduzierung Verwaltungsaufwand									31.326	31.326				
86	420.1	Anpassung der Mietzahlung an den IBB für die Software "Bibliothecaplus", PG 11.04.06, (420091), SK 54220061	Reduzierung der laufenden Kosten um 40.140 €.									40.140	40.140				
87	420.1	Einsparung Buchbinder- u. Restaurierungsetat, PG 11.04.08, SK 52910000	Geringere Aufwendungen für Buchbinder-/ Restaurierungsarbeiten führen tatsächlich zu einer eingeschränkten Erfüllung des archivgesetzlichen Auftrages, Archivgut zu erhalten (ArchivG NW § 2 Abs. 7).								7.000	7.000	7.000				
88	420.2	Einsparung IBB-Kosten, PG 11.04.08, SK 54220061 neu: Amt 430	Geringere Aufwendungen für Einzelplatz-Drucker führt zur erwünschten Nutzung der Multifunktionsgeräte								930	930	930				
89	420.2	Einsparung BGA Fortschreibung Festwerte, PG 11.04.08, SK 54310105 neu: Amt 430	Geringere Aufwendungen für Mobiliar – Auswirkungen erst absehbar, wenn vorzeitig Einzelstücke abgängig sein sollten.								1.100	1.100	1.100				
90	420.1	Internetausweis gebührenpflichtig, PG 11.04.06,SK 43110000	Änderung der Gebührensatzung; 8.315 € Maßnahme entfällt; Beschluss Kulturausschuss 09.11.2016											0	0	0	
91	420.1	Kulanztage reduzieren (neu: 1 Tag), PG 11.04.06, SK 43110000	Änderung der Gebührensatzung; Reduzierung des ursprünglichen Konsolidierungsbetrages von 12.000 € auf 3.000 €; Beschluss Kulturausschuss 09.11.2016											3.000	3.000	3.000	

lfd. Nr.	OE	Maßnahmebeschreibung, Produktgruppe (PG/PSP), Sachkonto (SK)	Auswirkungen/Voraussetzungen (z.B. auch politische Entscheidungen)	Stellennummer	Umfang	Personalkosteneinsparungen in €					Sachkosteneinsparungen in €			Projekte in €		
						2016	2017	2018	2019	2020	2016	2017	2018	2016	2017	2018
92	420.1	Erhöhung der Versäumnisgebühr, PG 11.04.06, SK 43110000	Änderung der Gebührensatzung; Reduzierung des ursprünglichen Konsolidierungsbetrages von 13.500 € auf 5.000 €; Beschluss Kulturausschuss 09.11.2016										5.000	5.000	5.000	
93	420	Stellenkürzungen im Bereich der Zentralbibliothek	Optimierung der Aufbau- und Ablaufstruktur, Einschränkung des Angebots	420 11 330 420 11 190	1,5					67.500						
94	420.2	Erhöhung der Recherchegebühren auf 12 € pro 1/4 Std.; PG 11.04.08, SK 43210000 neu: Amt 430	Änderung der Gebührensatzung Satzungsbeschluss Rat 12.11.2015										1.159	1.159	1.159	
95	420.2	Neuberechnung Recherchen an Amtsgerichte und andere Dienststellen, PG 11.04.08, SK 43210000 neu: Amt 430	Änderung der Gebührensatzung Satzungsbeschluss Rat 12.11.2015										2.500	2.500	2.500	
96	460	Streichung einer halben Stelle im Fachbereich Kultur	Reduzierung des Angebots	460 22 110	0,5	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000						
97	460	Streichung der Stelle Leitung der VHS Nebenstellen	Eingliederung der Aufgaben in die Fachbereiche	460 28 100	0,6	36.000	36.000	36.000	36.000	36.000						
98	460	Streichung einer halben Stelle im Fachbereich Fremdsprachen	Reduzierung des Angebots im Fachbereich Fremdsprachen u. a. um die selteneren Sprachen.	460 24 100	0,5		30.000	30.000	30.000	30.000						
99	460	Einsparung eines 0,5-Stellenanteils durch Verlagerung des Fachbereichs Kunst zur Musik- und Kunstschule	Organisatorische Veränderungen 460 und 470, Abbau von Doppelstrukturen	460 22 100	0,5				45.000	45.000						
100	470	Stellenstreichung Musiklehrerstellen	Kürzung Unterrichtsangebot 470 00 410 (0,8), 470 00 350 (0,5)	470 00 320 470 00 410 470 00 350	2,3	88.200	103.800	135.000	135.000	135.000						
101	470	Reduzierung Hausmeisterdienste PG 11 04 05, SK 54220062	Gebäudesicherung z. T. durch Leiter der Einrichtung sicherzustellen									10.000	10.000			
102	470	Stellenkürzungen im Fachbereich Kunst	Kürzung des Leistungsangebots	470 00 720 470 00 730	0,6					27.000						
103	480	Sachkosteneinsparung durch Besetzung der Stelle Sachbearbeiter/in Technikgeschichte ab Juni 2016 mit je 0,5 Anteilen mit einem/er Restaurator/in und einem/er Gestalter/in	Die Stellenanteile müssen mit entsprechend qualifiziertem Personal besetzt werden.								5.000	10.000	13.500			
104	480	Qualifizierung der Sammlung im Bereich Technik- und Alltagsgeschichte und Aufgabe von Lagerflächen	Der Bereich der Technikgeschichte wird nur noch exemplarisch gesammelt. Absprachen mit anderen Museen über einen Sammlungsverbund; Beschluss des Kulturausschusses zur Qualifizierung der Sammlung (Dr.-Nr. 1869/2014-2020).								5.000	5.000	19.700			
105	490	Erhöhung der Preise für Kindergeburtstage um 10 € bei jährlich 160-200 Kindergeburtstagen, PG 11.04.11, SK 44610000												1.800	1.800	
106	490	Erhöhung der Preise der Schulveranstaltungen auf 3 Jahre verteilt je nach Thema und Förderung um je 10 €, PG 11.04.11, SK 44610000	Erhöhung könnte sich negativ auf die Anzahl der Schulveranstaltungen (300-400 jährlich) auswirken.										900	1.800	2.700	
107	490	Reduzierung der Stelle Wissenschaftl. Mitarbeiter/in auf 0,8 Stellenanteile	Reduzierung im Angebot (Ausstellungen, Forschung an den und Betreuung der Sammlungen, Publikationen, Führungen, Exkursionen, Beratungen).	490 00 150	0,2	18.000	18.000	18.000	18.000	18.000						

lfd. Nr.	OE	Maßnahmebeschreibung, Produktgruppe (PG/PSP), Sachkonto (SK)	Auswirkungen/Voraussetzungen (z.B. auch politische Entscheidungen)	Stellennummer	Umfang	Personalkosteneinsparungen in €					Sachkosteneinsparungen in €			Projekte in €		
						2016	2017	2018	2019	2020	2016	2017	2018	2016	2017	2018
108	520	Reduzierung des Ansatzes für die Zuschüsse zur Errichtung und Erweiterung vereinseigener Sportanlagen von jährlich 53.700 € auf 30.000 €; PG 11.08.02 SK 53180001	Die Auszahlung der noch ausstehenden Investitionskostenzuschüsse wird gestreckt und statt im Jahr 2020 erst im Jahr 2025 komplett abgewickelt sein. Die Zwischenfinanzierungszeit einiger Vereine für einzelne Maßnahmen verlängert sich.								23.700	23.700	23.700			
109	520	Stelleneinsparung Platzwarte durch Übertragung von Aufgaben an Sportvereine	Durch die vom Sportamt initiierte und umzusetzende Übertragung von Aufgaben an Sportvereine (Schlüsselgewalt in Sporthallen, Reinigungs- und Platzwarttätigkeiten an Sportplätzen) entfallen diese Aufgaben beim ISB. Im ISB können somit frei werdende Stellen für Hausmeisterhilfskräfte eingespart werden. Dadurch reduzieren sich die vom Sportamt an den ISB zu zahlenden Mietnebenkosten für Hausmeisterleistungen.	NN	2,4					108.000						
Dezernat 3																
110	320	Umsetzung der Enforcement-Richtlinie, PG 11.02.21	Durch den EU-weiten Halterdatenaustausch und die Möglichkeit, Verkehrsordnungswidrigkeiten ausländischer Betroffener besser verfolgen zu können, ist mit Mehrerträgen zu rechnen. Bei der Umsetzung werden auch erhebliche Aufwendungen erforderlich sein (Saldo wird hier angerechnet). Die Fallzahlen in dem Bereich 320.34 steigen spürbar an.											400.000	400.000	400.000
111	320	Gebühren im Bereich 320.11, PG 11.02.01	Aufgrund landesrechtlicher Vorgaben zu den Gebühren kann hier mit Mehrerträgen gerechnet werden.											10.000	10.000	10.000
112	320	Stelleneinsparung durch Umstellung auf elektronische Aktenführung PG 11.02.21, 320.3	Sachverhalte werden elektronisch erfasst, aufbereitet und einer elektronischen Akte zugeführt (Physische Akte entfällt für den Kernprozess). 320 32 170 (0,6)	320 32 170 320 34 110	1,6					72.000						
113	320	Bereitstellung automatisierter Akten mit Posteingangs- und -ausgangsdokumenten bei 320.3 PG 11.02.21	Originale und Urschriften werden eingescannt, elektronisch aufbereitet und automatisch dem Einzelvorgang eingespielt/zugeordnet. Ausdrucke von Aktenauszügen entfallen teilweise, weil Informationen elektronisch auch an Dritte übermittelt werden (z.B. Amtsgericht).	320 33 120	0,3					13.500						
114	320	Automatisierung von Kontrollschritten vor Erlass eines Bußgeldbescheides PG 11.02.21	Automatisierter Aufruf Kassenprogramm; die technischen Verfahren müssen durch IT zur Verfügung gestellt werden.	320 33 120	0,3					13.500						
115	360	Stelleneinsparung 360.0	Standardreduzierung bei der Überwachung von Anlagen für den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen.	360 00 120	0,5		30.000	30.000	30.000	30.000						
116	360	Stelleneinsparung 360.11 (Schreibdienst, Datenerfassung)	Umverteilung von Aufgaben/Arbeitsverdichtung	360 11 210	0,3			13.500	13.500	13.500						
117	360	Stelleneinsparung 360.12 (0,5 Stelle Owi-Verfahren)	Die Aufgaben werden teilweise umverteilt, teilweise wird von der Einleitung von Owi-Verfahren abgesehen.	360 12 230	0,5		30.000	30.000	30.000	30.000						
118	360	Stelleneinsparung 360.12 (Stellenanteile Bauberatung)	Anpassung der Bauberatung an die Beratungsnachfrage; 360 12 160 (0,2)	360 12 160 360 12 340	0,5	27.000	27.000	27.000	27.000	27.000						

lfd. Nr.	OE	Maßnahmebeschreibung, Produktgruppe (PG/PSP), Sachkonto (SK)	Auswirkungen/Voraussetzungen (z.B. auch politische Entscheidungen)	Stellennummer	Umfang	Personalkosteneinsparungen in €					Sachkosteneinsparungen in €			Projekte in €			
						2016	2017	2018	2019	2020	2016	2017	2018	2016	2017	2018	
119	360	Stelleneinsparung 360.12 (0,5 Stelle Klimaschutz)	Weitere Reduzierung der Ressourcen und Aktivitäten zur Umsetzung des Handlungsprogramms Klimaschutz (Informations- und Beratungsangebote, Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit) auf ein aus fachlicher Sicht absolutes Mindestmaß (siehe auch Sachkosten lfd. Nr. 126).	360 12 140	0,5	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000							
120	360	Stelleneinsparung 360.3 (Abteilungsleitung)	Mehrbelastung der Amtsleitung durch Übernahme koordinierender Aufgaben in der Abt. 360.3	360 30 100	1	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000							
121	360	Stelleneinsparung 360.32 (SB technische Zeichnungen)	Umverteilung der Aufgaben/Arbeitsverdichtung an anderer Stelle	360 32 140	0,5	22.500	22.500	22.500	22.500	22.500							
122	360	Stelleneinsparung 360.41 (SB Ölunfälle)	Rufbereitschaftskoordination: Verlagerung in den Abschnitt 360.32 und Neuorganisation	360 41 150	0,7	31.500	31.500	31.500	31.500	31.500							
123	360	Senkung IBB-Kosten PG diverse; KST 360090, SK 54220061	Einsparung von Druckern								36.000	44.189	44.189				
124	360	Reduzierung Ansatz Büromaterial PG diverse; KST 360090, SK 54310000	strikte Sparsamkeit bei der Bewirtschaftung								5.000	5.000	5.000				
125	360	Reduzierung Ansatz Klimaschutz PG 11.14.04, SK 52910000 (4.000 €), 54310001 (4.000 €), 54310006 (2.000 €)	s. lfd. Nr. 120								10.000	10.000	10.000				
126	360	Reduzierung Ansatz Vertragsnaturschutz PG 11.13.02, SK 53180000	Standardreduzierung durch Begrenzung der Anzahl der Verträge mit Landwirten. Die vom Land gewünschte Ausweitung der Flächenkulisse ist nicht möglich.								5.000	5.000	5.000				
127	360	Reduzierung Ansatz Altlasten PG 11.14.05, SK 52410000	zeitliche Streckung von Maßnahmen und Heranziehung von Folgenutzern (Investoren)								43.000	43.000	43.000				
128	360	Reduzierung Ansatz Untersuchung Lärminderung PG 11.14.04, SK 52910000	Qualitätsverlust im Aufgabengebiet, zeitliche Verzögerung von Arbeitsergebnissen möglich								12.000	12.000	12.000				
129	360	Reduzierung Ansatz Innenraumschadstoffuntersuchungen PG 11.14.01, SK 52910000	Standardreduzierung durch weniger Untersuchungen in städt. Gebäuden								2.000	2.000	2.000				
130	360	Stelleneinsparung Untere Abfallwirtschaftsbehörde PG 11.11.02	Es ergeben sich Einschränkungen in der Qualität der Aufgabenwahrnehmung.	360 12 120	0,5				15.000	30.000							
131	360	Stelleneinsparung Innenraumschadstoffe städt. Gebäude PG 11.14.04	Die fachliche Begleitung und Beratung des ISB und der Nutzer wird um 50% reduziert. Einsparung erst 2021 möglich; bis dahin Kompensation durch Vakanzen.	360 22 140	0,5					30.000							
132	360	Stelleneinsparung Anlagen für den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen PG 11.13.04	Einschränkungen beim vorsorgenden Grundwasserschutz besonders in Wasserschutzgebieten (Kontrolle von Heizöllagerungen).	360 34 130	0,5					30.000							
133	370	Einsparungen bei Messgeräten und Fachliteratur PG 11.02.15, SK 52810000 SK 54310002									8.600	8.600	8.600				
134	370	Einsparung von Mietkosten für den analogen Gleichwellenfunk PG 11.02.15 - 11.02.18, SK 54220090	Ablösung durch Digitalfunk								5.000	5.000	5.000				
135	370	Einsparung bei Dienstbekleidung PG 11.02.15, SK 54310105	Verlängerung der Tragezeiten von Dienstbekleidung								7.500	7.500	7.500				
136	370	Erhöhung der Brandschaugebühren PG 11.02.16, SK 43110000	höhere Belastung der Bürger/innen und des Gewerbes; Satzungsbeschluss des Rates											3.500	3.500	3.500	

lfd. Nr.	OE	Maßnahmebeschreibung, Produktgruppe (PG/PSP), Sachkonto (SK)	Auswirkungen/Voraussetzungen (z.B. auch politische Entscheidungen)	Stellennummer	Umfang	Personalkosteneinsparungen in €					Sachkosteneinsparungen in €			Projekte in €		
						2016	2017	2018	2019	2020	2016	2017	2018	2016	2017	2018
137	370	Neukalkulation der Gebühren für die Bodenrettung (Krankentransporte, Rettungseinsätze, Notarzteinsätze) PG 11.02.17, SK 43210000	höhere Belastung für die Bürger/innen und Krankenkassen; Satzungsbeschluss des Rates											900.000	900.000	
138	370	Einsparung einer Stelle mD im Einsatzdienst	Anpassung des Personalfaktors nach Ermittlung der durchschnittlichen Ausfallzeiten.	370 14 925	1	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000						
139	530	Stelleneinsparung Arztsekretärin/Schreibdienst 530.11	Ablaufoptimierung durch DV-Einsatz	530 11 110	0,5	22.500	22.500	22.500	22.500	22.500						
140	530	Stelleneinsparung Sachbearbeiter/in allg. Verwaltung, Haushalt, Rechnungsw. 530.12	Ablaufoptimierung/Arbeitsverdichtung	530 12 130	0,5	22.500	22.500	22.500	22.500	22.500						
141	530	Stelleneinsparung Fachärztin für Psychiatrie	Standardabsenkung	530 22 115	0,8	72.000	72.000	72.000	72.000	72.000						
142	530	Stelleneinsparung Hygienekontrolleur	Standardabsenkung	530 31 170	0,4	18.000	18.000	18.000	18.000	18.000						
143	530	Senkung Sachmittelaufwand für Verbrauchsmaterial im Labor									417	417	417			
144	530	Erhöhung Verwaltungsgebühren Gutachten und Stellungnahmen	Anpassung Gebührenbedarfsberechnung; Gebührenrahmen ausreichend											14.000	14.000	14.000
145	530	Erhöhung Verwaltungsgebühren Belehrung nach Infektionsschutzgesetz	Gebührenrahmen ausreichend											27.900	27.900	27.900
146	530	Stelleneinsparung Ärztliche Assistenz, Schreibdienst und TBC-Fürsorge PG 11.07.01	Aufgabenumschichtung und gleichzeitig Arbeitsverdichtung im Abschnitt 530.11	530 11 180	0,5					22.500						
Dezernat 4																
147	600	Stelleneinsparung Techn. Zeichner GIS-Anwendungen, SK 50120000	Aufgabenwegfall/Standardreduzierung	600 40 240	0,5	22.500	22.500	22.500	22.500	22.500						
148	600	Stelleneinsparung Techn. Zeichner GIS-Anwendungen, SK 50120000	Aufgabenwegfall/Standardreduzierung	600 40 250	0,5	22.500	22.500	22.500	22.500	22.500						
149	600	Stelleneinsparung Baukontrolleur PG 11.10.01, SK 50120000	Aufgabenwegfall/Standardreduzierung	600 41 190	1	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000						
150	600	Anteilige Stelleneinsparung Wiederkehrende Prüfungen/Brandschau PG 11.10.10 sowie Stadtentwicklungsplanung PG 11.09.01, SK 50110000	interne Aufgabenverlagerungen Standardreduzierungen (je 0,5)	600 43 160 600 32 140	1			60.000	60.000	60.000						
151	600	Stelleneinsparung SB Statische Berechnungen PG 11.10.10, SK 50120000	Aufgabenwegfall/Standardreduzierung	600 43 110	1			60.000	60.000	60.000						
152	600	Stelleneinsparung SB Schwerpunkt Verbindliche Bauleitplanung PG 11.09.02, SK 50120000	Die Anzahl der aus eigener Veranlassung aufgestellten Bebauungspläne wird sinken.	600 51 130	1			60.000	60.000	60.000						
153	600	Einsparung von Druckkosten für Vorlagen von Bebauungsplänen PG 11.09.02, SK 54310001	Änderung der städtebaulichen Verträge, Verlagerung auf den Investor								5.000	10.000	20.000			
154	600	Gebührenmehreinnahmen für Baubescheide, Bauvorbescheide etc. PG 11.10.01, SK 43110000	Verlagerung von der kostenfreien persönlichen Bauberatung zum gebührenpflichtigen Bauvorbescheid, Intensivierung der kostenpflichtigen Tätigkeiten (Baustellenkontrollen, Bauabnahmen), allgemeiner Anstieg der Gebühreneinnahmen.											25.000	50.000	100.000
155	600	Gebührenmehreinnahmen durch verstärkte Vergabe von öffentlichen Mitteln für den Mietwohnungsbau PG 11.10.04, SK 43110000	Ratsbeschluss zur Sicherung von preisgünstigem Mietwohnraum in Bielefeld (Drs.-Nr. 1333/2014-2020)											15.000	30.000	50.000
156	600	0,5 Stelle Abteilungsleiter/in der Abteilung Wohnungsbauförderung und Wohnungsaufsicht	Organisatorische Änderung	600 60 100	0,5					45.000						

lfd. Nr.	OE	Maßnahmebeschreibung, Produktgruppe (PG/PSP), Sachkonto (SK)	Auswirkungen/Voraussetzungen (z.B. auch politische Entscheidungen)	Stellennummer	Umfang	Personalkosteneinsparungen in €					Sachkosteneinsparungen in €			Projekte in €		
						2016	2017	2018	2019	2020	2016	2017	2018	2016	2017	2018
157	620	Einsparung überplanmäßiger Personalaufwand im Umfang von 1,0 gD durch Standardreduzierung bei der Durchführung/Übernahme Gewässervermessungen in das Liegenschaftskataster PG 11.09.03	Abnahme der örtlichen Vermessungen: Standardreduzierung in der künftigen Qualität des Liegenschaftskatasters bezüglich geographischer Lagegenauigkeit	üpl.		60.000	60.000	60.000	60.000	60.000						
158	620	Einsparung überplanmäßiger Personalaufwand im Umfang von 0,5 gD Administration Geschäftsbuch (Georg.Net) PG 11.09.03	Auswirkungen können durch organisatorische Maßnahmen kompensiert werden.	üpl.		30.000	30.000	30.000	30.000	30.000						
159	620	Abbau eines überplanmäßigen Personaleinsatzes	Eine bisher überplanmäßig beschäftigte Fachkraft kann in eine vakant gewordene Planstelle (620 20 140) überführt werden. Überplanmäßiger Personalaufwand kann in entsprechender Höhe eingespart werden.	üpl.		45.000	45.000	45.000	45.000	45.000						
161	620	Einführung einer Gebühr von 30 € für die Hausnummernvergabe	Die Vergabe von 'amtliche Adressen' bei Neubauten liegt bei ca. 500 Fällen pro Jahr. Bielefeld wäre nicht die erste Kommune, die hierfür eine Gebühr einführt. Der Verwaltungsaufwand ist gering und kann mit vorhandenem Personal miterledigt werden.												15.000	15.000
162	620	Gebührenerhöhung um 10 € für das Negativ-Attest - gemeindliches Vorkaufsrecht	Die Gebühr für das Negativattest beträgt 20 €. Bei 1.200 Fällen pro Jahr ergibt sich bei einer Erhöhung auf 30 € eine Mehreinnahme von 12.000 €												12.000	12.000
163	620	Reduzierung des allgemeinen Sach- und Verwaltungsaufwandes	Kürzung von Sachaufwendungen diverser Kostenarten, Kostenstellen und Teilprodukte								24.706	28.206	28.206			
164	620	Reduzierung IBB-Mieten durch Aufgabe von zwei Softwarepaketen	Umstellung in der Bearbeitung										8.856			
165	620	Reduzierung der Investitionsmittel für die Ersatzbeschaffung von Vermessungsinstrumenten	Reduzierung der Leistungsklasse und des Zubehörfumfangs										5.000			
166	620	Reduzierung der Investitionsmittel für Büro- und Geschäftsausstattung (Festwerte Sachbearbeiterarbeitsplatz)											938			
167	620	Einsparung einer Stelle mD in 620.11 (GIS-Auftragsarbeiten, Metadaten)	Aufgabeanpassung durch organisatorische Maßnahmen; bis zum Ausscheiden des MA vorübergehende Kompensation durch das verzögerte Wiederbesetzen anderer Stellen im Amt.	620 11 150	1					45.000						
168	620	Einsparung einer Stelle im gehobenen vermessungstechnischen Verwaltungsdienst PG 11.09.03, 11.09.04	Die einzusparende Stelle wird im Rahmen der internen Wiederbesetzung einer Abteilungsleiterstelle in 2019 identifiziert. Die Stelleneinsparung wird sich auf die angestrebte Verbesserung der Qualität des Liegenschaftskatasters (s. Orga-Untersuchung 2011) und auf daraus zukünftig zu erwartende personalwirtschaftliche Einsparmöglichkeiten negativ auswirken. Auch Grundstücksvermessungen von Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren*innen und Geodatenerhebungen von privaten Vermessungsstellen sind indirekt durch erhöhten Aufwand im Einzelfall betroffen.	620 22 130	1					60.000						
169	660	Stelleneinsparung Team Verwaltung und Finanzen (660.11)	Ablaufoptimierung	660 11 330	0,3	13.500	13.500	13.500	13.500	13.500						

lfd. Nr.	OE	Maßnahmebeschreibung, Produktgruppe (PG/PSP), Sachkonto (SK)	Auswirkungen/Voraussetzungen (z.B. auch politische Entscheidungen)	Stellennummer	Umfang	Personalkosteneinsparungen in €					Sachkosteneinsparungen in €			Projekte in €		
						2016	2017	2018	2019	2020	2016	2017	2018	2016	2017	2018
170	660	Stelleneinsparung Team Refinanzierung (660.13)	Ablaufoptimierung	660 13 150	0,5	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000						
171	660	Einsparung überplanmäßiger Personalaufwand von 0,9 mD Verkehrswegeplanung (660.22)	Ablaufoptimierung	üpl.		40.500	40.500	40.500	40.500	40.500						
172	660	Reduzierung Ansatz Entwässerungsgebühren PSP 11.12.01.02.0001, SK 52350060	Abschluss der Abstimmungsverfahrens mit dem Land								200.000	200.000	200.000			
173	660	Durchführung von Tiefbaumaßnahmen für Stadtwerke PSP 11.12.01.02.0001, SK 44850000	Vertragsabschluss mit SWB ab 2019 30.000 € vgl. Nr. 175												50.000	50.000
174	660	Erhöhung Sondernutzungsgebühren PSP 11.12.01.02.000, SK 43210000	Satzungsänderung (Ratsbeschluss)													50.000
175	660	Erhöhung Verwaltungsgebühren der Straßenverkehrsbehörde PSP 11.02.07.01, SK 43110000	ab 2019 70.000 € vgl. Nr. 173												50.000	50.000
176	660	Erhöhung Verwaltungsgebühren für verkehrsrechtliche Anordnungen PSP 11.02.07.01, SK 43110000													20.000	20.000
177	660	Stelleneinsparung Verwaltungsabteilung (660.1)	Ablaufoptimierung, Standardreduzierung	660 13 220	1					60.000						
178	660	Stelleneinsparung Verkehrsplanung und Straßenverkehrsbehörde (660.2)	Ablaufoptimierung, Standardreduzierung	660 22 130	1					60.000						
179	660	Stelleneinsparung Abteilung Verkehrswegebau (660.3)	Ablaufoptimierung, Standardreduzierung	660 33 130	1					60.000						
Dezernat 5																
180	500	Stelleneinsparung SB Hilfe zur Pflege (stationäre Pflege) PG 11.05.03, SK 5012000	Umsetzung der GPA - Empfehlung, Stellenpotential 2 gD-Stellen im Verhältnis zum GPA NRW Benchmark.	500 23 180 500 23 100	2			120.000	120.000	120.000						
181	500	Stelleneinsparung Teamleitung Behindertenarbeit PG 11.05.03 SK 5012000	Veränderung Aufbauorganisation, Zusammenlegung 500.31 Team "Behindertenarbeit" mit 500.33 Team "Pflege- u. Wohnberatung, Hörgeschädigtenbetreuung, Zentrale Beratungsst., Nachbarschaftshilfen, soz. Förderung"; Einsparung einer Teamleitungsstelle.	500 31 100	1			60.000	60.000	60.000						
182	500	Stelleneinsparung SB Hörgeschädigtenbetreuung anteilig PG 11.05.03 SK 5012000	Verlagerung der Aufgabenerledigung über Leistungsvertrag an Verein für Hörgeschädigte, Finanzierung durch Umwandlung anteiliger Personalkosten v.30.000 € in Sachkosten (d.h. verbleibende Netto-Einsparung 54.000 €); Personalwirtschaftliche Umsetzung der Stelleninhaberinnen im Rahmen der Fluktuation im Amt 500.	500 33 160 500 33 170	1,4	54.000	54.000	54.000	54.000	54.000						
183	500	anteilige Stelleneinsparung Teamleitung Örtliche Betreuungsbehörde PG 11.05.03 SK 5011000	Veränderung Aufbauorganisation Zusammenlegung von 500.32 Betreuungsbehörde mit 500.34 Heimaufsicht; Einsparung Teamleitungsstelle 500.32 zu 0,5, + zu 0,5 Anteil Umschichtung in Sachbearbeitung Betreuungsbehörde.	500 32 100	0,5	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000						
184	500	Stelleneinsparung SB Wohnungshilfen anteilig PG 11.05.02 SK 5011000, 5012000	aktuell sinkende Fallzahlen; Einsparung der 1,0 SB Stelle 500 42 210 (mD) zu 0,4 (Freiz. ATZ 08/2018)	500 42 210	0,4			18.000	18.000	18.000						

lfd. Nr.	OE	Maßnahmebeschreibung, Produktgruppe (PG/PSP), Sachkonto (SK)	Auswirkungen/Voraussetzungen (z.B. auch politische Entscheidungen)	Stellennummer	Umfang	Personalkosteneinsparungen in €					Sachkosteneinsparungen in €			Projekte in €		
						2016	2017	2018	2019	2020	2016	2017	2018	2016	2017	2018
185	500	Stelleneinsparungen SB Forderungen PG 11.05.02	Veränderung Aufbau- und Ablauforganisation; Einrichtung eines zentralen Forderungsmanagement in 500.45 mit Stellen- u. Stellenanteilsverlagerungen aus 500.23, 24, 25 und 53, Einsparpotential 1,5 gD Stellen; noch zu konkretisieren. Mehrerträge (60.000 €) aufgrund Liquiditätsverbesserung.	500 45 120 500 45 150 500 45 160	1,5			90.000	90.000	90.000						60.000
186	500	Personalaufwandsreduzierung durch Laufbahnwechsel PG 11.05.01, SK 5011000	500.44 Bildung und Teilhabe, 1 gD Sachbearbeitungsstelle kann in mD-Sachbearbeitungsstelle umgewandelt werden.	500 44 110		15.000	15.000	15.000	15.000	15.000						
187	500	Einsparung personalbezogener Sachkostenaufwand; PG 11.05.01, 11.05.02, 11.05.03, SK 54220061	Reduzierung des amtsinternen Verwaltungsaufwandes wie Büromaterialien, Fahrtkosten, Ausstattungen etc.								19.000	19.000	80.000			
188	500	Sachkosteneinsparung bei Entgeltvereinbarungen	Neuverhandlungen auslaufender Entgeltvereinbarungen								75.000	100.000	100.000			
189	500	Umorganisation des Amtes für soziale Leistungen: anteilige Stelleneinsparungen Abt.leitung 500.3 und Teamleitung 500.32 PG 11.05.03	Die Stelle 500 30 100 wird ab 2016 zu 0,7 eingespart, Aufgaben werden zu 0,3 umverteilt, so dass eine anteilige Ersparnis von 63.000 € entsteht. Die Stelle 500 32 100 wird ab 2016 zu 0,5 eingespart. Hieraus resultiert eine finanztechnisch noch realisierbare Einsparung von 30.000 €.	500 30 100 500 32 100	1,2	93.000	93.000	93.000	93.000	93.000						
190	510	Stelleneinsparung Bezirksjugendpflege PG 11.06.01	Standardreduzierung bei der Aufgabenwahrnehmung	510 11 160	1	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000						
191	510	Stelleneinsparung Amtsvormundschaften PG 11.06.03	mehr Übertragungen von einzurichtenden Vormundschaften durch das Amtsgericht auf Einzelvormünder	510 23 160	0,5	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000						
192	510	Stelleneinsparung Erzieherische Hilfen PG 11.06.02	keine, da rückläufige Familiengerichtshilfe und Beratung in Erziehungsfragen	510 31 140 510 31 240 510 31 240 zu 0,3 510 32 225 zu 0,3 510 32 325 zu 0,1	1	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000						
193	510	Stelleneinsparungen städtische Kitas PG 11.06.01	insbesondere Abbau vorübergehender zusätzlicher Kita-Plätze sowie Anpassung Gruppenstrukturen im Rahmen der jährlichen Jugendhilfeplanung.	diverse Stellenanteile	6,4	144.000	288.000	288.000	288.000	288.000						
194	510	Einsparung von überplanmäßigem Personalaufwand im Umfang von 1,6 mD und 0,7 gD PG 11.06.01 und 11.06.02	drei derzeit überplanmäßig eingesetzte Mitarbeiterinnen werden in Planstellen innerhalb des Amtes eingewiesen.	üpl.		73.500	114.000	114.000	114.000	114.000						
195	510	Einsparung personalbezogener Sachkostenaufwand (global in den SKgruppen 52 und 54; in allen PG 11.01.67, 11.05.07, 11.06.01, 11.06.02 und 11.06.03)	Reduzierung des amtsinternen Verwaltungsaufwandes wie Büromaterial, Fahrtkosten, Ausstattungen.								100.000	200.000	200.000			
196	510	Bedarfsgerechte Anpassung bei Kitas freier Träger PG 11.06.01	insbesondere Abbau vorübergehender zusätzlicher Kita-Plätze sowie Anpassung Gruppenstrukturen im Rahmen der jährlichen Jugendhilfeplanung.								230.000	560.000	860.000			
197	510	Übererfüllung interkommunaler Finanzausgleich in der Kindertagesbetreuung PG 11.06.01	Mehr Kinder aus auswärtigen Kommunen werden in Bielefelder Kitas betreut als Bielefelder Kinder in Kitas auswärtiger Kommunen. Die Finanzausgleiche werden von den umliegenden Kommunen gefordert.								133.000	133.000	133.000			

lfd. Nr.	OE	Maßnahmebeschreibung, Produktgruppe (PG/PSP), Sachkonto (SK)	Auswirkungen/Voraussetzungen (z.B. auch politische Entscheidungen)	Stellennummer	Umfang	Personalkosteneinsparungen in €					Sachkosteneinsparungen in €			Projekte in €		
						2016	2017	2018	2019	2020	2016	2017	2018	2016	2017	2018
198	510	Bundesbeteiligung an den jährlichen Betriebskosten der Bielefelder Kitas PG 11.06.01	Auf Drängen der Stadt, anderer Kommunen, des Städtetages NRW sowie des Landes NRW wird sich der Bund an den jährlichen Betriebskosten beteiligen. Der Beschluss der Bundestages zum entsprechenden Gesetzesentwurf der Bundesregierung erfolgte am 04.12.2014.									290.000	290.000			
199	510	Anhebung Elternbeiträge für 45-Stunden-Plätze bei unter 2jährigen Kindern PG 11.06.01	Ab einem Jahreseinkommen von 61.335 € sollen nach Abgleich mit 14 anderen kreisfreien Städten in NRW die Elternbeiträge für 45-Stunden-Plätze U2 sachgerecht angepasst werden.											55.000	55.000	55.000
200	510	Stelleneinsparung durch Schließung des Familienbüros PG 11.06.01	Eine sozialarbeiterische Fachkraft im "Front-Office" des Familienbüros geht in Ruhestand. Das Familienbüro wird ab dann geschlossen. Die dort im "Back-Office" zu erledigenden Tätigkeiten (z.B. Familienportal) müssen weiterhin wahrgenommen werden, da sie über die Funktion des Familienbüros hinausgehen und einzelfall-/beratungsunabhängig sind.	510 11 180	1				60.000	60.000						
201	510	Stelleneinsparung durch organisatorische Zusammenfassung zweier Teams im Geschäftsbereich Verwaltung PG 11.01.67, 11.05.07, 11.06.01, 11.06.02, 11.06.03	Mit Eintritt des Teamleiters 510.13 in den Ruhestand Zusammenlegung der Teams 510.13 und 510.14 unter Leitung der Teamleitung 510.14. Abbau eines 0,5 Leitungsanteils. Die Ressourcen für sachbearbeiterische Aufgaben auf den beiden Leitungsstellen müssen erhalten bleiben.	510 13 100	0,5					30.000						
202	510	Stelleneinsparung im Bereich Betreuungsgeld PG 11.06.02	Nach Entscheidung des BVerfG zur Verfassungswidrigkeit des Gesetzes erfolgt eine stufenweise Einsparung der für die Aufgabe bisher benötigten 0,7 Stelle. Einsatz des überhängigen Personals in anderen Verwaltungsbereichen.	510 22 190	0,7	22.500	22.500	27.000	31.500	31.500						
203	510	Stelleneinsparung im Bereich der städtischen Kitas PG 11.06.01	Aufgrund der fortgesetzten bedarfsgerechten Weiterentwicklung des Platzangebotes in städtischen Kindertageseinrichtungen (Anpassung Gruppenstrukturen verbunden u.a. mit einem Rückgang an 45-Stunden-Plätzen zugunsten von 35-Stunden-Plätzen) ist ein Stellenabbau möglich. Einsatz des Fest-Personals auf frei werdenden Stellen in anderen städtischen Kitas.	diverse	5,3		45.000	90.000	157.500	238.500						
204	510	Stelleneinsparung durch Auflösung der drei Intensivhortgruppen PG 11.06.01	Auflösung der Intensivhorte zum 31.07.2018. Überleitung der Kinder ins OGS-System. Einsatz des Fest-Personals auf frei werdenden Stellen in anderen städtischen Kitas.	diverse	7,2			135.000	324.000	324.000						
205	540	anteilige Einsparung der stellvertretenden Leitungsstelle PG 11.01.31	Durch Umschichtung ist eine Reduzierung des amtsinternen Verwaltungsaufwandes möglich.	540 00 110	0,1	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000						
206	540	anteilige Einsparung einer SB-Stelle Suchtplanung PG 11.01.31	Realisierung durch Standardreduzierungen insbesondere im Bereich der Projektarbeit.	540 00 170	0,2	18.000	18.000	18.000	18.000	18.000						
207	540	Einsparung im Bereich der Sachkosten für Projekte PG 11.01.31											11.000			

Ifd. Nr.	OE	Maßnahmebeschreibung, Produktgruppe (PG/PSP), Sachkonto (SK)	Auswirkungen/Voraussetzungen (z.B. auch politische Entscheidungen)	Stellennummer	Umfang	Personalkosteneinsparungen in €					Sachkosteneinsparungen in €			Projekte in €		
						2016	2017	2018	2019	2020	2016	2017	2018	2016	2017	2018
Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen, Beteiligungen, Projektmaßnahmen																
208	200	Erhöhung der Vergnügungssteuer um 10 % PG 11.16.01													500.000	500.000
209	200	Erhöhung der Hundesteuer um 20 % PG 11.16.01													310.000	310.000
210	200	Einführung Steuerprüfdienst für die Gewerbesteuer PG 11.01.09, 11.16.01	2 Stellen des gehobenen Dienstes müssen eingerichtet werden. Der Aufwand ist berücksichtigt.										180.000	180.000	180.000	
211	200	Einführung einer Wettbürosteuer PG 11.16.01											155.000	155.000	155.000	
212	200	Stufenanhebung Grundsteuer B PG 11.16.01	erreichte Endstufe im Jahr 2018													15.000.000
213	200/ WEGE	Kürzung Zahlung an WEGE um 5 % PG 11.15.01	Entnahme aus der Kapitalrücklage								54.500	54.500	54.500			
217	200/ UWB	Höhere Gewinnausschüttung des UWB PG 11.16.01	Parkraumbewirtschaftung am UWB, konsequente Abrechnung von Beschilderungen bei Stadtfesten und Veranstaltungen, Reduktion der verschiedenen Fahrzeugfabrikate um Anzahl der Fremdreparaturen zu reduzieren, div. kleinere Einzelmaßnahmen.													200.000
218	200/ ISB	HSK-Beitrag des ISB PG 11.16.01														200.000
219	200/ ISB	Mobilität/Parkraumbewirtschaftung ISB PG 11.16.01	Erhöhung der Entgelte für privates Parken												120.000	120.000
220	092/ BuO	Reduzierung Zuschuss BuO PG 11.04.13	Abschluss einer Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung zwischen der Stadt und der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen und Orchester unter Berücksichtigung des um 600.000 Euro gekürzten Zuschussbetrags ab dem Haushaltsjahr 2018. Die Kürzung soll insbesondere durch Entgelterhöhungen und interne Optimierungsmaßnahmen aufgefangen werden.										600.000			
221	095/ REGE	Reduzierung der Kostenerstattungen an die REGE mbH (095, 500, 510) PG 11.05.01, 11.05.06, 11.06.01	Kürzung Sachaufwand, Umorganisation in der REGE mbH								108.743	161.166	161.166			
222	500	Unterbringung von Flüchtlingen in günstigerem Wohnraum PG 11.05.03	Durch künftige Unterbringung von ca. 185 Flüchtlingen im öff. geförderten Wohnungsbau (gegenüber jetzt in Hotels bzw. Pensionen) können deutliche Ersparnisse bei den Kosten der Unterkunft erzielt werden.									200.000	600.000			
223	500	Vermittlung von Flüchtlingen in Arbeit PG 11.05.01	Aufgrund verstärkter Vermittlung des Jobcenters Arbeitsplus Bielefeld können gezielt Flüchtlinge arbeitsmarktlich integriert werden. Auch die Übernahme in Sozialversicherungssysteme wird damit ermöglicht. Dies führt zu Einsparungen in den Transferaufwendungen und damit auch bei den Leistungen für Kosten der Unterkunft. Es wird mit bis zu 60 Integrationen in den Arbeitsmarkt kalkuliert.									175.000	382.000			

lfd. Nr.	OE	Maßnahmebeschreibung, Produktgruppe (PG/PSP), Sachkonto (SK)	Auswirkungen/Voraussetzungen (z.B. auch politische Entscheidungen)	Stellennummer	Umfang	Personalkosteneinsparungen in €					Sachkosteneinsparungen in €			Projekte in €		
						2016	2017	2018	2019	2020	2016	2017	2018	2016	2017	2018
224	500	Bildung eines Erstattungssachgebietes PG 11.05.03, 11.05.02	Durch die Bildung eines zentralisierten Erstattungssachgebietes im Amt 500 sind deutliche Steigerungen der Einnahmen zu erwarten. Diese Maßnahme erweitert die Maßnahme Nr. 186 durch wirkungsorientierte zusätzliche Aspekte und bedarf zur Umsetzung einer Personalverstärkung von 3 Vollzeitkräften ab 2017. Als Ersparnis ist die Differenz aus Einnahmen abzüglich der Personalkosten ausgewiesen.												100.000	260.000
225	510	Ausweitung der HSK-Maßnahme „Fallrevision und Reintegration von stationär untergebrachten Kindern/Jugendlichen“ PG 11.06.02	Überplanmäßiger Einsatz einer zusätzlichen 1,0 Fachkraft ab 01.07.2016 erforderlich.								19.200	186.000	432.000			
226	510	Betreuung von Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch - an einen Träger der Jugendhilfe angebundene - Gastfamilien PG 11.06.02	Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung bzw. Alternativregelung								28.404	71.010	142.020			
227	510	Ausweitung der HSK-Maßnahme „Gewinnung von zusätzlichen Pflegeeltern zur Reduzierung stationärer Unterbringungen für ältere Kinder (ab 7 Jahren)“ PG 11.06.02	Überplanmäßiger Einsatz einer zusätzlichen 1,0 Fachkraft ab 01.07.2016 erforderlich.								-30.000	102.000	264.000			
228	510	Intensivierung der Wohnraumbeschaffung mit dem Ziel, nicht mehr erforderliche stationäre Maßnahmen auch faktisch beenden zu können PG 11.06.02									-15.000	213.300	213.300			
HSK-Summe 29.962.319 €						1.847.200	2.411.600	3.327.050	3.750.800	4.837.800	1.672.083	3.834.852	6.136.256	1.081.311	3.224.863	18.988.263